ALBERT SPEER

DER SKLAVEN STAAT

Meine Auseinandersetzungen mit der SS

DVA

DER REICHSMINISTER
FÜR
BEWAFFNUNG UND MUNITION
M. 6430/42

BERLIN W 8, den 20.4.1942.
PARISER PLATZ 3
FERNSPRECHER 11 64 81

Geheim!

An den
Reichsführer SS und Chef der ~~Deutschen~~ Polizei

Berlin SW 11
Prinz Albrechtstr. 8

Lieber Parteigenosse Himmler,

durch Generalfeldmarschall Milch wird mir der anliegende Bericht des Technischen Amtes der Luftwaffe überreicht. Hieraus geht hervor, daß für die Kriegswirtschaft außerordentlich wichtige Quarzvorhaben bei Schitomir bisher durch die Firma de Boer, Hamburg, ausgebeutet wurden, und daß Anfang Februar, trotzdem die Firma de Boer einen Auftrag vom Reichswirtschaftsministerium und vom Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete hatte, durch den Reichskommissar eine Ablösung der Firma angeordnet wurde, weil angeblich politische Interessen zu vertreten wären. Anstelle der Firma de Boer solle die SS treten.

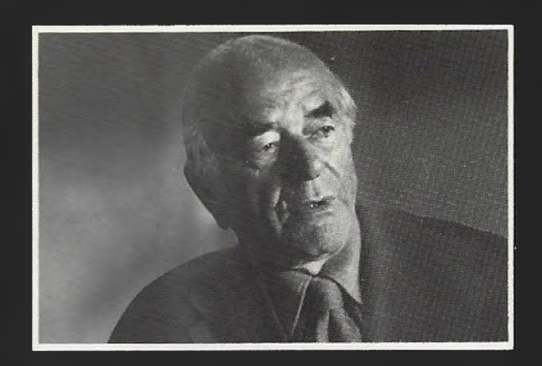
Ich kann mich mit diesem Vorgehen, das eine Störung einer kriegswichtigen Maßnahme von erheblicher Bedeutung darstellt, nicht einverstanden erklären. Ich muß verlangen, daß die Firma de Boer, Hamburg, die Ausbeute vornimmt und wäre Ihnen für eine Weisung an den Chef des Wirtschaftshauptamtes dankbar, daß er der Weiterarbeit der Firma de Boer keine Schwierigkeiten in den Weg legt, insbesondere

daß der Übergang der Ausbeutung der Quarzvorkommen auf die SS unterbleibt.

Heil Hitler!

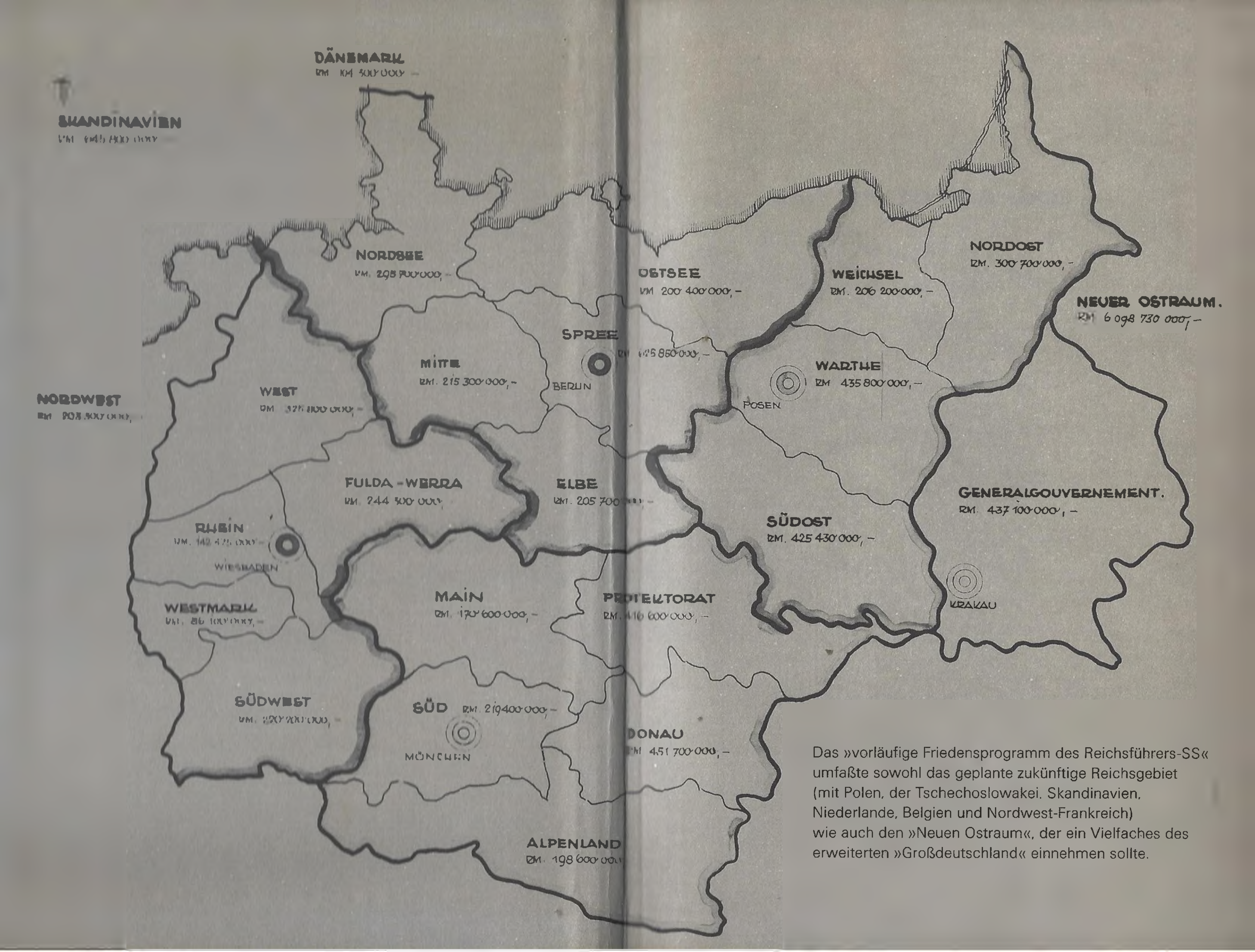
Speer

Was wäre geschehen, wenn Hitler den Zweiten Weltkrieg gewonnen hätte? Diese Frage ist oft gestellt, aber meist nur mit – grauenerregenden – Vermutungen beantwortet worden.
Nun legt Albert Speer nach seinen »Erinnerungen« (1969) und den »Spandauer Tagebüchern« (1975) ein Buch vor, in dem er – gestützt auf eigene Erinnerungen, darüber hinaus aber auf gründliche Recherchen in deutschen Archiven – eine Antwort gefunden hat: Aus Deutschland wäre ein Sklavenstaat geworden, in dem mehr als 14 Millionen Häftlinge in Himmlers Konzentrationslagern gesessen hätten. Diese Arbeitssklaven sollten das riesige Wirtschaftsimperium des »Reichsführers-SS« mit aufbauen helfen. Voraussetzung dafür war die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Staat und Partei.
Auf diese Unabhängigkeit zielten Himmlers Versuche, sich schon während des Krieges zäh und durch vielfältige Intrigen maßgebenden Einfluß auf Produktionsstätten zu verschaffen. Das mußte zu Auseinandersetzungen mit Speer führen, der das zwangsläufige Scheitern von Himmlers Bemühungen voraussah, »sich auf Gebieten einzuschalten, von denen er überhaupt nichts verstand, und dabei phantastischen Vorstellungen nachzulaufen – wie beispielsweise jenen fixen Ideen, aus Tannenwurzeln Benzin und aus Löwenzahn Kautschuk zu gewinnen«. Die Auseinandersetzungen Speers mit der SS zeigten aber auch an konkreten Beispielen, mit welchen Mitteln Konflikte innerhalb der Führung des »Dritten Reiches« ausgetragen wurden.



Albert Speer, geboren 1905, Diplom-Ingenieur nach Architekturstudium in München und Berlin. 1931 trat Speer in die NSDAP ein, für die er seit 1932 – bis dahin Assistent an der Technischen Hochschule Berlin – als Architekt tätig war. 1937 wurde Speer Generalbauinspekteur für Berlin, 1942 als Nachfolger Fritz Todts zum Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion ernannt. Mit seinem Prinzip der »Selbstverantwortung der Industrie« gelang es ihm, die Produktion bis 1944 erheblich zu steigern. In den letzten Monaten widersetzte er sich Hitlers Politik der verbrannten Erde.
Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß 1946 bekannte sich Albert Speer zu seiner Mitverantwortung. Er wurde zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, die er bis 1966 im Spandauer Gefängnis verbüßte.
Erich Fromm über Albert Speer:
»Speer hat seine Beteiligung am Nazi-Regime aufrichtig bereut, und ich glaube seiner Versicherung, daß er inzwischen ein völlig anderer Mensch geworden ist.«

Deutsche Verlags-Anstalt



Das »vorläufige Friedensprogramm des Reichsführers-SS« umfaßte sowohl das geplante zukünftige Reichsgebiet (mit Polen, der Tschechoslowakei, Skandinavien, Niederlande, Belgien und Nordwest-Frankreich) wie auch den »Neuen Ostraum«, der ein Vielfaches des erweiterten »Großdeutschland« einnehmen sollte.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Speer, Albert:
Der Sklavenstaat: meine Auseinandersetzungen mit d. SS / Albert Speer. – Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1981.
ISBN 3-421-06059-2

Lektorat: Ulrich Volz
Typografische Gestaltung, Einband und Schutzumschlag: Hans Peter Willberg
Satz: Bauer & Bokeler Filmsatz GmbH, Denkendorf Druck und Bindearbeiten: Mohndruck Grafische Betriebe GmbH, Gütersloh Printed in Germany

Himmler wird einmal der grösste Unternehmer.

A. Hitler: Monologe

Inhalt

Vierter Teil: Judenschicksal

Vorwort

Ursprünglich hatte ich die Absicht, ein Buch über die deutsche Rüstung des Zweiten Weltkrieges zu schreiben. Ich dachte, es sei am besten, mit dem schwierigsten Kapitel zu beginnen; mit der Rolle der SS in der Rüstung und Kriegswirtschaft. Bei den Vorbereitungen zu diesem Kapitel stiess ich im Koblenzer Bundesarchiv auf das Schrifttum des Reichsführers-SS. Zu meiner Überraschung fand ich hier wohlgeordnet alle jene Dokumente vor, deren Existenz ich in jenen Zeiten geahnt hatte: die Protokolle der Versuche Himmlers, einerseits die Kriegswirtschaft mit eigenen Leuten zu durchsetzen, andererseits ein eigenes Industrie-Imperium aufzubauen. Das Material war so reichhaltig, dass der Umfang eines Kapitels bald überschritten war. So entschloss ich mich, eigens ein Buch über die Aktivitäten der SS in der Wirtschaft zusammenzustellen.

Immer hatte ich die Ereignisse aus der Perspektive meines Ministeriums, des Führerhauptquartiers und meiner Nähe zu Hitler gesehen. Nun las ich die Korrespondenz Himmlers, und ich musste mich in höherem Masse als bisher als Teil und nicht mehr als Mittelpunkt des Geschehens erkennen. Mit Widerstreben zwang ich mich in diese Welt zurück. Ich kann nicht sagen, dass es ein schmerzlicher Prozess war, denn mein Verhältnis zu diesen Akten hatte sich durch die vergangenen dreissig Jahre weitgehend entpersönlicht. Ich fand, es könne ein nützlicher Prozess sein, dieses Material in irgendeiner Form zu verarbeiten.

Mancher mag mir als Augenzeugen unterstellen, ich wertete durch meine Subjektivität nicht immer alles so aus, wie das ein objektiv an den Gegenstand herangehender Wissenschaftler getan hätte. Ungewollt tauchten Erinnerungen

oder Zuneigung gegenüber Personen die mithandelten, spiegelten sich wider. Oft wurde mir der Prozess einer wohltätigen Verdrängung klar, die mich vor Schuldgefühlen abschirmte. Nun versuche ich, mit diesen Dokumenten konfrontiert, Ereignissen gegenüberzutreten, in die ich verwickelt war.

Einem Wissenschaftler der nachgewachsenen Generation und noch dazu einem, der selber nicht mit den Verführungen und Gefährdungen irgendeiner Machtposition vertraut ist, wird es Schwierigkeiten bereiten, sich in die damalige Atmosphäre einzufühlen, die aus den Akten nur unvollkommen sprechen kann. Mit Sicherheit käme er bei seiner Erforschung des gleichen Themas zu anderen Bewertungen als meine Darstellung. Denn er lebt in der Gegenwart, und daher ist es für ihn kaum möglich, sich dieser Vergangenheit zu öffnen, die durch das schwer erschliessbare Ambiente dieser Zeit geformt wurde.

Es wurde von mir versucht, das Thema aufzugliedern, obwohl die Stoffmasse wirr und chaotisch nicht nur in dem Wust der Dokumente erscheint, sondern auch in dem der Wirklichkeit. So gibt das Buch ein Kaleidoskop von den verschiedensten Aspekten. Die tatsächliche Ordnungslosigkeit des Himmlerschen Imperiums und die Unsystematik des Materials entspricht der Natur der Vorgänge und nicht meinem Mangel an Ordnungsvermögen. Kurz: die scheinbare Unordnung des Materials in diesem Buch ist Folge dieser systemimmanenten Unordnung in jenem Reich. Ein verbindendes Element bleibt allein die Skurrilität Himmlers, mit der er versuchte, sich auf Gebieten einzuschalten, von denen er überhaupt nichts verstand und dabei phantastischen Vorstellungen nachzulaufen, wie beispielsweise jener fixen Idee, aus Tannenwurzeln Benzin zu produzieren.

15. August 1980 *Albert Speer*

Erster Teil

SS und selbstverantwortliche Industrie

Der Hintergrund

Im Frühjahr 1944 stimmte Hitler Himmlers Vorschlag zu, einen SS-eigenen Wirtschaftskonzern aufzubauen, um die SS für immer vom Staatshaushalt unabhängig zu machen. Mit ähnlicher Begründung bat Hitler mich, Himmlers Vorhaben zu unterstützen. Damit waren jahrelange Bestrebungen Himmlers an ihr Ziel gekommen. Diese Genehmigung Hitlers machte darüber hinaus deutlich, dass er auch für die Friedenszeit keine straffe Autorität des Staates vorsah. Seit 1933 hatte er den Staatsapparat unterhöhlt, indem er die Partei als das Politik und Verwaltung bestimmende Element hervorkehrte. Wir hatten aber stets vermutet, dass es ihm im Grunde um den Primat der Partei gegenüber dem Staat gehe und dass er nicht zulassen würde, was seinerseits geeignet sei, die Partei zu schwächen. Nun zeigte sich, dass er der SS eine eigene, vom Staat und von der Partei unabhängige Stellung sichern wollte. Für den Fall eines Nachfolgers, der den Staatshaushalt als Instrument zur Beschneidung der Macht von SS und Gestapo zu benutzen suchte, wollte er eine Geldquelle schaffen, die der SS ihren eigenen Etat sicherte. Solche Überlegungen setzten ein merkwürdig lockeres Verhältnis zu seiner eigenen Reichskonstruktion voraus.

Auch diese Idee einer bis in den Etat hinein selbständigen SS hatte ihren Ursprung in Hitlers Neigung, durch permanente Förderung von Gegensätzen innenpolitische Gegenkräfte zu bilden, die in einer fernen Zukunft gegeneinander auszuspielen wären. Das System war erprobt, der Aufbau eines Staates im Staate schon längst in die politische Struktur des Reiches eingeführt. Dem Ernährungsminister stand eine selbständig handelnde Organisation der Bauernschaft im Reichsnährstand gegenüber; die Deutsche Arbeitsfront bildete einen

finanziell unabhängigen Gegenpol zum Arbeitsministerium wie auch zu staatlichen Trägern der Erziehungspolitik, und seit 1942 hatten die führenden Industriellen die administrative Vorherrschaft des Staates auf dem Gebiet der Produktion abgelöst. Es war nicht nur Himmlers Machthunger, der hinter dem Aufbau eines «Staates im Staate» stand; es spielten also auch sonderbare staatspolitische Überlegungen mit und jene eigentlich staatsverneinende Theorie eigenständiger Herrschaftsgewalten.

Ich erinnere mich an die Zeiten vor 1933, als ich damals in der Partei in untersten Regionen tätig war und mich schon zu jener Zeit das anspruchslose geistige Niveau ebenso überraschte wie das Fehlen von Intellektuellen. Damals war mir die Partei mitunter wie ein organisierter Haufen vorgekommen, der gerade deshalb leicht zu lenken war, weil die untere Führerschaft keine Führungsqualitäten besass. Wenn diese mediokre Führerschaft nach der Machtübernahme auch die Leitung der Wirtschaft übernommen hätte, wäre so wenig dabei zustande gekommen, wie später bei dem Versuch Himmlers, in den Konzentrationslagern wirtschaftliche Konzerne aufzubauen. Mit seinen Parteigenossen allein hätte Hitler niemals regieren können. Hitlers Erfolge, die die Welt eine Zeitlang in Erstaunen setzten, sind nicht auf die Funktionärsschicht zurückzuführen, die von der Partei aus in die Regierungen von Reich und Ländern vorstiess. Diese «alten Kämpfer» haben im Gegenteil die Entwicklung auf vielen Gebieten durch ihre Borniertheit behindert. Der wirtschaftliche Aufschwung nach 1933 kam vor allem durch die Mitarbeit derjenigen Schichten zustande, die aus Kaiserzeit und Republik stammten und nun gezwungen oder eilfertig weiter ihren Dienst taten. Eine exzellente Beamtenschaft und vorzügliche Technokraten im weitesten Sinn hatten sich 1933 zur Verfügung gestellt; und sie waren in vielerlei Hinsicht für den ökonomischen und administrativen Erfolg Hitlers verantwortlich. Ein gutes Beispiel geben die Reichsautobahnen. Sie wurden von Bauabteilungen der Reichsbahn geplant und durchgeführt, als Hitler zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ihren Bau anordnete. Nur dieser Stamm eingearbeiteter Ingenieure und nicht die alten Parteigenossen waren in der Lage, ein Unternehmen solchen Ausmasses technisch einwandfrei durchzuführen. Hitler eröffnete – und darin bestand der entscheidende Unterschied

zu der Zeit der Weimarer Republik – diesen Fachleuten sowohl der Reichsbahn wie auch der Industrie finanziell, organisatorisch und – als wichtigstes – auch machtpolitisch alle Möglichkeiten, ihr Können voll einzusetzen.

Ein Jahrzehnt später beruhten auch meine Erfolge darauf, dass ich auf den Stamm der industriellen Spezialisten zurückgriff, die sich schon vor 1933 hervorgetan oder die sich nach 1933 in relativ freier Auslese in den einzelnen Werken emporgearbeitet hatten.

Die SS schlug den umgekehrten Weg ein. Sie benutzte als Führungskräfte im Industrialisierungsprozess der Konzentrationslager jene Kader, die vor 1933 oder bald danach zu ihr gestossen waren. Ihre Unfähigkeit, grössere Industriekomplexe aufzubauen, kam gerade daher, dass es ihr nicht gelang, zur Führung ihrer Unternehmungen fähige Mitarbeiter aus der Industrie selbst zu gewinnen. Beispielsweise war SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, aus der Masse der alten Parteigenossen hochgespült, in keiner Weise geeignet, ein Wirtschaftsimperium aufzubauen. Auch die anderen mit der Durchführung von Himmlers Industrie-Ideen Beauftragten waren parteigebundene, unqualifizierte Laien. Das Beispiel Buchenwald macht die Unfähigkeit der KZ-Bürokratie anschaulich. Als die Karabinerherstellung in Buchenwald eingerichtet werden sollte, konnte selbst diese unter industriellen Gesichtspunkten einfache Aufgabe nicht gelöst werden, weil die Verantwortlichen für den Fertigungsprozess sich als vollkommen untauglich erwiesen, wie der Lagerkommandant von Buchenwald, der plötzlich Fabrikherr sein sollte.

Das Fiasko der SS-Wirtschaft resultierte nicht, wie Himmler gelegentlich entschuldigend behauptete, aus der Missgunst der Industrie, obwohl diese die Niederlagen ihrer politischen Konkurrenz mit Genugtuung beobachtete. Eine Opposition der Rüstungsindustrie hätte die industriellen Ziele der SS auch nie verhindert; dazu war die SS zu gefährlich. Ihre mangelhafte Effektivität kam aus dem Unvermögen der SS-Führung, wirtschaftliche Vorgänge zu analysieren und die sich ergebenden Folgerungen organisatorisch zu realisieren. So blieb die SS trotz ihrer Machtfülle nur eine Randerscheinung in Rüstung und Kriegsproduktion. Himmlers Versuch, ein eigenes Wirtschaftsimperium aufzubauen, kam niemals an sein Ziel. Dazu waren seine Methoden zu brutal und gleichzeitig zu dilettantisch.

Gerade dieser erfolglose Versuch, einen Grosskonzern aufzubauen, zeigt, auf welche Weise Hitler gescheitert wäre, wenn die politisch lauen Intellektuellen sich damals nicht zur Verfügung gestellt hätten. Hitler hätte dann die in seiner Partei in der Zeit vor 1933 durch eine andere Zielsetzung – Bekämpfung der Weimarer Republik und anderer Parteien, auch mit gewalttätigen Mitteln – zusammengeführte Mittelmässigkeit für den Aufbau von Wirtschaft, Wehrmacht oder Staat einsetzen müssen. Die Untauglichkeit der nationalsozialistischen Parteifunktionäre hätte zu katastrophalen Leistungsminderungen in der Industrie geführt.

Himmler hatte Ende 1941 die Absicht, mit Hilfe jüdischer Arbeitskräfte und anderer KZ-Häftlinge sein Industrie-Imperium aufzubauen. Hitler machte einen Strich durch diese Rechnung. Für Hitler gab es in der zweiten Phase des Krieges zwei Kriegsziele: Er wollte Russland besiegen und die Juden auslöschen oder, um seine ständige Terminologie zu verwenden, «ausrotten». Das letzte Ziel stand dem ersten im Wege. Denn die «Ausrottung» der Juden behinderte notwendigerweise sowohl Himmlers Pläne als auch die Fortführung des Krieges. Die Millionen Juden, die durch diese Entscheidung Hitlers für die Rüstung verlorengingen, dazu die Hunderttausende sowjetischer Kriegsgefangener, die in deutschen Lagern starben, hätten unser vordringlichstes Problem, die Arbeitsfrage, lösen können. Hinzu kam, dass auf Grund ihrer Intelligenz Juden leichter an der Drehbank zu verwenden waren als russische Frauen, mit denen man sich zudem noch nicht einmal sprachlich verständigen konnte.

Vor die Wahl gestellt, entschied sich Hitler dennoch für die Ermordung der Juden! Auf einer Gauleitertagung in Posen im Oktober 1943 versprach Himmler der obersten Parteispitze, dass schon bis zum Ende desselben Jahres alle Juden bis zum letzten Mann vernichtet sein würden, wobei er gegen jene polemisierte, die aus verschiedensten Gründen für Ausnahmen einträten. Aber er selbst war es, der einige Wochen später Zehntausende jüdischer Arbeiter in die SS-eigenen Werke in den Ostgebieten einwies. Dieses zwiespältige Verhalten des Mannes, der für die lückenlose Ermordung zuständig war und selber die Ausrottungspolitik ständig durchbrach, lässt mich vermuten, dass nicht Himmler die treibende Kraft bei der Ermordung der Juden war, sondern dass sie eher

bei Hitler, Goebbels und Bormann, diesem hasserfüllten Motor, zu sehen ist.

Himmler muss, wie seine Tagebücher überliefern, in seinen Jugendjahren ein verschüchterter Mensch gewesen sein. Unter dem Einfluss Hitlers wandelte sich einige Jahre später seine Unentschlossenheit in Energie und Entscheidungslust. Sozusagen über Nacht wurde er zum schneidend kalten, unentwegt für den «Führer» und seine Sache fechtenden Fanatiker. Gerade am Beispiel Himmlers wurde mir deutlich, was Hitler als Katalysator bewirken konnte. Der zögernde, ja schwankende Landwirtschaftseleve sah plötzlich seine einzige Aufgabe in der perfekten Erfüllung von Hitlers Richtlinien. Es kam hinzu, dass das in gewisser Weise seinem Hang zur Pedanterie entsprach. Der Befehl Hitlers stand von nun an bei ihm höher als jedes humane Bedenken, das ohnehin durch die Jahre des Nationalsozialismus und durch zahlreiche Parolen – beispielsweise dass alles gut sei, was dem Volke nütze – längst erloschen war.

Hitler war so sehr die Verkörperung seiner eigenen Politik, und alle Mithandelnden hatten ihren eigenen Willen so weitgehend verloren, dass nicht politische Überlegungen, sondern die Person Hitler alles bedeutete. So hätte Hitler im Antisemitismus unbedenklich eine radikale Kehrtwendung vornehmen können, ohne dass seine Gefolgschaft rebelliert hätte. Dafür kann als bestes Beispiel die widerspruchslose Hinnahme des Paktes mit der Sowjetunion gelten, der im Widerstreit mit Hitlers langjährigen Doktrinen lag. Diese Verleugnung von Prinzipien, mit denen Hitler seinen Kampf um die Macht geführt hatte, wurde ohne Nachdenken angenommen; es war sein Wille, der die Geschicke bestimmte.

Am 18. Juli und am 25. August 1956 beschäftigte ich mich in meinen Spandauer Eintragungen[1] mit dem Problem der Gewöhnung. Wenn ein neuer Wärter – so schrieb ich – zum Dienst in Spandau antrete, sei er zunächst durch unsere Leidenswelt stark beeindruckt, während wir durch eine Art von Verhärtung des Gemüts sein Mitgefühl oder gar seine Erschütterung kaum noch verstehen oder wahrnehmen konnten. Aber gerade diese Versteinerung habe uns das Leben in jahrzehntelanger Haft überhaupt erst erträglich gemacht. Auch der neue Wärter sei bald durch Gewohnheit gleichgültig geworden. Er gleiche sich unserer zu-

fällig zusammengeführten Gruppe, die aus Wärtern und Gefangenen gleicherweise zusammengesetzt sei, an. «Der Tagesablauf, der wechselseitige Umgang wird nun von Wärtern und Gefangenen als gar nichts Besonderes hingenommen. Wir fünf Gefangenen haben uns an unsere ohnmächtigen Tätigkeiten und an unseren erbärmlichen Anblick längst gewöhnt, aber auch die Wärter. Dieser Prozess verstärkt sich wechselseitig. Dabei sind wir uns dieser Angleichung überhaupt nicht bewusst. Niemand von uns steht auf und weist auf unsere Unmoral hin; im Gegenteil bestärkt jeder den anderen darin, dass das Schlechte gar nicht schlecht, sondern im besten Sinne gut sei. Beispielsweise, dass die Wärter uns fünf Gefangene vor jeder schädlichen Berührung mit der Aussenwelt bewahren. Das alles zeigt die tiefstehende Moral unserer gemeinsamen «Gefangenen-Wärter-Gruppe».»

Diese Spandauer Beobachtungen gelten in viel krasserem Masse auch für Hitlers Regime. Der wohlwollende Wärter merkte nicht mehr, wie sehr er seiner Gefangnisarbeit verhaftet war. Der hohe Parteifunktionär konnte aus seinem eigenen System nicht mehr heraustreten, er war selber darin gefangen. Er realisierte nicht mehr die moralische Deformation, in die er durch den Alltag des scheinbar geordneten, gesetzlich verankerten Zuchthausbetriebes des Reiches geraten war. Angesichts der *scheinbaren* Gesetzlichkeit des Regimes kam er nicht dazu, sich das total ungesetzliche Geschehen bewusstzumachen. Die moralische Sensibilität des Einzelnen war allmählich verkümmert. Oft kam es mir in Spandau so vor, als habe sich gar nichts verändert, als sei ich noch derselben Welt verhaftet. Nur war ich früher Wärter, jetzt Gefangener.

Der englische Schriftsteller Cecil Forester hat 1937 in seinem Roman «The General» dargestellt, wie während des Ersten Weltkrieges im Hauptquartier einer britischen Division militärische Fragen sachlich besprochen und Befehle zum Einsatz von Truppenteilen beschlossen werden. Der Heeresstab handelt sachlich, sonst kann er keine gute Arbeit leisten. So wird im Generalstab einer Division über das Leiden und den Tod von Tausenden entschieden – losgelöst von der realen Wirklichkeit, auf strategisch-technische Probleme reduziert. Am Ort der Ausführung dieser sachlichen Befehle werden Soldaten verwundet, sie leiden und sterben.

Hitlers Entscheidungen in den Lagebesprechungen der Jahre 1942 bis 1945 waren oft ganz offenkundig falsch. Wahrscheinlich waren die Teilnehmer an Hitlers Lagebesprechungen durch ihre langjährige Zugehörigkeit zu dieser obersten Stufe des militärischen Apparates der Realität des Krieges so weit entrückt, dass sie nicht mehr willens und fähig waren, die Folgen dieser Unvernunft auf die Ebene zu projizieren, auf der sich das Massenmorden abspielte. Tausende von Soldaten gingen täglich zugrunde. Aber man sprach kalt von «Ausfällen», eines dieser zahlreichen Wörter, die die Wirklichkeit verdrängten, um sich selbst nicht mit der Realität konfrontieren zu lassen. Eine der erschreckenden Entwicklungen in einem Krieg ist eben die Anonymität, mit der beispielsweise in Lagebesprechungen festgestellt wird, «so und so viele Divisionen sind aufgerieben» oder «es ist besser, die Divisionen bluten aus und man stellt dafür neue in der Heimat auf».

Überall kommt es vor, dass moralische Gefühle unterdrückt werden. In meinem Rüstungsbereich war der Mensch zum Produktionsfaktor entwertet. Er war so zählbar, wie die Produktionszahlen von Panzern, Stahl oder Munition. Das Menschliche wird allenthalben durch die Technik degradiert. Aber im totalitären Staat des «Dritten Reiches» wurde der Mensch in extremer Weise zur Ware oder Nummer herabgesetzt. Juden oder Nichtjuden, sie waren allesamt unbedeutende Schicksale, über die am Schreibtisch im Interesse der Rüstung entschieden wurde. Die Situation von Diktatur und Krieg steigerte die Erscheinungen ins Extreme.

Die deutschen Städte wurden zerbombt. Tausende von Frauen und Kindern verbrannten oder erstickten in den Trümmern. Es gehörte zu meinen Aufgaben, unmittelbar nach den Angriffen mit den Leitungen der betroffenen Betriebe die Massnahmen zu einer schnellen Wiederaufnahme der Produktion zu besprechen. Die Verhärtung vor der Wirklichkeit nahm durch diese Erlebnisse zu. Umgekehrt wurden bei den Alliierten durch Berichte von Verbrechen in deutschen Konzentrationslagern moralische Bedenken gegen die Bombardierung ziviler Städte ausgeschaltet. So verhärteten sich die Gemüter auf beiden Seiten. Heute, nach einer fünfunddreissigjährigen Friedensepoche, kann kaum noch verstanden werden, wie unterschiedlich Entscheidungen ausfielen. Die Ge-

wöhnung an Grausamkeiten beschleunigte sich durch die Notsituation eines von allen Seiten unmenschlich geführten Krieges.

Äusserungen und Handlungen der Gegenseite, wie sie von Churchill oder Roosevelt oder von deren Mitarbeitern überliefert sind, sollen nicht als Beleg oder Rechtfertigung dienen. Lese ich aber dergleichen Dokumente heute, so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass auch hier technokratische Gleichgültigkeit humanitäre Überlegungen verdrängte. In den Morgenthau-Tagebüchern[2] erhält man durch Briefe und Telefongespräche einen Einblick, mit welcher Kaltblütigkeit von der Möglichkeit gesprochen wurde, dass unter Umständen Millionen Deutsche verhungern würden – gewissermassen als wäre das die normalste Sache der Welt. Ich möchte gewiss nicht den Eindruck hervorrufen, als wären beide Welten vergleichbar. Ich möchte nur hinter dieses Phänomen kommen, wie solches unmenschliche Denken möglich wurde.

Dieses prinzipielle Problem besteht unverändert in unserer Leistungsgesellschaft weiter. Ethische Verkümmerung gibt es auch heute noch, unabhängig vom jeweiligen Herrschaftssystem, in der Bürokratie wie in der Technokratie. Besessen vom Leistungsdenken, dem persönlichen Ehrgeiz verfallen, neigt man auch in unserer Zeit noch dazu, menschliche Vorgänge unter der technokratischen Perspektive der Effektivität zu sehen.

Das System Hitlers gab dem Tüchtigen eine grosse Chance. Tüchtigkeit konnte sich in jeder Richtung auswirken, in der Bürokratie des Bösen wie in der Architektur. Alles war möglich, wenn – meist durch Zufall – ein Mitarbeiter entdeckt wurde, der zu Aussergewöhnlichem befähigt schien. Wer frühzeitig in die Partei eingetreten war, konnte ohnehin unter den verschiedensten Aufgaben auswählen, was er wünschte. Auch Hitler hat mich, eigentlich mehr oder weniger zufällig, gefunden.

Durch ihn wurde ich gegen meine Neigungen zum Manager der gesamten Industrie fast eines ganzen Kontinents, und das mit siebenunddreissig Jahren. Durch eine Augenblickseingebung Hitlers zu einer Aufgabe berufen, für die ich mich in keiner Weise vorbereitet hatte, war ich sogleich besessen von der Aufgabe und den daraus resultierenden Erfolgen, aber zugleich von einem per-

sönlichen Ehrgeiz, der durch meine Jugend verstärkt gewesen sein mag. Nicht zuletzt aber beherrschte mich auch ständige Furcht, das Wohlwollen des «Führers» zu verlieren und damit auch die Aufgabe. Dieser Hitler – dadurch wurde das individuelle Verhältnis begründet – hatte mir Verantwortungen übertragen, die mich ungeheuer herausforderten und mir unglaubliche Befriedigung gaben. In einer solchen Position schluckte ein jeder unter Hitlers Mitarbeitern viel Ungemach, gelegentlich sogar Demütigungen hinunter, um seine Aufgabe nicht zu verlieren.

Wenn auch in begrenztem Rahmen, so war es doch selbst im «Dritten Reich» möglich, selbständig und eigenverantwortlich zu handeln. Es gehörte zur Mechanik dieses Befehlssystems, dass zwar Befehle ausgeführt werden mussten, dass sie aber oft Variationen ermöglichte, die dem Einzelnen eine gewisse Freiheit liessen, entweder verschärfend oder mildernd einzugreifen. Selbst ein Eichmann in seiner untergeordneten Position hätte manches in weniger konsequenter Weise anordnen können, weil auch der Befehlsapparat der SS keine wirksamen Kontrollwege geschaffen hatte, besonders bei den unteren und mittleren Instanzen. So konnte, je nach der persönlichen Einstellung des Einzelnen, manches zum Guten oder Bösen gewendet werden. Typisch dafür sind Verbesserungen im Auschwitzer Arbeitslager, als dessen Kommandant Höss durch Liebehenschei abgelöst wurde. Als Höss wieder an seine Stelle trat, waren bald die katastrophalen Verhältnisse wiederhergestellt.[3] Allerdings bleibt die Frage offen, ob Himmler eben der milderen Lagerführung Liebehenschels wegen Höss zurückgeholt hatte.

Noch als Fünfundsiebzigjähriger, Jahrzehnte nach den Ereignissen, bestürzt mich, dass ich damals in Minuten hätte Entscheidungen treffen können, um die Lage der unglücklichen Häftlinge zu verbessern. Wahrscheinlich hätte ich mit einfachen Mitteln Unzähligen ihre Überlebenschancen vergrössern können. Ich denke beispielsweise daran, dass ich bei Betriebsbesichtigungen KZ-Häftlinge sah, die in unseren Fabriken inmitten der deutschen Belegschaft arbeiteten. Sie waren zwar nicht nahe am Zusammenbrechen, aber sie befanden sich nicht in gutem Zustand. Ich hätte viel in Gang bringen können, wenn ich dem

begleitenden Direktor auch nur angedeutet hätte, er solle helfen. Ihn zu ermutigen, hätte mich nicht in Gefahr gebracht. Aber ich verbarg mein Gewissen hinter den zahllosen Problemen, die ich in solchen Stunden zu entscheiden hatte. Zudem hatte ich es immer eilig. Kaum fünf oder zehn Minuten standen zur Verfügung, in denen ich in Ruhe hätte eine Unterhaltung beginnen können; eine Entscheidung nach der anderen musste getroffen werden.

Möglicherweise hätte ich durch eine Besprechung mit dem mir befreundeten Staatssekretär im Ernährungsministerium, Hans Joachim Riecke, die Ernährungssätze in den Konzentrationslagern erhöhen können oder meine Vollmachten zur Lenkung des zusammenbrechenden Verkehrs Ende des Krieges dazu benutzen sollen, genügend Lebensmittel und Medikamente in die Konzentrationslager zu senden und dadurch beizutragen, Hunger und Seuchen zu vermeiden. Vielleicht wäre ich sogar in der Lage gewesen, manchen Armeeführer zu beeinflussen, durch strategische oder taktische Massnahmen die Räumung der Lager bei der Annäherung der alliierten Armeen zu verhindern, was die langen Todesmärsche vermieden hätte.

Warum vertat ich die Möglichkeit zu helfen, warum kam ich schon gar nicht auf den Gedanken, dass ich sorglos handelte, wenn ich nicht über eine übergeordnete Verantwortung nachdachte, sondern meine ministerielle Arbeit vorschützte? Dem nationalen Betriebs- und Ressortdenken verhaftet, überging ich das Gebot der Menschlichkeit und vollzog nicht den kleinen Schritt, der mich von der richtigen Erkenntnis trennte. Als ich mich der moralischen Verantwortung für die Zwangsarbeiter entzog, war das die letzte Bestätigung einer Versteinerung, die mich längst ergriffen hatte.

Gewiss habe ich manchmal helfen können, wie beispielsweise in Łódź, als Gauleiter Greiser das Ghetto auflösen wollte. Vielleicht könnte ich sogar sagen, dass ich nicht nur aus rationalen Erwägungen manches tat, um den Opfern das Überleben zu ermöglichen. Aber ich kann nicht behaupten, dass Erwägungen der Menschlichkeit über Interessen der Kriegswirtschaft gestanden hätten. Konnte ich helfen, so hatte ich zwar ein befriedigendes Gefühl, konnte ich nicht helfen, so wandte ich mich von dem Elend ab, sofern ich es überhaupt wahrnahm. Meine Motivierung war aus dem Lot geraten, für mich war die Rationalität entscheidend. Selbst wenn oft eine bessere Behandlung durchgesetzt

werden konnte, bleibt die Tatsache bestehen, dass diese Menschen rücksichtslos ausgenutzt wurden. Heute erkennen wir, dass selbst der Aspekt einer nur relativen Menschlichkeit längst nicht genügt, sondern dass es sich hier um eine Grundsatzfrage handelt, die ich damals weitgehend unter dem Aspekt der Rationalität gesehen habe. Die Optik der Ausbeutung stand im Vordergrund. Wir haben nicht getan, was wir hätten tun können und müssen, um die Menschen am Leben zu erhalten! Die Verstrickung war unbarmherzig und unauflöslich. Humanitäre Erwägungen?

Obwohl das Problem der Unmenschlichkeit der Sklavenarbeit in den Konzentrationslagern nicht im Zentrum dieses Buches steht, darf es trotzdem als Hintergrund des Geschehens nicht verschwiegen werden, noch dürfen die Bemühungen, Arbeitsfähige durch Verbesserung ihrer Bedingungen am Leben zu erhalten, darüber hinwegtäuschen, dass gleichzeitig Millionen von Menschen planmässig in den Vernichtungslagern ermordet wurden.

Dieses Buch beabsichtigt nicht, die eigene Arbeit unter dem Motto zu verteidigen: Wir waren nicht so schlecht, die SS war der Übeltäter. Schliesslich war dies *ein* System, und wir gehörten alle zu ihm. Für die Frage nach der Verantwortung ist es belanglos, dass die einzelnen Machtzentren sich nicht mochten. Daher ist es falsch, die SS als die alleinige Verkörperung des Bösen herauszustellen.

Sicherlich gehörte ich zu jenen Mitarbeitern Hitlers, die heute «Technokraten» genannt werden. Diesen Rüstungstechnokraten können auch Wehrmachtsspezialisten zugeordnet werden, zum Beispiel der wohl bedeutendste Stratege des Zweiten Weltkrieges, Feldmarschall von Manstein.[4] Er interessierte sich in keiner Weise für Bereiche, die über das rein Militärische hinausgingen. Zu dieser Gesellschaft der Technokraten gehörte auch die Führung der Luftwaffe, allen voran Generalfeldmarschall Erhard Milch.

Aber natürlich gab es die andere Seite, die Gruppe der moralisch Unangefochtenen. Gerade beim Heer fallen zahlreiche Vertreter moralischer Integrität auf. Widerspruch gab es bei der Gruppe von Offizieren, die mit der Verschwörung des 20. Juli verbunden waren. Durch Zusätze, die als Spielraum selbstän-

digen Handelns geblieben waren, entschärften sie die vom OKW gegebenen Todesbefehle, ohne allerdings ihre Weitergabe verhindern zu können.[5] Zu dieser Gruppe zählt auch General Curt v. Gienanth als Militärbefehlshaber im Generalgouvernement Polen. Auf Grund seines aktiven Widerstandes gegen die Judenpolitik Hitlers wurde er von Generalfeldmarschall Keitel entlassen. Ebenso Oberst Fréter, der sich Himmlers Intentionen entgegensetzte und während des Warschauer Aufstandes im August 1944 vom Kampfkommandanten SS-Gruppenführer Jürgen Stroop vor ein Gericht gestellt wurde. Oder der Kommandant von Przemysl, der durch den militärischen Schutz, den er Juden gewährte, in ernste Konflikte mit den örtlichen SS-Stellen geriet. Auch Oskar Schindler wäre hier aufzuführen, dem es mit Hilfe der Rüstungs- und Wehrmachtsdienststellen des Generalgouvernements gelang, einige tausend polnische Juden nach der Tschechei zu evakuieren.

Es gibt also genügend Beweise, dass es möglich war, sein Gewissen nicht unter dem Vorwand technokratischer Zwänge abtöten zu lassen. Die Männer des 20. Juli zum Beispiel muss ein starker Glaube an die Gesetze der Humanität vor dem sittlichen Verfall beschützt haben. Ich kannte die meisten von ihnen, und wir schätzten uns wohl gegenseitig, aber das Mass ihrer moralischen Kraft blieb mir verborgen.

Wenn ich daran denke, wie weit der scheinbare Zwang der Dinge Keitel und Jodl und alle die anderen Generale gebracht hat, die von gleicher bürgerlicher Herkunft wie ich waren und noch Anfang des Krieges es nicht für möglich gehalten hätten, dass sie trotzdem vollständig ihr moralisches Gleichgewicht und ihr Gewissen verlieren würden. Ich denke besonders an Keitel, der in den letzten Jahren dem Willen Hitlers hilflos ausgeliefert zu sein schien und den Eindruck vollkommener psychischer Erschöpfung machte. Rückblickend wirkt Keitel kalt und rücksichtslos. Aber ich sehe ihn vor mir, wie er gutartig und freundlichen Gemütes oft versuchte, das Beste für andere zu erreichen.

Oder Kammler. Ich kannte ihn, als er noch im Luftfahrtministerium die Bauabteilung leitete. Ein unauffälliger, umgänglicher und sehr fleissiger Beamter, von dem niemand es für möglich gehalten hätte, dass er eines Tages

einer der brutalsten und rücksichtslosesten Mitarbeiter Himmlers sein würde. Es war einfach nicht vorstellbar, und doch ist es so gekommen.

Auch Himmler selbst. Er machte einen freundlich-zurückhaltenden Eindruck, hatte gute Manieren, scheute im persönlichen Verkehr die kräftigen Worte, die er in seinen Reden verwendete, gerade auch über die Judenvernichtung. Je länger ich mich mit Himmler beschäftige, umso mehr ahne ich, dass er von seinem Herkommen oder seiner Erziehung her nicht dazu prädestiniert war, als einer der grössten Massenmörder in die Geschichte einzugehen. War er ein geborener Verbrecher? Eher entstand seine mörderische Aktivität aus einer korrumpierten, pervertierten Moral; wahrscheinlich noch nicht einmal aus ideologischer Verblendung. Ich glaube sogar, dass Himmler, ohne zu zögern, auch einer konträren Ideologie Hitlers gefolgt wäre. Dass Himmler diesen Wandel von einem wohlerzogenen Bürger aus einer angesehenen Familie zum Mörder von Millionen Juden vollzog, bleibt für mich ein psychologisches Rätsel, nicht nur der Person Himmlers, sondern der Arbeitsweise dieses Systems. Aber doch eben kein Rätsel, wenn man die ungeheure Beeinflussung beachtet, die der Wille Hitlers im Zusammenwirken mit dessen System auf die Führenden ausgeübt hat.

Noch heute stelle ich mir die Frage, wieweit wir auswechselbar waren, die wir nicht nur unter Hitlers Einfluss standen, sondern auch der technisierten Faszination der Massenmedien, deren Parolen wir selber erzeugt hatten. Wohin hätte mich der Sog gebracht, wenn mich Hitlers Gunst noch weiter nach vorn gestellt hätte? Hätte es bei mir Barrieren gegeben, die zu überschreiten mich innere Hemmungen gehindert hätten? Was wäre geschehen, wenn mich Hitler vor Entscheidungen gestellt hätte, die äusserste Härte verlangten, denen ich aber nicht mehr hätte ausweichen können, weil Hitler darauf bestanden hätte, dass sie für Deutschland notwendig seien? Wie weit wäre ich gegangen? Ich kann diese Frage sowenig beantworten wie so manche andere aus meinem Leben unter Hitler.

Ich sollte nicht feige sein und ausweichen. Die Frage bleibt stehen: Inwieweit hätte ich auf einem anderen Posten Grausamkeiten befohlen, wenn sie Hitler angeordnet hätte?

Sehe ich heute zurück, so steht das Bild einer zugleich romantischen wie rücksichtslosen und grausamen Welt vor mir auf: die Romantik in ihrer Unbeherrschtheit und Wildheit und sicherlich nicht als gefällige Biedermeier-Gemütlichkeit. Ich werde an die Knipperdollings im Münster der Wiedertäufer erinnert. Hier wie dort vereinen sich romantische Heilsvorstellungen, Grausamkeiten, gläubige Selbstlosigkeit mit skurrilen Absonderlichkeiten, Opferbereitschaft mit Brutalität, ausschweifender Gehorsam mit begeistertem Dilettantismus zu dem Bild eines Gemeinwesens, das hier eine kleine Stadt im Westfalen des 16. Jahrhunderts an den Rand des Ruins brachte, dort eine Welt in Chaos stürzte.

Euphorische Vorstellungen

Am 26. Januar 1942, also gerade zwei Wochen vor dem Beginn meiner Tätigkeit als Rüstungsminister und sechs Tage nach der Wannsee-Konferenz, auf der Massnahmen zur Ausrottung der Juden im deutschbeherrschten Europa – die «Endlösung der Judenfrage» – erläutert wurden, teilte Himmler dem Chef der Inspektion aller Konzentrationslager, SS-Brigadeführer Richard Glücks, mit, dass, «nachdem russische Kriegsgefangene in der nächsten Zeit nicht zu erwarten»[1] seien, er «von den Juden und Jüdinnen, die aus Deutschland ausgewandert werden [sic!], eine grosse Anzahl in die Lager schicken» werde. «Richten Sie sich darauf ein, in den nächsten Wochen 100'000 männliche Juden und bis zu 50'000 Jüdinnen in die Konzentrationslager aufzunehmen. Grosse wirtschaftliche Aufgaben und Aufträge werden in den nächsten Wochen an die Konzentrationslager herantreten. SS-Gruppenführer Pohl wird Sie im Einzelnen unterrichten.»[2] Vierzehn Tage zuvor hatte Hitler, reichlich verspätet, Konsequenzen aus der Niederlage vor Moskau gezogen und der Heeresrüstung die Priorität vor der Luftrüstung zurückgegeben. Gleichzeitig forderte er zu äussersten Rüstungsanstrengungen auf.[3]

Zu Worten war Himmler schnell bereit, und er neigte auch zu weitschweifenden Phantasien. Aber dieses Mal schien die Verwirklichung seiner Pläne eines ausgedehnten Industriekonzerns tatsächlich in greifbarer Nähe. Höss berichtet in seiner Autobiographie, dass Himmler, fast ein Jahr zuvor, im März 1941 bei einer Besichtigung des Lagers Auschwitz erklärt habe, er wolle dieses Lager in eine Arbeitszentrale der Rüstung mit hunderttausend Gefangenen verwandeln[4]: «Ich habe diese Frage [der Ermordung der Häftlinge] in meinen Berichten immer behandelt, aber ich konnte nichts gegen den Druck von Himmler

machen, der immerfort mehr Gefangene für die Rüstung wollte.»[5] «Die speziellen Gefangenen [worunter bei Höss die Juden zu verstehen sind], die unter der Kompetenz von Himmler standen, mussten mit Rücksicht behandelt werden. Man konnte nicht auf die grosse Arbeitsquelle verzichten und im Besonderen nicht in der Rüstungsindustrie.»[6] Auch Worte besitzen relativen Wert. Denn was für Höss «Rücksicht» bedeutet, kann in seinem Verhältnis zur Wirklichkeit nur bewertet werden in Verbindung mit dem technischen Vernichtungsapparat von Auschwitz, den Höss befehligte und in dem 2,5 Millionen Ermordungen durchgeführt wurden.

Dieser Gegensatz zwischen den Zielen Himmlers und einer nicht genannten Kraft lässt sich nicht klarstellen. Es ist zu vermuten, dass das Reichssicherheitshauptamt die Ermordung aller Juden forderte und darin von Bormann im Auftrage Hitlers gestützt wurde.

Die Absichten Himmlers, aus der militärischen Notlage Nutzen zu ziehen und einen Wirtschaftskonzern der SS aufzubauen, schlug sich einige Wochen später in einem grundsätzlichen Wandel der SS-Organisationsstruktur nieder. Am 16. März 1942 wurde Oswald Pohl durch Zusammenlegung verschiedener Hauptämter der Verantwortliche der SS in allen Wirtschafts- und Verwaltungsangelegenheiten.[7]

Pohl war, wie auch das Urteil gegen ihn feststellt, weder für die Einweisung von Gefangenen oder für ihre Entlassung noch für Hinrichtungen verantwortlich.[8] Seine «Rechtsvollmachten begannen mit dem Eintreffen der Häftlinge an den Toren der Konzentrationslager». Aber ihm und dem von ihm geleiteten Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS unterstanden auch «die letzten Einzelheiten der Entgelte, der Produktion und des Einsatzes der Häftlinge. [Es] oblag ihm auch die Belieferung der Ernährung und Bekleidung der Häftlinge, und diese Verpflichtung erstreckte sich bis zu der untersten Stufe der Verteilung [bis zu] der tatsächlichen Verantwortung, dass die Gefangenen die notwendigen Zuteilungen erhielten».[9]

Das Gericht bescheinigte Pohl, seine Rolle wohl aus taktischen Gründen übertreibend, «dass er ein erfahrener, tätiger und beherrschender Führer einer der grössten Zweige der deutschen Kriegsmaschine war».[10] An anderer Stelle geht das Gericht so weit, von dem «grossen Genie Pohl»[11] zu sprechen: «Bei der Planung oder Errichtung des Hauses des Wirtschaftsverwaltungshauptam-

tes war nichts falsch gemacht. Es war geschickt geplant und fachgemäss errichtet. Es war ein gutes Haus, aber es beherbergte verbrecherische Dinge. Die Verwendung des Hauses war schlecht. Eine edle Kathedrale kann der Treffpunkt von Dieben, Entführern und Fälschern sein.»[12]

Mein Urteil über Pohls Fähigkeiten fiel negativer aus. Ich hatte ihn immer, wie ich noch einmal im Juli 1945 in den ersten Monaten meiner Gefangenschaft feststellte, für einen Mann mit wenig Geist gehalten.[13] Tatsächlich hat die SS unter der Führung von Pohl nicht verstanden, einen gut organisierten Wirtschaftsapparat aufzubauen.

Dr. Walter Schieber, ein Chemiker, war seit Beginn meiner Tätigkeit als einer der neun Amtschefs verantwortlich für die rechtzeitige Zulieferung von wichtigen Einzelteilen, wie Kugellager, Gussstücke, aber auch für die von chemischen Produkten, einschliesslich des Sprengstoffes.

Erst nach meiner Entlassung aus zwanzig Jahren Haft erfuhr ich, dass Schieber in meinem Ministerium als Vertrauensmann Himmlers gelten konnte. So übersandte er ihm am 17. Juni 1941 den Durchschlag eines für den Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Dr. Fritz Todt, angefertigten Berichtes über seine sechstägige Reise nach Moskau und Rostow am Don, wo er in der Zeit des deutschen Paktes mit der Sowjetunion auf Einladung der sowjetischen Regierung Industriewerke besichtigte.[14] Einige Wochen nach dem Beginn des Russland-Feldzuges, am 24. Juli 1941, sandte Schieber an Himmler einen weiteren Bericht über eine Reise nach Italien, der Himmler so wichtig erschien, dass er die Übersendung einer Abschrift an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Heydrich[15] veranlasste. Auch wurde bereits am 8. Oktober 1941 Pohl von SS-Gruppenführer Kammler, seinem Chef des Amtes Bau gebeten, für eine Beförderung Schiebers einzutreten. Pohl gab diesen Vorschlag befürwortend an den Chef des Persönlichen Stabes Himmlers, SS-Gruppenführer Wolff, mit dem Bemerken weiter: «Ich selbst schätze Schieber sehr. Er steht wohl auch beim Reichsführer-SS in gutem Ansehen.»[16]

Mit den ihm am 16. März 1942 übergebenen neuen Vollmachten, für die SS in allen Wirtschafts- und Verwaltungsangelegenheiten zu handeln, und gleichzeitig als der Verantwortliche für die industrielle Beschäftigung der Häftlinge in Konzentrationslagern erschien am Tage seiner Ernennung Pohl im Büro Saurs, des wichtigsten Amtschefs meines Ministeriums. Ihm unterstand die eigentliche Rüstungsproduktion, damals allerdings noch beschränkt auf das Heer. Erst im Juli 1943 trat die Verantwortung für die Marinerüstung, im Juni 1944 für die Luftrüstung hinzu.
In dieser Besprechung meiner Amtschefs und meiner anderen Mitarbeiter wurde Himmlers Verlangen nach Rüstungsfertigungen in Konzentrationslagern ohne Weiteres stattgegeben. «Die Betreuerfirmen müssen ihre Erzeugung in den Bereich des [Konzentrations-] Lagers verlegen, unter zeitweiliger Zurverfügungstellung von Ingenieuren und Meistern zum Anlernen der Häftlinge. [Diese] in Konzentrationsläger verpflanzten Fertigungen [sollten] nicht nur fertigungsmässig, sondern auch wirtschaftlich von der jeweiligen Firma betreut werden.» Die erforderlichen Maschinen würden vom Rüstungsministerium beschafft. «Die Gesamtaufgabe des Einsatzes von Konzentrationslagern für die Rüstung hat Herr Staatsrat Dr. Schieber übernommen. Er wird so rasch wie möglich zwei Beispiele durchexerzieren und zwar zunächst mit den Lagern Buchenwald bei Weimar und Neuengamme bei Hamburg.»[17]

Der Einsatz von 25’000 Häftlingen wurde in fünf Konzentrationslager-Fabriken vorgesehen:

Buchenwald	mit etwa 5’000 Arbeitsfähigen
Sachsenhausen	mit etwa 6’000 Arbeitsfähigen
Neuengamme	mit etwa 2’000 Arbeitsfähigen
Auschwitz	mit etwa 6’000 Arbeitsfähigen
Ravensbrück	mit etwa 6’000 arbeitsfähigen Frauen.[17]

Einen Tag später, am 17. März 1942, ordnete Schieber auf Grund des ihm erteilten Auftrags, Fertigungen in die Konzentrationslager zu verlegen, an, dass von den Gustloff-Werken, einem grossen Rüstungsbetrieb, der dem thüringischen Gauleiter Fritz Sauckel unterstand, die monatliche Fertigung von 15’000 Karabinern und 2'000 Wehrsportgewehren (für die vormilitärische Ausbildung der Hitlerjugend) nach Buchenwald zu verlagern seien. Die Verantwortung für

die Fertigung übernehme das bisher betraute Werk. «Die Umlagerung beginnt sofort und wird in etwa drei, maximal vier Monaten voll durchgeführt sein.»[18] Diese ministerielle Anordnung meines Amtschefs fand ich in den Akten des Persönlichen Stabes Himmlers. Also hatte Schieber einen internen Vorgang kurzerhand an die SS-Führung weitergegeben. Nach administrativen Gepflogenheiten hätte mein Ministerbüro eingeschaltet werden müssen.

Am gleichen Tag behandelte Himmler als Punkt 10 seiner Besprechung mit Hitler: «Arbeit mit Speer. Karabiner.»[19] Ein Zeichen, wie schnell er über diese Neuigkeit informiert worden war. Auch ich machte Hitler zwei Tage später in einer 52 Punkte umfassenden Rüstungsbesprechung Meldung: «Dem Führer über die Rüstungsfertigung in den Kozentrationslagern berichtet.» Hitler stimmte den Plänen zu, zunächst in Buchenwald zu beginnen. Er war «mit der vorgesehenen Produktion von Karabinern einverstanden» und bestimmte, dass «die angegebenen Zahlen von Arbeitskräften, zusammen zunächst 25’000 Häftlinge, unbedingt eingehalten werden» müssten.[20]

Schieber wurde für seinen Eifer umgehend belohnt. Pohls Antrag auf dessen Beförderung vom 9. Oktober 1941 wurde nun, nach über fünf Monaten Wartezeit, stattgegeben. SS-Obergruppenführer Wolff beglückwünschte «Kamerad Schieber herzlichst zur wohlverdienten Beförderung zum SS-Oberführer».[21] Nur einige Wochen später, am 22. April, schrieb der Vertraute Himmlers und Leiter des SS-Hauptamtes, Obergruppenführer Gottlob Berger einen handschriftlichen Brief an Himmler, in dem er feststellte, dass Schieber «in jeder Weise mit uns arbeiten» will und dass er zu diesem Zweck «bei nächster Gelegenheit einen kurzen Termin bei Reichsführer-SS erbittet». Zudem schlug Berger Himmler vor, Schieber «bald zum persönlichen Stab des Reichsführers-SS zu versetzen».[22]

Dieses Mal dauerte es keine fünf Monate. Schon sechs Tage später erklärte sich Himmler bereit, Schieber zu einer Rücksprache zu empfangen und ihn in seinen Persönlichen Stab aufzunehmen.[23] «Mitglied des Persönliches Stabes» bedeutete nicht weniger, als dass Schieber durch diesen Schritt sich von nun an als eine Art Untergebener Himmlers auswies, natürlich ohne dass ich davon Kenntnis erhielt. Diese Episode scheint mir wichtig, um zu zeigen, wie Himm-

ler es nicht nur verstand, mit einfachen Mitteln persönlichen Ehrgeiz zu erwekken, sondern auch Mitarbeiter in Schlüsselstellungen anderer Dienststellen zu sich heranzuziehen.

Am 21. Juni wurde Schieber erneut ausgezeichnet und nach nur drei Monaten seit seiner letzten Beförderung zum SS-Brigadeführer ernannt. Dieses Mal war es Pohl, der am 5. Juni die Auszeichnung angeregt hatte, und so teilte der Chef des SS-Hauptpersonalamtes die Beförderung Pohl mit, damit er selber Schieber die Neuigkeit überbringen könne.[24]

Ähnliche Überlegungen mögen vorgelegen haben, als Himmler mir im Frühjahr 1942 durch den Chef seines Persönlichen Stabes, Obergruppenführer Wolff, den Ehrenrang eines SS-Oberstgruppenführers anbieten liess. Damit wäre ich nicht nur in ein inoffizielles Vasallenverhältnis zu Himmler geraten, eine Annahme dieser Auszeichnung hätte auch mein Vertrauensverhältnis zu den Kommandostellen des Heeres empfindlich gestört. So lehnte ich freundlich ab. Nur vier Jahre später, während des Nürnberger Prozesses, hing ich dem Gedanken nach, dass angesichts eines solchen Ehrenranges für mich keine Chancen des Überlebens bestanden hätten.

Zwei Beispiele sollten «durchexerziert» werden, und zwar die Karabinerfertigung in Buchenwald und Neuengamme. Schieber hatte angekündigt, dass in Buchenwald die Monatsproduktion von 15'000 Karabinern in etwa drei, maximal vier Monaten voll laufen würde.[25] Das war kein übertriebenes Ziel, sondern ein einfach gelagerter Testfall; die Herstellung von Karabinern erfordert geringe fabrikatorische Sachkenntnis. Die Maschinen und die technischen Kenntnisse waren ohnehin von den Gustloff-Werken beizusteuern.

Der Verlauf dieses ersten Vesuchs der Fertigung von Waffen in Konzentrationslagern ist durch einen ausgedehnten Briefwechsel zu verfolgen. Die gestellte Frist von vier Monaten war bereits verstrichen, als schliesslich am 11. Juli 1942 Pohl Himmler melden konnte, dass alle *Vorbereitungen* zum «Bau der Gewehrfabrik auf dem Gelände des Konzentrationslagers Weimar-Buchenwald» getroffen seien und dass mit diesem Bau am Montag, dem 13. Juli 1942, begonnen würde. «Über die Bereitstellung der Häftlinge für die Produktion erfolgt gesondert eine Regelung zwischen SS-Wirtschaftsverwaltungs-

hauptamt und den Gustloff-Werken», heisst es weiter in diesem Brief.[26] Aus dieser Bemerkung geht hervor, dass die Gustloff-Werke von der SS als Unternehmer der Gewehrfabrik angesehen wurden.

Himmler, der gerne prahlerische Formulierungen verwendete, sandte einige Tage später Sauckel einen Brief, in dem er seiner Freude Ausdruck gab, «dass das Werk in Weimar-Buchenwald am 13. Juli 1942 angelaufen» sei. Geflissentlich überging er, dass dieser Terminus technicus sich im Allgemeinen auf die Aufnahme der Produktion bezieht und nicht auf den bevorstehenden Beginn von Bauarbeiten für Fabrikhallen. Auch versicherte er Sauckel, seine Absichten zum Aufbau eines Wirtschaftskonzerns dementierend, dass «das Werk im Frieden in gar keinem Fall etwa ein Konkurrenzunternehmen zu den Gustloff-Werken darstelle. Ich denke nicht daran, mich im Frieden auf diesem Gebiet zu betätigen, da es völlig abseits von meinen Aufgaben und Interessen liegt.»[27]

Nach dem Ablauf der gestellten Frist von vier Monaten konnte Buchenwald, das bislang nicht einen einzigen Karabiner gefertigt hatte, nicht gerade als Erfolg gewertet werden. Aber Himmler forderte bereits die Übernahme weiterer Rüstungsproduktionen. «Ich hatte heute Gelegenheit, mit SS-Brigadeführer Dr. Schieber zu sprechen. Er war mit der Gesamt-Entwicklung bei unseren Konzentrationslagern sehr zufrieden», heisst es in einem Brief Himmlers vom 7. Juli 1942 an Pohl. Eine glatte Unwahrheit, denn Schieber muss informiert gewesen sein, dass an diesem Tage noch nicht einmal die Bauarbeiten für Buchenwald begonnen hatten. Schieber war, trotz aller nicht zu leugnenden Erfolge, als Amtschef eine schwache Persönlichkeit, neigte zu einer euphorischen Betrachtung der Lage, und sicherlich hütete er sich, Himmler zu enttäuschen.

Dieser machte mit Schieber kurzerhand aus, dass, parallel zu der bevorstehenden Karabinerfertigung in Buchenwald, «im Konzentrationslager Neuengamme die Pistole 08, in Auschwitz in grossem Massstab das 3,7 cm-Flakgeschütz, in Ravensbrück eine grosse Fabrikation von Nachrichtengeräten einzurichten und ausserdem in Buchenwald statt der vorgesehenen 12’000 einen Fabrikbau für die Produktion von 55’000 Karabinern» zu erstellen und sobald als möglich in Betrieb zu setzen sei. Himmler machte Schieber «darauf aufmerksam, dass ich grosses Interesse an der Lastkraftwagenfabrik der Firma

Opel habe [...] Die Fabrik soll nun in der Nähe von Kattowitz in Oberschlesien errichtet werden [...]. Ich lege Wert darauf, dass diese Fabrik von uns errichtet und betrieben wird.»[28] Keines dieser Programme wurde je durchgeführt.

Die Übernahme der Produktion von Lastkraftwagen war schon seit Monaten Himmlers Anliegen gewesen, denn Lastkraftwagen zur Ausstattung motorisierter Divisionen waren seit Beginn des russischen Feldzuges knapp geworden. Im Mai bereits hatte er Hitler darauf angesprochen. In Himmlers Vortragsnotizen befindet sich unter Punkt 5 der lakonische Eintrag: «Opel-Fabrik. Speer.»[29] Zwei Tage später konnte Himmler mir über Obergruppenführer Wolff mitteilen lassen, dass Hitler seinem Plan zugestimmt habe; gleichzeitig liess er SS-Gruppenführer Jüttner, der für die Bewaffnung der SS-Divisionen zuständig war, von Hitlers Entscheidung Kenntnis geben.[30]

Zwei Jahre geschah jedoch gar nichts. Anfang Juli 1944 erst wurde erneut von Hitler und mir festgelegt: «Um die vom Führer geforderte Steigerung der Lastkraftwagen-Produktion um 2’000 Stück [im Monat] sicherzustellen, sagte der Reichsführer SS die dafür notwendigen 12’000 Arbeiter zu. Zu diesem Zweck müssen ein oder mehrere Werke der Lastkraftwagen-Produktion beschleunigt auf KZ-Betriebe umgestellt werden.»[31] Vor den Gauleitern erklärte ich am 3. August 1944 sinngemäss das gleiche. Denn wir «könnten mit Leichtigkeit 10-11’000 Lastkraftwagen im Monat (statt rund 7‘300 im Monat Juli 1944) produzieren, wenn einige Voraussetzungen, die unterdessen durch die Hilfsbereitschaft des Parteigenossen Himmler in die Wege geleitet sind»[32], geschaffen seien.

In Wirklichkeit war es jedoch ab Oktober durch vernichtende Luftangriffe auf das deutsche Verkehrsnetz zu schwerwiegenden Einbrüchen in der Produktion gekommen. Sie machten sich zuerst bei der hochtechnisierten Automobilproduktion bemerkbar. Statt einer Steigerung trat eine Verringerung des Ausstosses ein. Auch dieses Projekt war endgültig gescheitert.

Als Himmler mir am 9. September 1942 seine Vorschläge machte[33], war ich gern mit der Vergabe grosser Rüstungsaufgaben an die SS einverstanden. Diese gute Nachricht hielt Himmler sofort in einem Brief an Pohl fest.[34] Sechs

Tage später fand unter meinem Vorsitz eine Besprechung statt, die das Problem der Beschäftigung von Häftlingen aus Konzentrationslagern einer endgültigen Lösung zuzuführen schien. Es nahmen von Seiten der SS Pohl und Kammler, von meiner Seite Schieber, Saur und zwei Vertreter des Sektors Bau, die Ministerialräte Steffens und Dr. Briese, teil.

Über die Sitzung ist in der Chronik des Ministeriums vermerkt: «Mit SS-Obergruppenführer Pohl und Dr. Kammler wurde ausgemacht, dass Insassen der Konzentrationslager als Arbeitskräfte für die Rüstungsbetriebe zur Verfügung gestellt werden.»[35]

Ausführlicher berichtete Pohl an Himmler. Triumphierend bestätigte er, dass in Zukunft grosse Rüstungswerke neu errichtet würden, die abseits der Städte von je 10’000-15’000 Häftlingen betrieben werden könnten. Unzureichend belegte Rüstungsbetriebe würden ganz mit Häftlingen besetzt werden; die dann freiwerdenden deutschen Arbeitskräfte könnten in gleichartigen Werken verwendet werden.

50’000 Juden würden nach dieser Übereinkunft in kurzer Zeit in vorhandenen Betrieben beschäftigt werden. Ihre Unterbringung sei gesichert. «Die für die Ostwanderung bestimmten arbeitsfähigen Juden werden also ihre Reise unterbrechen und Rüstungsarbeiten leisten müssen»[36], schrieb Pohl, dabei selbst in einem Brief an Himmler das Wort Vernichtung oder Ausrottung vermeidend. Pohls interne Ausarbeitung wurde mir natürlich nicht zugänglich gemacht. Auch wir, die Teilnehmer der Sitzung, wurden von Pohl über das Schicksal der Juden im Unklaren gelassen.

Drei Tage später nannte Saur in einem Brief an Pohl, wie verabredet, drei Werke, die in der besprochenen Weise, unter Einsatz von Juden, als SS-Rüstungsbetriebe von der SS übernommen werden könnten:

«1. die neu anlaufende 3,7 cm-Flak-Fabrik in Riga mit einer Endbelegschaft von 6’000 Mann,
2. die bereits angelaufene schwere Flak-Fabrik [...] bei Kattowitz mit einer Endbelegschaft von 5’000 Mann,
3. das im Bau anlaufende neue Getriebewerk der Firma Z. F. Friedrichshafen in Passau mit einer Endbelegschaft von 3-4’000 Mann.»

Um intensivste Produktionsverhältnisse zu gewährleisten, habe er, Saur, «durch Umfrage in den betreffenden sonstigen deutschen Fertigungsbetrieben der gleichen Sparte Facharbeiter ermitteln lassen, die SS-Männer und SS-Unterführer» seien.[37]

Es war nun also zugesagt: Karabinerfertigung Buchenwald mit etwa 5'000 Häftlingen, Pistolenfertigung 08 in Neuengamme mit 2'000 Häftlingen, Produktion des 3,7 cm-Flakgeschützes in Auschwitz mit 6'000 Häftlingen, Nachrichtengeräte in Ravensbrück mit 6'000 weiblichen Häftlingen, Lastkraftwagenproduktion bei Kattowitz mit 12'000 Häftlingen, eine 3,7 cm-Flak-Fabrik in Riga mit 6'000 Häftlingen, eine 8,8 cm Flak-Produktion bei Kattowitz mit 5'000 Mann Belegschaft, das Getriebewerk in Passau mit 3'000 bis 4'000 Häftlingen. Diesen 46'000 benötigten Häftlingen standen im September 1942 eine Zahl von 110'000, zumeist kranker oder geschwächter Häftlinge gegenüber, von denen in diesem Monat noch 39'700 an Folgen der ungenügenden Versorgung starben.[38]

Vertreter der Industrie hatten im September 1942 von der Absicht gehört, ganze Fabriken in Konzentrationslager-Betriebe zu verwandeln und der SS-Leitung einen grossen Einfluss auf ihre Führung einzuräumen. Sie bestürmten mich, den Neuling im Rüstungsministerium, solche Pläne zu verhindern.[39] Ein halbes Jahr später versicherte ich Himmler: «Sie kennen selbst die Einstellung der Industrie, die sich nicht gern in der SS eine Konkurrenz aufbauen möchte.»[40]

Auch Generaloberst Fromm, der Chef des Heimatheeres und damit der für die Heeresrüstung Verantwortliche, meldete sich bei mir mit dem Chef des Heereswaffenamtes, General Leeb, als am 18. September die Eisenzuweisungen für das nächste Quartal besprochen werden sollten[41] und machten mir Vorhaltungen über die Konsequenzen von SS-Rüstungsbetrieben. Immer schon habe er im Auftrage des Führers in fairer Weise die SS-Divisionen mit Waffen ausgestattet. Hitler würde, so argumentierte Fromm, ohnehin dafür sorgen, dass die SS-Divisionen bevorzugt mit den modernsten Panzern und Waffen zu beliefern seien. Aus den Konzentrationslagern aber könnten unkontrolliert Teile der für die Ausstattung des Heeres bestimmten Produkte an die SS-Truppen unter Benachteiligung der Heeresdivisionen abgezweigt werden. Denn wie

sollte er kontrollieren, was in SS-Fabriken wirklich produziert würde? In der Tat bot das System, nach dem unter der Aufsicht des Heereswaffenamtes die abgelieferten Waffen in den Fabriken geprüft und abgenommen wurden, einen einwandfreien Überblick.

Ebenso war Saur, wenn auch aus anderen Gründen, gegen eine SS-eigene Produktion. Er befürchtete Einmischungen der SS-Führung, die unsere unbestrittene Hegemonie in der Industrieführung stören konnte. Pohl hatte Himmler, nach der grundlegenden Sitzung vom 16. September 1942, bereits darauf hingewiesen, dass der Plan Himmlers, «Rüstungsaufgaben von Grossformat» zu übernehmen, bisher an einem Widerstand gescheitert sei, «den ich zu meiner grössten Überraschung ganz in der Nähe Reichsministers Professor Speer selbst entdeckt habe. Darüber aber berichte ich gelegentlich mündlich. Der Name Saur spielt hier eine merkwürdige Rolle.»[42]

Jede Zusage hatte im Reiche Hitlers nur Gültigkeit, solange Hitler nicht eine entgegenstehende Meinung äusserte. So fügte ich mich ganz dem Schema ein, als ich, ohne Himmler zu verständigen, zwei Tage später in das Hauptquartier fuhr und mit lebhafter Unterstützung Saurs eine Entscheidung Hitlers herbeiführte, die alles bisher vereinbarte auf den Kopf stellte.

Unsere starke Abordnung bestand aus Vertretern des Heereswaffenamtes, den Leitern verschiedener Hauptausschüsse und Mitgliedern meines Ministeriums. Auch der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, war anwesend. Wir hatten Pläne und Zahlenmaterial über den Bau von Sturmgeschützen und über das neue Panzerprogramm mitgebracht, wie überhaupt bei dieser Besprechung Fragen der Panzerproduktion im Vordergrund standen. Insgesamt waren es neunundvierzig Besprechungspunkte, die in drei Tagen, vom 20. bis 22. September 1942, abgehandelt wurden.

Zum Schluss einer dieser Konferenzen machte ich Hitler darauf aufmerksam, dass ich noch ein schwieriges Problem zu besprechen hätte, bei dem nur Saur und Sauckel anwesend sein sollten. Hitler verabschiedete freundlich die übrigen Teilnehmer der Sitzung und wandte sich Saur und mir zu. Ich hatte Saur gebeten, zuerst das Wort zu ergreifen, denn er stand als langjähriger Ex-

perte Dr. Todts bei Hitler in höherem Ansehen als ich, der ich nicht viel mehr als sieben Monate Lehrzeit hinter mich gebracht hatte.

In solchen Fällen war es angebracht, offen zu bekennen, worum es wirklich ging, denn es war sicher, dass Bormann in Kürze Himmler unterrichtete, der dann seinerseits versuchen würde, seine Argumente vorzubringen. So erklärten wir Hitler offen, wie wir durch eine Vereinbarung mit Pohl in eine Richtung gedrängt worden seien, die wir für unzweckmässig hielten. Natürlich vermieden wir, die Bedenken der Industrie oder die Fromms zu erwähnen. Beides hätte Hitler nur gereizt, und wenn er sich einmal stimmungsmässig festgelegt hatte, war es schwierig, ihn wieder in die gewünschte Richtung zu lenken. Auch wussten wir, dass Himmler Hitler bereits überzeugt hatte, die zahllosen potentiellen Arbeitskräfte aus den Konzentrationslagern in neuen Rüstungsfabriken einzusetzen, die man zweckmässigerweise in unmittelbarer Nähe errichten solle. Es müssten ja ohnehin, so lautete das Argument Himmlers, das auf Hitler seine Wirkung nicht verfehlt hatte, neue Fabriken errichtet werden. Es sei doch zweckmässig, sie gleich dort zu bauen, wo es ungenutzte Arbeitskräfte in Menge gebe.

Saur berichtete nun von den bisherigen Fehlschlägen und erzählte, Hitlers Animosität gegen die Bürokratie ins Spiel bringend, von dem Dickicht bürokratischer Hemmnisse, die wir bei der Testproduktion in Buchenwald und Neuengamme nicht hatten überwinden können. In Buchenwald sei noch nicht einmal mit dem Bau der Fabrikanlagen begonnen worden. Von Neuengamme seien weder Meldungen eingegangen noch Forderungen auf Werkzeugmaschinen vorgebracht worden. Saur hob in diesem Zusammenhang die schnelle und unkomplizierte Arbeitsweise der Industrie hervor, die, wenn ihr nur Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, schon längst die vorgesehenen Steigerungen erreicht hätte. Ich fügte einige Sätze über die Unzulänglichkeit der bürokratischen SS-Wirtschaftsführung hinzu, die vor dem Kriege Hitler versprochen hatte, in kurzer Zeit Ziegelsteine und granitenes Werkmaterial für seine Bauten zur Verfügung zu stellen, ein Versprechen, das nur zum geringsten Teil erfüllt worden sei.

Hitler reagierte zu unserer Überraschung erheitert; er meinte lachend, dass Häftlinge in der Tat wohl eher Filzpantoffel und Tüten produzieren sollten.

Aber das Problem der Arbeitskräfte sei ja im Übrigen durch Sauckel in der besten Weise geregelt worden. Unvorhergesehenerweise hatten wir in Sauckel in dieser Sache einen Bundesgenossen; aus gauinternen Profitgründen sah er die Abzweigung von Fabrikationen aus den Gustloff-Werken nach Buchenwald nicht gern. Sauckel versicherte daher Hitler, dass er alle benötigten Arbeitskräfte herbeischaffen würde. Auf das Angebot Himmlers könne man getrost verzichten.

Das nun entsprach nicht unserer Absicht. Saur ergriff noch einmal das Wort und versicherte glaubhaft, dass Häftlinge aus den Konzentrationslagern eine wertvolle Hilfe darstellen könnten, wenn sie in den Produktionsprozess vorhandener Betriebe eingewiesen würden. Bereits bestehende Fabriken müssten lediglich durch Erweiterungsbauten und zusätzliche Maschinen ergänzt werden. Ein eingearbeiteter Stamm von Facharbeitern und Ingenieuren sei dort bereits vorhanden. Dieser privatwirtschaftlichen Argumentation stimmte Hitler sofort zu. In diesem Moment ergriff ich das Wort. Um zukünftigen Gegenargumenten zuvorzukommen, sagte ich, dass Himmler für Arbeitskräfte zusätzliche Waffen gegeben werden könnten. Sicher habe Himmler Hoffnungen gehabt, aus der Produktion der unter seiner Kontrolle stehenden Rüstungsbetriebe für seine SS einige Waffen abzuziehen. «Worauf Sie sich verlassen können», warf Hitler, besonders gut gelaunt, ein. «Denn Himmler ist zu allem, auch zu Betrug fähig, wenn es sich um eine reichere Ausstattung seiner SS-Divisionen handelt.»

Nun meldete sich Sauckel noch einmal und versicherte, dass Hitler sich auf den Erfolg seiner Aktionen verlassen könne. Allerdings benötige er einen scharfen Befehl Hitlers an die oft zögernd reagierenden Dienststellen der Reichsverwaltungen und der Militärverwaltungen in den besetzten Gebieten. Unter dieser Voraussetzung garantiere er für die Gestellung aller angeforderten Arbeitskräfte. Dann sei es aber auch keineswegs notwendig, nach den Plänen Himmlers 50’000 Juden im Reich zu beschäftigen. «Sauckel, ich unterschreibe Ihnen natürlich jede Vollmacht, die Sie brauchen», unterbrach Hitler. «Lassen Sie mir gleich heute Abend von Lammers eine scharfe Anordnung zur Unterschrift vorlegen. Sie wissen, wie wichtig die Beschaffung der fehlenden Ar-

beitskräfte für die Zusatzprogramme der Rüstung ist.»[43] Allerdings, meinte Hitler, auch er halte es für gänzlich unmöglich, 50’000 Juden im Reich zu beschäftigen, «jetzt, wo wir die Juden gerade losgeworden sind. Im Gegenteil, sehen Sie, dass schleunigst die noch in der Arbeit befindlichen Juden in Berlin ersetzt werden. Goebbels hat sich über diesen Skandal schon mehrmals heftig bei mir beschwert.»[44] In der Tat hetzte der agile Propagandaminister und Gauleiter von Berlin Dr. Goebbels fanatisch gegen die Anwesenheit der Berliner Juden. Er gab keine Ruhe: Am 12. Mai 1942 sprach er in seinem Tagebuch von dem unerträglichen Zustand, dass immer noch Zehntausende von Juden in der Berliner Rüstungsindustrie tätig seien.[45]

In der Tat konnte Sauckel, sieben Monate später, in seinem Bericht vom 15. April 1943, Hitler melden, dass er im Jahre 1942 3‘638‘056 Männer und Frauen nach Deutschland gebracht habe, wovon allein 1‘568‘801 in der Rüstung beschäftigt seien. Wenn meine Mitarbeiter diese Angaben auch für übertrieben hielten, so zeigen sie doch, um welche Grössenordnung es sich handelte. Demgegenüber wog in der Tat das Angebot Himmlers, 50’000 Juden in der Rüstung zu beschäftigen, auch unter produktionstechnischen Gesichtspunkten nicht schwer.

Damit waren seine ehrgeizigen Pläne, einen SS-eigenen Rüstungskonzern aufzubauen, gescheitert. Unter Punkt 36 dieser Sitzung wurde lapidar festgehalten, ich hätte «den Führer aufmerksam gemacht, dass – über eine geringe Menge von Arbeiten hinaus – es nicht möglich sein wird, in den Konzentrationslagern eine Rüstungsfertigung aufzuziehen, denn 1) fehlten hierfür die notwendigen Werkzeugmaschinen, 2) die notwendigen Baulichkeiten, während in der Rüstungsindustrie durch Ausnutzung der zweiten Schicht beides noch vorhanden sei».

Hitler war mit meinem Vorschlag einverstanden, dass Betriebe, die aus Luftschutzgründen ausserhalb der Städte angelegt werden müssten, ihre vorhandenen Arbeitskräfte in den Städten zur Auffüllung der zweiten Schicht anderen Fabriken abgeben. Im Austausch würden sie «aus den Konzentrationslagern die notwendigen Arbeitskräfte, ebenfalls für zwei Schichten» erhalten. In diesem Zusammenhang hatte ich Hitler darauf aufmerksam gemacht, dass Himmler einen massgebenden Einfluss auf diese Betriebe verlangen würde.

Nach dem Protokoll hielt auch er «einen solchen Einfluss nicht für erforderlich».

Um Himmler eine kleine Entschädigung anbieten zu können, schlug ich vor, ihn «an dem Arbeitsstundenaufwand seiner Häftlinge prozentual durch eine zusätzliche Abgabe von Kriegsgerät zu beteiligen. [Es wurde] von einer etwa drei- bis fünfprozentigen Beteiligung gesprochen» und Hitler erklärte sich bereit, «diese zusätzliche Zuweisung von Waffen an die SS zu befehlen».[46]

Dieses Gespräch, das für die nächsten zweieinhalb Jahre das Schicksal unzähliger Unglücklicher bestimmen sollte, fand in einer von allen menschlichen Beziehungen losgelösten technokratischsachlichen Weise statt. Es ist schwer, aus der Erinnerung zu rekonstruieren, ob die Beteiligten wenigstens ein Gefühl dafür hatten, dass sie nicht nur über Produktionszahlen, sondern auch über Schicksale sprachen (vgl. Anhang I).

Hatte Himmler eine Partie verloren? Ich hätte ihn unterschätzt, wenn ich nicht davon ausgegangen wäre, dass er seine Ziele weiter mit Hartnäckigkeit verfolgen würde. Es hiesse aber auch seine Willkür überbewerten, wenn ich angenommen hätte, dass Himmler die Entscheidung Hitlers nicht solange respektierte, bis sie in Vergessenheit geraten war. Himmler akzeptierte zwar die neue Entscheidung Hitlers, die seine Pläne vereitelte. Er versuchte nicht, sie umzustossen[47], und doch beteiligte er sich, wie wir noch erfahren werden, nur mit äusserster Zurückhaltung an den im September 1942 von Hitler angeordneten Massnahmen. Himmler erweiterte nur selten seine Verantwortlichkeiten durch langwierige Kompetenzstreitigkeiten. Geduldig lag er auf der Lauer und konnte dann plötzlich äusserst aktiv werden, wenn er eine Chance in seiner Richtung sah. Bald verstand er es, die Schaffung von weiteren SS-eigenen Rüstungsbetrieben zu erzwingen.

Drohungen statt Fertigungen

Die Entscheidung Hitlers über die Rüstungsfertigung in der Privatindustrie vom September 1942 hatte also die Ziele Himmlers nicht verändert; unverdrossen verfolgte er sein Vorhaben eines KZ-Rüstungsimperiums. Dass Hitlers Entscheidung unbeachtet geblieben war, geht aus einer einzigen Zahl hervor, die mir Schieber am 7. Mai 1944 mitteilte. Es habe «die monatlich von KZ'lern für unsere Rüstungsindustrie geleisteten Arbeitsstunden noch nicht die Zahl von acht Millionen [erreicht], so dass sicher nicht mehr als etwa 32'000 Männer und Frauen aus KZ-Lagern in unseren Rüstungsbetrieben beschäftigt sind. Diese Zahl geht laufend zurück.»

Er, Schieber, habe nochmals mit dem Beauftragten Pohls, dem SS-Obersturmbannführer Maurer, gesprochen und ihn darauf hingewiesen, «dass doch bei einer dezentralen Aufteilung der KZ-Arbeitskräfte eine fachlich zweckmässigere Ausnutzung ihrer Arbeitskraft bei besserer Verpflegung und vernünftiger Unterkunft möglich sei. Bei der Verpflegung, wie sie von unseren Betriebsführern für die bei ihnen tätigen Lagerarbeitskräfte trotz aller Erschwerungen immer wieder beigeschafft wird und bei der allgemein anständigen und menschlichen Behandlung... arbeiten sowohl die Jüdinnen, wie die KZ'ler gut und tun alles, um nicht wieder ins KZ zurückgeschickt zu werden. Diese Tatsachen fordern eigentlich, dass wir noch mehr KZ-Insassen in die Rüstungsindustrie überführen.» Dem halte Maurer[1] entgegen, berichtete Schieber in seinem Brief, «dass die SS nicht genügend Wachmannschaften bei einer grossen Verzettelung in viele kleine Arbeitsabteilungen bereitstellen könne, dass von uns [dem Rüstungsministerium] nicht genügend Stacheldraht geliefert werde, um die Fabrikanlagen umzäunen zu können und dass die Gefahr

der geheimen Sabotage in Nicht-KZ-Betrieben bei der dort nicht so gewährleisteten strengen Beaufsichtigung und Disziplin nicht unterschätzt werden dürfe ... Notwendig sei auch die Zurverfügungstellung von erfahrenen alten Facharbeitern und Werkmeistern durch uns als Führungspersonal in der von der SS betriebenen Rüstung.»[2] Schieber entgegnete Maurer, dass «die geforderte Bereitstellung und Überlassung von Rüstungskräften nicht infrage kommen könne, sondern nur der früher vorgesehene eindeutig vereinbarte und mit einigem Erfolg beschrittene umgekehrte Weg der Überlassung von KZ-Insassen in die Selbstverantwortung der Rüstungsindustrie».[3]

Himmler und sein Stab konnten es sich leisten, solche Einwände mit freundlicher Nichtachtung zu übergehen. Entscheidend war die Frage der Anciennität. Ein früher Parteigenosse wie Himmler oder Bormann, stand – gleichgültig ob Reichsminister oder Reichsleiter – über einem Mitglied, das wie ich im Januar 1931 in die Partei eingetreten war. Schon allein dadurch war Himmler in der Hierarchie höher eingestuft als ich. Nie hätte Himmler sich beispielsweise herabgelassen, sich zu einer Besprechung in meinen Amtsräumen oder gar in meiner privaten Wohnung einzufinden. Immer war ich es, der ihn aufzusuchen hatte. In unserer Zusammenarbeit kam es zu keinem persönlichen Verhältnis; die Distanz blieb jeden Moment erhalten. Auf privaten Umgang war ohnehin niemand im Führungsapparat des «Dritten Reiches» eingestellt.

Auch ein unbedeutender Mann kann natürlich an einer bedeutenden Stelle sehr einflussreich werden. Himmler war eine Mischung zwischen einem nüchternen Realisten, der zielbewusst seine Interessen verfolgte und einem Phantasten oft grotesken Ausmasses. Es ist mir noch heute unerklärlich, wie dieser unauffällige Mann zu solcher Machtfülle gelangen konnte und sie sich zu erhalten wusste. Es wird mir immer rätselhaft bleiben. Merkwürdigerweise machte Himmler trotz aller Bemühungen, durch seine Titelfülle zu wirken, durch die glänzenden Uniformen seiner Umgebung zu beeindrucken – oder durch die Prinzen und Grafen, die er in seine Nähe zog –, den Eindruck eines plötzlich hochgeschleuderten Spiessers: eine völlig unbedeutende Persönlichkeit, die auf unerklärliche Weise in eine hervorgehobene Stellung gekommen war.

Himmler hatte zweifellos Geschick in der Auswahl seiner engsten Mitarbeiter gezeigt. Der Ehrgeiz der SS, auch für die Ministerien einen Führungsnachwuchs heranzubilden, geht meiner Meinung nach weit zurück. Aber dieser war zerstritten. Wie ich kurz nach der Gefangennahme, im Juli 1945, in meiner Studie über «Politische Zusammenhänge» niederschrieb, war die SS «das Spiegelbild der Führung des Reiches, in der fast jeder Minister mit dem anderen einen Streit auszufechten hatte. Kammler bekämpfte Pohl und Jüttner und umgekehrt, und Sepp Dietrich hatte mit allen dreien Krach. Aber die Persönlichkeit Himmlers war so stark, dass er trotz allem die Lenkung seines Apparates einwandfrei in der Hand behielt»[4] (vgl. Anhang II).

Für Himmler schienen seine Mitarbeiter lediglich Teile einer Maschine zu sein, mit denen er wie mit einem für den Aussenstehenden unentwirrbaren System von Instrumenten, Hebeln und Gestängen schaltete. Für seine Entscheidungen liess er sich jedoch stets Zeit und überlegte sie anscheinend gründlich.

Das Ansehen Himmlers wurde einzig und allein durch die auf ihn konzentrierte Machtfülle repräsentiert. Wäre ihm die Verfügung über Leben und Tod, über Bespitzelung durch Gestapo und SD genommen, wäre er über Nacht ähnlich entmachtet worden wie zuvor am 30. Juni 1934 die überlebenden Führer der SA, dann hätte niemand der ihm verbliebenen Macht auf anderen Gebieten mehr Aufmerksamkeit gewidmet als etwa der eines Frick oder eines Rust, die beide ähnlich farblos erschienen wie Himmler.

Er war genauso von Hitler abhängig wie alle anderen Mitarbeiter. Himmler hatte, wie Kerstens in seinem Tagebuch richtig schrieb, «manchmal Angst, wenn er zum Führer befohlen wurde. Nicht etwa aus Angst, weil er Kritik fürchten musste. Nein, es war eine automatische, grundlose, nervenbedingte Angst. Er freute sich daher wie über ein bestandenes Examen, wenn er von Hitler ein Lob erhalten hatte.»[5] So erging es uns allen, die wir in der unmittelbaren Umgebung Hitlers arbeiteten.

Wie recht wir mit unseren Befürchtungen hatten, die wir im September 1942 Hitler vortrugen, sollte sich zeigen. Nach einer Besichtigung Buchenwalds richtete Himmler am 5. März 1943 an mich einen empörten Brief: Von meinem



«Himmler wird einmal der grösste Unternehmer» (Hitler).

Der Diplomlandwirt und Anhänger der Artamanen, einem alles Bäuerliche verherrlichenden Zweig der bündischen Jugend, hatte 1923 am Hitlerputsch teilgenommen. Seit 1929 «Reichsführer der SS» und seit 1936 «Chef der deutschen Polizei», nutzte Heinrich Himmler diese Machtstellung zu dem Versuch, während des Zweiten Weltkrieges ein SS-eigenes Wirtschaftsimperium aufzubauen und die SS so wirtschaftlich autark, vom Staatshaushalt unabhängig zu machen. Dies führte zu Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer.

Auf seiner Spanien-Reise vom 19.-24. Oktober 1940 macht Himmler General Franco seine Aufwartung.



Himmler (rechts) besucht einen Stierkampf. Himmler auf dem Rückflug von Spanien.





Himmler überreicht Hitler zu dessen 50. Geburtstag am 20. April 1939 ein Bild.

Zu Hitlers 53. Geburtstag gratulieren - von links - Himmler, Martin Bormann und Albert Speer (im Hintergrund Reinhard Heydrich).

Ministerium sei bestimmt worden, dass in diesem Konzentrationslager nicht einfache, sondern automatische Karabiner gefertigt werden sollten. Mit der Lieferung der Maschinen für diese Produktion sei nicht vor Anfang des Jahres 1944 zu rechnen. Daran möge ich sehen, beschwerte sich Himmler, «wie schwer ich mich tue, wenn ich lediglich eine Unterfirma einer grösseren Firma – in diesem Falle der Gustloff-Werke – darstelle... Die Wortführer von mir sind die Gustloff-Werke, die offenkundig kein übertriebenes Interesse an dem Aufblühen dieser Fabrikationsstätten haben. Ich kann nicht einmal sagen, ob die Angaben, die mir gemacht worden sind, richtig sind.» Ich solle «überlegen und prüfen, ob es nicht doch besser wäre, wenn die Firmen an uns die Fachkräfte abstellten und wir in dem Tempo, das wir gewöhnt sind, als selbstverantwortliche Leute arbeiten». Himmlers Ziel war also nach wie vor eine Verselbständigung der Fabrikationsstätten unter SS-Regie.

Er setzte sein Schreiben mit Argumenten fort, die mir bei der Unberechenbarkeit Hitlers gefährlich vorkamen, auf jeden Fall aber mein Ansehen bei Hitler untergraben konnten. «Der Führer erwartet von mir die Fabrikation. Ich bin überzeugt, er wird mich in der nächsten Zeit fragen, wie hoch sie ist... Ich glaube, Sie, Parteigenosse Speer, verstehen es am besten, dass ich nicht gern mit meinem Namen dem Führer gegenüber eine Verantwortung übernehme, die ich praktisch gar nicht tragen kann und dass ich auch in diesem Fall in keiner Weise die Erwartungen des Führers enttäuschen will. Also helfen Sie mir bitte.»

Himmler fügte hinzu, dass er sich des Eindrucks nicht erwehren könne, «als ob den Wilhelm-Gustloff-Werken... dieser Betrieb [in Buchenwald] jetzt irgendwie ein Dorn im Auge ist mit der höchst törichten Befürchtung, diese Fabrikationsstätte könnte später eine Konkurrenz für die Gustloff-Werke werden. Ich habe den Herren noch einmal erklärt, dass ich im Frieden absolut andere Ehrgeize habe, als Konkurrent auf diesem Gebiet zu sein. Ich sehe die Friedensaufgabe der SS, wie Sie wissen, auf dem Gebiet der Siedlung und überall dort, wo ich die Gründung kinderreicher Familien und deren gesundes Leben fordern kann.»[6]

In meiner Antwort auf Himmlers Brief überging ich sowohl seine Beteuerungen, wie auch die Festlegung Hitlers, in den Konzentrationslagern nur zu

montieren. Als ob es die selbstverständlichste Sache wäre, schrieb ich ihm, dass «ich es für durchaus richtig [halte], wenn auch in Friedenszeiten die SS eine eigene Karabiner-Fertigung unterhält... Ich helfe gern mit, die Fertigung des Lagers Buchenwald vollständig auf eigene Füsse zu stellen. Ich möchte Sie jedoch bitten, zunächst davon abzusehen, bis die Fabrikation eingelaufen ist. Ich habe, sowie das Lager Buchenwald eingearbeitet ist, in keiner Weise Bedenken gegen einen selbständigen Betrieb des Lagers. Ich halte es jedoch für zweckmässiger, wenn bis dahin das bis jetzt vorgesehene Verhältnis bestehenbleibt, um die Anlaufschwierigkeiten nicht unnötig durch einen Widerstand der Gustloff-Werke zu erhöhen, auf die auch ich bei dem Aufbau der Fertigung im Lager Buchenwald wegen der *örtlichen Nähe* [im Original unterstrichen] angewiesen bin.»[7]

Himmler reagierte einen Monat später, indem er Pohl anwies, «die Selbständigwerdung unseres Betriebes anzustreben, sobald die Fertigung einigermassen angelaufen ist». Im gleichen Sinne bestätigte er mir, wie er sich freue, dass ich ihm bei dem Vorhaben helfen wolle.[8]

Einige Tage nach diesem Briefwechsel muss bei der SS festgestellt worden sein, dass eine wichtige Grundlage zur Produktionsaufnahme fehle, nämlich der Transport der Materialien in das Lager. Himmler befahl den Bau einer Bahnverbindung mit Weimar. Sauckel als der zuständige Gauleiter erhob jedoch mit Fernschreiben vom 1. April Einwände.[9] Wahrscheinlich hatte Sauckel, der durch seine Hartnäckigkeit und sein Prestigedenken gleichermassen bekannt war, seinen Widerstand gegen den Bau einer Bahn auch beim Kommandanten des Konzentrationslagers, Pister, geltend gemacht, denn am 14. April wies Himmler Pister daraufhin, dass er allein seinen Befehlen zu gehorchen habe. «Der Kommandant eines Konzentrationslagers ist eine Dienststelle der Waffen-SS, die nur dem Reichsführer-SS untersteht.» Eine Abschrift dieses Befehls sandte Himmler an Sauckel mit dem bezeichnenden Zusatz, dass er sich über sein Verhalten nur sehr wundern könne.[10]

Die Fertigstellung der Eisenbahnverbindung Weimar – Buchenwald wurde von Himmler ohne jede Sachkenntnis auf den 20. Juni desselben Jahres festgelegt. Für eine 13 Kilometer lange Bahn, die zudem noch 300 Meter Höhenun-

terschied zu bewältigen hatte, stand damit eine Bauzeit von etwa zwei Monaten zur Verfügung.

Die Bauzeit wurde zwar eingehalten, aber Eugen Kogon schildert in seinem Buch, wie schon bei dem Passieren der ersten Lokomotive die Unterbauten absackten. Erst sechs Monate später konnte die Bahn tatsächlich in Betrieb genommen werden.[11]

Um den Forderungen Himmlers auf den kostspieligen Aufbau einer Fabrikation in Buchenwald entgegenzutreten, baute ich in einer Besprechung mit Hitler am 6. März 1943 vor. Ich erklärte, dass «eine Aufziehung geschlossener neuer Karabinerwerke», wie in Buchenwald von der SS angestrebt, «zur Zeit nicht infrage kommen kann, da die dafür notwendigen Maschinen nicht zur Verfügung gestellt werden können. Die Steigerung muss deshalb unter Auswertung vorhandener Werke, die mit wesentlich geringerem Maschinenaufwand möglich ist, angestrebt werden. Die zur Verfügung gestellten Kapazitäten der SS werden im Zuge dieser Massnahme in erster Linie als *Montagewerke* verwendet.»[12]

Im Grunde war damit nur die Entscheidung Hitlers vom September des vorhergehenden Jahres wiederholt, nach der es wegen Mangels an Werkzeugmaschinen nicht möglich sei, Rüstungsfertigungen in den Konzentrationslagern aufzuziehen. Himmler und ich redeten zwar von Fertigungen und Produktionen des K 98k, aber während er damit eine komplette Fabrik meinte, dachte ich an die Montage von zugelieferten Einzelteilen.

Die Entscheidung Hitlers reichte nicht aus, um dem Drängen der SS zu begegnen. Wir mussten neue Maschinen sowohl nach Buchenwald als auch nach Neuengamme liefern, ohne dass sie produktionstechnisch notwendig waren. Denn Himmler zielte auf eine von Zulieferern unabhängige Produktion. Montage allein entsprach nicht seinen Vorstellungen. Pister, der Kommandant des Lagers Buchenwald, beschwerte sich bei Himmler, dass Werkzeugmaschinen noch nicht eingetroffen seien.[13] Schon drei Tage später konnte er aber mit Genugtuung feststellen: «Anscheinend war meine mehrfache Drohung, den Reichsführer-SS einzuschalten, Grund für die plötzliche Zusage von zweitausend in Frankreich beschlagnahmter Werkzeugmaschinen.»[14] Die 2’000 Werkzeugmaschinen wurden widerwillig und entgegen unserer Planung nach Bu-

chenwald abgezweigt. Sie konnten dort nicht nutzbringend eingesetzt werden, fehlten aber an anderer Stelle.

Dem KZ-Kommandanten Pister konnte kaum die Qualifikation nachgesagt werden, einen Industriebetrieb zu führen. Aber wie ein Betriebsführer besprach er sich nun, unter Umgehung aller Zuständigkeiten, mit dem Direktor der Gustloff-Werke, Hornig, und liess sich Interna aus diesen Werken berichten. Es ist leicht vorstellbar, unter welchem Druck die technischen Führungskräfte, die Pister ohne Umstände zu sich geladen hatte, gestanden haben müssen, als sie von dem gefürchteten Kommandanten des benachbarten Konzentrationslagers regelrecht verhört wurden. Dass sie schliesslich die Verzögerung dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates ihres Werkes, Schieber, anlasteten, ist unter diesen Umständen begreiflich.[15]

Nach diesem Bericht Pisters diktierte Himmler schon am nächsten Tag, offenbar erregt, den Entwurf einer Antwort, die an mich zu senden sei.[16] Das Fernschreiben wurde nicht abgesandt. Himmler hatte sich offensichtlich überlegt, dass es günstiger sei, wenn er Pohl befehlen würde, sich von dem Direktor der Gustloff-Werke die ungünstigen Auskünfte über Schieber bestätigen zu lassen «und anschliessend SS-Brigadefiihrer Schieber zu sich zu bestellen».[17]

Diese Erpressungen durch Himmler und Pister verdeutlichen, wie schwer es war, einen SS-Betrieb in unser System einzubauen. Immer wieder mussten meine zuständigen Mitarbeiter eine direkte Einschaltung Himmlers befürchten. Die Führung dieser KZ-Fabriken musste ein Fremdkörper in unserer Organisation bleiben, in der Techniker untereinander oft nur telefonisch Absprachen trafen und Schwierigkeiten beseitigten, wie sie in Buchenwald auftraten. Meine Mitarbeiter waren gewohnt, je nach der vorliegenden Programmforderung umzudisponieren. Schwierigkeiten wurden in ähnlich gelagerten Fällen innerhalb der Selbstverantwortung der Industrie durch einen Mitarbeiter im zuständigen Sonderausschuss geregelt. Mich hätte das nie beschäftigt. Es war irritierend, wie hier auf höchster Ebene Kleinigkeiten zur Sprache kamen und wieviel Arbeit uns diese im Rahmen der gesamten Rüstung und Kriegswirtschaft unbedeutende Karabinerfertigung machte.

Im Sommer 1943 waren nur 1’000 Häftlinge im Buchenwälder Montage-

prozess eingeschaltet, obwohl Himmler im März 1942 angekündigt hatte, 5'000 Häftlinge innerhalb von drei bis vier Monaten einsetzen zu können. Von einem Erfolg in Buchenwald konnte auch nach einem Jahr nicht gesprochen werden. Himmler suchte die Schuld am Versagen bei meinen Rüstungsstellen; daran mag richtig sein, dass meine Beauftragten sicherlich keinen Enthusiasmus entwickelten, für die SS Produktionen aufzuziehen.

Eugen Kogon hat dieses verspätete und dann nur zögernde Anlaufen der Montage auf Sabotage der Häftlinge zurückgeführt.[18] Eine Sabotage dieser Art ist sicher anzunehmen. Aber es muss zweifelhaft bleiben, ob sie über Jahre hinweg getrieben werden konnte, ohne dass die SS Wege und Mittel fand, dagegen einzuschreiten. Mein Ministerium hatte vielmehr den Eindruck, dass es die Unfähigkeit der SS-Dienststellen selber war, die für den Misserfolg verantwortlich gewesen ist (vgl. Anhang III).

Am 20. August 1943 war es Himmler gelungen, die Fertigung der deutschen Raketenwaffe (V2) von Hitler zugesprochen zu erhalten.[19] Mit meinem Vertreter Saur vereinbarte Himmler am gleichen Tag, die Produktion von Teilen dieser Rakete nach Buchenwald zu verlegen. Genau ein Jahr später, am 24. August 1944 wurden in einer Viertelstunde, von 12.30 bis 12.45 Uhr, von 120 amerikanischen Fliegenden Festungen 400 Bomben mit je einer Tonne, 600 Bomben mit je 900 Kilo Gewicht und 6'000 bis 7'000 Stabbrandbomben auf Buchenwald abgeworfen. 96 SS-Leute und 110 Häftlinge wurden getötet, 200 SS-Leute und 300 Häftlinge schwer oder leicht verletzt.[20]

Über den weiteren Verlauf der Karabinerproduktion in Buchenwald liegt im Protokoll einer Besprechung mit Hitler vom 12. Oktober 1944 eine Notiz vor, nach der die für den Dezember 1944 vorgesehene Produktion von 270'000 Karabinern (einschliesslich des automatischen Gewehrs G 43) *trotz* des Ausfalles der Produktion von Buchenwald eingehalten werden solle.[21] Also war bis zum Oktober 1944 eine der Höhe nach nicht mehr feststellbare Montage von Infanteriewaffen im Lager erreicht worden.

Der zweite Testfall, eine Montage der Pistole Pi 38 in Neuengamme, verlief nicht weniger laienhaft als der von Buchenwald. Himmlers Akten schweigen

sich bis Herbst 1943 über diese Fertigung aus, ein Zeichen dafür, dass keine bemerkenswerten Erfolge zu registrieren waren. Im Sommer 1943 strebte Himmler an, statt dieser unwichtigen Pistolenfertigung wie in Buchenwald die einer automatischen Waffe, des Selbstladegewehrs G 43[22] aufzubauen. Die Truppe forderte seit Langem dringend eine den Maschinenpistolen der sowjetischen Soldaten gleichwertige Waffe. Hitler jedoch zögerte trotz des Drängens auch des Generalstabs des Heeres.

Unterdessen hatte Himmler es auch in Neuengamme verstanden, die Weisung Hitlers zu unterlaufen, keinen Montagebetrieb aufzubauen. Am 7. September 1943 konnte Pohl Himmler berichten, dass nun mit der Produktion des Selbstladers G 43 begonnen werden solle. Ganze fünf Monate später, am 26. Februar 1944, musste dann Pohl in einem Brief an Schieber mitteilen, dass die Fertigung in Neuengamme doch nicht anlaufen könne. Es seien zwar die Fertigungshallen bis auf das Schmiedegebäude zur Produktion bereit, aber in Berlin seien «bei drei Firmen zum Abtransport bereitstehende Maschinen nicht abtransportiert worden und die darüber hinaus benötigten rund 200 Maschinen vom Hauptausschuss [des Rüstungsministeriums] bis heute überhaupt noch nicht zugewiesen» worden. Pohl forderte Schieber auf, «die fehlenden Maschinen der Firma schnellstens zuzuweisen, damit die Fertigung endlich anläuft». Unhöflich schloss Pohl diesen Brief im Ton eines Vorgesetzten zu seinem Untergebenen. Pohl, der Obergruppenführer, schrieb an den Brigadeführer: «Ich bitte Sie, mich über das Veranlasste zu unterrichten.»[23]

So würde er dauernd vom Rüstungsministerium vernachlässigt, bemerkte Pohl zu Himmler, dem er eine Abschrift dieses Briefes zuleitete.[24]

Himmler reagierte gereizt: «Lieber Pohl! Wer ist der verantwortliche Mann, der den Abtransport der bei drei Firmen in Berlin bereitstehenden Maschinen versäumt hat? Habe vor, ihn wegen Sabotage festnehmen zu lassen, sobald Ihre Meldung bei mir vorliegt», schrieb er per «Fernschreiben-Blitz».[25] Gleichzeitig unterrichtete Himmler Oberstleutnant Suchanek von seinem Stab vom Sachverhalt mit dem Vermerk: «Reichsführer-SS wünscht, dass... [hier sollte der Name vermerkt werden] wegen Sabotage festgenommen wird.»[26] Natürlich

zielte Himmler auf die Festnahme eines meiner Mitarbeiter, denn wer sonst sollte nach seiner Meinung für dieses Versagen verantwortlich sein?

Neun Tage später liess Himmler beim Adjutanten Pohls anmahnen: «Die Antwort auf mein Fernschreiben vom 7. 3. 1944, in dem der Reichsführer-SS um Angabe des Mannes gebeten hatte, der den Abtransport der Maschinen nach Neuengamme versäumte, steht noch aus.»[27] Nun musste Pohl zugeben, dass seine Beschuldigungen haltlos gewesen waren. Andere Umstände hätten die Verzögerung verursacht. Eine Anzahl der für Neuengamme bestimmten Werkzeugmaschinen seien durch Fliegerangriff zerstört worden, meldete er Himmler am nächsten Tag.[28]

Dennoch richtete Himmler sofort nach Erhalt dieser Auskunft an Schieber ein dringendes Fernschreiben: «Ich bin entsetzt, dass die Fabrikation der Selbstladegewehre in Neuengamme immer noch nicht anlaufen kann. Unsere Vorbereitungen dafür waren bis auf Kleinigkeiten abgeschlossen.» Grosszügig vergass er dabei, zu erwähnen, dass die notwendige Schmiede nicht gebaut worden war. «Der Hauptausschuss hat bedauerlicherweise die notwendigen Maschinen noch nicht zugewiesen. Ich bitte Sie, innerhalb kürzester Frist diesen Ausschuss dazu zu veranlassen. Das bisherige Tempo ist beschämend, um nicht schärfere Worte zu gebrauchen. Ich darf Sie gleichzeitig unterrichten, dass ich vorhatte, den verantwortlichen Mann, der den Abtransport der bei drei Firmen in Berlin bereitstehenden Maschinen versäumt hat, wegen Sabotage festnehmen zu lassen. Ich sehe nur noch kurze Zeit zu. SS-Obergruppenführer Pohl habe ich gebeten, mir die Termine des Eintreffens der Maschinen jeweils fernschriftlich mitzuteilen.»[29]

Schieber antwortete umgehend. Die im Hauptausschuss «Waffen» zusammengefassten Betriebe, zu denen auch Neuengamme gehöre, würden von Saur betreut. Alle mit Kontingenten versehenen Maschinen seien im Übrigen schon ausgeliefert; irgendwelche Beschwerden seien ihm nicht bekanntgeworden.[30]

Zehn Monate nach seinem ersten Schreiben, in dem er hoffnungsvoll von einer baldigen Fertigung des G 43 sprach, begründete Pohl nun den Fehlschlag mit einer zu niederen Dringlichkeitsstufe, obwohl in der gleichen Dringlichkeitsstufe mit Erfolg industrielle Betriebe parallele Fertigungen ausweiten und

die aufgelegten Programme erfüllen konnten.[31] Während Pohl noch Verheissungen für die Zukunft machte, war die industrielle Produktion des G 43 von Januar mit 15‘013 Stück bis zum Juli 1944 auf 33‘010 Stück gestiegen. Sie wurde mithin verdoppelt.[32]

Natürlich wollte Himmler seine Misserfolge nicht wahrhaben. Bei manchen Gelegenheiten überschüttete er seine Zuhörer mit Meldungen über ungeheure Erfolge der SS auf dem Gebiet der Rüstung. Himmler ging leichtsinnig mit Zahlen um, wenn er Hitler im April 1943 meldete: «Arbeit in den KZ. 140’000 Arbeiter.»[33] Damals gab es nach der Statistik Pohls eine Belegstärke von insgesamt 171’000 Häftlingen[34], aber unter diesen waren 22 Prozent «Nichtarbeitsfähige (Kranke, Quarantäne)»[35] und ausserdem gingen 10 Prozent «für den Betrieb von sechzehn Lagern» ab. Mithin fielen über 63’000 Häftlinge aus und es verblieben 107’000.

In seiner Rede vor den Reichs- und Gauleitern in Posen am 6. Oktober 1943 prahlte Himmler, dass «50 bis 60’000 politische und kriminelle Verbrecher, zusammen mit rund weiteren 150’000, darunter einer kleinen Anzahl Juden», also zusammen über 200’000, für die Rüstung arbeiten.[36] Im nächsten Satz führte Himmler sich dann selber ad absurdum, wenn er damit renommierte, dass die Häftlinge «im Monat rund fünfzehn Millionen Arbeitsstunden» leisten.[37] Nach Schiebers Meldung, wonach je Häftling eine Durchschnittsarbeitszeit von 250 Stunden ermittelt worden war[38], handelte es sich also um etwa 60’000 Häftlinge und nicht um das Dreieinhalbfache.

Auch bei seinen Rüstungsleistungen schwelgte Himmler in Zahlenkolonnen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatten. Am 21. Juni 1944 berichtete er in seiner Sonthofener Rede vor den Generalen: «Ich möchte zunächst einmal ganz nüchterne Zahlen sprechen lassen. In den Konzentrationslagern werden heute, also in diesem Kriegsjahr, monatlich 40 Millionen Rüstungsstunden geleistet. In den Konzentrationslagern wird von den meist – also zu neun Zehntel – ausserdeutschen Insassen und Verbrechern ein Drittel der deutschen Jäger fabriziert. Es wird in ihnen heute ein Drittel der deutschen Gewehrläufe fabriziert, und zwar mit einem deutschen Vorarbeiter auf je 90 Häftlinge. Es werden ungezählte andere Dinge hergestellt, von den feinsten optischen Instrumenten

bis zur Munition und bis zu Riesenmengen Granatwerfern und Flaks 3,7 cm-Geschützen.»[39]

Es ist kaum anzunehmen, dass Himmler für die im Mai 1944 produzierten 215‘690 K 98k-Gewehrläufe die Läufe von einem Drittel, also für 71‘896 Gewehre produzierte, schon weil er dazu keine geeigneten Fabrikanlagen betrieb. Auch dürfte es nicht im Entferntesten zutreffen, dass in den Konzentrationslagern 457 von den insgesamt im Mai 1944 produzierten 1‘372 Tagjägern fertiggestellt wurden.[40] Grundlage dieser Behauptung dürfte ein Schreiben Pohls gewesen sein, in dem Himmler eine Woche zuvor, am 14. Juni 1944, mitgeteilt wurde: «Reichsmarschall Göring hat an die Führung, Gefolgschaft und Werksbeauftragten der Messerschmitt-Werke in Regensburg das in Abschrift beigefügte Fernschreiben gegeben. An der darin anerkannten hervorragenden Leistung sind die mir unterstehenden Werke Flossenbürg und Mauthausen (Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH, Granitwerke Flossenbürg und Mauthausen) mit etwa 35 v. H. beteiligt, wie der Betriebsführer der Messerschmitt-Werke in Regensburg, Herr Direktor Linder, mir mitgeteilt hat.» Himmler schrieb hocherfreut an den Rand mit grossen Marginalien: «Sehr gut.»[41]

Die Messerschmitt-Werke in Regensburg produzierten nur einen Teil der Zellen der Jagdflugzeuge. Und abgesehen davon gehören zu einem Flugzeug die Motoren, die elektrischen und mechanischen Ausrüstungen. In der Luftrüstung wurden im Juni 1944 2‘330‘000 Arbeiter beschäftigt.[42] Da die Produktion der Jäger 53,7 Prozent der Gesamtproduktion ausmachte[43], kann daraus abgeleitet werden, dass über eine Million Arbeiter für die Jägerproduktion tätig waren. Himmlers Behauptung, dass er mit seinem Einsatz nicht nur grosse Beiträge für die Heeresrüstung leiste, sondern auch noch ein Drittel der Jagdflugzeuge produziere, war daher so absurd, dass es mir stets unklar war, wie der misstrauische Hitler solche Zahlen ungeprüft hinnahm.

Auch ein anderer Vergleich zeigt die Unhaltbarkeit der Himmlerschen Behauptung. Wie im September 1942 mit Himmler abgestimmt, sollte die SS fünf Prozent ihres Produktionsanteils in zusätzlichen Waffen erhalten.[44] Dieser fünfprozentige Anteil wurde, nach Punkt 10 des Führerprotokolls vom 1. Mai

1943, für die Zeit von September 1942 bis Anfang Mai 1943 mit 17’000 Karabinern gleichgesetzt, was bei 100 Prozent eine Stückzahl von 340’000 Karabinern ausmacht.

Im Oktober 1943 waren etwa 60’000 Häftlinge in der Rüstung eingesetzt. Da die Zahl der Beschäftigten im Frühjahr 1943 noch klein war und langsam Monat für Monat anstieg, könnte angenommen werden, dass im Durchschnitt in den der Berechnung zugrunde liegenden sieben Monaten schätzungsweise 30’000 Häftlinge an Rüstungsfertigungen arbeiteten. Diesen 30’000 Häftlingen entspricht in diesen sieben Monaten eine Produktion von insgesamt 340’000 Karabinern. In einer grossen Waffenfabrik in Springfield in den Vereinigten Staaten wurden im Zweiten Weltkrieg von 14’000 Frauen und Männern jährlich 1‘800’000 gefertigt. Umgerechnet auf die Abrechnungsperiode der SS (7 Monate) entspricht dies 1‘050’000 Karabinern. Die SS beschäftigte aber 30’000 Arbeitskräfte. Diese hohe Zahl von Häftlingen hätte also über das Doppelte, 2‘250‘000 Karabiner, erreichen müssen. In dem fiktiven Leistungsquotient wurden 340‘000 gefertigte Karabiner errechnet. Die Arbeitsleistung in den Lagern betrug also nur ein Siebentel der Produktion in Springfield.

Ein ähnliches Ergebnis errechnet sich bei einem anderen Anschlag. In einer Denkschrift vom November 1942 über die maschinelle Fertigung des K 98k wurde der Durchschnittsaufwand an Arbeitsstunden für einen Karabiner mit 25 Stunden angesetzt. Bei der Annahme, dass in jedem Monat 250 Stunden geleistet wurden, hat also ein Arbeiter in einem Monat 10 Karabiner gefertigt. Für die Herstellung von 340’000 Karabinern in sieben Monaten wurden mithin in einem Privatbetrieb, wie beispielsweise Mauser, im Monatsdurchschnitt 4‘857 Arbeitskräfte beschäftigt. Also produzierte nach diesem Vergleich jeder der 30’000 Häftlinge etwa ein Sechstel eines Normalarbeiters[45] – ein für die KZ-Bürokratie vernichtender Leistungsvergleich.

Das Heereswaffenamt vergütete im Jahr 1942 für einen Karabiner K 98k 75 RM.[46] Damit betrug der Gegenwert für den Einsatz von schätzungsweise 30’000 Häftlingen in diesen sieben Monaten 25,5 Millionen RM. Im gleichen Zeitraum von sieben Monaten wurden in Deutschland Rüstungsgegenstände im Wert von 13,2 Milliarden RM hergestellt.[47] Wenn ich diese Gesamtsumme

unserer Produktion der SS-Leistung gegenüberstelle, so zeigt sich, wie minimal ihr Beitrag insgesamt zur Rüstung war. Nicht mehr als zwei Tausendstel trug die SS in diesem Zeitraum von sieben Monaten durch ihre Arbeit zur Gesamtrüstung bei.[48] Vielleicht hat sich dieser Anteil durch verstärkten Einsatz von Häftlingen ab Mai 1943 erhöht, aber niemals erreichte die Rüstungsproduktion der SS die ihr von Himmlers Phantasie zugesprochene Grössenordnung.

In höchstem Masse unrentabel waren aber auch die KZ-Betriebe der SS durch die Unkosten, die ihre Bewachung und die Erstellung von Barackenunterkünften verursachten. Nach einer Statistik für Januar 1945 wurden im Durchschnitt für 1‘000 männliche Häftlinge 74 Bewacher gestellt.[49] Für 171‘000 Häftlinge (Stand April 1943) wurde mithin eine Wachmannschaft von 12‘664 Soldaten aufgeboten. Die Kosten eines Bewachers werden im Durchschnitt pro Jahr bei 1‘500,- RM gelegen haben, wenn man in Rechnung stellt, dass die Soldatenentlohnung zwar nicht hoch, die Zahlungen an die Familien eingezogener Soldaten jedoch grosszügig gehandhabt wurden und dass die Offiziere erheblich mehr bezogen. Das ergäbe bei 12‘664 Soldaten und Offizieren eine Jahresbelastung von 18 Millionen RM nur für die Bewachung.

Bei 300 Häftlingen pro Baracke wurden im Herbst 1943 für 170‘000 Häftlinge 566 Baracken benötigt. Jede Baracke kostete einschliesslich der Erschliessung des Geländes 41‘000 RM. Um alle Gefangenen unterzubringen, mussten also 23,5 Millionen RM aufgebracht werden. Bei einer geschätzten Lebensdauer der Baracken von zehn Jahren erhöhte sich damit die jährliche Belastung auf rund 20‘300‘000 RM, nicht gerechnet die für die Lagerbürokratie der SS und die für die Erhaltung der Häftlinge entstehenden Kosten. Das Produktionsergebnis für ein Jahr betrug 43,7 Millionen, die mithin durch die Unkosten fast zur Hälfte aufgezehrt wurden.

Höhere Profite hätte die SS erzielen können, wenn sie ihre arbeitsfähigen Gefangenen zu einem Durchschnittssatz von 4,70 RM ausgeliehen hätte.[50] Nach den Zahlen Pohls waren im Herbst 1943 von den 171‘000 Häftlingen 107‘730 Personen arbeitsfähig.[51] Die tägliche Einnahme hätte 506‘000 RM, also im Jahr 184 Millionen RM betragen. Aber Himmlers Pläne zum Ausbau eines Wirtschaftsimperiums standen solchen rationellen Erwägungen entgegen.

Phantasie und Wirklichkeit, Produktion und Todesraten

Die Gefangenen brachten Bareinnahmen oder eröffneten Aussichten auf SS-eigene Fabriken. Sie waren, wie Maschinen und Werkzeuge, zu Investitionsgütern geworden. Es ist nur zu natürlich, dass Himmler persönlich an einer Verbesserung der Lage der Häftlinge gelegen sein musste.

Auf dem Gebiet der Ernährung zeigen eine Reihe von Erlassen, dass Anstrengungen unternommen wurden, die Arbeitsfähigkeit der Häftlinge zu erhöhen.[1] So hatte Himmler schon am 23. März 1942 von Pohl verlangt, «allmählich auf eine Verpflegung zu kommen, ähnlich der römischen Soldatenverpflegung oder der Verpflegung der ägyptischen Sklaven, die alle Vitamine enthält und einfach und billig ist. Selbstverständlich ist unser Klima hier zu berücksichtigen».[2] Allerdings fehlte auch solchen sich historisch gebenden Befehlen jeder humanitäre Hintergrund, wie ein fast gleichzeitiger Befehl Pohls vom 30. April 1942 zeigt, in dem es heisst: «Der Einsatz muss im wahren Sinn des Wortes erschöpfend sein, um ein Höchstmass an Leistungen zu erreichen. Die Arbeitszeit ist an keine Grenzen gebunden. Ihre Dauer hängt von der Struktur des Lagers ab... Umstände, die die Arbeitszeit verkürzen können, wie Mahlzeiten, Appelle u.a. sind daher auf ein nicht mehr zu verdichtendes Mindestmass zu beschränken... zeitraubende Mittagessen sind verboten.»[3]

Wenig später kam Himmler auf sein Lieblingsthema der gesunden Ernährung durch Vitaminzufuhr zurück. Am 15. Dezember 1942 schlug er Pohl vor, für die Gefangenenernährung im Jahr 1943 «in grösstem Umfang rohes Gemüse und Zwiebeln zu erwerben», Karotten, Kohlrabi, weisse Rüben in grossen Mengen auszugeben und «für die Gefangenen für den Winter eine genü-

gende Menge» einzulagern, «so dass die Gefangenen jeden Tag in ausreichendem Masse davon bekommen können. Ich glaube, wir werden damit den Gesundheitszustand wesentlich heben.»[4]

Ende Oktober 1943 erinnerte Pohl die Kommandeure der Konzentrationslager nochmals daran, dass ihre Arbeitskraft jetzt von Bedeutung sei. Die Häftlinge müssten schonend behandelt werden, «nicht aus falscher Gefühlsduselei, sondern weil wir sie mit ihren Armen und Beinen benötigen, weil sie dazu beitragen müssen, dass das deutsche Volk einen grossen Sieg erringt».[5]

Die vom Reichsernährungsministerium festgelegten Verpflegungssätze für alle Häftlinge in sämtlichen Konzentrationslagern stellten bereits ein Minimum dar, jedoch hätten, so stellt Hans Marsalek, langjähriger Häftling in Mauthausen, fest, «die Häftlinge *niemals,* nicht einmal eine Woche lang, ein Essen erhalten, wo auch nur annähernd die in den Tabellen aufgeführten Lebensmittel verkocht oder verteilt worden sind . . , Zuerst nahmen sich die SS-Führer, dann die SS-Unterführer, schliesslich die gewöhnlichen SS-Organe in den Magazinen, in der Küche usw. alles das, was ihnen passte und dann «organisiertem noch jene Häftlinge, die in den Magazinen, Transportkommandos und in den Küchen beschäftigt waren. Auch das Blockpersonal stahl noch beim Verteilen von Margarine, Marmelade, Topfen, Brot und sogar beim Rübeneintopf, von dem Fleischstücke und Kartoffeln aus dem Kessel herausgesucht wurden. Hunderte Angehörige der SS-Truppe und die Familienangehörigen des SS-Kommandanturstabes, und das waren mehr als tausend Personen!, haben ihre rationierte Lebensmittelzuteilung durch Fett, Fleisch, Zucker, Nährmittel und Kartoffeln aus den Beständen, die für die Häftlinge bestimmt waren, aufgebessert».[6]

Warum war es der SS-Führung, der für Deutschland zuständigen Organisation zur Bekämpfung aller Korruption, nicht möglich, diese Missstände abzustellen, umso mehr, als sie die wirtschaftspolitischen Ziele Himmlers gefährdeten? Verwaltungsmässig war alles geregelt. Im Amt V der Reichskriminalpolizei war eine Gruppe «Wirtschaftskriminalität» eingerichtet, deren Referat Wi 4 die «Korruption in der Wehrmacht, SS, Polizei und Rüstungswirtschaft» zu behandeln hatte.[7]

Aber die Wirklichkeit zeigt, dass es sich um einen unentwirrbaren Kreislauf gehandelt hat. Lebensgefährlich war jeder Versuch, Unregelmässigkeiten und Skandale in Konzentrationslagern ans Tageslicht zu bringen. Es sei auf die Schwierigkeiten verwiesen, die der SS-Obersturmführer Dr. Konrad Morgen hatte, als er die Unterschlagungen des Kommandanten des Konzentrationslagers Buchenwald, Karl Koch, in offizieller Eigenschaft als leitender Mitarbeiter im Reichskriminalhauptamt untersuchte. In der am 17. August 1944 von Morgen erstellten Anklage des SS- und Polizeigerichts wird festgestellt, dass Koch «die Häftlinge Fredemann und May deshalb ermordet hat, weil sie in einem schwebenden Gerichtsverfahren als Zeugen benannt worden waren».

Wie hätte auch etwa eine Untersuchungskommission der Gestapo in einem Konzentrationslager vop den Häftlingen Aussagen gegen ihre Bewacher erwarten können. Ihnen war ihr Leben lieber, als Zeugenschaft gegen ihre SS-Funktionäre abzugeben. Diese blieben im Lager und beherrschten sie weiter, konnten sie quälen oder töten. Kogon bestätigt diese Schwierigkeit in einer anderen, nicht weniger wichtigen Richtung: «Es gab bei der SS wenig, was nicht geheim gewesen wäre... Zu welchen Sonderbarkeiten dieses System [der Geheimhaltung] geführt hat, kann unter anderem aus der Tatsache ersehen werden, dass nicht einmal die Gestapo-Beamten das Recht hatten, die Lager ohne Sondergenehmigung des Reichssicherheitshauptamtes, Abteilung IV, zu betreten, obgleich doch sie es waren, die Tausende von Menschen in die KL einwiesen... Die wenigsten Gestapo-Beamten wussten daher im Einzelnen, wie es in der Hölle aussah, zu der sie ihre Opfer verurteilten. Die Fragen an Entlassene, wie es ihnen ergangen sei, waren selten Fang-, meistens tatsächlich Neugierfragen!»[8]

Sicher ist, dass die Entwendung der den Gefangenen zugedachten Lebensmittel wesentlich dazu beitrug, die Gesundheit der Häftlinge zu untergraben und sie dem Tode zuzuführen. Ohnmacht und Lethargie ist aus Himmlers Rede in Posen vom 4. Oktober 1944 vor den SS-Gruppenführern zu entnehmen: «Wir sind ein sehr korruptes Volk geworden. Wir dürfen und brauchen das aber nicht ganz tief und weltschmerzlich tragisch zu nehmen... Wir werden auch in un-

seren Reihen» – der SS – «dieser Pest, genannt Korruption, nicht Herr werden, wenn wir nicht jedem Anfang der Korruption in unseren Reihen bedingungslos und uneingeschränkt, ohne Wenn und Aber entgegentreten, sie barbarisch verfolgen, den korrupten Mann degradieren, aus Amt und Würden bringen und ihn blossstellen vor seinen Untergebenen. Dabei ist das, was eigentlich den Namen Korruption verdient, in unseren Reihen nicht schlimm. Es gibt aber die kleinen Dinge, bei denen man sich nichts mehr denkt und wofür man den Ausdruck hat «etwas organisieren'.»[9]

Wie weit Drohung und Wirklichkeit auseinanderklafften! Wie überhaupt immer wieder zu bemerken ist, dass die Drohungen Himmlers mit schwersten Strafen meist genauso folgenlos blieben wie bei Hitler. Wenn die Ausführung im Bereich eigener Gefolgsleute ausbleibt, stumpft jede Drohung, und wenn sie noch so hart ist, schnell ab. Goebbels beklagte sich beispielsweise am 28. März 1945 in seinem Tagebuch: «Es wäre zu wünschen, dass der Führer nicht nur richtige Erkenntnisse «über scharfe Strafen gegen versagende hohe Funktionäre' fasste, sondern dass er daraus auch die richtigen Schlüsse zöge. Darin unterscheidet er sich meines Erachtens in starker Weise von Friedrich II., der in seinen Massnahmen so rücksichtslos gegen hoch und niedrig vorging, dass er vielfach dadurch bei der Truppe und bei seiner Generalität Hass und Ablehnung hervorrief.»[10]

Aber auch Hitler hielt beispielsweise an Göring fest, entkleidete ihn nicht seiner für die Kriegsführung wichtigen Ämter, obwohl er längst wusste, dass er korrupt, faul und von Morphiumdrogen abhängig war. Aber immer schon hatte Hitler Nachsicht geübt mit der Korruption seiner hohen Funktionäre und immer eine Verfolgung verhindert, auch als in den harten Kriegsjahren Goebbels aus propagandistischen Gründen ein Einschreiten verlangte. Himmler selbst stand zwar im Ruf, in allen persönlichen und finanziellen Angelegenheiten von peinlicher Genauigkeit zu sein. Trotzdem zeigte er eine bemerkenswerte Laschheit, als er vor seinen SS-Führern über die Korruption in Deutschland sprach.

Himmler hatte zwar befohlen, die Arbeitskraft der Häftlinge zu erhalten. Die Statistik der SS offenbart jedoch, dass sie sowenig in der Lage war, dieser For-

derung nachzukommen, wie der, eine Fertigung von primitiven Handwaffen in Buchenwald und Neuengamme aufzuziehen.

Insgesamt starben von Juni bis November 1942 durch unzulängliche Haftbedingungen 70610[11] von 109861 eingelieferten Häftlingen, wobei diese offiziellen Zahlen weit hinter den tatsächlichen Todesfällen Zurückbleiben mögen. Im September überstiegen die Sterbefalle die Zahl der Neuzugänge sogar um 34 Prozent, das heisst die Auszehrung der Lager stand bevor. Nur aus dieser Notlage ist zu verstehen, dass Himmler im Dezember 1942 kategorisch befahl, dass «die Sterblichkeit unbedingt geringer werden» müsse.[12] Ein SS-Brigadeführer fugte hinzu: «Mit einer derartig hohen Todesziffer kann niemals die Zahl der Häftlinge auf die Höhe gebracht werden, wie es der Reichsführer-SS befohlen hat.» Die Lagerärzte müssten sich, so fahrt der Erlass fort, «mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass die Sterblichkeitsziffern in den einzelnen Lagern wesentlich herabgehen. Nicht derjenige ist der beste Arzt in einem Konzentrationslager, der glaubt, dass er durch unangebrachte Härte auffallen muss, sondern derjenige, der die Arbeitsfähigkeit durch Überwachung und Austausch an den einzelnen Arbeitsstätten möglichst hoch hält. Die Lagerärzte haben mehr als bisher die Ernährung der Häftlinge zu überwachen und in Übereinstimmung mit den Verwaltungen dem Lagerkommandanten Verbesserungsvorschläge einzureichen. Diese dürfen jedoch nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sind von den Lagerärzten regelmässig nachzukontrollieren. Ferner haben sich die Lagerärzte darum zu kümmern, dass die Arbeitsbedingungen auf den einzelnen Arbeitsplätzen nach Möglichkeit verbessert werden. Zu diesem Zweck ist es nötig, dass sich die Lagerärzte auf den Arbeitsplätzen an Ort und Stelle von den Arbeitsbedingungen persönlich überzeugen.»[13] Dieser Erlass also wandte sich an dieselben Lagerärzte, die gleichzeitig mit Massnahmen des Selektierens befasst waren.

Im September 1943, ein dreiviertel Jahr später, hatten diese offenbar anhaltenden Bemühungen Erfolg, wenn der von Pohl beigefügten Liste der Todesfälle in den Lagern Glauben zu schenken ist. Immerhin stimmt das Resultat in der Tendenz mit den statistischen Erhebungen Langbeins als Schreiber des Standortarztes von Auschwitz überein.[14] Pohl konnte in einem langen Bericht

vom 30. September 1943 Himmler darauf hinweisen, dass sich die Sterblichkeit von Dezember 1942 bis August 1943 auf ein Fünftel reduziert hatte. Er verwies dabei auch auf die Durchführung der seit Langem geforderten hygienischen Massnahmen.[15]

Bei Rüstungsbesprechungen in Linz hatte ich erfahren, dass an der Donau, in der Nähe des Lagers Mauthausen, eine umfangreiche Hafenanlage von der SS gebaut werden sollte, um nach dem Kriege Pflastersteine des nahebei liegenden Steinbruchs auf der Donau nach Wien verschiffen zu können. Dies war eine reine Friedensaufgabe, die ich auf keinen Fall gestatten konnte. Ich wollte erreichen, dass diese bei Friedensvorhaben beschäftigten Häftlinge an die Linzer Stahlwerke, damals «Hermann-Göring-Werke» genannt, abgezweigt wurden. Es galt, deren produktionshemmenden Mangel an Arbeitskräften zu mindern; sie hatten nicht nur als Erzeuger von Qualitätsstahl eine grosse Bedeutung für die Rüstungsindustrie, sondern auch durch ihre Fertigung von Panzer-Stahlwannen und Geschütztürmen.

Ende März 1943 besuchte ich aus diesem Grunde das Konzentrationslager Mauthausen.[16] Bei dieser Besichtigung sah ich zu meiner Überraschung aufwändige granitene Stützmauern, auf denen Baracken, ebenfalls in Naturstein, errichtet waren. Mir wurde das Innere der Küchenbaracke, eine Waschbaracke und eine Wohnbaracke gezeigt. Alles war sauber und ordentlich. Das Niveau etwa einer durchschnittlichen Flak-Baracke. Das Lager, oder vielmehr der kleine Teil des Lagers, den ich sah, machte mit seinem steinernen Portal und seinen mittelalterlichen Burghöfen nachempfundenen Mauern und Türmen fast einen romantisierenden Eindruck. Ich sah keine abgezehrten Häftlinge. Vermutlich waren sie zur gleichen Stunde im berüchtigten Steinbruch.[17]

Dass prominenten Besuchern von Konzentrationslagern ein Trugbild vorgeführt wurde, sagte bereits in Nürnberg der Zeuge der Anklage Blaha aus.[18] Auch Marsalek berichtet, dass «bei Lagerbesichtigungen [in Mauthausen] prinzipiell nur die zweite Baracke der Funktionshäftlinge aufgesucht wurde, wo peinliche Ordnung und Sauberkeit herrschte und wo man auch auf einzel-

nen Tischen Vasen mit Blumen aufstellte... Den Besuchern sind nur ausgesuchte, reine, gut gekleidete, körperlich starke, bei den SS-Führern eingesetzte Häftlinge vorgestellt worden.»[19]

Eugen Kogon, der viele Jahre im Konzentrationslager Buchenwald verbrachte, machte ähnliche Erfahrungen. Selbst wenn es sich um die zahlreichen Besuche von SS-Funktionären handelte, verschleierte, wie Kogon schreibt, die Lagerführung die Zusammenhänge. Man zeigte besondere Schaustücke. Die Besucher wurden vor allem im Revier, in der Küche, der Bücherei, der Nachschubkammer oder in der Wäscherei herumgeführt. Es wurden ihnen das Kino und landwirtschaftliche Anlagen gezeigt. «Kamen sie wirklich einmal in einen Wohnblock, dann in der Regel in den der sogenannten «Kommandierendem, wo die Friseure für die SS und die SS-Kalfaktoren sowie besondere privilegierte Häftlinge lagen, der deshalb auch nie überfüllt und immer sauber war.»[20] Diese Schilderungen Kogons und Marsaleks zeigen, dass die Lagerleitung bei meinem Besuch in Mauthausen lediglich der üblichen Routine folgte.

Unmittelbar nach Kriegsende wurde in einem Buch unter dem Titel «Mordhausen» von Augenzeugen über einen Besuch Himmlers und Kaltenbrunners in Mauthausen berichtet. «Die Halbverhungerten und Kranken wurden wie die Schafe zusammengetrieben und in einen Block gesperrt. Ein Schild kam an die Tür mit der Aufschrift: «Vorsicht, Typhus!'» Himmler wurde der Prominentenblock gezeigt. Dort lebten die «Häftlinge der SS-Küche, des Führerheimes, der Kantine usw. Ihnen allen war die Möglichkeit gegeben, etwas besser zu leben. Mit entblösstem Oberkörper – die Kräftigsten natürlich – so standen sie angetreten, als Himmler den Block betrat. «Na, Häftlinge, wie geht's? Seht alle gut aus. Reichliche Verpflegung, nicht wahr? Macht mal eure Spinde auf', so Himmler. In den Spinden lag für jeden Mann ein Drei-Pfund-Brot, und zu dreien ein Pfund Wurst. «Und was gibt es zu Mittag?' fragte er in der Küche und liess die Kessel aufmachen. «Erbsen mit Speck! Ja, die schwere Arbeit im Steinbruch.' Man reichte Himmler einen Teller mit Erbsensuppe. «Das schmeckt ausgezeichnet!' Man brauchte kein guter Beobachter zu sein, um aus dem Mienenspiel zwischen Himmler und dem Lagerkommandanten festzustellen, wie sie sich verstanden...

Himmler war kaum aus dem Lager, da sausten die Gummiknüppel durch

die Luft. ‚Was', schrie die SS-Mannschaft, «wollt ihr das Brot und die Wurst sofort in die SS-Küche zurücktragen.'»[21]

Diese Erzählung klingt auf den ersten Blick unglaubwürdig. Aber Höss berichtet, dass vor dem Besuch Himmlers vom 1. März 1942 in Auschwitz Glücks erschien, um sicherzustellen, dass ein rosiges Bild gemalt werde, «wenn die big shots von Berlin ankommen».[22]

Liess sich Himmler tatsächlich täuschen? Es ist kaum vorstellbar, dass er diese Maskerade nicht durchschauen konnte, wenn sie so offensichtlich gespielt wurde. Wenn er im Hauptquartier war, erzählte er mit der Miene eines Biedermannes der Tafelrunde Hitlers gelegentlich von den guten Bedingungen in den Konzentrationslagern. Mitunter illustrierte er das an Beispielen wie Fussballwettkämpfen oder Musikabenden und anderen Vergnügungen. Nie kamen Misshandlungen oder Hinrichtungen zur Sprache; selbst die hohen Todesraten wurden nicht erwähnt. Aber 1941 erzählte Himmler Hitler belustigt, dass er zu Aufsehern über die Häftlinge am liebsten Verbrecher einsetze. Hitler pflichtete ihm bei: Das sei eine besonders gute Idee, die hätten kein Mitleid und würden schon deshalb für Ordnung und Disziplin sorgen, um ihre Funktion nicht zu verlieren.

Etwa eine Woche nach meinem Besuch in Mauthausen, am 5. April 1943, richtete ich an Himmler ein Schreiben, das in meinem Auftrag von meiner Dienststelle des «Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft» entworfen worden war. Ich führte darin aus: «Während es uns für den Ausbau von Rüstungswerken für den unmittelbaren Frontbedarf nicht nur an Eisen und Holz, sondern auch an Arbeitskräften fehlt, musste ich anlässlich meiner Besichtigung des Konzentrationslagers Mauthausen sehen, dass die SS Planungen durchführt, die mir unter den heutigen Verhältnissen mehr als grosszügig erscheinen... Wir müssen für den Ausbau von Konzentrationslagern eine neue Planung unter dem Gesichtspunkt des höchsten Wirkungsgrades bei Einsatz geringster Mittel mit Erzielung des grössten Erfolges für die *augenblicklichen* [im Text unterstrichen] Rüstungsforderungen durchführen, das heisst, dass wir sofort zur Primitivbauweise übergehen müssen.»[23]

Mr. Erich Fried interpretierte in einem Leserbrief an die *New York Times* meine Forderung dahingehend, dass ich verlangt hätte, die Häftlinge sollten ih-

re Unterkünfte mit ihren Fingernägeln in das Erdreich eingraben.[24] In Wirklichkeit bezog ich mich auf einen von mir im März 1943 herausgegebenen Erlass, wonach «alle Bauausführungen während des Krieges in einfachster Form zu erfolgen haben. Dauerbauweisen sind weitgehend durch Behelfsbauweisen zu ersetzen. Bauten, die nur den Krieg überdauern, sind in der Regel völlig ausreichend... Aussen- und Innenwände sind, soweit irgend tunlich, in Leichtbauweise auszuführen. Auf Aussen- und Innenputz ist im Allgemeinen zu verzichten.»[25]

Auch Pohl kannte offensichtlich diese Bestimmungen nicht, denn er schrieb an Himmler, dass dieser Brief des Reichsministers Speer an den Reichsführer vom 5. April 1943 «eigentlich ein recht starkes Stück» sei. Er habe aber verlernt, sich zu wundern, fahrt Pohl fort. Er beschränke sich darauf, festzuhalten, dass es «völlig abwegig ist, in den Konzentrationslagern sofort zur Primitivbauweise überzugehen. Reichsminister Speer scheint es nicht zu wissen, dass wir zur Zeit über 160'000 Häftlinge haben und dauernd gegen Seuchen und hohe Sterblichkeit ankämpfen, weil die Unterbringung der Häftlinge einschliesslich sanitärer Anlagen völlig unzureichend ist.» Er müsse «daher pflichtgemäss schon jetzt darauf hinweisen, dass der Rückgang zur Primitivbauweise wahrscheinlich eine bisher ungeahnte Höhe an Sterblichkeit in den Lagern verursachen wird».[26]

In meinem Brief vom 5. April hatte ich Himmler vorgeschlagen, dass einer meiner Beamten im Benehmen mit einem seiner Mitarbeiter sämtliche Konzentrationslager an Ort und Stelle überprüfen solle. Diese Besichtigungsreise durch die Herren Desch und Sandler von meiner Seite und von SS-Brigadeführer Kammler als Chef der SS-Bauverwaltung fand wenig später statt und muss in der Tat in Auschwitz katastrophale sanitäre Verhältnisse aufgedeckt haben. Wie aus einem handschriftlichen Zusatz des Pohlschen Berichtes an Himmler hervorgeht, muss mir aber gleichzeitig berichtet worden sein, «dass die Besichtigung der anderen KZ-Lager ein durchaus positives Bild ergab».[27]

Der Befund katastrophaler sanitärer Verhältnisse in Auschwitz hatte mich in der Tat alarmiert. Am 30. Mai erhöhte sich die Zuteilung an Eisen für Konzentrationslager auf 450 Tonnen im Monat.[28] Zusätzlich liess ich, um die Verhältnisse in Auschwitz zu verbessern, «einmalig 1'000 Tonnen Baueisenbe-

zugsrechte, 1'000 Tonnen Gussrohre, für die die SS aus ihrem Gesamtkontingent 300 Tonnen Eisenbezugsrechte zur Verfügung stellt, rund 100 Tonnen Wasserleitungsrohre ½ Zoll aus dem Verfügungslager des Generalbevollmächtigten Bau in Hamm und die erforderliche Menge an Rundstahl 8-20 mm Durchmesser aus Hartstahl zuteilen. Die Beschaffung der Bezugsscheine für 1'000 Tonnen Gussrohre, sowie der Versand der Wasserleitungsrohre ist bereits in die Wege geleitet.»[29] Eine aussergewöhnliche Massnahme, denn im Allgemeinen musste der Kontingentsträger seine Ware auf Grund der an ihn ausgegebenen Kontingentsscheine bestellen, was meist Lieferzeiten von vielen Monaten beanspruchte.

Ausdrücklich betonte ich bei dieser Gelegenheit, dass «diese Baueisenmengen nur für den Ausbau der Konzentrationslager, insbesondere für den von Auschwitz zu verwenden» seien. «Für die Aufstellung neuer Divisionen der Waffen-SS kann ich leider keine weiteren Baueisenmengen zuteilen.»[30] Es schien mir notwendig, diese Einschränkung über die Benutzung der Sonderzuteilung zu vermerken, denn es bestand die Gefahr, dass die SS-Führung dem Drängen der mit der Aufstellung dieser Divisionen beauftragten SS-Generale nachgeben könnte.

Pohl liess Himmler den Entwurf zu einem Brief an mich zukommen, der aber nie abgesandt wurde: Zusätzlich stünden nun 2‘400 Tonnen Eisen zur Verfügung. Sie überträfen «bei Weitem die bisher für die gesamte SS quartalsmässig zur Verfügung stehende Eisenmenge». Das sei ein unerwartetes Ergebnis der gemeinsamen Besichtigung.[31] Dieser Brief wäre vier Seiten lang geworden. Himmler begnügte sich mit fünf Zeilen, als er sich am 15. Juni kurz, aber herzlich bedankte. Er sei nun «in der Überzeugung bestätigt, dass es doch noch Gerechtigkeit» gäbe, fügte er ironisch hinzu.[32]

Bereits 14 Tage später konnte Pohl Himmler melden, dass «zum Teil die zugesicherten Eisenkontingente auch bereits zugeteilt und ihren Zwecken zugeführt worden» seien.[33] Angesichts der Auslieferungsschwierigkeiten im Sommer 1943 war hier aussergewöhnlich schnell gehandelt worden.

Der SS und Polizei wurden immerhin von der Zentralen Planung im Jahr 76‘800 Tonnen Stahl zur Verfügung gestellt.[34] Die zugeteilten Eisenmengen

waren vorwiegend für die Himmler unterstehende Polizei, und dort zur Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen bestimmt, die nach Fliegerangriffen die ausgedehnten Brände bekämpften. Es wäre also eine Abzweigung von 70 Tonnen im Monat und eine einmalige Zuteilung von rund 2‘500 Tonnen zur Behebung der sanitären Missstände der SS seit längerem zumutbar gewesen. Aber auch für meinen Bereich war diese Erhöhung der SS-Kontingente eine Bagatellangelegenheit, wenn ich daran denke, dass ich im Mai 1943 an die gesamte Kriegswirtschaft 2‘520‘000 Tonnen Eisen verteilen liess.[35]

Nachträglich erstaunt mich, dass Himmler seine Machtfülle nicht benutzte, um von einem meiner Mitarbeiter, der SS-Mitglied war, kurzerhand die benötigten Materialien direkt anzufordern. Merkwürdigerweise wurden aber bis zum Ende des Regimes die gegenseitigen Hoheitsgebiete in fast lächerlicher Weise beachtet, soweit sie sich nicht überschnitten. Beispielsweise bat mich Göring auf einem Bogen des «Reichsjägermeisters» noch im Frühjahr 1944, dass ich den deutschen Jägern Jagdmunition zur Verfügung stelle, damit eine wertvolle zusätzliche Ernährungsquelle erhalten bliebe. Es handelte sich, im Verhältnis zur gesamten Infanteriemunition, um eine lächerlich geringe Menge. Das hätte sein Referent bei einem meiner untergeordneten Beamten jederzeit regeln können.[36]

Diese Baumassnahmen waren *nicht* für die Vernichtungslager in Polen und Oberschlesien, wie Sobibor, Treblinka und Auschwitz gedacht. Dort wurden die Selektierten umgebracht. Arbeitsfähige wurden in die zur Arbeit bestimmten Lager verschickt. In ihnen also vegetierten die Überlebenden. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit bestand Interesse, das Leben der Insassen zu erhalten. Pohl führte in seinem Bericht vom September 1943 diese Lager auf. Schon ihre Aufzählung ruft Erinnerungen an grausame Einzelheiten in uns wach: Dachau mit 17‘300, Sachsenhausen mit 26‘500, Buchenwald mit 17‘600, Mauthausen/Gusen mit 21‘100, Flossenbürg mit 4‘800, Neuengamme mit 9‘800, Auschwitz – Männer mit 48’000, Auschwitz – Frauen mit 26’000, Gross-Rosen mit 5’000, Natzweiler mit 2‘200, Bergen-Belsen mit 3‘300, Stutthof – Männer mit 3‘800, Stutthof – Frauen mit 500, Lublin – Männer mit 11‘500,

Lublin – Frauen mit 3‘900, Ravensbrück – Männer mit 3‘100, Ravensbrück – Frauen mit 14‘100, Riga mit 3’000, Herzogenbusch mit 2‘500, also zusammen mit 224’000 zur Arbeit bestimmten Häftlingen.

Bald zeitigte die schnelle Auslieferung des Installationsmaterials positive Folgen. Die Sterblichkeit betrug in den Konzentrationslagern im Monat Dezember 1942 noch 10 Prozent der Gesamtstärke. Sie hatte seitdem ständig abgenommen, um im Juli 1943 auf 2,23 Prozent und im August 1943 auf 2,09 Prozent abzusinken.[37] Pohl bestätigte in einem Brief an Himmler, dass in diesen Lagern das Absinken der Sterblichkeit in der Hauptsache darauf zurückgeführt werde, «dass die schon lange geforderten hygienischen Massnahmen nunmehr wenigstens zu einem grossen Teil durchgeführt worden» sind, und Himmler unterstrich in seiner Antwort vom 8. Oktober 1943 diesen Hinweis auf die Hilfe durch mein Ministerium: «Ich bin überzeugt, dass auch die letzten Schwierigkeiten in dem Mass absinken werden, in welchem Kanalisation und bessere sanitäre Anlagen technisch möglich sind.»[38]

Die Auschwitzer Arbeitslager dürfen nicht mit dem Auschwitzer Vernichtungslager Birkenau verwechselt werden. In diesen Auschwitzer Arbeitslagern sollten die Häftlinge nun für die grossen Industrievorhaben um Auschwitz, wie die von I.G. Farben, eingesetzt werden. Auch sie sollten, wie Höss schrieb, mit Rücksicht behandelt werden, um zum Aufbau des Himmlerschen Wirtschaftskonzerns beizutragen. Umso drastischer wirken die Verlustzahlen, die durch die katastrophalen sanitären Verhältnisse dieses ehemaligen Heeresgefangenenlagers verursacht wurden. Sie lagen erheblich höher als der Durchschnitt aller übrigen Konzentrationslager. Im März 1943 betrugen dort die Verlustzahlen 15,4 Prozent, im Juli, August, September 1943 verstarben im Durchschnitt, trotz unserer Hilfsaktion vom April 1943, im Auschwitzer Arbeitslager immer noch 3,6 Prozent gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 2,4 Prozent. Aber es war der SS immerhin gelungen, die Sterblichkeit dieses Lagers auf ein Viertel zu senken.[39]

Hätte ich die Bereitstellung von Kontingenten für Konzentrationslager ablehnen sollen, weil ich damit nichts zu tun haben wollte? Was wäre geschehen, wenn ich mich geweigert hätte, den Bau der Lager zu unterstützen? Würde mein Gewissen heute ruhiger sein können? Half ich, Missstände zu beseitigen,

so beteiligte ich mich aktiv an diesem SS-System, hätte ich aus grundsätzlichen Erwägungen jede Reaktion vermieden, wäre die Situation in den Lagern noch katastrophaler geworden.

Mich kurzerhand über die Todcszahlcn zu belügen, schickte sich Pohl an, als er am 9. Juni 1943 den bereits erwähnten Entwurf eines Briefes Himmler zusandte. In diesem Entwurf erwähnte Pohl diese hohen Sterblichkeitsraten mit keinem Wort. Er sprach lediglich von «nicht Arbeitsfähigen – Kranke, Quarantäne u.a. – mit 22 Prozent».[40]

Es ist verständlich, dass meine Mitarbeiter und ich nach den Erpressungen, denen wir bei den Projekten Buchenwald und Neuengamme ausgesetzt waren, keine Neigung verspürten, die Zahl der in den KZ-Betrieben arbeitenden Häftlinge zu erhöhen; umso weniger, als die Resultate mit unseren industriellen Erfahrungswerten in keiner Weise übereinstimmten. Pohl aber wollte schon im September 1942, nur zur Erweiterung des Lagers Auschwitz, Mittel in Höhe von 13,7 Millionen RM einsetzen.[41] Das bedeutete eine zusätzliche Kapazität zur Unterbringung von 120’000 Häftlingen. Diese Forderung ist nicht erfüllt worden. Das geht aus der Aufstellung meines Ministeriums über die für 1943 genehmigten Barackenbauten für Konzentrationslager hervor, die vom 5. April 1943 datiert ist, also ein halbes Jahr später. Es wurden für Auschwitz Investitionen von nur 3‘081’000 RM genehmigt, also weniger als ein Viertel.[42] Im gleichen Schreiben teilte ich Himmler mit, dass für die Erweiterung aller Konzentrationslager in Deutschland im Jahre 1943 7‘151’000 RM und für das Jahr 1944 5‘985’000 RM für Baracken freigegeben würden. Das entsprach einer Zahl von 157 Baracken für 1943 und von 131 Baracken für das Jahr 1944. Da jede Baracke ungefähr 400 Häftlinge aufnehmen konnte, sollte mit diesem Bauprogramm die Kapazität der Konzentrationslager bis Ende 1944 um 115‘200 erhöht werden.[43]

Gleichzeitig aber musste ich die Möglichkeit der Durchführung dieses Programms in Frage stellen. Ich warnte Himmler: «Sie werden, wie ich die Entwicklung sehe, mit der Durchführung der Planungen dieses Jahr (1943) nicht fertig werden, schon weil Sie die notwendigen Zulieferungen für die Ausbauten

nicht rechtzeitig erhalten, abgesehen davon, dass die Lage auf dem Eisen- und Holzsektor sich sehr bald noch weit mehr als bisher verschärfen wird [...] Damit belasten Sie das nächste Jahr [1944] und auch das Jahr 1945 mit Bauabsichten, deren Zweckmässigkeit auf lange Sicht [also auch für die Friedenszeiten] heute noch von niemand übersehen werden kann.»[44] Ein nicht misszuverstehender Hinweis auf die Verschiedenheit unserer Auffassungen. Elf Tage später richtete ich an Himmler einen Brief fast gleichen Inhalts: «Die Feststellungen haben ergeben, dass die beabsichtigten Planungen und Ausbauten in den Konzentrationslagern zum grossen Teil in dem erforderlichen Umfange nicht durchgeführt werden können. Die Gründe liegen nicht nur in der allgemein schwierigen Lage der Materialbeschaffung, sondern auch in der Gestellung der erforderlichen Arbeitskräfte für die Durchführung dieser Baumassnahmen.»[45]

Als ich Himmler im April 1943 warnte, die Möglichkeiten eines Ausbaues der Konzentrationslager nicht zu hoch einzuschätzen, betrug ihre Belegstärke 171‘000 Häftlinge. Die damals von mir genehmigten Bauten für alle Konzentrationslager bedeuteten eine Erhöhung der Lagerkapazität um 115‘000 auf 286‘000 Häftlinge. Die Statistiken jedoch laufen darauf hinaus, dass die Gesamtzahl der Häftlinge bis 15. August 1944 um fast das Doppelte auf 523‘286 zunahm.[46] In den nächsten fünf Monaten wurde die Zahl der Häftlinge noch einmal um fast 200‘000 erhöht. Es gab nach einer Aufstellung vom 15. Januar 1945 nun im Reichsgebiet 714‘211 Häftlinge[47], nach einer Liste Marsaleks 643‘290.[48] Eugen Kogon bestätigt in seinem «SS-Staat» diese Notlage. Er spricht von einer vierfachen Überbelegung.[49]

Diese Überfüllung der Barackenlager erklärt zumindest teilweise die Erhöhung der monatlichen Todesraten nach dem Herbst 1943. Die Gefahr von Seuchen erhöhte sich durch diese Überbelegung; in der Tat hat eine Fleckfieberepidemie im Auschwitzer Frauenlager wesentlich zu der rapide steigenden Sterblichkeit beigetragen (vgl. Anhang IV).[50] In Polen wurde das Problem der Barackennot auf besonders kaltblütige Weise gelöst. Wie Simon Wiesenthal in seinem Buch «Die Sonnenblume» schreibt, liquidierte man bei der Ankunft

neuer Transporte «die alten Häftlinge – barackenweise, damit die neuen Platz hatten. Wir erlebten das alle zwei Monate.»[51]

Als Rüstungsminister konnte ich misstrauisch werden, wenn in statistischen Berichten Positionen durch unklare Angaben verschleiert wurden. So ist es nicht möglich, aus einem Bericht Pohls über Todesfälle in Arbeits-Konzentrationslagern vom 30. September 1943[52] beispielsweise die Abnahme der Gesamtzahl vom September 1942 mit 110‘000 auf 85‘800 Menschen im Oktober 1942, bei einer offiziell gemeldeten Todesrate von nur 11‘205 Häftlingen zu erklären. Waren die fehlenden 12‘995 Häftlinge etwa entlassen worden?

Diese Lücke in dieser Statistik der SS wird durch eine andere Statistik erklärt, sie ermöglicht Vergleiche leider nur für die Monate Juli bis November 1942.

Der Vergleich ergibt folgende Unstimmigkeiten:

	Belegstärke [1]	Netto-Zugänge ohne Todesfälle [1, 2]	an Himmler gemeldete Todesfälle [3]	Differenz gegenüber nächstem Monatssoll plus	minus
Juli 1942	98 000	26 246	8 329		−917
Aug. 1942	115 000	24 519	12 217		−17 302
Sept. 1942	110 000	15 600	11 206		−28 594
Okt. 1942	85 800	5 841	8 856	+715	
Nov. 1942	83 500	13 672	8 095		−3 077
Dez. 1942	86 000				

1 Zahlen aus Befehl des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes vom 28. Dezember 1942 Nürnberger Dokument 1469 S.
2 Abzüglich der Rücküberstellungen, der Exekutionen und Freilassungen, wie sie aus dem Bericht vom 28. Dezember 1942 hervorgehen.
3 Bericht Pohls an Himmler vom 30. September 1943 (NO-1010).

Mithin in sechs Monaten 49‘175 unterschlagene Todesfälle bei 48‘703 Toten, die Pohl an Himmler für diese fünf Monate gemeldet hatte.[52] Nach dieser Berechnung wurde für den August 1942 an Himmler eine Todesrate von 10,6 Prozent des Gesamtbestandes in den Konzentrationslagern gemeldet, aber tatsächlich über das Doppelte, nämlich 25,6 Prozent erreicht. Im September lag

die Sterblichkeit mit 36,2 Prozent über dem Dreifachen der an Himmler gemeldeten 10,18 Prozent und im November 1942 wurden mit 9,69 gegenüber den tatsächlichen 13,35 Prozent über ein Drittel weniger Tote vorgetäuscht (vgl. Anhang V). Offensichtlich bestanden Verschleierungsabsichten.

Auch der Statistiker der SS, Korherr, wies Himmler nach, dass ein Lebensbornbericht über Kindersterblichkeit erlogen sei. Lebensborn hatte gemeldet, dass die Sterblichkeit in seinem Entbindungsheim 4 Prozent, gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 6 Prozent betrage. In Wirklichkeit lag er nach den Ermittlungen Korherrs bei 8 Prozent.[53]

Warum war die SS bemüht, die Todesraten zu vertuschen, warum wurden falsche Angaben gemacht?

In seinen autobiographischen Aufzeichnungen «Kommandant in Auschwitz» dürfte Rudolf Höss an die Bestrebungen Himmlers im Sommer 1942 gedacht haben, als er sich erinnerte: «Himmler sagt der Rüstungsindustrie: Ba(ut Arbeits)lager und fordert Arbeitskräfte durch das Rü(stungs)ministerium bei mir an, es gibt genug! Er verspricht bereits Zehn-, ja Hunderttaus(ende von) Häftlingen von Aktionen, die noch gar nicht (angelaufen) sind und deren Endergebnisse noch (nicht abge)schätzt werden können. Weder Pohl noch Kaltenbrunner wagen es, Himmler von der Versprecherei noch unbekannter (Häftlings-)Kontingente abzubringen. Obwohl Himmler durch die, bis ins kleinste (ausge)arbeiteten und alles klar darstellenden Monatsbe(richte) über die KL genau über den Häftlingsstand, (ihren) Zustand und Arbeitseinsatz im Bilde ist, treibt und drängelt er weiter: Rüstung! Häftlinge! Rüstung! Selbst Pohl wird nun von dem dauernden Treiben Himmlers angesteckt und bearbeitet nun seinerseits die Kommandanten, bzw. den Inspekteur Konzentrationslager und D II (Maurer), ihre ganze Kraft nun ausschliesslich dieser wichtigsten Aufgabe zu widmen, Häftlinge für die Rüstung einzusetzen und alles zu tun, um dies vorwärtszutreiben.»[54]

Er sei überzeugt, schrieb der Generaldirektor des Chemiekonzerns Brabag, Kranefuss (Näheres zu seiner Person vgl. Kapitel 6), im Januar 1944 an den Stabschef Himmlers, dass «SS-Obergruppenführer Pohl den besten Willen hat,

zu helfen, aber ich habe den Eindruck, dass er nicht über so viele Kräfte verfügt, wie der Reichsführer vielleicht annimmt».[55] Diesem Mangel wollte Himmler in einer grossangelegten Aktion abhelfen.

Die katastrophalen Todesraten, die unsinnigen Versprechungen Himmlers, sein Ehrgeiz, ein Wirtschaftsimperium aufzubauen, das nur in seiner Phantasie bestand, müssen zu jenen willkürlichen, zusätzlichen Festnahmen von 30‘000-40‘000 Personen im Monat geführt haben, über die mich mein Mitarbeiter Schieber am 7. Mai 1944 unterrichtete: «Von dem hohen Prozentsatz ausländischer, insbesondere russischer Arbeiter in unseren Rüstungsbetrieben geht allmählich ein nicht mehr zu vernachlässigender Anteil in die Wirtschaftsbetriebe der SS über und damit uns verloren. Sie wissen, dass wir mit den russischen Arbeitskräften, insbesondere mit den Frauen, bei vernünftiger Behandlung zufrieden sind. Viele von ihnen, die aus verständlichen Gründen einer starken Fluktuation zuneigen, werden jetzt von den Polizeiorganen bei irgendwelchen Verstössen den SS-Betrieben zugewiesen und kehren zur alten Arbeitsstätte nicht mehr zurück. Dieser Entzug wird verursacht durch eine weitere Ausdehnung des grossen Wirtschaftskonzerns der SS.» Darin läge eine sehr ernste Gefährdung unserer Rüstungsproduktion, meinte Schieber zusammenfassend.[56]

Bei nächster Gelegenheit, in meiner Besprechung vom 3. bis 5. Juni 1944, machte ich Hitler darauf aufmerksam, «dass aus der Gesamtwirtschaft jeden Monat 30-40‘000 entlaufene Arbeiter oder Kriegsgefangene von der Polizei eingefangen werden, die dann als KZ-Sträflinge bei den Vorhaben der SS eingesetzt werden. Dies sei für mich nicht tragbar, da es sich hier zu einem grossen Teil um angelernte oder Facharbeiter handelt, die möglichst schnell wieder ihrem ursprünglichen Beruf zugeführt werden sollten. Einen Schwund von 500’000 Arbeitskräften im Jahr könnte ich nicht durchhalten und daher müsse auch die Verteilung dieser Arbeitskräfte von mir bzw. Sauckel vorgenommen werden. Dies gelte umso mehr, als es sich zu einem grossen Teil um mühsam angelernte Fachkräfte handelt.» Hitler versprach, nach einer Unterredung zwischen Himmler und mir, eine Entscheidung in meinem Sinne zu fallen.[57]

Diese von Hitler verlangte Besprechung fand einige Tage später in Himm-

lers Villa bei Berchtesgaden statt. Mit undurchdringlicher Miene sagte er Abhilfe zu.[58] Ich unterrichtete Hitler von dem Ergebnis und bat ihn, Himmler nochmals darauf anzusprechen.

Kontrollieren konnte ich Himmlers Zusage nicht, aber ich hatte keinen Grund, ihr zu misstrauen.[59] Erst durch das Studium der Himmler-Akten erfuhr ich, dass er bereits eine derartige Fangaktion Ende Dezember 1942 (vgl. Anhang VI) befohlen hatte.

Muster einer Intrige

Während Himmler noch eng mit Schieber an dem Aufbau von Rüstungswerken für die SS zusammenarbeitete, bereitete der Chef des SD, Brigadeführer der SS Otto Ohlendorf, bereits Schiebers Sturz vor. Am 26. August 1942 gab er einen negativen Bericht über Schieber an Himmler weiter.[1] Bei den engen Verflechtungen innerhalb der SS-Führung ist es nicht verwunderlich, dass drei Wochen nach den Anklagen Ohlendorfs, am 16. September 1942, Kaltenbrunner durch einen massiven Vorstoss seinen Kollegen im SD unterstützte. Kaltenbrunner, der spätere Chef der Gestapo, war damals noch Führer des österreichischen SS-Oberabschnittes Donau. In dieser Eigenschaft richtete er an SS-Obergruppenführer Wolff, dem Chef des «Hauptamtes Persönlicher Stab Reichsführer SS»[2], einen Bericht, demzufolge Schieber «in einer argen Lebensmittelschiebungsaffäre der Lenzinger Zellwolle AG Oberdonau[3] verwickelt und stark belastet» wäre. Speer sei es gelungen, gegen die Bedenken des zuständigen Gauleiters Eigruber, Schieber auf seinem Posten als Betriebschef dieses Werkes zu halten.[4] Schieber sei, so fuhr Kaltenbrunner fort, «in seinen Augen vollkommen fehl am Platz». Einen ausführlichen Bericht in Sachen Schieber habe das Reichssicherheitshauptamt in Händen, schloss diese vernichtende Anklage.[5] Wolff forderte bereits einige Tage später diesen Bericht zu seiner Information an.[6] Über zwei Jahre später versicherte mir Himmler, dass keiner der Vorwürfe gegen Schieber sich als richtig erwiesen hätte.

Bedeuteten schon die Berichte Kaltenbrunners und Ohlendorfs eine massive Einmischung in mein Arbeitsgebiet, so ging Himmler noch einen Schritt weiter. Er wandte sich nicht an mich, sondern befahl Ohlendorf am 5. Oktober 1942, «dass Schieber alle Verwandten aus seinem Geschäftsbereich entfernen

und dass er einen Herrn Pollack, früher Parteigeschäftsführer des Gaues Thüringen, aus seiner verantwortlichen Stelle im Rüstungsministerium entlassen müsse. Denn dieser sei aus der SS ausgeschlossen worden. Mit Rücksicht auf die ihm anvertrauten hohen Pflichten und Aufgaben, mit Rücksicht auf Reichsminister Speer, Gauleiter Sauckel und alle die vielen Menschen, die ihm ihr volles Vertrauen schenken», sei dies notwendig. Das Schreiben Ohlendorfs war Himmler wichtig genug, um Bormann eine Abschrift zu übersenden[7], nicht aber mir, als dem Vorgesetzten Schiebers.

Zweifellos handelte es sich bei Walter Schieber um einen labil veranlagten Menschen, äusserst arbeitsam und, wie er später bewies, ein ergebener, treuer Amtschef. Gross gewachsen, neigte er zur Korpulenz. Er wirkte scheu und wie geschlagen durch ein hartes Schicksal, denn zwei seiner Brüder waren in der Tat Taugenichtse.

Auch ich war, wie ich betonen möchte, inzwischen Pollack und damit auch Schieber gegenüber misstrauisch geworden. Das System jedoch liess keinen Prestigeverlust zu. Widersacher lauerten allenthalben, um ein Nachgeben als erstes Schwächezeichen auszulegen und in meinem besonderen Falle als ein Nachlassen der mir reichlich zugekommenen Gunstbeweise Hitlers. Mit allen Mitteln musste ich versuchen, keinen Einbruch in meine Position zu dulden. Anderen Inhabern hoher Ämter ging es nicht besser. Die Folge war eine Erstarrung der Personalpolitik. Es war nahezu unmöglich, einen Mann fallenzulassen, ohne selber das Gesicht zu verlieren.

Um den Angriffen entgegenzuwirken und die Stellung Pollacks und damit auch die Schiebers zu stärken, erreichte ich einige Monate später, Anfang Februar 1943, das Einverständnis Hitlers «entgegen seiner anfänglichen Ablehnung, dass der Prokurist Pollack das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse erhielt».[8] Schliesslich waren, im Vergleich zu den geduldeten Korruptionsfallen von den Gauleitern bis zu Göring, die von Himmler gegen Schieber erhobenen Vorwürfe vollkommen unerheblich.

Schieber selber ahnte, dass gegen ihn intrigiert wurde. Um ihn zu stützen, machte ich bei der nächsten passenden Gelegenheit – der Abfassung eines Rechenschaftsberichtes – Hitler am 13. Mai 1943 auf die Leistung der Schieber unterstehenden Zulieferungsindustrien aufmerksam.[9] Ich liess ihn wissen, dass

der Ausstoss an Rohr-, Stab-, Bandstahl und Draht in einem Jahr um 45 Prozent, der von Stahlformguss um 48 Prozent, von Temperguss um 42 Prozent erhöht wurde. Die Herstellung von Gesenkschmiedestücken sei unter der Leitung Schiebers um 55 Prozent, die von Kurbelwellen um 30 Prozent, die von Kugellagern um zwei Drittel gesteigert worden. Die Produktion von Kolben und Kolbendichtungen liege um 100 Prozent, die der Kolbenringe um 67 Prozent höher als vor einem Jahr.

Als mittelbare Folge dieser Herausstellung verlieh Hitler im September 1943 Schieber die höchste Stufe der Auszeichnung für Verdienste im zivilen Sektor, das «Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz». Damit war das Ansehen Schiebers in der parteiöffentlichen Meinung wieder hergestellt. In der Tat übermittelte Himmler seinem Brigadeführer Schieber durch Fernschreiben seinen «herzlichen Glückwunsch zur hohen Auszeichnung» und vermerkte für seinen Stab, dass diese Äusserung seines Wohlwollens den SS-Akten Schiebers beizufügen sei.[10] Damit, so sollte man meinen, war die hinter meinem Rücken initiierte Intrige zusammengebrochen.

Wegen einer Erkrankung des Chefs meines Zentralamtes, Willi Liebel, hatte ich im Herbst 1943 den Gauleiter von Niederschlesien, meinen alten Freund Karl Hanke, gebeten, zeitweilig dessen Geschäfte zu übernehmen. Ich glaubte, in Hanke, der meine ersten Schritte als Architekt der Partei gefordert hatte, einen verlässlichen Verbündeten zu haben. Hanke machte mir aber bald Vorwürfe über die parteipolitische Unzuverlässigkeit meiner Mitarbeiter. Die Partei habe in meinem Ministerium weder genügend Einfluss noch die notwendige Kontrolle. Eines Tages äusserte er den schweren Verdacht, dass Schieber Landesverrat übe, dass er seine Verhandlungen mit schwedischen Lieferanten und mit Schweizer Industriellen[11] dazu benutze, unstatthafte Verbindungen anzuknüpfen. Ausserdem lege er sich Auslandskonten an und bereite seine Flucht in ein neutrales Land vor. Ich verwies auf die Energie und den Erfolg Schiebers und verlangte Beweise, die aber ausblieben.

Das gute Einvernehmen zwischen Hanke und mir wurde durch seine Vorwürfe nicht getrübt. In einem Schreiben vom 21. Juni 1944 dankte ich daher Hanke mit herzlichen Worten für seine nun beendete Mitarbeit als vorüberge-

hender Chef des Zentralamtes.[12] Ich hatte keine Ahnung, dass mein Freund hinter meinem Rücken längst gegen mich selber zu intrigieren begonnen hatte. Erst aus der Biographie des Architekten Giessler konnte ich kürzlich feststellen, dass Hanke im März 1944 diesen Vertrauten Hitlers gebeten hatte, ihm ein Gespräch mit Hitler zu verschaffen, den er in wichtiger Angelegenheit informieren müsse. Hanke «habe Einblicke in sein (Speers) Ministerium» gewonnen, berichtet Giessler. «Sein besonderes Misstrauen richte sich gegen zwei enge Mitarbeiter von Speer. Hanke nannte die Namen. Ich kannte beide; sie haben hohe Ehrenränge, der eine in der SA, der andere in der SS.»[13] Schieber war hoher SS-Führer, Liebel hatte einen hohen Ehrenrang in der SA inne.

Offensichtlich ist es Giessler nicht gelungen, Hanke einen Termin bei Hitler zu verschaffen. Hanke beschritt daher den Dienstweg über Reichsleiter Bormann und meldete ihm seinen Verdacht: Am 6. März 1944 erhielt Bormann von Hanke einen Brief, dem ein Bericht einer Frau von Johnston beilag.[14] Bereits 24 Stunden später meldete Bormann Himmler: «Der Führer, dem ich die Niederschrift vorlegte, ist sich selbst noch nicht klar über die Weiterbearbeitung der Angelegenheit. Insbesondere überlegt der Führer, in welcher Weise, bzw. auf welchem Wege dem Staatsrat Schieber dieser Landesverrat nachgewiesen werden könnte. Durch seine Tätigkeit ist Schieber», setzte Bormann an anderer Stelle seines Briefes an Himmler fort, «in geheimste Fertigungen, Engpässe, Rohstofflager usw. eingeweiht. Die Verratsmöglichkeiten, die in Schiebers Hand liegen, sind also geradezu ungeheure.» Hitler äusserte, diesem Brief zufolge, zu Bormann, dass Schieber «ihm von jeher sehr wenig sympathisch gewesen» sei. Gauleiter Sauckel, mein Widersacher, habe «kurze Zeit, nachdem Schieber von Speer übernommen worden war, [Speer] auf Schiebers charakterliche Mängel» hingewiesen. «Herr Speer betonte damals, Schieber sei fachlich tüchtig und deswegen könne er ihn nicht entbehren.»[15] Dieser Brief Bormanns ist ein bezeichnendes Symptom für die Kleinlichkeit, mit der Reichsgeschäfte im Auftrage Hitlers beeinflusst wurden. Aus diesem Brief ist auch zu ersehen, wie Bormann und Hitler über einen Mitarbeiter, der immerhin einer meiner Stellvertreter war, konspirierten, wie sogleich Himmler eingeweiht wurde, während ich als der zuständige Minister von diesen Umtrieben

keine Kenntnis erhielt. Dabei ist noch nicht einmal sicher, dass Bormann die Meinung Hitlers korrekt wiedergab, sondern seiner Gewohnheit entsprechend übertrieb, um Himmler zu weiteren Schritten zu ermuntern.[16]

Ende April 1944 suchte ich Hitler in einer anderen Angelegenheit auf. Hitler eröffnete mir, dass Schieber unter dem Verdacht stehe, seine Flucht ins Ausland vorzubereiten. Ausserdem werde auch Liebel von hohen Parteifunktionären mit Misstrauen beobachtet; General Waeger, der Chef des Rüstungsamtes, gelte ebenfalls als nicht zuverlässig. Aber Hitler bagatellisierte gleichzeitig alle Vorwürfe gegen drei meiner Amtschefs, mit deren Ablösung ich nach allen Gerüchten, die mir zugetragen worden waren, bereits gerechnet hatte. Diese leichthin gegebene Auskunft Hitlers sollte wahrscheinlich lediglich zu meiner Beruhigung dienen. Es entsprach Hitlers Charakter, Schwierigkeiten zu umgehen, indem er missliche Gegebenheiten im Unklaren liess, um einer Diskussion auszuweichen. Während er sich mir gegenüber ausschwieg, liess er einige Tage später, am 8. Mai 1944, durch Bormann «einen Bericht über den derzeitigen Stand der Angelegenheit» Schiebers bei Himmler anmahnen.[17]

Am Tag zuvor, am 7. Mai 1944, hatte Schieber mich auf die düsteren Methoden Himmlers bei der Beschaffung von Arbeitskräften hingewiesen. Ohne grosse Umschweife hatte Schieber angedeutet, dass zahllose Verhaftungen nur vorgenommen würden, um Arbeiter für die Konzentrationslager zu gewinnen. Auch hatte er mich ziemlich unverhüllt vor Himmlers Plänen zur Errichtung eines grossen SS-Wirtschaftskonzerns gewarnt.[18] Himmler konnte sich tatsächlich nicht mehr auf seinen Gefolgsmann verlassen.

Fast gleichzeitig mit Bormanns Attacke auf Schieber erhielt ich eine Nachricht des Gauleiters Westfalen-Süd, Albert Hoffmann. Dem Brief war eine Denkschrift der Staatsanwaltschaft Dortmund beigefügt[19], die eine sofortige Verhaftung Werner Schiebers, des Bruders meines Amtschefs, ankündigte. Aus dem Antwortschreiben meines Ministeriums geht hervor, dass ich von einer Verhaftung abriet, da Kehrl, damals noch Generalreferent im Wirtschaftsministerium, eine Überprüfung vorgenommen habe. Das vorliegende Ergebnis rechtfertige nicht eine sofortige Verhaftung. Walter Schieber, gegen den sich indi-

rekt diese Vorwürfe richteten, sei seit längerem aus dem Vorstand ausgetreten und habe persönlich mit diesem Werk[20] nichts mehr zu tun.[21]

Zwei Monate später wandte sich Schieber hilfesuchend an Himmler direkt. «Seit Monaten weiss ich, dass meine industrielle Tätigkeit..., sowie mein persönliches Leben vom Reichssicherheitshauptamt scharf überwacht und überprüft werden.» Sein Mitarbeiter Pollack sei verhaftet, dessen Ehefrau, die Schiebers finanzielle Angelegenheiten bearbeite, sei vernommen, das Aktenmaterial und ihm gehörende Vermögenswerte beschlagnahmt worden.

In dieser Situation beantragte Schieber, dass gegen ihn als SS-Führer ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet werde, da es ihm unmöglich sei, als mein Stellvertreter weiter zu arbeiten, wenn er nicht Himmlers «vollstes Vertrauen besitze». Das heisst also, dass für die Personalpolitik meines eigenen Ministeriums Himmlers Meinung entscheidender war als die des zuständigen Ministers. Der Brief Schiebers schliesst: «Ich glaube, Sie verstehen, dass es mir unmöglich ist, in dieser ernsten Zeit an der Spitze der Industrie mitzuschaffen und für wichtigste Dinge verantwortlich zu sein, wenn gleichzeitig das Reichssicherheitshauptamt zu Überprüfungsmassnahmen veranlasst wird, ohne dass ich mich zu den erhobenen Vorwürfen je habe äussern können.»[22] Schieber hatte offensichtlich von dem Vorwurf des Landesverrats noch keine Kenntnis. Ich selbst konnte die Verdachtsmomente, die Hitler mir mitgeteilt hatte, nicht an Schieber weitergeben. Sie hätten Unruhe erzeugt, und ausserdem war es Hitler selbst, der sie bagatellisiert hatte.

Einige Tage zuvor hatte ich Kaltenbrunner in vorsichtiger Weise gebeten, «die Meinung des Reichsführers-SS einzuholen, ob es nicht doch besser sei, die ganze Angelegenheit einer ordnungsgemässen Klärung zuzuführen... Ich glaube, dass Staatsrat Schieber ein für unsere Sache 100%ig sicherer Mitarbeiter ist. Ich nehme daher an, dass eine ordnungsgemässe Verfolgung der ihm vorgeworfenen Punkte ihn entlasten wird. Falls jedoch irgendwelche Bedenken ernster Art Zurückbleiben, glaube ich im gegenwärtigen Stadium des Krieges es dann nicht mehr verantworten zu können, auf die Dauer mit ihm zusammenzuarbeiten, so schwer dieser Verlust auch für die gesamte Rüstung wäre.»[23]



Hitler forderte den Konkurrenzkampf um Macht und Einfluss durch sich überschneidende Kompetenzzuweisungen. Intrigen waren an der Tagesordnung. Als beispielhaft dafür kann der gelungene Versuch Martin Bormanns und Heinrich Himmlers gelten, den Leiter des Rüstungslieferungsamts im Ministerium Speer, Walter Schieber, durch Denunziationen aus dem Amt zu drängen. Obwohl Himmler von der Haltlosigkeit der Vorwürfe Kenntnis erhielt, unterrichtete er Hitler erst darüber, als dieser schon die Entlassung Schiebers angeordnet hatte. Himmler und Bormann versuchten so immer wieder, Speers Stellung zu schwächen, während von Göring, der dessen Vorgänger Todt häufig Schwierigkeiten bereitet hatte, keine wesentlichen Störmanöver mehr kamen.

Staatsrat Schieber, Speer, Generaloberst Fromm, Grossadmiral Dönitz (von rechts nach links).

DER SEKRETÄR DES FÜHRERS
REICHSLEITER MARTIN BORMANN

FÜHRERHAUPTQUARTIER 7.3.1944
Bo/Si.



Herrn
Reichsführer Himmler,
Bergwald

GEHEIME REICHSSACHE!
Persönlich!

Betrifft: Thür. Staatsrat S c h i e b e r .

Lieber Heinrich!

Heute Mittag erhielt ich den in Abschrift anliegenden Brief vom 6.3.1944 des Herrn Gauleiter Hanke nebst dem ebenfalls abschriftlich anliegenden Vermerk vom 6.3. der Frau von Johnston.

Der Führer, dem ich die Niederschriften vorlegte, ist sich selbst noch nicht klar über die Weiterbearbeitung der Angelegenheit; insbesondere überlegt der Führer, in welcher Weise bezw. auf welchem Wege dem Staatsrat Schieber dieser Landesverrat nachgewiesen werden könnte.

Gauleiter Sauckel wies kurze Zeit, nachdem Schieber von Herrn Speer übernommen worden war, mich wie Herrn Speer auf Schieber's charakterliche Mangel hin. Herr Speer betonte damals, Schieber sei fachlich tüchtig und deswegen könne er ihn nicht entbehren.

Dass zwei der Brüder Schieber's vielfach vorbestrafte Subjekte sind, ist dem Führer wie Herrn Speer bekannt;

Der Sekretär des «Führers», Martin Bormann, unterrichtet den «Reichsführer-SS» über die Vorwürfe gegen SS-Brigadeführer Walter Schieber. Albert Speer als zuständiger Minister erfuhr nichts davon.

DER SEKRETÄR DES FÜHRERS 7.3.1944

2. [illegible] – Herrn Reichsführer Himmler.

heute betonte der Führer, auch der thüringische Staatsrat Schieber sei ihm von je-her sehr wenig sympathisch gewesen.

Durch seine Tätigkeit ist Schieber in geheimste Fertigungen, Engpässe, Rohstofflagen usw. eingeweiht. Die Verratsmöglichkeiten, die in Schieber's Hand liegen, sind also geradezu ungeheuere.

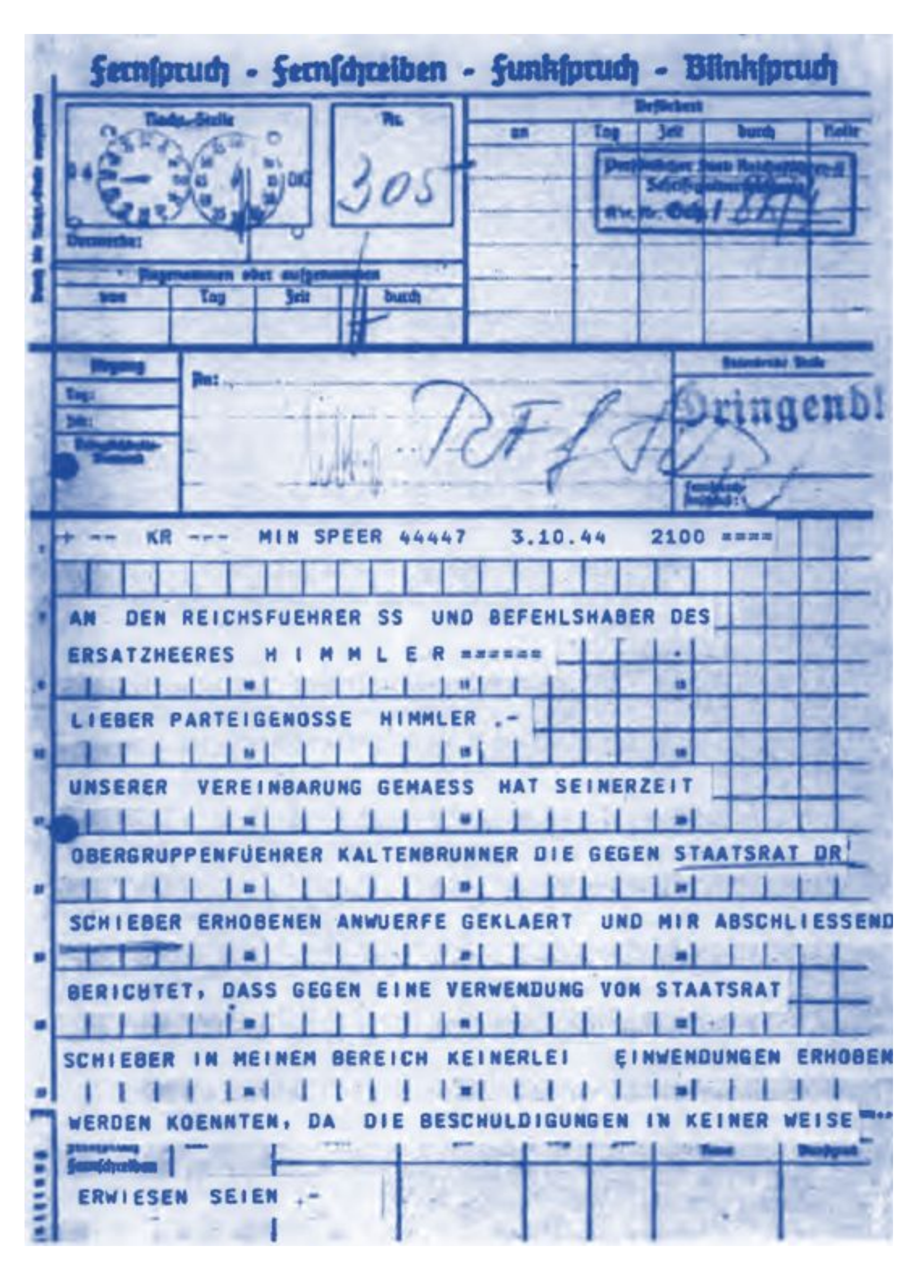
Der Führer wäre dankbar, wenn Du Deine Vorschläge recht bald schriftlich oder mündlich unterbreiten würdest.

Ich bitte Dich, Herrn Hanke fernmündlich mitzuteilen, die Angelegenheit Johnston sei in Deine Hand gegeben und deshalb dürfe Hanke mit Niemanden darüber sprechen.

Heil Hitler!
Dein



Anlagen



Fernspruch - Fernschreiben - Funkspruch - Blinkspruch

305

Dringend!

+ -- KR --- MIN SPEER 44447 3.10.44 2100 ====

AN DEN REICHSFUEHRER SS UND BEFEHLSHABER DES
ERSATZHEERES H I M M L E R ======

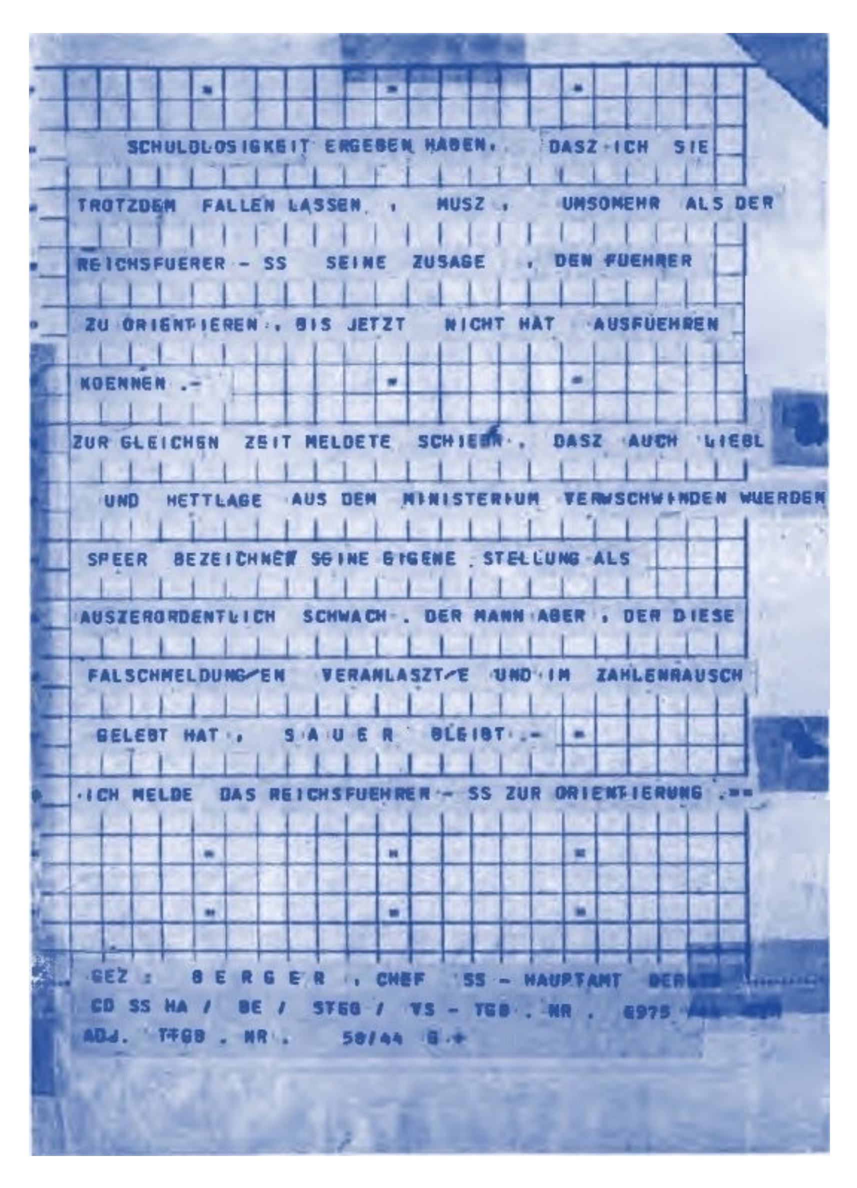
LIEBER PARTEIGENOSSE HIMMLER .-

UNSERER VEREINBARUNG GEMAESS HAT SEINERZEIT
OBERGRUPPENFUEHRER KALTENBRUNNER DIE GEGEN STAATSRAT DR
SCHIEBER ERHOBENEN ANWUERFE GEKLAERT UND MIR ABSCHLIESSEND
BERICHTET, DASS GEGEN EINE VERWENDUNG VON STAATSRAT
SCHIEBER IN MEINEM BEREICH KEINERLEI EINWENDUNGEN ERHOBEN
WERDEN KOENNTEN, DA DIE BESCHULDIGUNGEN IN KEINER WEISE
ERWIESEN SEIEN .-

Speer bittet Himmler, Hitler von der Haltlosigkeit der Vorwürfe gegen Schieber zu unterrichten.

KALTENBRUNNER HATTE ES DRAUF- HIN AUF MEINE BITTE
UNTERNOMMEN, IHNEN DEN SACHVERHALT MITZUTEILEN. ICH
HATTE SIE GEBETEN, DEN FUEHRER AUF DIESES
UNTERSUCHUNGSERGEBNIS AUFMERKSAM ZU MACHEN. AUS EINER
BEMERKUNG VON HERRN REICHSLEITER B O R M A N N KONNTE
ICH ENTNEHMEN, DASS DER FUEHRER BISHER VON IHNEN NOCH
NICHT UNTERRICHTET WORDEN IST.-
ICH WAERE DANKBAR, WENN SIE DIES MOEGLICHST BALD
NACHHOLEN WUERDEN UND MIR UEBER DAS ERGEBNIS
BESCHEID GEBEN KOENNTEN .=

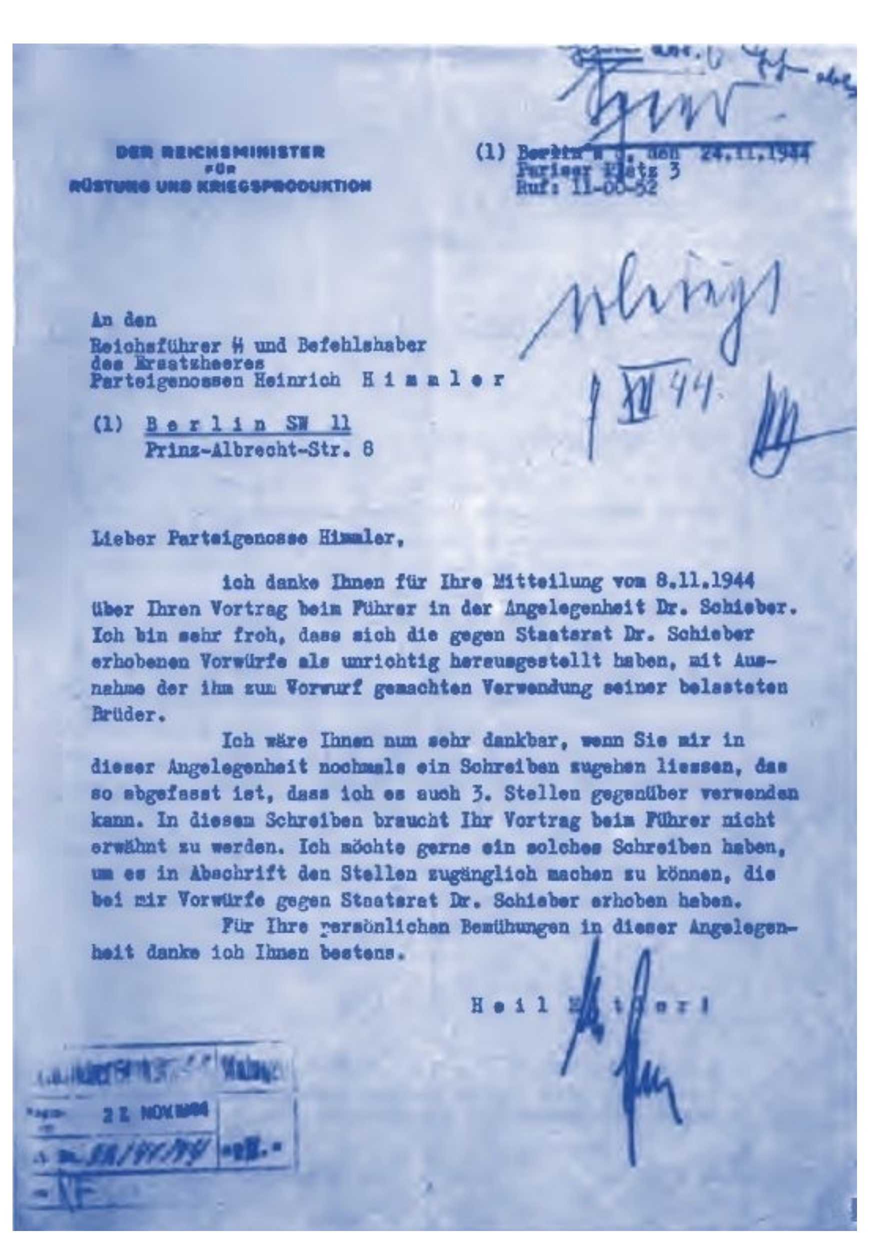
HEIL HITLER IHR GEZ. SPEER +++++++



SCHULDLOSIGKEIT ERGEBEN HABEN. DASZ ICH SIE
TROTZDEM FALLEN LASSEN , MUSZ , UMSOMEHR ALS DER
REICHSFUERER - SS SEINE ZUSAGE , DEN FUEHRER
ZU ORIENTIEREN , BIS JETZT NICHT HAT AUSFUEHREN
KOENNEN .-
ZUR GLEICHEN ZEIT MELDETE SCHIEBER , DASZ AUCH LIEBL
UND HETTLAGE AUS DEM MINISTERIUM VERSCHWINDEN WUERDEN
SPEER BEZEICHNET SEINE EIGENE STELLUNG ALS
AUSZERORDENTLICH SCHWACH . DER MANN ABER , DER DIESE
FALSCHMELDUNGEN VERANLASZTE UND IM ZAHLENRAUSCH
GELEBT HAT , S A U E R BLEIBT .-
ICH MELDE DAS REICHSFUEHRER - SS ZUR ORIENTIERUNG .==

GEZ : B E R G E R , CHEF SS - HAUPTAMT DER
CD SS HA / BE / STBG / VS - TGB . NR . 6975
ADJ. TGB . NR . 58/44 G .+

Nach einem Jahr heftiger Intrigen war der Kampf zu Speers Ungunsten entschieden. Er fühlte sich entscheidend geschwächt.



DER REICHSMINISTER
FÜR
RÜSTUNG UND KRIEGSPRODUKTION

(1) Berlin W 8, den 24.11.1944
Pariser Platz 3
Ruf: 11-00-52

An den
Reichsführer SS und Befehlshaber
des Ersatzheeres
Parteigenossen Heinrich H i m m l e r

(1) B e r l i n SW 11
Prinz-Albrecht-Str. 8

Lieber Parteigenosse Himmler,

ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung vom 8.11.1944 über Ihren Vortrag beim Führer in der Angelegenheit Dr. Schieber. Ich bin sehr froh, dass sich die gegen Staatsrat Dr. Schieber erhobenen Vorwürfe als unrichtig herausgestellt haben, mit Ausnahme der ihm zum Vorwurf gemachten Verwendung seiner belasteten Brüder.

Ich wäre Ihnen nun sehr dankbar, wenn Sie mir in dieser Angelegenheit nochmals ein Schreiben zugehen liessen, das so abgefasst ist, dass ich es auch 3. Stellen gegenüber verwenden kann. In diesem Schreiben braucht Ihr Vortrag beim Führer nicht erwähnt zu werden. Ich möchte gerne ein solches Schreiben haben, um es in Abschrift den Stellen zugänglich machen zu können, die bei mir Vorwürfe gegen Staatsrat Dr. Schieber erhoben haben.

Für Ihre persönlichen Bemühungen in dieser Angelegenheit danke ich Ihnen bestens.

Heil Hitler!

Auch dieser Brief blieb unbeantwortet.
Schieber wurde von Himmler nie rehabilitiert.

1509 Geheim



1.) Fernschreiben Dringend

SS-Brigadeführer Dr. Schieber
Staatsrat im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion
Berlin

Lieber Parteigenosse Schieber!

Ich bin entsetzt, daß die Fabrikation der Selbstladegewehre in N. immer noch nicht anlaufen kann. Unsere Vorbereitungen dafür waren bis auf Kleinigkeiten abgeschlossen. Der Hauptausschuss hat bedauerlicherweise die notwendigen Maschinen noch nicht zugewiesen. Ich bitte Sie, innerhalb kürzester Frist diesen Ausschuss dazu zu veranlassen. Das bisherige Tempo ist beschämend, um nicht schärfere Worte zu gebrauchen.

Ich darf Sie gleichzeitig unterrichten, daß ich vor hatte, den verantwortlichen Mann in der Firma Walther, der den Abtransport der bei drei Firmen in Berlin bereitstehenden Maschinen versäumt hat, wegen Sabotage festnehmen zu lassen. Ich sehe nur noch kurze Zeit zu.

SS-Obergruppenführer Pohl habe ich gebeten, mir die Termine des Eintreffens der Maschinen jeweils fernschriftlich mitzuteilen.

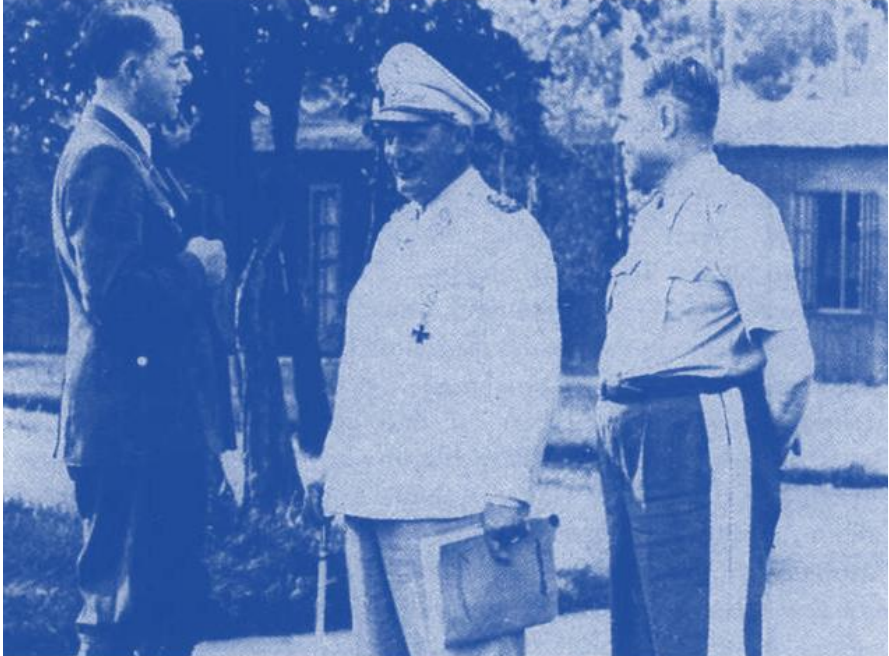
Heil Hitler!
Ihr
gez. H. Himmler.

21.3.44 21. III 16[15]
Bra/H

2.) SS-Obergruppenführer Pohl, Berlin
[illegible]

Die SS versuchte, im Konzentrationslager Buchenwald die Fabrikation von Selbstladegewehren unter eigener Regie zu organisieren. Das Ministerium Speer verzögerte die Lieferung von dafür vorgesehenen Maschinen. Daraufhin drohte Himmler mit einer Festnahme wegen Sabotage.





Hitler mit Speer und Bormann (links). Albert Speer und Hermann Göring.

Einige Tage später wurde mir erneut ein Bericht vorgelegt, wonach der Bruder Schiebers kriminell stark belastet sei und Schieber selber eine übel beleumdete Person, die bereits neunzehnmal vorbestraft sei, beauftragt habe, im Linzer Gebiet für ihn Grundstückskäufe zu tätigen.[24]

Am 7. August 1944 beantragte ich die Verleihung der Schwerter zum Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes für Rohland, Saur und Schieber, um die besonderen Verdienste dieser drei Mitarbeiter zu betonen. Das war als erneute Demonstration meines Vertrauens zu verstehen und konnte als Versuch einer Ehrenrettung gelten.

Plötzlich trat eine scheinbare Wende ein. Der Chef der Gestapo, Kaltenbrunner persönlich hatte seine Untersuchung der gegen Schieber erhobenen Vorwürfe abgeschlossen und berichtet, dass gegen eine Verwendung von Staatsrat Schieber im Bereich meines Ministeriums keinerlei Einwendungen erhoben werden könnten, da die Beschuldigungen in keiner Weise erwiesen seien. Mit einiger Genugtuung schickte ich Himmler sofort ein Fernschreiben und bat ihn, Hitler zu informieren. Denn «aus einer Bemerkung von Herrn Reichsleiter Bormann konnte ich entnehmen, dass der Führer bisher von ihm noch nicht unterrichtet worden ist».[25] Solches Verschweigen war mir als oft angewandte Taktik Bormanns nicht unbekannt geblieben. Wenn ich mich an ihn wandte, verkannte ich immer noch, dass für ihn der Sturz Schiebers, Liebels und Waegers nur eine Etappe auf dem Weg zu meiner Entmachtung war.

Obwohl Bormann über das Ergebnis der Gestapo-Untersuchung unterrichtet war, erwirkte er wenige Tage später von dem offensichtlich noch unwissenden Hitler die Entscheidung, dass Schieber «als Gauwirtschaftsführer ohne Berechtigung zum Tragen der Uniform» abberufen wurde.[26] Die Gauwirtschaftsberater standen unter der direkten Leitung von Bormann, und Schieber hatte seit Jahren dieses Parteiamt im Gau Thüringen ausgeübt. Trotz erwiesener Unschuld war also Schieber in Ungnade entlassen worden.

Auch hatte Hitler unterdessen Bedenken geäussert, Schieber die Schwerter zum Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes zu verleihen. Nachträglich wird mir die Naivität deutlich, die mich nun ausgerechnet an Bormann appellieren

liess, Hitler über die Entlassung Schiebers zu unterrichten, was Himmler, trotz seiner mir vor längerer Zeit gegebenen Zusage offensichtlich versäumt habe.[27]

Wenn ein Mitglied eines Ministeriums in dieser Weise belastet war, nutzte es nichts, wenn der betroffene Minister Hitler das Untersuchungsergebnis einer SS-Stelle mitteilte. Wie die Dinge lagen, konnte sie in diesem Fall nur durch eine Erklärung Himmlers abgeschlossen werden, denn sie betraf einen internen, vertraulich zu behandelnden Vorgang der obersten SS-Führung. Daher erinnerte ich auch Himmler noch einmal an seine Zusage, Hitler aufzuklären und bat ihn, «mir mitzuteilen, ob Sie dem Führer nunmehr über den Ausgang der Ermittlungen in der Angelegenheit Dr. Sch. Meldung erstattet haben».[28] Aber nichts erfolgte. Auch mir wurde jetzt klar, dass Hitler absichtlich in Unkenntnis gehalten werden sollte.

Ende Oktober rief mich Bormann an und teilte mir mit, dass Hitler die Absetzung Schiebers befohlen habe. Am 31. Oktober musste ich Schieber unterrichten, dass «der Druck einzelner Gauleiter auf Reichsleiter Bormann so stark geworden» sei, dass ich ihn nicht mehr halten könne.[29] Schieber liess mir einige Stunden später seine handschriftliche Antwort zukommen: «Ohne vollstes Vertrauen der obersten Führung kann ein schweres Amt nicht erfolgreich geführt werden... Ein Ausscheiden nach Jahren härtesten Einsatzes und auch Erfolges» empfände er als eine unverdiente Kränkung. Er wolle aber hinter den Notwendigkeiten des Ganzen zurücktreten.[30]

Schieber, der immer zu vertrauensselig gewesen war, begab sich am gleichen Abend zu dem Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, um ihm nicht nur den Inhalt unseres Gespräches mitzuteilen, sondern ihn zugleich darüber zu informieren, dass «auch Liebel und Hettlage[31] aus dem Ministerium verschwinden würden». Diese Vermutung hatte ich angesichts des Bormannschen Triumphes Schieber gegenüber geäussert. Berger, der über den Bericht Schiebers sofort Himmler berichtete, zitierte auch eine Äusserung von mir: «Speer bezeichnete seine eigene Stellung als ausserordentlich schwach.» Berger endete seinen Bericht lakonisch: «Ich melde das Reichsführer-SS zur Orientierung.»[32] Himmler antwortete bereits am nächsten Tag: «Wir müssen uns aus dem ganzen Komplex total heraushalten.»[33] Dabei hatte sein Zusammenspiel mit Bormann den Sturz Schiebers erst möglich gemacht.

Es ist aufschlussreich, dass Lorch, der Leiter der Pressestelle des Wirtschaftsministeriums, einen Monat später vertraulich berichtete, dass «das Ausscheiden des einen oder anderen der drei Amtschefs» des Rüstungsministeriums «oder auch aller drei auf Ohlendorf zurückzuführen» sei. Das wäre «auch so zu verstehen», setzte der Beamte zuversichtlich fort, «dass Ohlendorf als kommender starker Mann das Ausscheiden der Amtschefs als nicht ausgesprochene Voraussetzung für seine Einschaltung ansehe». Nochmals wiederholt Lorch, Ohlendorf «habe dafür gesorgt, dass die drei Amtschefs hätten ausscheiden müssen». Dieser vertrauliche Bericht der Pressestelle des Wirtschaftsministeriums könnte eine zusätzliche Erklärung für die Umtriebe sein, die seit Frühjahr 1944, durch Himmler unter Beteiligung Bormanns inszeniert, auch Hitler beschäftigten und die meine Position entscheidend geschmälert hatten.[34]

Saur übernahm nun den grössten Teil des Bereiches von Schieber. Offiziell erklärte ich, dass ich mich entschlossen hätte, zur Vereinfachung der Organisation meines Ministeriums das Rüstungslieferungsamt aufzulösen. Ich teilte mit, dass im Rahmen dieser Neuordnung in Saurs « Technisches Amt» aus dem Arbeitsgebiet Schiebers nunmehr die gesamte Zulieferungsindustrie falle, die Planung der Fertigungsmittel, also die Investitionsplanung, die Organe der Selbstverantwortung der Industrie für Stahlerzeugung, für Guss- und Schmiedestücke, für Werkstoflfverfeinerung und für Maschinenelemente, für Schweisstechnik, ferner die Hauptausschüsse der Industrieorganisation für Elektrotechnik, für Feinmechanik und Optik, für Stahl- und Eisenbau und für Rüstungsgeräte.[35]

Einen Tag nach der Absetzung Schiebers, am 1. November 1944, sprach ich Hitler noch einmal darauf an, dass man Schieber abgesetzt habe, obwohl seine Unschuld gerade erwiesen worden sei. Hitler tat das mit unfreundlichen kalten Bemerkungen ab. Zahlreiche Mitarbeiter, besonders Bormann, hätten ihn seit Langem von der Charakterlosigkeit und Unzuverlässigkeit Schiebers überzeugt; auch über Liebel und Waeger äusserte er sich unfreundlich und sogar verächtlich.[36]

Der Kampf war nach einem Jahr heftiger Intrigen entschieden. Es hatte keinen Zweck mehr, meine Amtschefs gegen den Willen Hitlers halten zu wollen.

Ich musste nun auch Waeger und Liebel fallenlassen. Nachdem ich sie über meinen Besuch im Hauptquartier unterrichtet hatte, baten mich beide um ihre Entlassung.

Erst jetzt, nachdem die Partie entschieden war, hielt Himmler es für angebracht, Hitler am 6. November «in der Angelegenheit Dr. Sch. Meldung zu machen. Ich teilte dem Führer mit, dass sich keiner der Vorwürfe, die gegen Dr. Sch. erhoben wurden, als richtig und beweisbar gezeigt hat. Selbstverständlich musste ich erwähnen, dass die Verwendung seiner belasteten Brüder erwiesen sei. Der Führer sagte mir, Sie hätten beim letzten Mal mit ihm gesprochen und Sch. würde nur noch für Sonderaufträge verwendet. Sein Ausscheiden bliebe aber ein ehrenvolles.» Himmler setzte gegen seine Gewohnheit seiner Unterschrift ein handschriftliches «stets Ihr» voran.[37] Er kostete seinen Triumph aus.

Ich nahm diese demonstrative Freundlichkeit Himmlers zum Anlass, ihn zu bitten, eine Art Ehrenerklärung für Schieber abzugeben, der ihm ja als SS-Brigadeführer unterstand. Um diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen, erläuterte ich, dass sich Schieber «in den letzten zwei Jahren ausserordentliche Verdienste um den Hochlauf der deutschen Rüstung erworben [habe], da er im Rüstungslieferungsamt die gesamte Zulieferung für die Saur'sche Endfertigung in genau demselben Umfang zu fertigen verstand, wie dies für die Endproduktion in diesen zwei Jahren erforderlich war».[38]

In der Tat waren die Verdienste Schiebers um die Rüstungssteigerung ausserordentlich gross. Am gleichen Tag fasste ich Schiebers Leistungen in einem Brief des Dankes zusammen: «Auf meine Weisung haben Sie vor nunmehr über zwei Jahren [...] das Rüstungslieferungsamt geschaffen und es in kurzer Zeit in hervorragender und zweckmässiger Weise auf- und ausgebaut. Mit der Ihnen eigenen ausgezeichneten organisatorischen Begabung haben Sie diese schwierige Aufgabe vorzüglich gelöst und, allen Schwierigkeiten zum Trotz, den Aufbau und die Sicherung unserer heutigen Rüstung an entscheidender Stelle mit durchgeführt. Sie hatten dabei die schwere Verantwortung für eines der wichtigsten Gebiete innerhalb der gesamten Rüstung und Kriegsproduktion, das überdies durch ständig sich wiederholende Luftangriffe laufend erheblich beeinträchtigt wurde [...]. Sie haben dabei keinerlei Rücksicht

auf Ihre Gesundheit genommen und diese niemals geschont, um immer wieder für unmöglich Gehaltenes schliesslich doch noch zu ermöglichen und unerreichbar scheinende Ziele doch immer zu schaffen.»[39]

Übrigens beantwortete Himmler meinen Brief vom 10. November nicht. Vierzehn Tage später bat ich ihn noch einmal, mir wenigstens ein Schreiben zugehen zu lassen, «das so abgefasst ist, dass ich es auch dritten Stellen gegenüber verwenden kann. In diesem Schreiben braucht Ihr Vortrag beim Führer nicht erwähnt zu werden. Ich möchte gern ein solches Schreiben haben, um es in Abschrift den Stellen zugänglich machen zu können, die bei mir Vorwürfe gegen Staatsrat Dr. Schieber erhoben haben.»[40] Auch dieser Brief blieb unbeantwortet. Schieber wurde von Himmler nie rehabilitiert.

Dagegen gelang es mir plötzlich, bei Hitler für Schieber nun doch die Schwerter zum Ritterkreuz bewilligt zu bekommen. Diese höchste zivile Kriegsauszeichnung überreichte ich ihm in einer feierlichen Sitzung. Wenige Tage später erreichte ich bei Hitler, dass Walter Schieber[41] zu einem Preisausschreiben hinzugezogen wurde, das unter den besten deutschen Chemikern über neue Pulver- und Sprengstoffsorten ausgeschrieben worden war, für das als Preis zwei Millionen Mark steuerfrei zur Verfügung standen.[42] Aber das waren Scheinsiege; die Schlacht war verloren.

Am 7. Dezember 1944 vermerkte Himmler zu meinem Drängen auf die Rehabilitierung Schiebers am Rand meines Briefes handschriftlich: «Mit Speer mündlich besprochen, erledigt.» Schon auf meinen Brief vom 24. November 1944 hatte er den Vermerk: «Erledigt. 7. XII. 44» geschrieben.[43]

In dieser Besprechung, durch die der Vorgang angeblich erledigt worden war, hatte Himmler auf die ernsten Zeiten hingewiesen; wir hätten anderes zu tun, als eine längst abgeschlossene Angelegenheit noch weiter zu verfolgen. Zudem sei Schieber ja durch die Auszeichnung Hitlers in aller Öffentlichkeit Genugtuung verschafft worden. Das klang plausibel. Seine wahre Meinung kam in einem Brief zum Ausdruck, den er durch den Chef seines Persönlichen Stabes, Brandt, zwei Wochen später, am 22. Dezember, an Kranefuss richten liess: «Die Berufung [Schiebers] auf den Reichsführer-SS» wegen erwiesener Unschuld «wird teilweise zu Recht und teilweise zu Unrecht geschehen. Hier

immer die richtige Unterscheidung zu treffen, wird schwierig sein. Vielleicht lassen Sie die Dinge ihren Gang weitergehen, ohne – was sowieso nicht der Fall sein dürfte – von Ihrer Seite aus den SS-Brigadeführer Schieber irgendwie zu fördern.»[44] Für die SS blieb Schieber ein Aussätziger.

Natürlich gibt es in jedem Regierungsapparat Intrigen. Aber es wäre bei Vergleichen zu beachten, dass gerade die Hitlersche Partei als wichtigen Propagandapunkt schon vor 1933 versprach, nach der Machtergreifung Korruption, Missgunst und mangelnden Kameradschaftsgeist abzuschaffen und durch den nationalsozialistischen Gemeinschaftsgedanken zu ersetzen unter dem Motto: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Nichts dergleichen geschah. Jeder war des anderen Feind und versuchte, dessen Position zu erjagen, selbst in der hoffnungslosen Kriegssituation der letzten Wochen. Natürlich hat Hitler selbst durch sein System der Überschneidungen vom Kompetenzen diese Kontroversen gefördert. Aber ohne Zweifel wären auch ohne dieses Streben Hitlers in diesem System dieselben Zersetzungserscheinungen aufgetreten. Die Streitigkeiten und Reibungen wären durch die Eigenmächtigkeit und den Machthunger der verschiedenen Machtgruppen zwangsläufig entstanden. Die Führer der grossen Machtbereiche, wie Bormann, Himmler, Ley, Sauckel und Goebbels erschwerten durch wissentliche Behinderung das Arbeiten ihrer Kollegen.

Selbstherrlichkeiten Himmlers im Wirtschaftsministerium

Es wurde schon in den Jahren kurz vor Kriegsausbruch unter den Fachministern des Öfteren von der SS als einem Staat im Staate gesprochen. Aber auch der weitverzweigten, finanziell mächtigen Arbeitsfront mit ihren enormen Einkünften aus Mitgliedsbeiträgen aller Arbeitenden wurden Herrschaftsansprüche nachgesagt. Als dann die SS immer tiefer in die Verwaltung eindrang, wurde diese Ausbreitung ihrer Macht selbst von Hitler mit wachsendem Misstrauen beachtet. Gauleiter Lohse hatte völlig recht, wenn er als Reichskommissar Ostland im Juli 1944 feststellte, dass der Führer keinesfalls mit dem wachsenden Einfluss der SS im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete einverstanden sei.[1] Hitlers Prinzip des Herrschens durch Teilen wäre gefährdet gewesen, wenn er Himmler im Machtgefüge eine Priorität zugestanden hätte. Keitel sollte ebenso neben Himmler stehen, wie Bormann, Goebbels oder auch ich. Das wusste und respektierte Himmler notgedrungen. So infiltrierte er mit Geschick seine SS-Führer in Verwaltungen und Führungspositionen, wo direkte Machtübernahme nicht möglich oder nicht opportun erschien. Gegen solche Unterwanderung war Hitler aber offensichtlich machtlos. Er liess ihn gewähren. Es mochte auch der Gedanke mitgespielt haben, dass alle diese Infiltrationen in den Staatsapparat Reibungen mit der SS verursachen würden und letztlich eine einhellige Meinungsbildung gegen Himmler zur Folge haben könnten, die seine für Hitler gefährliche Macht eingeengt hätte.

Die von solchen Beherrschungstendenzen Betroffenen, nämlich die Fachminister, konnten sich nur in Vermutungen ergehen, wieweit es der SS-Führung gelungen war, sich in ihre Exekutive einzuschleusen. Es war zwar bekannt, dass in jedem Ministerium ein oder mehrere Vertrauensmänner Himm-

lers an wichtigen Posten tätig seien, und ich nahm damals ohne Weiteres an, dass Himmler auch über wichtige Vorgänge meines Ministeriums schnell unterrichtet wurde. Das war übrigens gar nicht einmal ein besonders unangenehmes oder gar bedrohliches Gefühl, denn schliesslich kam es ja ohnehin weniger auf die Ausforschung anderer oder auf die Bewertung meiner Tüchtigkeit durch Himmlers Organe an. Es zählte lediglich das Mass an Vertrauen und Unterstützung, das Hitler einräumte, und gerade hier konnte angenommen werden, dass Himmler durch seine ins Führerhauptquartier abgestellten SS-Adjutanten auf das Beste über die Wertschätzung meiner Erfolge unterrichtet war. Ich selber hatte bis nach dem 20. Juli 1944 keinen Anlass, mich über mangelnde Unterstützung Hitlers zu beklagen, und daher waren mir bis dahin die Ausforschungen der SS auf meinem Gebiet verhältnismässig gleichgültig, weil sie nicht gegen mich verwertet werden konnten.

Himmler galt allgemein als loyal. Auch ich nahm das an. Aber solche Loyalität blieb an der Oberfläche. Erst beim Studium der Himmlerschen Akten, der sogenannten «Schriftgutverwaltung des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS», stiess ich während der Arbeit an diesem Buch, also fast vierJahrzehnte nach den Ereignissen, auf manche Hinweise, die mich erstaunen liessen. Ich hatte als Minister nicht geahnt, mit welcher Selbstverständlichkeit Himmler gelegentlich über seine SS-Führer innerhalb der Wirtschaftsverwaltung verfügte. So fuhr er, um ein Beispiel zu nennen, den Chef der deutschen Verwaltung in Nordfrankreich und Belgien, Regierungsdirektor Reeder, an, er habe eine SS-gemässe Politik zu betreiben, weil er Ehrenführer der SS sei.[2] Wo er zum Vorteil der SS handeln konnte, übte er also vollen Druck auf seine SS-Ehrenführer aus, die er als seine ihm verpflichteten Vasallen betrachtete, obwohl er immer wieder betonte, dass Ehrenränge in der SS keine Verpflichtungen nach sich zögen.

Als mir Himmler einige Wochen nach meiner Ernennung zum Reichsminister den Rang eines Ehren-Oberstgruppenführers in der SS anbot, konnte ich freundlich ablehnen. Denn ich wusste mich des Beifalls Hitlers sicher, der alle Versuche Himmlers mit Misstrauen betrachtete, durch Verleihung solcher Ränge Einfluss auf die ihm unmittelbar unterstehenden Mitarbeiter zu erhalten.

Allerdings schritt Hitler, in der typischen Lauheit seiner Entscheidungen, wenn es sich um engste Mitarbeiter aus der Kampfzeit handelte, nicht geradezu ein; noch weniger, wenn es sich um die Ausbreitung der Ehrenführer auf der mittleren Befehlsebene handelte.

Wir haben bei der Entwicklung des Falles Schieber gesehen, wie rücksichtslos die von Himmler inspirierten engeren Mitarbeiter einen höheren SS-Führer moralisch und beruflich vernichten konnten, obwohl er unter meinem Schutz als Minister stand. Ähnlich aufschlussreich war der Fall Kranefuss, der beleuchtet, mit welcher Selbstherrlichkeit Himmler über dessen Einsatz im Reichswirtschaftsministerium disponierte.

Mit Präsident Kehrl, dem Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium, arbeitete ich von Beginn meiner Tätigkeit als Reichsminister an eng zusammen. Ich schätzte ihn als eine Ausnahme in der Ministerialbürokratie, aber er war sicher auch eine Ausnahme in seinem Verhältnis zu Himmler. Obwohl wie Kranefuss SS-Oberführer, zeigte er keine Anzeichen irgendeiner Abhängigkeit von Himmlers Apparat. Kranefuss lobte «sein Können und seinen Mut zur Verantwortung». Ich schliesse mich auch heute noch diesem Urteil an.[3]

Wie Kranefuss SS-Obergruppenführer Wolff am 24. Juli 1942 mitteilte, sollte er im Wirtschaftsministerium die Leitung einer «Generalabteilung für Bewirtschaftung» übernehmen[4], die sich in fünf Referate gliedern würde:

«1. für Erzeugungslenkung, Rohstoffbewirtschaftung und Verteilung. Für Wirtschaftsausbau.
2. für industrielle Fertigungsvoraussetzungen, Koordinierung des Arbeitseinsatzes mit der Erzeugung, Koordinierung der Verteilung von Kohle und Energiemittelerzeugung.
3. Aufsicht über die Reichsstellen, Reichsvereinigungen und Kriegsbeauftragten, Mitwirkung bei deren Anordnungen.
4. Grundsatzfragen regionaler Wirtschaftslenkung, Mitwirkung bei organisatorischen und personellen Massnahmen dieser Mittelinstanzen.
5. Grundsatzfragen des Verkehrs, der Verkehrsplanung, der Verkehrslenkung, der Verkehrssperren.»

Dabei sei als wichtigste und schwierigste Aufgabe die geplante Vereinfachung und Neuordnung der Rohstoffbewirtschaftung anzusehen, ihm sei damit von Kehrl «ein ebenso umfangreiches, wie besonders schwieriges und verantwortungsvolles Arbeitsgebiet übertragen worden». In der Tat handelte es sich um ein Schlüsselreferat.

Kranefuss schrieb weiter an seinen Duzfreund Wolff, er wolle «dieses schwierige Arbeitsgebiet nur übernehmen, wenn der Reichsführer-SS voll und ganz damit einverstanden» sei; er würde diesen Auftrag nur als Vertrauensmann und Beauftragter Himmlers durchführen. Er bat Wolff, möglichst bald Himmlers Entscheidung herbeizuführen. Diese bedingungslose Unterwerfung war umso verwunderlicher, als es sich um einen Auftrag wirtschaftlicher Lenkung im Rahmen des Reichswirtschaftsministeriums handelte und noch dazu an einen unabhängigen Industrieführer (vgl. Anhang VII). Denn Kranefuss war Vorsitzender des Vorstandes der bedeutenden «Braunkohlen-Benzin-AG», kurz Brabag genannt. Noch eindeutiger bekannte sich Kranefuss als Beauftragter Himmlers, als er im gleichen Schreiben Wolff bat, «diese Tätigkeit ebenso wie meine Arbeit in der Brabag als Kommando des Reichsführers-SS betrachten zu dürfen».[5] Eine treffende Definition dessen, was ein SS-Führer unter einer Sacharbeit in einem Ministerium zu verstehen hatte.

Mit mir war damals diese Beauftragung von Kranefuss durch Reichswirtschaftsminister Funk nicht besprochen worden, obwohl sie grosse Teile meiner wichtigsten Arbeitsgebiete zur Steigerung der Rüstungsproduktion umfasste. Wahrscheinlich hätte sich Kranefuss schwergetan, sich meinen impulsiven, unorthodoxen Industrieführern gegenüber zur Geltung zu bringen, die sich der ausserordentlichen, wenn auch unausgesprochenen Vollmachten bewusst waren, die sie durch mein Ansehen bei Hitler besassen. Er habe den Auftrag von Kehrl, schrieb Kranefuss im gleichen Brief an Wolff, mit mir und meinem Ministerium eng zusammenzuarbeiten. Wahrscheinlich ahnte er, dass Schwierigkeiten auf ihn warteten, denn Kranefuss bat Wolff, er möge «bei geeigneter Gelegenheit mit Reichsminister Speer über mich sprechen», weil er «jetzt mit seinem Ministerium und ihm selbst vielfach Gelegenheit zur Zusammenarbeit» haben werde.[6] Aus dieser Bemerkung klingt die Vermutung, dass eine Fürsprache des Persönlichen Referenten bei Himmler auch einen Reichsminister be-

eindrucken und beeinflussen werde. Wenn ich mir vorstelle, dass ich das über Wolff gemachte Angebot Himmlers, den Rang eines Ehren-Oberstgruppenführers in der SS einzunehmen, bejaht hätte, dann hätte die Zusammenarbeit zwischen Kranefuss und mir oder besser, die Erfüllung der von Himmler über Kranefuss mir übermittelten Wünsche, unter dem Tenor der Kameradschaft unter SS-Führern gestanden. Kranefuss betonte ja im gleichen Brief, dass er seine Aufgabe im Wirtschaftsministerium aus Kameradschaft zu SS-Oberführer Kehrl übernähme.

Aus einer Notiz, die Kranefuss 14 Tage zuvor an Wolff gesandt hatte, geht ohnehin Himmlers Absicht hervor, Einfluss auf mein Ministerium zu nehmen. Himmler habe, schreibt Kranefuss, Obergruppenführer Wolff bereits angewiesen, «in geeigneter Form mit Reichsminister Speer» zu sprechen. Die Zeiten dafür seien günstig, meinte Kranefuss in der gleichen Notiz, denn «die Tätigkeit des Reichsministers Speer und die Auswahl jedenfalls eines Teiles seiner Mitarbeiter lässt die Hoffnung beziehungsweise Erwartung berechtigt erscheinen, dass unsere Haltung und eine darauf beruhende Bereitschaft zur Mitarbeit in anderer Weise gewürdigt wird, als dies vielfach früher der Fall war».[7] Der Wunsch von Kranefuss auf enge Kontakte scheint nicht erfüllt worden zu sein. Denn am 18. September mahnte Kranefuss seinen Freund Wolff erneut: «Im Interesse meiner Arbeit im Reichswirtschaftsministerium und aus anderen Dir sicherlich verständlichen Gründen wäre ich Dir herzlich dankbar, wenn Du mit Reichsminister Speer, ebenso wie mit Reichsleiter Bormann bei nächster Gelegenheit sprechen wolltest, und zwar in der Weise, wie Du dies immer in so netter und glücklicher Form zu tun pflegst. Ich glaube, dass mir dies in Zukunft Vieles sehr erleichtern würde.»[8]

Am 26. August 1942 übersandte der Chef des SD, Otto Ohlendorf, Himmler einen Bericht «über die Verflechtung staatlicher Autorität und privatwirtschaftlicher Interessen durch die gleichen Personen». Es muss sich, wie auch aus seinem Begleitschreiben an Himmler hervorgeht[9], um einen scharfen Angriff auf die soeben etablierte «Selbstverantwortung der Industrie» gehandelt haben. Denn gerade in dieser Organisation war es oberstes Prinzip, entscheidende Fragen der Produktionslenkung durch Nichtbeamte, durch Fachleute aus der Industrie zu regeln. Mit der verantwortlichen Einschaltung der fähigsten

Industriellen und der gleichzeitigen Kaltstellung der bisher verantwortlichen Militär- und Zivilbürokratie wurde, wie heute allgemein anerkannt wird, der entscheidende Wandel eingeführt, der zwischen 1942 und Herbst 1944 zu einer Vervielfachung der Rüstungsleistungen führen sollte.

Nach der Aussage Ohlendorfs in seinem Prozess in Nürnberg handelte es sich bei seinem damaligen Bericht um Ausführungen, die er «gegen die sogenannte Selbstverantwortung der Wirtschaft gemacht hatte, das heisst, gegen den Zustand, dass nunmehr anstelle des Staates Wirtschaftsführer traten, die die Autorität des Staates übernahmen. Und damit war nicht nur der Korruption Tür und Tor geöffnet, sondern für mich eine der wesentlichsten Grundvoraussetzungen zum wirtschaftlichen Verlust unseres Krieges gegeben.»[10] Wie Ohlendorf in Nürnberg weiter aussagte, hatte er diesen Bericht auch Funk zur Kenntnis gegeben. Funk habe damals seinen Bericht gebilligt. Allerdings muss zugegeben werden, dass zu diesem Zeitpunkt die revolutionären Auswirkungen der Arbeitsweise unserer «Selbstverantwortung der Industrie»[11] noch nicht erkennbar waren. Ich selber war mir noch nicht ganz sicher, ob mein einigermassen kühner Schritt wirklich die erwarteten Erfolge haben würde.

Himmler zögerte über fünf Wochen mit seiner Antwort, dann aber erklärte er in einem Schreiben an Ohlendorf von 5. Oktober, dass «eine Abstellung der Schäden unbedingt notwendig» sei. Gleichzeitig beauftragte er Ohlendorf, mit meinem Amtschef «Staatsrat und SS-Brigadeführer Dr. Schieber und ebenso mit SS-Oberführer Kehrl eingehend über diese Dinge zu sprechen. Da ich bei beiden eine grundsätzlich anständige Einstellung voraussetze und annehme, halte ich mich für verpflichtet, die Dinge eindeutig und ohne Umschweife klarzulegen, die Schäden aufzuzeigen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sie selbst abzustellen.» So spricht der Vorgesetzte über die Arbeit seiner Untergebenen.

Für Himmler muss es selbstverständlich gewesen sein, derart über seine SS-Führer Schieber und Kehrl zu verfügen. So wurde in der Fortsetzung dieses Briefes unterstrichen: «Teilen Sie bitte beiden Herren mit, dass ich eine Abstellung der Schäden für unbedingt notwendig halte.»[12] Das ist ein Beispiel, wie Himmler unter Umgehung des zuständigen Ministers seinen Staat im Staa-
-

te handhabte. Gleichzeitig ermächtigte Himmler SD-Chef Ohlendorf, seinen Bericht an Reichsleiter Bormann weiterzuleiten. Kein Wort aber davon, dass auch ich als der eigentlich verantwortliche Minister informiert werden müsse.

Dass Ohlendorfs Bericht an Bormann weitergeleitet werden sollte, bedeutete eine Einschaltung auch des Parteiapparates. Das war ein Zeichen. Himmler suchte Verbündete im Kampf gegen die durch die neue Organisationsstruktur aufgewertete Industrieführung. In diesem Zusammenhang muss man im Auge behalten, dass die Partei – im Gegensatz zu einem opportunistischen Hitler – vor 1933 industriefeindlich eingestellt war. Hätte ich von dieser Intrige gewusst, hätte sie mich dennoch kaum berührt. Hitler selbst war ja ganz auf meiner Seite.

Ohlendorf scheint durch die Reaktion Himmlers ermutigt gewesen zu sein, jedenfalls richtete er schon eineinhalb Wochen später, am 6. Oktober 1942, erneut einen Brief an den Reichsführer-SS. Der betagte, streng preussisch eingestellte Staatssekretär Landfried, der ein Jahr später durch seine Entlassung die Quittung für seine Anbiederung an die SS erhalten sollte, habe, wie Ohlendorf erklärt, den Vorschlag gemacht, ihm «alle Grundsatzfragen und damit die gesamten wirtschaftspolitischen Fragen des Reichswirtschaftsministeriums im Range eines Unterstaatssekretärs zu übertragen». Auch der Wirtschaftsminister Funk habe den Vorschlag Landfrieds gebilligt. Tatsächlich empfing Funk bald danach Ohlendorf zu einer Aussprache. Bei diesem Gespräch setzte Ohlendorf seine Angriffe gegen die «Selbstverantwortung der Industrie» fort. Er habe Funk dargelegt, so berichtete er anschliessend Himmler, wie die falsche wirtschaftspolitische Führung des Reichswirtschaftsministeriums in den einzelnen Sparten der Wirtschaft sich auswirke «und insbesondere darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten die Verlagerung der Hoheitsaufgaben auf Personen und Organisationen der tätigen Wirtschaft mit sich gebracht hat». Funk habe sich in dieser Frage mit Ohlendorf einer Meinung gezeigt und den Vorschlag aufgegriffen, den Chef des SD Ohlendorf zum Unterstaatssekretär in seinem Ministerium zu ernennen.

«Die Entscheidung über meine Person könne nur der Reichsführer-SS tref-

fen», so habe seinem brieflichen Bericht zufolge Ohlendorf dem Reichsminister geantwortet. «Ich würde einem Herantragen dieser Frage an den Reichsführer-SS nur unter der Bedingung zustimmen, dass von vornherein die Beibehaltung meiner jetzigen Aufgabe beim Reichsführer-SS selbstverständlich wäre.» Diese Doppelfunktion störte Funk keineswegs: «Reichsminister Funk... hat die Absicht, sich umgehend mit RFSS in Verbindung zu setzen. Auf meine wiederholt vorgetragene Bedingung, dass sich an meiner Stellung im Reichssicherheitshauptamt nichts ändern darf, erwiderte Funk, dass er gerade diese Verbindung für ausserordentlich glücklich halte.»[13]

Funks Reaktion mag die Antwort auf die ungestüme Aktivität meiner neu aufgebauten Organisation gewesen sein. Auch ich verstiess ja gerade selber in diesen Monaten durch direkte Kontakte mit seinen Mitarbeitern, vornehmlich mit seinem Generalreferenten Hans Kehrl, gegen die Regel, dass ein Minister Probleme nur mit seinem Minister-Kollegen, notfalls mit dessen Staatssekretär erörtern solle. So mochte Funk annehmen, dass Ohlendorf, der einflussreiche Chef des SS-Sicherheitsdienstes, der in allen Industriezweigen und auch im Wirtschaftsministerium seine Vertrauensmänner etabliert hatte, nach seiner Installierung im Wirtschaftsministerium mächtig genug sein würde, Kontakte der Mitarbeiter seines Ministeriums mit einem anderen Minister zu unterbinden.

Obwohl sich Funk mir gegenüber immer begeistert über die neue, durch die «Selbstverantwortung der Industrie» gekennzeichnete Organisation der Wirtschaftsführung ausgesprochen hatte, gab er, wie ich zu meinem masslosen Erstaunen aus diesem im Bundesarchiv verwahrten Aktenstück sah, den heftigen Angriffen der SS gegen eben dieses Selbstverantwortungsprinzip rückhaltlos recht.

Funk war immer weich, wenn es sich um SS-Angelegenheiten handelte. Es wurde gemunkelt, dass die SS ein ausführliches Dossier über Funks ausschweifendes Liebesleben angelegt habe. Sicher bot sein Lebenswandel Anlass genug. In der Enthaltsamkeit des Spandauer Daseins berichtete Funk mit Wollust von seinen erotischen Streifzügen in Casablanca, wohin er sich von Zeit zu Zeit begeben habe, um neue Varianten der Leidenschaft zu erleben.[14]

Ein solches Dossier dürfte sich in den Aktenschränken Heydrichs oder Kal-

tenbrunners befunden haben. So hatte es vermutlich banale Gründe, wenn Funk antwortete, er halte die Beauftragung des SD-Chefs mit einer führenden Position in seinem Wirtschaftsministerium für ausserordentlich glücklich. Intelligent und schlau, wie er war, dürfte er keinen Zweifel darüber gehabt haben, dass der energische Ohlendorf der eigentliche Chef des Reichswirtschaftsministeriums geworden wäre. Sowohl Funk wie sein betagter und politisch schwacher Staatssekretär Landfried hätten ihm widerstandslos das Gesetz des Handelns überlassen.

Als Bormann den Bericht über das angebliche Versagen der Industriellen gelesen hatte, dürfte er Himmler jedoch darauf aufmerksam gemacht haben, dass der Zeitpunkt für Angriffe auf unser Lenkungssystem denkbar schlecht gewählt sei. Es war ja Hitler selbst gewesen, der mir bei der Übernahme meines Amtes den Rat gegeben hatte, mich bei der Durchführung meiner Aufgabe der Industrie zu bedienen, da dort die wertvollsten Kräfte zu finden seien. Er vertrat damals, am 13. Februar 1942, den Standpunkt, dass nur die Übertragung von Verantwortung an Industrieführer die hoffnungslos darniederliegende Rüstungsproduktion beleben könne. Ich hatte ihm in Gegenwart Bormanns versichert, dass ich meine Arbeit ohnehin überwiegend von den Industrieführern durchführen lassen wolle. Es wurde in dieser Besprechung von Hitler sogar auf meinen Wunsch hin festgelegt, dass die Mitarbeiter aus der Industrie nicht auf ihre Parteizugehörigkeit überprüft werden dürften.

Auch wusste Bormann im Oktober 1942, dass Hitler die zunehmend erfolgreiche Arbeit der Industriellen würdigte; erste grosse Erfolge waren bereits sichtbar und bedeutendere zeichneten sich für die Zukunft ab. Im September 1942 wurde nach den «Indexziffern der deutschen Rüstungsfertigung», gegenüber der Produktion des Februar, die Munitionsherstellung mit 98 Prozent fast verdoppelt, die Erzeugung schwieriger zu steigernder Fertigungen, wie der Waffen, um 41 Prozent, der Panzer um 22 Prozent vermehrt.[15] Die Gesamtleistung der Rüstung war zu diesem Zeitraum bereits um 58,8 Prozent gestiegen.[16]

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist es auf eine solche Warnung Bormanns zurückzuführen, dass Himmler am 21. Oktober 1942 plötzlich den Vorschlag

Ohlendorfs selber ablehnte. Er verbot Ohlendorf, «die Stelle im Reichswirtschaftsministerium anzunehmen».[17] Am gleichen Tag diktierte Himmler einen Aktenvermerk, dass er Ohlendorfs Absichten nicht billige, denn «während der Kriegszeit ist eine grundsätzliche Änderung unserer total kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich».

Himmler schrieb weiter, dass «ein Amtschef des Reichssicherheitshauptamtes, der Ministerialdirektor im Reichwirtschaftsministerium würde», gegen diese – wie es Himmler nannte – Unmöglichkeit einer kapitalistischen Wirtschaft nur «anrennen könne». Ohne seine Ablehnung weiter zu begründen, setzte Himmler seine Belehrung fort: Es würde dann aber gegen ihn, Ohlendorf, «ein Kesseltreiben einsetzen [und] jedes Versagen der Wirtschaft würde auf ihn, beziehungsweise die SS abgeschoben werden». Man würde sagen, er habe die Kriegswirtschaft gestört. Falls aber Ohlendorf «keine grundsätzliche Änderung [des kapitalistischen Systems] anstrebt und sich beugt, dann ist er wie alle anderen in wenigen Monaten verbraucht».[18] Damals sah Himmler offensichtlich die Stunde einer entscheidenden Änderung der Wirtschaftspolitik noch nicht für gekommen. Himmler hatte jedoch immer die Fähigkeit gezeigt, seine Stunde abwarten zu können.

So schlug Himmler eine Volte, um seinen Rückzug zu maskieren. Schieber und Kehrl sollten nicht mehr unverzüglich, wie er es noch vor zwei Wochen gesagt hatte, die Schäden abstellen. Er verlangte jetzt lediglich, «einen irgendwie persönlich anständigen Mann, sei es Kehrl oder sei es Hayler, an diese [von Funk für Ohlendorf vorgesehene] Stelle hinzubringen, der, ohne grundsätzliche Fragen zu stark anzuführen, als treuer Gefolgsmann von Funk und damit des Reichsmarschalls» und natürlich Himmlers, «seine Aufgabe darin sieht, wenigstens die gröbsten Schweinereien in der Wirtschaft zu verhindern».[19]

Am gleichen Tag, an dem er Ohlendorfs Pläne absagte, dem 21. Oktober 1942, änderte Himmler auch seine Einstellung zu der eben noch gebilligten Beauftragung von Kranefuss. Mit einem Mal zeigte er sich «keineswegs glücklich über die Mitteilung, dass SS-Oberführer Kranefuss sehr stark in der Wirtschaft tätig» werden solle. Er habe «deswegen heute mit SS-Obergruppenfüh-

rer Wolff telefoniert», der die Aufgabe habe, Kranefuss diese, seine Meinung mitzuteilen.[20] Schroffer wirkt Himmlers Notiz seines Telefongesprächs mit Wolff: «Verbot für Kranefuss, sich politisch zu betätigen im Reichswirtschaftsministerium.»[21]

Auf Kranefuss musste diese Nachricht schockierend wirken. Neun Tage nach der Entscheidung Himmlers wandte er sich an den Reichsführer direkt: «SS-Obergruppenführer Wolff berichtete mir, dass meine Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium, beziehungsweise deren Form, nicht Ihre Zustimmung findet.» Es sei selbstverständlich, beeilte er sich hinzuzufügen, «dass ich nicht irgendetwas tue, was nicht Ihre volle Billigung findet». So blieb Kranefuss nur übrig, Himmler auf die Folgen hinzuweisen, die diese Diskriminierung, denn als eine solche musste das plötzliche Ausscheiden des SS-Oberführers in der Tat angesehen werden, seinem SS-Kameraden Kehrl zufügen könne: «Wenn mein Ausscheiden nach einer Arbeit von wenigen Monaten ein fragwürdiges oder auch ungünstiges Licht auf mich persönlich wirft, so würde mich das nicht sonderlich treffen. Ich halte es für meine unbedingte Pflicht,... alles zu vermeiden, was eine ungünstige Rückwirkung auf SS-Oberführer Kehrl haben oder ihm seine ohnehin so überaus schwierige Stelle und wirklich aufopfernde Tätigkeit noch mehr erschweren könnte.» Um seine Willfährigkeit zu unterstreichen, drückte Kranefuss im gleichen Schreiben sein Missbehagen an den Zuständen in seiner bisherigen Dienststelle aus. «Es übertrifft das, was ich im (Wirtschafts-)Ministerium vorfand und täglich erlebe, bei Weitem meine schlimmsten Erwartungen.»[22]

Ein hoher Wirtschaftsführer, der der Beauftragte des Reichswirtschaftsministers war, folgte also ohne zu zögern einer Weisung Himmlers auf einem Arbeitsgebiet, das diesem überhaupt nicht unterstand. Er hätte jedoch den Zorn Himmlers auf sich gezogen, wenn er diesem eindeutigen Bescheid nicht ohne zu zögern genügt hätte.

Bei solchem Gehorsam blieb Kranefuss Himmlers Vertrauter. Wie aus dem Kalenderblatt Himmlers vom 25. März 1943 hervorgeht, hatte er mit ihm von 16 Uhr 30 bis 19 Uhr einen zweieinhalbstündigen Spaziergang unternommen, eine Ausnahme im Himmlerschen T agesrhythmus.[23]

Ich scheine von diesem Misstrauen gegen meine Mitarbeiter aus der Indu-

strie gehört zu haben, denn bei der nächsten Gelegenheit einer Besprechung mit Hitler, am 7. oder 8. November 1942, liess ich mir von ihm ausdrücklich bestätigen, dass er «mit grosser Befriedigung die Erfolge der Organisation der Selbstverantwortung der Industrie und die weitgehende Einschaltung der Ingenieure und Techniker der Betriebe in dieser Selbstverantwortung» zur Kenntnis genommen habe.[24]

Ein halbes Jahr später sollten alle Kompetenzen, die Himmler dem zeitweiligen Generalreferenten Kranefuss und dem SD-Chef Ohlendorf im Wirtschaftsministerium verweigert hatte, durch Himmlers Initiative an Ohlendorf übertragen werden. In einem Handstreich hatte ich mir am 26. Juli 1943 von Hitler die Zusage geholt, dass die gesamte Kriegsproduktion meinem Ministerium unterstellt würde. Aus dem Wirtschaftsministerium sollten die Verantwortlichkeiten für Grundproduktionen wie Kohle und Stahl ebenso auf mein Ministerium übergehen wie die Herstellung von Konsumgütern und die Erzeugungen der Ernährungsindustrie. Gleichzeitig sollten das Rohstoff-, das Planungsamt und das Amt für die Produktion von Konsumgütern von meinem Ministerium übernommen werden. Damit war meinen Bestrebungen, die gesamte deutsche Erzeugung in meiner Hand zu konzentrieren, der Schlussstein gesetzt. Auch die Schlüsselfigur Funks, Kehrl, sollte nun das Wirtschaftsministerium verlassen und als Chef des Planungsamtes und des Rohstoffamtes in mein Rüstungsministerium eintreten. Er war ohnehin in den letzten Monaten immer mehr zu meinem direkten Mitarbeiter geworden.

Nach dieser Neuordnung der Verantwortlichkeiten verblieben bei Funk im Wirtschaftsministerium lediglich Fragen zur Regelung der Geldwirtschaft und des Aussenhandels, dann die Verteilung der von meinem Ministerium festgelegten Produktion von Konsumgütern an die Bevölkerung. Wichtig war davon nur die Zuständigkeit für *alle grundsätzlichen* wirtschaftspolitischen Fragen, die ebenfalls von Funk wahrgenommen werden sollten.

Es gab, verständlicherweise, Intrigen und Gegenaktionen, die die Durchführung von Hitlers Entscheidung bis zum September 1943 verzögerten.[25] Diese Verlagerung der Verantwortlichkeiten bedeutete ja tatsächlich für mich einen entscheidenden Machtzuwachs, den Bormann und Himmler mit Misstrauen

betrachten mussten. Dieser Machtgewinn dürfte es auch gewesen sein, der Himmler dazu brachte, die zwischen Landfried und Ohlendorf gesponnenen Fäden wieder aufzunehmen. Einige Wochen nachdem mir Hitler die Verdoppelung meines Arbeitsbereichs zugesagt hatte, am 20. August 1943, besprach sich Himmler in seinem Hauptquartier Hochwald eine halbe Stunde mit Funk und sodann eine weitere halbe Stunde mit Staatssekretär Landfried.[26] Am folgenden Abend wird diese Angelegenheit ihren Abschluss beim Abendessen gefunden haben, das Himmler und Lammers zusammen mit Funk einnahmen.[27]

Kurz danach, Mitte September 1943[28], bat mich Funk in die Räume des Reichsbankpräsidenten, die mit ihren vergoldeten Sesseln, schweren Teppichen und wunderbaren Gobelins den Reichtum der Gründerzeit widerspiegelten. Von hier aus dirigierte er das ihm unterstellte Reichswirtschaftsministerium mit scheinbar lockerer Hand.

Eine Anordnung des Reichsernährungsministeriums hatte von der Bewirtschaftung alles Geflügel, Nieder- und Hochwild und Süsswasserfische ausgenommen. Im Berliner Luxusrestaurant Horcher gab es daher den ganzen Krieg über Fasanen zu hohen Preisen in ebenso guter Zubereitung wie Hummer oder Kaviar, der aus beschlagnahmten Beständen Frankreichs stammte.

Das Essen, wie immer bei Funk von livrierten Dienern serviert, war friedensmässig. Funk liess eine Suppe aus ausgepresstem Fasanenfleisch servieren, es folgte ein gespickter Rehrücken in Sahnesauce. Dazu wurde ein vorzüglicher Mosel kredenzt, dann ein milder Burgunder; zum Sorbet gab es einen alten Champagner.

Wir zogen uns in einen anschliessenden Salon zurück, dessen Wände mit handgeprägter Ledertapete geschmückt waren; wertvolle alte Teppiche bedeckten den Fussboden. Die Möbel waren in barocker Manier handgeschnitzt, das Holzwerk der schweren Polstersessel vergoldet. Alles Requisiten aus der Wilhelminischen Zeit, in der die Deutsche Reichsbank noch in der Finanzpolitik der Welt eine Rolle spielte.

Auch ich werde mich dem Zauber dieser Scheinwelt hingegeben haben, stolz darauf, als Sohn grossbürgerlicher Eltern nun im Zentrum der Geldmacht zu speisen und eine Rolle spielen zu dürfen.

Dabei erzählte der immer zugängliche und leutselige Reichsminister, wie er plötzlich und ohne sein Zutun in das Führerhauptquartier gerufen worden sei, wo ihm Bormann überraschend eröffnet habe, dass Hitler für das Reichswirtschaftsministerium einen neuen Staatssekretär bestimmt habe, da Dr. Landfried überaltert und müde sei. Zu seinem neuen Staatssekretär habe Hitler SS-Brigadeführer Dr. Franz Hayler, zu dessen Vertreter den SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf bestimmt.

Auch ich hatte im Mai 1942 Hitler vorgeschlagen[29], dem greisen, müden Reichsverkehrsminister Dr. Julius Dorpmüller den jungen und energischen Theodor Ganzenmüller beizugeben, den er unter den vielen hohen Beamten seines Ministeriums bis dahin kaum bemerkt haben dürfte. Hitler hatte damals Dorpmüller seinen neuen Staatssekretär überraschend und ohne grosse Vorbereitung präsentiert. An diesen Hergang dachte ich und hielt Funks Erklärung für durchaus glaubwürdig.

Mir war auch klar, dass Bormann die Ausweitung meiner Zuständigkeit auf grosse Teile des Wirtschaftsministeriums mit Missvergnügen beobachtet haben musste.[30] Ich ahnte aber nicht, dass Funk mir reine Lügen auftischte, dass es in Wirklichkeit schon ein Jahr zuvor ernsthafte Erwägungen gleicher Art gegeben hatte, denen Funk ausdrücklich zustimmte. Selbst während der zwölf Jahre gemeinsam verlebter Gefangenschaft in Spandau hat mich Funk nie aufgeklärt. Für mich war Funk immer ein loyaler, wenn auch ein wenig dem Alkohol zugeneigter Kollege, und ich hielt es für Eifersucht, wenn Milch mich des Öfteren vor ihm warnte.

Durch die Neuverteilung der wirtschaftlichen Zuständigkeiten waren die Machtverhältnisse im deutschen Produktionsbereich zu meinen Gunsten verschoben worden. Seine ursprünglichen Bedenken gegen eine Exponierung seiner eigenen Leute mochte Himmler unter diesem Eindruck zurückgezogen haben. Noch vor zehn Monaten hatte Himmler befürchtet, dass Ohlendorf als SS-Führer abgewertet werden könnte, falls der Verlauf der Rüstung positiv sein und daher gegen seine Befürchtung sprechen würde. Jetzt hatte ganz offensichtlich eine völlige Umkehrung aller Absichten Himmlers stattgefunden. Dem als nachgiebig und lässig bekannten Funk sollte das Rückgrat gestärkt werden. Das war am gleichen Tag, am 20. August 1943, an dem Himmler

durch die Übertragung der Raketenfertigung an seine Dienststelle ein folgenreicher Einbruch in mein Arbeitsgebiet gelungen war – am gleichen Tag, an dem er zum Reichsinnenminister ernannt wurde. Himmler hielt seine Stunde für gekommen, seine Macht auch auf das Reichswirtschaftsministerium auszudehnen. Als Funk in diesen ersten Septembertagen mit seinem neuen Staatssekretär Franz Hayler und der politisch viel gewichtigeren Figur Ohlendorfs zurückkehrte, bedeutete dies in Wirklichkeit, dass mit diesem Doppelerfolg Himmlers meine Expansionspolitik endgültig gescheitert war. Ohlendorf und Hayler gehörten zum Kreise Himmlers. Mit Ohlendorf brachte der Reichsführer der SS dort einen wichtigen Gewährsmann an führender Stelle unter (vgl. Anhang VIII). Damit aber war, wenn er nur wollte, Himmler zum entscheidendden Faktor im Reichswirtschaftsministerium geworden. Aber wie der weitere Verlauf zeigt, hatte Himmler offensichtlich andere Sorgen und vertraute auf das Durchsetzungsvermögen seines Mitarbeiters Ohlendorf.

Es muss zugegeben werden, dass Himmler mit der Entsendung von Hayler und Ohlendorf in das Wirtschaftsministerium eine gute Wahl getroffen hatte. Beide gehörten zur intellektuellen Schicht, und diese war in der höheren SS-Führung in grösserem Umfange anzutreffen als in der Partei, während in ihren unteren Rängen Mittelmässigkeit vorherrschte.

Der dreiundvierzigjährige Dr. Franz Hayler, Absolvent eines humanistischen Gymnasiums, hatte nach einem Studium der Staatswissenschaften zum Dr. rer. pol. promoviert. Im Jahre 1934 zum ehrenamtlichen Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel ernannt, war er seit 1938 Leiter der Reichsgruppe Handel. Schon an dem Marsch zur Feldherrnhalle vom November 1923 hatte er teilgenommen, und so war er Träger des sogenannten Blutordens. Allerdings wurde er erst 1931 Mitglied der Partei mit der Nummer 754 131. Die Bedeutung seiner für die SS wichtigen Stellung in der Wirtschaft wurde durch den Rang eines SS-Brigadeführers unterstrichen.[31] Nach seiner Ernennung zu Funks Staatssekretär wurde Hayler von Himmler zum Gruppenführer der SS befördert.

Ohlendorf war schon mit 18 Jahren im Jahr 1925 der Partei beigetreten und

hatte die hochgeachtete Parteinummer 6531. Er war zur Zeit seiner Berufung ins Wirtschaftsministerium 35 Jahre alt und damit zwei Jahre jünger als ich, war wie Hayler Absolvent eines humanistischen Gymnasiums und hatte Jura und Volkswirtschaft studiert. Zwei Jahre nach der juristischen Staatsprüfung war er Gerichtsreferendar und bald danach Abteilungsleiter im angesehenen Berliner Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften geworden. 1936 hatte dann seine steile Karriere im Reichssicherheitshauptamt (Gestapo) begonnen. Drei Jahre später, also 1939, zum mächtigen «Chef des SD-Inland» avanciert, war er der wichtigste Mann der in aller Stille arbeitenden Überwachungsorgane Himmlers. Unter der harmlosen Bezeichnung «Sicherheitsdienst» fungierend, unterhielt diese gefürchtete Organisation der SS ein weitverbreitetes Spitzelsystem, das in nahezu jeder Behörde und in jedem Werk seine Vertrauensleute hatte. Im gleichen Jahr 1939 hatte Hayler als seinen engsten Mitarbeiter den SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf zum Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Handel bestimmt. Von Juni 1941 bis zum Juli 1942 hatte Ohlendorf eine der Einsatzgruppen der SS im Osten geleitet.[32] Unter seinem Kommando wurden nach seinem Geständnis von Nürnberg 90'000 Menschen, meist Juden, ermordet. Er wurde in Nürnberg zum Tode verurteilt und exekutiert.

Es war vorauszusehen, dass die Lage sich versteifen musste. Das geht auch aus einer Notiz der Chronik vom 19. September 1944 hervor. An diesem Tag waren Staatssekretär Hayler mit Oberbürgermeister Liebel, dem Chef meines Zentralamtes, und Dr. Fränk, dem Chef der Verwaltungsabteilung meines Ministeriums, bei mir. Die Chronik vermerkt: «Die neuen Männer des Reichswirtschaftsministeriums und vor allem der mit Hayler übernommene Ohlendorf haben der Aufteilung des Reichswirtschaftsministeriums ein Ende gemacht. Der übriggebliebene Rest wird eisern verteidigt und in der Frage der Mittelinstanz versucht das Reichswirtschaftsministerium verlorenes Gebiet wieder zurückzugewinnen. Dabei kann es sich auf den Reichsminister des Innern [Himmler] stützen. Trotz dieser Unstimmigkeit besteht noch bestes Einvernehmen zwischen dem Minister und den Herren des Reichswirtschaftsministeriums.»

Hayler äusserte sich in dieser Besprechung über die Gesamtlage optimi-

stisch. Die militärischen Tatsachen waren jedoch, nachdem die westlichen Alliierten auf deutschem Boden standen und längst die absolute Luftherrschaft ausübten, nicht mehr zu übersehen. Ich scheine mich daher über den Optimismus meiner Gesprächspartner lustig gemacht zu haben. Die Chronik fährt mit einer gewissen Ironie fort: «Staatssekretär Hayler erhält vom Minister einen grünen Schlips als Anerkennung. Diese Ehrung ist ein neuer Brauch, der seine Entstehung einem Gespräch des Ministers über die mannigfaltigen Farben der Schlipse und die Notwendigkeit, den Optimismus zu belohnen und zum Ausdruck zu bringen, verdankt. Der grüne Schlips aus der vom Produktionsamt gelieferten Schachtel wird deshalb vom Minister für unentwegten Optimismus verliehen. Diese Auszeichnung rangiert etwa kurz vor oder nach dem Ritterkreuz, je nach dem Ordensstand des Beliehenen.»[33]

Bald hiess es, dass «Gerüchte im Zusammenhang mit den Umstellungen im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion» umliefen. Es sei damit zu rechnen, dass Ohlendorf in das Rüstungsministerium eintrete. Er werde bei dieser Gelegenheit Generalsekretär.[34] In der Tat trat in den ersten Tagen des November 1944 der Kampf um die Macht in eine neue Phase. Ohlendorf hatte um eine Besprechung gebeten, in der er mir folgenden Vorschlag unterbreitete: Es solle die Selbständigkeit der Einzelministerien weitgehend abgeschafft und stattdessen ein grosses, einheitliches Wirtschafts-Produktions-Rüstungs-Arbeitsund Ernährungsministerium geschaffen werden, in das auch Sauckel mit seinen Vollmachten für den Arbeitseinsatz eingegliedert werden könne. Ohlendorf sah vor, dass dieses Mammut-Ministerium von mir geführt würde. Eine Niederschrift, die ich einige Wochen nach meiner Gefangenschaft anfertigte, hält fest, dass Ohlendorf dabei die Absicht hatte, den Posten eines Generalsekretärs und persönlichen Referenten bei Funk zu übernehmen; Hayler dagegen sollte als Nachfolger des soeben entlassenen Liebel in meinem dann alles umfassenden Ministerium einziger Staatssekretär und damit mein ständiger Vertreter sein.

Nun war Funk für alle grundsätzlichen Fragen der Wirtschaft verantwortlich geblieben. Ausserdem verblieb ihm seit Beginn des Krieges das Amt eines «Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft», eine gesetzlich veranker-

te Institution, die aber auf Grund des Ehrgeizes von Göring und der Schlaffheit von Funk nie aktiv geworden war. So konnte ich leicht voraussehen, dass der intelligente, hemmungslose Ohlendorf als Vertreter Funks sich diese bisher ruhenden Funktionen Funks und damit alle Entscheidungen über die Lenkung der gesamten Kriegswirtschaft angeeignet hätte, auch wenn Ohlendorf mir versicherte, dass Funk in seiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter niemals aktiviert würde. Da Hayler und Ohlendorf seit Jahren eng zusammenarbeiteten, hätte sich der eine als mein Staatssekretär, der andere als Sekretär Funks, beide noch dazu mit allen Vollmachten Funks ausgestattet und von Himmler gefördert, trotz meiner Machtfülle als Superminister, in meinem Ministerium ohne jeden Zweifel durchgesetzt.[35] Ich bin nach aussen hin auf diesen heuchlerischen Plan scheinbar eingegangen, um keine Gewaltlösung zu provozieren, die bei meiner geschwächten Stellung möglich gewesen wäre.

Noch einige Monate früher, schon im September 1944, war auf Forderung Ohlendorfs diskutiert worden, wie man in der Mittelinstanz durch eine Zusammenfassung von Ernährung, Arbeitseinsatz, Wirtschaft und Rüstung ein Kriegswirtschaftsamt aufbauen könne. Das wäre zweckmässig gewesen, wenn es nicht im Grunde auch hier nur um die Verlagerung aller Macht auf Ohlendorf gegangen wäre. Ohlendorf versicherte zwar, dass die Entscheidungen in der neuen Mittelinstanz bei mir liegen würden, aber auch diese neue Behörde sollte sich der verbrieften Rechte Funks als «Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft» bedienen, die Ohlendorf als Funks Sekretär geleitet hätte. Am 11. September 1944 wurde Hayler von meinem Vertreter Liebel eine «kurze Ausarbeitung über die Möglichkeit der Zusammenlegung der Dienststellen in der Mittelinstanz» übersandt.[36] In dem beigelegten Vorschlag wurde auf die Absichten Ohlendorfs und Haylers nicht eingegangen. Es handelte sich offensichtlich um mit bürokratischen Hilfsmitteln durchgeführte Verzögerungstaktik.

Nach einem anderen Plan Ohlendorfs wollte er sein Ziel auf dem Umweg über die umfassenden Vollmachten Görings erreichen. Funk hatte bereits eine ganze Reihe von Besprechungen mit Göring und Lammers gehabt. Die Strategie lief darauf hinaus, dass Göring seine diktatorischen Funktionen als Leiter

des Vierjahresplanes auf Funk delegieren sollte. Offiziell sollte auch bei diesem Plan Funk vorgeschoben werden, aber Ohlendorf hätte als sein Vertreter praktisch über die Gesamtwirtschaft entschieden. Auch dieser Plan wurde im Oktober/November 1944 ventiliert.[37] Für diese Aufgabe hatten wir aber längst die Zentrale Planung und das Planungsamt meines Ministeriums, so dass die ganze Operation überflüssig war.

Bei seiner Vernehmung vor einem Nürnberger Gerichtshof erwähnte Ohlendorf rückblickend seine Absichten, die er nun den «Wirtschaftsverwaltungs-Reformplan» nannte, den er im Herbst 1944 ausgearbeitet hatte. Dieser Plan habe vorgesehen, «wenigstens auf dem Wirtschaftsgebiet eine geordnete Verwaltung und verfassungsmässige Zustände herzustellen».[38]

Himmler scheint in seinem Stab für jedes wichtige Ressort einen guten Mann geschult zu haben. Jedenfalls hatte man den Eindruck einer planmässigen Nachwuchsarbeit, auch auf den Gebieten, die die SS nichts angingen. Ein Beispiel hierfür ist, neben Kammler, auch Ohlendorf. Schon damals schien er mir derjenige zu sein, dem Himmler die Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums zugedacht hatte.

Ein exzellentes Beispiel für die Geheimhaltung von verschwiegenen Planungen gibt eine Aktennotiz, die Bormann am 3. November 1944 mit dem Vermerk «In Umschlag» für seinen Staatssekretär Klopfer diktierte: «Betreff: Rücksprache mit Reichsminister Speer. Nach den Darlegungen des Pg. Speer glaube ich nicht, dass Reichsminister Funk durch Hayler und Ohlendorf über deren Pläne wegen der Übertragung des Wirtschaftsministeriums an Reichsminister Speer, genauer gesagt: wegen der Übertragung der letzten Zuständigkeiten des Wirtschaftsministeriums an Reichsminister Speer, unterrichtet wurde. Über *seine* [im Text unterstrichen] Zielsetzung hat Reichsminister Speer selbstverständlich nichts gesagt»[39], fügte der mir gegenüber immer misstrauische Bormann hinzu. Bormann zeigte sich also keineswegs orientiert über die Absichten, die Ohlendorf verfolgte.

Ich hatte mir eine erfolgversprechende Aktion gegen alle Pläne Ohlendorfs ausgedacht, die einige Tage danach Bormann beruhigen musste: Im Ruhrstab

meines Ministeriums wirkte seit dessen Gründung im Mai 1943 bei der Arbeitsgruppe zur schnellen Beseitigung von Fliegerschäden als Vertreter der «Deutschen Arbeitsfront» Dr. Theo Hupfauer mit. Hupfauer war alter Parteigenosse und wohl der intelligenteste der Mitarbeiter Dr. Leys, was sicher nicht allzuviel bedeuten mochte. Mit Hupfauer hatte ich manches offene Wort über politische Unzulänglichkeiten gesprochen und dabei in ihm einen sympathischen und undoktrinären Menschen kennengelernt.

In diesen Novembertagen des Jahres 1944 bat ich Hupfauer wieder einmal zu einer Aussprache. Wir fuhren mit meinem Wagen nach Einbruch der Dunkelheit in die Wälder vor den Toren Berlins, und hier legte ich ihm offen dar, welche Aufgaben auf uns unausweichlich zukommen würden. Ich sähe meine Pflicht jetzt vorzugsweise in der Verhinderung von Zerstörungen industrieller Anlagen, um die wirtschaftliche Substanz der Nation zu erhalten. Hupfauer schloss sich meinen Argumenten an und versprach mir bedingungslos und ohne Rücksicht auf seine persönliche Gefährdung beizustehen. Er hat sein Versprechen voll und ganz gehalten.

Unter dem Eindruck dieser Aussprache versuchte ich einen «Coup d’état». Ich bat in den letzten Tagen des November Bormann, mit Hupfauer als Nachfolger Liebels einverstanden zu sein. Ich war auf eine längere Diskussion mit Bormann gefasst gewesen, aber er stimmte ohne Überlegung zu, nachdem ich ihm auf seine Frage versichert hatte, dass weitere Einbrüche in die Zuständigkeiten des Wirtschaftsministeriums nicht geplant würden. Vielleicht ahnte er, dass die Ernennung Hupfauers als Chef meines Zentralamtes gleichzeitig eine endgültige Absage an die Pläne der Gruppe Ohlendorf/ Hayler bedeutete, denn dieses Amt galt in meinem Fachministerium als das politische Amt.

In den ersten Tagen des Dezember 1944 übernahm Hupfauer neben dem Zentralamt auch das Rüstungsamt Waegers. Den beiden Interessenten Ohlendorf und Hayler teilte ich nach der Zustimmung Bormanns diese Ernennung mit.

Die SS-Wirtschaftsideologie

Ohlendorf und Hayler hatten vorgegeben, durch eine Zusammenfassung und Reform der Wirtschaftsverwaltung einfachere Verhältnisse in der Kriegsproduktion zu schaffen. In der Tat wäre es vorteilhaft gewesen, die vielfältigen, voneinander getrennten Wirtschaftsverwaltungen, wie den Arbeitseinsatz, die Ernährung, die gewerbliche Wirtschaft, die Verteilung von Energie, Kohle und Treibstoff in der unteren Ebene auf einen Nenner zu bringen. Aber in Wirklichkeit ging es Ohlendorf um andere Ziele. Für die Zeit nach dem Kriege wollte er einen Wandel in der grundsätzlichen Wirtschaftspolitik vorbereiten; schon jetzt, auf dem dramatischen Höhepunkt des Krieges, sollten hierfür die Weichen gestellt werden. Das alles hatte viel mit einigermassen nebelhaften Vorstellungen vom Funktionieren einer Wirtschaft zu tun, wie sie vor 1933 in der frühen nationalsozialistischen Wirtschaftsideologie formuliert worden waren. So erörterte Hitler im Jahre 1932 mit seinem Wirtschaftsberater Otto Wagener, dass «durch die Industrialisierung das Individuum völlig unfrei geworden» sei, «hörig dem Kapital und der Maschine». Die Industrialisierung sei daher «eine Arbeitsmühle, in der jede Selbständigkeit und Individualität restlos zermahlen wird». Erst «unser Sozialismus» führe wieder «zur Individualität zurück», durch die «radikale Beseitigung aller falschen Ergebnisse der Industrialisierung und die Rückführung dieser Entwicklung in den Dienst der Menschheit und des Individualismus».[1]

Vom Herbst 1943 an griff Ohlendorf auf solche Vorstellungen Hitlers zurück, die durch Schacht, Funk und auch Göring schon längst keine Geltung mehr in der praktischen Wirtschaftspolitik gehabt hatten. Diese Theorien wa-

ren neuerdings umso weiter zurück getreten, als ich in die Organisation der Rüstung einen ziemlich erfolgreichen Amerikanismus eingebracht hatte, der einen entscheidenden Schritt zur Manager-Revolution der deutschen Industrie bedeutet hat.

Am 15. Juni 1944 führte Ohlendorf, sicher einer der brillantesten Denker des Nationalsozialismus, vor den Gauwirtschaftsberatern der NSDAP[2] aus: «Wir müssen jede Wirtschaftsstruktur unter dem Gesichtspunkt sehen und prüfen, ob in ihr die Grundeigenschaften des deutschen Menschen voll zur Entfaltung kommen können. Wir müssen uns völlig klar darüber sein», fuhr Ohlendorf fort, «ob wir die Elemente unserer Weltanschauung – Ehre, Freiheit, Selbstverantwortung, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit – auch voll in der Wirtschaft durchsetzen.» Er lehnte das Leistungsprinzip, das durch meine Organisation eingeführt war, ab, indem er weiter ausführte: «Was wir an Gütern nach dem Kriege produzieren, ist nicht so wesentlich, wesentlich ist aber, dass wir die Substanz unserer Artwerte erhalten und entwickeln und dadurch den Frieden gewinnen.»

Dieses Ziel sei durch meine Produktionsprinzipien in Gefahr, denn «es laufen Überlegungen, in denen das Freiheitsbewusstsein des deutschen Menschen mit den Möglichkeiten der Konsumenten zur Bedarfsdeckung identifiziert wird». Ein ganz normaler Gedanke übrigens, dass wir danach strebten, nach einem Kriege durch möglichst hohe Produktion zur baldigen Abdeckung des angestauten gewaltigen Bedarfs zu kommen. Ohlendorf argumentierte demgegenüber geschichtsphilosophisch: «Wenn wir voll unsere Weltanschauung auch im Gebiet der Wirtschaftsführung durchsetzen, dann werden wir endlich jene Ordnung gewinnen, die im tiefsten Grunde die Entfaltung der Kraft des Menschen identisch sein lässt mit der Aufgabe dieses Menschen gegenüber seinem Gott.»[3]

Ohlendorf hielt seine Rede am 15. Juni 1944. Ich hatte meine Antwort darauf schon sechs Tage zuvor, am 9. Juni in Essen vor den versammelten Mitarbeitern aus der Industrie und vor Betriebsführern grosser Rüstungswerke gegeben. Ich hatte festgestellt, «wer die Selbstverantwortung der Industrie angreift, muss seine Angriffe belegen können. Wer durch Vermutungen meine Mitarbeiter herabsetzt, muss sich darüber im Klaren sein, dass er einem der wichtigsten In-

strumente im Existenzkampf des deutschen Volkes schwersten Schaden zufügen kann. Ich werde auf keinen Fall dulden», so setzte ich meine Rede an anderer Stelle fort, «dass die Männer, die sich der deutschen Rüstungsund Kriegsproduktion freiwillig zur Verfügung gestellt haben, durch ehrenrührige Behauptungen, die nicht belegt werden können, in Misskredit gebracht werden. Dazu ist die Arbeit, die diese Männer zu leisten haben, wahrhaft zu ernst und die Belastung, die sie zu tragen und zusätzlich freiwillig auf sich genommen haben, zu gross... Die Durchführung umfassender industrieller Aufgaben kann nur von Männern gelenkt werden, die aus der Industrie selbst hervorgegangen sind.»

Allerdings war ich den Bedenken Ohlendorfs entgegengekommen, indem ich in dieser Rede die Form der Wirtschaftsführung für die Nachkriegszeit offen liess: «Wir alle, die wir uns in diesen für das Schicksal unseres Volkes entscheidenden Jahren zur Verfügung gestellt haben, um das Höchste aus der deutschen Produktion herauszuholen, sehen diese Aufgabe als eine rein kriegsbedingte an.» Solange der Krieg andauere, müsse «die Selbstverantwortung der Industrie immer weiter ausgebaut und mit noch schärferen Vollmachten versehen [werden]. Wir können den bisher beschrittenen Weg nicht wieder verlassen.»[4] Wenig später liess ich teilweise Abdrucke meiner Rede und kommentierende Aufsätze über unser System in die Presse lancieren, was zur Verschärfung der Gegensätze beitrug (vgl. Anhang IX).

Zu den selbstverständlichen Zielen der «Selbstverantwortung der Industrie» gehörte der Begriff des optimalen Betriebes, also des Betriebes, der die höchste Leistung bei geringstem Einsatz von Arbeitskräften und Material erzielte. Der «viel gebrauchte Begriff des optimalen Betriebes», setzte Ohlendorf dem entgegen, «ist nur mit Vorsicht aufzunehmen. Man muss sich die Folgen einer strukturellen Umstellung nach den Massstäben der optimalen Betriebsgrössen vorstellen. Beim Handwerk entsprechen 77 Prozent nicht der Vorstellung vom optimalen Betrieb... Millionen Menschen mehr würden in die anonyme Arbeit hineingetrieben werden und von der ganzen Werkfertigung zu einer Teilfertigung kommen. Ferner würde mit einer derartigen Umgestaltung der gewerbli-

chen Wirtschaft eine neue Akkumulation des Kapitals und damit die Verschärfung der Gegensätze zwischen arm und reich verbunden sein. Die Trennung vom eigenen Kleinbetrieb, von der eigenen Werkstatt würde eine Trennung zwischen Arbeitund Lebensraum und eine generelle Entfernung vom Arbeitsraum bedeuten, was wiederum Rückwirkungen auf den Arbeitseffekt haben müsste.»[5]

Ähnliches lesen wir auch in Ohlendorfs Aufsatz: «Wirtschaftspolitische Bilanz» vom 28. Dezember 1944: «Ich habe vorhin davon gesprochen, wie stark unter dem Leitgedanken der Rationalisierung und des Bestbetriebes das Grossunternehmen als Idealtyp angesehen wird, weil es scheinbar die bestmögliche Ausnutzung der Technik und der Organisation bietet. Weit und breit sehen wir daher ein Betriebssterben kleiner und mittlerer Unternehmungen bei einem Zug zum Grossbetrieb, der vielleicht noch niemals so gross war. Wir können eine Konzentration des Kapitals feststellen, die Karl Marx sicherlich mit Neid erfüllt hätte. Für uns ist das nicht gleichgültig.»[6] An anderer Stelle betont Ohlendorf: «Die Vielzahl der wirtschaftlich selbständigen Existenzen stellt eine der wertvollsten Leistungsschichten in der gesamten deutschen Volkswirtschaft dar. Wir dürfen uns nicht verhehlen, dass wir im Kriege in dieser Leistungsschicht schwerwiegende Einbrüche hinnehmen mussten, zum Beispiel durch die Auflösung von 500’000 selbständigen Handwerksexistenzen zu Gunsten der Rüstung.» Natürlich hatte sich die Zahl der Kleinbetriebe durch die Kriegswirtschaft erheblich verändert, aber keine Statistik belegt eine Auswirkung in dieser Grössenordnung.

Die von Ohlendorf beabsichtigte «deutsche Wirtschaftsordnung zielt im Gegensatz zur kapitalistischen und bolschewistischen im stärksten Masse auf die Erhaltung möglichst vieler Eigenverantwortlichkeiten ab. Der Spätkapitalismus hat genau so wie der Bolschewismus eine Entwicklungsstufe erreicht, die dem einzelnen Menschen keine Eigenverantwortung und keine Entfaltung in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit belässt. Die Würde des Menschen kann aber nur in einer Wirtschaftsordnung gewahrt werden, die ihn als ganzen Menschen leben und sich auswirken lässt.»[7]

Zweifelnd fragte Ohlendorf: «Hat dieser Krieg durch den Zwang zur Massenproduktion an Waffen nicht überhaupt eine ganz neue Epoche in der Massenproduktion an sich eingeleitet? Stehen wir vielleicht am Anfang einer ganz

neuen industriellen Epoche, die durch die harten Anforderungen des Krieges ausgelöst wurde und die der Zeit *nach*[8] dem Kriege ihr Gepräge geben wird? [Das waren in der Tat die Absichten bei unseren Erwägungen über eine Friedensproduktion.] Wird die Industrie, nachdem sie meisterhaft gelernt hat, Waffen und Munition in Serien herzustellen, nicht auch eine ganz neue Leistungsfähigkeit in der Serienfabrikation etwa von Bekleidung oder industriell hergestellten Nahrungsmitteln entwickeln?» Auch das war teilweise unser Ziel, und wir wussten, dass wir dieses Ziel mit einer wesentlichen Reduzierung der Vorkriegspreise durchführen konnten. Wir wollten die Differenz zwischen Vorkriegspreis und Gestehungskosten abschöpfen, um zu beginnen, die Kriegsschulden zu tilgen.

Ohlendorf sah geradezu eine Bedrohung seiner nationalsozialistischen Ideale durch unsere Produktionsmethoden und, wie wir gesehen haben, stimmte er darin genau mit den Vorstellungen überein, die Hitler vor 1942 aussprach: «Die Zeit nach dem Kriege wird die Zeit des grossräumigen Denkens sein mit dem Hang zu Mammutziffern. Es liegt nahe, dass die Massenfabrikation, die Serie, die für die Kriegsproduktion von so grosser Bedeutung war, versuchen wird, sich auch für die Nachkriegszeit durchzusetzen. Kann Europa mit der Serie amerikanischer oder asiatischer Prägung in Wettbewerb treten? Wenn ein *Wettlauf des Mammutismus der Produktion* beginnen würde, und wenn dieser Wettlauf entscheidend sein sollte für die Erhaltung des Lebens und der Stellung des deutschen Volkes, dann allerdings müsste Deutschland rechtzeitig dafür Sorge tragen, dass es in einem solchen Wettlauf nicht unterliegt, dann könnte man es vielleicht auch vertreten, die Rücksicht auf den deutschen Menschen, sein persönliches Leben und sein Glück für begrenzte Zeit zurückzustellen.»

Der Wirtschaftstheoretiker Ohlendorf konnte nicht voraussehen, dass diese Frage nach dem Ende des Krieges durch die deutschen Wirtschaftserfolge im positiven Sinne beantwortet würde. Er meinte damals: «Wie immer auch der Krieg ausgehen wird, das deutsche Volk müsste, würde es sich dem Gedanken der Massenproduktion verschreiben, entweder mit der japanischen oder der amerikanischen Massenproduktion konkurrieren. Dass beides nicht möglich

ist, ohne die Existenzgrundlagen des deutschen Volkes zu zerstören, ist klar. Wenn wir aber nicht Masse gegen Masse setzen können, dann bleibt uns nichts anderes, als Qualität gegen Masse zu setzen.» Dieser Standpunkt entsprach auch unserem Denken. Nur mit überlegener Qualität hatten wir in der Rüstungsproduktion eine Chance, die kapazitätsmässig um ein oft Vielfaches höheren Produktionen des Gegners auszugleichen. Aber auch diese in ihrer Qualität überlegenen Panzer, Waffen oder Strahlflugzeuge – die im Übrigen immer zu spät kamen – wurden selbstverständlich mit unseren durch Rationalisierung und Serienfabrikationen gekennzeichneten Methoden produziert.

«Die Stärke und die Möglichkeiten für das deutsche Volk liege», führte Ohlendorf weiter aus, «in der *Erhaltung und im Ausbau seiner qualitativen Fähigkeiten und der Grundlagen hierfür.»*[8] Das alles klang sehr überzeugend und schien sogar die Erfahrungen der Kriegsproduktion für sich ins Feld führen zu können. Aber Ohlendorf hätte wissen müssen, dass unser Spitzenerzeugnis deutscher Qualität, der BMW-Hochleistungs-Flugmotor in Serienfertigung mit automatisch arbeitenden Werkzeugmaschinen hergestellt wurde, die in einigen Wochen angelernte russische Kriegsgefangene bedienten, wenn auch natürlich unterstützt von Technikern und geschultem Aufsichtspersonal. Hoher Qualitätsdurchschnitt kann gerade im Massenprozess eher gewährleistet werden als in der Einzelherstellung. Ohlendorfs Theorie lief auf reine Romantik hinaus.

«Ob Deutschland tatsächlich eine Mammut-Industrialisierung bi/ zum letzten durchführen kann», bezweifelte Ohlendorf zudem noch unter Zuhilfenahme von Argumenten, die wiederum von der Höherwertigkeit der bäuerlichen über die industrielle Mentalität ausgingen. «Woher soll es beispielsweise die Nahrungssicherung der für die Industrialisierung benötigten und im grossen Ganzen vom Lande abzuziehenden Menschen nehmen, und woher sollen schliesslich diese Menschen selbst kommen, wenn erst die innere Kraftquelle des deutschen Volkstums, das Bauerntum, durch die totale Industrialisierung versiegt wäre?»[9] Nun war das weiss Gott nicht unsere Absicht. Wir wussten aus unseren modernen Produktionsauffassungen, dass die neuen Produktionsmethoden mit einer geringeren Zahl von Arbeitern auskommen und so sahen wir Schwierig-

keiten voraus, die Millionen von eingezogenen Soldaten, die früher im Produktionsprozess eingeschaltet gewesen waren, wieder in diesen einzugliedern.

«Im Ganzen ergibt sich eine höchst unerwünschte Vermassung», stellte Ohlendorf ein andermal fest. Die Entspannung des Menschen nach der anstrengenden Arbeit könne nicht nur in einer organisierten Massenerholung liegen, wie sie von der Deutschen Arbeitsfront durchgeführt wurde, «Kollektivbäder und organisierte Kollektivfreuden sind nicht die Grundlage für die Entwicklung der Menschen, mit denen wir ein tausendjähriges Reich aufbauen wollen.» Ohlendorf meinte damit in direktem Angriff die Bestrebungen der von Ley aufgebauten Organisation, «Kraft durch Freude» genannt, die in der Tat solche Ziele verfolgte. «Entspannung kann nicht nur in einer organisierten Massenerholung liegen, sondern zum Beispiel auch in der Arbeit und in der Freude an der Arbeit selbst, wie beim Bauern, der abends nach getaner Arbeit das Tagewerk überdenkt und sich das neue überlegt.»[10]

Ähnlichen Gedanken hatte auch ich nachgehangen, als ich Assistent von Professor Tessenow gewesen war. Tessenow, der Bodenreformer Damaschke und andere aus diesem Umkreis hatten Theorien dieser Art entwickelt. Ich sehe jetzt, dass dies alles rückwärts gewandt war, dass eine moderne Wirtschaft nicht nach solchen altväterlichen Prinzipien gelenkt werden kann, aber meine Sorge um den Menschen wird durch diese Ausführungen Ohlendorfs noch immer angesprochen. In einer Arbeitsbesprechung im Reichswirtschaftsministerium über soziologische Fragen am 1. Dezember 1944 spann Ohlendorf seine Überlegungen weiter. «Es ist unzweifelhaft, dass in der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik» – gemeint ist die Selbstverantwortung – «der rationelle Arbeitseinsatz einer der wesentlichsten Programm- und Ansatzpunkte ist. Das heisst der Ansatzpunkt, dass der Wirtschaft das Ziel gesetzt wird, mit dem geringsten Aufwand ein möglichst grosses Ergebnis zu erzielen.» Das schien uns damals richtig; es kommt mir noch heute selbstverständlich vor.

«Wenn ich diese Forderung ohne Rücksicht auf die übrigen völkischen Zusammenhänge durchzusetzen versuche, und wenn ich diese Forderungen nun vereinfache, oberflächlich vielleicht mit der Technik und ihren Möglichkeiten verbinde und sodann rationalisierte bestmögliche Betriebseinrichtungen

gleichsetze mit letzter technischer Möglichkeit, ohne Zusammenhang von betriebspolitischem Geschehen die Technik allein sich entfalten sehe, also die Technik selbst die letzte Form finden lasse, die überhaupt an technischer Konstruktion oder in technischer Organisation möglich ist, diese Technik dann als Massstab der wirtschaftlichen Entfaltung setze [eine frühe Formulierung übrigens der Gefahren einer technischen Diktatur], dann würde den Gesetzen [gemeint sind wohl die Gesetzgeber] weiter nichts übrigbleiben, als sich dieser technischen Konstruktion oder dieser technischen Organisation unterzuordnen.»

Das Gesicht der Wirtschaft würde «sich dann nicht von der menschlich existentiellen Entfaltung her bestimmen lassen», warnte Ohlendorf, «sondern von der Möglichkeit der Organisation, der festgedachten, rationalistischen Methode, des bestmöglichen Einsatzes von Technik und Organisation!» Ohlendorf, der damit das Denken unserer Erfolgsstrategie brandmarkte, setzte ihm entgegen: «Volk ist Lebendigkeit, ist Werden und Vergehen, sowie Vergehen und Werden, Ahnen, Gegenwart und Enkel gleichzeitig. Daher kann ich Wirtschaft nur in Zusammenhängen sehen, und zwar nicht in wirtschaftlichen Zusammenhängen sondern in gesellschaftlichen, also in völkischen Zusammenhängen.»[11] Welche Weltfremdheit spricht aus den letzten Sätzen, formuliert von dem im Rahmen der SS und auch für das Wirtschaftsministerium für alle wirtschaftspolitischen Fragen zuständigen Bearbeiters (vgl. Anhang X).

Auf der einen Seite war Ohlendorf ein hochqualifizierter Intellektueller mit grossen Ambitionen. Er zeigte Verständnis für humanitäre Probleme, trat für die Erhaltung von Persönlichkeitswerten ein und befahl andererseits als Einsatzgruppenleiter bewusst den Mord an 90’000 Menschen.[12]

Ohlendorf verfocht seine Gedanken mit der Hartnäckigkeit des Fanatikers. Trotz seiner hohen Intelligenz und logischer Ansätze konnte und wollte er seine romantische Grundhaltung nie verleugnen. Diese Eigenschaft hatte er mit Himmler und vielen anderen hohen SS-Führern gemein. Ohlendorf als Chefideologe des Wirtschaftsgeschehens machte es sich geradezu zur Pflicht, die technische Entwicklung unseres Jahrhunderts zu negieren und Folgerungen, die noch zur Zeit der Französischen Revolution gegolten haben mögen, auf den

Verlauf moderner Kriege zu projizieren. «Zum Schluss wäre vielleicht darauf hinzuweisen, dass dieser Krieg nicht nur ein Krieg der Produktion, sondern auch ein Krieg der Ideen ist und dass es viele Beispiele in der Geschichte dafür gibt, dass sich Ideen stärker erwiesen haben als die Ziffern der Produktionen.»[13] Das waren Sätze vom Ende des Januar 1945 – als die endgültige Niederlage nur noch eine Frage von Wochen war. Ein Beispiel für die utopischen, geradezu euphorischen Vorstellungen in der Zeit des Zusammenbruchs. Aber diese überraschende Schlussfolgerung war notwendig, nachdem selbst Ohlendorf deutlich gewesen sein muss, dass die deutsche Industrie nur noch aus den Restbeständen von Einzelteilen Waffen montieren konnte, da die Grundproduktion des Ruhrgebietes seit November 1944 ausgefallen war.

Einige Monate zuvor hatte Ohlendorf bereits zukünftige Kriege vorweggenommen. Sicher hatte er von der oft privat geäusserten Absicht Hitlers gehört, nach seinem Sieg in Europa einen neuen Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen, um endlich sein Ziel der Weltherrschaft zu erreichen, für die er bereits seit 1925 triumphale Bauten entworfen hatte.

Im Jahre 1941 machte Hitler diese Absicht bei einem seiner Monologe im Führerhauptquartier deutlich: «Berlin wird einmal die Hauptstadt der Welt... Wer die Reichskanzlei betritt, muss das Gefühl haben, vor den Herrn der Welt zu treten... [Denn] sind wir die Herren in Europa, dann haben wir die dominierende Stellung in der Welt. Mit den anderen Staaten in Europa kommen wir [bei 230 Millionen Deutschen] auf 400 Millionen und damit nehmen wir es auf gegen 130 Millionen Amerikaner.»[14]

Und Ohlendorf: *«Die Gegner der Zukunft, etwa Amerika*[15], müssen alle im Zivilisatorischen anfangen, wir aber werden auch bis dahin alte Kulturwerte und Wesenswerte einsetzen können und aus ihnen Kräfte schöpfen und Möglichkeiten gewinnen, über die diejenigen, die sich auf das Zivilisatorische beschränken müssen, nicht verfügen.»[16] Wohlgemerkt handelte es sich bei diesen wirklichkeitsfremden Vorstellungen aus dem Sommer 1944 um Theorien, wie zukünftige Kriege über die Kontinente hinweg zu führen seien.

In meinem Spandauer Tagebuch ging ich noch im März 1963 diesen Überlegungen nach[17]: «Sind die Sätze meines Schlusswortes, die damals soviel Zustimmung bei der Presse gefunden haben, gerechtfertigt? Ist es richtig, von einer erstmals durch Hitler verursachten technischen Gefahr zu sprechen? Ist Hitler nicht geradezu anti-modern gewesen. Zum Symbol nationalsozialistischer Ideologie erhob er schliesslich nicht die moderne Sämaschine, sondern den Sämann, nicht den Traktor, sondern den Pflug. Das Strohdach wurde dem Eternitdach vorgezogen, und die moderne Musik als Ausdruck unserer technischen Zeit durch Volksgesänge ersetzt. Hitler konnte gegen die «seelenlose Maschine' polemisieren. Von einem kulturpessimistischen Standpunkt aus mag manches an diesen Bestrebungen verständlich gewesen sein. Aber diese Anti-Modernität verhinderte Hitler, dem Sieg näherzukommen: Strohdach, altmodische Vorstellungen von handwerklicher Fertigung, Aufteilung des Landes in einzelne Bauernhöfe standen nicht nur in Praxis der rationalen Ausnutzung der deutschen Produktion entgegen, sondern viel mehr noch durch ihren ideologischen Hintergrund. Als ich 1942 meine Arbeit als Rüstungsminister begann, stiess ich immer wieder auf derartige Hindernisse oder ich focht gegen eine Gummiwand, wenn beispielsweise meinen Forderungen, die Atomspaltung mit allen Mitteln zu fördern, ein Artikel im Parteiorgan, dem «Völkischen Beobachten, entgegengesetzt wurde unter dem Titel: «Die jüdische Physik regt sich wieder'.

Bezeichnend für diese Verflechtung mit einer romantischen Ideologie war beispielsweise auch die Ablehnung Hitlers, Görings und Sauckels, die deutschen Frauen während des Krieges genauso für die Rüstung arbeiten zu lassen, wie das als selbstverständlich in den anglosächsischen Ländern geschah. Als Motiv wurde angegeben, dass die deutschen Frauen durch Fabrikarbeit in Moral und Gebärfahigkeit geschädigt würden. Solche weltfremden Gefühle vertrugen sich eben nicht mit Hitlers Absichten, Deutschland zur mächtigsten Nation der Erde zu machen. Unser Reich wurde bis 1942 nur scheinbar nach technisch-rationalen Gesichtspunkten regiert.»

Hitler war, wenn ich es genau betrachte, auch in seinen Rüstungsentscheidungen antimodern. Nicht nur stemmte er sich gegen die Maschinenpistole, weil sie den Soldaten zur Feigheit verleite, und weil sie den Nahkampf unmög-

lich mache; auch lehnte er den Düsenjäger ab, weil die extreme Geschwindigkeit dem Kampf hinderlich sei. Er konnte dem Strahlantrieb sowenig Verständnis entgegenbringen wie bis 1943 den Raketen. Er misstraute sogar unseren zögernden Versuchen, durch eine Atomspaltung zu einer Atombombe zu kommen und erklärte sie in Privatgesprächen als Ausgeburt jüdischer Afterwissenschaft. So huldigte Hitler wie Ohlendorf und mit ihnen die Mehrheit der führenden Parteigrössen scheinbar menschenfreundlichen Idealen. Der Krieg sollte mit der Technik gewonnen werden, aber eigentlich war die Technik das Böse.

Auch ich vertrat noch in meinem Nürnberger Schlusswort die These, dass die Entwicklung der Technik das Menetekel unseres Zeitalters sei. Statt mich um meine Verteidigung zu kümmern, warnte ich vor den Folgen moderner Technik: «Die Diktatur Hitlers war die erste Diktatur eines Industriestaates dieser Zeit moderner Technik, eine Diktatur, die sich zur Beherrschung des eigenen Volkes der technischen Mittel in vollkommener Weise bediente.» Ich führte weiter aus, «der Alptraum vieler Menschen, dass einmal die Völker durch die Technik beherrscht werden könnten, [sei] im autoritären System Hitlers nahezu verwirklicht gewesen. In der Gefahr, von der Technik terrorisiert zu werden, steht heute jeder Staat der Welt. In einer modernen Diktatur scheint mir dies aber unvermeidlich zu sein. Daher: je technischer die Welt wird, umso notwendiger ist als Gegengewicht die Forderung auf individuelle Freiheit und auf Selbstbewusstsein des einzelnen Menschen.» War mir damals deutlich, dass ich selber die Vorherrschaft der Technologie in Deutschland durchgesetzt hatte? Bis dahin war Massenproduktion den ideologischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus konträr gewesen. Der Einfluss des frühen Hitler ist ja in der verqueren Ideenwelt Ohlendorfs fast Wort für Wort abzulesen. Die Gedankengänge Ohlendorfs waren in vielerlei Hinsicht der ideologischen Substanz des frühen Nationalsozialismus entnommen.

Tatsächlich geben die Widersprüche zwischen Ohlendorf und mir Konflikte wieder, die bis in die Studentenrevolte reichen. Manche Bedenken unserer Zeit zielen in ähnlich emotionale Welten, und vieles, was Ohlendorf proklamierte,

wirkt wie eine Vorahnung der Probleme, die die Industriegesellschaft den modernen Staaten unterdes auferlegt hat. Heute aber vertrete ich Forderungen, die denen Ohlendorfs ähnlich sind. Aber es hat mir einige Zweifel verursacht, als ich jetzt entdeckte, dass ausgerechnet bei Ohlendorf Parallelen zu solchem Denken zu finden sind.

Sollten solche Zusammenhänge bedenklich stimmen?

Zweiter Teil

Bedrohungen und Bemühungen

Unzuträglichkeiten im Protektorat

Die Industrie des «Protektorat» genannten tschechischen Gebietes hatte die SS vor 1942 genauso als ihre eigene Domäne angesehen wie ab September 1941 nach dem Sturz des Reichsprotektors für Böhmen und Mähren, Freiherrn Konstantin von Neurath, die Verwaltung dieses Landes. Von da an bis zu seiner Ermordung am 4. Juni 1942 war Reinhard Heydrich der unbestrittene, von Berliner Zentralstellen weitgehend unabhängige Beherrscher dieses Gebietes, und auch nach seinem Tode wurde durch die Ernennung des unbedeutenden Karl Hermann Frank die Tradition fortgesetzt, nach der die Regierungsgeschäfte erprobten SS-Führern übertragen wurden. So war es nicht erstaunlich, dass Himmler und sein Stab danach strebten, die starke Waffenindustrie der ehemaligen Tschechoslowakei für SS-eigene Rüstungszwecke auszunutzen. Er betrachtete es offensichtlich als sein angestammtes Recht, als er in den ersten Monaten meiner Ministertätigkeit kurzerhand die Waffen- und Munitionsentwicklung der fortschrittlichen Skoda-Werke, zu denen auch die Brünner Waffenwerke gehörten, abzweigte. Um dieses Vorhaben abzusichern, war es Himmler im März 1942 gelungen, Hitler davon zu überzeugen, dass in Zukunft «die Skoda-Werke und die Waffenwerke Brünn ihre Neuentwicklungen in Zusammenarbeit mit der Waffen-SS machen» sollten.[1] Dieser Befehl Hitlers blieb mir viele Monate unbekannt; es handelte sich um eine der zahlreichen Zweigleisigkeiten Hitlers, die er unbeschadet des Ansehens seiner Minister oder Oberbefehlshaber immer wieder anordnete, ohne den eigentlich zuständigen Mitarbeiter auch nur davon in Kenntnis zu setzen. Wahrscheinlich ging diese Anordnung auf das Misstrauen Hitlers gegen das Heereswaffenamt zurück,

von dem er annahm, dass es allzu konservativ und Neuerungen abgeneigt sei. Ich selbst hatte, ohne diese Auswirkung ahnen zu können, am 16. März 1942 bei Hitler Bedenken ausgeräumt, die bis dahin für Entwicklungsarbeiten in diesen tschechischen Werken mit tschechischen Ingenieuren aus Geheimhaltungsgründen berücksichtigt werden mussten. Hitler bestimmte damals, den Skoda-Werken erstmals Beutewaffen zur technischen Auswertung auszuliefern und Heydrich von seiner Entscheidung zu unterrichten.[2]

Es entsprach durchaus der gegebenen Lage, wenn der Chef der Skoda-Werke, Voss, der Ehren-Standartenführer der SS war, in seinem ersten Bericht an Himmler versicherte, «bestrebt zu sein, sämtlichen Wünschen und Sonderwünschen der Waffen-SS in jeder Beziehung gerecht zu werden». Auf vielen Schreibmaschinenseiten wurden Himmler präzise Berichte über Entwicklungen für Gebirgshaubitzen, für einen 8 cm-Minenwerfer mit 48 Raketengranaten nach dem Muster der Stalin-Orgeln, über eine SS-Maschinenpistole, über Gewehrgranaten, über ein Maschinengewehr mit erhöhter Folge von 1'000 Schuss pro Minute und über ein automatisches Gewehr gegeben. Zu einem grossen Teil waren danach die Versuche bereits weit fortgeschritten und die «vom Reichsführer-SS gestellten Forderungen in weitestgehendem Masse erfüllt». Voss beendete seinen Brief an Himmler als «Ihr gehorsamst ergebener SS-Standartenführer».[3]

Himmler war beeindruckt: «Ihr Bericht über den Stand der Entwicklungsarbeiten hat mich sehr interessiert. Ich nehme an, dass sich jetzt die Zusammenarbeit recht gut eingespielt hat», antwortete er einige Wochen später.[4]

Drei Tage nach diesem Lob, am 11. Mai 1942, konnte Voss Himmlers Meinung bekräftigen: «Dadurch, dass wir die Gesamtentwicklung für die Waffen-SS bei Skoda und Brünner Waffenwerken im Verbindungsstab[5] konzentriert haben, und dadurch, dass eine systematische, intensive Zusammenarbeit mit dem SS-Waffenamt sichergestellt ist», sei die Entwicklung der neuen Waffen schneller vorangekommen als erwartet.[6]

Am 4. Juni 1942 gab Voss einen neuen ausführlichen Bericht an Himmler, der zeigt, dass die Entwicklung der SS-Waffen in der Tat Fortschritte gemacht hatte: der 8cm-Minenwerfer sei fertiggestellt, bei den Raketengranaten ein Ex-

emplar des Schiessgerätes zum gleichzeitigen Abfeuern von 48 Geschossen versuchsbereit, das endgültige Modell der SS-Maschinenpistole stehe für Schiessversuche bereit, eine Serienfertigung von Gewehrgranaten sei angelaufen, das neue Maschinengewehr würde durch Beschuss geprüft und dann den Vertretern des SS-Waffenamtes vorgeführt, ein Muster des neu entwickelten automatischen (Selbstlade-)Gewehrs sei an das SS-Waffenamt gesandt worden.[7]

Wie vollkommen Voss von der SS abhängig war, zeigte sich, als er es am 10. Juli 1942 für richtig hielt, nicht dem Verantwortlichen für die Luftrüstung, Feldmarschall Milch, sondern Himmler zu melden, dass sein Werk eine Bombe mit grosser Zielgenauigkeit entwickeln könne: «Diese Idee ist wichtig und dringlich genug, um unverzüglich untersucht zu werden... Bevor ich an den Generalfeldmarschall Milch herantrete, bitte ich ergebenst um Ihr Einverständnis.»[8] Voss sah sich als Beauftragter Himmlers für alle Entwicklungsprojekte, selbst der anderer Waffenteile, an.

In einem lange andauernden Prozess gelang es meinem Ministerium, die Vorherrschaft der SS im Protektorat auf dem Gebiet der Rüstung zurückzudrängen. Wir interessierten Hitler für die Fertigungen aus der Rüstungskapazität des Protektorats, die ja noch keineswegs ausgelastet war. Es ist bezeichnend, dass aus diesem Grunde den Skoda-Werken bei den Führerprotokollen ein vergleichsweise grosser Raum eingeräumt wurde: siebzehnmal werden sie erwähnt, im Vergleich zu 30 Feststellungen über die um ein Vielfaches wichtigeren Krupp-Werke. Bei Hitlers Interesse für Entwicklungs- und Produktionsfragen konnte es auf Dauer nicht ausbleiben, dass unsere Hinweise auf Konstruktionen der auch von Hitler hochgeschätzten Skoda-Ingenieure zu Weisungen führten, die unseren Einfluss bei den Skoda-Werken stärkten.

Bereits einige Wochen nach der Entscheidung Hitlers, die Entwicklungskapazitäten von Skoda und Brünner Waffen der SS zu übergeben, akzeptierte Hitler unsere Richtlinien für den Bau des Tschechen-Panzers 38 t, eines Panzers, der später als Jagdpanzer Marder 38 in den Heereseinheiten grosse Erfolge haben sollte[9], und wiederum eine Woche später wurde, ebenfalls für das

Heer, die Produktion einer von Skoda entwickelten 24cm-Kanone und einer 42cm-Haubitze angeordnet.[10] Sechs Wochen danach drang Hitler ungeduldig auf beschleunigte Lieferung dieser Geschütze für das Heer. Einige Monate später wurde, zusammen mit einem Modell von Krupp-Rheinmetall, die leichte Feldhaubitze von Skoda durch das Heereswaffenamt und nicht durch das Waffenamt der SS erprobt. Vorschläge Skodas für eine Lafette der Pak 8,8 cm wurden Hitler vorgelegt, der Vergleiche mit der von Krupp-Rheinmetall konstruierten anordnete.[11] Anfang Januar 1943 wurde von Hitler der Weiterbau des luftgekühlten 6,5 t-Tatra-Lastwagens wegen seiner «hervorragenden Leistungswerte» befohlen.[12] Einen Monat später konnte eine Produktion von zunächst monatlich 150 Jagdpanzern 38 t bei der Böhmisch-Mährischen Maschinenfabrik verplant werden.[13] Auch wurden die Erfahrungen von Skoda bei der Entwicklung einer 3 cm-Doppelflak für die U-Boot-Bewaffnung auf Befehl von Hitler eingesetzt.[14] Welche Kapazitäten lagen bis dahin in der Tschechei brach!

Diese Entwicklung erlaubte es mir, etwa zur gleichen Zeit, im April 1943, in einem Schreiben an SS-Gruppenführer Jüttner die Fertigung einer SS-entwickelten Waffe im Protektorat als irrealen Gedanken einzustufen und ihm mitzuteilen, dass dem in seinem Schreiben vom 14. Dezember 1942 ausgesprochenen «Wunsch nach Fertigung von 10'000 Stück der M.P. [Maschinenpistole] SS 42» im Protektorat nicht stattgegeben werden könne, weil «waffen- und fertigungstechnisch gegenüber der [vom Heer] eingeführten M.P. 40 keine Leistungssteigerung zu erzielen sei, da sie ebenfalls die Pistolenpatrone 08 verschiesst. Die Fertigung bei den Waffenwerken Brünn würde eine erhebliche Beeinträchtigung des Ausstosses anderer Geräte bedeuten, darunter des Karabiners 98 k und der 3,7 cm-Flak, deren höchstmögliche Steigerung der Führer kürzlich als vordringlich bezeichnet hat. Unter diesen Umständen halte ich die Fertigung der M.P. SS 42 in einer Auflage von 10'000 Stück für nicht vertretbar. Ich bitte, von der Weiterverfolgung der Angelegenheit abzusehen.»[15]

Mitte November 1943 konnte ich Hitler «über die beachtlichen Leistungen der Rüstungswerke des Protektorats» berichten, «und die Versicherung der beteiligten Dienststellen und der Werkführungen übermitteln, dass sich diese be-

reiterklärt haben, ihre Leistungen in Jahresfrist durch weitere Massnahmen intensiver Leistungssteigerung auf etwa den doppelten Stand von heute» zu erhöhen.[16] Von SS-gesteuerter Produktion wurde nicht mehr gesprochen.

Wir hatten ermittelt, dass in der Tschechei seit Beginn der deutschen Besetzung eine Kapazität von einigen hundert Tschechenpanzern, einschliesslich aller Zulieferungen, auch der Motoren usw., vorhanden war. Nach der Zustimmung Hitlers konnte nun endlich der vor Jahren entwickelte 38 t voll in die Produktion genommen werden. Er hat sich später als ein ausgereiftes Fahrzeug erwiesen, das bei der Truppe beliebt war. Das tschechische Industriegebiet konnten wir ab Ende November 1943 durch diese Vollmacht Hitlers für die Produktion des sogenannten Tschechenpanzers einsetzen. Aber erst Mitte Mai 1944 wurde uns die SS-Schlepperproduktion in der Böhmisch-Mährischen Maschinenfabrik übergeben. Hitler stimmte unserem Kompromissvorschlag zu, dass die SS als Entschädigung von 1’000 produzierten Jagdpanzern des Typ 38 t 25 Aggregate des Fahrgestells des 38 t zu eigener Verwendung erhalte.[17] Durch solche Verzögerungen gelang es uns erst nach zehn Monaten, im Oktober 1944, 385 Stück abzuliefern. Die durch die Fliegerangriffe ab Spätsommer 1944 eingetretenen Erschwerungen liessen die Panzerproduktion des Reichsgebietes (ohne die des 38 t) von 1‘540 im Juli 1944 auf 754 im Januar 1945 abfallen. Im Gegensatz dazu konnte trotz aller Widrigkeiten von 107 38 t im Juli 1944 auf 434 im Januar 1945 gesteigert werden. Welche Reserven an Panzerkapazitäten müssen in der Tschechei brachgelegen haben.[18] Die festgelegte Produktion von monatlich 100‘038 t konnte im Frühjahr 1945 wegen der mangelnden Stahllieferungen natürlich nicht mehr erreicht werden. Aber es geht aus dieser Darstellung hervor, welche Verluste der deutschen Heeresleitung durch die Rüstungspolitik der SS-Hierarchie in der Tschechei entstanden sind.

Es ist nachträglich kaum zu schätzen, wieviel mehr Panzer durch diese ungenutzte Kapazität hätten an das Heer in den Jahren zuvor abgeliefert werden können. Zwar ist es sicher angebracht, nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei im Frühjahr 1939 ein Jahr für die Beseitigung anfänglicher Verwaltungsschwierigkeiten, ein weiteres Jahr für die notwendige Anlaufzeit zur vol-

len Produktionshöhe einzusetzen. Wenn ich aber auch nur den Zeitraum von 1941 bis 1943 berücksichtige, kann von zwei verlorenen Jahresproduktionen, also einem Verlust von rund 20'000 dieses leichten, wendigen Panzers gesprochen werden. Ein drastisches Beispiel für den Dilletantismus der SS, aber auch für ihre Unfähigkeit, sich das tschechische Industriepotential für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Denn Hitler selbst hatte nie Bedenken, aus grundsätzlichen Erwägungen die Rüstungskapazitäten der Tschechoslowakei auszunutzen; wie er nach anfänglichem Zögern auch immer dazu aufforderte, die der besetzten Länder (Frankreich, Belgien, Holland) zur Stärkung der deutschen Wehrkraft einzusetzen.[19]

Mitte Mai 1944 waren auch die letzten unkontrollierbaren Einflüsse der SS von Skoda genommen: «Dem Führer über die erfreuliche Entwicklung der Ausbringungszahlen der Skoda-Werke berichtet, unter Vorlage einer Gegenüberstellung des Ausbringens im Januar 1943, Januar 1944 und März 1944. Der Führer hat gebeten, dem Werk seinen Dank und seine Anerkennung auszusprechen, unter gleichzeitiger Betonung der hervorragenden Entwicklungsleistungen des Werkes. Er hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, dass für die Waffenwerke Brünn ähnliche Massnahmen eingeleitet werden, um auch dieses Werk auf den gleichen Leistungsstand zu bringen.»[20] Mittelbar geht aus diesem Bericht hervor, dass vor unserem Eingreifen die SS-eigene Skoda-Produktion gering gewesen sein muss.

Besonders war Hitler zunehmend von der Arbeit der Techniker beeindruckt, die erst für die SS und nun für meine Organisation arbeiteten. Anfang November 1944 sprach sich Hitler über Vorschläge der Skoda-Ingenieure für eine automatische Mehrschiessvorrichtung des 8 cm-Granatwerfers ausserordentlich lobend aus.[21] Am gleichen Tag unterrichtete ich Hitler davon, dass bei einem vom Heereswaffenamt durchgeführten Vergleichsschiessen verschiedener Muster schwerer Feldhaubitzen das Skoda-Modell am besten abgeschnitten hatte. Bei dieser Gelegenheit war von Skoda ein neuartiges Geschoss mit einem sogenannten «Sognapf» vorgeführt worden. Voller Enthusiasmus ordnete Hitler an, dass der tschechische Erfinder dieses neuartigen Geschosses eine hohe steuerfreie Dotation erhielt.[22]

So war nach zwei Jahren Hitlers Befehl vom 30. März 1942, wonach die «Skoda-Werke und die Waffenwerke Brünn ihre Neuentwicklung in Zusammenarbeit mit der Waffen-SS zu machen» hätten, überholt.[23] Aber Jahre waren verloren und die Produktion Tausender von Panzern, Geschützen und Infanteriewaffen verspielt.

Hitler war von der Mitarbeit der tschechischen Ingenieure und Techniker beeindruckt. Daher stimmte er auch noch in den letzten Tagen des Krieges ohne Weiteres zu, als ich ihm bei meinem Besuch im Berliner Bunker in der Nacht vom 23. auf 24. April 1945 vorschlug, den Befehl zu erteilen, die führenden tschechischen Industriellen und Ingenieure der Rache der Russen zu entziehen und ihnen einen Flug in das amerikanische Hauptquartier zu ermöglichen.[24] Wie jüngst festgestellt wurde, sind sie in der Tat auf westlichem Gebiet angekommen, und einige von ihnen sind dann, wie manche ihrer deutschen Konstrukteurs-Kollegen, in die USA gelangt. Es ist anzunehmen, dass sie dort noch Jahrzehnte gearbeitet haben.

Mit einiger Ironie soll festgestellt werden, dass es sich dabei wohl um den vorletzten Erlass Hitlers gehandelt hat. Ihr folgte nur noch jene Verfügung, in der er Grossadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger einsetzte.

Im technischen Bereich waren damit klare Verhältnisse geschaffen, im verwaltungsmässigen jedoch gelang es nicht, die Zuständigkeit diesen Gegebenheiten anzupassen. Das hing damit zusammen, dass ich wohl Hitler für Entscheidungen über Produktionsfragen gewinnen konnte, dass er aber auswich, sobald verwaltungsmässige Zuständigkeiten seiner delegierten Machthaber in der Tschechei, im Generalgouvernement oder in Holland eingeschränkt werden sollten.[25] Hatte ich solche Anliegen, musste ich mich mit dem Chef der Reichskanzlei Lammers begnügen, und dieser suchte in der Regel eine Rückversicherung bei Bormann, der wiederum mit Himmler paktierte. Das Ergebnis meiner Bemühungen konnte daher nur negativ sein.

Zu meinem örtlichen Repräsentanten war der Leiter der Rüstungsinspektion Prag, General Hernekamp, bestellt, der gleichzeitig von mir zum Vorsitzenden der Rüstungskommission, das heisst zum Chef der höchsten zusammenfassen-

den Stelle aller Rüstungsinteressen im Protektorat bestellt war. Natürlich wurde er von der SS-geleiteten Führung des Protektorats erbittert bekämpft. Im Herbst 1943 gab es einen heftigen Streit zwischen dem SS-abhängigen Prager Verwaltungszentrum und meinem Ministerium. Am 8. Oktober 1943 konnte in Berlin nach einer ermüdenden Diskussion zwischen SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank und mir eine befriedigende Übereinkunft für das Protektorat erzielt werden. Dabei war Franks Position zunächst schwach, da er es nicht wagen konnte, sich in Ausführungen von Produktionsbefehlen Hitlers einzuschalten. Die Chronik des Ministeriums hielt fest: «Der Minister erreichte, dass Frank das Weisungsrecht Speers auf dem Rüstungsgebiet anerkannte. Dabei wurde Frank – zur Wahrung des Gesichts der politischen Autonomie von Böhmen und Mähren – zugestanden, dass die Adressierung von Weisungen über ihn laufen sollte.»[26]

Die Schwierigkeiten nahmen trotz dieser Vereinbarung nicht ab. In der täglichen Kleinarbeit geschah es immer häufiger, dass SS-Stellen meine Organisation übergingen. Um meine Stellung eindeutig zu fixieren, teilte ich am 2. März 1944 Frank als dem verantwortlichen Chef der in Prag installierten deutschen Verwaltung meine Absicht mit, «zum Zwecke der Zusammenfassung meiner Dienststellen im Protektorat Böhmen und Mähren den Vorsitzer der Deutschen Rüstungskommission, Generalmajor Dipl. Ing. Hernekamp zu meinem Beauftragten für Böhmen und Mähren zu berufen».[27] «Gegenüber dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit», hiess es in dem beigegebenen Entwurf zu einem Erlass, «hat er die Befugnisse, die sich aus seiner Stellung als Vorsitzender der Rüstungskommission nach meinem Erlass vom 29. 10. 1943 über die Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft ergeben. Der Beauftragte ist für eine einheitliche Ausrichtung meiner Dienststellen im Protektorat Böhmen und Mähren verantwortlich.»[28]

Dass sich die SS von solchen Bestrebungen der Zentralisierung wenig beeindrucken liess, zeigt ein Fernschreiben Kammlers vom 13. Juni 1944, in dem er Himmler darüber informierte, dass sich Staatsminister Dr. Frank «für Sondermassnahmen zur Schaffung unterirdischer Fertigungsstätten für Rüstungsbetriebe im Protektorat» für zuständig erklärt habe.[29] Ich wusste von solchen Absprachen nichts.

Aber die Widerstände waren offensichtlich. Daher richtete ich am 19. Juni 1944 an Lammers ein grundsätzliches Schreiben, in dem ich ihn bat, die Reichsautorität zu wahren und die direkte Berliner Befehlsgebung nicht durch regionale Regierungssysteme unterlaufen zu lassen.

Dieses Verlangen nach Aufrechterhaltung einer unmittelbaren Einflussnahme war für meine Organe der Selbstverantwortung der Industrie von Wichtigkeit, weil wir, wie etwa ein grosser Konzern, nur durch zentrale Steuerung der einzelnen Produktionssparten ein Optimum an Leistung erreichen konnten. In dieser Kernfrage beschwerte ich mich in einem Schreiben an Lammers: «Ich kann, um die Einheitlichkeit der Befehlsgebung nicht zu gefährden, auf diese einheitlich in der gesamten Rüstung durchgeführte Organisationsform nicht verzichten.»[30] Aber auch diese Intervention hatte keinen durchschlagenden Erfolg. Am 15. August 1944 beklagte ich mich erneut bei Lammers, dass «der Beauftragte des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion für Böhmen und Mähren, General Hernekamp den autonomen Ministerien gegenüber kein unmittelbares Weisungsrecht» habe und «sich jeweils mit dem Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren» zur Verwirklichung seiner Befehle in Verbindung setzen müsse.[31]

Natürlich sind einige Reaktionen des SD-Beauftragten in Prag und seines unmittelbaren Vorgesetzten III (Seibert) in der Berliner Zentrale vor dem Hintergrund meines erfolgreichen Angehens gegen die SS-Priorität in der tschechischen Rüstungsindustrie zu verstehen. Der SD Prag unterstützte das dortige SS-Regime in seinem Machtstreben, das durch die Tätigkeit meines Ministeriums gestört wurde. Als ich dann im Protektorat eine direkte Befehlsgebung meines Beauftragten General Hernekamp an die dortigen Regierungsstellen durchzusetzen versuchte, musste dies den SD vollends zu meinem Gegner machen.

Der SD gab jede Woche Berichte über die Wirtschaftslage und über die Stimmung der Bevölkerung. Gelegentlich wurden diese auch Hitler vorgelegt. Wie Ohlendorf meinte, versuchte der SD, über diese Berichte Politik zu machen, indem er sie tendenziös auswählte und an einflussreiche Persönlichkeiten

verteilte. Sie seien, so sagte mir Ohlendorf im Jahre 1944, als Darstellung der öffentlichen Meinung aufzufassen; sie sollten die unbeeinflusste Stimmung im Volk ausdrücken, um sie den höheren Stellen zur Kenntnis zu bringen. In seiner Vernehmung in eigener Sache vor dem Nürnberger Militärgerichtshof hat Ohlendorf nochmals betont: «Mir wurde als konkrete Aufgabe gestellt, einen wirtschaftlichen Nachrichtendienst aufzubauen, eine Organisation zu schaffen, die in der Lage sei, aus dem Gebiet der Wirtschaft all das an Nachrichten herauszuholen, was an Fehlentwicklungen zu wissen für die nationalsozialistische Führung wesentlich sei.»[32] Wahrscheinlich hatte sich in der Tat der SD unter dem Kommando Ohlendorfs anfänglich zur Aufgabe gestellt, die Staats- und Parteiorgane objektiv über Missstände zu unterrichten. Diese Absicht mag ehrlich gewesen sein. Aber wie so oft im administrativen Geschehen, hatte sich dieser Apparat verselbständigt und war zum Selbstzweck geworden. Im Laufe der Jahre entstand eine Art Zugzwang, immer wieder neue Beanstandungen vorzubringen, um den angewachsenen Apparat nicht in den Verdacht kommen zu lassen, unnötig geworden zu sein. Das musste zu Übertreibungen führen.

Zudem war die Versuchung zu gross, ein solches Instrument auch zu politischen Zwecken zu nutzen. Gerade im Falle der Rüstung. Nachdem Ohlendorf ab September 1943 seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen durchzusetzen versuchte, sollten natürlich auch die Berichte des SD der Unterstützung der von ihm gewünschten neuen Richtung dienen, wie auch der Vorbereitung von Ohlendorfs weitreichenderen Plänen, zum Generalsekretär der deutschen Wirtschaft zu avancieren. Gleichzeitig untermauerten die SD-Berichte seine Ansichten von der Unzulänglichkeit meiner Rüstungsorganisation.

Wenn also vom Sommer 1944 an der SD immer neue Argumente gegen die Zuverlässigkeit der Industrie vorbrachte, wussten Ohlendorfs Untergebene, dass negative Urteile über die Rüstungsindustrie in der Zentrale des SD nicht unwillkommen waren. Das stellte eine Gefahr dar. In fast allen Behörden mit rigorosen Chefs wurden damals gefärbte Berichte abgegeben, um nicht unangenehm aufzufallen. So erzählte mir beispielsweise der deutsche Botschafter in Spanien, Stohrer, bei meinem Madrider Besuch im Herbst 1941, dass er gezwungen sei, seine Meldungen in einem Ton zu fassen, der beim Aussenmini-

ster Ribbentrop nicht sofort auf Ablehnung stosse. Er müsste sich der offiziellen Sprachregelung anpassen, damit sie überhaupt gelesen würden.

Hinzu trat die Unzulänglichkeit der Mitarbeiter des SD. Es hat den Anschein, als ob kleine Angestellte der Firmen, die gleichzeitig zu untergeordneten Organen des «Sicherheitsdienstes der SS» bestellt worden waren, ihrem Ärger über ihre Vorgesetzten in durchsichtigen Verdächtigungen Luft machten. Wahrscheinlich waren sie auf Grund ihrer SD-Stellung im Betrieb grössenwahnsinnig geworden, fühlten sich auch verpflichtet, ihre Vertrauensstellung durch Berichte zu festigen. Wir waren damals der Meinung, dass sie es als ihre Aufgabe ansahen, um jeden Preis Unerquickliches zu finden. Darin kann ohnehin die Eigenschaft und die Gefahr eines jeden Spitzelsystems gesehen werden.

So kam es zu kleinlichen Berichten, die kaum lohnen würden, erwähnt zu werden, wenn es nicht gerade typisch für das System wäre, dass sich die Unzuträglichkeiten des Arbeitsprozesses aus einer Unzahl kleiner Intrigen des SD oder anderer Parteistellen zusammensetzten. Natürlich hat sich nur ein Teil dieser SD-Berichte erhalten, mit denen er die Unzulänglichkeit der Rüstungsverwaltung beweisen wollte. Aber sie genügen, um die von oben gesteuerte Tendenz zu zeigen. Zu meinem Glück aber blieben sie mir und meinen Mitarbeitern meist unbekannt; ihre Widerlegung hätte mich weitgehend gebunden.

Jedenfalls habe ich noch selten solch einen oberflächlichen Unsinn gelesen, wie er auf den nachfolgenden Seiten zusammengefasst ist.

So wurde etwa Ohlendorf vom Leiter des Sicherheitsdienstes in Prag darauf aufmerksam gemacht, dass «Reichsminister Speer voraussichtlich am 30. Juni 1944 nach Prag kommen wird, um hier vor allem die Böhmisch-Mährischen Maschinen-Fabriken A.G. zu besichtigen, bezw. Besprechungen wegen des Panzerprogramms zu führen. Von Seiten der BMM ist vorgesehen, dass Reichsminister Speer entweder einem Kameradschaftsabend der «tschechischem Gefolgschaft der BMM beiwohnt oder eine Dampferpartie mit dieser macht», sicher eine ungewöhnliche Absicht, die jedoch meinem Verhältnis

auch zu den tschechischen Mitarbeitern entsprochen hätte. Es war verständlich, dass «der Staatsminister [Frank] aus Sicherheitsgründen erhebliche Bedenken [habe], so dass es zu diesen Veranstaltungen nicht kommen dürfte». In der Tat konnte diese Absicht nicht verwirklicht werden, aber ich besuchte das Werk und sprach, ohne besonderen Schutz angefordert zu haben, inmitten der tschechischen Gefolgschaft stehend, über unser Rüstungsziel und bedankte mich für die Leistungen der tschechischen Industrie, die unter den gegebenen Umständen erstaunlich wären.

Boshaft fährt dieser SD-Bericht fort: «In Fachkreisen wird der Besuch des Reichsministers Speer ausschliesslich mit dem Panzerprogramm in Zusammenhang gebracht. Besonders bemerkenswert ist dabei folgende Kombination führender Industriekreise: Hauptdienstleiter Saur habe erklärt, dass das von ihm ‚für die Tschechen gemeldete Panzerprogramm [des Tschechenpanzers 38 t] nicht in der beabsichtigten Form durchgezogen werden könnte und er sich deshalb eine Rückendeckung verschaffen müsse. Wenn auch der bisherige Ausstoss auf Kosten anderer Fertigungen habe erfüllt werden können, so sei das beim Juli-Ausstoss nicht mehr der Fall. Bei seinem Prager Besuch würde jedoch Reichsminister Speer alles in Ordnung finden und wahrscheinlich dem Führer dementsprechend berichten. Damit wäre aber Saur die letzte Verantwortung los, denn er könnte auf Speer verweisen, der sich ja selbst von dem ordnungsgemässen Ablauf des Panzerprogramms in Prag überzeugt habe.»[33]

Die Primitivität dieser Vermutung beweist, welches geistige Niveau diese «Oberverdachtschöpfer», wie sie damals in ironischer Weise genannt wurden, besassen.

Auch Frank äusserte, in einem Schreiben vom 16. August 1944, ähnliche Bedenken. In der Tat hatte es Schwierigkeiten gegeben. Wie Saur am 28. August Frank in meinem Auftrag antwortete, sei «am 1. Juni 1944 das hundertste Fahrzeug [des 38 t] vom Band gelaufen. Kleine Beanstandungen, die in jedem Panzerwerk, auch bei eingeführten Modellen vorkommen, wurden innerhalb der nächsten Tage beseitigt. Das letzte Fahrzeug der hundert des Juni-Ausstosses verliess» damit allerdings erst «am 7. August das Werk». Vom Juli-Ausstoss konnten «durch Mängel am Vormaterial» die letzten Fahrzeuge ebenfalls erst Anfang August abgeliefert werden. Auch in der Produktion des August

«scheint infolge aufgetretener unvorhergesehener Schwierigkeiten die Zahl von 200 nicht erreichbar. Es wird selbstverständlich [im August] mit allen Mitteln ein Höchstausstoss angestrebt, der voraussichtlich mit etwa 170 erreicht wird.»

Es wäre kaum möglich gewesen, Hitler, wie es der SD unterstellte, mit falschen Zahlen irrezuführen. Denn er nahm persönlich die Verteilung der als abgeliefert gemeldeten Panzer vor. Proteste der Truppeneinheiten wegen Nichteinhaltung der Versprechungen wären unvermeidlich gewesen. Daher war es selbstverständlich, dass Saur in seinem Brief abschliessend feststellte, es würde dem Führer «laufend über die aussergewöhnlichen Schwierigkeiten berichtet»[34], was dem Regierenden in Prag gleichzeitig die Widerstände erläutern konnte, die durch mangelndes Verständnis der Prager Verwaltung sich uns entgegenstellten.

Der Leiter der Abteilung III D-Ost im Reichssicherheitshauptamt, an den dieses Schreiben aus Prag gerichtet war, zeigte sich mit der von uns betriebenen Rüstungspolitik noch unzufriedener. In einem Bericht über seine Dienstfahrt in das Protektorat, vom 24. bis 31. Oktober 1944, legte er seine negative Meinung über das Ministerium und seine Arbeitsweise nieder. Sie sei als katastrophal anzusehen. Das dürfte als Hintersinn aus den nun folgenden Ausführungen dieses SD-Referenten Ost zu lesen sein: «Eines der akutesten Probleme liegt auf dem industriellen Sektor in der Verlagerung von Altreichindustriebetrieben in den Böhmisch-Mährischen Raum... Aus der bereits in mehreren Berichten behandelten Verlagerung der Wiener-Neustädter Flugzeugwerke war zu ersehen, wie planlos und teilweise ohne Berücksichtigung wichtiger Produktionsfaktoren, wie Verkehrsmittel, verlagert wurde. Die mündlichen Rücksprachen sowohl in diesem Fall als bei der Verlagerung einer Reihe anderer kriegsentscheidender Fertigungen, besonders der Luftwaffen- und Panzerproduktion ergaben, dass es sich hier nicht nur um Unzulänglichkeiten und Missstände im Rahmen der Führung der Betriebe handelt, sondern in erster Linie um eine völlig fehlende zentrale Lenkung der gesamten Verlagerungsmassnahmen.» Darauf also zielte diese Kritik des SD ab. Der Bericht wird noch böswilliger: «Praktisch tut jede Firma oder der zuständige Ausschuss was er will.

Es wird in wilder Konkurrenz der einzelnen Firmen untereinander, ohne Rücksicht auf die jeweilige Wichtigkeit der Produktion nur nach Massgabe der besseren Verbindung der Betriebsführung zu den in den Ortsverhältnissen völlig unbewanderten Berliner Reichsstellen versucht, die am günstigsten erscheinenden Produktionsstätten mit Beschlag zu belegen.» Es müssten demnach in der Zentrale chaotische Befehlsverhältnisse vorgelegen haben, wogegen, selbst noch um diese Zeit, die trotz aller Luftangriffe und anderer Hindernisse erzielten Rüstungsleistungen sprechen. «Hierbei ist festzustellen, dass vielfach nicht nur die ungünstigen Verkehrsverhältnisse, sondern auch Arbeitseinsatz-, Verpflegungs- und Unterbringungsfragen sowie vor allem auch die sicherheitsmässige Lage nicht oder erst zu spät berücksichtigt werden.»[35] Ein Beispiel für die Unverfrorenheit, mit der diese unteren SS-Dienstgrade sich ein Urteil über die Arbeit angesehener Industrieller anmassten.

Bereits fünf Monate vor diesem Bericht des SD, am 7. Juni 1944, verwies ich den im gleichen Sinne protestierenden Frank: «Ich bin nicht der Meinung, dass das Protektorat für die Industrieverlagerung über Gebühr in Anspruch genommen ist. Die Hauptschwierigkeiten im Protektorat sehe ich nicht so sehr in dem Mangel an Fertigungsraum und an Unterbringungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte als in der Energieversorgung. Aus diesem Grunde bin ich schon bemüht, möglichst wenig Betriebsverlegungen in das Protektorat zuzulassen... Ich werde weiterhin bemüht sein, nur Anforderungen an das Protektorat auf dem Gebiet der Industrieverlagerung zu stellen, die – wenn auch mit Schwierigkeiten – erfüllt werden können.»[36]

Aus den Besprechungen ginge vor allem hervor, glaubte der SD-Bericht weiter feststellen zu müssen, dass «sich im Gegensatz zum Beispiel zum Generalgouvernement oder den eingegliederten Ostgebieten die Rüstungsinspektion und besonders deren einzelne Rüstungskommandos bisher in keiner Weise um eine solche zentrale Zusammenfassung und Planung der Verlagerung bemüht habe oder auch nur in der Lage gewesen sei, einer solchen Aufgabe nachzukommen. Die personelle Besetzung dieser Rüstungsdienststellen wurde allgemein als schlecht bezeichnet.» Dieser Angriff konzentrierte sich also auf eine Herabsetzung der Tätigkeit General Hernekamps und seiner Dienststellen.

Nicht durch die mir unterstehende Rüstungsinspektion, sondern «nur durch eine regionale (Prager) Dienststelle kann eine solche Aufgabe durchgeführt werden, da alle angeführten, besonders politischen und strukturellen Verhältnisse nicht von Berlin aus übersehen werden».[37] Wir werden im Folgenden sehen, dass einige Wochen später dieser Forderung des Sicherheitsdienstes Genüge getan wurde und dass fortan in der Tschechei eine der Prager Regierung unterstehende, autonome Wirtschaftsorganisation die Rüstung verantworten sollte.

Auch meine Entscheidungen wurden angegriffen, meine Absichten von Ohlendorfs Dienststelle, dem SD III D-Ost, scharf kritisiert: «Durch Reichsminister Speer wurde kürzlich das Problem aufgeworfen, die ins Protektorat verlagerten Produktionsstätten der Firmen von ihren bisherigen Konzernverbindungen zu lösen und an Protektoratskonzerne, insbesondere an die Waffen-Union (Skoda-Brünner-Waffen) und die BMM (Böhmisch-Mährische-Maschinenfabriken) anzugliedern.» Ich dachte bei dieser Lösung daran, die tüchtigen, eingespielten Verwaltungskörper der Protektoratskonzerne auch auf die neu in die Tschechei gelangten Firmen gleicher Art auszudehnen, was ein besseres Arbeitsklima ermöglichen und erhebliche Reibungen vermeiden konnte. Eine vernünftige, allerdings den deutschen Besatzungsgrundsätzen zuwiderlaufende Absicht. «Einer solchen Lösung», meinte daher auch der SD, «stehen jedoch sehr wesentliche politische, wirtschaftspolitische und produktionsmässige Bedenken entgegen, so dass der Plan zweifellos abgelehnt werden müsste.»[38] Hass und Missgunst gegen unsere Erfolge in der Tschechei sprechen aus diesem Bericht, von dem anzunehmen ist, dass er in der Berliner Zentrale des SD und von Ohlendorf mit Zustimmung und Interesse aufgenommen wurde.

Im gleichen Bericht des anonym bleibenden III D-Ost der Berliner Zentrale des Sicherheitsdienstes über seine Reise ins Protektorat wurde der SD Prag angewiesen, der Tätigkeit meiner Prager Dienststelle «ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, umsomehr als neben der Abstellung von Unzulänglichkeiten mit dieser Berichterstattung gleichzeitig noch das Ziel verfolgt werden muss, anhand des Protektoratsbeispieles positive Vorschläge zur künftigen besseren Ausgestaltung der deutschen Wirtschaftsverwaltung auch in sonstigen besetzten Ostgebieten zu machen». Der Ehrgeiz des SD zielte also, von

Berlin gesteuert, darauf hin, neue Formen einer Wirtschaftsorganisation zu entwerfen, was in der Tatsache begründet ist, dass der Chef des SD, Ohlendorf, ähnlichen Ehrgeiz für die gesamte Wirtschaft Deutschlands hegte.

Gleichzeitig versuchte der Sicherheitsdienst Ohlendorfs in der mittleren Ebene, kraft der Furcht, die allenthalben vor ihm bestand, die Funktionen auszuüben, die Ohlendorf in der Spitze als zukünftiger Generalsekretär des Generalbevollmächtigten Funk anstrebte. Dass grössere Zusammenhänge bestanden, dass es sich wahrscheinlich sogar um von Ohlendorf insinuierte Ideen handelte, zeigt auch eine Bemerkung im gleichen Bericht des Berliner SD-Referenten Ost vom 6. November 1944, dass «der bekannte und vom III D-Ost im Schreiben an SS-Gruppenführer Hayler bereits behandelte Vorschlag des Leiters des [Prager] Zentralverbandes der [tschechischen] Industrie, Dr. Adolf, auf Bildung einer Zentralwirtschaftskammer nunmehr von Bertsch in der von hier als tragbar empfundenen Form verwirklicht werden solle.[39]

Nach diesem Vorschlag sollte also ein zentrales Organ für die Tschechoslowakei geschaffen werden, das dem der gesamten deutschen Wirtschaft, wie sie unter Hayler und Ohlendorf in Planung war, entsprochen hätte.

Diese Richtlinien, die die Zentrale des SD für die Wirtschaftspolitik in der Tschechoslowakei herausgab, sind interessant genug, um sie, trotz ihrer Länge, weiter zu verfolgen. Es würde «auch im Protektorat die angestrebte und notwendige Einheitlichkeit der deutschen Verwaltung gegenüber dem Fremdvolk häufig durch das unkontrollierbare und den politischen Verhältnissen nicht Rechnung tragende direkte Hineinregieren Berliner Stellen durchbrochen. Auch hier sind es in erster Linie wieder die Dienststellen des Reichsministers Speer, wie Hauptausschüsse und Ringe, denen der Vorwurf eines die gesamtpolitischen und damit gleichzeitig auch kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten der deutschen Führung im Protektorat ausser Acht lassenden Vorgehens gemacht wird. Sie werden bisher in ihrer Handlungsweise begünstigt durch die Tatsache, dass die Rüstungsinspektion» – unter dem angefeindeten General Hernekamp – «als einzige deutsche wirtschaftliche Dienststelle völlig neben der vom Staatsminister gelenkten übrigen deutschen Wirtschaftsverwaltung

stand und Generalmajor Hernekamp als Leiter der Rüstungsinspektion auch zum Vorsitzenden der Rüstungskommission bestellt wurde.»[40]

Der seit 1942 ausgefochtene Streit um den Fremdkörper eines Wehrmachtsgenerals in der SS-gesteuerten Verwaltung des Protektorats konnte im November 1944 als abgeschlossen angesehen werden. Der SD-Abschnittsleiter Ost der Berliner Zentrale habe erfahren, so heisst es in dem Reisebericht weiter, dass «Hernekamp nach einer Rücksprache zwischen Speer und SS-Oberführer Bertsch gehen, die Leitung der Rüstungskommission auf Bertsch übertragen werde und die Rüstungsinspektion durch Besetzung mit einem Oberst als Leiter zu untergeordneter Bedeutung herabsinken» würde. «Eine solche Entwicklung» wäre zu begrüssen, da anzunehmen sei, «dass nunmehr auch die Ausschüsse und Ringe», das heisst in ihren Prager Vertretungen, «etwas straffer in die Zügel genommen werden».[41] Alles in allem ein Spiegelbild meiner geschwächten Stellung, wie sie gerade in diesen Wochen aus den Vorgängen um die Absetzung Schiebers hervorgeht. Offensichtlich machten sich die SS-Kreise dieser unteren Instanz Hoffnung auf eine Ausnutzung meiner politischen Schwäche, um dadurch erneut den ursprünglichen Zustand der SS-Herrschaft über die tschechische Rüstungsindustrie zu etablieren.

Inzwischen standen die sowjetischen Panzerkeile bereits an der Grenze der ehemaligen Tschechoslowakei, und immer noch wurde auch von meiner Seite um Positionen gekämpft. Nun, nachdem alles im negativen Sinne entschieden war, versuchte ich, den Verlauf der Dinge abzubremsen, indem ich zu einem im nationalsozialistischen System bewährten Mittel griff: der Abwerbung. Minister Bertsch, die Schlüsselfigur in der Prager Wirtschaftsverwaltung, war nicht abgeneigt, meinem Angebot zu folgen, eine wichtige Position in meiner Berliner Zentrale einzunehmen. Aber Hitler schloss sich am 1. November 1944 «den Bedenken von Minister Frank wegen der Verwendung von Minister Bertsch» in meinem Ministerium an.[42]

Diese Machtkämpfe vor dem Hintergrund des nahenden Untergangs erinnern an die Alpträume Franz Kafkas. Sie waren nicht ungewöhnlich. Überall wurde zwischen den Ministerien und in den Mittelinstanzen bis in die letzten Wochen

der Streit um Zuständigkeiten fortgesetzt, als ob das Reich nie zu besiegen sei. Ein Zusammenbruch schien einfach unvorstellbar. Diese Verdrängung von Tatsachen war eine typische Reaktion in den zwölf Jahren der Herrschaft Hitlers. Nun, am Ende angelangt, konnte selbst die letzte Konsequenz nicht mehr als Wirklichkeit erkannt werden. So weichen beispielsweise unheilbar Kranke ihrem Schicksal aus. Sie können ihr nahendes Ende nicht realisieren. Diese Verhaltensweise wurde noch verstärkt durch die gegenseitige Bestätigung der vor dem Untergang stehenden, bedrängten Funktionäre. Aus einer Autosuggestion, wie sie einem Krebskranken eigen sein kann, wurde eine Massensuggestion der führenden Schicht.[43]

Meine Mitarbeiter von der Rüstungsindustrie trieb eine andere Überlegung dazu, den Kampf um die Macht in der Tschechei nicht aufzugeben. In Frankreich, Belgien und Holland war mit den Militärbefehlshabern eine Politik der Erhaltung aller industriellen Werte durchgeführt worden. Sie geriet, wie ich glaubte, in der Tschechei in Gefahr, falls die Macht in der Rüstung vollends an die SS-Kreise übergehen sollte. Wie sich in den kritischen Wochen des März 1945 herausstellte, war das jedoch ein Irrtum. Ein Gespräch mit Minister Frank ergab schnell Übereinstimmung im Bestreben, sich Zerstörungsbefehlen Hitlers nicht zu beugen. Schliesslich gewann ich auch den als störrisch bekannten Feldmarschall Schörner für diese Politik.

In den letzten Monaten des Krieges fand die von der SS seit Monaten angestrebte Umorganisation der Mittelinstanz im Protektorat statt. Von nun an stand die Rüstungskommission nicht mehr unter dem Vorsitz von General Hernekamp, sondern unter dem von Minister Bertsch. Eine selbständige Parallelorganisation zur deutschen Selbstverantwortung der Industrie, mit Ausschüssen und Ringen, wurde im Protektorat aufgebaut und in einer Minister Bertsch unterstehenden «Kommission» zusammengefasst. Die Stellung Hernekamps war nach dieser Umorganisation bedeutungslos geworden.[44] Also hatte der SD-Bericht richtig vermutet.

Geschäftsführer dieser Kommission wurde Herr Fremerey. Auch ihn versuchte ich aus dem Bereich Franks in mein Ministerium abzuwerben, um damit die Fronde gegen Hernekamp zu schwächen.

Ich schrieb am 6. Januar 1945 an den neuen Vorsitzer der Rüstungskommission in Prag, Minister Dr. Bertsch, dass ich für «die Zusammenarbeit meines Ministeriums mit anderen, die Rüstung und Kriegsproduktion berührenden Ressorts ... Ihren Mitarbeiter, Regierungsdirektor Fremerey» übernehmen möchte.[45]

Aus dem Gedanken des Leistungsprinzips hatten wir darauf gehalten, dass die Betriebe ihre Weisungen unmittelbar vom Rüstungsministerium erhielten. Dies entsprach der Auffassung, dass nur ein einheitlich gelenkter grosser Wirtschaftsraum durch sofortige Ausgleichsmöglichkeiten verschiedener Produktionsstätten auch über Grenzen hinweg eine hohe Leistung ermöglichen konnte. Mit dieser Niederlage war entschieden, dass unsere Berliner Dienststelle in der Exekutive von den Entscheidungen halbautonomer Gebilde in den besetzten Ländern abhängig wurde. Die für das Protektorat gefundene Lösung hatte Ähnlichkeit mit der von Goebbels vorgeschlagenen vollen Verantwortung der Gauleiter für alle Fragen der Rüstung und Kriegsproduktion in ihren Gauen.[46] Bei einer Fortführung des Krieges, hätte diese Lösung ohne die Katastrophen ständiger Bombenangriffe, automatisch zu einer Zerschlagung der deutschen Rüstung geführt.

Es ist nach dieser Neuregelung nicht verwunderlich, dass der SD-Leitabschnitt Prag, unter dem Zeichen III D 4 sich am 19. Februar 1945 anmasste, an das Reichssicherheitshauptamt zu melden, wieviel Kohle und Koks vom 7. bis 16. Februar im Mährisch-Ostrauer Kohlerevier und im Gebiet von Karvin gefördert wurde.[47] Was hatte diese Tätigkeit noch mit sicherheitsdienstlichen Obliegenheiten zu tun? Wem diente diese Wichtigtuerei, ausser dem Beschäftigungsnachweis jüngerer, an der Front dringend benötigter SS-Unterführer? Denn natürlich waren diese Produktionsresultate von meinen untergeordneten Dienststellen zur Auswertung an die zuständige Abteilung meines Ministeriums gemeldet worden.

Gewiss war es bemerkenswert, dass trotz der Frontnähe täglich in beiden Revieren noch rund 38'000 Tonnen Kohle, gegenüber 45'000 Tonnen unter normalen Umtänden im Jahr zuvor, also immer noch 84 Prozent gefordert wurden. Auch entsprach, trotz aller Verkehrsschwierigkeiten, die Waggongestellung in diesen zehn Berichtstagen im Durchschnitt 93 Prozent der Förderung.

Aber wusste der SD auch, dass meine Beauftragten in der Tschechei der Belegschaft und der Direktion dieser Werke zugesagt hatten, auf eine Zerstörung zu verzichten, wenn bis zur Übernahme der Sowjets weitergearbeitet würde?

Mein Bevollmächtigter für die Produktion in Oberschlesien und in der Tschechoslowakei, der österreichische Generaldirektor Dr. Hans Malzacher, hatte sich mit mir verständigt, dass wir auch in den Ostgebieten keine Zerstörungen vornehmen lassen, nachdem dies nicht in den Industrien der westlichen Länder geschehen war. Zu welchem Zweck auch? Der Durchlauf des dort erzeugten Stahls oder der dort fabrizierten Zwischenprodukte bis zum fertigen Rüstungsgegenstand benötigte viele Monate. Bis dahin musste mit Sicherheit der Krieg endgültig beendet sein. Ausserdem lag von diesem Material soviel, durch unsere Verkehrskatastrophe verursacht, auf den Lagerhalden, dass die Neuproduktion für den Gegner keine zusätzlichen Rüs tungs vorteile bieten konnte. Es war in dieser Politik der Nichtzerstörung nur folgerichtig, dass bereits in Oberschlesien die Sowjets Kampfhandlungen um Industriestätten vermieden. Allerdings war durch Befehle Generaloberst Heinricis klargestellt, dass sich in diesen Werken keine Soldaten befinden und dass sie nicht zu Widerstandsnestern ausgenutzt würden. Durch diese Zusicherungen arbeiteten also sowohl in Oberschlesien wie in der Tschechei die Betriebe zum Teil unbehelligt in Reichweite der sowjetischen Artillerie bis zur letzten Möglichkeit.

Joseph Goebbels hat diese Verhinderung einer unsinnigen Zerstörung in seinem Tagebucheintrag vom 18. März 1945 getadelt: «Die Sowjets haben in Oberschlesien jetzt schon wieder angefangen zu arbeiten. Die Bergwerke sind in voller Tätigkeit.»[48]

Generaloberst Gotthardt Heinrici, der Befehlshaber der dort verteidigenden Armee, Dr. Malzacher und ich fuhren in den Abendstunden eines Märztages in das Rybniker Gebiet, um dort ein Kohlerevier und die dazu gehörenden Stahlwerke zu besichtigen. Die sowjetischen Kräfte waren nur einige Kilometer entfernt. Heinrici machte mich auf die Mündungsfeuer der sowjetischen Artillerie aufmerksam. Aber keine Granate würde nach Rybnik, dessen war man sich sicher, gefeuert werden, obwohl die Werkleitung sich noch nicht einmal die

Mühe machte, die grellen Lichter des Werkes abzudunkeln. Ein Bild friedlicher Produktionsverhältnisse, abstechend von der strikten Verdunkelung, wie sie in ähnlichen Werken an der Ruhr geübt wurde. Heinrici, Malzacher und ich standen inmitten der nicht unfreundlich reagierenden tschechischen Arbeiter. Es wurde mir bedeutet, dass diese Werke die sichersten Stellen der langen Front seien.

Rüstungsindustrielle werden verleumdet

Nicht weniger zielbewusst wandten sich die SD-Berichte gegen die Arbeit der Rüstungsinspektionen auf deutschem Gebiet und versuchten, sie in Misskredit zu bringen. So dürfte es sich beispielsweise um bestellte Arbeit gehandelt haben, wenn am 20. September 1944 vom SD anlässlich der Räumung der Industrie aus dem Łódźer Raum berichtet wurde, in meinem Ministerium sei weder eine einheitliche Planung der gesamten Rüstungsauslagerung vorhanden noch Vorsorge dafür getroffen. Zuständigkeitsstreitigkeiten beziehungsweise Gegensätze in höheren Reichsstellen hätten zur Folge, «dass keine zentrale Stelle einen Überblick über leerstehende Fertigungsstätten» habe, und «dass sämtliche örtlichen Stellen aus einem fast an Sabotage grenzenden Verhalten heraus bemüht sind, eine solche Übersicht zu erschweren, indem sie nicht von sich aus freie Fertigungsstätten melden, oder unzweckmässig ausgelastete Betriebskapazitäten einer Engpassfertigung zur Verfügung stellen».[1] Diese Kritik mag berechtigt gewesen sein. Auch wir in der Zentrale hatten oft das Gefühl, dass manche Massnahmen an Unzulänglichkeiten scheiterten. Aber konnte dieser unerfahrene SD-Berichterstatter in einer Zeit überstürzter Räumungsmassnahmen eine bessere Planung bewerkstelligen? Wohin zielte er mit seinem Sabotageverdacht?

So liess auch in einem zweiten Schreiben der SD-Leitabschnitt Düsseldorf am 11. Oktober 1944 das Reichssicherheitshauptamt in Berlin wissen, dass «die unverantwortliche bürokratische Arbeitsweise der Behörden die vorhandene verantwortungsbewusste Initiative der Betriebsführer» lähme. Daher sei eine «laufende Berichterstattung über Verbürokratisierung und Überorganisation der Wirtschaft» notwendig. Immer wieder werde «von Betriebsführern dar

über Klage geführt, dass durch die Arbeit der vielen Dienststellen, die alle gefragt sein wollen und alle sich einschalten, aber niemals eine Verantwortung übernehmen wollen und dementsprechend den Werken auch niemals wirklich tatkräftig aus eigener Initiative und Verantwortung heraus helfen, der deutschen Rüstungsindustrie bisher unheimlich geschadet worden» sei. Ein Vorwurf, der beinhaltete, dass durch eine fehlerhafte Rüstungsorganisation die Produktion der Waffen erheblich eingeschränkt würde. Nach dieser harten Kritik konnte erwartet werden, dass sie belegt würde. Aber der Berichterstatter weiss lediglich drei – vielleicht sogar berechtigte – Bagatellfälle anzuführen. Gerade deren Geringfügigkeit beweist, dass die Dienststellen des Rüstungsministeriums einwandfrei arbeiteten.

Im ersten Fall suchte im August 1943 ein SD-Mann seine Behauptung von der Überbürokratisierung durch diesen Vorfall zu erhärten: Eine Werkshalle war durch eine Luftmine zerstört, aber vier Monate später wieder aufgebaut worden. «Am 1. April 1944 erschienen plötzlich zwölf Bauräte vom Generalbevollmächtigten für die Bauwirtschaft in Köln» und drohten dem Betriebsführer wegen unerlaubten Bauens eine Geldstrafe von RM 100’000,– sowie drei Monate Gefängnis an. Die Angelegenheit sei dann allerdings von einer anderen Rüstungsautorität niedergeschlagen worden. Obwohl also feststeht, dass dieser unvernünftige Schritt einer Baubehörde ohne Auswirkungen auf die Fabrikation blieb, folgerte der SD, dass ein «derartiges Verhalten wichtigster Dienststellen einfach unverständlich» sei. Dadurch würde «die Fertigung von hochwertigem Kriegsmaterial ausserordentlich verzögert, beziehungsweise für lange Zeit ganz unterbunden».

Der zweite Fall, ebenfalls von erschütternder Belanglosigkeit: Eine Firma des Ruhrgebietes wollte, wahrscheinlich bald nach der erfolgreichen Invasion der Westmächte, im Sommer 1944, aus Belgien «siebzehn neuwertige und für die Rüstungsfertigung äusserst wichtige Drehbänke in ihren Betrieb in Mönchen-Gladbach transportieren lassen». Die dort zuständige Stelle meines Ministeriums habe die Ausfuhr der Maschinen untersagt, weil die für die Freigabe der Maschinen beschafften Unterlagen nicht für die besetzten Westgebiete Gültigkeit hätten. Durch diesen Bürokratismus seien dem Reich wertvollste Maschinen verlorengegangen.[2]

Etwa sechs Wochen nach diesem Bericht beanstandete der SD, dass «beim Anrücken des Gegners (etwa September 1944) die linksrheinisch gelegene wichtige Stahlfirma Becker und van Hüllen in eine leerstehende Halle in Wengern an der Ruhr verlagert worden sei und mit einer Belegschaft von 50 Mann bereits wieder produzierte». Am 12. November seien Herren der Motorenfirma Klöckner-Humboldt-Deutz erschienen, die durch eine Anordnung von Berlin in die gleiche Halle eingewiesen worden seien. Aber die Abgesandten von Klöckner-Humboldt-Deutz hätten festgestellt, «dass die Halle für ihre Fertigung nicht zweckmässig sei». Sie hätten daher verzichtet. Aber könne nicht eine andere Firma erneut eine Einweisung erzwingen, fragte sich der wichtigtuerische SD.[3] Es sei dahingestellt, ob in der Stahlindustrie ein Betrieb von 50 Arbeitern als wichtig bezeichnet werden konnte. Jedenfalls aber war der Streit um diese kleine Fertigung bereits ausgeräumt, als der Bericht erstattet wurde.

Mit diesen drei Berichten also trachtete der SD, seine diskriminierende Behauptung zu belegen, dass durch Fehler «der deutschen Rüstungssteigerung bisher unheimlich geschadet worden» sei.[4]

Allerdings muss festgehalten werden, dass im Allgemeinen weder SD noch Gestapo in der Rüstungsindustrie hart oder gar hasserfüllt vorgingen. Ohlendorf hatte sich zur Meinung durchgerungen, für die Zeit des Krieges die Selbstverantwortung der Industrie als ein nützliches und wirksames Instrument anzusehen.

Übrigens betrachteten sich SD und Gestapo als Konkurrenz, zumindest in der Tschechoslowakei. Es bestünde «die Gefahr eines allmählichen Herausbrechens wertvoller Nachrichtenträger aus dem III D-Netz» des Sicherheitsdienstes im Industriesektor. Die Staatspolizei, «die sich bekanntlich einen personell umfangreichen Apparat zugelegt» habe, befasse sich «nicht nur mit rein stapomässigen und Abwehrfragen, sondern neuerdings in verstärktem Masse mit Sachgebietsberichterstattung», zum Beispiel also der mir übertragenen Produktionsplanung in den Betrieben.

Die Zentrale des SD solle entscheiden, «ob sofort gegen diese sachgebietliche Betätigung der Stapo bei Amt IV [Amt der Gestapo] Einspruch erhoben werden soll, oder ob zunächst noch die weitere Entwicklung abzuwarten ist,

bei der es dann allerdings vermutlich früher oder später zu Zwischenfällen, unter Umständen auch mit Reichsminister Speer kommen kann, da seitens der Stapo angeblich ziemlich rücksichtslos mit Verhaftungen oder deren Androhung, auch gegenüber Beauftragten von Reichsstellen, gearbeitet wird».[5] Solche Zwischenfälle waren in der Tat fällig, wenn die Gestapo versuchte, in meinem Bereich willkürlich durch Verhaftungen von Mitarbeitern einzugreifen.

Diese inneren Streitigkeiten zwischen Gestapo im Amt IV und SD im Amt II sind übrigens ein bezeichnendes Beispiel für das Streben aller Parteiorganisationen, auch im Bereich der SS-Verwaltung, sich auf Kosten von Paralleldiensten zu bereichern. Himmlers Aufforderung, sich Kompetenzen einfach anzueignen, wurde also auch innerhalb der SS befolgt. Für den Betroffenen machte es allerdings wenig Unterschied, ob er vom SD oder von der Gestapo überwacht wurde. Beide SS-Organisationen befanden sich unter gleichem Dach und gehörten dem gleichen Reichssicherheitshauptamt an. Sicher war der Vorwurf der Sabotage, von einem SD-Bearbeiter erhoben, zunächst weniger gefährlich, als wenn sich die Gestapo mit dem gleichen Fall beschäftigte. In der Praxis war es dann aber nur ein winziger Schritt von einem SD-Vorwurf zu einer Gestapo-Verfolgung.

In seiner Vernehmung vor einem Nürnberger Gerichtshof berichtete Ohlendorf über die Schwierigkeiten, die von Ley und Bormann der Arbeit des SD in den Weg gelegt wurden, und in der Tat liebte in der Führungsspitze niemand diese Institution, die unentwegt kontrollierte und berichtete. Immer wieder wurden Reichsministern von Bormann angebliche Missstände in ihrem Bereich vorgehalten. Wir konnten nur vermuten, dass es sich um SD-Material handelte. Die Verdächtigungen des SD führten daher die Spitzen der Regierung fortdauernd in Verlegenheiten, denn Bormann nutzte letzten Endes das negative Material, um – wo auch immer er dazu beitragen konnte – seine Position zu festigen.

Am Ende aber sah Bormann in diesen Berichten eine Beeinträchtigung seiner eigenen Vormacht auf innenpolitischem Gebiet. Am 4. April 1945 näherten sich die Amerikaner und Engländer der Elbe, die Sowjetarmee rückte auf Berlin vor. Das Reich war bis auf Bruchteile bereits verloren. In dieser Situation

hielt es Bormann für wichtig, einen persönlichen Brief an Kaltenbrunner, den Chef des Reichssicherheitshauptsamtes der SS zu richten: «Bei dem Bericht, den Sie mir heute übergaben, handelt es sich um den *typischen* [im Text unterstrichen] SD-Bericht! Typisch deswegen, weil ohne jede Hemmung einzelne oder mehrere Fälle oder Verhältnisse verallgemeinert werden.» Bormann war wütend, weil in diesem Bericht behauptet wurde, die Partei schimpfe auf die Wehrmacht und die Wehrmacht schimpfe auf die Partei. Nachdem er sich im Einzelnen über diesen Gegenstand ausgelassen hatte, fällte er sein Urteil: «An Ihrem Berichterstatter müssen die Verhältnisse ziemlich ahnungslos vorüber gegangen sein, denn sonst würde er nicht völlig unberechtigte Vorwürfe erheben. Aber das ist ja, was ich dem SD vorzuwerfen habe: Von irgendwelchen gänzlich unverantwortlichen Leuten werden Behauptungen aufgestellt und Vorwürfe erhoben, während die Verantwortlichen überhaupt nicht gefragt werden.»[6]

Wer in diesen Jahren unbedingte Macht ausübte, war in Gefahr, die Massstäbe für die Realitäten zu verlieren, lange vor dem Zusammenbruch und sogar noch nach der Auslöschung des Hitlerschen Reichsgedankens. So sah sich Himmler, als ich ihn am 24. April 1945 in seinem Hauptquartier besuchte, zu meiner Überraschung als unentbehrlicher Mitarbeiter zukünftiger alliierter Behörden: «Ohne mich kommt Europa auch in Zukunft nicht aus. Es braucht mich weiter als Polizeiminister, um Ruhe zu halten.»[7] Desgleichen Ohlendorf: Er war im Mai 1945 – nun als Ministerialdirektor in der Zweiundzwanzig-Tage-Regierung Dönitz – noch davon überzeugt, dass die «Staatsführung einen Nachrichtendienst über die sachlichen Probleme benötige». Er schlage vor, die «mögliche Funktion im Rahmen der gegenwärtigen Reichsregierung zum Gegenstand einer offiziellen Erörterung mit den Besatzungsmächten zu machen». Denn er könne mit den Mitarbeitern seines SD-Amtes «der Besatzungsmacht die objektive Beurteilung der Verhältnisse in Deutschland erleichtern».[8] Diese Sätze mögen grotesk klingen, umso mehr, als es sich bei Ohlendorf um einen hochintelligenten Mann handelte, der seine Intelligenz in geschickter, blendender Weise auszuspielen verstand. Ob die langjährige Führung des mächtigen SD ihn charakterlich verdorben und verbogen hatte? Dieser mangelnde Realitätssinn eines hohen SS-Offiziers begegnet uns in vielen anderen Beispielen

dieser Arbeit. Er sollte als unmittelbare Folge des elitären Sendungsbewusstseins im SS-Staat gesehen werden.

Mit Recht befürchtete der SD Schwierigkeiten durch willkürliche Verhaftungen, die die Gestapo in der Wirtschaft vornehmen könnte. Denn durch eine «Verordnung des Führers zum Schutz der Rüstungswirtschaft vom 21. Mürz 1942» war von Hitler bestimmt worden, dass eine Strafverfolgung wegen Schädigung der Rüstung *nur* auf meinen Antrag erfolgen könne.[9]

Mitte Mai 1944 erklärte beispielsweise Kammler in einer Sitzung des Jägerstabes, dass er einen meiner Mitarbeiter verhaften liess. Dieser habe offensichtlich bei der Verlagerung von Teilen eines BMW-Betriebes in eine Höhle im Elsass durch Verzögerung Sabotage betrieben. Ich verbat mir solche Willkür und, wie die Chronik berichtet, «lässt sich der Minister Verhaftungen und Verurteilungen nicht gefallen, wenn er nicht vorher gefragt worden ist». Ich erliess noch am gleichen Tag «Richtlinien für das Verfahren bei Verfehlungen innerhalb der Rüstungswirtschaft», die sich auf meine Rechte aus der Verordnung Hitlers bezogen. Nach ihnen sollte «ein aus Industriellen zusammengesetztes Gremium zu Verfehlungen Stellung» nehmen, «ehe die Gerichte oder die SS sich damit befassen».[10]

Schon wenige Wochen später erfolgte wieder eine Verhaftung, die des Generaldirektors Egger von Büssing, ohne Abstimmung mit mir. Er sollte, wie aus meinem Schreiben vom 28. Juni 1944 an Kaltenbrunner hervorgeht, Baumaterial seines Betriebes für eigene Zwecke verwendet haben und war deswegen von der Gestapo in Schutzhaft genommen worden. In einem Brief an Kaltenbrunner führte ich aus: «Ich hatte mit dem Reichsführer SS vereinbart, dass alle Strafverfahren, die sich aus meinem Arbeitsgebiet ergeben, zusammen mit Ihren Beauftragten durchgeführt werden. Der Fall Egger hätte sich in diesem Rahmen abspielen müssen», denn «die Behandlung der Angelegenheit liegt sowohl als Vergehen gegen die Bauverbote als auch als Vergehen gegen die ihm auferlegten Produktionspflichten im Rahmen der mit dem Reichsführer SS besprochenen mündlichen Vereinbarung... Ich muss es ablehnen, derartige Verfahren mit aus politischen Gründen erfolgten Interventionen der politischen Stellen zu verbinden.»[11]

Egger wurde sofort aus der Schutzhaft entlassen. Die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen hatten sich als haltlos erwiesen. Allerdings war die Durchsetzung meiner Richtlinien eine reine Frage der gegenseitigen Machtpositionen. Aber solange Hitler klug genug war, der Aktivität der SS auf dem Gebiet der Rüstung zu misstrauen, und solange er andererseits das Vertrauen der Techniker und Industriellen durch eine gewisse Garantie persönlicher Sicherheit nicht verletzen wollte, hatte meine Zusicherung einer allerdings vagen Rechtssicherheit, die ich jedem Mitarbeiter der Selbstverantwortungsorganisation durch Unterschrift bestätigte, noch Gültigkeit.

Allerdings war das Vertrauen Hitlers gegen Ende des Krieges endgültig geschwunden. Er beklagte sich bei Goebbels, dass ich mich «zu stark von der Wirtschaft vor ihren Wagen spannen lasse» und nicht mehr länger ein Spielball der mich umgebenden Wirtschaftskreise sein dürfe.[12]

Rückblickend sehe ich beim Studium der Akten, dass sich der Umgang zwischen der SS und meinem Ministerium ab 1944 sehr zu wandeln begann – auch wenn es noch keine schwerwiegenden Eingriffe in mein Hoheitsgebiet gab. Immerhin stachen die impertinenten Vorwürfe dieses Jahres sehr von der Übung der Jahre 1942 und 1943 insofern ab, als damals die SS noch vergleichsweise harmlos und konziliant vorging.

Ein Beispiel dafür: Eduard Winter, ein vermögender, kaufmännisch tätiger Unternehmer, hatte mich im Frühsommer 1942 aufgesucht und mir angeboten, in meiner Organisation jede, auch eine untergeordnete Aufgabe anzunehmen. Aber trotz aller Befähigung passte er als Kaufmann nicht in meine Mitarbeitergruppe aus führenden Technikern und Ingenieuren der Industrie. Daher gab ich ihm eine hinhaltende Antwort. Ich hatte keine Ahnung, dass die Gestapo gegen ihn seit einiger Zeit Material sammelte und dass Winter durch eine Tätigkeit bei mir Rückhalt suchte. Eduard Winter hatte vor dem Kriege eine der grössten Opel-Vertretungen Deutschlands aufgebaut. Die Opel-Werke waren als deutscher Zweig von General Motors zu Beginn des Krieges als Feindvermögen beschlagnahmt worden. Die Produktion wurde umgestellt und sehr bald begann Opel für Rüstungszwecke Lastwagen zu produzieren. Bei verschiede-

nen Gelegenheiten ist schon deutlich geworden, dass Himmler ein starkes Interesse am Neuaufbau eines mit KZ-Häftlingen betriebenen grossen Opel-Zweigwerkes hatte. Wahrscheinlich ist der Druck, den der gefürchtete Gestapo-Chef, SS-Gruppenführer Müller, im Frühjahr 1942 auf den Opel-Manager Eduard Winter ausübte, aus dieser Perspektive zu sehen.

«Winter hat bei mir vorgesprochen», begann Müller seinen Bericht an Himmler vom 25. Juni 1942, «und dabei betont, er könnte die zur Zeit ihm zugedachten grösseren Aufgaben [voraussichtlich in meinem Ministerium] nur mit einem Gefühl der Unsicherheit übernehmen, da er aus verschiedenen Anzeichen schliessen müsste, dass die Geheime Staatspolizei Material gegen ihn sammle und eines Tages gegen ihn vorgehen wolle. Er bat deshalb darum, ihm Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben und ihm dabei die Vorwürfe bekanntzugeben, die gegen ihn vorlägen.» Müller fragte bei Himmler an, ob er «Winter das hier vorliegende Material im Rahmen des dienstlich Vertretbaren vorhalten und zu den einzelnen Vorwürfen befragen darf».

Dass Winter auf Grund seiner Opel-Verbindungen und Kenntnisse für die SS interessant war, geht aus einem Zusatz zu diesem Fernschreiben hervor: «Wie mir bekannt geworden ist, verzögert sich die Beschaffung der Ne. [Mangel-]Metalle[13] für den Lastkraftwagen-Auftrag und stösst auf erhebliche Schwierigkeiten. Dadurch wird die Lieferung der für die Waffen-SS bestimmten Kraftwagen in Frage gestellt.»[14]

Nachdem Müller von Himmler die erbetene Erlaubnis erhalten hatte, meldete der SS-Gruppenführer am 14. Juli 1942, dass «die hier gegen Winter vorliegenden Bedenken, soweit dies dienstlich vertretbar war, ihm vorgehalten [wurden]. Die Erklärungen Winters waren glaubwürdig und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich bei ihm um einen völlig «amerikanisiertem Geschäftsmann handelt, auch verständlich... Durch die Erklärungen Winters sind die bisher gegen ihn bestehenden Vorwürfe bereinigt worden. Jedoch muss er als Geschäftsmann vom nationalsozialistischen Standpunkt aus nach wie vor mit Vorbehalt beurteilt werden. Ich habe mit Winter vereinbart, dass er in Zukunft bei der Durchführung neuer Geschäfte und insbesondere bei der Anknüpfung neuer Verbindungen schon vorher Mitteilungen über seine Pläne

macht, um dadurch zu vermeiden, dass ich darüber erst von dritter Seite, unter Umständen in entstellter Form, erfahre.»[15] Kennzeichnende Formel der Unterwerfung: dem völlig unabhängigen und dazu noch steinreichen Winter war mit der Verpflichtung, alle geschäftlichen Pläne mit der Gestapo durchzusprechen, seine Selbständigkeit und Handlungsfreiheit genommen. Vermutlich wird diese Kapitulation des Automobil-Managers den Lastkraftwagen-Interessen Himmlers zugute gekommen sein.

Der Vorsitzende der Brabag, SS-Oberführer Fritz Kranefuss, hatte Himmlers Chef des Persönlichen Stabes am 5. Dezember 1942 gebeten, verschiedene Wirtschaftsführer in ihren SS-Rängen zu befördern. Vorgeschlagen wurden Otto Steinbrinck, Ewald Hecker, Vorsitzender des Aufsichtsrates eines grossen Stahlwerkes, der Ilseder Hütte, Kurt Freiherr von Schröder, der Bankier, der Hitler geholfen hatte, Reichskanzler zu werden, Professor Dr. Meyer und Dr. Karl Rasche, beide Vorstandsmitgleider der Dresdner Bank, und als letzter in der Liste Dr. Heinrich Bütefisch, ein wichtiger Mitarbeiter im Konzern der I.G. Farben.[16]

Am 11. Januar 1943 übersandte das Reichssicherheitshauptamt die verlangten Auskünfte über die Beförderungskandidaten, von denen lediglich die über Bütefisch interessiert, weil sie Einblick in das Denken der SS über die wünschenswerten oder tadelnswerten Eigenschaften eines Industrieführers gibt.

«Dr. ing. Bütefisch ist als Chemiker und Dr. ing. seit etwa 1928 einer der Direktoren der Leunawerke und darüber hinaus seit dieser Zeit stark verantwortlich führend in der Planung und Lenkung der Produktionsfragen der gesamten I.G.-Werke tätig», heisst es einleitend. «Auf Grund dieser Tatsache ist er auch nach der Machtübernahme mit Beginn des ersten Vierjahresplanes hervorragend bei der Planung und Gründung neuer Stickstoff- und Treibstoffwerke beteiligt gewesen. Ausserdem war beziehungsweise ist er Bearbeiter von Vertragsangelegenheiten der I.G. mit in- und ausländischen Konzernen.»

Was weiter folgt, zeigt die prinzipielle Industriefeindlichkeit der SS, die auch typisch für Himmlers eigene Ansichten war: «Er ist also weitgehendst

I.G.-gebunden und als durchaus konzernhörig zu betrachten... Bei allen günstigen Momenten, die für die Persönlichkeit Bütefisch geltend gemacht werden können, ist immer wieder zu bedenken, dass ein solcher Mann, der durch das ganze Netz internationaler Wirtschaftsverträge, an deren Zustandekommen er selbst massgeblich mitgearbeitet hat, von vornherein eine auf internationale Zusammenarbeit und internationalen Erfahrungsaustausch abgestellte Mentalität besitzt, für die es selbstverständlich ist, dass ein Konzern ein Staat im Staate ist, der seine eigenen Lebensgesetze und Lebensrechte besitzt, für die sich einzusetzen er bezahlt wird.» Der Bericht fahrt fort: «Als charakterliche Beleuchtung dieser Tatsache ist aus I.G.-Kreisen bekannt, dass Dr. B. sich für die Übersetzung seiner Auslandsverträge teilweise eines Engländers, Mister Bridge, der in Leuna als Sprachlehrer tätig war, bediente, mit der Begründung, dass es ihm auf die letzten Feinheiten dieses Vertragsenglisch ankomme.» Warum ein Engländer nicht die Übersetzung von Verträgen vornehmen sollte, die ohnehin für die englischen oder amerikanischen Partner gedacht waren, ist unerfindlich. Auch das verrät eine unüberbietbare Engstirnigkeit. So kann es nicht wundern, dass nun kritisch vermerkt wird, Bütefisch sei «ausserdem Angehöriger feudaler örtlicher Vereinigungen, so zum Beispiel des Golfklubs Leuna. In charakterlicher Hinsicht [ist] Nachteiliges über ihn nicht bekannt geworden», wird reserviert, fast bedauernd festgestellt und dann auch gleich hinzugefügt: «Als seine hervorstechendste Eigenschaft wird eine ausserordentliche persönliche Geschicklichkeit und ein stark ausgeprägter Ehrgeiz angesehen. In dieser Hinsicht wird er als der beweglichste der vorhandenen Leuna-Direktoren angesprochen, der stets bestrebt ist, alle Fäden persönlicher Beziehung selbst in der Hand zu behalten.» Als einziges wirklich Positives wurde vermerkt, dass beide Töchter führend im BDM [Bund Deutscher Mädchen] tätig seien.[17]

Der wirkliche Stimmungsumschwung kam mit dem Attentat vom 20. Juli 1944. Die Entdeckung, dass zur Opposition wichtige Industrielle gehört hatten, führte zu grösserem Misstrauen im Reichssicherheitshauptamt. Parteiführer wie Ley, aber auch Himmler selbst sprachen von einem 20. Juli der Wirtschaft,

womit sie meinten, dass mit Schnellverfahren des Volksgerichtshofes nun auch unter Industriellen und Wirtschaftlern ein Reinigungsprozess stattfinden müsse.

Hier kamen die alten Instinkte einer sozialistischen Revolution wieder hoch, die sie nach der Machtübernahme Hitlers unterdrücken mussten. Noch verschaffte ihre Unersetzlichkeit wichtigen Industriellen lange Zeit hindurch Schutz. Als mir Kaltenbrunner mitteilte, dass eine ganze Reihe meiner wichtigsten Gesprächspartner, mein Freund Albert Vogler, der Leiter der Vereinigten Stahlwerke, die Generaldirektoren von AEG und der Hoesch AG, der Bosch-Werke und von M.A.N., Demag, Stinnes, Haniel zusammengekommen waren, um sich mit den Fragen eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues nach einem verlorenen Kriege zu beschäftigen, fiel es mir gar nicht so sehr schwer, Kaltenbrunner davon zu überzeugen, dass diese Männer für meine Arbeit unersetzlich seien und ihre Verhaftung die Rüstung erheblich schädigen müsse. Gewiss waren längst nahezu alle Industriellen Defaitisten und nicht mehr sehr zurückhaltend in ihrer Beurteilung der katastrophalen Kriegslage. Die nüchterne, kalkulatorisch geschulte Denkungsart liess jenes Fata Morgana-Denken nicht zu, wie es sich in Partei- und SS-Kreisen immer mehr ausbreitete.[18]

Ich selbst war nach dem 20. Juli ebenfalls schwer belastet, weil ich in der Regierung der Putschisten als Leiter der Rüstungsproduktion vorgesehen war. Diese Tatsache wird sich auch in der Öffentlichkeit herumgesprochen haben. Jedenfalls wurde in den Berichten, die Kaltenbrunner nach dem Attentat Hitler und Bormann vorlegte, vermerkt, ich sei unterdessen verhaftet, weil ich am 20. Juli mitgearbeitet hätte. Andere Meldungen aus dem Reich gingen einen Schritt weiter und behaupteten, dass ich bereits hingerichtet worden sei.[19]

Das alles wäre mein politischer Ruin gewesen, und eine Intervention bei Kaltenbrunner zugunsten der Industriellen wäre nicht beachtet worden. Aber Hitler liess mich nicht fallen. Offensichtlich hielt er viel von meinen Fähigkeiten. In einer Rede vor den Reichs- und Gauleitern machte er den Parteigenossen klar, dass seine engen Beziehungen zu mir seit dem 20. Juli nicht gelitten hätten.[20] Durch diese Worte war mir plötzlich mein politisches Gewicht zurückgegeben; ich konnte es zur Rehabilitierung der belasteten Industriellen einsetzen.

Kaum anzunehmen, dass die hohen Parteikreise und hier vornehmlich Himmler von der Berechtigung dieser Erklärung Hitlers allzu beeindruckt waren. Jedenfalls knüpfte sich seit dem Frühherbst 1944 das Netz der Gestapo und des SD immer enger. Angesichts des offenkundigen Zerfalls deutscher Widerstandskraft an der Front, wie auch als Folge des 20. Juli in der Heimat, stand gerade der SS das Wasser an der Kehle, und so suchte sie verzweifelt nach Schuldigen für die Niederlage. Die immer un verhülltere Bespitzelung erstreckte sich jetzt auch auf höhere Mitglieder der Regierungshierarchie.

Wenn der SD oder die Gestapo mir Unterlagen über angeblich belastete Wirtschaftsführer vorlegte, ging man wohl davon aus, dass ich selber personelle Konsequenzen ziehen und die Angegriffenen ablösen werde.

Im September 1944 erreichte mich die Nachricht, dass der Generaldirektor der Demag, Reuter, auf Veranlassung der Gestapo in Haft genommen worden wäre. Er habe versäumt, in einem linksrheinischen Betrieb rechtzeitig die Arbeiter zu evakuieren, ausserdem habe er dort einen Direktor belassen, der durch seine Sprachkenntnisse mit den englischen Besatzungsoffizieren hätte verhandeln können.

Durch Verweis auf die mir zustehende Vollmacht Hitlers, dass Industrievergehen nur über meine Dienststellen der Justiz übergeben werden dürften, wurde Reuter wieder freigelassen. Als Demonstration meiner ungebrochenen Sympathie für diesen hervorragenden Wirtschaftsführer liess ich ihn am Tag nach seiner Entlassung als meinen Gast zur Mittagstafel beim Ruhrstab einladen, wo ich mich gerade aufhielt.

Günstiger und verbindlicher wirkte es, wenn die Gestapo mir Aktenstücke über ihre Recherchen vorlegte. Dies geschah selten genug und setzte voraus, dass ich sie persönlich durchlas, um mich von der Gefährlichkeit der angeblich aufgedeckten Umtriebe zu überzeugen.

So wurde mir ebenfalls im Herbst 1944 ein dickes Aktenstück über die Direktoren von Telefunken vorgelegt. In diesem Falle waren die Anklagen ernster zu nehmen. Das neue Aktenstück kam von der Zentrale des Reichssicherheitshauptamtes und behauptete den Beleg zu liefern, dass Generaldirektor May zusammen mit Direktor Rottgart und mit Unterstützung von Geheimrat

Bücher, dem Generaldirektor der AEG, aus vorwiegend politischen Gründen eine Monopolpolitik auf dem Röhrengebiet betreiben würde. Alle Genannten seien alte Zentrumsleute. Hinzu käme, dass mein Hauptausschussleiter Elektrotechnik, Friedrich Lüschen, zusammen mit seinem Stellvertreter Heinz Freiberger alle diese Bestrebungen unterstütze, da auch sie «katholisch» eingestellt seien. Das war natürlich eine lächerliche Behauptung und umso absurder, als Lüschen Direktor bei Siemens war und niemals eine Monopolstellung des konkurrierenden AEG-Betriebes Telefunken unterstützt hätte.

Bei den Akten befanden sich aber Abschriften von Schreiben und Vermerken, die eine genaue Detailkenntnis zur Voraussetzung hatten. Das Material musste von Mitarbeitern aus dem Betrieb kommen. Nach der erfolgreichen Widerlegung der unsinnigen Anklage zog die Gestapo ihre Vorwürfe zurück; die von ihr herangezogenen Berichte seien nicht als «wahrheitsgetreu», sondern lediglich als «Informationsmaterial» zu bewerten.

Einige Monate später, am 20. Dezember 1944, brachte die SS erneut Angriffe gegen Lüschen vor. Der «Chef des Nachrichtenwesens beim Reichsführer-SS», ein sonderbarer Titel, der ganz zu der SS-Nomenklatur gehörte, beschwerte sich, dass Lüschen von mir zum «Konzentrationsbeauftragen für Entwicklung und Fertigung» bestellt worden sei. Tatsächlich hatte ich Lüschen beauftragt, Programmkürzungen durchzuführen. Sie waren durch die Fliegerangriffe notwendig geworden.[21]

Es sei «eine durch nichts gerechtfertigte Unterstellung», so schrieb ich dem Chef des Nachrichtenwesens der SS, «wenn Sie diese Beauftragung durch Vorhandensein von Firmeninteressen glauben ablehnen zu müssen. Ich bedauere daher, Ihrer Meinung nicht beitreten zu können. Soweit Meinungsverschiedenheiten zwischen GBN [Generalbevollmächtigter Nachrichten der Wehrmacht] und dem Konzentrationsbeauftragten Dr. Lüschen vorhanden sind, werden diese durch mich entschieden», womit ich die Streitebene vom SS-Bevollmächtigten zum Generalbevollmächtigten der Wehrmacht verschob und mir gleichzeitig das letzte Entscheidungsrecht vorbehielt. Meinen Mitarbeiter Dieter Stahl bat ich gleichzeitig, «nunmehr unverzüglich die Angelegenheit Lüschen zum Abschluss zu bringen, da sonst endlos über den Konzentrationsbeauftragten diskutiert wird».

Nach meiner Rückkehr von einer Reise zu Feldmarschall Model, Anfang Januar 1945, sollten mir die Ernennungs- und Abberufungsschreiben vorgelegt werden.[22]

Es war unterdessen Anfang Februar 1945 geworden, aber noch immer bedurfte Lüschen meines Schutzes. Er kam zu mir und las mir ein Zitat aus «Mein Kampf» vor: «Eine Diplomatie hat dafür zu sorgen, dass Rebellion nicht nur Recht sondern Pflicht eines jeden Angehörigen eines Volkes sei, wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt würde.»[23] Zu dieser Zeit hatte er bereits meinen Auftrag, vordringlich das durch die Bombenangriffe zerstörte Nachrichtenwesen der Bahn in Ordnung zu bringen und allen dazu notwendigen Aufträgen an die Industrie eine vorrangige Dringlichkeitsstufe zu geben. Das Ende des Krieges konnte nur noch einige Wochen, höchstens Monate auf sich warten lassen. So stellten wir uns bereits eine Vorfriedensaufgabe.

Kaltenbrunner war so loyal, mir bei SS-Angriffen auf die Werftindustrie die Berichte der Gestapo zuzusenden. Überhaupt hatte ich den Eindruck, dass Kaltenbrunner mit mir zusammenarbeiten wollte. Dass er mir dennoch vieles vorenthielt, habe ich nicht erkannt. Die Akten, die ich nach meiner Freilassung im Bundesarchiv durchsah, haben mir erst einen Einblick in die Doppelbödigkeit der Loyalität Kaltenbrunners gegeben.

Am 29. November 1944 sandte mir Kaltenbrunner eine SD-Ausarbeitung über die Werftindustrie zu. Ich sah die prinzipielle Natur der Anklagen, und so setzte ich ein Antwortschreiben auf, in dem ich einige grundsätzliche Feststellungen machte. Es handelte sich um den Vorwurf, dass wir die Produktionsziele von inzwischen völlig neu konzipierten U-Booten nicht erreicht hatten. In meiner Antwort gab ich ohne Weiteres zu, dass dieses Programm, das ich Dönitz zugesagt hatte, nicht erreicht worden warj fuhr aber fort: «Und trotzdem ist Grossadmiral Dönitz mit unserer Leistung sehr zufrieden und er erkennt an, dass es eine in der Marinetechnik der Welt einmalige Leistung» des verantwortlichen Industriellen für den gesamten Schiffbau, Otto Merker, darstellt, «innerhalb von nicht ganz neun Monaten zwei neue U-Boote nicht nur zu ent-

wickeln, sondern im ersten Serientyp herzustellen und monatlich eine erhebliche Zahl von U-Booten in der Serie abzuliefern. Alle diese Schwierigkeiten waren bekannt. Sie waren auch dem Grossadmiral Dönitz bekannt. Er hat sie bewusst in Kauf genommen, da es für ihn gar keine andere Wahl gibt; denn für ihn gilt es nur, neue U-Boote zu bekommen, um seine U-Boot-Waffe neu aufzustellen, da seine alten U-Boote nicht mehr befähigt sind, am Feind zu kämpfen. [...] Dass derartige Eingriffe in eine Industrie Schwierigkeiten aller Art hervorrufen, ist uns klar. Ähnliche Umstellungsschwierigkeiten haben sich bei den Panzern Panther und Tiger II ergeben und weitere werden bei der radikalen Umstellung der Luftrüstung entstehen. Meine Mitarbeiter werden versuchen, diese Mängel so klein wie möglich zu halten. Aber immer muss dafür gesorgt werden, dass ein Mann wie Merker, der sich und seinen guten Ruf vorbehaltlos für eine Sache eingesetzt hat, die genau so gut hätte scheitern können, unter einem gewissen Schutz steht und dass Angriffe gegen ihn schärfstens zurückgewiesen werden.»[24]

Leerlauf über Leerlauf, während der Krieg sich längst dem Ende zuneigte. Aber ich konnte Berichte Kaltenbrunners gegen meine Mitarbeiter nicht kurzerhand in den Papierkorb befördern; die Vorwürfe waren für die Betroffenen zu gefährlich. Im November 1944 geriet Purucker, selbst SS-Standartenführer, unter Beschuss. Er sollte ausländische Privatgeschäfte gemacht haben. Wie der Chef des SS-Hauptamtes, SS-Obergruppenführer Berger, Himmler am 27. Oktober 1944 völlig zutreffend schrieb, war Purucker «einer der wichtigsten Männer bei Reichsminister Speer in der Herstellung von leichten und schweren Infanteriewaffen». Die SS war mit ihren Bestrebungen, in Buchenwald und Neuengamme Infanteriewaffen herzustellen, weitgehend von seinem guten Willen abhängig. Purucker stand an sich unter dem Schutz Bergers, da er nebenamtlich zum Stab des SS-Hauptamtes gehörte. Berger setzte sich dann auch bei Himmler für den Angegriffenen ein: «Dr. Purucker stand in dem Verdacht», so schrieb Berger, «zusammen mit zwei anderen Herren ein deutsches Patent über ein Maschinengewehr an Frankreich verkauft zu haben.» Die Beschuldigung scheint, wie fast alle SS-Anklagen, unbegründet gewesen zu sein,

denn ein Prozess gegen die Industriellen endete mit einem Freispruch. Berger berichtete Himmler, dass er darüber hinaus alles eingehend habe untersuchen lassen. Es sei sehr auffällig, dass der Generalrichter der SS, Dr. Fischer, «aus persönlichen Gründen das Verfahren gegen Purucker weitergetrieben und eine Anzeige erstattet [hat] in dem Augenblick, als die beiden Hauptangeklagten freigesprochen wurden».[25]

Angriff war auch hier die beste Verteidigung, und daher liess ich Berger wissen, dass Dr. Purucker von mir zur «Fritz-Todt-Nadel», einer Auszeichnung für hervorragende Ingenieurleistung und zum «Pionier der Arbeit» vorgeschlagen werde. «Reichsminister Speer hat mich», so schrieb Berger daraufhin an Himmler, «persönlich insgesamt viermal gebeten, Purucker nun doch endlich zu rehabilitieren und zum nächsten Termin zum SS-Oberführer zu befördern. Ich werde nun täglich vom Ministerium Speer aus gedrängt.»[25]

Auf Puruckers Fähigkeit und Energie konnte nicht verzichtet werden. So verlief am Ende alles im Sande, und er blieb in seiner Stellung bis zum Ende des Krieges.

Wie sonderbar war es, subjektiv gesehen, für die führenden Köpfe des Systems gewesen, dass sie nicht nur Chefs, sondern auch Opfer waren. Sie lebten unter dem Druck des Unheimlichen, Nichtfassbaren, des ständig Beobachtetwerdens; sie wussten nicht, wieweit ihre Äusserungen sorgfältig gesammelt und eines Tages von Himmler und Bormann gegen sie verwendet würden. Die Ungnade Hitlers war dann zu erwarten. Denn beobachtet wurden wir alle, und wir wussten das. Als ich mich bald nach der Übernahme des Ministeriums, etwa im Mai 1942, mit Generaloberst Fromm in einem Chambre séparée des berühmten Berliner Restaurants Horcher zum Mittagessen traf, begann das Gespräch mit einer Erörterung der Möglichkeit, dass in unserem Zimmer ein Mikrophon eingebaut sein könnte, obwohl die im Allgemeinen harmlose Verwendung dieses Raumes dagegen sprach. Meinem Hauptausschussleiter für den Schiffbau, Otto Merker, erzählte ich Anfang November 1944 ganz offen, dass meine Telefongespräche auf Befehl Himmlers überwacht würden.[26] Ich kann nicht sagen, dass diese Gewissheit der ständigen Bespitzelung mich schockierte; wir waren an dieses System und die damit verbundenen Risiken viel zu sehr gewöhnt.

Der erfolgreiche Jagdflieger Johannes Steinhoff, der spätere Nato-General, beschreibt in seinen Erinnerungen, dass er mit zwei Kameraden am 4. Januar 1945 bei SD-Chef Ohlendorf vorsprach, um zu versuchen, ihn von der Notwendigkeit der Ablösung des unfähigen Göring zu überzeugen. Dieser gefährliche Gang entpuppte sich bald als ein Misserfolg: Nicht Göring, sondern die Jagdflieger seien durch ihren mangelnden Kampfgeist die Versager. Ohlendorf verlangte von den drei hochdekorierten Offizieren Siegesgewissheit. Als die Diskussion heftige Gegensätze zeigte, spielte Ohlendorf seinen Trumpf aus. Auf seine Weisung begann ein Grammophon zu laufen. Man hörte: «Hier Gallandt.» «Speer», antwortete eine andere Stimme, die fortfuhr: «Gallandt, ich möchte mit Ihnen über die Luftverteidigung des Ruhrgebietes sprechen. Ich mache mir grosse Sorgen.»[27] Die Nadel wurde von der Platte gehoben, das Geheimnis, welche belastenden Sätze folgen würden, nicht preisgegeben. Aber schon allein die Kenntnis von der Existenz einer solchen Aufzeichnung konnte ihre Wirkung nicht verfehlen.

Galland verschwieg mir damals diese Dekuvrierung, die für ihn beängstigend sein musste, denn dieser erfolgreichste Jagdflieger hielt sich in seinen Äusserungen über die Lage nie zurück. Im weiteren Verlauf des abgehörten Gespräches müssen Äusserungen gefallen sein, die für ihn hätten tödlich sein können.

Aber nichts geschah. Himmler verachtete Göring wegen seiner Unzulänglichkeiten und seiner Trägheit.

Denunziationen

Die Unsicherheit, die auch mich beschleichen musste, wenn ich an die Abhörtechniken von Himmlers und Görings Behörden dachte, wurde durch das ungewisse Gefühl vermehrt, dass in meinem eigenen Ministerium wohl auch Vertrauensmänner Himmlers sassen, die über mich oder meine Mitarbeiter berichteten.

Im Dezember 1943 wandten sich Kreise aus der Organisation Todt gegen meine Bestrebungen, auch der Bauwirtschaft Selbstverantwortung zuzugestehen. Mit der Durchsetzung dieser Pläne hätte die Organisation Todt natürlich einen guten Teil ihrer Macht eingebüsst. Aber es muss noch andere, persönliche Momente gegeben haben, die vermutlich mit der Zurücksetzung eines führenden Mitarbeiters Dr. Todts zu tun hatten. Als Dr. Todt im Februar 1942 abstürzte und ich ihm in allen seinen Ämtern folgte, konnte sich Xaver Dorsch mit Recht übergangen fühlen.

Im Büro der Personalabteilung meines Ministeriums wurden im Frühjahr 1944 Akten entdeckt, aus denen hervorging, dass ein Angehöriger meines Ministeriums an das Reichssicherheitshauptamt geschrieben und Auskünfte über die politische Zuverlässigkeit von engen Mitarbeitern verlangt hatte. Meist handelte es sich um Beamte, die meine Befehle für eine selbstverantwortliche Bauwirtschaft auszuführen hatten.[1]

«Es wurde hier beobachtet», so berichtete ein mir unbekannter, gänzlich untergeordneter Mitarbeiter namens Seeberg der SS, «dass nachfolgende Gefolgschaftsmitglieder der Bewegung wohl äusserlich anhängen, im Innern aber doch wohl nicht rückhaltslos hinter Staat und Bewegung stehen. Ich bitte daher um Nachforschungen und Beantwortung folgender Fragen:

a) Welchen politischen Richtungen haben die Genannten vor der Machtübernahme angehört?
b) In welchen Kreisen haben sie Umgang?
c) Wie verhalten sie sich politisch ausserdienstlich, Mitarbeit in den Ortsgruppen, Gebefreudigkeit usw.?»

Folgende Personen sollten politisch belastet werden:

Ministerialdirektor Eduard Schönleben, einer der ältesten und treuesten Mitarbeiter Dr. Todts. Er hatte, als ich die Nachfolge Todts antrat, meine Partei ergriffen, und er genoss unter den Mitarbeitern des Ministeriums hohes Ansehen;

Carl Stobbe-Dethleffsen, den ich im Frühjahr 1943 gegen die Wünsche der OT-Leitung als Verantwortlichen für die gesamte Bauindustrie eingesetzt hatte und der als mein Exponent für die Einführung einer gewissen Selbstverantwortung für die Bauindustrie und einer rationelleren Lösung der Aufgabenverteilung gelten konnte;

Ministerialdirigent Hugo Koester, der zu den profiliertesten Mitarbeitern des Planungsamtes gehörte, das unter Hans Kehrl stand, und

Dr. Paul Briese, Ministerialrat im Sektor Bau des Ministeriums.[2]

Die Antwort der Gestapo ist nicht erhalten. Aber die Angelegenheit wurde ohnehin gegen mich entschieden. Während der Monate meiner schweren Erkrankung erreichte Dorsch seine Ziele. Im Mai 1944 musste ich die Bestrebungen zur Verselbständigung der Bauindustrie aufgeben und Stobbe-Dethleffsen entlassen. Dorsch war mit Unterstützung Hitlers der massgebende Leiter aller Bauangelegenheiten des Reiches geworden.[3]

Ich hatte nach der Übernahme meines Ministeriums festgelegt, dass etwaige Streitigkeiten zwischen den Chefs der grossen Konzerne, ohne Zwischenschaltung der Bürokratie, untereinander – falls sie sich aber nicht einigen konnten, in meinem Büro – ausgetragen werden müssten. So fand am 16. August 1944 eine Aussprache zwischen Pleiger, unserem Bevollmächtigten für die Kohle, der gleichzeitig Vorsitzer des Aufsichtsrats der Hermann-Göring-Werke war, und Rohland, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Reichsvereinigung Eisen, ausserdem Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, statt. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden bedeutenden Industriellen

wurden mit Erbitterung ausgetragen, der Streit ging bis ins Persönliche. Die Besprechung verlief, wie die Chronik des Ministeriums festhielt, «dramatisch, aber ergebnislos... Pleiger zeigt keinerlei Entgegenkommen, sondern ist gereizt und angriffslustig. Der Minister ist über diese unverträgliche Gesinnung trotz seines eindringlichen Wunsches auf gegenseitige Abstimmung erbost und hält dies in der Besprechung auch Pleiger mit scharfen Worten vor. Er verlangt energisch eine Zusammenarbeit zwischen den Reichswerken Hermann Göring und der übrigen Eisenindustrie und befiehlt Pleiger, in das Präsidium der Reichsvereinigung Eisen hineinzugehen... Pleiger wird lebhafter als gewöhnlich und das persönlich gute Verhältnis zwischen Minister und Pleiger scheint der Erregung des Gesprächs zum Opfer zu fallen.»[4]

Bereits acht Tage vorher hatte ich Pleiger darauf hingewiesen, dass ich die Absicht hätte, «von dem Prinzip der Selbstverantwortung der Industrie auch in der eisenschaffenden Industrie nicht abzuweichen. D.h. alle Entscheidungen in den Betrieben werden, soweit die Selbstverantwortungsorgane der Industrie es für notwendig halten, von diesen in meinem Namen endgültig getroffen... Es wäre für mich eine ausserordentlich kränkende Tatsache, wenn gerade in der eisenschaffenden Industrie, als einer der für mich wichtigsten in diesen schweren Zeiten, sich dieses Prinzip nur mit Gewalt durchsetzen liesse.»[5]

Solche Differenzen sind im Grunde nichts Aussergewöhnliches. In jeder Regierung gibt es Meinungsverschiedenheiten, die zu Auseinandersetzungen führen. Im «Dritten Reich» nahmen Vorgänge dieser Art aber sofort eine politische Dimension an. Die Chronik bemerkt denn auch: «Die Eisenindustrie und der Streit um ihre Führung sind nicht eine interne Angelegenheit der Industrie, auch nicht allein des Rüstungsministeriums. Man darf nicht übersehen..., dass sich auch der Reichsführer SS mit der Angelegenheit beschäftigt. In dessen Einzelberichten wird diese Uneinigkeit in der Führung als Sabotage an der Rüstung ausgelegt.»[6]

Die Angst vor Himmler und seinem Apparat war selbst in dieser Zeit meiner Machtfülle allgegenwärtig.

Im letzten Dreivierteljahr des Krieges häuften sich auch Anzeigen und Beschuldigungen, die von Aussenstehenden an das Reichssicherheitshauptamt gerichtet wurden. Das war eine Folge der Stärkung der SS, die vielfach als letzte optimistische und dynamische Kraft in der pessimistischen Landschaft des Niederganges angesehen wurde. Tatsächlich arbeitete die SS-Bürokratie bis in die letzten Monate des Krieges weiter, als ob ein Ende nicht abzusehen sei.

So erstattete ein mir kaum bekannter Dr. Ungewitter, leitender Beamter der Reichsstelle Chemie, Meldung, dass Industrielle ganz offen vom Ende des Krieges sprächen. In einem Bericht des Persönlichen Referenten des Ernährungsministeriums, SS-Sturmbannführer Backhaus, wurde festgehalten, dass Dr. Ungewitter Einzelheiten über die Praxis der grossen Industriekonzerne mitgeteilt habe, «die dem Hochverrat sehr nahe kommen. Im Einzelnen hat Dr. Ungewitter behauptet, dass grosse Industriefirmen sich heute schon unter Vernachlässigung der Rüstungsaufgaben auf die Friedensproduktion umstellten, dass führende Männer der Industrie offen gegen den Führer sprächen. Dr. Ungewitter hat sich bereit erklärt, diese Angaben vor höheren Persönlichkeiten zu wiederholen.» Als Dr. Ungewitter aufgefordert worden sei, «diese Angaben dem SS-Brigadeführer Ohlendorf» zu machen, habe er berichtet, dass diese Anzeige bereits erstattet sei.

In dem gleichen Brief wurden auch der Leiter der Wintershall AG, Generaldirektor Rosterg, und sein Direktor Werthmann des Defätismus beschuldigt: «Eine mir als sehr vertrauenswürdig bekannte Frau Halfmann, alte Nationalsozialistin, bat mich um eine Unterredung, um, wie sie sagte, ihren Glauben an den Nationalsozialismus wiederzufinden. Direktor Werthmann hatte ihr gegenüber offen erklärt, dass der Nationalsozialismus abgewirtschaftet habe, dass der Führer die Lage nicht übersehen könne, dass die Wirtschaft den Krieg als verloren ansehe und dass der jetzige Staat zweifellos zusammenbrechen werde. Die Wirtschaft bemühe sich deshalb schon um Beziehungen zur Wirtschaft des Auslandes. Es sei klar, dass in Zukunft nur die Wirtschaft Gewähr dafür geben könne, dass Deutschland im Kreise der Völker noch eine Rolle spielen könne.»

Der Briefschreiber zeigte sich beunruhigt, weil Direktor Werthmann in dieser Unterhaltung erklärt habe, er wisse, dass auch der Reichsführer ähnlich

denke, «denn sein Chef, Generaldirektor Rosterg, sei ein Freund des Reichsführers-SS und verkehre laufend in seinem Hause».[7] Es ist denkbar, dass Himmler lediglich Interesse daran hatte, durch scheinbare Zustimmung die Auffassungen international angesehener Industrieller zu erfahren; aber ich halte es auch für möglich, dass er tatsächlich ähnlicher Meinung war.

Brandt gab, sichtlich verunsichert, Backhaus lediglich Bescheid, dass seine Ausführungen sehr interessant gewesen seien, dass man zweckmässigerweise darüber aber mündlich spreche.[8] Im Stabe Himmlers war man keineswegs zufrieden mit dieser dilatorischen Behandlung. Schon am nächsten Tag richtete SS-Hauptsturmführer Meine vom Persönlichen Stabe Himmlers an Brandt eine mahnende Notiz: «Ich entnehme Ihrem Vermerk «Wiedervorlage in Hochwalds dass Sie mit SS-Sturmbannführer Backhaus sprechen wollen. Ob aber nicht schon vorher von uns etwas unternommen werden müsste? Die mitgeteilten Äusserungen sind für mein Gefühl so schwerwiegender Natur, dass unverzüglich eine einwandfreie Nachprüfung geboten ist. In ihrer Tendenz machen sie den Eindruck, als ob sich innerhalb der Wirtschaft ein zweiter 20. Juli vorbereitet. Dass Generaldirektor Rosterg darin verwickelt ist, ist sicherlich für ihn wie für uns bedauerlich. Sein Name sollte uns aber nicht davon abhalten, so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen.»[9]

Die Denunziation des Dr. Ungewitter ist mir nie bekannt geworden. Kaltenbrunners Loyalität ging eben doch nicht sehr weit. Selbst als gegen einen meiner wichtigsten Mitarbeiter der lebensgefährliche Vorwurf des Hochverrats erhoben wurde, informierte er mich nicht. Auch diesen Vorwurf habe ich erst jetzt aus den Akten erfahren. Im November 1944 erstattete der stellvertretende Chef der Stahlwerke «Hermann Göring» Anzeige gegen seinen Widersacher in der Stahlindustrie. Er übermittelte Himmler einen Brief Hans-Günther Sohls, des stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, der auch gleichzeitig für die gesamte Erzversorgung der Hüttenwerke des Ruhrgebietes zuständig war und fügte kommentierend hinzu: «Es ist ein Verbrechen, mit welcher Leichtfertigkeit die Versorgung der Ruhr mit deutschen Erzen durchgeführt wurde. Die gesamten in dem Schriftwechsel erwähnten Unterlagen habe ich dem Hauptamt der Sicherheitspolizei zur Verfügung gestellt.»[10]

Bei dem angeblichen Staatsverbrechen ging es um die Bezüge an Salzgitter-Erzen der Reichswerke «Hermann Göring», an deren Verkauf Meinberg interessiert sein musste. Die Erze waren aber von schlechterer Qualität als die Minette-Erze aus Lothringen und die Schweden-Erze, die Sohl natürlich vorzog. Inzwischen aber waren die Erzgruben des Minette-Gebietes von den westlichen Armeen überrannt worden, und die Schweden zögerten mit ihren Lieferungen bei der Verschlechterung der Kriegslage immer mehr. Zudem war durch die pausenlosen Angriffe auf das Verkehrssystem der Ruhr dieses Industriegebiet von allen Zufuhren abgeschnitten. Die plötzliche Verschlechterung der Lage hatte Meinberg selbst ebensowenig wie Sohl vorausgesehen, dem er nun ein grobes Versehen unterschob. Meinberg schrieb am 19. Oktober 1944 an Sohl, dass die Ruhrwerke nicht nur in den vergangenen Jahren, sondern auch noch 1944 sich immer wieder geweigert hätten, «Salzgitter-Erze auf Lager zu nehmen. Ich halte nach Durchsicht meiner Unterlagen den Vorwurf aufrecht, dass die Ruhrwerke in einer geradezu leichtfertigen Art und Weise den Erfordernissen des Krieges nicht gerecht wurden, soweit es sich um die Versorgung der Hütten handelt. Die Ruhr-Hütten wären niemals in diese Situation hineingekommen, wenn Sie, Herr Sohl in der Vergangenheit die damals mögliche Vorratsbildung ermöglicht hätten.»[11]

Sohl antwortete Meinberg am 25. Oktober 1944 in überlegener Sachlichkeit, «dass die Erzbevorratungsmassnahmen der Ruhr nicht auf den Fall abgestellt waren, dass Schwedenerze und Minette gleichzeitig ausfallen, dass im gleichen Zeitpunkt die Reichsbahn sich in einer Krise befindet, und dass die Wasserzufahrtswege gestört sind». Die Bestände des Ruhrgebietes an Eisenerzen hätten sich im Übrigen vom 1. Januar 1940 mit 4‘435‘000 Tonnen auf 7‘571’000 Tonnen am 1. Januar 1944 erhöht. «Es kann also keine Rede davon sein, dass die Ruhrwerke die Erzbevorratung vernachlässigt hätten. Es ist im Gegenteil eine planmässige Bestandsbildung vorgenommen worden.» Dann ging Sohl zum Gegenangriff über. Meinberg stelle es so dar, «als ob die Reichswerke lediglich aus kriegswirtschaftlichen Gründen den verstärkten Versand von Salzgitter-Erzen hätten durchsetzen wollen. Meines Erachtens dreht es sich aber bei den zurückliegenden Verhandlungen vor allem um eine

hartnäckige Vertretung von Werkinteressen, die ich als solche durchaus anerkenne.»[12]

Himmler zögerte, die Anzeige beim Reichssicherheitshauptamt aufzugreifen, umso mehr, als es sich um eine rein kriegswirtschaftliche und keine politische Frage handelte. Mit verletzender Kühle überging er die Behauptung Meinbergs, dass eine Art Staatsverbrechen vorläge. Er antwortete mit einem einzigen Satz: «Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 2. November 1944 mit den anliegenden Nachrichten, aus denen die Lage des Kohlenverkehrs und der Kohlenversorgung hervorgeht.»[13]

Ebenfalls von Mitarbeitern der Industrie selber ging eine Denunziation aus, von der ich durch Himmler erfahren habe. Er persönlich hatte sich die Mühe gemacht, die Denkschrift, die sich Kaltenbrunner aus dem Luftfahrtministerium besorgt hatte, mir mit einem freundlichen Begleitschreiben zuzusenden. Vorsichtig und abwägend schrieb er mir, dass «viele Dinge dieser Denkschrift falsch sein können» oder «dass sie falsch gesehen und nicht richtig erkannt worden sind. Trotzdem glaube ich, dass eine Anzahl doch von höchstem Interesse» sind. Himmler empfahl mir, einige Punkte mit Aufmerksamkeit zu erwägen, er selber könne sie «ebenso wenig wie manche andere Dinge als Laie beurteilen. Ich kenne Ihre Ansicht, dass man als Laie manchmal Dinge besser sieht als die Fachleute». Bestimmt entsprach der letzte Satz meiner Meinung.[14] In dieser Denkschrift, die angeblich von «ersten Fachleuten der Entwicklung der Luftabwehr und der Luftwaffe»[15] stammte und im August 1944 aufgesetzt worden war, wurde der Zusammenbruch der Treibstoffproduktion zum Anlass von Vorwürfen gemacht. Diese war inzwischen von 5850 Tonnen täglich auf 120 Tonnen am 21. Juli 1944, also auf 2 Prozent gesunken. Die Luftoffensive des Gegners hatte ihr Ziel nahezu erreicht. Es gelang zwar, die Produktion im September auf 5,5 Prozent zu erhöhen, aber auch das bedeutete den Untergang der deutschen Luftwaffe aus Mangel an Treibstoff.

Der Titel dieser 15 Schreibmaschinenseiten langen Denkschrift lautete «Führungsmängel in Luftwaffe und Luftfahrtindustrie». Ihre Anklagen richteten sich gegen die oberste Führung des Luftfahrtministeriums wegen Versäumnissen in Planung, Entwicklung und Fertigung neuer Flugzeugtypen.

Tatsächlich lag in diesem Ministerium manches im argen. Aufälligerweise wurde Göring nicht verantwortlich gemacht, denn er habe ja «vor Eintritt der USA in den Krieg in ernster Form darauf hingewiesen, dass mit allen Mitteln daran gearbeitet werden müsse, zumindest die qualitative Überlegenheit jederzeit zu behalten». Ob das Vorsicht oder Taktik war, ist undeutlich. Der eigentliche Grund für den Verlust unserer quantitativen Überlegenheit in der Luft» sei «in den Fehlmassnahmen des RLM [Reichsluftfahrtministerium] zu suchen ... Neue Ideen und Entwicklungen» wären «viel zu zögernd geprüft, zur Konstruktion gebracht, erprobt, laufend geändert und dann meist unter dem Zwang der Ereignisse infolge der vielen Änderungen immer noch nicht serienreif in die Grossproduktion gegeben» worden. «Gegenüber unfruchtbaren Interessenvertretungen von Konkurrenzfirmen wurde nicht rechtzeitig und energisch genug durchgegriffen, so dass laufend Verzögerungen bei den dringend benötigten neuen Typen und Geräten auftreten.»[16]

Das in diesem Zusammenhang aufgeführte Beispiel von der verzögerten Planung des Jagdflugzeugs Ta 254 ist wirklich schlagend. Die Absetzung des Ta 254-Jägers, auf den zur Bekämpfung der Bomber grosse Hoffnungen gesetzt wurden, war aber verfügt worden, weil das Programm ganz auf die neuen Strahljäger, besonders die Me 262, konzentriert werden sollte. Auch die Fehlentscheidung, den Junkers-Motor von 2‘500 PS zugunsten eines – noch nicht einmal produktionsreifen – Daimler-Benz-Motors vom Programm abzusetzen, war offenkundig. Übrigens war hier Göring persönlich verantwortlich gewesen. Die meisten Beschuldigungen der Denkschrift sind aber auch aus dem Rückblick unberechtigt, so die angebliche Fehlentscheidung, die Me 163 mit Raketenantrieb abzusetzen. Denn dieses Flugzeug wies keine nennenswerte Reichweite auf. Auch war die Entscheidung richtig, eine als «Lorin-Triebwerk» bezeichnete Parallelentwicklung zum Strahlmotor einzustellen.

Der Angriff gegen die Entscheidung, die ferngelenkte, von Flugzeugen aus zu startende Bombe Fritz X nicht mehr zu produzieren, war absurd. Die dafür bestimmten Flugzeuge vom Typ He 177 konnten wegen ihrer Anfälligkeit und ihrer zu geringen Geschwindigkeit nicht mehr eingesetzt werden. Die Verfas-

ser der Anklage wussten selber nicht anzugeben, wie die Bombe denn verwendet werden könne, wenn kein Transportflugzeug zur Verfügung stand.

Die Entwicklung einer Rakete, die von Flugzeug zu Flugzeug geschossen werde, sei zugunsten der vom Boden gestarteten Flak-Rakete aufgegeben worden, obwohl Professor Gladenbeck dafür garantiert habe, seine Entwicklung innerhalb von sechs Wochen bis zur Fertigungsreife auszubauen; die Boden-Luft-Rakete benötigte bis zur Serienreife mehr als ein Jahr.

Zufällig am gleichen Tag, an dem Himmler mir diese Denkschrift zusandte, erliess ich eine Anweisung, wonach «eine beschleunigte Lösung des Problems der zielsuchenden Bord-zu-Bord-Rakete» zu finden sei. Ich bevollmächtigte Professor Dr. Gladenbeck, «mit allen Mitteln ein funktionssicheres vollständiges Modell zu erstellen». Gladenbeck sei bei der Durchführung seiner Aufgabe nach besten Kräften zu unterstützen, und es sei seinen «Anordnungen in allen Fällen Folge zu leisten».[17]

Der von Himmler übermittelte Bericht Kaltenbrunners tadelte den Stopp von Entwicklungen, die grösstenteils abgesetzt worden waren, um die Entwicklungskapazität auf andere wichtigere Projekte zu konzentrieren. Also genau das, was sechs Wochen später in einer weiteren Anklageschrift aus dem Luftfahrtministerium ausdrücklich verlangt wurde. Es war nicht leicht, sich in der Vielfalt von Interessen der Denunzianten und SS-Agenten zurechtzufinden. Das war damals so, und in der Aktivität geschickter Lobbyisten besteht auch heute noch die Schwierigkeit bei der Entscheidung über Entwicklung und Einführung neuer Waffen.

Die Anklageschrift schliesst mit der Feststellung, dass nicht nur die Entwicklung eines Forschungsergebnisses in der letzten Zeit immer Jahre gebraucht habe, sondern auch die rein militärische Erprobung. So benötige der Weg von der Erfindung und Forschung über die Entwicklung, die militärische Erprobung bis zum schliesslichen Einsatz in der Regel eine ganze Reihe von Jahren.[18]

Diese langen Entwicklungszeiten sind das Kernproblem in allen Luftflotten der Welt. Nur selten gelingen Hasard-Entschlüsse, wie in England bei der überstürzten Einführung des Spitfire-Jägers. Die Serienfertigung des revolutionären neuen U-Boot-Typs XXI brachte dagegen Produktionsprobleme, die der Ge-

stapo Anlass zu Untersuchungen gab. Auf meinen Befehl und auf meine Verantwortung hin war gewagt worden, die Erprobung eines Prototyps ausfallen zu lassen, um anderthalb Jahre einzusparen. Ein Entschluss, der sich im Übrigen ausgezahlt hätte, denn am Ende war die Produktionsreife bereits im November 1943, also in der Hälfte der üblichen Zeit, erreicht worden.

Die Denkschrift über «Führungsmängel in Luftwaffe und Luftfahrtindustrie» vom 5. September 1944 führte nicht zur Stärkung, sondern zur Beunruhigung der Betroffenen. Das Vorhandensein des Papiers musste sich im Luftfahrtministerium herumsprechen und die verantwortlichen Sachbearbeiter befürchten lassen, dass den Vorstellungen und Ratschlägen der SS-Vertrauensleute Konsequenzen folgen könnten. Wollten sich die Chefs von Entwicklungsprojekten auf wenige Vorhaben konzentrieren – selbst auf die Gefahr hin, andere zukunftsträchtige Ideen zu inhibieren –, so brauchten sie volle Deckung durch die Staatsautorität. Dies aber lag im argen, weil mit SS und Gestapo eine zweite Macht existierte, die unberechenbar war.

Auf den Brief Himmlers an mich vom 5. September 1944 gibt es zwei Antworten aus meinem Ministerium. Zunächst teilte ich Himmler am 16. September 1944 mit, «dass ich mich in die Entwicklung der Flugzeuge einschalten kann, nachdem der Reichsmarschall [seiner Entmachtung] zugestimmt hat. Wie dies auch auf anderen Gebieten, wie zum Beispiel bei der Entwicklung der Waffen, Panzer usw. geschah, habe ich eine «Entwicklungs-Hauptkommission Flugzeuge' geschaffen.» Der Vorsitz sei Dr. Lucht von den Messerschmitt-Werken übertragen worden. Dieser sei «zwar kein Konstrukteur. Ich bin aber nach langen Überlegungen zu der Überzeugung gekommen, dass die Konstrukteure sich zu sehr verkämpft haben und zu eigenwillig sind, als dass einer davon die Führung in der Entwicklung der Flugzeuge» erhalten könne.[19]

Die von mir unterschriebene Antwort Saurs[20] vom 8. Oktober stellte richtig, dass mit dem Lorin-Triebwerk weiter Vorversuche laufen, obwohl es grosse Nachteile gegenüber dem in Serienbau befindlichen Strahltriebwerk aufweise. «Die Meinungen gehen in Forschungs- und Fachkreisen auch heute noch stark auseinander», stellte Saur fest. Auch einen anderen, von Himmler genannten

Punkt konnte Saur aufklären. Gladenbeck könne die versprochene kurze Entwicklungszeit seiner Flugzeugrakete nie einhalten, «da noch grundsätzliche Entwicklungsprobleme gelöst werden» müssten.[21]

Der Persönliche Referent des Chefs des SS-Hauptamtes, SS-Standartenführer Klumm, unternahm, sichtlich noch bevor er Saurs Antwort an Himmler kannte, auf die er mit einem neuerlichen Schreiben am 15. November reagierte, am 18. Oktober 1944 den Versuch, Himmler zu beeinflussen. Offenbar entsprach das freundliche und hinhaltende Schreiben Himmlers an mich nicht der scharfen Reaktion, die seine Umgebung von ihm erwartet hatte; wie überhaupt festzustellen ist, dass die mittlere Führungsschicht der SS sich viel radikaler gebärdete als Himmler selber. Auf dem Briefbogen des Chefs des SS-Hauptamtes sandte Klumm an Himmlers Persönlichen Stabschef Dr. Brandt einen Organisationsvorschlag, der Himmler eine entscheidende Rolle in der Luftrüstung zuspielen sollte – womit auch seinen ehrgeizigen Untergebenen neue Betätigungen zugefallen wären. Mit diesem Brief vom 18. Oktober 1944 würde «eine Bitte von Männern aus dem Reichsluftfahrtministerium» übersandt, die «von sich aus ohne mein Zutun diese Aufstellung gemacht» hätten. Sie komme aus dem Kreise des Ingenieurkorps des Reichsluftfahrtministeriums, das durch die hemdsärmeligen Methoden Saurs tatsächlich in Bedrängnis geraten war. Im Grunde genommen müsste diese Denkschrift mit der vom August des gleichen Jahres in Übereinstimmung sein, die Kaltenbrunner zufolge ebenfalls von «ersten Fachleuten in der Entwicklung der Luftabwehr und der Luftwaffe» aufgestellt worden war. Nur das Ingenieurkorps des Reichsluftfahrtministeriums konnte ja diese ersten Fachkräfte stellen.

In dieser neuerlichen Denkschrift wurde der Verdacht ausgesprochen, «dass Kräfte am Werk sind, kriegsentscheidende Massnahmen zu unterbinden», was ein kaum verhüllter Hinweis war, dass die Gestapo sich mit der Angelegenheit einmal beschäftigen möge. «Die Ereignisse beweisen uns immer mehr», erklärte Klumm, «dass tatsächlich eine Änderung in den befehlsgebenden Stellen eintreten muss, wenn nicht alles Geplante doch noch im letzten Augenblick schiefgehen soll.» Man wollte also den Diktaten Saurs entgehen. «Ich kann nur immer wieder betonen, dass wir die besseren Erfinder und Geräte besitzen, die

aber in keiner Weise zur Auswirkung kommen. Sie werden noch nicht einmal durch das RLM [Reichsluftfahrtministerium] in Entwicklung gebracht, obwohl sie seit vielen, vielen Jahren bereitliegen und für den Neubau der Flugzeuge und der Offensivgeräte benutzt werden könnten.»[22]

Die dem Schreiben Klumms beigefugte Denkschrift geht noch weiter als Klumm: «Unerbittliche Folgerungen [sollten] vor allem dann zur Anwendung gelangen, wenn ein eindeutig nachweisbares Versagen einflussreicher Männer der Rüstungswirtschaft und der Wehrmacht vorliegt», womit auch Saur, Milch und ich gemeint sein konnten. «Im Verlauf des Krieges hat sich manchem Soldaten und vielen Technikern immer wieder die Frage aufgedrängt, warum die höhere deutsche Führung in einzelnen Fällen... ganz offenbar falsch entscheidet. Diese Beobachtung ist so unbestreitbar, dass keine übliche, in solchen Fällen herangezogene Erklärung ausreicht.» Dieser versteckte Vorwurf des Landesverrates mochte dem Feldmarschall und Staatssekretär des Reichsluftfahrtministeriums Milch gelten, der in den Augen der SS ohnehin belastet war. Die «Wurzeln des Übels sind in der Besetzung wichtiger Dienststellen mit untüchtigen Männern [zu suchen], in rivalisierenden Dienststellen, eigensüchtigen Bestrebungen der Industrie, mangelndem Verantwortungsbewusstsein, organisatorischen Mängeln und in anderen menschlichen Schwächen.»

Am Beispiel der Entwicklung einer Flak (Boden-Luft)-Rakete wird jedoch deutlich, dass die Verfasser der beiden Denkschriften nicht identisch sein konnten. Denn in der ersten Denkschrift wurde gebrandmarkt, dass zugunsten der Flak-Rakete das Projekt einer Rakete, die von Flugzeug zu Flugzeug geschossen werden könnte, aufgegeben worden sei. Die zweite Denkschrift dagegen erhob den entgegengesetzten Vorwurf, dass bei einer frühzeitigen Konzentration der «fünf laufenden Projekte auf höchstens zwei Projekte mit ziemlicher Gewissheit heute schon der Einsatz einer Flak-Rakete möglich» wäre. In Wirklichkeit waren damals die Entwicklungen der Lenkungsmechanismen für diese Rakete, wie Saur in seiner Antwort denn auch festhielt, gar nicht produktionsreif. Vorher aber konnte eine Flak-Rakete nicht in die Produktion gehen.

Die Verfasser der Denkschrift folgerten jedoch ungerührt, man müsse jeder-

mann klarmachen, «dass ein Fehlentscheid persönliche Folgen nach sich zieht und gegebenenfalls sogar das Leben verwirkt. Eine solche Haltung würde zweifellos die Unzahl der Redner und Halbwissenden abschrecken, so dass dann wieder den Tüchtigsten der Weg freigemacht wird... Verschiedene Dienststellen kämpfen um ihren Stuhl», was wohl eine richtige Beobachtung war, «und zwar zum Leidwesen des deutschen Volkes... Es handelt sich um hoch chargierte Männer, die offenbar glauben, dass der normale Massstab, der für jeden Deutschen gilt, für sie nicht zuträfe.»

Die Denkschrift endet schliesslich mit der Forderung, unter der unverfänglichen Bezeichnung «Technischer Einsatz» im Hauptquartier Himmlers eine neue Dienststelle zu schaffen. Sie müsste «für Unschädlichmachen dieser unfähigen Männer Sorge tragen, die ihre Unfähigkeiten in einer für das Deutsche Volk grausamen Lehre offenbart haben». Es handelte sich also um eine Art Exekutionsstelle. «Diese einzurichtende Dienststelle könnte mit ihrer Entscheidung nahezu eine Kriegswende herbeiführen.»[23] Ich nehme an, dass sie das Kriegsende eher beschleunigt hätte.

Die politisch offensichtlich völlig unerfahrenen Mitglieder des Ingenieurkorps der Luftwaffe, die sich zu dieser Denkschrift hergegeben haben, hätten bei einer Durchführung ihrer Vorschläge ihren eigenen Untergang eingeleitet. Denn die Misere war nicht mehr abzuwenden, alles illusionistische Denken konnte nicht darüber hinweghelfen, dass selbst die Abstellung aller Entwicklungsfehler keine Auswirkungen auf das nahe Kriegsende mehr haben konnte.

Himmlers Reaktion auf das Schreiben vom 18. Oktober war vieldeutig, für Klumm jedenfalls enttäuschend. Es stand aber auch im Gegensatz zu der scheinbaren Loyalität, die er einige Wochen zuvor mir gegenüber gezeigt hatte, indem er mir wohlwollend das Material Kaltenbrunners übersandt hatte. Denn Dr. Brandt antwortete Klumm im Namen Himmlers am 30. Oktober 1944, dass er ihm «leider eine negative Antwort zukommen lassen» müsse. «Der Gedanke der Einrichtung einer derartigen Dienststelle bei dem Reichsführer-SS ist gut», liess Himmler loben, «er hätte bestimmt auch positive Ergebnisse zur Folge.» Doch dann folgt ein bemerkenswertes Eingeständnis: «nur stehen der Verwirklichung im Augenblick nicht aus dem Wege zu räumende Schwierigkeiten entgegen».[24]

Genau zur gleichen Zeit, Ende Oktober 1944, war die Intrige gegen drei meiner Amtschefs gelungen und damit dokumentiert worden, dass meine Macht gebrochen sei. Himmler, der bei allen Schritten, die zur Ausweitung seiner Position führen sollten, stets sehr genau bedachte, wieweit sie negative Reaktionen Hitlers hervorrufen könnten, musste sich hüten, bei Hitler durch den Vorschlag einer solchen Stelle Anstoss zu erregen. Er wird sich, was die Industrie anlangte, damals vorgekommen sein, wie eine Spinne im Netz, die beobachten, aber nicht würgen darf. Denn Hitler sah die immer noch erstaunlichen Rüstungsleistungen und wusste, dass sie den Industriellen zu verdanken waren. Himmler konnte nicht aktiv werden, denn die Schutzgarantie, die Hitler im eigenen Interesse der Industrie gegeben hatte, konnte er noch nicht übergehen. Zum Bürgen einer industriefreundlichen Politik war aber längst Saur geworden, dessen Ansehen bei Hitler immer höher gestiegen war, während er mir Defätismus vorwarf. Im Winter des Jahres 1944 hatte sich Hitler in einer Lagebesprechung zu den Marschällen und Generalen gewandt und gesagt: «Wir haben das Glück, in der Rüstung ein Genie zu besitzen und das ist Saur!»

Einige Monate später, am 28. März 1945, also einige Wochen vor dem endgültigen Ende, muss Hitler die Einschätzung Saurs noch rückhaltloser formuliert haben. Goebbels hat an diesem Tag eingetragen: «Der Führer hält Saur Speer gegenüber für die stärkere Persönlichkeit. Saur ist ein harter Steher, der einen Auftrag, der ihm erteilt worden ist, wenn nötig mit Gewalt durchzieht. Er steht in einem gewissen Gegensatz zu Speer.» Am 31. März fügte Hitler hinzu: «Saur überragt Speer an Energie, wie auch an Improvisationskunst.»[25] Tatsächlich hat Hitler denn auch Saur in seinem Testament zu meinem Nachfolger in allen meinen Ämtern bestimmt.

Sicher waren es nicht moralische Bedenken, die Himmler von einer Zustimmung abhielten. Denn er selber war ja immer schnell bereit, Exekutionen auf Grund angeblichen Versagens zu fordern. So verlangte er am 9. September 1944 von General der Flakwaffe, von Axthelm, «die Verantwortlichen» bei einer misslungenen Abwehr eines Fliegerangriffs auf das Hydrierwerk Brüx «vor Gericht zu stellen und aburteilen zu lassen».[26] Selbst in den noch relativ ruhigen Zeiten des Jahres 1942 liess er über den Chef des SS-Hauptamtes,

Gottlob Berger, der Marine androhen, Himmler «müsste sich einmal mit verschiedenen Fehlkonstruktionen der Marine beschäftigen. Er erinnere dabei nur an die berüchtigten magnetischen Zündungen bei den Torpedos, wobei zu fragen wäre, ob der dafür verantwortliche Herr schon an der Wand gestanden habe.»[27]

Zu dieser drastischen Bemerkung ist allerdings anzumerken, dass sich derartige Drohungen in ihrer Wirkung längst abgenutzt hatten, weil ihnen meist keine Exekution folgte.

In einem weiteren Brief vom 15. November 1944 ereiferte sich Klumm nochmals. Er hatte unterdes die von Saur entworfene Antwort an Himmler zur Kenntnis genommen. Ihn erregte besonders Saurs Satz, dass «die Meinungen über die Möglichkeiten [von Entwicklungsprojekten] auch heute noch in Forschungs- und Fachkreisen stark auseinander[gehen]». Darin sei, so meinte Klumm, «der ganze Wahnsinn unserer Entwicklungsarbeiten in der Luftwaffe, aber auch im Heer» umrissen. Dieser Wahnsinn habe «uns dahin gebracht, dass wir tausend Sachen in der Entwicklung haben». Warum nicht «einige Fachleute für gut befundene Projekte bis zur Erprobung durchpauken und dann einfach durch die Erprobung beweisen, ob es nun möglich ist oder nicht? Theoretisch kann ich einjahrtausend lang über irgendwelche Dinge streiten, während bei der praktischen Vorführung das Ja oder das Nein festgelegt» würde. Die SS-Führung hätte es sich zum Ziel gesetzt, alles, was in der Luftrüstung «aus dem Munde hervorragender Fachleute als besonders günstig» angesehen werden könne, «mit aller Macht voranzutreiben». Das heisst in dürren Worten, dass die SS-Führung sich anmasste, die Entwicklung der Luftrüstung an sich zu reissen, aber durch Himmlers gemässigten Brief zunächst zurückgehalten wurde.

Der Brief Klumms fahrt fort: «Das wollte ich mit der Einsetzung von Bevollmächtigten in den einzelnen Sparten der ferngelenkten Körper, Torpedowaffe usw., erreichen. In einer Sparte ist es uns geglückt, einen solchen Bevollmächtigten bei Speer zu lancieren, der in kürzester Zeit mit allem Durcheinander auf dem Gebiete der ferngelenkten Körper aufgeräumt hat. Entwicklung, Fertigung und Erprobung liegen in einer Hand und wir kommen darin bestens vorwärts.»

Auch die Mitarbeiter meines Ministeriums bemühten sich seit Monaten um eine Konzentration von Fertigung und Entwicklung, ganz in Übereinstimmung mit dem von mir erwirkten Erlass Hitlers vom Juni 1944 (vgl. Anhang XI). In der Besprechung des Rüstungsstabs vom 3. auf 4. Oktober 1944, also sechs Wochen vor den Angriffen der SS, hatte Saur zum Beispiel für die Luftrüstung festgelegt: «Um die Vielzahl von Versuchsmustern, Baureihen, Varianten und Änderungen an alten und neu anlaufenden Mustern [in der Luftrüstung] endgültig zu bereinigen, ordnet HDL [Hauptdienstleiter] Saur an, dass alle von der Entwicklungshauptkommission Flugzeuge nicht binnen vierzehn Tagen neu bestätigten Aufträge annulliert sind. Bis dahin sind alle Muster von der Kommission eingehend durchzusprechen, wobei dem Vetorecht der Herren Frydag, Dr. Heyne, Dr. Haspel und Klinker besondere Bedeutung zukommt. Die Tatsache der Annullierung ist den Firmen ausdrücklich bekanntzugeben.»[29]

Schon vor diesen Attacken der SS war eine Änderung des Klimas deutlich geworden. Den Industriellen, denen bis dahin das Vertrauen und im Grunde auch die Sympathie Hitlers gegolten hatten, sahen sich zunehmend Drohungen ausgesetzt. Gauleiter Sauckel, Hitlers Beauftragter zur Führung aller deutschen und ausländischen Arbeitskräfte, erklärte nun in halböffentlichen Reden, dass die Betriebsführer nur durch besondere Schärfe zu grösseren Leistungen gebracht werden könnten. Wenn erst einige Fabrikdirektoren ihren Kopf verloren hätten, wüssten die anderen, woran sie wären, und die Produktion würde steigen.[30] Das widersprach meiner grundsätzlichen Anschauung, dass Drohungen mit Konzentrationslagern niemals zur Leistungssteigerung gerade bei Ingenieuren und Wissenschaftlern beitragen würden. Und schliesslich war jenes Memorandum, das mir Himmler am 5. September zugesandt hatte, nichts als eine Aufforderung, mit der Drohung drakonischer Mittel die Entwicklungsingenieure voranzutreiben.

Daher hatte ich mich am 20. September 1944, vier Wochen vor dem massiven Angriff Klumms, an Hitler persönlich gewandt. Das Attentat vom 20. Juli 1944 habe «dem Misstrauen gegen die Zuverlässigkeit meines grossen Mitarbeiterkreises aus der Industrie neue Nahrung gegeben.» Die Partei sei der

Überzeugung, dass meine engste Umgebung «reaktionär, wirtschaftlich einseitig gebunden und parteifremd» sei. Darüber hinaus wäre die von mir aufgebaute Selbstverantwortung der Industrie und mein Ministerium «als Sammelbecken der reaktionären Wirtschaftsführer oder gar als parteifeindlich» bezeichnet worden.

Ich beharrte demgegenüber darauf, «dass es nur durch die Organisation der Selbstverantwortung der Industrie und durch die *freiwillige* [im Text unterstrichen] Bereitschaft der Betriebsführer möglich ist, die Leistungen zu steigern». Ich sprach die Bestrebungen der SS und der Partei direkt an, wenn ich fortfuhr: «Ich glaube nicht, dass das zweite System des Zwanges, der Betriebskommissare oder umfangreicher Verfahren und Bestrafungen, wenn die Leistungen nicht erfüllt werden, zum Erfolg führen kann. Ich halte es jedenfalls für ausserordentlich gefährlich, wenn im gegenwärtigen Moment überhaupt eine Diskussion über die Zweckmässigkeit des einen oder anderen Systems entfacht wird und wenn dadurch Unsicherheit in die Wirtschaft getragen würde. Aus den Kreisen der Partei wird festgestellt, ‚dass man die Rüstung endlich dazu zwingen müsse, mit bescheideneren Massstäben zu arbeiten' oder ‚dass nun andere Zeiten angebrochen seien, die andere Mittel verlängern.» Ich forderte von Hitler eine Erneuerung seiner Zusagen: «Soweit nicht kriminelle Vorfälle zur Verhaftung eines Betriebsführers führen, können Verhaftungen, Ab- und Einsetzungen von Betriebsführern, Einsetzungen von Kommissaren und besonderen Beauftragten in den Betrieben nur vom Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion angeordnet werden. Dies gilt auch, soweit es sich um strafrechtlich verfolgbare Vergehen handelt, die der Betriebsführer begangen hat, wie Hortung von Material und Arbeitskräften, falsche Angaben über den Betriebsbedarf, über die Einsetzung von Werkzeugmaschinen usw.» Diese Forderungen versah ich mit dem Zusatz: «Es bedarf nicht einer sichtbaren Entscheidung [Hitlers], ob in Zukunft die bisher auf dem Vertrauen gegenüber den Betriebsführern aufgebaute Selbstverantwortung der Industrie oder ein anderes System die Industrie führen soll. Nach meiner Meinung muss die Verantwortung der Betriebsführer für den Betrieb erhalten bleiben und so stark wie nur möglich herausgestellt werden, weil aus dieser Verantwortung heraus natürlich die

höchsten Leistungen erzielt werden. Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, dass man in dieser entscheidenden Zeit dieses System grundsätzlich nicht wechseln soll, nachdem es sich bisher voll bewährt hat. Ich halte es für notwendig, dass eine klare Entscheidung Ihrerseits gefällt wird, die auch nach aussen deutlich zeigt, in welcher Richtung die Führung der Wirtschaft in Zukunft erfolgen soll.»[31] Aber diese Entscheidung kam nie, weil Hitler sie an Bormann und Goebbels delegiert hatte. Im Gegenteil rief dieser Brief bei beiden Empörung und Widerstand hervor. Aber immerhin gelang es, Hitler einige Tage später einen von mir entworfenen Aufruf an die deutschen Fabrikdirektoren unterschreiben zu lassen, der im Grunde bestätigte, was ich von Hitler gefordert hatte.[32]

Weisungen Hitlers waren immer noch verbindlich. Als im Dezember 1944 der Kommodore meiner Transportflotte, Erwin Barthels, durch einen Kommissar der Geheimen Staatspolizei verhaftet wurde, obwohl ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Hamburg negativ verlaufen war, teilte ich Kaltenbrunner mit, dass «Barthels eine Führungsstelle in meinem Apparat einnimmt, und er auf Grund seiner Leistungen für mich unersetzlich ist», auch sei durch «das mir bisher bekannte Material ein so scharfes Vorgehen gegen den sehr verdienten Mann nicht zu rechtfertigen». Kaltenbrunner hat damals ohne Weiteres meinem Verlangen nach Freilassung Barthels' stattgegeben.[33]

Es müssen damals bei der Gestapo viele Anschuldigungen aus persönlichen Gründen und Konkurrenzmotiven eingelaufen sein. Himmler und seine Mitarbeiter werden vermutlich dieser Anschuldigungen längst müde gewesen sein, denn viele Anzeigen wurden einfach nicht verfolgt.

Mitte November 1944 verlor im Verlauf der erfolgreichen Angriffe gegen meine Amtschefs auch Schaaf, der entschiedene Widersacher Saurs, sein Aufgabengebiet.[34] Bis dahin war er ständiger Vertreter Schiebers in meinem Ministerium und verantwortete gleichzeitig die Produktion der Kraftfahrzeuge. Ich drang darauf, dass er als Generaldirektor von BMW eingesetzt würde. Daraufhin hatte der bisherige Vorsitzende des Vorstandes der BMW-Werke, Hille[35], gegenüber einem Mittelsmann der SS gegen Schaaf durch «eine Darlegung über Zustände im Aufsichtsrat und Leitung der BMW» bei der Gestapo

intrigiert. Es werde «ein erbitterter Machtkampf in den Bayrischen Motoren-Werken ausgetragen», heisst es im Bericht dieses Mittelsmannes, eines SS-Scharführers[36] Wolf. Der Aufsichtsrat habe sich im November 1944 «entschlossen, Schaaf zum Vorsitzer des Vorstandes zu bestellen. Hille weigert sich, sich diesem Beschluss zu fügen. Es ist ihm anscheinend gelungen, ein Eingreifen Gauleiter Gieslers herbeizuführen. Für uns wesentlich interessanter als dieser Kampf um persönliche Machtstellung sind die Vorwürfe, die Hille gegen Schaaf in politischer Hinsicht zu erheben weiss. Wie Hille angibt, hat Schaaf Massnahmen getroffen, um die elsässischen Verlagerungsbetriebe in Markirch und Bitschweiler unbeschädigt den Amerikanern in die Hände zu spielen», womit Schaaf der inoffiziellen Linie des Ministeriums gefolgt war. Weiter «gibt Hille an, Schaaf habe vor einem grösseren Kreis die Frage erörtert, in welcher Form man den Amerikanern entgegenkommen könne, wenn sie vor den Toren des Münchner Werkes erschienen». Tatsächlich war Schaaf so unvorsichtig gewesen, in verhältnismässig grossem Kreis zu besprechen, wie man die deutsche Industrie vor Fanatikern, zu denen auch Gauleiter Giesler gerechnet wurde, schützen könne. Zu allem Überdruss wurde Wolf auch noch gemeldet, dass «Schaaf höchst ungeniert defaitistische Äusserungen von sich gegeben habe».[37]

Drei Tage nach diesem Aktenvermerk, am 29. Dezember 1944, diktierte ich an Hille einen Verweis, weil er sich wegen seiner Absetzung «an die Kanzlei des Führers und auch an Gauleiter Giesler unmittelbar gewandt» habe, ohne mich von seinen Einwänden in Kenntnis zu setzen. Meinen Mitarbeiter Clahes wies ich an, gegen Hille «mit dem Ziel ‚Verlust der Betriebsführereigenschaft' [vorzugehen], sowie die Untersuchungen abgeschlossen» seien.[38]

Dass die Angelegenheit inzwischen auch von der Gestapo behandelt wurde, war mir offensichtlich unbekannt. Der belastende Bericht Wolfs war an Dr. Brandt, den Persönlichen Referenten Himmlers, weitergegeben worden, der am 9. Januar 1945 den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, also Kaltenbrunner, aufforderte, «die von Hille gegen Schaaf in politischer Hinsicht erhobenen Vorwürfe zu untersuchen. Sollte die Gestapo mit dem Vorgang schon befasst worden sein, bitte ich, mir den gegenwärtigen Stand mitteilen zu lassen.»[39]

In den nächsten Monaten geschah nichts; das Interesse war sichtlich erlahmt. Das von Brandt festgelegte Datum einer Wiedervorlage am 15. März wurde stillschweigend durch einen Termin am 15. April ersetzt. Vielleicht rechnete inzwischen selbst die Gestapo mit dem Ende des Krieges; wahrscheinlicher ist, dass die SS in diesen letzten Wochen des Krieges rein arbeitsmässig überfordert wurde.

Am 5. Februar 1945 wandte sich schliesslich auch Bormann persönlich an Himmler. Es gehe um «Wahrnehmungen im BMW-Werk II Bruckmühl/Oberbayern. Vermutung der Sabotage an der Herstellung eines erprobten Abschussgerätes zur Bekämpfung von Feindfliegern». Bormann bat Himmler, «dringend eine Überprüfung der angeblich sabotierten Geschossentwicklung zu veranlassen. Mein Sachbearbeiter, Pg. Elberding, steht auch in diesem Falle zu einer Besprechung mit dem Chef des Technischen Amtes VIII, SS-Gruppenführer Professor Dr. Schwab, zur Verfügung.»[40] Es entsprach der generellen Linie dieser Tage, Fehlschläge als Verrat auszulegen.

Aber Himmler, der Mitte Februar schon mit anderen Zielen kokettierte, gab mit einer müden Geste «diesen Vermerk über die Vermutung der Sabotage an der Herstellung eines erprobten Abschussgerätes zur Bekämpfung von Feindfliegern» an Kammler, der schon des längeren von Hitler mit der Planung, Produktion und dem Einsatz aller Raketenwaffen beauftragt war. Himmler forderte Kammler auf, sich der Angelegenheit anzunehmen.[41]

Backschwaden, Geranien, Tannenwurzeln und Atombomben

Nach dem Willen seines Stabes sollte Himmler sozusagen persönlich die Fehler in der Luftrüstung ausschalten. Man sollte annehmen, dass bei solchem Vertrauen der SS-Führung in Himmlers Genie wenigstens die SS in ihren SS-eigenen Entwicklungen bemerkenswerte Fortschritte gemacht haben müsste. Tatsächlich galt ihnen die besondere Energie Himmlers, aber er behandelte diese Projekte in der bei ihm üblichen skurrilen, verschrobenen Art. Die grotesken Resultate dieses laienhaften Übereifers zeigen, welche Folgen eine generelle Einschaltung der SS in die Entwicklungsprojekte der Luftrüstung gehabt hätte.

Milch fürchtete Reibungen mit der SS. Ängstlich achtete er darauf, seine Beziehungen zu ihr zu pflegen. Ich nehme daher an, dass Milch aus solcher Sorge am 2. Februar 1942 zwei Stunden seiner Dienstzeit für die Erörterung von Himmlers Hirngespinsten opferte. Ein von Himmler empfohlener SS-Untersturmführer[1] besprach an diesem Tage nämlich mit dem Feldmarschall Entwicklungsfragen. «Die Begrüssung und die Form der Aussprache war herzlich und persönlich interessiert», prahlte der Untersturmführer. «Es wurden weitere Besprechungen schon für die allernächste Zeit in Aussicht genommen.» Als Ergebnis der zweistündigen Beratung konnte SS-Untersturmführer Helmut Zborowski feststellen, dass unter seiner Verantwortung zu untersuchen seien:

«1. Möglichkeiten, die Leistungen der Me 109 zu steigern,

2. Grenzreichweiten, bzw. Eindringtiefen von R(Raketen)-Bombern,

3. Technischer Aufwand und Entwicklungszeit für R(Raketen)-Ferngeschosse für 200 und für 500 km Reichweite.»

Wer die Schwierigkeiten kannte, die zu dieser Zeit das Team Wernher von Brauns zu bewältigen hatte, um die Entwicklung der A 4-Rakete erfolgreich zu beenden, kann sich über den Mangel an Sachkenntnis und die Unverfrorenheit des Untersturmführers nur wundern.

Nachdem Zborowski die grundsätzliche Zustimmung von Feldmarschall Milch erhalten hatte, begab er sich bereits am nächsten Tage zum Vertreter Pleigers in der Führung der Hermann-Göring-Werke, dem SS-Gruppenführer Meinberg, der sich sogleich «grundsätzlich bereiterklärte, die Grossreihenanfertigung der Ferngeschosse so auf Verdacht zu planen, dass gleichzeitig mit abgeschlossener Entwicklung der militärische Einsatz sichergestellt sein wird. SS-Gruppenführer Meinberg sagte beschleunigte Übermittlung der Konstruktionszeichnungen der 500 kg-Bombe zu.»[2] (Wahrscheinlich war diese für die unter Punkt 2 genannten Raketen-Bomber als Bestückung bestimmt.[3])

Der Generalingenieur der Luftrüstung, Eisenlohr, musste seine gewiss wichtigeren Arbeiten unterbrechen, um mit Zborowski am 5. Februar 1942 nach Graz zu reisen. Der Gauleiter von Steiermark, Dr. Uiberreither, selbst ein hoher SS-Führer, sagte sofort den Bau eines Raketen-Entwicklungswerkes in seinem Gau zu, wiederholte «seine seinerzeitigen Zusagen, dass er alles zur Unterstützung dieses Projektes veranlassen wird». Er gäbe Bescheid, wenn er passende Gelände beziehungsweise Werksanlagen ausfindig gemacht habe.[4] (Dabei ist für die Selbstherrlichkeit der SS bezeichnend, dass Gauleiter und SS-Führer Uiberreither der SS-Führung diese Zusagen schon vor längerer Zeit, tatsächlich schon vor der Besprechung mit Milch, gegeben hatte.) Als Termin für diese Vorbereitungen wurde der 25. Februar 1942 vorgesehen, denn die SS hielt sich zugute, dass sie bedeutend schneller arbeite als die übrigen Dienststellen.

So wurden Energien, Materialien und Baustoffe verschwendet für die Idee eines Laien, nur weil allgemein bekannt war, dass Himmler Interesse an phantastischen Zukunftsprojekten hatte und zudem schnell bereit war, deren Ablehnung als Sabotage am Siege Deutschlands zu werten.

Der Bericht Zborowskis ging an den Chef des schimärischen SS-Wirtschaftsimperiums, Pohl, was darauf hindeutet, dass bei einer Verwirklichung

dieser Absichten das SS-Wirtschaftsamt sich für die Durchführung dieser Fertigung interessiert hätte.

Natürlich muss sich die Unzulänglichkeit der technischen Voraussetzungen irgendwann doch gezeigt haben. Das Projekt wird später nicht mehr erwähnt. Himmler wendete sein Interesse der erfolgversprechenderen Entwicklung der A 4-Rakete zu, wie später noch ausgeführt wird.

Offenbar ist dieser Zborowski einer der Phantasten gewesen, denen die Entwicklungsstellen ungern klare Absagen erteilten, weil man ihre Verbindung zu Himmler kannte. Zborowski hatte wohl Himmler ein Jahr später für «Sauerstoffturbinen» begeistert, die den U-Booten «bei taktisch ausreichenden Tauchzeiten wesentlich höhere Unterwassergeschwindigkeiten» ermöglichen sollten, «als die Überwassergeschwindigkeiten von Handels- und Kriegsschiffen».

Wie aus einem Schreiben des inzwischen zum SS-Obersturmführer beförderten Zborowski vom 26. Februar 1943 an Himmler hervorgeht, veranlasste der Reichsführer-SS eine «Besprechung am 24. Februar 1943 auf Admiralschiff ‚Erwin Wassner' über Vervielfachung der Unterwassergeschwindigkeit bei autonomen Langstrecken-U-Booten». Dass Himmler eine derartige Besprechung überhaupt gar nicht veranlassen konnte, ist fast schon nebensächlich, da Zborowski Himmler weiter zu berichten wusste: «Der Chef-Ingenieur Kapitän zur See (Ing.) Thedsen war nach Überprüfung der technischen Vorschläge, zu welcher er Herren seines Stabes mit heranzog, über deren Auswirkung auf das Höchste überrascht und begeistert. Diese Vorschläge bringen die technische Lösung des für die Zukunft brennendsten U-Bootproblems, da die Wirksamkeit der U-Boote, wegen der vom Feind immer weiter ausgebauten, durch seine Luftwaffe kontrollierten Seewege, stärkstens eingeschränkt wird. Die feindliche Luftwaffe zwingt die Boote zum Tauchen, in welchem Zustand sie bei den derzeit dem Gegner hoffnungslos unterlegenen eigenen Geschwindigkeiten nicht zu Schuss gelangen. Ein Nachlaufen unter Wasser und Vorsetzen in günstige Schussposition ist von Haus aus unmöglich... Wegen der entscheidenden Auswirkung auf die künftige Seekriegstaktik und damit auf den Kriegsablauf wird Kapitän zur See Thedsen über Grossadmiral Dönitz die erforderlichen Ar-

beiten aufnehmen lassen. Aus der klaren Erkenntnis heraus, dass oft auch die entscheidendsten Dinge an bekannten menschlichen Unzulänglichkeiten scheitern, wurde einvernehmlich ein Vorgehen beschlossen, um diese soweit als möglich von Anbeginn an auszuschalten. Um die Widerstände der zuständigen Sachbearbeiter, die zum Teil schon seit Jahren mit der Bearbeitung der beschriebenen voraussehbaren Probleme betraut waren, ohne diese gelöst zu haben, nicht zu wecken, wurde vereinbart, auf Herkunftsnennung des Verfahrens und Namensnennung zu verzichten und die vorgetragenen Vorschläge als Wünsche und Lösungsvorschläge der ,Front', insbesondere des ,Technischen Stabes des B.d.U.' weiterzureichen.»[5]

Es kann sich nur um eine bewusste Irreführung Zborowskis durch die Marine gehandelt haben, denn einige Wochen, nachdem am 30. Januar 1943 Dönitz zum Oberbefehlshaber der Kriegsmarine ernannt worden war, stand im Prinzip bereits die Konstruktion der neuen U-Boote fest, die durch Verdoppelung der elektrischen Antriebe und eine Vervielfachung der in Akkumulatoren aufgespeicherten Energie einen grösseren Unterwasserradius bei einer Unterwassergeschwindigkeit aufwiesen, die sogar die Geschwindigkeit der Zerstörer überbot.[6] Ausserdem war schon vor längerem ein betriebsbereites U-Boot mit dem von Walther entwickelten Wasserstoffsuperoxyd-Motor erfolgreich getestet worden, so dass auch die nächste Generation der U-Boot-Waffe bereits technisch feststand.

Konteradmiral von Friedeburg, der Kommandierende Admiral der U-Boote, beauftragte Zborowski, «Ihnen, Reichsführer, seinen herzlichsten Dank und seine besten Grüsse durch mich entbieten zu lassen», eine subalterne Grussformel, die in keiner Weise zum Charakter Friedeburgs passte, der den Mut hatte, Selbstmord zu verüben, nachdem er unter der Regierung Dönitz den Waffenstillstand mit den britischen Streitkräften unterzeichnet hatte.

Dr. Brandt antwortete am 5. März 1943, Himmler habe «sich über Ihren Brief vom 26. Februar 1943 sehr gefreut. Halten Sie ihn in gewissen Zeitabständen über die praktische Auswirkung dieser positiven Besprechung auf dem laufenden.»[7]

Einen Monat später konnte Himmler befriedigt zur Kenntnis nehmen, dass Konteradmiral (Ing.) Thedsen[8] «die ihm vorgetragenen Vorschläge und die ihm

überlassenen Unterlagen durch seinen Ingenieurstab prüfen» liess. «Die Überprüfung hat deren Richtigkeit und Wert erwiesen. Auf Grund dieses Ergebnisses und im Sinne der angeführten Meldung vom 26. Februar 1943 hat nunmehr der Kommandierende Admiral der U-Boote in seinem Namen das K (Kriegsschiffbau)-Amt des OKM (Oberkommando der Marine) veranlasst und beauftragt, ‚Sauerstoffturbinen' zu entwickeln und zu bauen, sowie die Ausrüstung von Booten mit diesen Turbinen angeordnet.»[9] Selbst wenn dem so gewesen wäre, hätten diese Turbinen eine Entwicklungs- und Erprobungszeit von einigen Jahren benötigt. Aber die Marineleitung war offensichtlich nur darauf bedacht, bei Himmler keinen Unwillen zu erregen und ging zum Schein auch auf absurde Anregungen ein.

Man nahm es notgedrungen in Kauf, dass höchste Militärs und Industrielle mit solchem Unsinn behelligt wurden, und hervorragende Fachleute, deren Zeit durch dringende Entwicklungsprojekte ohnehin aufs Äusserste in Anspruch genommen war, sich mit den seltsamsten «Erfindungen» beschäftigen mussten.

Es kamen die absonderlichsten Vorschläge: Am 4. Januar 1943 wandte sich Himmler persönlich an mich und empfahl, die Winker und grossen Scheinwerfer für Kraftfahrzeuge abzuschaffen, weil letztere bei den VerdunkelungsVorschriften ohnehin nicht benutzt werden und erstere bei dem geringen Verkehr kaum nötig wären[10]; anlässlich eines Vortrages im Führerhauptquartier am 17. April 1943 empfahl er Hitler die Brünierung der Seitengewehre[11], damit das Aufblitzen der blanken Waffen bei Nachtangriffen den Angreifer nicht verrate. Dass solche Attacken kaum noch üblich waren, spielte offenbar keine Rolle.

Himmlers Wissbegierde fürchteten wir auch deshalb, weil stets die Gefahr bestand, dass er sich in Entwicklungsarbeiten einschalten und deren Ablauf durch seine laienhafte Initiative stören könne. Am 14. Mai 1943 kam Himmler zum Beispiel nur deshalb in Hitlers Hauptquartier zu einer Besprechung mit Porsche zusammen, um den Hitler gerade in einem Holzmodell vorgeführten produktionsreifen 188 Tonnen schweren Panzer «Maus» zu begutachten.[12] Anfang desselben Jahres hatte Himmler gehört, dass Hitler nach einer Vorführung

des Flettner-Helikopters bemerkt habe, dieses Projekt sei sehr förderungswürdig. Aber Himmler hatte schon ein Jahr zuvor den Konstrukteur kommen lassen[13], um sich über das noch schwebende Projekt unterrichten zu lassen. Weder der schwere Panzer «Maus» noch der Flettner-Hubschrauber hatten auch nur das geringste mit den Arbeitsbereichen Himmlers zu tun.

Im August 1943 wurde Hitler, wie es in meinem Protokoll heisst, von anderer Seite, also wohl von Himmler oder seinem Vertreter, über die Entwicklung einer neuen infanteristischen Abwehrwaffe vorgetragen. Hitler äusserte sich begeistert und ordnete sofort an, dass diese «Kampfpistole Gerloff wegen ihrer ausserordentlichen Bedeutung jede Unterstützung finden» müsse, «vor allem, um baldmöglichst entscheiden zu können, welche laufenden sonstigen Entwicklungen und Fertigungen abgestoppt werden können».[14]

Aber die Begeisterung Hitlers war unbegründet. Das Protokoll einer Besprechung beim Chef der Heeresrüstung (Generaloberst Fromm) vom 21. Januar 1944 berichtet nüchtern über diese Kampfpistole: «Waffe als Wundergerät proklamiert; hat auf 70 Meter 3 Meter Breiten- und 4 Meter Höhenstreuung. Nächste Vorführung Ende Januar. Abschluss der Entwicklung noch nicht zu übersehen. Versuchsstück in Reparatur. Geschosse trudeln bei Kampfentfernung bis zu 100 Meter.»[15]

Solche Misserfolge und Niederlagen konnten Himmler und seine Vertrauten nicht davon abbringen, immer wieder scheinbar revolutionäre Entwicklungen zu unterstützen. Kamen solche Ideen aus den Erfahrungen der SS-Truppe, so konnten sie mitunter vernünftig sein. Das 3-Tonnen-Gleiskettenfahrzeug «Maultier», von der «SS-Division Reich» gefordert, war zum Beispiel eine exzellente Entwicklung. Hitler entschied in den ersten Tagen des Januar 1943, dass eine Fertigung von 1’000 Stück pro Monat vorzubereiten sei. Eine weitere Steigerung sei beschleunigt im Rahmen der Möglichkeiten des 3-Tonnen-Typs anzustreben.[16] Dem SS-Führer, der diese SS-Raupe entwickelt hatte, wurde von Hitler eine Dotation von 50’000 RM ausgehändigt.

Oft war es aber Hitler, der Himmlers grenzenlose Phantasie anregte. Mitte Juni 1943 berichtete er von einer Bemerkung Hitlers, derzufolge ein neuer Werk-

stoff, Durofol genannt, «nunmehr in grösstem Masse für die Fabrikation einer neuen Erfindung verwendet werden» solle. «Wenn wir also Durofol verwenden wollen, müssen wir, da es nur eine Fabrik davon gibt, für Mehrerzeugung sorgen. Ich ersuche den Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, diese Frage [eines zweiten Werkes] sofort zu untersuchen und mir beim Vortrag Vorschläge zu machen.»[17] Gleichzeitig befahl Himmler dem SS-Führungsamt, «mit grösster Beschleunigung ein Auto aus Durofol zu bauen, das nicht brennen soll. Würde der Versuch glücken, wären wir aus der Eisenfrage bei dem Autobau heraus.»[18] Bekanntlich wollte Göring einmal aus gleichem Grund den Bau von Lokomotiven aus Zement forcieren.[19] Seinem Beauftragten Kammler teilte Himmler gleichzeitig mit, dass er «diesem neuen Werkstoff die allergrösste Bedeutung» beimesse. Er erteilte ihm den Auftrag, «sofort an die Erprobung heranzugehen und aus Durofol T-Träger machen zu lassen, die nach den wissenschaftlichen Berechnungen eine noch grössere Festigkeit als Stahlträger besitzen sollen. Über den Verlauf der Versuche bitte ich mich zu unterrichten. Sollten sie glücken, könnten wir im grössten Massstab aus der Eisennot für den Bau heraus sein. Ausserdem soll Durofol nicht brennen.»[20]

Jüttner berichtete ernüchternd am 25. Juni, dass es sich bei Durofol um Kunst-Pressholz handele, mit einem «Elastizitätsmodul von nur 280’000 kg/cm^2 gegenüber 2‘200‘000 kg/cm^2 bei Eisen. Diese mangelnde Elastizität beschränkt die Anwendbarkeit des Materials, sodass es zur Herstellung von Karosserien von Kraftfahrzeugen keine Verwendung finden kann. Geeignet wäre es für kleinere Teile des Kraftfahrzeugbaues, wie Zahnräder, Türgriffe, Fensterrahmen oder dergleichen.»[21] In einem beiliegenden Bericht des Amtes X dieses SS-Führungshauptamtes wurde weiter ausgeführt: «Im Wesentlichen Austauschmaterial für Buntmetalle und für Aluminium. Vorläufig nur für kleinere Gegenstände bis zu etwa 500 mm in der grössten Dimension, also z.B. Tür- und Fensterbeschläge, Innenausbauteile von Aufbauten. Die grössten Teile sind bisher von einem Werk hergestellte Kotflügel. Selbsttragende Karosserieteile noch nicht hergestellt, da Formen nicht zu beschaffen, sind für die Zukunft entsprechend der in USA (Ford) schon weiter vorgeschrittenen Entwicklung geplant. Nachteil wird sein, dass Verletzungen (Einbeulungen) nicht

instandsetzbar sind, sondern vollständige Auswechslung des betroffenen Konstruktionsteils bedingen.»[22]

Kammlers Ausführungen lauteten ebenfalls ablehnend: «Die Herstellung von T-Trägern wird nicht für zweckmässig gehalten, da einerseits das Material für diesen Zweck viel zu teuer ist und andererseits die Pressmatrizen sehr umfangreich und kostspielig werden würden. Ausserdem würde sich, wie bereits erwähnt, das Verfahren nur bei sehr grossen Auflagen lohnen... Da die Festigkeit von Durofol bei Weitem nicht die von Flusseisen erreicht (Durofol-Biegefestigkeit 2‘910 kg/qcm gegen 3‘500 bis 4‘500 kg/qcm bei Eisen), müssten für die gleiche Belastung die Profile erheblich stärker ausgeführt werden.»[23] Wieder einmal war ein Projekt Himmlers gescheitert.

Die Ohnmacht der deutschen Luftwaffe den feindlichen Bomberverbänden gegenüber forderte natürlich allgemeine Kritik heraus. Himmler forderte nach Kräften diese Kritik an den ohnehin diskreditierten Führungskräften des Luftfahrtministeriums.

Im Oktober 1943 empfing Himmler Dr. ing. Plendl, den von Milch, Dönitz und mir gemeinsam Bevollmächtigten für Hochfrequenzforschung. Am 7. Januar 1944 berichtete Plendl dem keineswegs zuständigen und zudem fachlich inkompetenten Himmler in einem zehnseitigen Bericht über Forschungsvorhaben auf dem Gebiete der Hochfrequenz. Gleichzeitig konnte er melden, dass «im August 1943 im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt im Konzentrationlager Dachau ein Hochfrequenzforschungs-Institut eingerichtet» wurde. Leiter des Institutes sei der SS-Obersturmführer Schröder. «Dem Institut stehen ausschliesslich Häftlinge als Mitarbeiter zur Verfügung, und zwar als wissenschaftlicher Leiter der Häftling Hans Maier, ehemaliger Direktor des Zentrallabors der Fa. Siemens & Halske und weitere 20 bis 25 Häftlinge, die Diplom-Ingenieure, Physiker, Ingenieure und Techniker auf fachlich einschlägigem Gebiet sind. Die Bereitstellung der erforderlichen Messgeräte, Messinstrumente und Werkzeugmaschinen erfolgt durch die Reichsstelle für Hochfrequenzforschung e. V., die Stellung von Forschungsaufträgen durch den B.H.F. [Bevollmächtigter Hochfrequenz-For-

schung].» Es ist sicher, dass solche Fachleute in Freiheit erfolgreichere Arbeit geleistet hätten als unter der Leitung eines technisch ignoranten SS-Obersturmführers.

«Um in weit grösserem Umfang auch ungelernte Häftlinge der Konzentrationslager für die Zwecke der Hochfrequenzforschung nutzbar zu machen», heisst es im Brief Plendls an Himmler weiter, «wird im Konzentrationslager Grossrosen auf Grund der besonderen Unterstützung durch den Reichsführer-SS der Ausbau einer Forschungswerkstatt zur Zeit durchgeführt. Diese Forschungswerkstatt umfasst 4 Baracken mit rd. 1‘700 qm. Der Aufbau der Baracken wird voraussichtlich Anfang März beendet sein. Die Verwendung der Baracken ist so vorgesehen, dass eineinhalb Baracken zur Unterbringung des zur Zeit in Dachau befindlichen Instituts verwendet werden und die restlichen zweieinhalb Baracken für die eigentliche Forschungswerkstatt. Sobald die Baracken fertig sind, sollen 150 bis 200 Häftlinge unter Führung von einem Ingenieur und 5 Meistern, die die Reichsstelle für Hochfrequenzforschung abstellt, in hochfrequenztechnische Arbeiten eingewiesen werden, zunächst durch Ausschlachtung von Beutegeräten, Röhren usw. und dann in immer steigendem Masse durch Arbeiten wie Bau von Messinstrumenten, Geräten und Einzelteilen für die Bedürfnisse der Hochfrequenzforschung. Die hier geschaffene hochfrequenztechnische Arbeitskapazität kann bei Bedarf auch für Zwecke des Reichsführers-SS, z.B. für die Aufgaben, die dem Sturmbannführer Siepen von Ihnen gestellt worden sind, ohne Zwischeninstanz eingesetzt werden.»[24]

Der Schlusssatz dieses Schreibens macht deutlich, was wir nie wussten. Himmler hatte sich «ohne Zwischeninstanz», das heisst unkontrolliert von dem in meinem Amt zur Zentralisierung der Wehrforschung eingesetzten Oberst Geist, eine eigene Forschungsstelle eingerichtet. Wissenschaftlich geschulte Häftlinge wurden, statt dass sie in ihren Betrieben an ihren angestammten Posten die ihnen zukommenden Arbeiten leisteten, für Sonderentwicklungen der SS abgezogen.

Mit gleicher Unbekümmertheit mischte sich Himmler auch in Entwicklungsvorhaben anderer Wehrmachtteile ein. So forderte er mit allen Mitteln seiner Autorität die Entwicklung eines Marine-Schnellbootes, obwohl es bei der Ma-

rineleitung keinen Anklang gefunden hatte. Am 30. April 1944 teilte Himmler dem SS-Standartenführer Kloth seines Rohstoffamtes mit, dass ein SS-Standartenführer Frosch ihn besuchen würde. Er sei von ihm «mit der Entwicklung und Durchführung einer wichtigen Erfindung beauftragt. Unterstützen Sie ihn mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln».[25]

Es handelte sich, wie Himmler Frosch am gleichen Tag schrieb, um «die Erprobung und Durchsetzung des Zischbootes. Sie sind mir verantwortlich, dass dieses für die deutsche Kriegsführung im Land- und Seekrieg äusserst wichtige Kriegsinstrument in der denkbar kürzesten Zeit in Serie kommt und eingesetzt werden kann. Ich wünsche, dass die erste Serie am 1. September 1944 in Einsatz ist. Bei Schwierigkeiten, die irgendwelche Stellen machen, haben Sie sich unmittelbar durch Fernschreiben an mich zu wenden.»[26] Auch Pohl wird gebeten, «in den allernächsten Tagen SS-Standartenführer Frosch vom SS-Führungshauptamt zu empfangen. Er ist mit der Durchsetzung einer unerhört wichtigen Erfindung von mir beauftragt. Ich möchte gern, dass die Fabrikation dieser Erfindung möglichst in unseren Werkstätten stattfindet.»[27]

Bei diesem «Zischboot» handelte es sich um die Entwicklung eines «Einrumpfschnellbootes» der Wankel-Versuchs-Werkstätten in Lindau. Mit seiner aerodynamischen Formgebung sollte dieses Boot wie ein Fisch durch die Wellen schneiden und – mit einem Torpedo bestückt und mit Zwillingsflak 3,7 cm armiert – beim Angriff auf feindliche Schiffe hohe Geschwindigkeiten erreichen. Das Projekt gehörte in die Reihe von Kleinkampfmitteln, die in dieser Zeit für die Marine unter Admiral Heye gefertigt oder entwickelt wurden.

Ungewöhnlich war diese Entwicklung nicht, überall wurde an ähnlichen Projekten gearbeitet. Aussergewöhnlich war lediglich die Willkür Himmlers, mit der er sich in eine für die Marine bestimmte Entwicklung einmischte. Am 6. Mai 1944 besichtigte Himmler denn auch persönlich die Fabrik Wankels bei Lindau.[28] Die Dornier-Flugzeugwerke, mit wichtigen Arbeiten für das Flugzeugprogramm beauftragt, benutzten damals die Hallen der Wankel-Versuchswerkstätten. Himmler veranlasste am 19. Juni 1944 Herrn Frosch, «möglichst bald zu den Wankel-Werkstätten zu fahren, um sich an Ort und Stelle ein Bild über das Verhalten der Dornier-Werke zu machen. Der Reichsführer-SS bittet um Bericht.»[29]

Einen Monat später, am 19. Juli, versicherte auch Keppler, der ehemalige Wirtschaftssachverständige Hitlers und Vertrauensmann Himmlers, wie wichtig ihm die Entwicklung dieses Zischbootes erscheine. Er schrieb an Himmler: «Ich hörte, dass Du wegen Räumung des Wankelschen Betriebes in Lindau durch Dornier mit dem Reichsmarschall gesprochen hast, dass aber Herr Dornier noch keine Ruhe gibt und die Angelegenheit an den Führer persönlich heranbringen will.»[30]

Am 2. August fanden Besprechungen zwischen Frosch und dem Direktor der Dornier-Werke, Kühl, statt. Dabei wies Kühl darauf hin, dass der Jägerstab diese Halle benötigte. Ihm sei «von Generalstabs-Ing. Lucht vom Jägerstab, Chef der Sofort-Massnahmen, durchgegeben worden, dass die Räumung der Wankel-Versuchswerkstätten bis September zurückgestellt ist und dann erst die eigentliche Entscheidung fällt». Dem Jägerstab kam damals die weit wichtigere Aufgabe zu, die Produktion der Jagdflugzeuge in kurzer Zeit zu vervielfachen. «Direktor Kühl sagt aus, dass er sich nur einem Befehl vom Jägerstab beuge, da ihm vom Vorsitzenden des Jägerstabes, Herrn Saur, der Vorwurf gemacht wurde, dass er sich in der Angelegenheit Wankel nicht energisch genug zu Gunsten Dornier durchgesetzt hätte».[31]

Aber die SS war mächtiger als der Jägerstab. Am 5. August stellte Frosch fest: «Herr Major Schubert, Technischer Offizier beim Reichsmarschall, hat am 31.7.1944 bei mir angerufen mit der Fragestellung, ob die Halle 1 der Wankel-Versuchs-Werkstätten weiterhin von Dornier benutzt werden kann. Ich gab zur Antwort, dass ich am gleichen Tage nach Lindau fahre, um an Ort und Stelle Nachprüfung zu halten. Am 5.8.1944 gab ich Major Schubert telefonisch Bescheid, dass ich auf Räumung der Halle 1 bestehen *muss.* Major Schubert erklärte, dass er dem Planungsamt vom Jägerstab entsprechend Nachricht gibt, dass die Halle 1 von der *Waffen-SS* [wohlgemerkt für Marine-Zwecke] benötigt wird und somit von Dornier zu räumen ist.»[32]

Auch meine Leute kapitulierten. Oberst Geist, der Leiter meiner Amtsgruppe Entwicklung im Technischen Amt, teilte dem Rohstoffamt im Persönlichen Stab Himmlers mit, dass er auf Anweisung des Hauptausschusses Schiffbau den leitenden Konstrukteur der Tragflächenboote. Dipl.-Ing. Büller,

zu Besprechungen mit Wankel nach Lindau gesandt habe, der zwei Konstrukteure und zwei Zeichnerinnen mitbringe. Auch ein Dr. Eglin sei am 26. Juli von der Firma Sachsenberg für die Firma Wankel freigegeben worden und werde «dann mit Wankel den Einsatz der Konstruktionsgruppe Büller klären».[33] Das energische Auftreten Himmlers hatte also greifbare Erfolge.

Jedoch genügte diese Hilfe meines Stabes Himmler noch nicht. Wie er in einem persönlichen Vermerk festlegte, wurde Dr. Kimm, Lehrstuhlinhaber für Flugzeugbau an einer Technischen Hochschule, mit Assistent Dipl. Ing. Neumann sofort nach Lindau beordert. «Dr. Kimm, der die Grundberechnung für den ‚Zisch' durchgeführt hat, verbleibt», wie Himmler weiter befahl, «bis 15. August in Lindau, um die Nachberechnungen der Konstruktionsveränderungen durchzuführen. Admiral Heye entsandte zu Wankel einen Schiffsbauingenieur, Leutnant Ing. Wendel.» Dieser sollte sich mit dem «Zisch» vertraut machen. «Personell ist nun der Arbeitsstab vollständig, so dass in kurzer Zeit die Stapellegung des Zisch beginnen kann, vorausgesetzt, dass Dornier die Halle 1 bei Wankel räumt. Nach Rücksprache mit Reichsminister Speer und Herrn Saur habe ich in Anbetracht der wichtigen Fertigungen, die die Dornier-Werke haben, selbst zugestimmt», so setzte Himmler seinen Vermerk fort, als sei er der oberste Rüstungsbeauftragte, «dass die Wankel-Werke zunächst in Hallen untergebracht werden, bis die Dornier-Werke in ihre unterirdischen Verlagerungswerkstätten in 4 Monaten ziehen können. Über das unanständige Verhalten der Dornier-Werke besteht zwischen Speer, Saur und mir völlige Klarheit. Ebenso besteht Klarheit darüber, dass die Wankel-Werke ihre Fabrik wieder erhalten.»[34]

Nach den Vorstellungen Himmlers sollte das Boot bereits einen Monat später, im September 1944, in Serie gehen. Er hatte keinerlei Ahnung, welche Zeiträume zur Entwicklung und Serienvorbereitung eines neuen Typs notwendig sind.

Das Zischboot geisterte bis in die letzten Wochen des Krieges durch die SS-Akten. Noch am 12. März 1945 will ein SS-Sturmbannführer Luditz von der Pionier-Inspektion des SS-Führungshauptamtes «in der Zisch-Angelegenheit

SS-Standartenführer Dr. Brandt sprechen». Inzwischen hatte die allgemeine Desorganisation aber weit um sich gegriffen, und es heisst weiter: «Wegen der Ausweichbewegungen der verschiedenen Dienststellen des SS-Führungshauptamtes» sei dies Luditz «bisher noch nicht gelungen».[35]

Mir wurde erst bei der Durchsicht des «Schriftgutes des Reichsführers-SS» bewusst, dass Himmler neben einem eigenen Rohstoffamt auch ein Technisches Amt unterhielt. Ich halte es heute für denkbar, dass es sich um den Aufbau einer Art Schattenverwaltung gehandelt hat, mit der eines Tages die Amtschefs der wichtigsten Ämter meines Ministeriums ersetzt werden sollten. Dass die SS durch dieses Amt eigene Waffen entwickelte, schien mir unnötig und verschwenderisch.

Die SS zog durch die Möglichkeiten schnellen Aufstiegs und durch das militärische Prestige der SS-Divisionen tüchtige Leute in ihren Bereich, die so dem Heer verlorengingen. So hätte der Leiter des Technischen Amtes der SS, Dr. Schwab, im Heereswaffenamt eine führende Rolle einnehmen können.

Seine Forderungen nach einer Einschränkung von überflüssigen Entwicklungen, die er vor der Munitionskommission des Ministeriums am 24. November 1942 vorbrachte, hatten unsere Vorstellungen unterstützt; aber sie widersprachen denen des phantasiereichen Himmler und vor allem denen Hitlers, der angesichts der Kriegslage immer mehr an Wunder wirkende Waffen dachte. Schwab führte aus: «Es laufen hunderte von Entwicklungen auf allen möglichen Gebieten. Jede ist wichtig und jede kann eines Tages eine Förderung auf irgendeinem Kampfgebiet bringen, aber in Anbetracht der gesamttechnischen Kriegslage ist die weitaus grösste Mehrzahl aller dieser Entwicklungen in den nächsten 3 oder 4 Monaten nicht von kriegsentscheidender Bedeutung. Es ist möglich, dass wir in 2 Jahren über eine Panzerwaffe oder über eine Artilleriewaffe verfügen [könnten], die uns in die Lage versetzt, jedem möglichen Panzerdurchbruch zu trotzen. Die Hoffnung ist aber völlig illusorisch, wenn der Gegner uns diese Zeit nicht mehr lässt.»[36] Das war genau die Linie meines Ministeriums.

Im Frühjahr 1942 herrschte bei Generaloberst Guderian und seinen Fachleuten, die vom Generalstab des Heeres gestellt wurden, die Überzeugung, dass

eine grosse Offensive bis zur Wolga und nach dem Kaukasus eine Verschwendung an Rüstungsmaterial darstelle, dass stattdessen nur ein Einsatz des vergrösserten Rüstungsausstosses zum Aufbau einer soliden Verteidigungsfront sinnvoll sei. Reichlich spät, am 3. August 1944, stellte sich Schwab hinter diese Auffassung, die von einer realistischen Einschätzung der deutschen Rüstungskapazität ausging. In seinem Referat vor der Panzerkommission erläuterte er, dass bei der Entwicklung motorisierter Panzerjäger «der Schwerpunkt auf die Abwehrtechnik zu legen sei». Schwab empfahl den Bau leichter Panzerjäger, denn wir könnten «industriell gesehen, nicht den Wettkampf mit dem Bau schwerster und allerschwerster Panzertypen aufnehmen, deren Leistung in der Festigkeit des Panzers und der Durchschlagsleistung der schweren Kanone liegt. Wir müssen für den Panzerjäger die Geschwindigkeitsleistung bei relativ schwacher Bepanzerung in den Vordergrund stellen, um rasche taktische Bewegungen ausführen zu können. Die Panzerung muss gegen leichte automatische Waffen bis zu 2 cm ausreichen. Eine Geschwindigkeit von mindestens 60 km/h im freien Gelände muss erstrebt werden.»[37] Der spätere Erfolg des leichten Tschechenpanzers 38 t im Herbst und Winter 1944 gab den Anschauungen des Generalstabs und auch denen von Schwab recht.

Je schwieriger die militärische Lage wurde, umso mehr dehnte sich der Machtbereich Himmlers aus. Seinen Durchbruch zum vielseitigsten und der Form nach mächtigsten Trabanten Hitlers verdankte er den Ereignissen vom 20. Juli 1944. Vorher war er Reichsführer der SS, Innenminister, Chef der Gestapo und der Polizei. Als Befehlshaber des Ersatzheeres drang er nun in weitere, bis dahin von der Wehrmacht zäh verteidigte Stellungen ein; er übernahm den Oberbefehl über das Heimatheer, war verantwortlich für die Neuaufstellung auch der Heeresdivisionen, konnte die Verteilung der Heereswaffen vornehmen. Zudem wurde er kurz nach dem 20. Juli der Bevollmächtigte Hitlers für die Reorganisation des Fronteinsatzes der Millionen Soldaten und Offiziere aller drei Wehrmachtteile, einschliesslich der Organisation Todt. Bald danach, im Dezember 1944, wurde er Befehlshaber einiger Divisionen am Oberrhein und ab Ende Januar 1945 einer Heeresgruppe an der Weichsel. Aber all das genügte

Himmler nicht. Während er die Front stabilisieren sollte, versuchte er gleichzeitig mit absonderlich wuchernden Ideen zur rüstungstechnischen Kriegswende beizutragen.

Die Verantwortung für Entwicklung und Produktion von Waffen blieb allerdings in meinem Ministerium. Aber mit der Ernennung Himmlers zum Befehlshaber des Ersatzheeres hatte er endlich auch amtlich einen Vorwand, sich in die Entwicklungs- und Produktionsfragen einzuschalten. SS-Obergruppenführer Jüttner wurde von Himmler als sein Vertreter in allen Angelegenheiten des Ersatzheeres eingesetzt (vgl. Anhang XII).

Um den Machthunger Himmlers und Jüttners einzudämmen, schrieb ich am 10. August 1944 an Jüttner: «Ich habe die Sorge, dass sowohl bei den jetzt vorgesehenen Vorführungen der neuen Waffen vor dem Reichsführer-SS Himmler und Ihnen wie auch bei sonstigen Einzelmassnahmen versucht wird, gegen diesen Erlass [Hitlers] zur Konzentration von Rüstung und Entwicklung und seine Durchführungsanordnungen zu handeln. Ich möchte Sie daher bitten, den Reichsführer auf diesen Erlass und seinen Inhalt vorher aufmerksam zu machen, damit er nicht in Unkenntnis dieses Erlasses irgendwelche Entscheidungen trifft. Die bereits von Ihnen unterschriebene Anordnung, dass auf Weisung von Ihnen ein Teil von Entwicklungen abgestoppt und ein weiterer Teil zur Abstoppung zugelassen ist, verstösst gegen diesen Erlass über die Konzentration der Rüstung und Kriegsproduktion. Wir wollen in der Einschränkung der Entwicklung noch bedeutend weiter gehen, als dies durch Ihre Anordnung zum Ausdruck kommt.»[38]

Hitler hatte nämlich auf meinen Vorschlag bereits am 19. Juni 1944 einen Erlass «zur Konzentration der Rüstungs- und Kriegswirtschaft» unterschrieben. Zu diesem Erlass bestimmte ich am 21. Juli, am Tag nach dem Attentat: «Sämtliche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sind einzustellen, sofern nicht bis 31. August 1944 meine schriftliche Ausnahmegenehmigung zur Weiterführung beantragt worden ist. Die Neuaufnahme von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bedarf meiner Zustimmung. Der Beginn der Arbeiten vor Erteilung der Zustimmung ist verboten. [...] Soweit in den zu entwickelnden Gegenständen voraussichtlich Engpassrohstoffe oder Engpasserzeugnisse ver-

wendet werden sollen, sind Menge und Güte der zu verwendenden Materialien bzw. Menge und Art der Erzeugnisse anzugeben, damit die spätere Produktionsmöglichkeit vorweg geklärt werden kann.»[39]

Dieser Erlass richtete sich auch und in besonderem Masse gegen die zahlreichen Aktivitäten Himmlers, die ohne Aussicht auf Verwirklichung bei meist unnützen Objekten wertvolle Entwicklungskapazitäten in Anspruch nahmen.

Das Gegenteil wurde bewirkt. Selbständig, als handele es sich um eine Angelegenheit der SS-Führung, hatte Himmler am 9. September 1944 einen leitenden Herrn der mir unterstehenden Wasag, Dr. von Holt[40], empfangen und sich über die Schwerpunkte in der Entwicklung von Raketen zur Abwehr der Bomber, einer Angelegenheit der ebenfalls mir unterstehenden Luftrüstung, berichten lassen. Eine Woche später, am 15. September 1944, übersandte Dr. Brandt, der Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers-SS, Direktor von Holt den Vorschlag eines SS-Unterscharführers Glätzer zur Revolutionierung der Zieltechnik.

Für die Realisierbarkeit einer durch Lichtimpulse an die Bomber geführten Boden-Luft-Rakete könne er, meinte Wasag-Direktor von Holt, «soweit sie den Raketen-Antrieb und die energetischen Fragen betreffen», auf Grund seiner Erfahrungen geradestehen. «Da andererseits die einwandfreie Funktion der Selbststeuerung Voraussetzung für die Geräte ‚Pfauenauge' beziehungsweise ‚Lerche' beziehungsweise für das des Unterscharführers Glätzer ist, bitte ich Sie, sich durch Herrn Professor Dr. Föttinger über den gegenwärtigen Stand der Entwicklung der Selbststeuerung authentisch Bericht geben zu lassen», forderte von Holt den Stabschef Himmlers auf. Die Ermunterung, dass sich Himmler dieser Angelegenheit persönlich annehme, wird nochmals verstärkt: «Diese Berichterstattung des Herrn Professor Dr. Föttinger wäre umso mehr zu begrüssen, als die schnelle Beendigung der Entwicklung der Selbststeuerung von Äusserlichkeiten abhängig ist, die, wie mir Herr Professor Dr. Föttinger am Freitag mitteilte, nicht mehr von seiner Seite auslösbar sind.»[41] Dr. von Holt bat also Himmler, persönlich einzugreifen, um Missstände zu beheben. Die Selbststeuerung der Raketen war allerdings das ungelöste Problem al-

ler Boden-Luft-Abwehrraketen. Die gefährliche Aufforderung des Wasag-Direktors musste, das war auch von ihm vorauszusehen, nicht nur Unruhe, sondern auch Schwierigkeiten auslösen.

Himmler dagegen hatte mit der scheinbaren Vernünftigkeit des Aussenstehenden zum Raketenproblem lapidar bemerkt: «Schiessen Sie doch einmal, wir haben doch leider täglich die Möglichkeit der praktischen Erprobung!» Dieser Wunsch sei, beeilte sich von Holt zu versichern, «sowohl dem Herrn Professor Föttinger wie auch mir aus dem Herzen gesprochen, und werden wir jederzeit unser Bestes zur Verwirklichung dieser Aufgabe tun».[41] Aus dieser gewundenen Stellungnahme spricht die Angst, Himmler nicht zufriedenstellen zu können. Diese Nebenkanäle zu einem so mächtigen Mann wie Himmler untergruben aber auch die Autorität meiner Mitarbeiter und liessen ihre Befehle als zweitrangig erscheinen. Professor Dr. Föttinger war übrigens Leiter des angesehenen Instituts für technische Strömungsforschung an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg.

In diesen letzten Monaten des Krieges häuften sich die ausgefallenen dilettantischen Ideen, die auf Grund der Autorität von Himmler allen Ernstes verfolgt werden mussten. Eine unbekannte Firma namens Elemag in Hildesheim hatte an den Gauleiter des Gaues Südhannover-Braunschweig, den SS-Obergruppenführer Lauterbacher, den Vorschlag gesandt, «durch Fernbeeinflussung die Funktion elektrischer Geräte» auszuschalten. Laienhaft wurde auseinandergesetzt, dass der Isolierstoff Atmosphäre zwar als «solcher infolge der Natürlichkeit dieses Zustandes im Allgemeinen keine besondere Beachtung [findet], er bildet aber letzten Endes die isolatorische Grundlage der gesamten Elektrotechnik, und es steht fest, dass eine Aufhebung der isolierenden Wirkung der Atmosphäre den Betrieb irgendeines elektrischen Gerätes bekannter Konstruktion und Ausführung unmöglich macht. Der gegenwärtige Stand der Technik bietet die Möglichkeit, eine Beeinflussung des Isolierstoffes Atmosphäre im Sinne der zu lösenden Aufgabe durchzuführen. Es ist bekannt, dass ultrakurz – elektrische Schwingungen bestimmter Frequenzen unter anderem auch die Eigenschaft entwickeln, die von ihnen durchdrungene Atmosphäre zu yonisie-

ren [!], und damit eine umgekehrte elektrische Reaktion auslösen; heisst mit anderen Worten, den Isolierstoff Atmosphäre in einen Spannungsleiter zu verwandeln.»[42]

Statt diesen utopischen Vorschlag an mein Ministerium weiterzuleiten, wo er kurz und bündig zu den Akten gelegt worden wäre, sandte ihn Gauleiter Lauterbacher am 13. November 1944 Himmler zu.[43] Himmler forderte sein Technisches Amt auf, sich zu diesem Vorschlag zu äussern. Mit einem Ernst, der in keinem Verhältnis zu dieser Bagatellangelegenheit stand, wurde am 8. Januar 1945 die Auskunft gegeben, dass das Verfahren gänzlich aussichtslos sei; alle dafür zur Verfügung gestellten Mittel müssten im Voraus als verloren bezeichnet werden.[44] Damals, Anfang Januar 1945, standen die Sowjets an der Weichsel, und Himmler bemühte sich immer noch vergeblich, als Befehlshaber von acht Divisionen die Lage am Oberrhein zu retten und sich als Feldherr zu etablieren. Gleichzeitig aber beschäftigte er sich mit dem Konzept utopischer Wunderwaffen, die alle strategischen Probleme lösen würden.

Auch in diesem Falle gab sich Himmler mit der eindeutigen Ablehnung seines eigenen Amtes nicht zufrieden. Noch am gleichen Tag, dem 8. Januar 1945, übergab er den Vorschlag einer Umwandlung der Atmosphäre in Spannungsleiter der höchsten wissenschaftlichen Instanz, Professor Dr. Ing. Werner Osenberg, dem Leiter des Planungsamtes des Reichsforschungsrates. Nach einem Monat wurde Osenbergs Stellungnahme an Himmler gesandt. Der Wichtigkeit eines jeden von Himmler vorgebrachten Wunsches entsprechend, wurde der Brief von Northeim nach Berlin durch besonderen Boten zugestellt, wie eine Notiz auf dem Brief ausweist.

Der Brief Osenbergs musste alle Hoffnungen Himmlers vernichten. Die Prüfung habe «zu dem Ergebnis geführt, dass dieser [Vorschlag der Elemag] nach dem augenblicklichen Stand der Technik nicht zu verwirklichen ist. Die Ausführungen der Elemag selbst lassen jedes tiefere Verständnis für die behandelten technischen und physikalischen Vorgänge vermissen, so dass es nicht empfohlen werden kann, diese Stelle mit der Durchführung entsprechender Forschungsarbeiten zu beauftragen.»

Offenkundig hatte Osenberg auf den ersten Blick erkannt, dass es sich um wissenschaftlichen Humbug handelte. Aus Furcht vor möglichen Vorwürfen

bemühte er dennoch weitere Wissenschaftler des ersten Ranges. «Da ähnliche Anregungen immer wieder vorgebracht werden, habe ich einige namhafte Wissenschaftler um eine grundsätzliche Stellungnahme zu den angeschnittenen Fragen gebeten.» Als Vorbescheid könne er eine Beurteilung durch «Herrn Professor Dr. Meissner, der auf dem Gebiet der elektromagnetischen Wellen über besondere Erfahrungen verfügt, sowie eine Stellungnahme des Leiters meiner Erprobungsabteilung, Dr. Radstein [vorlegen]. Nach Eingang der noch ausstehenden Gutachten werde ich Ihnen einen umfassenden Überblick über den augenblicklichen Stand der Entwicklung auf diesem Gebiet geben.»[45]

Die zwei Gutachten, die Osenberg in seinem Brief erwähnte, sind erhalten. Der Leiter der Erprobungsabteilung des Reichsforschungsrates Dr. Radstein stellte nach drei Seiten umständlicher Erläuterungen physikalischer Grundbegriffe fest, «dass mit den heute bekannten Mitteln und auch mit den in kurzer Zeit zu erreichenden Mitteln kein Erfolg der gewünschten Art zu erreichen ist».[46]

Auch Professor Meissner vom AEG-Forschungsinstitut kam nach ausführlichen detaillierten Ausführungen zu dem Ergebnis: «Den Vorschlägen geht jedwedes physikalisches und technisches Gefühl für die zugrunde liegenden Vorgänge ab. Es ist daher und nach dem technischen Stande der Dinge vollkommen unnütz, und es würde nur Zeitverschwendung bedeuten, näher auf die physikalischen Einzelheiten einzugehen.»[47] Noch heute geht aus den Akten hervor, welchen panikartigen Betätigungsdrang eine Anfrage Himmlers auslöste. Wer wollte auch auf sich nehmen, dass durch sein Versagen der Krieg verlorenging?[48]

Auch auf dem Gebiet der Chemie fühlte sich Himmler seines Urteils sicher. Im Januar 1945 liess er mit Energie die Wahnidee verfolgen, Treibstoff aus Tannenwurzeln herzustellen. Das war aber nicht nur eine aus der nahenden Katastrophe geborene Idee. Bereits im Mai 1942 war Himmler einem ähnlichen Vorschlag nachgegangen. Vollkommen ernsthaft hatte er Pohl damals mitgeteilt, dass es eine Erfindung gäbe, durch die «Abgase aus den Kaminen der Bäckereien eingefangen werden» könnten, um aus ihnen «Alkohol zu machen. Bäckereien wie unsere Bäckerei in Dachau müssten täglich 100 bis 120 Liter

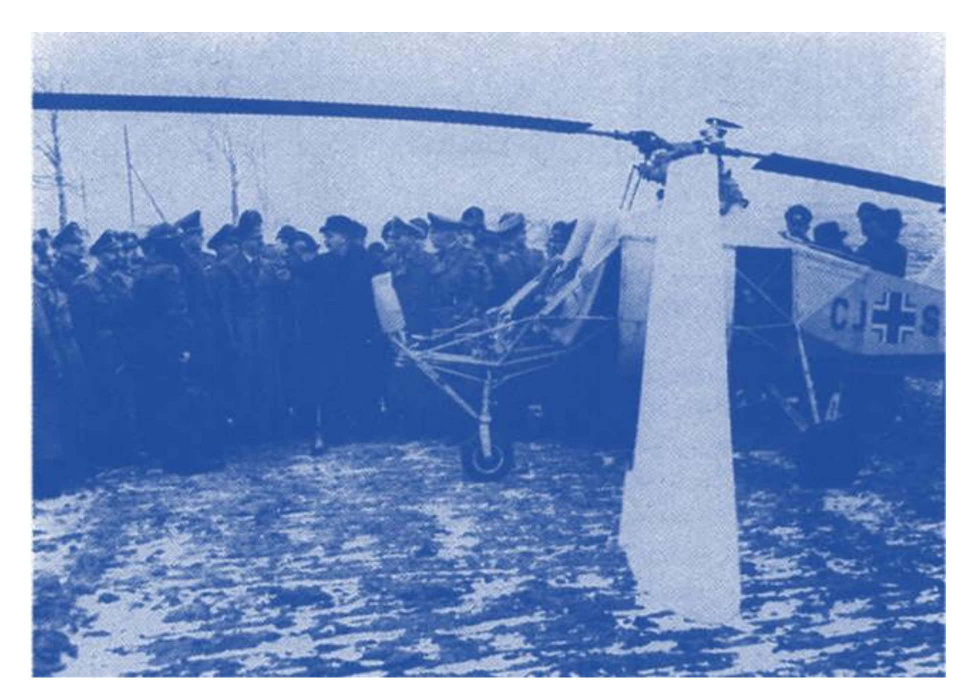
Alkohol auf diese Art liefern. Kümmern Sie sich doch bitte einmal um diese Frage und sehen Sie zu, dass wir das auch bei unseren Bäckereien machen.»[49]

Ein SS-Hauptsturmführer Niemann muss daraufhin einen Bericht abgegeben haben, der Himmler verärgerte. Von den vier Millionen Hektoliter Alkohol, die im letzten Friedensjahr produziert worden seien, so lautete Niemanns Auskunft, könnten auch bei Einsatz sämtlicher Brotfabriken nicht über 0,6 Prozent aus den Backschwaden entzogen werden.

Am 17. Oktober 1942 schrieb der verärgerte Himmler an Pohl: «Setzen Sie für diese Versuche einen anderen SS-Führer ein. Der SS-Hauptsturmführer Niemann scheint mir zu der ganzen Frage absolut negativ eingestellt zu sein. Der Bericht gefällt mir in seiner ganzen Tendenz nicht. Ich bin der Ansicht, dass im Kriege auch die Gewinnung kleiner Alkoholmengen von Bedeutung ist. Ich glaube nicht, dass wir jetzt im Krieg 4 Millionen Hektoliter Alkohol gewinnen. Der Prozentsatz des aus Backschwaden gewonnenen Alkohols würde demnach, wenn man eine genaue und objektive Untersuchung anstellen würde, wesentlich grösser werden. Vielleicht sprechen wir bei der nächsten Gelegenheit auch noch einmal mündlich darüber.»[50]

Ein halbes Jahr später kam eine neue aberwitzige Idee auf. Am 31. März 1943 schrieb der SS-Sturmbannführer Dr. Joachim Caesar, Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Konzentrationslager Auschwitz, an den Stab Himmlers über die Möglichkeit der Gewinnung von Öl aus Geranien. Schon am nächsten Tag erkundigte sich Himmler, «was das Ölhaltige» an der Geranie wäre. Er vertrat die Auffassung, dass eine grössere Menge Geranienöl beschafft werden und SS-Obergruppenführer Pohl einen Hektar Geranien anpflanzen lassen sollte. Auf jeden Fall wünschte er, diese Frage nunmehr systematisch zu bearbeiten.[51]

Im Januar 1945 verfolgte Himmler eine neue Fährte. Sein Interesse war durch einen Bericht des «Informationsdienstes» vom 28. Dezember 1944 geweckt worden, in dem über die japanische Herstellung von hochoktanigem, für Flugmotoren geeigneten Benzin aus Tannenwurzeln die Rede gewesen war. «Wie an offiziellen Stellen mitge teilt wird, ist dieses Flugbenzin durch einen ver-



Der Versuch der SS, mit aller Macht ein autarkes Wirtschaftsimperium zu errichten, trieb zuweilen Blüten. So interessierte sich Himmler für eine Meldung, nach der die Japaner aus Tannenwurzeln Flugzeugbenzin herstellten. Für solche Unternehmungen wurden ohne Rücksicht auf die kämpfende Truppe Fachleute abgestellt. Obwohl die Versuche, sich in die Arbeit des Ministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion einzumischen, sich als dilettantisch erwiesen, zeigen sie doch, für wie wichtig die SS das Erreichen der wirtschaftlichen Selbständigkeit bis Kriegsende hielt. Das «vorläufige Friedensprogramm des Reichsführers-SS» hing auch davon ab.

Vorführung des ersten deutschen Hubschraubers, dessen Konstrukteur Flettner Himmler schon Anfang 1943 zu sich bestellt hatte, obwohl er mit den Entwicklungsarbeiten nichts zu tun hatte.

TRANSOCEAN-EUROPAPRESS

I-Dienst 960/2

61 28.12.44.

Japaner machen Flugzeugbenzin aus Wurzeln von Tannenbäumen

T o k i o (Domei).-Hochgradiges Oktanbenzin für die Flugfahrt wird, wie hier verlautet, in grossen Mengen aus den Wurzeln der japanischen Tannen hergestellt. Wie an offiziellen Stellen mitgeteilt wird, ist dieses Flugbenzin durch einen verhältnismässig einfachen Prozess zu erlangen und wird bereits in Menge industriell hergestellt.

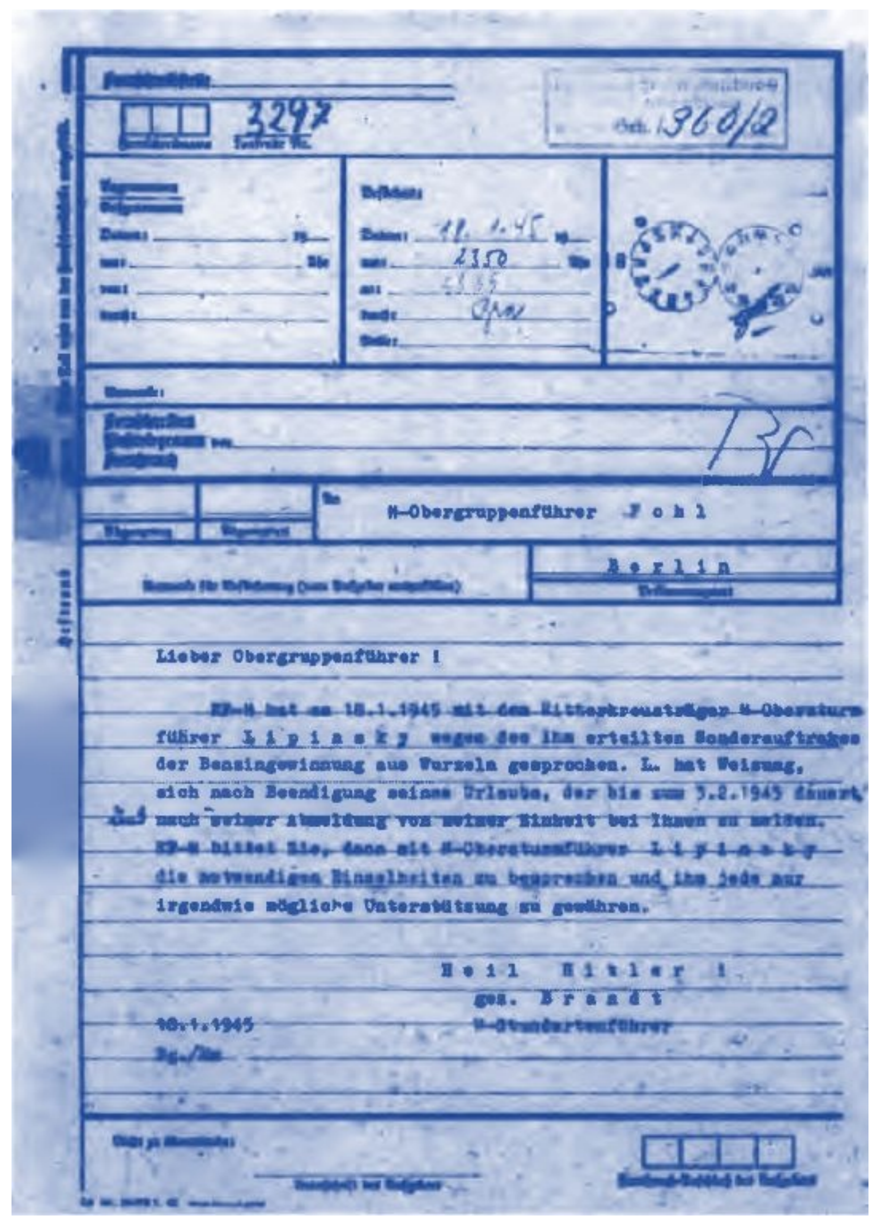
Das Landwirtschafts- und Handelsministerium leitete eine Kampagne zur Erhöhung der Produktion im ganzen Lande für fünf Monate ein, die im November begann. Die Extraktion von Tannenöl als Nebenprodukt wurde schon 1931 untersucht. In den folgenden Jahren wurde das so gewonnene Öl für verschiedene Zwecke, unter anderem zum Reini[gen] von Gewehren und zur Herstellung von Chemikalien verwendet. Ein neuerdings entdecktes Raffinierverfahren verwandelt dieses Tannenöl in flüchtigen Flugzeugtreibstoff.

Versuche haben gezeigt, dass dieses Produkt an Qualität dem hochgradigen Oktanbenzin gleichwertig, wenn nicht überlegen ist, das aus Petroleum gewonnen wird. Ein gewinnbringender Faktor ist die grosse Menge anfallender wertvoller Nebenprodukte.

Fachleute erläutern, dass der Ölgehalt der Wurzeln um so grösser ist, je älter die Wurzeln sind z.B. 375 Kilo Wurzeln die eingegraben annähernd 10 Jahre alterten, ergaben 54 bis 72 Liter; Zwei oder drei Jahre eingegrabene Wurzeln ergaben 45 Liter Öl.

Sohm/Be 1945

Angesichts der fast zum Erliegen gekommenen Treibstoff-Produktion musste diese Meldung für das zur Phantastik neigende Gemüt Himmlers wie ein Geschenk des Himmels anmuten.



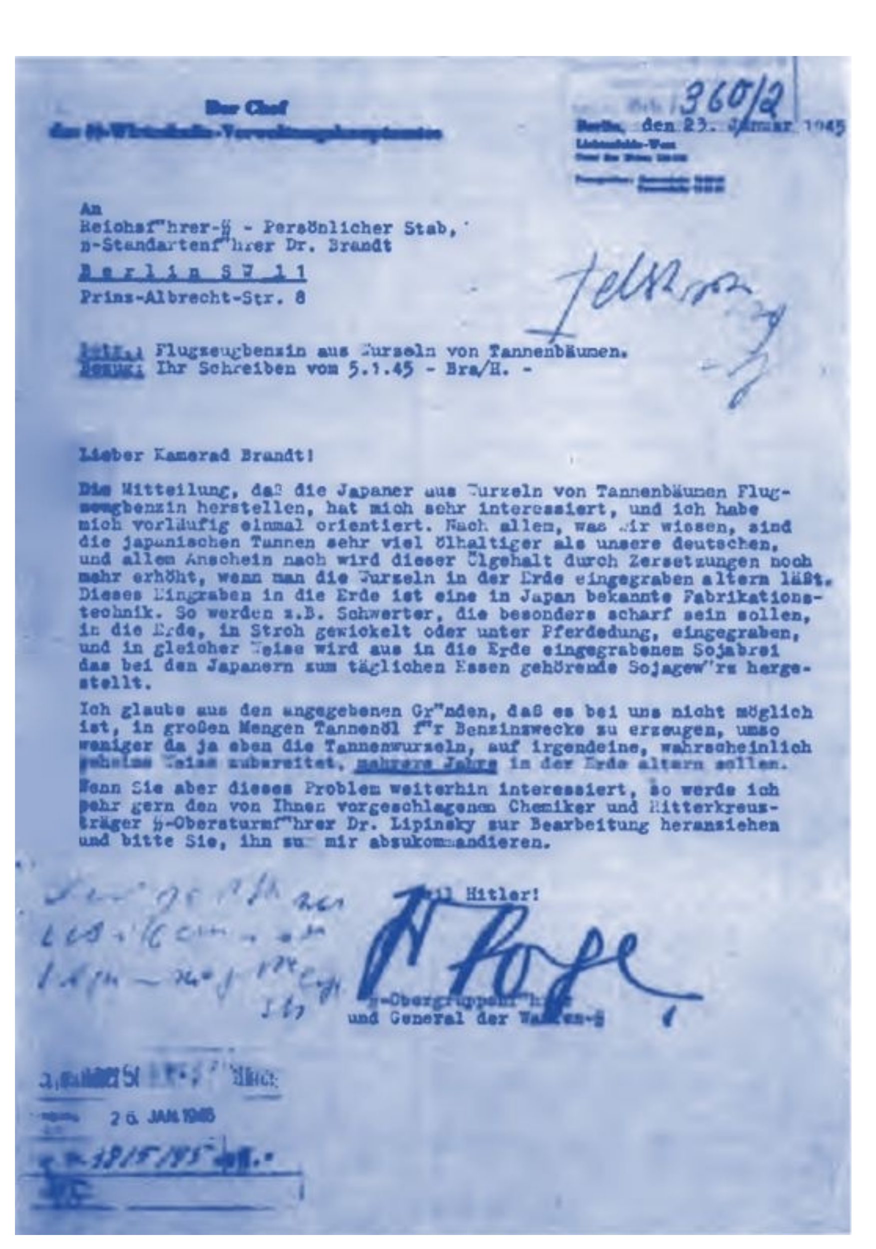
Lieber Obergruppenführer !

RF-SS hat am 18.1.1945 mit dem Ritterkreuzträger SS-Obersturmführer L i p i n s k y wegen des ihm erteilten Sonderauftrages der Benzingewinnung aus Wurzeln gesprochen. L. hat Weisung, sich nach Beendigung seines Urlaubs, der bis zum 3.2.1945 dauert, nach seiner Abmeldung von seiner Einheit bei Ihnen zu melden. RF-SS bittet Sie, dann mit SS-Obersturmführer L i p i n s k y die notwendigen Einzelheiten zu besprechen und ihm jede nur irgendwie mögliche Unterstützung zu gewähren.

H e i l H i t l e r !
gez. B r a n d t
SS-Standartenführer

18.1.1945

Ein Ritterkreuzträger wird abkommandiert, um diese Fährte zu verfolgen.



Der Chef
des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes

360/2

Berlin, den 23. Januar 1945

An
Reichsf"hrer-SS - Persönlicher Stab,
SS-Standartenf"hrer Dr. Brandt

Berlin SW 11
Prinz-Albrecht-Str. 8

Betr.: Flugzeugbenzin aus Wurzeln von Tannenbäumen.
Bezug: Ihr Schreiben vom 5.1.45 - Bra/H. -

Lieber Kamerad Brandt!

Die Mitteilung, daß die Japaner aus Wurzeln von Tannenbäumen Flugzeugbenzin herstellen, hat mich sehr interessiert, und ich habe mich vorläufig einmal orientiert. Nach allem, was wir wissen, sind die japanischen Tannen sehr viel ölhaltiger als unsere deutschen, und allem Anschein nach wird dieser Ölgehalt durch Zersetzungen noch mehr erhöht, wenn man die Wurzeln in der Erde eingegraben altern läßt. Dieses Eingraben in die Erde ist eine in Japan bekannte Fabrikationstechnik. So werden z.B. Schwerter, die besonders scharf sein sollen, in die Erde, in Stroh gewickelt oder unter Pferdedung, eingegraben, und in gleicher Weise wird aus in die Erde eingegrabenem Sojabrei das bei den Japanern zum täglichen Essen gehörende Sojagew"rz hergestellt.

Ich glaube aus den angegebenen Gr"nden, daß es bei uns nicht möglich ist, in großen Mengen Tannenöl f"r Benzinzwecke zu erzeugen, umso weniger da ja eben die Tannenwurzeln, auf irgendeine, wahrscheinlich geheime Weise zubereitet, mehrere Jahre in der Erde altern sollen.

Wenn Sie aber dieses Problem weiterhin interessiert, so werde ich sehr gern den von Ihnen vorgeschlagenen Chemiker und Ritterkreuzträger SS-Obersturmf"hrer Dr. Lipinsky zur Bearbeitung heranziehen und bitte Sie, ihn zu mir abzukommandieren.

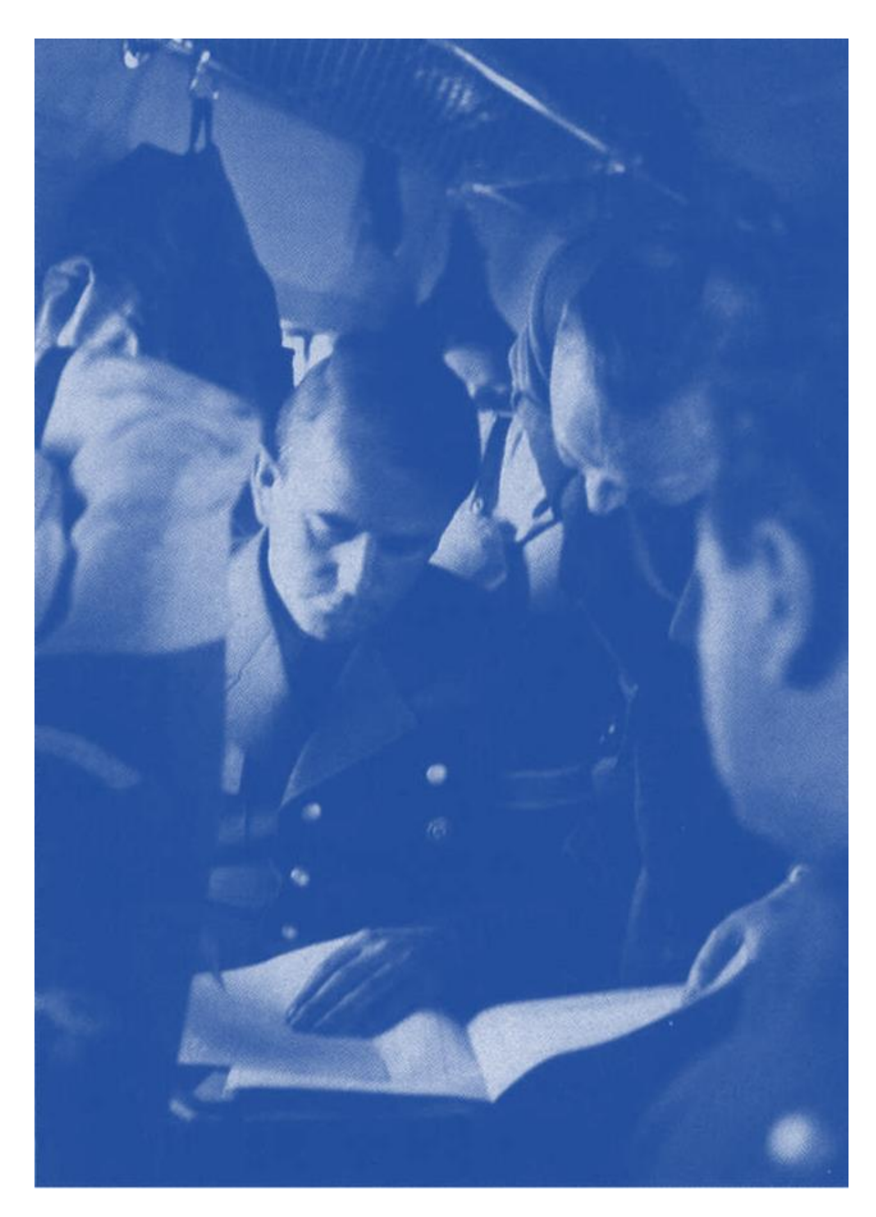
Heil Hitler!

Pohl

SS-Obergruppenf"hrer
und General der Waffen-SS

26. JAN 1945

SS-Obergruppenführer Pohl war bedächtiger als sein Vorgesetzter.



Albert Speer in einer Ju 52 bei einer Besprechung mit Karl Otto Saur, dem Leiter seines «Technischen Amtes».

Saur hatte von Schieber vor allem die Zuständigkeit für die Zulieferindustrie und die Investitionsplanung übernommen.



Hitler, Speer und (links neben ihm) Karl Otto Saur, der Leiter des Technischen Amtes im Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion.

hältnismässig einfachen Prozess zu erlangen und wird in Japan bereits in Menge industriell hergestellt. Das [japanische] Landwirtschafts- und Handelsministerium leitete eine Kampagne zur Erhöhung der Produktion im ganzen Lande für fünf Monate ein, die im November begann. [...] Versuche haben gezeigt, dass dieses Produkt an Qualität dem hochgradigen Oktanbenzin gleichwertig, wenn nicht überlegen ist, das aus Petroleum gewonnen wird. [...] Fachleute erläutern, dass der Ölgehalt der Wurzeln umso grösser ist, je älter die Wurzeln sind, z.B. 375 Kilo Wurzeln die eingegraben annähernd 10 Jahre alterten, ergaben 54 bis 72 Liter; zwei oder drei Jahre eingegrabene Wurzeln ergaben 45 Liter Öl.»[52]

Für das zur Phantastik neigende Gemüt Himmlers war das angesichts unserer nahezu zum Erliegen gekommenen Flugtreibstoffproduktion ein Geschenk des Himmels. Er liess am 9. Januar 1945 an Geheimrat Wagner, der in seiner Eigenschaft als Standartenführer angesprochen wurde, durch Dr. Brandt schreiben: «Lässt es sich nicht ermöglichen, bei Herrn Botschafter Oshima nachzufragen, ob die Japaner geneigt wären, nähere Auskünfte über die Gewinnung des Öles und die Verarbeitung zu machen. Der Reichsführer-SS würde sich dafür interessieren.»[53]

Schon einige Tage zuvor, am 5. Januar 1945, war, ohne das Ergebnis dieser Anfrage abzuwarten, der SS-Obersturmführer Lipinsky von seiner SS-Panzer-Division zu Himmler befohlen worden.[54] Am 18. Januar sprach Himmler mit Lipinsky «wegen des ihm erteilten Sonderauftrages der Benzingewinnung aus Wurzeln». Pohl wurde sogleich informiert, dass Lipinsky sich nach Abmeldung von seiner Einheit bei ihm melden wird, «Reichsführer-SS bittet Sie, dann mit SS-Obersturmführer Lipinsky die notwendigen Einzelheiten zu besprechen und ihm jede nur irgendwie mögliche Unterstützung zu gewähren».[55] Gleichzeitig wurde dem SS-Führungshauptamt durch Dr. Brandt mitgeteilt, dass Himmler an Lipinsky «auf seinem chemischen Fachgebiet einen Sonderauftrag erteilt» habe und er «zu diesem Zweck bis auf Weiteres zum SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt kommandiert» sei.[56]

Pohl war bedächtiger als sein Vorgesetzter. Er schrieb am 23. Januar 1945 an Brandt zur Unterrichtung Himmlers: «Nach allem, was wir wissen, sind die

japanischen Tannen sehr viel ölhaltiger als unsere deutschen, und allem Anschein nach wird dieser Ölgehalt durch Zersetzungen noch mehr erhöht, wenn man die Wurzeln in der Erde eingegraben altern lässt. Dieses Eingraben in die Erde ist eine in Japan bekannte Fabrikationstechnik. So werden z.B. Schwerter, die besonders scharf sein sollen, in die Erde, in Stroh gewickelt oder unter Pferdedung, eingegraben, und in gleicher Weise wird aus in die Erde eingegrabenem Sojabrei das bei den Japanern zum täglichen Essen gehörende Sojagewürz hergestellt. Ich glaube aus den angegebenen Gründen, dass es bei uns nicht möglich ist, in grossen Mengen Tannenöl für Benzinzwecke zu erzeugen, umso weniger da ja eben die Tannenwurzeln, auf irgendeine, wahrscheinlich geheime Weise zubereitet, *mehrere Jahre* in der Erde altern sollen.»[57]

In einer Antwort des «Persönlichen Stabs» Himmlers sollte Pohl mitgeteilt werden, dass nach Meinung des Reichsführers «unter diesen Umständen SS-Hauptsturmführer Lipinsky im jetzigen Augenblick wohl besser in der Truppe wirken kann als diesen Forschungsauftrag durchzuführen, der so schnell mit einem Ergebnis nicht abzuschliessen ist. Ich habe deshalb veranlasst, dass die Kommandierung des SS-Hauptsturmführers Dr. Lipinsky zum SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt wieder rückgängig gemacht wird.»[58] Dieser Brief wurde offensichtlich nicht abgesandt, der Text wurde durchgestrichen, das Datum nicht ausgefüllt, eine Abzeichnung des Briefes fehlt.

Offensichtlich ist Himmler seinen trügerischen Hoffnungen weiter nachgegangen. Am 1. Februar 1945 meldete Lipinsky dem Chef des Persönlichen Stabes: «Für den Forschungsauftrag habe ich zwei wissenschaftliche Mitarbeiter geworben. Es sind dies Dr. Ing. Hans Brückner, z. Z. bei der Chemisch-Physikalischen Versuchsanstalt der Kriegsmarine und Dr. Ing. Horst Luther, Dienststelle Reichsuniversität Posen, Institut für Anorganische Chemie und Chemische Technologie. Beide Herren sind durch die Aktion Prof. Osenberg zu ihren jetzigen Dienststellen gekommen. Die Freigabe von Dr. Luther dürfte keine Schwierigkeiten bereiten, da sein Chef, Prof. Körger, notgedrungen damit einverstanden ist. In der Angelegenheit Dr. Brückners wird sich wahrscheinlich, wie besprochen, der Reichsführer einschalten müssen. Obergruppenführer

Pohl kann ich erst am 3. Februar sprechen, weil er z. Z. auf Dienstreise ist. Zu meiner Division darf ich auf Befehl von Oberführer Gutberlet nicht mehr fahren. Ich muss mich dort schriftlich abmelden.»[59]

Himmlers ungebrochene Hoffnungen können auch aus einem Telegramm an Lipinsky vom 28. Januar 1945 entnommen werden: «Reichsführer-SS hat Sie mit Wirkung vom 30.1.1945 zum SS-Hauptsturmführer der Reserve der Waffen-SS befördert. Herzlichen Glückwunsch. « [60]

Wenige Monate zuvor war Himmler auf der Spur neuer Sprengstoffe. Am 22. Juni 1944 hatte er verkündet, «dass durch die Fortschritte der Technik urplötzlich Sprengkörper auftauchten, deren Wirkungen und deren Schnelligkeit unsere neuesten Sprengmittel der Vergeltungswaffe in den Schatten stellen».[61] In meinem Ministerium war man sich zu diesem Zeitpunkt längst im Klaren, dass eine Atombombe – nur darum konnte es sich handeln – vor dem auf Winter 1945 vorausberechenbaren Auslaufen unserer gesamten Rüstungsproduktion wegen Aufzehrung aller Reserven an Chrom nicht mehr hergesteilt werden könne.[62]

Himmler verhielt sich auf dem Gebiet der Atomforschung zurückhaltend. Dennoch machte er mir Vorwürfe über die Vernachlässigung der Forschung, gerade wegen der Konsequenzen der Atomspaltung. Der entsprechende Brief Himmlers ist nicht erhalten; aber meine Antwort lässt erkennen, dass ich mich verteidigen musste. Am 23. September 1944 teilte ich Himmler, «um Missverständnissen von vornherein vorzubeugen», das Folgende mit: «Darüber, dass auch im Kriege geforscht, und zwar sehr intensiv geforscht werden muss, kann ein Zweifel nicht bestehen. Es wäre sicher am erfreulichsten, wenn wir der Forschung ganz freie Hand lassen und uns damit begnügen könnten, ihr diejenigen Anregungen zu geben, die den grössten Nutzen für die Kriegsführung versprechen. Dass wir so nicht verfahren können, ergibt sich aus der Tatsache, dass in der Forschung genau so wie in der Entwicklung unsere Basis wesentlich schmaler ist als die unserer Gegner. Wir haben nur Aussicht, Ergebnisse zu erzielen, die für unsere Kriegsführung von wesentlicher Bedeutung sein können und die uns einen Vorsprung vor dem Feinde in Aussicht stellen, wenn wir sowohl in der Entwicklung als auch in der Forschung den Einsatz von Kräften und

Mitteln sorgsam abwägen und nach Möglichkeit Schwerpunkte bilden und unsere Kraft besonders auf diese Schwerpunkte konzentrieren. Dann ist es aber auch nötig, ein klares Bild darüber zu schaffen, was geforscht wird und was mit den betriebenen oder beabsichtigten Arbeiten erreicht werden könnte. Auf Grund dieses Bildes müssen dann diejenigen Arbeiten in der Zuweisung von Hilfsmitteln eingeschränkt oder gar ganz zurückgestellt werden, für die ohne Gefährdung der Schwerpunktaufgaben die notwendige Kapazität fehlt. [...] Dass in der Genehmigung von Forschungsarbeiten nach anderen Grundsätzen verfahren werden muss als in der Entwicklung, ist selbstverständlich, weil Ziele und Aussichten von Forschungsarbeiten nicht so genau zu bewerten sind wie Ziele und Aussichten von Entwicklungsarbeiten. Letzten Endes kommt es aber auch in der Forschung darauf an, dass die Arbeiten, von denen Vorteile der Kriegsführung erwachsen können, bevorzugt gefordert und dafür diejenigen Arbeiten zurückgestellt werden, die die konzentrierte Förderung der wichtigen Arbeiten in Frage stellen oder behindern.»[63]

Göring hatte ich in seiner Eigenschaft als Präsident des Reichsforschungsrates sogleich nach Erhalt des Himmlerschen Briefes vorweg über meine Ansichten informiert, denn es handele sich um «grundsätzliche Erwägungen zum Thema der Steuerung der Forschung».[64]

Zu Beginn des letzten Kriegsjahres tauchte die Frage vertaner Chancen aber erneut auf. Ohlendorf mischte sich mit einem Schreiben vom 25. Januar 1945 massiv in die Atomforschung ein. Er beschuldigte mich der Vernachlässigung einer Disziplin, die jahrelang als jüdische Wissenschaft gegolten hatte. Ohlendorf warf mir vor, der Atomforschung nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet zu haben. Er drängte darauf, dass ein für die Atomforschung vorgesehener Bau trotz der verzweifelten Kriegslage durchgeführt werde. Vergleichsweise kühl antwortete ich, dass «das derzeitige Stadium des Krieges es keinesfalls, trotz aller Förderungen der Kernphysik, [erlaubt] das Bauvorhaben SH 220 zu beginnen. Sie wissen, dass ich mich persönlich für die Forschung der Kernphysik interessiere und dass ich jede nur mögliche Unterstützung gewährt habe. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, zu veranlassen, dass die Fachsparte Kernphysik des Reichsforschungsrates, Professor Gerlach, in etwa ei-

nem Vierteljahr erneut an mich herantritt. Ich werde versuchen, dann wieder zu helfen.»[65]

Das geradezu Groteske an diesem Briefwechsel bestand darin, dass Professor Gerlach gleichzeitig mein Beauftragter für die Kernphysik war, so dass ich Ohlendorf bat, meinen Vertreter zu einem Schritt bei mir zu veranlassen. Das geschah nur, um Ohlendorf als Chef der Sicherheitspolizei und des SD nicht zu provozieren. Vorsorglich hatte ich schon am 19. Dezember 1944 an Professor Gerlach geschrieben, «vordringliche Aufgaben bringen es mit sich, dass ich mit Ihnen und Ihrer Arbeit nicht persönlich in Berührung kommen kann. Ich messe jedoch der Forschung auf dem Gebiet der Kernphysik eine ausserordentliche Bedeutung bei und verfolge Ihre Arbeiten mit grossen Erwartungen. [...] Sie können auf meine Unterstützung zur Überwindung von Schwierigkeiten, die die Arbeiten hemmen, jederzeit rechnen. Trotz der ausserordentlichen Beanspruchung aller Kräfte für die Rüstung, sind die für Ihre Arbeiten verhältnismässig kleinen Hilfsmittel immer noch zu ermöglichen. Ich bitte Sie, sich wie bisher an mich oder Herrn Dr. Goerner zu wenden, wenn Sie meine Hilfe brauchen.»[66]

Alle diese Befehle und Anmassungen der SS und besonders Himmlers, wie sie in diesem Kapitel geschildert und dokumentiert sind, verminderten unsere Forschungs- und Entwicklungskapazität und stifteten Unsicherheit über die Kommandowege und Zuständigkeiten (vgl. Anhang XIII).

Infiltrationen durch Sonderbeauftragte

Eine der bewährten Methoden in jedem bürokratisch regierten System ist die Infiltration durch Übernahme von Sonderaufträgen. So reizte Pohl eine wichtige Führungsposition der gesamten Bauwirtschaft. In Konsequenz des neuen Kurses der «Selbstverantwortung der Industrie» hatte das Reichswirtschaftsministerium «Reichsvereinigungen» eingerichtet, die die Lenkung der Produktion, die Genehmigung der Errichtung neuer Betriebe oder von Betriebserweiterungen in ihrem Produktionsbereich zu erteilen hatten.

Wie er gehört habe, so schrieb Pohl am 28. November 1942 an Himmler, beabsichtige man, in der nächsten Zeit für die Wirtschaftslenkung auch im Bereich von «Steine und Erden», also der Baustofferzeugung, eine «Reichsvereinigung» zu gründen. «Der Staat entlastet sich damit von der unmittelbaren Verwaltungsarbeit», fuhr Pohl in seinem Brief an Himmler fort. «An der Spitze der Reichsvereinigung steht ein verantwortlicher Unternehmer, der das Vertrauen von Partei und Staat besitzt und mit sehr weitgehenden Vollmachten ausgestattet ist. [...] Auf dem Gebiet der ‚Steine und Erdem besteht eine solche Reichsvereinigung noch nicht. Es muss damit gerechnet werden, dass in Kürze ein Privatunternehmer die Führung einer Reichsvereinigung Steine und Erden übernimmt. Hierdurch würden auch unsere Betriebe» in den Steinbrüchen und in der Ziegelherstellung «erfasst und praktisch einer fremden Lenkung unterstellt werden». Er habe deshalb mit SS-Brigadeführer Dr. Schieber (damals noch Vertrauensmann der SS) die Frage erörtert, «ob es nicht zweckmässig wäre, von uns aus die Initiative zu ergreifen und mit Befürwortung des Reichsministers Speer selbst die Gründung einer Reichsvereinigung und Übernahme der Führung in die Wege zu leiten. SS-Brigadeführer Dr. Schieber hat diese

Möglichkeit durchaus bejaht, obgleich selbstverständlich sowohl im Reichsministerium Speer als auch von Seiten der privaten Wirtschaft erhebliche Widerstände zu beseitigen sind. Ich halte es trotzdem für erforderlich, die notwendigen Schritte einzuleiten. [...] Mit der Leitung der Reichsvereinigung Steine und Erden müsste zweckmässigerweise, wie auch auf den anderen Fachgebieten, die Leitung der Reichsstelle Steine und Erden, die z. Z. Staatssekretär Schulze-Fielitz inne hat, in Personalunion verbunden werden, da die Aufgaben der Reichsstelle auf die Reichsvereinigung übergehen müssen. Ich bitte zu genehmigen, dass ich die Angelegenheit im obigen Sinne weiter vorantreibe und mir vom Reichswirtschaftsminister die Leitung der Reichsvereinigung und der Reichsstelle Steine und Erden übertragen lasse.»[1]

Himmler liess Pohl schnell einen positiven Bescheid zukommen. Denn im Gegensatz zu seinem gleichzeitigen Zögern im Falle der von Ohlendorf geplanten Infiltration in das Wirtschaftsministerium handelte es sich hier um den Unterbau für seine verschiedensten Pläne auf dem Baugebiet der Nachkriegszeit. Natürlich gilt auch umgekehrt, was Pohl in seinem Brief betont hatte: Mit der geplanten Übernahme dieser Reichsvereinigung durch die SS wären die Betriebe in den Steinbrüchen und in der Ziegelindustrie praktisch der Lenkung durch die SS unterstellt worden. «Der Reichsführer-SS ist sehr damit einverstanden», so liess er Pohl mitteilen, «wenn Sie die Gründung einer Reichsvereinigung und Übernahme der Führung durch Sie in die Wege leiten würden. Der Reichsführer-SS meinte, dass Sie sich hier vor allen Dingen auch der Unterstützung des Reichswirtschaftsministers versichern sollten.»[2]

Der Aufforderung einer Abstimmung mit Funk hätte es jedoch nicht bedurft. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, hatte Pohl gleichzeitig mit seinem Brief an Himmler bereits ein ungewöhnlich scharfes Schreiben an den Wirtschaftsminister gerichtet: «Durch die Wirtschaftsgruppe Steine und Erden[3] sind kürzlich Ostausschüsse gebildet worden, in denen die Frage der Ingangsetzung und der Übergabe der einzelnen Betriebe der Steine und Erden in den neuen Ostgebieten besprochen und erörtert werden soll. Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse sind sowohl ich, als auch die von mir gegründeten und beaufsichtigten Firmen Deutsche Erd- und Steinwerke G.m.b.H. und die Ost-

deutsche Baustoffwerke G.m.b.H. übergangen worden. Dies berührt mich umso eigentümlicher, als die von mir geführten Betriebe nicht nur die grössten Unternehmungen und damit die grössten Beitragszahler ihres Wirtschaftszweiges sind, sondern weil ich glaube, durch die kommissarische Verwaltung von über 350 Ziegeleien, Kachelfabriken, Schamottefabriken und sonstiger baustoffschaffender Betriebe im neugewonnenen Raum im Osten immerhin unter Beweis gestellt zu haben, dass ich mit meinen Mitarbeitern in der Lage bin, unter den besonders schwierigen Ostverhältnissen Betriebe zu führen und damit der Wirtschaft dienlich zu sein. Ich wäre Ihnen, sehr verehrter Herr Reichsminister, sehr verbunden, wenn Sie Vorsorge treffen könnten, dass die Geschäftsführer meiner Unternehmungen in den Ostausschüssen der Wirtschaftsgruppe Steine und Erden entsprechend der grossen Bedeutung ihrer Betriebe angemessen beteiligt werden.»[4]

Das Schreiben macht deutlich, dass die SS schon längst die kommissarische Verwaltung von über 350 Ziegeleien und anderer baustoffschaffender Betriebe im besetzten Russland übernommen und damit deren Übereignung nach dem Kriege vorbereitet hatte, obwohl nach den ersten drei Monaten stürmischer Vormärsche in Russland mit dem Ostministerium Rosenberg nur eine Regelung für 60 Betriebe im besetzten Gebiet ausgehandelt worden war. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Zahl von Betrieben der Baustoffindustrie auch im besetzten Polen bereits von der SS verwaltet wurde. Es scheint Widerstände gegeben zu haben, denn drei Monate später, am 17. Februar 1943 musste Himmler über die Angelegenheit mit dem Staatssekretär Bormanns, SS-Brigadeführer Klopfer, telefonieren. Aber es gelang Himmler und Pohl nicht, ihre Absichten durchzusetzen. Der Chef der Reichsstelle blieb ein Vertrauensmann der Steinindustrie.

Der Ehrgeiz Pohls scheint in diesen Monaten des zweiten russischen Kriegswinters grenzenlos gewesen zu sein. Während Ohlendorf von Himmler noch zurückgehalten wurde, versuchte Pohl trotz des Misserfolgs von Ohlendorf auch die führende Position im Reichsernährungsministerium zu erlangen. Nur vier Tage nach seinem Brief an Himmler vom 2. Dezember 1942, in dem er

die Führung in der Baustofferzeugung verlangt hatte, wies er Himmler in einem neuen Brief darauf hin: «Ähnlich wie in der Rüstungswirtschaft werden auch in der Ernährungswirtschaft mit zunehmender Kriegsdauer Organisation und Führungsverhältnisse – zum Schaden der Versorgung des Volkes mit hochwertigen Nahrungsgütern – immer unübersichtlicher. Während in der Rüstungswirtschaft durch Reichsminister Speer die Führungslinie klar herausgearbeitet und die Organisation der Industrie durch die Wiedereinführung der Selbstverantwortlichkeit erheblich vereinfacht und in den Befugnissen abgegrenzt wurde, ist das in der Ernährungswirtschaft noch nicht der Fall. Ja, es ist die Notwendigkeit einer Klärung der völlig unübersichtlichen Verhältnisse bisher erst von wenigen Einsichtigen erkannt worden. Zur Zeit wirken auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft: neben dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und dem Wirtschaftsministerium in den besetzten Gebieten die Dienststellen des ‚Einsatzes Ost', die Abteilungen ‚Ernährung und Landwirtschaft der einzelnen Zivilverwaltungen, die verschiedenen Reichsstellen und Hauptvereinigungen (z.B. Vieh, Eier, Getreide, Gartenbau usw.) [...] Es greift weiter ein die Geschäftsgruppe ‚Ernährung' der Dienststelle ‚Vierjahresplan'. Das O.K.W. errichtet oder inspiriert im Interesse der Versorgung der Wehrmachtsteile allenthalben eigene Anlagen. Auf dem zivilen Sektor bemühen sich z.B. die Reichsgesundheitsführung und die Deutsche Arbeitsfront Fabriken usw. zu errichten, um den von ihnen betreuten Menschen neue Quellen für Mangel-Nahrungsstoffe zu erschliessen.»

Nach vier Seiten Erläuterungen, die in der Tat ein gutes Bild der komplizierten Lenkungsaufgaben verschiedenster miteinander konkurrierender Dienststellen aufzeigen, kam Pohl zur Schlussfolgerung: «Aus dem Gesagten ergibt sich notwendigerweise, dass ähnlich wie in der Rüstungsindustrie oder im Arbeitseinsatz auch in der Ernährungswirtschaft eine Konzentration befohlen werden muss. Diese kann nur durch einen mit allen erforderlichen Vollmachten ausgestatteten *Generalkommissar* erfolgen, welcher die Dienstbezeichnung: *‚Der Generalwirtschafter für die Ernährung des deutschen Volkes'* führen könnte.» Diesem Schreiben war ein Arbeitsplan für diesen «Generalwirtschafter» beigefügt, das über zehn Seiten erschöpfend Pohls zukünftige Generalvollmachten umriss.[5]

In seinem Anschreiben an Himmler betonte Pohl: «Falls Sie sich überhaupt entschliessen können, diese Frage einmal mit dem Führer zu besprechen, so möchte ich darauf hinweisen, dass die Beauftragung eines SS-Führers deshalb sehr zweckmässig erscheint, weil dann die gesamte Organisation der SS und Polizei für die tatkräftigste Durchführung die beste Gewähr bietet... Ich bin auch ehrlich genug, zu gestehen, dass mich diese Aufgabe eminent reizen würde. Ich wäre auch bereit, mich ihr unter Hingabe all meiner Kräfte unter Beibehaltung aller meiner bisherigen Dienstobliegenheiten zu widmen.»[6]

Himmler jedoch war keineswegs geneigt, Pohl für diese Aufgabe freizugeben: «Der Gedanke eines Generalwirtschaftlers ist sehr verlockend, ich möchte ihn jedoch trotzdem ablehnen. [...Wir] würden uns hier in ein Gebiet hereinmischen, das uns praktisch in seiner Riesenverantwortung nichts angeht. Davor müssen wir uns hüten, denn das Potential dessen, was wir leisten können, als Gesamt-SS und Polizei, ist schon reichlich erfüllt. Ausserdem glaube ich, dass der Krieg noch mehr Forderungen auf anderen Gebieten an uns stellen wird, bei denen wir uns bemühen müssen, sie noch erfüllen zu können. Ich glaube auch, es wäre für die Gesamt-Entwicklung der Schutzstaffel gefährlich, wenn sie sich in ihrer heutigen Dynamik von ihrer Grundlinie zu sehr auf letzten Endes doch Seitenpfade entfernen würde. Richtig ist, dass wir auf unserem Sektor überall mit gutem Beispiel und tatkräftig vorangehen. Darin sehe ich unsere Aufgabe, überall hier Vortrupp zu sein. Mehr aber dürfen wir meines Erachtens nicht.»[7]

Mit solcher Zurückhaltung handelte Himmler nicht, wenn es sich um die Ziele seines Bau- und Wirtschaftsimperiums handelte. Seine positive Reaktion auf die Absicht Pohls, der SS die Reichsstelle und Reichsvereinigung «Steine und Erden» unterstellen zu lassen, bezeugt das Gegenteil.

«Das Potential dessen, was wir leisten können [...] ist schon reichlich erfüllt», meinte Himmler zu Recht, als er das Ansinnen Pohls ablehnte. Er stand damit im Gegensatz zu seiner ehrgeizigen obersten SS-Führung, die sich gerühmt hatte, schwierigste Entwicklungsprobleme der Luftrüstung mit Sonderbevoll-

mächtigten aus ihren Reihen zu lösen. Aber nur in einem scheinbaren Gegensatz, denn immer wieder hatte Himmler versucht, sich in fremde Aufgaben einzuschalten.

Im Februar 1943 hatte Hitler ein Dreierkomitee Bormann, Lammers und Keitel eingesetzt, dessen Aufgabe in der Prüfung von Massnahmen bestand, durch die in der Wirtschaft Arbeitskräfte freigestellt werden konnten, die sich im Austausch gegen zur Wehrmacht einzuziehende Arbeiter in der Rüstungsindustrie einsetzen liessen.[8] Mit der typischen Langsamkeit, mit der das System auf Notlagen reagierte, wurde dieser Erlass ein Dreivierteljahr später, am 27. November 1943, durch einen weiteren Befehl Hitlers zur Vereinfachung der Wehrmachtsverwaltung ergänzt, und wiederum dauerte es ein weiteres Vierteljahr, bis am 24. März 1944 der Beauftragte Hitlers, der General der Artillerie Ziegler, damit begann, seine Organisation aufzubauen. Sicher hatte das Heer kein Interesse an einer beschleunigten Durchführung von Massnahmen, die nur zu Schwierigkeiten, Reibungspunkten und unabsehbaren Verstimmungen innerhalb der Wehrmachtsverwaltung führen mussten. General Ziegler war mir seit längerem gut bekannt. Oft erzählte er von seiner Reichswehrzeit, als er im Auftrage der Reichswehr mit den Parteien des Reichstags über den Reichswehretat verhandeln und sich mit Beschwerden und Angriffen zu beschäftigen hatte. Da Ziegler diese heikle Tätigkeit jahrelang durchgeführt hat, muss er es verstanden haben, eine schwierige Aufgabe mit politischem Feingefühl zu behandeln.

Hitlers Befehl schrieb die Bildung von sechs Kommissionen vor. In die erste, die Vereinfachungen in der Verpflegung erarbeiten sollte, war als Vorsitzender SS-Gruppenführer Lörner berufen worden, der im Übrigen auch für Ernährung und Bekleidung des Konzentrationslagerbereiches zuständig war. Sicher keine Empfehlung für seinen neuen Auftrag, denn das Durcheinander, die Fehlplanungen, die Misswirtschaft und die Korruption waren auf seinem eigenen Arbeitsgebiet unbeschreiblich. In der Kommission für das Bauwesen hatte den Vorsitz der Chef der Hermann-Göring-Werke, Pleiger, übernommen. Zu seinem Stellvertreter war Kammler bestimmt worden, ein Zeichen dafür, wie wichtig im Frühjahr 1944 die Stellung dieses Leiters aller Bauangelegenheiten

der SS geworden war. In der sechsten und wichtigsten Kommission wurde zur Vereinfachung der Verwaltung neben Generaldirektor Röhnert SS-Gruppenführer Frank eingesetzt.

Pohl bedauerte in einem Brief an Himmler, den dieser mit der handschriftlichen Note: «Sehr interessant» auszeichnete, «die Aufstellung von sechs Kommissionen» und führte weiter aus: «Ich verspreche mir auch nicht viel von der Berufung berühmter Wirtschaftsführer als Vorsitzer dieser Kommissionen. Ich hatte Gelegenheit, mit Röhnert und Pleiger zu sprechen. Beide erkennen die Schwierigkeiten der Aufgabe und sind mit grossem Ernst dabei. Ob sie sie aber richtig anfassen, bezweifle ich. Wenn man glaubt, die Verwaltungsorganisation könnte man reformieren durch Abbau von Menschen primär, so ist das ein grundlegender Irrtum. Man muss das System ändern, d.h. die Dinge in der Verwaltung einfacher machen, dann fallen die Menschen von selbst fort, weil sie dann keine Arbeit mehr haben. Die Dinge in der Verwaltung kann aber nur der alte, eingefuchste, jedoch mit revolutionärem Schwung beseelte [im Text unterstrichen] Verwaltungsmann machen. Frank ist zum Beispiel ein solcher Mann.»

Ohne seinen Kandidaten ausdrücklich zu nennen, ist doch ersichtlich, dass Pohl Frank meint, wenn er fortfährt: «Wenn man deshalb einen ganz erfahrenen, aber hart entschlossenen Verwaltungsmann als Vereinfachungs dictator [im Text unterstrichen] eingesetzt hätte, dann würde man vielleicht zu einem grösseren Erfolg kommen als mit diesen sechs Kommissionen, zu denen insgesamt über 100 *Menschen* [im Text doppelt unterstrichen] gehören. Das, Reichsführer, ist meine persönliche Auffassung.»

Hier machte Himmler seine Marginalie quer über den Briefbogen in zwei Zentimeter grossen Buchstaben und in altdeutscher Schrift: «Glaube ich auch.» Pohl schloss seinen Brief: «Ich glaube, auch diese Aktion wird nicht anders auslaufen wie die vorangegangenen unter dem General von Unruh, nämlich wie das Hornberger Schiessen. Und das ist sehr bedauerlich.»[9]

Die sechste Kommission, die die Verwaltung vereinfachen sollte, tagte als erste. Der alte Fuchs Ziegler schlug in seinen einleitenden Worten «die Schaffung eines kleinen, aber mit höchsten Vollmachten ausgestatteten ‚Kriegsministeriums' « vor. «Dieses soll die Verwaltung aller Wehrmachtteile, also Heer,

Luftwaffe, Marine, Waffen-SS, Polizei, Organisation Todt und Reichsarbeitsdienst einschliesslich Gefolge einheitlich ausrichten. Die Durchführung dieser Organisation sei notwendig bis herunter zu den Wehrkreisen und Standortverwaltungen. Nur so könne er seiner Ansicht nach dem Führer einen wirklichen Vereinfachungserfolg melden.»[10] Ziegler holte damit aus der Schublade den immer latenten Ruf des Heeres nach einer einheitlichen Wehrmachtsorganisation hervor, die dann auch im Regierungskonzept Goerdelers stand. Natürlich musste eine solche Vereinfachung, so vernünftig sie auch gewesen wäre, an den Aufteilungsbestrebungen des misstrauischen Hitler scheitern. Am 24. April 1944 berichtete Pohl Himmler voller Stolz, es sei «nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, dass wir einen grossen Erfolg davongetragen haben, und zwar in erster Linie durch die mutige und furchtlose Haltung von Frank».[11] Aus dem beiliegenden Bericht Franks geht hervor, dass er «in einstündiger freier Rede» klarzumachen versuchte, «dass die grössten Schwierigkeiten und fast alle Rückschläge infolge der Verzahnung mit der Heeresverwaltung entstanden» seien. Also nicht die nach Meinung Pohls als vorbildlich anzusehende SS-Verwaltung sei zu reformieren, sondern die als Sündenbock angeprangerte Heeresverwaltung, deren Unzulänglichkeit Frank «sehr offen und freimütig», aber sicher nicht zur Freude der anwesenden Heeresgeneralität, aufzählte: «Die Papier- und Paragraphenflut, die vollkommene Verwirrung des wichtigsten aller Kriegsgesetze, des ursprünglich so einfachen und klaren Einsatzwehrmachtgebührnisgesetzes, das mit 2'000 Erlassen längst bis zur Unkenntlichkeit zerfleddert worden ist. Das Formularunwesen, die Deplacierung des Beamten, die technische und materialmässige Unmöglichkeit, eine neu aufgestellte Truppe mit den gültigen Vorschriften auszustatten, das übertriebene Kontroll- und Büttelprinzip, die längst abgewürgte Verantwortungsfreudigkeit des Standort- und Truppenzahlmeisters, die Sucht, jeden Pfifferling von oben entscheiden zu wollen, sowie die jahrelange Verschleppung der Besoldungszentralisierung.» Ziegler unterstrich «anschliessend meine Ausführungen zu meiner Genugtuung auf das Nachdrücklichste. General Ziegler sagte besonders: ,Es ist mir völlig klar, dass wir, wie Herr Frank richtig sagte, ganz neue Wege gehen müssen. Ich glaube mich auch mit dem Vorsitzenden einig, dass der

Chef und Verantwortliche dieses Arbeitsstäbes nur Gruppenführer Frank sein kann. Ich bin mir nach seinen Ausführungen klar darüber, dass die Arbeit der Kommission noch unübersehbare Aus- und Rückwirkungen auf die allgemeine Staatsverwaltung im Sinne einer völligen Reorganisation des öffentlichen Verwaltungswesens auch über die Zeit des Krieges hinaus im Gefolge haben wird.' General Ziegler kritisierte sodann noch die Ressortkomplexe der ministeriellen Behörden.» Er war sich dabei wohl bewusst, dass es taktisch klug war, für diese fast unlösbare Aufgabe einen SS-Führer zu bestellen, der dann Hitler gegenüber der Verantwortliche für ihr Scheitern sein würde. «So bin ich nun der verantwortliche Mann geworden für den Versuch einer Neugestaltung der deutschen Wehrmachtsverwaltung», fahrt Frank fort. «Die Ergebnisse meines Arbeitsstabes will General Ziegler sobald als möglich dem Führer vorlegen. Wenn sie genehmigt werden, soll der Mann bestimmt werden, der diese Vorschläge durchführt, ergänzt und überwacht. Mit anderen Worten, wer dann praktisch der mit höchsten Vollmachten ausgestattete ‚Wehrmachtsverwaltungschef' werden wird.»[12]

Pohl teilte die Genugtuung Franks über seinen vermeintlichen Erfolg: «Die Sache steht nun so», teilte er bei Übersendung des Frankschen Berichts Himmler mit, «dass wir, die SS, in dieser Kommission das Heft in der Hand haben. Frank hat so eindrucksvoll gesprochen, dass Ziegler ihm mehr oder weniger das Kommando über die ganze Gesellschaft übertragen hat. [...] Das ist zwar ein völliger Umschwung der von dem Sonderbeauftragten General der Artillerie Ziegler zunächst geplanten Methode, ist aber das, was ich in meinem obigen Brief (vom 13. April 1944) als Voraussetzung bezeichnete, wenn diese wichtigste Reformarbeit auf dem Gebiete des Heereswesens, die in den letzten 100 Jahren geleistet worden ist, nicht auslaufen muss wie das Hornberger Schiessen. Die Verantwortung, die wir damit übernehmen, ist gewaltig. Sie wird aber gerne und freudig getragen. Wir wissen, was wir Ihnen und der Schutzstaffel schuldig sind».[13]

Es sieht allerdings so aus, als habe Himmler schneller als Frank und Pohl Zieglers Absichten erkannt. Er habe sich über den Bericht Franks sehr gefreut, schrieb er am 15. Mai zurück: «Die vor Ihnen und Frank folgende Aufgabe ist

sehr gross», wobei er durch die Apostrophierung Pohls als Verantwortlichen für die Aufgabe gleichzeitig feststellt, dass es sich nach seiner Auffassung nicht, wie von General Ziegler gedacht, um einen an die Person Franks gebundenen Auftrag handle, sondern dass diese Aufgabe sich an die SS richtet, so dass Pohl als der Vorgesetzte ganz selbstverständlich mitverantwortlich für einen Erfolg sei. Nicht nur, dass er den Erfolg skeptisch beurteilte («Hoffentlich gelingt es, wenigstens einen Teil der Zielsetzung zu erreichen»), er hatte auch seine Vorbehalte gegen allzu weitgehende Massnahmen: «Hinsichtlich der einheitlichen Wehrmachtsverwaltung bitte ich noch um Mitteilung, ob dann alles gemeinsam für die Wehrmacht und die SS gemacht werden soll. Ein einheitliches Verwaltungskorps halte ich nicht für richtig. Die Möglichkeiten, uns in vielen Fällen dann die Schuld für Misserfolge zuzuschieben, wären zu gross.
Gegen eine Vereinheitlichung der Vorschriften und ihre Abstimmung auf einen gemeinsamen Nenner der Waffen-SS, Wehrmacht, Marine, Luftwaffe usw. habe ich keinerlei Einwendungen. Die Durchführung muss aber getrennt erfolgen[14], wobei selbstverständlich an Orten, wo etwas gemeinsam zu machen ist, eine Absprache getroffen werden kann.» Mit ungewohnter Herzlichkeit zeichnete Himmler Pohl aus, indem er ihn mit «Mein lieber Pohl» ansprach und mit «Ihr getreuer H. Himmler» abzeichnete.[15] Aus den Akten ist nicht ersichtlich, wie diese mit soviel Vorschusslorbeeren begonnene und sogleich von Himmler sabotierte Unternehmung weiter verlaufen ist. Sicher ist nur, dass es nie auch nur andeutungsweise zu einer Vereinheitlichung der Wehrmachtsverwaltung gekommen ist. Dieser, vom SS-Standpunkt verständliche Egoismus zeigt wieder einmal, dass es sich um nackte Machtkämpfe handelte, wenn beispielsweise von der SS-Führung gedrängt wurde, für die Luftrüstung als obersten Kommissar Himmler, mit SS-Unterkommissaren, einzusetzen. Auch als schliesslich einige Monate später Himmler persönlich als Hitlers Bevollmächtigter für die Wehrmachtsreform eingesetzt wurde, zeigte sich seine Unfähigkeit, in eigener Machtvollkommenheit Missverhältnisse abzuschaffen, die er und seine Mitarbeiter in scharfen und leichtfertigen Kritiken anderer Behörden so gut zu formulieren verstanden.

General Ziegler hatte, wie in der Chronik meines Ministeriums abschlies-

send am 23. August 1944 vermerkt wird, «mit seiner vom Führer übertragenen Aufgabe, die Verwaltungsstellen der Wehrmacht und Verbände zusammenzufassen und zu vereinfachen, wenig Glück. So einfach wie die Errichtung einer neuen Dienststelle neben vorhandenen Stellen ist, so aussichtslos ist es, drei Beamte oder Verwaltungsleute von drei Stühlen auf zwei oder gar auf einen zu setzen. General Ziegler beschwert sich am 23. August beim Minister. Er versucht auch dem Minister Vorwürfe zu machen, dass keine militärische oder Stelle des Ministeriums ihm sagen kann, was er machen soll. Der Minister muss ihm andeuten, dass es an ihm selbst liegt, wenn er nicht genügend Autorität für seine vom Führer übertragene Aufgabe hat. Da für Ziegler auch der Rückweg zur Fronttruppe nicht mehr offen ist, so sieht es aus, als ob die grosse Schar der unbeschäftigten Generale bald wieder um einen weiteren vermehrt wird.»[16]

Auch mein eigener Apparat wurde durch die SS auf mögliche Einsparungen von Personal durchforstet. Im Juni 1943 sollten aus dem «Schutzkommando der Organisation Todt» (das aus ganzen 100 Reichsdeutschen und 800 Volksdeutschen bestand) die Volksdeutschen zum Dienst in der Waffen-SS eingezogen werden. Ich protestierte bei Himmler. «Ein ausreichender Schutz unserer OT-Baustellen ist die unbedingt notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der mir vom Führer übertragenen Aufgaben.» Im Balkan wurden dringend benötigte Rohstoffe wie Kupfer, Chrom, Bauxit, Molybdän, Asbest gewonnen, und ich wies Himmler auf die besondere Bedrohung jener Gebiete durch Partisanen hin.[17] Kurz angebunden und nicht einmal zu einer Diskussion bereit, erklärte Himmler, dass eine Freistellung nicht möglich sei: «Die Männer müssen, wenn sie nicht vom 1. August ab als Deserteure gelten wollen, in die Waffen-SS übernommen worden sein. Der Chef des SS-Hauptamtes, SS-Gruppenführer Berger, wird Ihnen im Austausch mit den jüngeren Jahrgängen der Volksdeutschen im Schutzkommando ältere Jahrgänge zur Verfügung stellen, mit denen das Schutzkommando aufgefüllt werden kann. Sie werden mit dieser Lösung sicherlich einverstanden sein.»[18]

Es handelte sich kaum um einen Zufall, dass nur eine Woche später der Stab

Himmlers die Frage der OT-Schutzkommandos generell aufgriff. Es war schon deshalb ein Stein des Anstosses, weil seine Aufgaben polizeilichen Charakter hatten. Ein SS-Standartenführer Rhode wandte sich Mitte Juni 1943 an SS-Standartenführer With, den Vertreter der SS «im Stab des Sonderbeauftragten des Führers General der Infanterie von Unruh», der seinerseits mit der gleichen Aufgabe – der Suche nach Menschenreserven in Wehrmacht und Verwaltung – beschäftigt war wie der General Ziegler. Ein gutes Beispiel der Parallelität von Führeraufträgen.

With stellte sich aber schützend vor das «Schutz-Korps der OT», das in Frankreich zur Bewachung der grossen OT-Arbeitslager mit Fremdarbeitern sowie zur Bewachung der Rohstoffvorräte notwendig sei. Es seien Wehrmachtsgenerale gewesen, die dieses Schutzkorps aus Franzosen aufgestellt hätten, die in der französischen Freiwilligenlegion in Russland gekämpft hätten. Es handle sich also nicht um eine polizeiliche Organisation, die Himmler natürlich nicht gefallen konnte. «Ich glaube», fuhr With fort, «man hat den Reichsführer-SS in dieser Frage nicht ganz sachlich unterrichtet. Würden wir diese Selbsthilfe-Massnahmen der OT nicht billigen, so würden wir gezwungen sein, in beachtlichem Masse reichsdeutsche Polizei zur Verfügung zu stellen. Bei der bekannten Ersatzlage des Hauptamtes Ordnungspolizei dürfte das meines Erachtens auf Schwierigkeiten stossen.»[19]

Der ganze Fall war ein Beispiel für das Bestreben, Hitler mit eindrucksvollen Erfolgsmeldungen zu versehen. Wäre das Schutzkorps der OT in die Waffen-SS übernommen worden, so hätte es natürlich genau die gleichen Aufgaben weiter ausgeübt. Selbstverständlich hätte Himmler nicht versäumt, diese paar tausend Mann bei Hitler als Einsparungsmassnahme bei der OT zu verbuchen.

Der gleiche SS-Führer With verfasste einen Tag später an Himmler einen ausführlichen Bericht über den Bauzustand des Atlantikwalls, der übrigens objektiv und sogar positiv gehalten war. Aber es charakterisiert die Situation, dass sich Himmler ohne mein Wissen derartige Berichte über Vorgänge geben liess, die er weder zu verantworten noch zu kontrollieren hatte.

Ein anderer Vorstoss richtete sich einige Wochen später gegen leitende Angestellte der Organisation Todt, die SS-Chargen als Ehrenämter hatten und da-

her nicht beim SS-Hauptamt, sondern beim Kommandoamt der Allgemeinen SS geführt wurden. Es handelte sich um 77 Mitarbeiter in der Zentrale der Organisation Todt und daneben um Baufachleute, die mit Oberbauleitungen beauftragt waren.[20] Himmler interessierte sich natürlicherweise nur für diejenigen OT-Mitarbeiter, die das vierzigste Lebensjahr noch nicht überschritten hatten und verlangte Berichte über deren Tauglichkeitsgrad und Ausbildungsstand.[21] Die Nachprüfung ergab, dass von den ursprünglich festgestellten 77 angeblichen Drückebergern in der OT nur 18 übrigblieben, die überhaupt als «kv» (kriegsverwendungsfahig) eingestuft waren.[22] Sieht man aus dem Abstand eines Vierteljahrhunderts die Akten durch, ist die eigentliche Streitfrage längst belanglos geworden. Was stattdessen in die Augen fällt, ist die Akribie, mit der sich höchste Stellen mit einer solchen gänzlich unwichtigen Frage beschäftigten.

Auf dem dramatischen Höhepunkt des Krieges, der längst einen düsteren Verlauf genommen hatte, beschäftigte sich der Chef der Polizei, Innenminister und Reichsführer-SS mit den Personalunterlagen von 18 OT-Mitarbeitern! Nach zwölf Wochen schliesslich, im Februar 1944, «hat der Reichsführer-SS die Personalien inzwischen durchgesehen», wie das SS-Hauptamt meldete. Himmler reagierte milde, denn unterdessen war ich durch Krankheit ausgefallen und er sah sichere Möglichkeiten, seine Fäden direkt zu Dorsch, dem Leiter der OT-Zentrale, zu spinnen. «Der Reichsführer-SS meinte dazu», endete diese Untersuchung einiger der SS entgangenen Soldaten, die sich über die beachtliche Zeitspanne von sechseinhalb Monaten erstreckte, «es müsse mit der OT in Verbindung getreten und das Verständnis dafür erreicht werden, dass es nicht im Interesse dieser Männer liegen könne, sie noch weiterhin fortlaufend uk [unabkömmlich] zu stellen, zumal achtzehn von ihnen kv [kriegsverwendungsfahig] seien.»[23] Es liegt auf der Hand, dass 18 leitende Angestellte nach ihrer Einberufung als einfache Soldaten kaum den gleichen Nutzen für das Kriegsgeschehen erbracht hätten wie an ihrem Platz in der OT.

General Ziegler war gescheitert. Das Problem, durch Verwaltungsvereinfachung Soldaten freizustellen, wurde niemals gelöst. Wenig später kam der Ge-

danke auf, jüngere Jahrgänge aus den Reihen der Facharbeiter und Spezialisten der Rüstungsindustrie einzuziehen, was eine ausserordentliche Erschwerung von Entwicklung und Produktion bedeutet hätte. So fasste ich das Problem von vornherein grundsätzlich an, als ich, ausgerechnet am Tage des Putsches gegen Hitler, am 20. Juli 1944, eine lange Denkschrift an Hitler schickte, an der ich, von General Ziegler unterstützt, längere Zeit gearbeitet hatte. Mein Schachzug war, Himmler selber die Aufgabe zuzuschieben, die General Unruh und General Ziegler seit über einem Jahr nicht zu erledigen vermochten. In dieser Denkschrift fasste ich die Aufgabe weiter, als sie bis dahin definiert worden war. Ich wollte erreichen, dass nicht nur die Verwaltung vereinfacht, sondern auch das Missverhältnis zwischen kämpfender Truppe und rückwärtigen Diensten bereinigt wurde.

Zu diesem Memorandum hatte mir General Ziegler wertvolles Zahlen- und Tatsachenmaterial beigesteuert. 2,3 Millionen Soldaten, die in 210 Divisionen kämpften, standen einer Zahl von 10,5 Millionen gegenüber, die zur Wehrmacht eingezogen worden waren. Abgesehen von diesem Missverhältnis sollte nach meinem Vorschlag das Spezialproblem gelöst werden, wie auch bei diesen 210 Divisionen durch Reduzierung übertriebener Anforderungen an den Tross Einsparungen möglich seien. Darüber hinaus enthielt die Denkschrift Zieglers ursprüngliche Forderung, die unabhängigen Verwaltungszweige und Untergliederungen der drei Wehrmachtteile sowie der Waffen-SS, OT und des Reichsarbeitsdienstes zu vereinheitlichen. Mit Ziegler hatte ich auch abgesprochen, Hitler nahezulegen, einem Mann diese Aufgabe zu übertragen, «der nicht auf das Prestige der Beteiligten Rücksicht zu nehmen» habe. «Das Oberkommando der Wehrmacht hat nicht die Durchschlagskraft, um derartige Massnahmen mit der notwendigen Schärfe durchzuführen. Es ist daher notwendig, für die Erfassung der frontfahigen Menschen in der Wehrmacht und in der Wirtschaft eine mit allen Vollmachten ausgestattete Persönlichkeit zu finden, die – zwar im Einvernehmen mit den Wehrmachtteilen – letztlich jedoch die Möglichkeit hat, von Ihnen, mein Führer, auch gegen diese Wehrmachtteile die notwendigen Entscheidungen zu erwirken.»[24] Diese Persönlichkeit konnte nach Lage der Dinge nur Himmler sein.

Himmler stand vor dem 20. Juli 1944 bei führenden Militärs als einer der wenigen kritischen Beobachter der Lage in bemerkenswertem Ansehen. Allgemein fiel auf, dass er gelegentlich ziemlich offen seine Sorgen über Hitlers Fehleinschätzung der militärischen Situation äusserte. Schon als ich im Sommer 1943 mit Zeitzier und Guderian konspiriert hatte, um Hitler zu bewegen, den Oberbefehl über das Heer an einen der beiden Generalobersten abzugeben[25], hatte Guderian zu meiner Verblüffung auch den Namen Himmlers ins Spiel gebracht. Ich hatte bis dahin angenommen, dass die Heeresführung in Himmler ihren stärksten Widersacher sah. So verband sich in meinem Vorstoss Taktik und wirkliche Hoffnung auf Himmlers Energie.[26] Damals wusste ich noch nichts von den Intrigen gegen mich, die sich in Himmlers Schrifttumsverwaltung aufstapelten.

Himmler wurde durch Führererlass vom 2. August 1944 tatsächlich mit dieser Aufgabe betraut. Auch der Bestallung von Goebbels als «Reichsbeauftragter für den Totalen Krieg» war ein von mir verfasstes Memorandum an Hitler vorausgegangen. Beide Denkschriften sandte ich in Unkenntnis der bald danach sich vollziehenden Änderung der Szene ab. Denn wenige Tage später sollte sich, auch zu meiner Überraschung, herausstellen, dass meine Nennung auf der Kabinettsliste einer Regierung Goerdeler – auch wenn feststand, dass sie tatsächlich ohne mein Wissen erfolgt war[27] – meine Stellung nachhaltig geschwächt hatte. Sehr bald musste ich erfahren, dass ich Widersacher gestärkt hatte.

Goebbels, der neue «Reichsbeauftragte für den Totalen Krieg», ernannte zu seinem Stellvertreter in dieser Aufgabe seinen zweiten Mann, Staatssekretär und SS-Gruppenführer Naumann. Ihm unterbreitete der Chef des SS-Hauptamtes, Berger, ziemlich genau vier Wochen nach meiner Denkschrift einen grossangelegten Plan, wie man die Arbeit dieses «Reichsbeauftragten für den Totalen Krieg» organisieren könnte.

«Eine wirkliche Neuordnung würde wie folgt aussehen:

1. Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion stellt das Produktionsprogramm auf.
2. Die Ringe und Ausschüsse stellen die maschinelle Kapazität des Betriebes fest.

3. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz baut die Leistungsordnung der Betriebe auf.
4. Die zentrale Erfassung der gesamten arbeits- und wehrpflichtigen Personen Deutschlands macht die Freiwilligen für die Front frei; sie erhält ihre Befehle von der Planungsabteilung des Reichsbeauftragten für den totalen Krieg.»

Das hiess bei Licht besehen, dass mir nach Punkt 3 die Verantwortung für den Betriebsablauf, das wichtigste Probleme jeder Rüstung, genommen werden sollte.

Bergers Ausarbeitung sah eine «Dienststelle der zentralen Menschenlenkung» vor, die der Reichsführer-SS beziehungsweise ein von ihm bestimmter Vertreter leiten solle. «Sie arbeitet engstens zusammen mit dem Reichsbeauftragten des Führers, Reichsminister
Dr. Goebbels. Der Zentralstelle gehören an:
3 Vertreter des bisherigen Wehrersatzamtes OKW (Heer, Luftwaffe, Marine)
2 Vertreter der Waffen-SS
1 Vertreter des Hauptamtes Ordnungspolizei
2 Vertreter des Reichsarbeitsdienstes
3 Vertreter der OT, zugleich Rüstungsamt
1 Vertreter des Verkehrswesens
1 Vertreter des Arbeitsministeriums
2 Vertreter der Reichsjugendführung
1 Vertreter des NSKK.»[28]

Ein Vertreter des Rüstungsministeriums wurde nicht einmal in untergeordneter Position aufgeführt. Himmler liess Berger durch seinen Stabschef mitteilen, er habe «den Vorschlag gelesen und handschriftlich darauf vermerkt: «sehr gut'».[29]

Warum mein Selbstverantwortungsprinzip abgewirtschaftet habe[30], begründete Berger im gleichen Brief an Goebbels' Staatssekretär mit denkbar naiven Argumenten. Ein Betriebsführer würde die einfache Überlegung anstellen, dass eine Verdoppelung des Ausstosses eine Verdoppelung der Arbeitskräfte erfordere, und darin hätte der deutsche Unternehmer sofort die einmalige Chance erkannt, «auf Kosten des Reiches in den Besitz einer grossen Fabrik zu gelangen. Dabei wurde er von einer Reihe von Dienststellen [des Rüstungsministeriums] sorgsamst betreut. Jeder Wunsch wurde ihm erfüllt, er kam sich vor wie im Märchen.»[31]

Die Dinge verhielten sich in Wahrheit entgegengesetzt. Nach dem statistischen Schnellbericht des Rüstungsministeriums war die Zahl der in der unmittelbaren Rüstung beschäftigten Arbeiter vom Juli 1943 auf Juli 1944 von 5‘385‘000 In- und Ausländern und Kriegsgefangenen um 624‘000 auf 6‘009‘000, also um 11,6 Prozent gestiegen.[32] Dagegen war der Rüstungsindex im gleichen Zeitraum von 229 auf 322[33], also um 40,6 Prozent hochgeschossen. Für jeden zusätzlichen Arbeiter wurde die Produktion fast vervierfacht, was natürlich auf die Bemühungen der Unternehmer um Rationalisierung, Fliessbandfertigung und den Einsatz moderner Maschinen zurückzuführen war.[34]

In seinem Memorandum hatte Berger nicht nur die Lenkung der Rüstungswirtschaft im Allgemeinen gebrandmarkt, sondern besonders die Bildung jener Kommissionen meiner Beauftragten, die vom Rüstungsministerium direkt in die Rüstungsbetriebe entsandt würden. «Diese suchten den Tatbestand der betrieblichen Anforderungen durch Betriebsbesichtigungen zu klären. Dabei wuchs ständig die Zahl der Teilnehmer, so dass Besuche von Kommissionen mit einer Kopfzahl von 10 bis 20 Mann keine Seltenheit darstellten. [...] Auf die Arbeiterschaft machen diese dauernden Besichtigungen und Besuche einen sehr schlechten Eindruck und dienen keinesfalls der Steigerung und Hebung der Arbeitsmoral.»[35]

In gewissem Sinne hatte Berger mit dieser Kritik recht, aber sie kam um fünf Monate zu spät. Im März hatte ich bereits sämtlichen Dienststellenleitern des Rüstungsministeriums einen Erlass zukommen lassen, in dem ich beanstandete, dass «sich in letzter Zeit die üble Gewohnheit herausgebildet hat, zur Überprüfung der verschiedensten Angelegenheiten und zu Feststellungen an Ort und Stelle besondere, in den meisten Fällen personell völlig überbesetzte, umfangreiche Kommissionen, Ausschüsse usw. zu bilden. [...] Ich verbiete deshalb den Angehörigen meiner Dienststellen, sich in Zukunft an solchen überflüssigen Kommissionen zu beteiligen und fordere von ihnen, dass sie sich mit aller Entschiedenheit gegen einen derartigen Unfug wenden und ihn in ihrem Wirkungsbereich unterbinden».[36]

Nachdem Himmler zur Reorganisation der Wehrmachtsorganisationen bestellt worden war, gehörte zu seinen Obliegenheiten auch der Auftrag, «die gesamten Organisations- und Verwaltungsgrundlagen des Heeres, der Waffen-SS, der Polizei und der OT zum Zwecke der Menscheneinsparung zu überprüfen und zu vereinfachen».[37] Himmler gab seinen Auftrag jedoch kurzerhand weiter und legte drei Tage später fest, dass der SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Oswald Pohl mit der Durchführung dieser Aufgabe beauftragt sei.[38] Kurz vor dem Ende des Krieges war Pohl endlich soweit. Am 29. Januar 1945 unterbreitete er seinen Vorschlag zur Einsparung von Arbeitskräften bei der Organisation Todt. In einer längeren, gut durchdachten Schrift wurde das System der seit Mai 1944 alle Bauvorhaben bestimmenden Organisation Todt durchleuchtet. Pohl hatte einen gemässigten Brief entworfen, Himmler sollte an mich schreiben: «Auf Grund des Ihnen bekannten Führer-Befehls vom 2.8. 1944 lasse ich z.Zt. mit Ihrem Einverständnis die Organisations- und Verwaltungsgrundlagen der OT überprüfen mit dem Ziel, Massnahmen vorzuschlagen, durch die Menschen für die Front in grösserer Zahl frei werden. Die erste abgeschlossene Arbeit liegt jetzt vor und verdient ernsthafte Würdigung, besonders im Hinblick darauf, dass eine Einsparung von etwa 20’000 Menschen für möglich gehalten wird. Bevor ich auf Grund des Führer-Befehls vom 2.8. 1944 der Durchführung dieses Vorschlages näher trete, bitte ich um Ihre Stellungnahme.»[39]

Diese Androhung einer Exekutivaktion ist ein gutes Beispiel dafür, wie durch Kommissare, Beauftragte und andere Bevollmächtigte immer wieder versucht wurde, von aussen in bestehende Organisationen einzugreifen. Aber es geschah nichts. Pohls Entwurf blieb liegen. Himmler schrieb mir keinen Brief, und bald war ohnehin alles überholt.

Mein Bewusstsein einer wachsenden Ohnmacht in den letzten Monaten des Krieges lese ich heute auch an meinen damaligen unsinnigen Reaktionen ab. Am 8. Januar 1945 schrieb ich Himmler einen empörten und verletzenden Brief, der mir im Rückblick nur das Mass meiner Hilflosigkeit zeigt.

Himmler hatte sich wieder einmal von Hitler einen der gefürchteten Erlasse

unterschreiben lassen, die mit den Betroffenen vorher nicht abgesprochen worden waren. Zwar hatte Lammers Hitler des Öfteren ermahnt, solche Erlasse erst zu zeichnen, wenn er, Lammers, als der «Reichsnotar», wie ich ihn nannte, die Zustimmung oder die Bedenken aller Beteiligten eingeholt hatte, um in Streitfragen Hitler die letzte Entscheidung zu überlassen. Aber Hitler war solchen Verwaltungswegen immer schon abhold gewesen, auch zu impulsiv und zu sehr von seiner Unfehlbarkeit überzeugt, als dass er sich derartigen Beschränkungen unterworfen hätte.

Auf Vorschlag von Himmler hatte Hitler also am 28. Dezember 1944 den gleichen SS-Obergruppenführer Frank, der die Wehrmachtsverwaltung reorganisieren sollte, beauftragt, einen verstärkten Einsatz des «Maschinellen Berichtswesens» vorzunehmen und ihm entsprechende Einsatzbefehle vorzulegen. Die Wichtigkeit des Hollerithsystems hatten wir in meinem Ministerium schon Vorjahren erkannt und wichtige Daten erfasst und gelagert, um in unzähligen, weit verzweigten Rüstungsfragen schnelle Auskünfte zu erlangen. Auch war dort eine umfangreiche Personalkartei mit zahllosen Beurteilungen gespeichert. Die Wichtigkeit solcher Datensammlungen als Herrschaftsinstrument braucht in der Dekade der Computererfassungen nicht betont zu werden. Sie war sicher auch Himmler geläufig.

Ich schrieb daher Himmler am 8. Januar 1945, dass ich bei der seinerzeitigen Übernahme des Rüstungsamtes vom Oberkommando der Wehrmacht das maschinelle Berichtswesen unter Oberstleutnant von Passow voll übernommen hätte. «Es steht einwandfrei fest, dass das gesamte maschinelle Berichtswesen sowohl *personell wie materiell* [im Original unterstrichen] in meinem Ministerium verankert ist. Der Hauptauftraggeber bin ich, da das maschinelle Berichtswesen von mir für die schnelle Berichterstattung der gesamten Rüstung und Kriegsproduktion laufend eingesetzt wird. Zweifellos hat der Leiter meiner Amtsgruppe «Maschinelles Berichtswesen', Oberstleutnant von Passow, bei den Verhandlungen mit SS-Obergruppenführer Frank nicht ganz einwandfrei meine Interessen wahrgenommen, wie ich einem von Passow stammenden Vermerk entnehme.» Vermutlich war von Passow durch die in einem Obergruppenführer personifizierte Macht der SS eingeschüchtert worden. «Ich habe

daher von Passow untersagt», fuhr ich in meinem Brief an Himmler fort, «mit SS-Obergruppenführer Frank weitere Verhandlungen zu führen. Falls diese notwendig sind, soll sich SS-Obergruppenführer Frank an den Leiter des Zentralamtes, Herrn Dr. Hupfauer, den Vorgesetzten von Oberstleutnant von Passow, wenden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den irrtümlich dem Führer vorgelegten Erlass erst dann in Kraft setzen, wenn zwischen SS-Obergruppenführer Frank und Dr. Hupfauer in allen Fragen Einigkeit erzielt ist.»[40]

Himmler reagierte gereizt: «Ich möchte in aller Offenheit Folgendes sagen: Ich glaube, es genügt, dass mir als Befehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung[41] [das maschinelle Berichtswesen] nicht ganz ohne Einwirkung Ihres Ministeriums weggenommen wurde. Es kann mir doch in keiner Weise verboten sein, das maschinelle Berichtswesen, welches ich in der SS schon lange eingeführt habe, auch im Ersatzheer einzuführen und die dort vorhandenen Maschinen zu zentralisieren. Ich halte es für ausgeschlossen, dass ich durch Ihren Einspruch gezwungen werde, diese rein interne Massnahme im Ersatzheer an das Rüstungs- und Munitionsministerium abzugeben und dadurch selbst für meine Führungsaufgaben auf vorsintflutliche frühere Methoden zurückzugreifen.»[42]

Ich unterwarf mich der gegebenen Situation: «Es bestünde zwar keine Veranlassung, das bisher von mir fast ausschliesslich mit Aufträgen versehene maschinelle Berichtswesen, das ich auch für die Zukunft für Rüstungsaufgaben dringendst benötige, aus meinem Ministerium auszugliedern.» Mein Beauftragter Hupfauer hätte mit Frank eine Einigung erzielt, indem er formal die im Erlass Hitlers vorgesehene Autorität Franks anerkannte.[43] Letzte Gefechte. In die Enge getrieben, focht ich gewissermassen mit dem Rücken an der Wand.

Aber nur einige Tage später sollte sich das Bild durch eine Besprechung Saurs mit Hitler um 180 Grad wenden. Mein Amtschef Saur spielte seinen überragenden Einfluss bei Hitler aus. Es gelang ihm zu meiner Überraschung, Hitler von seinen zunehmenden Schwierigkeiten mit Himmler in dessen Eigenschaft als Befehlshaber des Ersatzheeres zu überzeugen. Der längst unberechenbar gewordene Hitler legte daraufhin fest, dass das Heereswaffenamt sofort aus Himmlers Zuständigkeit in die von General Buhle zu überführen sei,

der Chef des Heeresstabes beim Oberkommando der Wehrmacht war.[44] Am 1. Februar 1945 zeichnete Hitler den entsprechenden Erlass. Um das Ansehen Himmlers, der damit einen grossen Teil seiner Verantwortung als Befehlshaber des Ersatzheeres verlor, zu stützen, wurde dieser am gleichen Tag vom Befehlshaber zum Oberbefehlshaber ernannt.[45] Aber das bedeutete sachlich nichts. Es war eine reine Änderung der Nomenklatur.

Dritter Teil

Das gescheiterte Wirtschaftsimperium

Der ungeordnete Konzern

Anfang Juni 1944 teilte ich Hitler mit, «dass ich selbstverständlich den Reichsführer-SS immer dabei unterstützen werde, seine Produktionsstätten auszubauen, dass jedoch von vornherein eine klare Zuständigkeit festzulegen sei, denn auch seine Produktionsstätten müssten derselben Kontrolle unterliegen, wie die der übrigen Rüstungs- und Kriegsproduktion. Ich könnte es nicht zulassen, dass hier ein Wehrmachtteil [damit war die Waffen-SS gemeint] den Weg der Selbständigkeit ginge, während ich mit vieler Mühe in zweijähriger Arbeit die Rüstung der drei übrigen Wehrmachtteile einheitlich zusammengefasst hätte.» Mein Protokoll fahrt fort: «Der Führer stimmte dieser Meinung zu und ist unter Umständen bereit, dies dem Reichsführer-SS mitzuteilen. Ich erkläre, dass ich zunächst versuchen werde, mit dem Reichsführer-SS die Angelegenheit selbst zu klären.»[1]

Etwa eine Woche später fand diese Besprechung im Hauptquartier Himmlers, seiner privaten Villa bei Berchtesgaden statt. (Ein knappes Jahr später, kurz vor dem Ende des Krieges, erzählte Himmler mir plötzlich, dass in diesem Haus seine Geliebte wohne, die ihm dort einen Sohn geboren hätte. Stolz zog er aus seiner Brieftasche eine Fotografie der jungen attraktiven Frau und des Kindes hervor.)

Himmler vertraute mir in diesem Gespräch vom Juni 1944 an, dass er die Absicht habe, eine SS-eigene Produktion von der Stahlerzeugung bis zum Fertigprodukt aufzubauen, wobei er mir in einem langen Gespräch seine Motive auseinandersetzte. Oft habe er sich nämlich mit dem Führer darüber unterhalten, dass nach Hitlers Tod eines Tages eine SS-fremde Tendenz die Reichspolitik beherrschen könne. Jetzt sei die SS auf die finanziellen Zuwendungen des

Reichsfinanzministers angewiesen, womit natürlich eine vollkommene Abhängigkeit der SS verbunden sei – was nichts ausmache, solange es den Führer gebe. Mit ihm sei aber der Führer der Meinung, dass es zweckmässig wäre, wenn auf weite Sicht sich die SS vom Reichshaushalt unabhängig mache, indem sie sich als finanzielles Fundament eigene Industriebetriebe aufbaue.

Am Ende dieser Eröffnung erklärte mir Himmler, dass seine Pläne, einen grossen Wirtschaftskonzern aufzubauen, lediglich an der Unzulänglichkeit seiner Mitarbeiter gescheitert seien. Ihm fehle der geniale Mann, der ihm beim Aufbau eines SS-Konzerns helfen könne. Ob ich ihm eine Persönlichkeit empfehlen würde? Ich war in einiger Verlegenheit. Einerseits wollte ich keinen Industrieführer nennen, der in Himmlers Händen Wachs sein und sich gegen mich wenden würde. Auf der anderen Seite war es besser, einen Mann meiner Wahl an einem solchen Platz zu wissen. Ich dachte an Meindl, den österreichischen Chef der Steyr-Werke, den Göring ohnehin als meinen Nachfolger vorgesehen hatte. Ein so starker Mann wäre aber bald ein bedeutender Faktor im Kräftefeld der Intrigen geworden; so überlegte ich, Himmler stattdessen Kehrl vorzuschlagen. Aber Kehrl hätte einen solchen Auftrag in das Überdimensionale gesteigert und ein Mammutunternehmen angestrebt.

Schliesslich schlug ich Himmler Paul Pleiger vor, der den Stahlkonzern der Hermann-Göring-Werke aufgebaut hatte und ihn mit Energie leitete. Pleiger war wegen seiner Zivilcourage bekannt, mit der er gelegentlich sogar Hitler entgegentrat. Er würde sich davor hüten, in einem SS-Konzern eine Konkurrenz zu seinem eigenen Lebenswerk aufzubauen. Auf keinen Fall würde er ein williges Werkzeug Himmlers sein. (Ich sah nicht voraus, dass Pleiger ganz und gar gefügig werden könnte, als Himmler ihm wenig später wegen einer nicht fündig gewordenen Mineralölbohrung die Daumenschrauben anzog.)

Himmler versicherte mir, dass er nicht die Absicht habe, eine Produktion aufzubauen, die nicht auch meiner Kontrolle unterstünde. Ich hatte zwar gelegentlich andere Erfahrungen mit seinen Dienststellen gemacht, aber damals verliess ich mich zunächst auf seine Versicherungen.

Der eigentlich Verantwortliche all dieser jahrelangen Bestrebungen, ein SS-

eigenes Wirtschaftsimperium aufzubauen, war Oswald Pohl, der Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der SS. Im Gegensatz zu Ohlendorf war Pohl ein Verfechter der Selbstverantwortung der Industrie, da er sie für effektiver hielt. Am 2. Dezember 1942 hatte er an Himmler geschrieben: «In der Rüstungswirtschaft wurde durch Reichsminister Speer die Führungslinie klar herausgearbeitet und die Organisation der Industrie durch die Wiedereinführung der Selbstverantwortung erheblich vereinfacht.»[2] In dieser Hinsicht war Ohlendorf als Kritiker der Selbstverantwortung im Wirtschaftsministerium sein Gegenspieler. Im Nürnberger Prozess hat er später ausgesagt, dass er Pohl und das Wirtschaftsverwaltungshauptamt zwingen wollte, «die Karten des SS-Konzerns aufzudecken. Wir [Hayler und Ohlendorf] sagten ihm eindeutig, dass wir eine weitere Ausdehnung dieses SS-Konzerns nicht mehr dulden würden, und zwar ebensowenig im Inland wie im Ausland. Im Laufe dieser Auseinandersetzung bestellte mich Himmler, zusammen mit Hayler, dem Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, im Sommer 1944 nach Berchtesgaden und setzte uns auseinander, warum wir diese Politik gegen seine Wirtschaftsbetätigung nicht durchsetzen dürften. Wir lehnten eine Zustimmung ab, aber er hatte in Ungarn Tatbestände geschaffen, indem er durch ein Geschäft sich den Weiss-Konzern gesichert hatte.»[3]

Dieser Vorgang spielte sich ab, während ich mich nach über zweimonatiger Krankheit bei Meran auskurierte. Die Chronik meines Ministeriums meldete: «SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner überfällt den Minister mit seinem Besuch, wie angekündigt, zum Kontrollieren aller Sicherheitsmassnahmen. Tatsächlich aber steht der Wirtschaftsberater Ungarn zur Debatte. Der Minister führt hierüber Gespräche mit Dr. Schieber, Kehrl und Rafelsberger. Liebel, General Waeger, Dr. Schieber und Hayler werden mit der JU 52 zur Besprechung «Wirtschaftsberater Ungarn' am 4. April nach Meran geflogen. Über Liebel geht der Ernennungsvorschlag Hasslacher als Beauftragter für die Wirtschaft beim Reichsbevollmächtigten in Ungarn an den Führer.»[4]

Dem Schreiben war der Entwurf einer von Hitler zu zeichnenden Vollmacht beigelegt, die die Ernennung Hasslachers zum Ziel hatte. Himmler, Funk und

der Ernährungsminister Backe hatten, diesem Brief zufolge, dem Vorschlag bereits zugestimmt (vgl. Anhang XIV).

Während wir beratschlagten, hatte Himmler bereits seine Fäden gezogen. Ohne uns zu benachrichtigen, hatte er sich das einzige wichtige Objekt der kleinen ungarischen Industrie angeeignet. In einem Memorandum legte Himmler fest:

«1.) Der grösste Rüstungs- und Industrie-Konzern Ungarns ist der Manfred Weiss-Konzern. Er gehört der Verwandtschaft der Familien Manfred Weiss – Korin und setzt sich aus jüdischen und nichtjüdischen Mitgliedern zusammen.
2.) Wenn Ungarn wirtschaftlich für Deutschland ausgeschöpft und in seinem Rüstungspotential gänzlich ausgewertet werden soll, ist es notwendig, dass Deutschland diese Rüstungsindustrie mit all ihren Möglichkeiten sowie diesen Konzern mit allen seinen Devisen-Möglichkeiten in die Hand bekommt.
3.) Durch Verhandlungen, die nur dieses Ziel, das uns den Krieg gewinnen hilft, im Auge haben, hat sich folgende Möglichkeit ergeben:
a) Die Familien Weiss – Korin haben den Reichsführer-SS gebeten, den Manfred Weiss-Konzern, von dem 55% Anteile in Händen der arischen Familienteile sind und über die frei verfügt werden kann, treuhänderisch zu übernehmen;
b) den 48 Angehörigen der Familien Weiss – Korin wird vom Reichsführer-SS die Auswanderung nach Portugal oder in die Schweiz zugesichert. Von diesen 48 sind rund 36 Juden, 12 Arier;
c) 9 Angehörige bleiben als Geiseln für Kriegsdauer hier;
d) Die Judenfamilien erhalten 3 Millionen Reichsmark in freien Devisen zur Gründung einer Existenz im Ausland, zugleich als Abfindung für einen Teil der Reinerträge, die wegen der Treuhänderschaft der Familie verloren gehen;
e) Die Treuhänderschaft wird zunächst auf 25 Jahre übertragen.»[5]

Natürlich ist diese Behauptung absurd, die Übereignung des Konzerns an die SS habe «nur dieses Ziel, das uns den Krieg gewinnen hilft, im Auge». Gerade im Interesse einer geordneten Kriegswirtschaft musste ich gegen dieses private SS-Geschäft Himmlers opponieren. Hitler stimmte auch meinem Einspruch zu, obwohl der Handel schon so gut wie abgeschlossen war. Aber der ungarische Ministerpräsident Sztoja fiel um, und bevor Saur seinen Einspruch bei Hitler vortragen konnte, war der Vertrag durch Sztojas Zustimmung gültig geworden.

Der Weiss-Konzern, ein bedeutendes Rüstungsunternehmen, war das einzige in sich geordnete Produktionskombinat, über das Himmler verfugte. Er sollte die Grundlage sein, auf der die SS ihre eigene Waffenfabrikation aufbauen wollte. In ihr sah Himmler den Kern für einen Grosskonzern der SS, der ja schon Infanteriewaffen in Buchenwald und Neuengamme, Lastwagen in Brandenburg, Hochfrequenzapparate in Ravensbrück produzierte oder noch produzieren sollte und sogar Tafelwasser für die Bedürfnisse der SS in eigener Regie abfüllte. Überall lag Himmler auf Lauer, wo in der Industrie sich ihm eine Möglichkeit bot, aktiv zu werden.

Schon über zwei Jahre zuvor strebte Himmler diese Ziele an. So liess er sich am 1. Januar 1942 durch einen Führerbefehl «Fertigstellung, Ausbau und Betrieb [...] der Giessereien im Volkswagenwerk, insbesondere der Leichtmetallgiesserei» übertragen. Mit dem von Hitler zugesagten Ziel, auch für den Betrieb verantwortlich zu sein, konnte die SS sich als Herr über die Produktion fühlen. Der Führerbefehl hält fest; «... der Reichsführer-SS stellt dafür die Arbeitskräfte aus den Konzentrationslagern. Er übernimmt die Verantwortung für die Durchführung dieses Auftrages in kürzester Frist. Das Werk muss spätestens 1942 seinen Betrieb aufgenommen haben».[6]

Dieser Erlass war Hitler von Porsche und dem «Beauftragten des Führers für das Kraftfahrwesen» Werlin vorgelegt worden. Porsche hatte damit auf einem wichtigen Teilgebiet seinen Vorsatz, das Projekt des Volkswagenwerkes auch unter den Umständen des Krieges voranzutreiben, durchgesetzt. Erst vier Wochen später wurde ich durch die Ernennung zum Rüstungsminister für alle diese Angelegenheiten zuständig. Sechs weitere Wochen später legte ich Hitler Berichte der zuständigen Ringführung meiner neugeschaffenen Selbstverantwortung der Industrie vor, nach denen die zusätzliche Kapazität der Leichtmetallgiesserei des Volkswagenwerkes nur notwendig sei, wenn alle Volkswagen mit Leichtmetallgussteilen ausgestattet werden würden. Hitler hatte aber bereits entschieden, dass nur die für Afrika bestimmten Fahrzeuge und die Schwimmwagen mit solchen Leichtmetallteilen versehen werden sollten.[7] So war die Beauftragung Himmlers von den Ereignissen überholt worden.

Porsche versprach Pohl, seinen Einfluss auf Hitler ins Spiel zu bringen, um meine negative Entscheidung umzustossen. Vierzehn Tage später war Pohl

hoffnungsvoll, dass «auf Grund seiner [Porsches] persönlichen Verhandlungen die Überprüfung positiv zur Freigabe des Baues führen wird». Aber durch mein Eingreifen könne die Vergabe «für die Einrichtung der Leichtmetallgiesserei bisher nicht zum Abschluss gebracht werden. Der mit Führerbefehl gegebene Termin zur Inbetriebnahme der Leichtmetallgiesserei im Herbst 1942 kann unter diesen Umständen nicht mehr eingehalten werden.»[8] Im gleichen Schreiben berichtete Pohl an Himmler, dass die SS die Bauleitung übernommen habe und dass die Unterkünfte für Wachmannschaften und Häftlinge bereitstünden. Der Einsatz von Häftlingen könne nun beginnen.

Der Rohbau selbst war bereits in früheren Jahren weit fortgeschritten; nach meiner Entscheidung vom 28. April 1942 sollte er nun von der SS fertiggestellt werden, aber nicht für die Leichtmetallgiesserei, denn dieses Bauwerk werde nach Fertigstellung für einen anderen hochwertigen Rüstungszweck benutzt werden.[9] Mit dieser Entscheidung war der Wunsch Porsches und Himmlers, im Volkswagenwerk eine leistungsfähige, von der SS betriebene Leichtmetallgiesserei zu errichten, gescheitert. Einige Monate später, im September 1942, verfügte ich schliesslich, dass auch «der Ausbau des Rohbaues der Leichtmetallgiesserei aus kriegswirtschaftlichen Gründen» eingestellt werden müsse.[10]

Das war ein Vorgehen, das sich von der Nachgiebigkeit Dr. Todts abhob. Mein Vorgänger war, wie ich aus den Briefen und Berichten, die er hinterlassen hatte, sehen konnte, stets schnell bereit gewesen, Wünschen, die aus der Nähe Hitlers kamen, nachzugeben; er stand als Alter Kämpfer den Kreisen von Partei und SS viel zu nahe. Allerdings konnte ich in höherem Masse auf die Unterstützung Hitlers bauen und einen Machtkampf durchstehen.

Am 7. Juli 1942 schlug SS-Gruppenführer Jüttner seinem Chef vor, «etwa $^1/_6$ bis $^1/_{10}$ des Gesamtkapitals [der Steyr-Werke] zu erwerben, um uns damit einen Einfluss auf den Vorstand der Steyr-Werke zu sichern. Die Waffen-SS hat an der Produktion der Steyr-Werke, wie Autos, Panzer und Waffen, starkes Interesse.» Er habe über den geplanten Verkauf des Aktienpaketes «durch den Generaldirektor der Steyr-Werke [Meindl], der ehrenamtlicher SS-Oberführer ist,

vertraulich erfahren.» Wieder einmal wird deutlich, wie sich Ehrenränge der SS scheinbar unabhängige Wirtschaftsführer dienstbar machten.

Pohl argumentierte dagegen, da man durch eine Aktienbeteiligung keinen Einfluss auf die Verteilung der Produktion erlangen könne. Diese erfolge bekanntlich durch das Oberkommando des Heeres. Es gäbe zudem eine grundsätzliche Entscheidung Himmlers, sich «nicht durch starke Beteiligungen in der Wirtschaft blosszustellen». Die Benutzung des Wortes «blossstellen» zeigt, dass an und für sich weiterreichende Pläne vorhanden waren. Im wirtschaftlichen Aufbau gelte der Grundsatz, «unsere wirtschaftlichen Unternehmungen auf bestimmte Gebiete zu beschränken, und zwar so, dass jedes Unternehmen zu uns in irgendeiner sinnvollen Beziehung steht».[11] Himmler liess Pohl kurz antworten, dass er ganz seiner Ansicht sei, «dass die SS sich hier heraushalten muss».[12]

Dass Himmler kein Interesse an einem Aktienpaket haben konnte, sondern in der Waffenproduktion andere Ziele mit Beharrlichkeit anstrebte, geht aus seinem Brief vom 8. Februar 1944, ebenfalls an Jüttner, hervor. «Eine vermehrte Ausrüstung unserer Verbände mit mittleren und schweren Granatwerfern» sei «unbedingt notwendig. [...] Es ist anzustreben, dass wir eine solche Fertigung in einem Konzentrationslagerbetrieb in möglichst grossem Umfange baldigst über... [Wort unleserlich] mit dem Ziel, ausser der [an das Oberkommando des Heeres] abzuliefernden Menge eine grosse Anzahl von Granatwerfern für unsere Truppe zu erhalten.»[13] Himmler beabsichtigte also, in seinem eigenen KZ-Werk, das nicht meiner Kontrolle und der des Heeres unterstand, in aller Stille einen Teil der Waffenproduktion für die SS abzuzweigen.

Natürlich waren Himmler und seine Mitarbeiter ständig bemüht, auch ihre Friedenskapazitäten schon im Kriege auszubauen. Als Himmler im September 1942 von einer Reise in bombengeschädigte Städte zurückkehrte, wandte er sich sofort an Pohl: «Wir können mit unseren Kräften auf Ihrem Sektor noch auf folgendem Gebiet helfen: Durch Grossfabrikation von Fenster- und Türrahmen. Diese Grossfabrikation ordne ich hiermit an. Ich ersuche, sie in möglichst vielen Lagern vorzunehmen, da der Bedarf enorm ist. Ich stelle mir die Fabrikation

in Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Lublin und Stutthof vor. Von der Organisation Todt wollen Sie sich eine genormte Type insbesondere für die Fensterrahmen geben lassen. Die Fabrikation hat in spätestens 10 Tagen anzulaufen. [...] Ebenso bitte ich zu überlegen, ob wir nicht die eine oder andere unserer Ziegeleien auf die Fabrikation von Dachziegeln umstellen können. Ich denke hier vor allem an Neuengamme, weil damit Hamburg, Bremen, Lübeck und eine ganze Anzahl von Städten Westdeutschlands beliefert werden könnten.»[14]

Selbst wenn es Himmler nicht ausdrücklich aussprach, so stand doch hinter allen seinen Hilfsangeboten das Ziel, die beabsichtigte Produktion in eigener Regie durchzuführen, also im Laufe der Jahre diesen Betrieb in sein Imperium einzugliedern – auch als Porsche sich, nach dem misslungenen Versuch, die Leichtmetallgiesserei des Volkswagenwerkes mit Hilfe Himmlers aufzubauen, erneut an Himmler wandte. «Professor Porsche», so schrieb Himmler am 4. März 1944 an Pohl, «hat mich heute besucht. Er bittet uns, ein Werk für die Fabrikation einer Geheimwaffe, die in einem Bergwerk unter Tag stattfindet und 3½ Tausend Arbeitskräfte braucht, als KL-Betrieb zu übernehmen.»[15]

Am 19. Juni meldete Kammler, der oberste Leiter der SS für die Produktion der V 2 im Mittelwerk: «Gemäss Auftrag des Reichsführers SS werde ich Verlagerungsabsichten Prof. Porsche ins Mittelwerk mit allen Kräften unterstützen. Mein Beauftragter im Mittelwerk wird sich umgehend mit Prof. Porsche wegen der Einzelheiten in Verbindung setzen.»[16]

In den Führerprotokollen befindet sich kein Hinweis auf diese neue Waffe. Sicher handelte es sich nicht um die Produktion «Fliegender Untertassen», von denen rechtsradikale Kreise heute allen Ernstes behaupten, sie seien von der SS in geheimer, vor mir verborgener Fertigung gegen Kriegsende hergestellt worden. Von solchen Flugkörpern war unsere Technologie weit entfernt. Auch kann es sich kaum um die von Porsche befürwortete Fertigung des 188-Tonnen-Panzers «Maus» oder um die noch nicht fertigungsreife Entwicklung Porsches für einen schweren, für die Panzer «Panther» und «Tiger» geeigneten Dieselmotor gehandelt haben.[17]

Oft war es schwer, bei den zähen Lobbyisten, die schon damals versuchten, ihre Erzeugnisse anzupreisen und die Konkurrenz herabzusetzen, das beste Produkt zu ermitteln. Zahlreiche Typen von Generatoren waren entwickelt worden, die aus Brennholz oder Kohle in einem Verbrennungsprozess Gase erzeugten, mit denen Kraftfahrzeuge betrieben werden konnten. Auch Himmler hatte seinen bevorzugten, von Kristen entwickelten Generator, der weiter vorangekommen war als der Vorschlag, aus Tannenwurzeln Benzin zu erzeugen. Eine der ersten Massnahmen Himmlers als Befehlshaber des Heimatheeres bestand, zehn Tage nach seiner Ernennung zum Nachfolger von Generaloberst Friedrich Fromm, in einem Befehl an seinen Vertreter im neuen Amt, Jüttner, «nunmehr mit grösster Energie den bei uns im Rahmen der SS erprobten Kristen-Generator zunächst im gesamten Heimatheer, später auch in der Fronttruppe einzuführen und auf schnellste Lieferung zu drängen.» Ohne darauf zu achten, dass mein Ministerium für diese Entscheidung zuständig war, fuhr der Befehl fort: «Sie wollen darüber sofort mit Ministerium Speer verhandeln, damit die Generatoren in grosser Anzahl und ohne jede Hemmung nun gefertigt werden.» Aber Himmler hob die Aufforderung zur Zusammenarbeit sogleich auf. Der nächste Satz legte fest, dass die Verantwortung einem «ebenso befähigten wie vor keinem Hemmnis zurückscheuenden Offizier» zu übertragen sei, «ganz gleich, welchen Dienstgrades. Je kleiner sein Stab und je grösser sein Erfolg ist, umso lieber werde ich ihn befördern. Das Avancement dieses Mannes hängt von rascher und erfolgreicher Durchführung dieser Aktion ab. Ich wünsche zu jedem fünften des Monats eine Meldung, wieviele Kristen-Generatoren produziert sind, wieviele im Heimatheer eingebaut wurden und ausserdem, wieviele Kraftfahrzeuge das Heimatheer hat. Diese Zahl muss ja ohnedies bekannt sein.»[18] Himmler brauchte sich bei Beförderungen nicht an die Rangliste zu halten, und er machte von dieser Freiheit reichlich Gebrauch.

Wir waren schon erleichtert, wenn die Generatoren, die mit Holzkohle, Holz, Briketts oder Kohle betrieben wurden, die Erwartungen wenigstens nicht allzusehr enttäuschten und die Fahrzeuge halbwegs liefen.[19] Aber trotz aller Schwierigkeiten, die einem einwandfreien Betrieb dieser Generatoren entgegenstanden, ging Himmlers Phantasie zwölf Tage später schon einen Schritt

weiter. Irgendjemand muss ihm berichtet haben, dass Generatoren auch mit Torf betrieben werden könnten. Sogleich gab er Pohl den Auftrag, sein imaginäres Wirtschaftsimperium zu vergrössern. «Durch Einrichtung grosser Torfstiche, die als Konzentrationslagerbetriebe zu errichten sind», sei der «Bedarf an Torf für alle deutschen Generatoren sicherzustellen. Alle näheren Abmachungen wollen Sie mit SS-Obergruppenführer Jüttner treffen.»[20]

Pohl benötigte zwei Monate, um seine Antwort zu formulieren. Er machte unterdessen eine «Informationsreise in die verschiedenen Torfgebiete». Danach unterrichtete er Himmler in seinem Schreiben, dass es zwei Torfarten gäbe, von denen nur der Schwarztorf für den Betrieb von Generatoren geeignet sei. Schwarztorf könne nur maschinell gewonnen werden, in «Torfstichen, die fünf bis acht Kilometer lang sind und über welche die Bagger und Pressmaschinen rasen [sic!]. Der Strauss aller Unternehmungen und Behörden auf dem Torfsektor ist ausserordentlich bunt. Leistungen sind allerdings bisher vorwiegend nur – wie immer – draussen in den Betrieben vollbracht worden. In den Ministerien hingegen hat man Gesellschaften gegründet. Diese haben sich dann meistens grosse Torfvorkommen [für andere Zwecke, wie zum Beispiel zum Betrieb von Elektrizitätswerken] gesichert und haben sich wie schleimige Quallen darauf gesetzt. Hier also bringen wir einmal Leben in die Bude.» Es waren die alten, durch keine Fehlschläge erschütterten Behauptungen, nach der nur die SS Leistungssteigerungen erzielen könne, nicht aber die Organe des Wirtschafts- oder Rüstungsministeriums.

Im Laufe des Winters würden «einige Torfvorkommen in Angriff genommen, und mit Häftlingen die für die Frühjahrsproduktion erforderlichen Vorbereitungen» getroffen. Auch werde die SS eine Torfkokerei in Ostfriesland übernehmen, «gewissermassen eine Hochofenanlage en miniature. Hier will ich ein Konzentrationslager einsetzen.» 6'000 Monatstonnen Torfkoks könnten auf diese Weise gewonnen werden. Im November/Dezember werde er zusätzlich 40 bis 80 Meiler aufstellen lassen, jeder mit einer Leistung von 6 Tonnen Torfkoks im Monat. Das gäbe zusätzlich nochmals 240 bis 480 Tonnen Torfkoks. «Zum Sachbearbeiter für Torf» habe er, Pohl, «einen Laien eingesetzt und zwar den SS-Sturmbannführer Dr. Mischke, den Leiter des Nordland-

verlages.» Wir versuchten, in unserer Rüstungsorganisation die besten Fachleute zu gewinnen; Pohl hatte zwar Respekt vor meiner Leistung, als Architekt die Rüstungsproduktion zu steigern, er erkannte jedoch nicht mein System, diese Aufgabe auf die wahren und besten Fachleute zu delegieren und meinte mit dem Selbstbewusstsein eines Laien über die Einsetzung dieses Verlagsleiters, es sei «immer besser, einen unbefangenen und unbelasteten Menschen mit gesundem Verstand für solche Aufgaben heranzuziehen, als einen Neunmalweisen, der vor lauter Fachwissen nicht zum Torfstechen kommt. Mischke hat bewiesen, dass er es kann. Für die Durchführung der Arbeiten musste als Träger ein neues Unternehmen gegründet werden, die ‚Torfverwertungs GmbH'.»[21] Es gab also ein neues Glied in der Kette der SS-Betriebe.

Himmler war zufrieden. Es dauerte allerdings wieder einmal fast vier Wochen, bis er an Pohl durch Dr. Brandt schreiben liess, die SS müsse «in allergrösstem Umfange einsteigen, damit wir nach dem Kriege bei der dann auch noch ohne Zweifel vorhandenen Knappheit von Benzin mit Rücksicht auf die grossen Aufgaben genügend Spielraum haben. Der Reichsführer-SS meinte, dass wir hier auf diesem Gebiet ruhig zu den grössten Unternehmern gehören sollten.»[22] Es ist fast rührend anzusehen, wie Himmler noch zu Ende des Krieges trotz aller Fehlschläge an seiner Idee festhielt, SS-eigene Grossbetriebe für die Friedenszeit zu gründen.

Am 11. November 1944 machte ich Hitler in einer Denkschrift darauf aufmerksam, «dass ein Ausfall des rheinisch-westfalischen Industriegebietes für die gesamte deutsche Wirtschaft und für eine erfolgreiche Fortführung des Krieges auf Dauer untragbar ist».[23] An Bormann hatte ich mich schon fünf Tage zuvor gewandt, um ihm klarzumachen, dass «durch die erfolgreiche Weiterführung der [Luft-]Angriffe auf das Verkehrssystem [des Ruhrgebietes] sich eine Produktionskatastrophe ergeben kann, die für die Weiterführung des Krieges von ausschlaggebender Bedeutung» sein müsse. Der Gegner hatte eine neue Taktik ausgearbeitet, mit der durch Bombardierung von Bahn- und Schiffahrtsanlagen die deutsche Kriegswirtschaft von der Ruhrkohle abgeschnitten und dadurch gelähmt werden sollte. Zweifellos hatte sich diese Absicht bis Anfang Novem-

ber 1944 voll erfüllt. «Zehn Bahnhöfe [des Ruhrgebietes] fallen zur Zeit gänzlich aus, sechsundvierzig weitere Bahnhöfe sind nur beschränkt leistungsfähig», schrieb ich Bormann im weiteren Verlauf meiner Warnung und fuhr fort: «Die Betriebslage ist dementsprechend angespannt, die tägliche Wagengestellung in der vierten Oktober-Woche auf 7'786 Wagen, gegenüber 18'700 Wagen im Vorjahr herabgesunken.»[24]

Es war vorauszusehen, dass Himmler sofort ins Ruhrgebiet fahren würde, um die Sache durch persönlichen Augenschein in Ordnung zu bringen. Schon am 3. November 1944 sandte er mir tatsächlich ein Fernschreiben: «Ich bin gerade heute hier im Westen. Unter vielen Klagen ist eine – das Fehlen von Transportraum –, die vielleicht am leichtesten abzustellen wäre durch beschleunigten Bau von Generatoren für Lastwagen. Je drückender die Verkehrslage hier wird, umso wichtiger ist der Transport durch Kraftfahrzeuge und hier wiederum durch Generatoren. Was kann hier geschehen, um rasch und durchgreifend zu helfen?»[25]

13 Stunden später gab Himmler selber detaillierte Auskunft, was getan werden müsse, um die Krise zu meistern und die Katastrophe abzuwenden. «Je mehr ich mit den einzelnen Gauleitern spreche», liess er mich wissen, «umso mehr komme ich zu der Überzeugung, dass die uns allen bekannte durch die Luftlage hervorgerufene Transportkalamität» – eine milde Betrachtung für eine vollkommene Katastrophe – «nur durch eine erhebliche Verlegung des Transportraumes auf Kraftfahrzeuge einigermassen gesteuert werden kann.»[26]

Das Fehlen von täglich 11'000 Waggons, von denen jeder 12 Tonnen Kohle auf Strecken bis zu 500 Kilometern zu transportieren hatte, wäre nur durch den Ersatz von schätzungsweise 44'000 Lastkraftwagen mit 3 Tonnen Ladegewicht möglich gewesen. Diese waren weder vorhanden, noch hätte das durch Fliegerschäden stark mitgenommene Strassenverkehrsnetz ausgereicht, ganz abgesehen davon, dass Tiefflieger diese Lastwagenkolonnen fahrunfähig geschossen und damit zugleich die Strassen blockiert hätten. Himmlers Ratschlag war offenkundiger Aberwitz.

Berger muss von Himmlers Generator-Tick gehört haben; drei Tage später bot er Himmler «100 Kraftomnibusse und 30 Lastkraftwagen» an. Er habe «aber keinen Treibstoff. Die kleine Reserve, die ich mir aus der Slowakei si-

chergestellt habe, möchte ich für ganz besondere Fälle aufbewahren. Habe heute Reichsminister Speer gebeten, mir doch zu helfen und Generator-Anlagen zum Umbau zur Verfügung zu stellen.»[27]

Himmler triumphierte. Der «Reichsführer-SS freut sich, dass 100 Kraftomnibusse und 30 Lastkraftwagen zur Verfügung stehen. Er bittet Sie, für den beschleunigten Umbau auf Generatorbetrieb Sorge zu tragen»[28], liess er Berger in einem dringenden Fernschreiben mitteilen. Undenkbar, dass einer meiner Amtschefs gewagt hätte, mich mit derartigen Bedeutungslosigkeiten zu behelligen.

Himmler konnte es nicht lassen, diese vermutlich kriegsentscheidende Krise an der Ruhr dazu zu benutzen, auf seine Idee, den Bau von Generatoren, zurückzukommen. In einem Fernschreiben vom 3. November beschwerte Himmler sich bei mir: «Die Klage jedes einzelnen Gauleiters [auf einer gemeinsamen Sitzung] war aber, dass keine Generatoren zu bekommen sind und dass die im Gebiet befindlichen Erfinder und Konstrukteure von Generatoren derartigen Schwierigkeiten und Drangsalierungen ausgesetzt sind, dass das Ruhrgebiet, trotzdem es Steinkohle in Massen hat, keinen Kohlengenerator bekommt. Hier müssen, glaube ich, die Hebel sehr stark angesetzt werden. Vielleicht wäre es möglich, dass ein Mann von Ihnen mit diktatorischen Vollmachten bestimmt wird, der die Steinkohlen-Generatorfrage ohne jede Rücksicht auf industrielle Empfindlichkeiten brutal durchzieht.»[29]

Ich antwortete zuvorkommend: «Nachdem Dr. Schieber jetzt aus dem Rüstungslieferungsamt ausscheidet, werde ich die Zentralstelle für Generatoren, die zum Teil zweifellos recht bürokratisch gearbeitet hat, auflösen und den Chef meiner Transporteinheiten Nagel, der ein ausserordentlich tatkräftiger und mit gesundem Menschenverstand ausgestatteter Mann ist, mit der Zusammenfassung und Vorwärtstreibung der Generatoren beauftragen. Im Übrigen sind die Schwierigkeiten in der Zuteilung von Generatoren für den Wirtschaftsbedarf auch dadurch entstanden, dass die Wehrmacht zur Zeit vordringlich die Produktion an Generatoren zugewiesen erhält.» Aus dem letzten Satz kann geschlossen werden, dass der von Himmler in seinem Schreiben vom 1. August 1944 an Jüttner geforderte, «vor keinem Hemmnis zurückscheuende Offizier»

keine zusätzliche Produktion zustande bringen konnte. Trotz aller Freundlichkeit machte ich Himmler meine Unzufriedenheit klar: «Ich finde es immer wieder schade, wenn Ihnen bei Ihren Besuchen Aufgabengebiete meines Bereiches vorgetragen werden, während doch [von Seiten der Gauleiter] zahlreiche Gelegenheiten bestanden, Abhilfe dieser Notstände unmittelbar mit mir zu überlegen, und mir unter Umständen bei meinem nächsten Besuch im Ruhrgebiet Klagen über die Aufgabengebiete der Polizei, Feuerwehr oder Luftschutz zur Kenntnis gebracht werden.»[30]

Natürlich hatten die fünf Gauleiter des Ruhrgebietes in gewissem Sinn recht, sich des politischen Einflusses Himmlers zu bedienen. Denn ich stellte ihnen nun als Folge dieses Drängens 8‘300 mit Anthrazit betriebene Generatoren zur Verfügung. Das war fast das Doppelte der Monatsproduktion November aller Generatorentypen, die auf 4‘700 abgesunken war (vgl. Anhang XV). Ich konnte aber nicht umhin, den Gauleitern mitzuteilen: «Die grösste Schwierigkeit bei dem Einsatz dieser Generatoren wird die Beschaffung der erforderlichen Anthrazitmenge bereiten. Aus diesem Grund wurden diese Generatoren auch zunächst zurückgehalten. Ich bitte Sie, von diesen unter Umständen auftretenden Schwierigkeiten vorweg Kenntnis zu nehmen.»[31] Der Schwarze Peter lag nun bei den Gauleitern. Sollten sie zusehen, wie sie die Fragen des Einbaues und der Versorgung mit Brennmaterial bewältigten.

In diesem Sinne teilte ich auch Himmler mit: «Hoffentlich wird es möglich sein, die voraussichtlich auftretenden Schwierigkeiten in der Beschaffung der erforderlichen Brennstoffmengen zu überwinden. Wenn es aber schon im Ruhrgebiet nicht möglich sein sollte, wo soll es dann noch ermöglicht werden?»[32]

Himmler bedankte sich am 21. November 1944 für meine beiden Briefe, antwortete jedoch auf meine Vorhaltung, dass er sich um Fragen kümmere, die ihn nicht betreffen: «Hinsichtlich Ihrer Bemerkung, es sei schade, dass mir bei meinen Besuchen Beschwerden Ihres Bereiches vorgetragen würden, während Ihnen jeweils Klagen über die Polizei, die Feuerwehr oder den Luftschutz mitgeteilt werden, möchte ich sagen, dass es sich bei der Zusammenkunft in Klein-Borkel um eine Besprechung gehandelt hat, die sämtliche Fragen und Arbeitsgebiete betraf. Ich habe es nur bedauert, dass [Ihr] Staatssekretär Schulze-Fie-

litz sich für ziemlich alle Dinge für unzuständig erklärte. So kam an Ort und Stelle z.B. auf dem wichtigsten Generatorengebiet nicht allzu viel heraus. Deswegen musste ich Sie mit meinen Fernschreiben belästigen.»[33]

Diese Beschwichtigung bedeutete nicht viel, denn Himmler hatte in dieser Sitzung mit den fünf Gauleitern dem Gauleiter Dr. Meyer selbstherrlich Lieferungen zugesagt, über die er gar nicht verfügen konnte. Am darauffolgenden Tag hatte Gauleiter Meyer Himmler telegrafisch bestätigt: «Zufolge gestriger Besprechung melde ich Einbaumöglichkeit von 600 Generatoren in vier Wochen.»[34] Himmler gab das Fernschreiben mit der üblichen Verspätung von 20 Tagen am 25. November 1944 an den Chef des Rohstoffamtes im Persönlichen Stab des Reichsführers-SS, SS-Standartenführer Kloth, weiter. Er solle sich der Sache, sofort annehmen.[35]

Am 27. Dezember 1944, wieder erst nach vier Wochen, berichtete Kloth, dass er die Forderung Meyers an mein Ministerium weitergegeben habe. Die baldige Lieferung von 415 Generatoren sei ihm zugesagt.[36] Wahrscheinlich hätte Meyer nicht acht Wochen mit diesem Bescheid warten müssen, wenn er sich gleich an mich gewandt hätte. Aber viele alte Parteigenossen vertrauten, gerade in diesen letzten Monaten des Krieges, auf die Tatkraft Himmlers. Himmler täuschte und brillierte, indem er schnell Zusagen machte. Ich war in dieser Hinsicht vorsichtiger und nüchterner.

Halbedelsteine, Giftgas und Löwenzahn

Auf allen Gebieten versuchte Himmler, das wirtschaftliche Einflussgebiet der SS zu vergrössern. Selbst die Produkte der Grundindustrie, die Erzeugung wichtiger Rohstoffe nahm er in Aussicht. Von Systematik konnte beim Aufbau des wirtschaftlichen Interessengebietes der SS keine Rede sein. Gelegentliche Beteuerungen Pohls, dass er in der vertikalen Organisation der Selbstverantwortung der Industrie ein Vorbild sähe, blieben Papier.

Sicher geben die erhaltenen Akten nur einen Bruchteil dessen wieder, was geplant und in Ausführung begriffen war, beispielsweise, dass sich Himmler im Frühjahr 1942 von dem Bevollmächtigten Hitlers für die Ukraine, Gauleiter Koch, die Ausbeutung eines Quarzvorkommens bei Shitomir zuspielen liess. Feldmarschall Milch wurde am 2. April 1942 von seinem Technischen Amt alarmiert, denn Mangel an Quarz bedeute «bei dem heutigen Stand der Hochfrequenztechnik, insbesondere auf den für die Kriegsführung so wichtigen Ultrakurzwellenbereichen, eine starke Behinderung». Im Oktober 1941 habe das Technische Amt Kenntnis von einem grossen, von den Russen geheimgehaltenen Quarzvorkommen bei Shitomir in der Ukraine erhalten. Die Grösse der Funde genüge, um den sehr empfindlichen Quarzmangel in Europa für Jahrzehnte zu beheben. Der Bericht fahrt fort: «Der Reichskommissar Ukraine [das war Gauleiter Koch] beauftragte auf Veranlassung von Reichswirtschaftsministerium und Reichsminister Ost Ende Januar 1942 die Firma de Boer durch Einsatzbefehl mit der treuhänderischen Verwaltung und Ausbeutung der Gruben bei Shitomir. Anfang Februar 1942 wurde nun die Firma de Boer durch eine fernmündliche Mitteilung des Reichskommissar Ukraine wieder abgesetzt

und diese Absetzung wurde Ende Februar 1942 anlässlich einer Besprechung mit dem Gauleiter Koch in Kowno auch mündlich bestätigt, der erklärte, dass anstelle der Firma de Boer die SS treten müsse, da politische Interessen zu vertreten wären. [...] Das Technische Amt LC-E 4 sieht hier eine grosse Gefahr, dass die für die Kriegsführung so wichtigen Quarzvorkommen, die uns gestatten, mit den Fortschritten unserer Feinde hinsichtlich der Hochfrequenztechnik weitgehendst Schritt zu halten, nicht der Kriegslage entsprechend ausgewertet werden. Es wird daher dringend um die Einschaltung des Herrn Staatssekretärs [Feldmarschall Milch] gebeten, damit die Forderung des Technischen Amtes Anerkennung findet, dass die Ausbeutung und Auswertung der Quarzvorkommen bei Shitomir eindeutig einer verantwortlichen Dienststelle, wenn möglich der Luftwaffe übertragen wird.»[1]

Obwohl ich erst zwei Jahre später die Verantwortung für die Luftrüstung übernahm, schienen mir meine Interessen auf eine einwandfreie Zulieferung von Quarz an alle drei Rüstungsteile gefährdet. Im Vollgefühl der mir von Hitler gerade in diesen ersten Monaten meiner Tätigkeit verliehenen, im Rahmen meines Ressorts fast unbeschränkten Macht, schrieb ich bald danach an Himmler einen deutlichen Brief, auch um den bedrängten Feldmarschall Milch zu unterstützen, zu dem ich ein enges Vertrauensverhältnis hatte. Denn er war Himmler gegenüber schwach. «Durch Generalfeldmarschall Milch», so lautete mein Schreiben, «wird mir der anliegende Bericht des Technischen Amtes der Luftwaffe überreicht. Hieraus geht hervor, dass für die Kriegswirtschaft ausserordentlich wichtige Quarzvorhaben bei Shitomir bisher durch die Firma de Boer, Hamburg, ausgebeutet wurden, und dass Anfang Februar, trotzdem die Firma de Boer einen Auftrag vom Reichswirtschaftsministerium und vom Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete hatte, durch den Reichskommissar eine Ablösung der Firma angeordnet wurde, weil angeblich politische Interessen zu vertreten wären. Anstelle der Firma de Boer solle die SS treten. Ich kann mich mit diesem Vorgehen, das eine Störung einer kriegswichtigen Massnahme von erheblicher Bedeutung darstellt, nicht einverstanden erklären. Ich muss verlangen» – dieses Wort war Himmler gegenüber wahrscheinlich nicht üblich –, «dass die Firma de Boer, Hamburg, die Ausbeute vornimmt und wäre Ihnen für eine Weisung an den Chef des Wirtschaftshauptamtes dankbar,

dass er der Weiterarbeit der Firma de Boer keine Schwierigkeiten in den Weg legt insbesondere dass der Übergang der Ausbeutung der Quarzvorkommen auf die SS unterbleibt.»[2]

Ich hatte unterdessen beim zuständigen Minister für die besetzten Ostgebiete, Rosenberg, gegen die Überstellung dieses Quarzvorkommens an die SS Einspruch erhoben. Vielleicht hatte Pohl nur eine vage Vorstellung von diesem Protest. Er schrieb am 9. Juni an Himmler: «Da Reichsminister Speer in einem Geheimschreiben an das Ostministerium erklärte, dass Sie, Reichsführer, mit der Einsetzung der Firma de Boer einverstanden seien, beabsichtige ich den Reichskommissar zu bitten, mich als Treuhänder abzuberufen. Ich bitte um Entscheidung.»[3]

Pohl konnte die Reaktion Himmlers auf diese unwahre Behauptung vorausberechnen. Die Antwort fiel so aus, wie er sie sich nur wünschen konnte. Der Chef des Persönlichen Stabes Himmlers, Dr. Brandt, schrieb am 1. Juli 1942 an SS-Gruppenführer Sachs: «Der Reichsführer-SS äusserte gestern, dass er in seinem Schreiben an Reichsminister Speer folgende Regelung vorschlagen wolle: Der Reichsführer-SS will die Besitzverhältnisse in dem augenblicklichen Zustand belassen wissen, d.h. also, dass die Ausbeutung durch uns erfolgen soll. Er verpflichtet sich aber, das Quarz in dem bisherigen Umfang, in dem es für die kriegswichtige Industrie gebraucht wird, abzuliefern.[4] Pohl erhielt eine Abschrift.

Auch ich dachte mir, dass Himmler nicht ohne Weiteres auf seine Beute verzichten würde. Zwei Tage zuvor, am 29. Juni 1942, gab auf meine Beschwerde der politisch bereits geschwächte Göring in überraschender Entscheidungsfreudigkeit den Gegenbefehl, «diese Übereignung rückgängig zu machen und dieses Quarzvorkommen dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition zur geeigneten Verwertung zur Verfügung zu stellen».[5]

Zwei Wochen später fühlte sich Pohl übergangen. Er reagierte gereizt: «Nach meiner Einsetzung als Treuhänder [für Shitomir] durch den Reichskommissar Ukraine setzte ein allgemeines Kesseltreiben ein. Das Oberkommando des Heeres, die Luftwaffe, die Kriegsmarine und sämtliche zivilen Dienststellen, die für den Nachschub des Heeres Nachrichtenmittel benötigen, beanspruchten das Werk in Shitomir, weil nämlich alle Quarzvorkommen im Alt-

reich zur Herstellung von Nachrichtenmitteln erschöpft sind. Das Ostministerium [Rosenberg] hat auf Grund des persönlichen Eingreifens des Reichsministers Speer den Reichskommissar Ukraine angewiesen, mich als Treuhänder abzuberufen und die Spezialfirma de Boer an meiner Stelle einzusetzen. Der Reichskommissar Ukraine [Koch] hat es mir daher nahegelegt, zu Gunsten der Firma de Boer die Treuhänderschaft aufzugeben. Er hat auf meinen Antrag der Firma de Boer jedoch die Auflage erteilt, die in Shitomir anfallenden Topas-Steine mir zum Selbstkostenpreis abzugeben.» Es scheint, wie wir lesen werden, dass diese Halbedelsteine die SS ebenso interessierten wie das Quarzvorkommen. Im Brief Pohls an Himmler heisst es weiter: «Auf Grund dieser Sachlage habe ich mich daher bereit erklärt, die Treuhänderschaft aufzugeben, zumal ich verhindern wollte, dass in dem Streit zwischen Reichskommissar und Ostministerium der Reichsführer SS nach der einen oder anderen Seite ausgespielt wird.»[6]

Alarmiert durch den nicht erwarteten Verzicht Pohls auf die Treuhänderschaft, wandte sich Himmler einen Tag später an mich. Wahrscheinlich hatte er nicht die Absicht, auf meinen schroffen Brief einzugehen, sondern er wollte, wie es oft seine Art war, auf Grund seiner zeitweise vorzüglichen Beziehungen zum Reichskommissar Ukraine, Koch, mich vor vollendete Tatsachen stellen: «Ich komme leider erst heute nach fast drei Monaten dazu, auf Ihren Brief vom 20. April zu antworten. Ich bitte Sie, es bei den augenblicklichen Besitzverhältnissen zu belassen. Ich bin aber selbstverständlich bereit, das Ergebnis der Ausbeutung in dem bisherigen Umfang für die kriegswichtige Industrie zur Verfügung zu stellen. Sie können versichert sein, dass die Ausnutzung der Quarzvorkommen durch uns bestimmt in dem Masse erfolgt, das notwendig ist. Den Reichsmarschall, den ich auf dies Quarzvorkommen ebenfalls ansprach, habe ich in derselben Weise unterrichtet, und er ist damit einverstanden.»[7] Himmler benutzte zwar anfangs die unverbindliche Form mich zu bitten, um gleich festzustellen, wie er entschieden habe. Auch Göring sei von seiner Entscheidung lediglich unterrichtet, und natürlich wollte dieser wegen eines Quarzvorkommens keinen Machtkampf mit Himmler wagen.

An Pohl liess Himmler am 25. Juli durch Dr. Brandt schreiben, dass die Ab-

gabe der Treuhänderschaft eine voreilige Handlung gewesen sei. Gleichzeitig tadelte er Pohl: «Der Reichsführer bleibt bei seiner Entscheidung, die er in dem Brief vom 15. Juli an Reichsminister Speer zum Ausdruck gebracht hat. Der RF-SS bittet Sie die Treuhandschaft nicht abzugeben. Verhandlungsbasis: Der Reichsführer-SS gibt die Quarzvorkommen, die im Laufe des Krieges anfallen, an die Firma de Boer. Im Übrigen bleiben wir aber die Besitzer.» Gruppenführer Berger, der im Ostministerium gefürchtete Partner, solle «diesen Standpunkt des Reichsführer-SS entsprechend im Ostministerium vertreten».[8]

Aber Himmler hatte die Auseinandersetzung verloren. «Leider hat Ihr vorzeitiger Verzicht auf die Treuhänderschaft des Quarzvorkommens in Shitomir», schrieb er einen Monat später vorwurfsvoll an Pohl, «nun doch dazu geführt, dass wir es zunächst einmal nicht bekommen, denn kurz nachdem Ihr Brief angekommen war, schloss Gauleiter Koch mit der in Frage kommenden Firma einen Vertrag bis Kriegsende ab. Ich habe nun mit Gauleiter Koch ausgemacht, dass wir nach Kriegsende in diesen Vertrag eintreten können. Ich beabsichtige, mit ihm heute einen Vorvertrag für den Frieden darüber abzuschliessen. Ich bitte lediglich für die Zukunft solche Dinge, die wir einmal in der Hand haben, nicht ohne mich zu fragen, loszulassen. Irgendwie tut mir der Verlust dieser schönen Quarzvorkommen doch sehr leid.»[9]

Das im Brief Himmlers erwähnte Schreiben an Erich Koch wurde am 26. August, also einen Tag später abgesandt. Im Mittelpunkt stand Himmlers Interesse für Halbedelsteine: «Lieber Erich! Bezugnehmend auf unser Gespräch über das Quarzvorkommen im Gebiet Shitomir würde ich Dich um Folgendes bitten:

1) Abschliessung eines Vertrages, dass wir nach Kriegsende, wenn der Vertrag mit der Hamburger Firma abläuft, dieses Quarzvorkommen pachten können.
2) Wäre es möglich, dass ich an irgendeiner Stelle jetzt schon ein Topasvorkommen pachten könnte?
3) Schicke mir doch die Verordnung über die Almandine und sonstige Halbedelsteine zu und gleichzeitig die Bestimmungen, unter denen derartige Halbedelsteine gesammelt werden können. Ich möchte in keiner Weise etwas Ungesetzliches tun» – ein bei Himmler erstaunlicher Vorsatz –, «ande-

rerseits würde ich es bedauern, wenn wir hier in der Umgebung vom Hauptquartier, wo derartige Steine zu finden sind, diese nicht sammeln oder kaufen könnten.»[10]

Nun musste Pohl Farbe bekennen: «Ost-, Wirtschafts- und Rüstungsministerium nahmen energisch gegen unsere Einsetzung als Treuhänder Stellung und verwandten sich für die Firma de Boer, weil diese auf dem Gebiete der Quarzförderung langjährige Erfahrung besitzt. Ich selbst habe mich davon überzeugt, dass eine planmässige und ökonomische Ausnutzung dieses Quarzvorkommens zur Zeit allein durch die Firma de Boer gewährleistet ist, uns dagegen die erforderlichen Spezialkräfte nicht zur Verfügung stehen. Da Quarz nur im Sommer gefördert werden kann, und die Ausbeutung des Vorkommens für Kriegszwecke dringend erforderlich war, hielt ich mich im Hinblick auf die Mitteilung von Reichsminister Speer für verpflichtet, die Treuhänderschaft abzugeben, zumal bei allen anderen Heeresdienststellen» – sicher nicht zu Unrecht – «der Eindruck bestand, dass wir das Quarzvorkommen nur wegen seiner Topassteine beanspruchten.» Er glaube, schloss Pohl resignierend, dass andere Dienststellen an den gewonnenen Topassteinen auch Geschmack gefunden hätten. Das war ein sonderbarer Widerspruch in ein und demselben Brief. Oben erst hatte er die Unfähigkeit der SS festgestellt, den Abbau der unentbehrlichen Quarzvorkommen sachkundig vorzunehmen, und ein paar Sätze später unterstellte Pohl dem Generalkommissar Ukraine und den anderen Beteiligten Dienststellen, dass seine Einsetzung vor allem wegen der begehrten Steine nicht zustande gekommen sei.[11]

Das war ein Kampf um des Kaisers Bart. Am 18. März 1943 musste das Oberkommando der Wehrmacht den mit der Partisanenbekämpfung beauftragten Himmler bitten: «Anfang März haben Banden das Quarzabbaugebiet 40 km nordwestlich Shitomir überfallen und einen Teil der Betriebsanlagen zerstört. Da es sich bei dieser Lagerstätte um das einzige Schwingungsquarzvorkommen in Europa handelt, hat jede Störung ihres planmässigen Abbaues schwere Nachteile für die deutsche Wehrwirtschaft zur Folge. Sofortiges Freikämpfen des Raumes nordwestlich Shitomir von Banden – und dauernde ausreichende Sicherung des Quarzgebietes sind daher erforderlich. Um Mitteilung der beabsichtigten Massnahmen wird gebeten.»[12]

Nach dem Sieg über Frankreich wurde die Idee eines grossen Kolonialreiches in Afrika, unter teilweiser Übernahme der Kolonien Belgiens und Frankreichs, beispielsweise im Kongo oder Tschad, ernsthaft diskutiert. Es handelte sich keineswegs um ein Phantasiegebilde des SS-Gruppenführers Hennicke, wenn er seinem Freund, dem Chefadjutanten Himmlers Karl Wolff, nach dem erfolgreichen Frankreich-Feldzug in einem nüchternen Geschäftsbericht vorschlug, nach dem Kriege auch in Kolonien riesige KZ-Betriebe aufzubauen. «Die Kupfer- und Zinnminen, Damm- und Strassenbauten, für die Schmuckindustrie Diamant-, Gold- und Silberminen, geben für die aus Europa reichlich anfallenden KZ-Insassen fabelhafte Arbeitsgelegenheit. Der Siedlungsraum in Gross-Deutschland kann dadurch saubergehalten werden. Regierungsplantagen geben den farbigen Völkern Arbeitsgelegenheit.»[13]

Hitlers Friedensangebote an England, die unter anderem auf diese Vorstellungen eines riesigen zusammenhängenden afrikanischen Kolonialreiches hinausliefen, wurden von Churchills Regierung schroff zurückgewiesen. So musste Himmler den Traum von deutschen Kautschukplantagen in Afrika begraben. Gewissermassen als Ersatz wurde Himmler durch Hitler auf ein Löwenzahngewächs aufmerksam gemacht, das nicht höher als einige Zentimeter werde (Taraxarum bicorne) und bei dem die Wurzeln jeder Pflanze eine Ernte von eineinhalb Prozent Naturkautschuk enthielten.

Zweieinhalb Monate vor Beginn des russischen Feldzugs schrieb Himmler an einen SS-Sturmbannführer Vogel, Hitler habe ausgeführt, dass «man zunächst das Zuckerrohr nur als Kolonialprodukt gehabt [habe]. Die Rübe zuhause, die immer schon dagewesen wäre, habe man nicht in Erwägung gezogen. Dann sei jemand auf diesen Gedanken verfallen und die Rübe wäre mehr und mehr zu einem höheren Zuckergehalt bis zur heutigen Zuckerrübe gezogen worden.» Nunmehr gäbe es eine Pflanze, «die in grossem Masse Kautschuk liefert. Das Saatgut dieser Pflanze soll aus Russland kommen. [Pohl solle] von dieser Kautschukpflanze Saatgut beschaffen, das wir raschestens vermehren wollen. Darüber hinaus bitte ich Sie, mir über die Pflanze, über ihren Anbau und über die Art, wie man daraus Kautschuk gewinnt, zu berichten. In diesem Zusammenhang möchte ich neben dem Löwenzahn auch auf eine andere in

unseren Wäldern vorkommende Pflanze, nämlich die Wolfsmilch hinweisen, die meines Erachtens in ihrem Saft eine noch stärkere Klebrigkeit hat, wie der Löwenzahn in seiner Milch.»[14] Auf diese Weise die Klebrigkeit abschätzend, diskutierten der Diktator und sein Polizeichef den Gehalt von Kautschuk in Löwenzahn.

Erst über ein Jahr später, am 23. Juni 1942, äusserte Hitler «die Absicht, unter Umständen Himmler einen Auftrag zur Anpflanzung zu geben». Denn er sei mit den Zahlen über die Kautschukpflanzung bei Weitem nicht zufrieden. Er bitte festzustellen, wer für die Anpflanzung sich für zuständig hält – eine treffende Frage beim damaligen Wirrwarr von Zuständigkeiten.[15]

Sicher konnte Hitler keinen willfährigeren, auch begeisterungsfähigeren Untergebenen als Himmler finden, ein solches phantastisches Projekt mit Energie und Rücksichtslosigkeit durchzuführen. Aber wie so oft zögerte Hitler. Auch Himmler liess sich erst nach über einem halben Jahr die Frage Hitlers beantworten, wer sich für zuständig halte. Das System reagierte, selbst wenn Wünsche Hitlers im Hintergrund standen, überaus bürokratisch.

Es war Februar 1943 geworden, bis Pohl über den Stand der Angelegenheit berichtete: «Mit Anbau und Züchtung der Kok-Sagys-Pflanze beschäftigen sich folgende Dienststellen:
a) im Vierjahresplan der Beauftragte für das Kraftfahrwesen,
b) im Vierjahresplan der Beauftragte für Chemie,
c) Reichsernährungsministerium,
d) Reichsnährstand [der damalige Bauernverband],
e) in der Reichsführung-SS das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt,
f) das Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung,
g) die Forschungsstelle des DAF-Volkswagenwerkes,
h) die verarbeitende Industrie.» Ein Spiegelbild der sich überschneidenden Zuständigkeiten, wobei höchstwahrscheinlich nichts geschah, weil jede der Dienststellen sich auf die Förderung des Projektes durch eine andere verliess.

Die SS sei, so fuhr Pohl in seinem Bericht fort, bereits eingeschaltet, denn «von allen erreichbaren Saatgutmengen werden kleinste Proben an die Reichsfiihrung-SS, Konzentrationslager Auschwitz, geschickt. [...] Die DAF [Deutsche Arbeitsfront] richtet im Augenblick darüber hinaus ein Laboratorium in Auschwitz ein, damit dort einzelne Stämme und Pflanzen auf Kautschukgehalt sofort untersucht werden können.»

In der Januarsitzung der «Pflanzenkautschuk-GmbH» sei, nach dem gleichen Bericht Pohls vom 12. Februar 1943, festgelegt worden, dass «im Jahre 1943 mit dem vorhandenen Saatgut eine Fläche von ca. 40’000 ha mit Kok-Sagys angebaut werden kann. [...] Aus dem diesjährigen Anbau soll eine Samenmenge geerntet werden, die im Jahre 1944 den Anbau auf 100’000 ha ermöglicht. Von dieser Anbaufläche im Jahre 1944 kann ein Ertrag von 8’000 t Kautschuk erwartet werden», also rund 800 Kilo Kautschuk pro Hektar angebauter Fläche.[16]

Seit Ende 1942 war offensichtlich eine weitere Belieferung mit Naturkautschuk durch die blockadebrechenden Schiffe nicht mehr möglich. Die Bevorratung von Naturkautschuk sank von 23‘500 Tonnen im Jahr 1942 auf 5‘100 Tonnen im Jahr 1943 und 2‘300 Tonnen im Jahr 1944.[17] Diese verschlechterte Bilanz unserer Vorräte an Naturkautschuk veranlasste sicher erhöhte Aktivität und erklärt gleichzeitig das Zögern Hitlers bis zu diesem Zeitpunkt. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es unterdes unserer chemischen Industrie gelungen war, die Qualität des synthetisch erzeugten Gummis so zu verbessern, dass Naturkautschuk als Beimischung für hoch beanspruchte Reifen oder Konstruktionsteile nicht mehr notwendig war.

Hitler dagegen setzte immer noch auf den Kautschuk aus der Kok-Sagys-Pflanze. Im Juni 1942 wollte er Himmler mit dieser Aufgabe betrauen, im Februar 1943 hatte Pohl seinen Bericht abgegeben und erst am 23. Juli 1943 machte Hitler seine Absicht vom Vorjahr wahr und übertrug Himmler «die Verantwortung für die grösstmögliche Produktion an Pflanzenkautschuk». Seine für die beabsichtigten Anbaugebiete zuständigen SS-Führer wies Himmler an, «in jeder ihnen nur möglichen Form die Produktion und Gewinnung von Pflanzenkautschuk und seine Verarbeitung in ihren Gebieten zu unterstützen [...] durch planmässige Verlegung der von uns aus den geräumten Bandengebieten zu nehmenden älteren Frauen und Kinder» die als Arbeitskräfte für den Kok-Sagys-Anbau gesichert werden sollten.[18]

Das Tagebuch Himmlers gibt darüber Auskunft, dass er sich am 15. April 1943 drei Stunden mit der Frage des Anbaus dieser Pflanze beschäftigte. Am 24. Juni konferierte er nochmals mit Landwirt Stahl eine Stunde und am 30. November 1943 drei Stunden lang.

Wieder ein Dreivierteljahr später, am 20. April 1944, beschäftigte sich Himmler mit dem Kok-Sagys genannten Löwenzahngewächs bedeutend kürzer, nämlich nur noch eineinhalb Stunden.[19] Denn er hatte unterdessen einen ernüchternden Brief Kehrls, meines Amtschefs mit Zivilcourage, vom 30. März 1944 erhalten. Beigefügt war ein Bericht der «Gesellschaft für Pflanzen-Kautschuk und Guttapercha» vom 23. Februar 1944 an Kehrl als Chef des Planungsamtes meines Ministeriums: In der Tat wären 1942/43 137 Tonnen Kautschuk aus Kok-Sagys zu gewinnen gewesen. Durch die Rückzüge in Russland seien jedoch die Anbauflächen verlorengegangen. Im Frühjahr 1944 sollten nach der Vorstellung dieser Gesellschaft, die seit Juli 1943 einem «Sonderbeauftragten für Pflanzen-Kautschuk des Reichsführers-SS» unterstand, auf polnischem Gebiet erneut 20'000 Hektar mit Kok-Sagys angepflanzt werden. Eine Fläche, zehnmal so gross wie das Berliner Erholungsgebiet Grunewald, hätte eine Wurzelernte von 20'000 Tonnen ergeben. Aber da die Wurzeln nur eineinhalb Prozent Naturkautschuk enthielten, wäre ein Ertrag von nur 300 Tonnen Naturkautschuk zu erwarten gewesen. Um den dringendsten Bedürfnissen nachzukommen, mussten wir etwa 24'000 Tonnen synthetischen Kautschuk im Jahr verarbeiten. Was bedeutete diesen 24'000 Tonnen gegenüber eine Produktion von 300 Tonnen Naturkautschuk!

15 Kilo pro Hektar bedeutete eine Verringerung von den durch Pohl am 12. Februar 1943 versprochenen 800 Kilo pro Hektar auf ein Fünfzigstel! Diese 300 Tonnen Naturkautschuk sollten, wie in der Denkschrift der «Gesellschaft für Pflanzen-Kautschuk und Guttapercha» vermerkt wurde, mit einem Aufwand von 60'000-80'000 Arbeitskräften gewonnen werden. Diese Gesellschaft errechnete einen Gestehungspreis von 32.- bis 35.- RM pro Kilo Naturkautschuk gegenüber dem offiziell festgesetzten Kautschukpreis von 2,70 RM.[20] Die aus der Kok-Sagys-Pflanze gewonnenen 300'000 Kilo Kautschuk sollten also rund 10 Millionen RM kosten, was bei 80'000 Arbeitern einer Jahresvergütung pro Arbeitskraft von 125.- RM entsprach[21], wenn alle anderen fabrikatorischen Kosten, die in dem Schreiben ebenfalls aufgeführt sind, ausser Acht gelassen werden. Selbst wenn ich berücksichtige, dass, wie aus einem Bericht des Rohstoffamtes vom 14. April hervorgeht, diese Arbeitskräfte nur zu einem

Teil ihrer Zeit für diesen Zweck beschäftigt wurden[22], konnte diese Entlohnung kaum für eine zweckmässige Ernährung, für Bekleidung und Unterkunft ausreichen. Also eine «Milchmädchenrechnung», wie damals der Ausdruck lautete, wenn man nicht den Kostenmassstab der Konzentrationslager auf diese 80’000 Menschen anwenden wollte.

Wenn es auch in diesem Fall der Phantasie Hitlers entsprang, sich mit Löwenzahnanbau über Jahre hinweg zu beschäftigen, so charakterisiert die Anpflanzung von Kok-Sagys durch die SS doch Himmlers Beharren auf phantastischen Produktionszielen. Alle diese Planungen erledigten sich allerdings bald von selbst durch den schnellen Vormarsch der Roten Armee auf polnisches Gebiet. Zum Anbau von Kok-Sagys kam es nicht mehr.

Himmler war stets für noch nicht erprobte Verfahren leicht zu gewinnen. Bereits bei seinen Versprechungen, Hitler für seine Grossbauten eine riesige Ziegelproduktion aufzubauen, war er in den Fehler verfallen, dem Erfinder eines neuen Fabrikationssystems Glauben zu schenken und ohne jede Vorprüfung durch Fachleute die gesamte Ziegelproduktion auf jenes System aufzubauen. Es erwies sich als vollständiger Fehlschlag; alle Anlagen mussten unter grossen Verlusten auf normale Produktionsmethoden umgestellt werden.

So begeisterte sich Himmler auch augenblicklich, als der SS-Gruppenführer Wilhelm Keppler, ehemals einflussreicher Berater Hitlers in Wirtschaftsfragen, im Juni 1944 behauptete, dass bei seinen Entwicklungsarbeiten wieder ein sehr schöner Wurf gelungen sei: Durch ein neues chemisches Verfahren könne nun das Ausbringen der Bleizinkhütten von 60-75 Prozent auf 98 Prozent gesteigert werden, und der Bau einer Anlage zur Gewinnung von 20’000 Jahrestonnen Blei und 8’000 Jahrestonnen Zink solle – natürlich ohne die Genehmigung meines Rohstoffamtes einzuholen – sofort in Angriff genommen werden. «Du hast», erinnerte er Himmler, «mir früher mal in Aussicht gestellt, für die Errichtung einer Fettanlage die erforderlichen Arbeitskräfte aus Konzentrationslagern zur Verfügung zu stellen. Ich erlaube mir die Anfrage, ob es vielleicht möglich ist, für den Abbau der Erze und die Errichtung der Fabrikanlage das Gleiche zu tun. Es würde sich etwa um 1‘500 Mann handeln, worunter natürlich auch entsprechende Facharbeiter sein müssten.» Himmler zeigte, wie im-

mer in diesen Fällen, grosses Interesse: «Über Deinen Wunsch, 1‘500 Mann für den Abbau der Erze und für die Errichtung der Fabrikanlage zur Verfügung gestellt zu bekommen, müssten wir am besten mündlich sprechen. Ich könnte mich zu der Abstellung der Arbeitskräfte nur entschliessen, wenn ich die Arbeiten insgesamt verantwortlich übertragen bekäme. Die Anlage müsste dann gleich so gebaut werden, dass bei Luftangriffen entweder nur sehr wenig oder besser gar nichts passieren kann.» Deutlicher als sonst machte Himmler die Bereitstellung der Arbeitskräfte davon abhängig, dass er insgesamt verantwortlich sei und also seine Organe die Betriebsführung selber übernehmen würden. Diese Pläne erwiesen sich als Illusion.

Die reichen Manganerzvorkommen bei Nikopol wurden durch den russischen Vormarsch Anfang November 1943 bedroht.[23] Es war abzusehen, dass die deutsche Rüstung nicht mehr allzu lange auf sie zählen konnte. Die Industrie hatte in dieser Situation Mittel und Wege gefunden, durch Verfahrensänderungen unsere beträchtlichen Vorräte an Mangan von 12 auf 18 Monate, also bis zum Herbst 1945 zu strecken. Dennoch wies Hitler, offensichtlich einen wesentlich längeren Verlauf des Krieges einkalkulierend, im Dezember 1943 darauf hin, dass Geologen eingesetzt werden sollten, «um festzustellen, ob noch andere Manganerzvorräte, etwa in den Karpaten, Ungarn oder Slowakei, gefunden werden können».[24]

Wie bei jeder Gelegenheit suchte auch jetzt wieder die SS ihre Chance wahrzunehmen. Der Generalgouverneur von Polen, Hans Frank, veranlasste in einer Besprechung vom 8. Mai 1944 eine Expedition nach Galizien, wo bei Zabie ein Manganerzvorkommen gemeldet worden war. Zum Leiter dieser Mangan-Expedition wurde ein SS-Hauptsturmführer Jordan bestellt, von dem sich Frank direkt berichten liess. Unmittelbar nach dieser Besprechung schrieb Frank an Himmler: «In der Angelegenheit Manganerz Galizien habe ich soeben in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe [auch SS- und Polizeichef des Generalgouvernements] und des SS-Hauptsturmführer Jordan eine eingehende Besprechung gehabt. Jordan wird sich, aufs Bestmögliche unterstützt, in der nächsten Woche expeditionsweise für etwa 3 Wochen in das betreffende Gebiet begeben

und dort endgültige Feststellungen sowohl über Art und Umfang des Vorkommens wie über die Möglichkeit eines raschesten Beginnes des Abbaues und Abtransports treffen. Ich schlage daher vor, dass der von Ihnen in Aussicht gestellte Besuch des SS-Obergruppenführers Pohl in Krakau zweckmässigerweise erst stattfindet, wenn Jordan von seiner Expedition wieder hierher zurückgekehrt ist, da dann die klaren Ausgangspunkte für die zu gründende Gesellschaft bekannt sein werden. Seien Sie überzeugt, dass ich Ihnen in dieser Angelegenheit jede nur erdenkliche Hilfestellung leisten werde.»[25]

Zehn Tage später berichtete Keppler in einem Brief an Himmler über eine Besprechung beim Generalgouverneur: «Die Zentralisierung der Metallforschung in einem Berliner Stab», so heisst es dort in offener Kritik der dem Rohstoffamt des Rüstungsministeriums unterstehenden Dienststellen, sei «für die praktische Wirklichkeit vollkommen nachteilig. Wie auf allen Gebieten ist der Zentralismus jetzt zu einem Übel geworden, das absolut beseitigt werden muss, zumindest dort, wo der Zentralismus die Energien von Teilbereichen der Machtsphäre des Grossdeutschen Reiches lahmzulegen droht.» Das war eine Parallele zu dem in der Tschechei geführten Kampf der SS gegen die Zentralisierung der Rüstungsindustrie in meinem Ministerium. «Die völlig verzögerliche Art der Behandlung der Metallerforschung ist nicht die Schuld der Regierung des Generalgouvernements oder irgendeiner ihrer Dienststellen, sondern ausschliesslich auf das völlige Versagen der zentralistischen Positionen im Reiche zurückzuführen. Der Reichsführer SS stimmt dem Generalgouverneur in diesem Hinblick völlig zu.»[26] In der Tat dürften meine Ausschüsse und Ringe nach den zurückliegenden Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Himmlers Dienststellen keine Neigung gehabt haben, etwaige neuentdeckte Manganvorkommen der SS zu überlassen.

Himmler benutzte die Gelegenheit seines Besuches in Krakau, um wieder einmal den Ausbau seines Rüstungsimperiums voranzutreiben: «Der Reichsführer SS wünschte», so legte Keppler dar, «eine Untersuchung der Frage, ob es nicht möglich wäre, ohne Rücksicht auf den etwas schwerfälligen Apparat des Reichsministeriums Speer die Produktion an Waffen und Munition [im Generalgouvernement] direkt zu fordern. [...] Der Generalgouverneur sagte

dies zu und warf dabei die Frage auf, ob es möglich wäre, eine spezielle Infanteriegeschützfabrik irgendwo in einem Gebirgstal zu errichten; er würde dann Auftrag geben, die Angelegenheit so rasch wie möglich zu betreiben.» [27] Im internen Gespräch der hohen SS-Führer fielen also die Masken.

Der Staatssekretär Franks, SS-Gruppenführer Koppe, hatte sich in den Besprechungen der Rüstungskommission mit General Schindler immer hilfsbereit gezeigt. Umso mehr erstaunte es mich nachträglich, dass in einer Besprechung vom 3. Juni 1944, die unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs Frank stattfand und in der die von den drei hohen SS-Führern beschlossene Politik vorangetrieben werden sollte, Koppe doppelzüngig erklärte: «Es gibt viele Dinge, die vielleicht noch anders gestaltet werden könnten. Ich denke besonders an die Hochöfen und an die Mischerzgewinnung. Hier wollen wir den Reichsführer SS einschalten. Ich halte es für durchaus möglich, die Eisenforderung zu vergrössern. Aber die Konzerne und Trusts sehen es nicht gern, wenn im Generalgouvernement zuviel Eisenerz gefördert wird. Leider können die führenden Männer an halbamtlicher Stelle» – gemeint sind wohl diejenigen der Selbstverantwortung der Industrie – «wirkungsvoll tätig werden, und das einfach nicht zulassen. Deswegen würde ich es für richtig halten, hier einige Stahlwerke aufzuziehen, die mit diesem Interessenklüngel nichts zu tun haben. Wir errichten Hochöfen da, wo wir es für nötig halten. Die Herren Röchling u.a. haben offenbar die Befürchtung, dass eine zu starke Verlagerung nach dem Osten vor sich geht.» Frank antwortete Koppe: «Die verfolgen also absichtlich die Politik, dass wir mit unserer Eisenproduktion hintangehalten werden.»[28] Ohne Umschweife wurde also von einer SS-eigenen Industrie geredet, die in offener Opposition zu den Führungsorganen der Rüstung aufzubauen sei. Ein instruktives Beispiel für die Desorganisation und Auflösung aller Staatsautorität im späten «Dritten Reich», das noch heute häufig als perfekt funktionierende Staatsmaschinerie angesehen wird.

Nach dem Nürnberger Prozess suchten hohe Vertreter des US-Produktionsministeriums in Gesprächen mit mir unsere Organisationsformen kennenzulernen. Zuvor hatten sie auch zahlreiche meiner Mitarbeiter angehört. In der abschliessenden Sitzung vermerkte der führende Kopf der amerikanischen Kom-

mission: «Wenn wir mit Institutionen der demokratischen Staatsordnung Schwierigkeiten hatten, bedauerten wir oft, dass unser Minister nicht, wie Speer, mit allen Vollmachten ausgestattet sei. Nur eine Unterschrift Speers, und alle Streitfragen sind geregelt. So stellten wir uns Ihre Stellung vor. Nun, nachdem wir in der Rüstung die Arbeitsweise Ihres autoritären Systems studiert haben, müssen wir feststellen, dass Sie und Ihre Mitarbeiter es bei diesem Durcheinander von Kompetenzen, Intrigen und Machtanmassungen viel schwieriger hatten als wir.»

Meinen Bedenken gegen die Vergabe grösserer Rüstungsaufgaben nach Polen lagen die chaotischen Zustände in diesem Lande zugrunde, die kostspielige Investitionen unnütz erscheinen liessen. Am 29. März 1943 machte ich Hitler auf die unzulänglichen Rüstungsmöglichkeiten im Generalgouvernement eindringlich aufmerksam: «Durch schlechte Ernährung der Arbeitskräfte, die dadurch notwendigen Käufe von Lebensmitteln durch die Arbeiter auf dem schwarzen Markt und der dadurch hervorgerufene Zeitverlust von etwa der halben Arbeitszeit, durch schlechte Verteilung der Kohle usw. ist es nicht möglich, die bereits vorhandene Rüstungsindustrie im Generalgouvernement auch nur annähernd auszunutzen. Eine Verlagerung aus dem Westen kommt daher aus diesen Gründen nicht infrage, obwohl die Rüstungsindustrie Polens hierzu durchaus in der Lage ist.»

Am gleichen Tag fuhr ich zum Hauptquartier Himmlers, das in einem nahegelegenen Wald in komfortablen Salonwagen untergebracht war, um auch ihm meine Sorgen wegen Polen mitzuteilen und seine Unterstützung zu erbitten.[30] Zwei Monate später wiederholte ich bei Hitler das Argument, «dass die Unsicherheit im Generalgouvernement keinerlei Verlagerung von Rüstungsfertigungen in dieses Gebiet zulässt, obwohl es sonst durchaus geeignet wäre, grössere Fertigungen aufzunehmen».[31]

Aber weder für Frank noch für Himmler scheinen solche Hindernisse erwähnenswert gewesen zu sein. Hinzu kam noch die totale Unfähigkeit ihrer nachgeordneten Organe, die an allen Ecken und Enden Projekte begannen, ohne über die notwendigen geistigen und technischen Führungsqualitäten zu verfügen.

Offensichtlich hatte sich ab Frühjahr 1944 die auf die Gründung SS-eigener Industriebetriebe gerichtete Aktivität Himmlers und seines Apparates bedeutend verstärkt. Das mag zum Teil eine Folge der Schwächung meiner Position während und nach meiner Krankheit gewesen sein, zum anderen aber mit der von Hitler gebilligten Konzeption eines eigenen Wirtschaftsimperiums der SS zu tun gehabt haben. Was bis dahin Machthunger gewesen war, wurde zum System.

Im Oktober 1944 berichtete Gauleiter Greiser aus dem Wartheland (Posen), dass die Errichtung der Braunkohlewerke im Kreise Konin sowie der damit verbundene Bau eines Grosskraftwerkes gut voranschreite. (Selbstherrlich hatte Himmler vor zwei Jahren, als er noch nicht einmal Innenminister war, «genehmigt, dass die Gauselbstverwaltung[32] im Kreis Konin die durch Bohrungen festgestellten Braunkohlenmutungen in Anspruch nimmt».[33]) Himmler antwortete Greiser zwei Wochen später: «Ich freue mich mit Ihnen über das positive Erprobungsergebnis der im Kreise Konin gewonnenen Braunkohle. Bereits unter normalen Verhältnissen wäre der Abbau der Kohle im Warthegau ein grosser Vorteil gewesen. Von besonderem Wert ist er aber gerade in den nächsten Wochen und Monaten. Wie kann nun die Gewinnung der Kohle mit grösster Energie vorangetrieben werden? Sollte es sich um Tagebau handeln, wäre von meiner Seite Hilfe mit Häftlingen möglich.»[34] Eine Abschrift ging zugleich an Pohl.

Manganerzgewinnung, Eisenverhüttung, Rüstungsfertigung in Polen, Blei- und Zinkverhüttung im Reichsgebiet, Porsches Geheimfertigung im Mittelwerk des Harzes – die SS-eigenen Rüstungsunternehmen zeigten im letzten Kriegsjahr Expansionsbestrebungen, die sich nicht realisierten. Die Förderung von Mineralöl sollte das gedachte Kombinat abrunden. Als sich der Untergang des Reichs schon abzeichnete, wandte sich Himmler an Paul Pleiger, den Generaldirektor der Hermann-Göring-Werke, den ich Himmler zur Leitung seines Konzerns empfohlen hatte, und forderte ihn auf, sich an der Ausbeutung bisher unbekannter Ölquellen zu beteiligen: «Mir wird des Öfteren gemeldet, dass in Mitteldeutschland aussichtsreiche Ölvorkommen sein sollen, die bisher nicht erbohrt und noch viel weniger erschlossen sind. Ich ersuche Sie, mir mitzutei-

len, ob Sie ebenfalls von diesem Vorkommen gehört haben und welche Ansicht Sie dazu haben.»[35] Das Wort «ersuchen» war in der damaligen Amtssprache eine mildere Form für das Wort «befehlen».

Pleiger verstand die Sprache und antwortete, obwohl er keineswegs Himmler, sondern allein Göring verantwortlich war, unverzüglich: «Von Behauptungen über Ölvorkommen in Mitteldeutschland, die bisher nicht erbohrt sind, habe ich erfahren. Ich halte es unter allen Umständen für erforderlich, dort schnellstens Tiefbohrungen niederzubringen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn diese Arbeiten von uns gemeinsam durchgeführt werden könnten.»[36]
Aber selbst dieses Angebot einer Gemeinschaftsarbeit zwischen der SS und den Hermann-Göring-Werken reichte Himmler nicht aus. Gerade an diesem Fall wird deutlich, wie hinter den Kulissen gearbeitet wurde. Ein SS-Hauptsturmführer des Himmler-Stabes fertigte am 15. August 1944 einen Aktenvermerk an: «Nachdem der Reichsführer-SS das anliegende Fernschreiben an Staatsrat Pleiger diktiert hatte, gab er mir den Auftrag, SS-Gruppenführer Meinberg anzurufen und ihm auszurichten, der Reichsführer-SS möge gern die Antwort in einem bestimmten Sinne haben. Der Reichsführer-SS sagte noch, es käme hier darauf an, Bälle zuzuspielen. Da das Fernschreiben vom 6.8. 1944 noch nicht entsprach, habe ich SS-Gruppenführer Meinberg noch einmal angerufen und ihm im Einzelnen mitgeteilt, wie der Reichsführer-SS die Formulierung wünsche. Daraufhin ging das Fernschreiben vom 10. August 1944 ein.»[37] Bei Meinberg handelte es sich um einen der engsten Mitarbeiter Pleigers. Einige Monate später beschuldigte er meinen Beauftragten Hans-Günther Sohl des Hochverrats.

Dieses den Wünschen Himmlers entsprechende Fernschreiben vom 10. August 1944 unterscheidet sich in zwei Punkten von der ersten Mitteilung Pleigers. Erstens ist er jetzt plötzlich davon überzeugt, dass sofort mit der Arbeit begonnen werden müsse und zweitens vollzog der sonst unzugängliche Pleiger den erwünschten Kotau vor Himmler und bat ihn geradezu, den Göring unterstehenden Werken zu gestatten, in Gemeinschaft mit der SS zu handeln. Wie ähnliche Geschäfte zustande kamen, berichtet Marsalek in «die tat»: Im Juli 1942 gab es Schwierigkeiten wegen der Gewinnbeteiligung der SS an dem Be-

trieb einer Schlackenverwertungsanlage auf dem Gelände der Hermann-Göring-Werke in Linz. Himmler wandte sich schliesslich an Pleiger und schrieb lakonisch: «Seien Sie doch so nett und weisen Sie Ihre Leute an, dass für alle Unternehmen Pleiger-SS Fifty-Fifty das heilige Grundgesetz ist.»[38]

Zwei Tage nach dieser Unterwerfung Pleigers liess Himmler die Maske der Höflichkeit fallen und teilte schroff mit: «Ich finde es unglaublich, dass man bisher diese Ölvorkommen noch nicht erbohrt hat. Ich halte es für Ihre nationale Pflicht, dass Sie mit der Ihnen eigenen Energie unter Überwindung aller Schwierigkeiten unverzüglich an die Erbohrung und – sollten Sie Erfolg haben – an die Erschliessung dieser Vorkommen gehen. Ich darf Sie 8-tägig um fernschriftlichen Bericht über das Fortschreiten ersuchen.»[39] In dieser unfreundlichen Weise verkehrte Himmler noch nicht einmal mit Pohl, wenn er ihm Befehle gab.

Drei Tage später meldete Pleiger Himmler respektvoll, dass ein grosses Bohrgerät in Marsch nach dem bereits festgelegten Bohrpunkt westlich Bernburg gesetzt worden sei. In drei Wochen würden die Bohrungen beginnen.[40] Es ist erstaunlich, dass Pleiger keine weiteren Voruntersuchungen durch das zuständige Bergbauamt anforderte, dessen Sachkunde nach dem Kriege auch die Alliierten anerkannten. Aber das hätte Monate in Anspruch genommen und den drohenden Himmler zu Gewaltmassnahmen reizen können. Wie ein gehorsamer Schüler berichtete Pleiger am 16. August, dass die Bohrgeräte eingetroffen, am 12. September, dass Betonfundamente, Wasserleitungen, Lichtanschlüsse geschaffen, am 21. September, dass mit der Montage des Bohrturms begonnen, am 26. September, dass der Bohrturm errichtet, das Maschinenhaus aufgebaut sei und die Maschinen eingebaut würden, am 12. Oktober, dass die Montagearbeiten beendet, am 26. Oktober, dass seit dem 18. Oktober gebohrt würde, aber nur geringe Bohrfortschritte zu verzeichnen seien, am 8. November noch pessimistischer, dass eine Tiefe von 50 Metern erreicht, der Tagesfortschritt aber nur 4 bis 5 Meter betrage, weil die Meissel nach vier Metern Leistung verbraucht seien, am 15. November, dass 119,5 Meter erreicht, aber dass harter Buntsandstein nur eine Tagesleistung von 6 Metern zulasse.[41]

Danach schwieg Pleiger, aber Himmler mahnte trotz der Kriegslage am 6. Januar 1945: «Was machen unsere Ölvorkommen? Ich habe lange nichts ge-

hört und bin masslos gespannt.»[42] Pleiger antwortete darauf am 13. Januar 1945 lakonisch, denn der Einfluss Himmlers war durch seine Misserfolge als Befehlshaber am Oberrhein gedämpft: «Tiefe 634 Meter. Gebirge sehr hart.»[43] Also wurde seit dem 15. November die durchschnittliche Tagesleistung von 6 Meter auf 8,6 Meter gesteigert.

Inzwischen hatte Himmler die Lust verloren. Es winkten leichtere Erfolge bei der Auswertung der Tannenwurzeln zur Gewinnung von Benzin.

Dass sich Himmler für seinen Konzern die Gewinnung oder Auswertung einiger Grundprodukte, wie Mangan, Blei, Zink, Kohle und Mineralöl sichern wollte, kann trotz aller Systemlosigkeit als ein vernünftiges Ziel innerhalb seiner Pläne angesehen werden. Aber im Falle des N-Stoffes handelte es sich für Himmler letztlich darum, die Produktion des Nervengases Sarin in die Hand der SS zu bringen.[44] Sarin war unser modernster Kampfstoff, der die Wirkung aller bisher produzierten Kampfgase um ein mehrfaches übertraf. Zudem gab es gegen ihn keine Abwehrmöglichkeit, weil die damals bekannten Gasmasken und Filter ohne Schutzwirkung blieben.[45] Sarin konnte daher eines Tages ein gewichtiger Faktor zumindest der Erpressung in einem innerdeutschen Machtkampf zwischen Wehrmacht und SS sein. Nach dem 20. Juli waren solche Überlegungen nicht mehr als absurd anzusehen.

Das Heer hatte im Frühjahr 1944 die Produktion des N-Stoffes abgelehnt, dieser war angeblich eine nicht löschbare chemische Brennmasse, ähnlich dem sagenhaften «griechischen Feuer». Anfang 1944 hatte daraufhin Hitler festgestellt, dass er sich entschlossen habe, sowohl die Erprobung als auch die Produktion des N-Stoffes der SS zu übergeben. Ich wies Hitler darauf hin, «dass der Betrieb einer chemischen Fabrik nach Möglichkeit innerhalb der gesamten chemischen Produktion bleiben» müsse. Hitler änderte seine Meinung. Er wolle aber «dem Reichsführer-SS den Auftrag geben, eine Erprobung und Begutachtung des N-Stoffes vorzunehmen und erst danach mit mir zusammen entscheiden, ob die Produktion des N-Stoffes in unseren Händen bleibt».[46] Am 7. Juli 1944 liess Hitler den Chef des Heeresstabs, General Buhle, nochmals

befehlen, dass «durch Reichsführer-SS beschleunigt weiter Versuche mit N-Stoff durchgeführt werden».[47] Drei Wochen später sprach ich Hitler auf die Absichten der SS an, kurzerhand den noch nicht erprobten N-Stoff zu produzieren: «Ich habe damals den Führer davon überzeugt, dass eine Übernahme der Produktion durch die Waffen-SS zunächst nicht durchgeführt werden solle, sondern dass es genüge, wenn die Waffen-SS die Erprobung des N-Stoffes übernehme. Ich halte es auch heute für verfehlt, wenn die Produktion des N-Stoffes von der Waffen-SS übernommen wird. Denn die für die laufenden Neuerungen im chemischen Prozess notwendigen Fachkräfte hat nun einmal in Deutschland nur I.G.-Farben. [...] Ich kann der Übernahme der Produktion von Falkenhagen durch die Waffen-SS auch deswegen zunächst nicht zustimmen, weil neben und in Verbindung mit der N-Stoffanlage, eine entscheidende Kampfstoff-Anlage errichtet ist. Eine doppelte Betriebsführung erscheint nicht tragbar. Der in Falkenhagen erzeugte Kampfstoff Sarin ist der wertvollste und modernste aller Kampfstoffe und hat die sechsfache Wirkung aller bisherigen Kampfstoffe.»[48]

Der Bericht Jüttners über die Versuche fiel negativ aus. Dieser N-Stoff, eine kostspielige Fehlentwicklung des Heereswaffenamtes, könne nicht eingesetzt werden. «Der Führer liest den Bericht von SS-Obergruppenführer Jüttner über den N-Stoff. Der Führer verlangt, dass nochmals festgestellt wird, ob nicht bei der Verwendung von Brandgeschossen bei Durchschüssen durch Panzer im Innern ein Brand verursacht werden könnte. Bei den Versuchen sollen die beim Gefecht durch Laufen des Motors entstehenden Benzindämpfe vorhanden sein.»[49] Solche Detailanweisungen sind ein gutes Beispiel für Hitlers Manie, auch Kleinigkeiten selber zu regeln.

Von einer Übernahme der Fertigung des N-Stoffes durch die SS sprach Hitler nicht mehr. Aber trotz des negativen Berichtes der höchsten SS-Fachinstanz hatte die SS zur gleichen Zeit die wegen der Sarin-Produktion wertvolle Fabrik in Falkenhagen kurzerhand in Besitz genommen. Schieber, der Anfang November 1944 kurz vor seiner durch Himmlers Intrigen verursachten Ablösung stand, erfüllte eine nicht ungefährliche Pflicht, indem er mich auf Umtriebe der SS aufmerksam machte: «In Falkenhagen sind zur Zeit Schwierigkeiten aufgetreten, da die Waffen-SS dort schon die N-Stoff-Fertigung betreibt und die

Werkstätten und allgemeine Fertigungseinrichtungen über Gebühr mit Beschlag belegt und diese Maschinen zudem jetzt noch verbunkern will. Dadurch leidet der Ausbau der Sarin-Fertigung. [... Es] muss gegen die Massnahme der SS schärfstens Einspruch erhoben werden.»[50]

Der Streit war bald illusorisch geworden. Bereits am 11. Oktober musste ich Feldmarschall Keitel mitteilen, dass wegen des Zusammenbruchs der chemischen Industrie die Grundstoffe Zyan und Methanol erschöpft seien. Ab 1. November würde daher die Erzeugung von Tabun und Sarin stillgelegt.[51]

Himmler übernimmt das Raketenprogramm

Die technischen Entwicklungen, auf die sich unsere Waffenkonstruktion im Frühjahr 1942 konzentrierte, versprachen revolutionäre Durchbrüche in Form einer selbständig steuernden Grossrakete, dem auf dem Prüfstand bereits erprobten Strahltriebwerk und einem ersten Durchbrechen der Schallmauer durch ein Raketenflugzeug des Typs Me 263. Ohne diese Entwicklungen der zweiten Kriegshälfte wäre die heutige technische Welt unvorstellbar. Experten der westlichen Alliierten bestätigten uns bei dem Meinungsaustausch gleich nach dem Ende des Krieges, dass wir auf diesen Gebieten der Technik einen Vorsprung von drei Jahren gewonnen hatten. Nur auf dem Feld der Atomforschung hatte uns die gewaltige Anstrengung der Amerikaner überrundet und den auch hier ursprünglich vorhandenen deutschen Vorsprung überholt.

Die unter der Codebezeichnung A 4 streng geheimgehaltene Entwicklung einer 13 Tonnen schweren Rakete war auf Grund verschiedener Eigenschaften tatsächlich für die damalige Zeit ein technisches Wunder. Sie hob senkrecht vom Boden ab und wurde nur durch einen neuartigen Leitstrahl in der Vertikale gehalten, bis dann der schwere, unbeholfen wirkende Flugkörper auf 500 Kilometer Distanz sich selber mit relativer Genauigkeit in das Zielgebiet steuerte.

Das war eine alle Phantasie übersteigende Leistung, über der auch ich alle Bedenken vergass, die sich mir bei nüchternem Vergleich unserer technischen Notlage mit dieser aufwendigen Lösung hätten aufdrängen müssen. Uns fehlten ganz einfach die Sprengkörper, bei denen es sich gelohnt hätte, sie mit solchem Aufwand ins Zielgebiet zu tragen.

Die A 4-Rakete entsprach jedoch genau der Vorstellung Himmlers, dass

phantastisch anmutende neue Lösungen den Krieg zu unseren Gunsten entscheiden könnten. So musste die Entwicklung Himmler geradezu magnetisch anziehen. Dass er als Reichsführer-SS keinerlei Zuständigkeit besass, störte ihn wenig. Vielleicht verstärkte das Gefühl, keine Verantwortung zu tragen, eher noch seinen Drang nach Einmischung und nach Unterstützung des Projekts. Bei Misserfolgen konnte er sich von der Verantwortung distanzieren, bei Erfolgen aber auf die Beiträge verweisen, durch die er das Projekt gefördert hatte.

Am 16. Dezember 1942 berichtete Himmlers Chef des Hauptamtes, Berger, dass die Heeresanstalt Peenemünde «noch heute vom Besuch des Reichsführers-SS tief beeindruckt» sei. Gleichzeitig übermittelte Berger die Bitte von Oberstleutnant Stegmaier, immerhin Leiter der Heeresversuchsanstalt Peenemünde, es Oberst Dornberger, dem Leiter des Unternehmens A 4 «zu ermöglichen, zusammen mit dem Entwickler, Dr. [Wernher] von Braun, zu einem offiziellen Vortrag zum Führer zu kommen, um in Rede und Gegenrede die Absichten und Wünsche des Führers zu hören und unter deren Berücksichtigung die Einsatzmöglichkeit des Gerätes zu erörtern. Das dabei vom Führer Festgelegte würde dann den schon zum Teil laufenden Vorbereitungen für den Einsatz eine klare Richtung geben. Ich bitte um weitere Befehle.»[1] Von einem kompetenten Heeresoffizier wurden also direkte Fäden geknüpft, die Autorität Himmlers unmittelbar ins Spiel zu bringen und den noch zögernden obersten Chef des Entwicklungsvorhabens, Generaloberst Fromm, wie auch mich, den für die Produktion Verantwortlichen, zu umgehen.

Durch einen eigenhändigen Vermerk «Führer» liess Himmler diesen willkommenen Brief in der zum Vortrag bei Hitler bestimmten Mappe ablegen. Am 23. Januar 1943 wurde durch Punkt 8 seines Vortrages bei Hitler diese Angelegenheit mit dem Vermerk: «Oberst Dornberger und Braun einmal zum Führer»[2], dem Vorschlag Bergers entsprechend, von Himmler weiter verfolgt.

Zehn Tage später bat Stegmaier, über «den Reichsführer eine Entscheidung des Führers herbeizuführen: Das Gerät A 4 enthält eine Reihe elektrischer Einrichtungen. Die Unterbringung der Aufträge bei der Elektro-Industrie bereitet Schwierigkeiten, da das dort freie Volumen sehr gering ist. Es ist dringend erforderlich, durch einen Erlass des Führers das A 4-Programm in der Dring-

lichkeit vor das Funkmessprogramm zu stellen. Dies ist auch zu rechtfertigen mit dem Hinweis auf die Eigenschaft des A 4 als Angriffswaffe im Gegensatz zum Funkmessprogramm als Teil der Verteidigung. [...] Die Entscheidung ist lebenswichtig, da die schon scharfen Termine auch nicht annähernd eingehalten werden können, wenn keine Änderung eintritt.»[3] Abgesehen von der bewussten Unterwanderung der Autorität meines Ministeriums, beschwor eine solche Änderung der Prioritäten angesichts unserer beschränkten Kapazität auf diesem Gebiet die Gefahr herauf, unsere militärische Unterlegenheit weiter zu vergrössern. Stegmaier überbrachte dieses Schreiben Berger kurzerhand selbst. Aus der Berichterstattung Stegmaiers entnähme er, erläuterte dann Berger in seinem Brief an Himmler, «dass die Dinge aus dem ersten Versuch herausgekommen sind und dass bis jetzt auf eine Entfernung bis 180 km das Gerät [A 4], allerdings ohne genaue Ausrichtung auf ein Ziel und mit einer Streuung von 5x10 km eingesetzt werden kann. Die Herren bitten um den Einsatz des Reichsführers-SS.»[4] Auf diese Weise wurden der SS Infiltrationen leichtgemacht.

Neun Tage, nachdem Himmler diese unverhüllte Aufforderung zur Einmischung in Heeres- und Rüstungsangelegenheiten erhalten hatte, erneuerte er seinen Wunsch, dass «Oberst Dornberger zum Führer» befohlen werde.[5] Hitler scheint dazu immer noch nicht geneigt gewesen zu sein, denn Himmler vermerkte, dass er seine Anliegen wieder vorlegen wolle. Offensichtlich resigniert, wies er Berger an, die Peenemünder Forderung doch mit mir zu besprechen.

Am 17. April 1943 hielt Himmler zum drittenmal innerhalb weniger Monate bei Hitler über Peenemünde Vortrag.[6] Oberst Zanssen, der militärische Kommandeur von Peenemünde, war von der SS beschuldigt worden, als überzeugter Katholik dem Regime feindlich gegenüberzustehen. Himmler wies nach der Besprechung mit Hitler Berger an, die Gestapo zu veranlassen, diesen «Spionagedingen in den Reihen der Katholiken schärfstens nachzugehen».[7] Aber Generaloberst Fromm konnte Himmler Mitte Juni in einem verärgerten Brief darauf hinweisen, dass Zanssen keineswegs ein engagierter Katholik sei. Im Gegenteil würde die Tatsache, so beschied er Himmler mit der ihm eigenen Ironie, dass Zanssen mit einer Protestantin verheiratet und seine Kinder evangelisch habe taufen lassen, darauf hinweisen, dass alle solche Unterstellungen

zu Unrecht vorgebracht wurden. Kaltenbrunner bestätigte in einem Brief an Himmler diese Feststellungen Fromms.[8] Aber dies sollte nicht der einzige Versuch der SS bleiben, auch auf solch intrigante Weise die Raketenfertigung in ihre Hand zu bekommen.

Am 26. Mai 1943 war zum erstenmal eine Rakete erfolgreich über eine Entfernung von 265 Kilometer geflogen. Sie schlug nur fünf Kilometer vom Ziel entfernt ein. Der Beginn der Fertigung der A 4 schien jetzt trotz aller Risiken nicht mehr zu gewagt. Ich konnte es daher verantworten, am 8. Juli 1943 Dornberger und Wernher von Braun tatsächlich Hitler vorzustellen. Hitler zeigte sich beeindruckt und ordnete am gleichen Tag an, «die fehlenden Arbeitskräfte, soweit nicht sonst zu beschaffen, aus der Produktion des allgemeinen Wehrmachtsgerätes» zu nehmen. Er legte an diesem Tage weiter fest, «dass in der Fertigung der A 4 *nur Deutsche* zu verwenden seien».[9]

Nur zwei Tage nach dieser Entscheidung Hitlers, die Produktion der A 4 vordringlich einzustufen, wurde Himmler jedoch wieder bei Hitler vorstellig. Himmler bemängelte, dass die drei wichtigsten Mitarbeiter im A 4-Projekt, Generalmajor Dornberger[10], von Braun und Steinhoff gemeinsam und dazu noch in der unsicheren Heinkel 111 zu Hitler geflogen waren. Das $ei wegen des damit verbundenen Risikos zu verbieten. «Der Führer trug mir auf, Herrn Generalleutnant Schmundt zu veranlassen, im Auftrag des Führers einen Befehl an die besagten drei Herren herauszugeben, dass sie nicht mehr zu dritt gemeinsam fliegen dürfen.»[11] Es war Himmlers Art, sich auch in Kleinigkeiten einzumischen und dadurch den Beteiligten sein Interesse an ihnen in Erinnerung zu bringen.

Am 25. Juli 1943 unterschrieb Hitler einen von mir vorbereiteten Erlass, «dass der Höchstausstoss an A 4-Geschossen so rasch wie möglich erzielt wird. [...] Die deutschen Werke, die das A 4-Geschoss herstellen, sowie jene, die Teile zuliefern, müssen sofort mit deutschen Facharbeitern [...] versorgt werden. [...] Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition bestimmt das A 4-Programm.»[12] Ohne Einschränkung lautete der Auftrag auf meine Person. Ausschliesslich deutsche Arbeiter sollten, wie Hitler schon zwei Monate zuvor

das erstemal bestimmt hatte, die Durchführung übernehmen, unter Vermeidung des Zwangsarbeiterprogramms Sauckels, das die Einschleusung von Spionen geradezu forderte. Ich sollte die Zuständigkeit jedoch nicht länger als vier Wochen behalten.

Laut Kalendereintrag vom 19. August 1943 war Himmler an diesem Tag in Hitlers ostpreussischem Hauptquartier, der Wolfsschanze, und ass mit Bormann zu Abend. Es entsprach seiner Gewohnheit, danach mit Hitler zu sprechen.[13]

Am gleichen Abend traf ich, begleitet von Saur und einem Stab von Experten, im Hauptquartier Hitlers ein. Noch an diesem Abend oder am nächsten Tag diskutierten wir mit Hitler Fotografien von Fliegerschäden in Peenemünde, Schweinfurt, Nürnberg und Regensburg; weiter wurde ein Erlass Hitlers erörtert, der die Stellung der Organisation Todt innerhalb der Wehrmacht regeln sollte, und ein anderer, mit dem 500 Facharbeiter für die in einen Engpass geratene Kurbelwellenfertigung zur Verfügung gestellt wurden. Dann wurden die Probleme, die der Vormarsch der Russen im Donezgebiet für die gerade wieder aufgebaute Industrie auslöste, besprochen und zuletzt die Produktion von Flakabwehr- und Panzerabwehrgeschützen.

Irgendwann kam Hitler dann auf die Fertigung der A 4 zu sprechen und auf die Notwendigkeit absoluter Geheimhaltung. Hier habe ihm Himmler vorhin einen einleuchtenden Vorschlag gemacht. Man könne die Sorge, dass dieses wichtigste Rüstungsvorhaben verraten werde, auf einen Bruchteil verringern, wenn die Arbeit durch KZ-Häftlinge durchgeführt würde. Himmler habe ihm erklärt, dass er die Versorgung des Vorhabens mit allen notwendigen Kräften garantieren könne. Auch Fachkräfte und sogar wissenschaftliche Spezialisten würden aus den Konzentrationslagern ausgesondert und bei dem Bau der Raketen konzentriert werden. Überdies habe Himmler einen jungen, energischen Baufachmann, der sich schon auf das Beste bewährt habe, zur Leitung des Unternehmens bestimmt, falls er, Hitler, dem Vorschlag zustimme.

Weder Saur noch mir gefiel diese Wendung der Dinge. Wir dachten an die schlechten Erfahrungen, die wir mit dem Abwälzen aller Schuld auf uns bei Nichteinhaltung von Programmen in früheren Fällen gemacht hatten, auch an die Drohungen, die Himmler gegen meine Mitarbeiter erhoben hatte, als seine

Absichten gescheitert waren, eine eigene Rüstungsfertigung in den Konzentrationslagern Buchenwald und Neuengamme aufzubauen. Aber Hitler war von der Idee Himmlers eingenommen und befahl Saur und mir, sobald wie möglich zu Himmler zu fahren, um die näheren Einzelheiten mit ihm zu besprechen. Schon am nächsten Nachmittag fuhren wir in Himmlers nahegelegenes Hauptquartier Hochwald, wo wir von drei bis vier Uhr mit Himmler sprachen.[14]

Dieser überraschte uns zunächst mit der Mitteilung, dass er soeben von Hitler zum Reichsinnenminister ernannt worden sei. Bis dahin war Himmler als Chef der Deutschen Polizei seltsamerweise ein Untergebener des Innenministers Wilhelm Frick gewesen. Allerdings störte Himmler dieser bürokratische Mangel seiner Rechtsstellung sowenig wie mich das Fehlen irgendwelcher gesetzlicher Vollmachten bei der Produktionslenkung.

Aber auch auf einem anderen Gebiet ging Himmler aus der bisher im staatlichen Bereich geübten Reserve heraus. Am gleichen Tag führte er sein Gespräch mit Funk über die Einsetzung von Ohlendorf und Hayler im Reichswirtschaftsministerium. Natürlich war sich Himmler in unserer Besprechung seiner starken Position bewusst, gleichzeitig als Innenminister, durch die Delegierung Ohlendorfs als dominierende Kraft im Wirtschaftsministerium und nun als Hitlers Bevollmächtigter für die A 4-Fertigung zu sprechen. Er spielte seinen Triumph voll aus: «Dieses Mal verlange ich einen erstklassigen Stab Ihrer Ingenieure, der uns beiden voll verantwortlich für die strikte Durchführung der Befehle des Führers sein muss. Von meiner Seite habe ich Kammler, einen meiner fähigsten SS-Führer, beauftragt. Ich bitte Sie, zu überlegen, wen Sie ihm zur Seite stellen wollen. Mit Degenkolb[15] wäre ich einverstanden, wenn er sich als tüchtig erweist. Es handelt sich um die grösste und wichtigste Rüstungsaufgabe, die der Führer vergeben konnte. Das haben Sie selbst von ihm gehört. Wir werden sie durchsetzen. Für die SS und mich ist es eine Verpflichtung, den Willen des Führers in die Tat umzusetzen. Ich habe es ihm versprochen und ich halte meine Versprechen! Ich erwarte, dass Sie das Ihre zur Lösung beitragen.» Hitler habe ihm zum Abschied die Hand auf die Schulter gelegt und betont: «Ich verlasse mich besonders auf Sie und Ihre Energie. Sie sind mir Garant für eine fristgerechte, genaue Durchführung meiner Befehle.»



Speer und seine Amtschefs (von rechts) Hans Kehrl (Rohstoff- und Planungsamt), Karl Otto Saur (Technisches Amt) und Walter Schieber (Rüstungslieferungsamt).

«Was für Deutschland, was für die SS notwendig zu erreichen ist, das hat der durchzusetzen, der es durchsetzen kann.» Getreu seinem Grundsatz zog Himmler, wo immer es ging, Zuständigkeiten an sich, um seine Machtstellung auszubauen und die seiner Gegner zu untergraben.

Einer seiner grössten Triumphe war die Übernahme der Verantwortung für das A 4-Raketen-Programm. Dazu hatte er, unter Umgehung der Zuständigkeiten Generaloberst Fromms und Speers, mit dem Leiter der Heeresversuchsanstalt Peenemünde, Oberstleutnant Stegmaier, direkt Kontakt aufgenommen. Als Himmler sein Ziel erreicht hatte, musste ihm auf Befehl Hitlers das Ministerium Speer jegliche Unterstützung gewähren.

43

DER REICHSFÜHRER-SS
CHEF DES SS-HAUPTAMTES

Berlin W 35, den 16. Dez. 1942.

CdSSHA/Be/Vo. VS-Tgb.Nr. 590/42 g.Kdos.

Geheime Kommandosache.

2 Ausfertigungen
Prüf.Nr. 1

Betr.: Besuch Peenemünde.

An den
Reichsführer-SS
und Chef der Deutschen Polizei,

Feld-Kommandostelle.

Reichsführer !

Die Heeresanstalt Peenemünde ist noch heute vom Besuch des Reichsführers-SS tief beeindruckt. Oberstleutnant S t e g m a i e r, der sich über die Sonderbegrüssung des Reichsführers-SS wie ein kleines Kind gefreut hat, bittet, Folgendes vortragen zu dürfen:

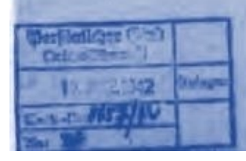
Der Abteilungschef, Oberst D o r n b e r g e r, bittet, es zu ermöglichen, zusammen mit dem Entwickler, Dr. v. B r a u n, zu einem offiziellen Vortrag zum Führer zu kommen, um in Rede und Gegenrede die Absichten und Wünsche des Führers zu hören und unter deren Berücksichtigung die Einsatzmöglichkeit des Gerätes zu erörtern.

Das dabei vom Führer Festgelegte würde dann den schon zum Teil laufenden Vorbereitungen für den Einsatz eine klare Richtung geben.

Ich bitte um weitere Befehle.

Berger

SS-Gruppenführer



Dieser Brief des SS-Gruppenführers Berger ermöglichte es Himmler, sich bei Hitler in die Entwicklung des geheimen Raketenprogramms einzuschalten.

Reichsführer-SS **Geheime Kommandosache!**

Tgb.Nr. 77/77/77 geh. Rs.

/Ra

21. August 194

Feld-Kommandostelle

An den
Reichsminister für Bewaffnung und Munition
Pg. S p e e r
Berlin-Charlottenburg, Verlängerte Jebensstrasse

Lieber Parteigenosse S p e e r !

Mit diesem Brief teile ich Ihnen mit, daß ich als Reichsführer-SS verantwortlich die Fertigung des A 4-Gerätes gemäss unserer gestrigen Absprache übernehme. Ich habe heute die ganze Aufgabe mit meinen Herren besprochen und bin der Überzeugung, daß wir die gegebene Zusage absolut halten können. Ich habe die Aufgabe SS-Obergruppenführer P o h l übertragen und unter ihm als verantwortlichen Leiter SS-Brigadeführer Dr. K a m m l e r eingewiesen.

Ich bitte Sie, SS-Brigadeführer Dr. Kammler schon in den nächsten Tagen persönlich zu empfangen, damit dieser von Ihnen selbst in alle Forderungen eingewiesen werden kann, umgekehrt aber auch alle notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung des Auftrages Ihnen vortragen kann, damit sie schon in den ersten Tagen genehmigt und sichergestellt werden können.

Sie mögen überzeugt sein, die SS wird den Führer und Sie bei dieser wirklich kriegswichtigen Aufgabe nicht enttäuschen.

H e i l H i t l e r !

I h r

gez. H. H i m m l e r .

2.) SS-Obergruppenführer P o h l , Berlin
3.) SS-Brigadeführer Dr. K a m m l e r , Berlin

durchschriftlich mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I.A.





Himmler zu Besuch bei Oberst Dornberger, dem Leiter der V-Waffen-Programme (rechts, dahinter Artilleriegeneral Brandt), bei der Heeresversuchsanstalt Peenemünde.

Besuch in Peenemünde
Oberst Dornberger u. Braun
einmal zum Führer

Himmlers Notiz v. 23.1.1943: Besuch in Peenemünde. Oberst Dornberger und (Wernher von) Braun einmal zum Führer.

Oben: Der Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Friedrich Fromm (links) mit – von rechts – dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Grossadmiral Karl Dönitz, Speer und dem Leiter des Rohstoff- und Planungsamtes im Ministerium Speer, Hans Kehrl.

Zum Abschluss dieser Besprechung betonte Himmler nochmals, dass, im Gegensatz zu den übrigen SS-Rüstungsvorhaben, bei dieser technischen Hochleistung unbedingt eine Koordination zwischen den SS-Stellen und den technischen Organen der «Selbstverantwortung der Industrie» garantiert werden müsse. Das sei der ausdrückliche Wunsch des Führers, der allem bereits zugestimmt habe, womit Himmler andeuten wollte, dass er keine Diskussion seiner Entscheidung zulassen würde. Zum Schluss teilte er mir mit, dass der Führer gebeten habe, unsere Besprechung noch heute Abend bei ihm fortzusetzen.

So wie Hitler mir im Februar 1942, als er mich zum Rüstungsminister ernannte, angeboten hatte, im Konfliktfalle eine Besprechung bei ihm zu vereinbaren, damit er seine volle Autorität für mich einsetzen könne[16], so hatte er dieses Mal Himmler autorisiert, etwaige Einwände meinerseits durch den Befehl, sich bei ihm einzufinden, zu entkräften. So fuhren wir wieder zurück in das Hauptquartier Hitlers. Mit Begeisterung sprach Hitler von den Folgen, die die Angriffe der A 4 auf London haben würden.

Im März 1942 hatte Hitler ein unerfüllbares Programm von monatlich über 3'000 A 4-Raketen gefordert[17], was er aber nicht wiederholte, als sein Interesse an der Rakete erlahmte. Als sich dann ein Erfolg der Versuche abzeichnete, hatte Degenkolb im Frühjahr 1943 ein zwar anspruchsvolles, aber durchführbares Programm aufgestellt, das die ursprüngliche Forderung Hitlers auf ein Drittel zurückschraubte und eine Steigerung der Produktion bis Dezember 1943 auf 950 A4-Aggregate monatlich vorsah.

Aber nun an diesem Tage im August 1943 liess Hitler seiner Phantasie wieder freien Lauf: Unbedingt müsse in kürzester Zeit eine Mindestmenge von insgesamt 5'000 A 4-Raketen erzwungen werden. Was ich stets befürchtet hatte, war eingetreten: Durch masslose Forderungen wurde der greifbare Erfolg gefährdet.

Bis zum frühen Abend ging die Debatte mit Hitler und Himmler hin und her. Meine Bedenken, dass bei einem so komplizierten Flugkörper noch technische Schwierigkeiten überwunden werden müssten, blieben ohne Resonanz. Auch mein Argument, dass die mir gestellte Aufgabe nur mit der Serienproduktion eines soeben erfolgreich entwickelten Rennwagens zu vergleichen sei,

beeindruckte Hitler nicht.[18] Meine Besorgnisse hatten auch damit zu tun, dass zu allen Schwierigkeiten technischer Art auch die vorhersehbaren Konflikte kommen würden, die aller Erfahrung nach aus der Zusammenarbeit mit der SS entstehen mussten.

Hitler war jedoch nicht zu bremsen: «Das wird die Vergeltung gegen England werden. Mit ihr werden wir England in die Knie zwingen. Mit dem Einsatz dieser neuen Waffe ist eine Invasion unmöglich geworden. Denn der Süden und Südosten Englands kann nun von uns beherrscht werden.»

Das Ergebnis der Besprechung wurde im Protokoll so festgehalten: «Der Führer ordnet auf Grund eines – *und nicht meines* – Vorschlags an, dass alle Massnahmen ergriffen werden, um gemeinsam mit dem Reichsführer-SS unter starker Einschaltung seiner Kräfte aus den Konzentrationslagern den Bau der entsprechenden Fertigungsanlagen und die Fertigung von A 4 erneut voranzutreiben. Der Führer entscheidet dabei, dass die bisherigen Anlagen lediglich als Übergangsanlagen solange mit Nachdruck weiter errichtet werden und darin gefertigt wird, bis eine endgültige Fertigung an gesicherten Orten und in gesicherter Form unter möglichst starker Heranziehung von Höhlen und sonst geeigneten Bunkerstellungen gewährleistet ist. Das endgültige Entwicklungswerk soll gemäss dem Vorschlag des Reichsführers-SS dabei im Zusammenhang mit dem dem Reichsführer gehörenden Truppenübungsplatz im Generalgouvernement errichtet werden.»[19]

Am darauffolgenden Tag sass Himmler eineinhalb Stunden mit Pohl, Kammler und Glücks, dem Vertreter Pohls in der Verwaltung der Konzentrationslager, zusammen.[20] Gemeinsam scheint man einen Brief ungewöhnlicher Schärfe und eisiger Kälte entworfen zu haben, der mir noch am gleichen Tag zugestellt wurde: «Mit diesem Brief teile ich Ihnen mit, dass ich als Reichsführer-SS verantwortlich die Fertigung des A 4-Gerätes gemäss unserer gestrigen Absprache *übernehme.*» Hitler hatte noch am Vorabend festgelegt, dass alle Massnahmen gemeinsam vom Reichsführer-SS und dem Rüstungsminister durchzuführen seien. Nun stellte Himmler kategorisch fest, dass er den Führerauftrag in alleiniger Verantwortung übernähme. Im selben Zusammenhang teilte er mir mit: «Ich habe heute die ganze Aufgabe mit meinen Herren besprochen und bin der

Überzeugung, dass wir die gegebene Zusage, in kürzester Zeit 5'000 A 4 abzuliefern, absolut halten können.» Himmlers «kürzeste Zeit» sollte sich über 16 Monate erstrecken; erst im Januar 1945 waren die 5'000 A 4 produziert.

Himmler setzte seinen Brief fort: «Ich habe die Aufgabe SS-Obergruppenführer Pohl übertragen und unter ihm als verantwortlichen Leiter SS-Brigadeführer Dr. Kammler eingesetzt. Ich bitte Sie, SS-Brigadeführer Dr. Kammler schon in den nächsten Tagen persönlich zu empfangen, damit dieser von Ihnen selbst in allen Forderungen eingewiesen werden kann; umgekehrt aber auch alle notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung des Auftrages Ihnen vortragen kann, damit sie schon in den ersten Tagen genehmigt und sichergestellt werden können. Sie mögen überzeugt sein, die SS wird den Führer und Sie bei dieser wirklich kriegswichtigen Aufgabe nicht enttäuschen.»[21]

Himmler notierte sich als Stichwort zu seiner Rede vor den Gruppenführern der SS in Posen am 4. Oktober 1943: «Kompetenzstreitigkeit. Kompetent ist, wer es erreicht.»[22] In seiner Rede führte er dann aus: «Was für Deutschland, was für die SS notwendig zu erreichen ist, [...] das hat der durchzusetzen, der es durchsetzen kann und der hat verantwortungsfreudig zu sein bis zum Äussersten.»[23]

Nach diesem sozusagen philosophischen Grundsatz hatte Himmler auch jetzt gehandelt. Nach den Erfahrungen, die wir mit Himmler nach dem Scheitern seiner Vorhaben in Buchenwald und Neuengamme gemacht hatten, war dieser Brief kein verlockender Auftakt.

Dabei hätte mir diese Entscheidung grundsätzlich nur willkommen sein können. Wir hatten keine Reserven an Arbeitskräften; nun musste Kammler für diese neu aufzubauende industrielle Kapazität die Verantwortung übernehmen. Auch wurde durch diesen Auftrag Kammlers Ehrgeiz, wie mir schien, befriedigt. Um ihn von meinem eigentlichen Arbeitsgebiet fernzuhalten, bemühte ich mich später auch, ihm die militärische Leitung des Verschiessens dieser und der anderen V-Waffen übertragen zu lassen.

Wie im Falle Ohlendorf deutlich geworden war, gab es bei der SS einen «Kronprinzen» für das Wirtschaftsministerium. Aber Himmler sorgte auf weite Sicht auch für andere wichtige Ministerien vor. In der SS hiess es damals

bereits, dass Kammler als mein Nachfolger aufgebaut würde.[24] Solche von Himmler ausgesuchten Männer wurden, wenn sich irgendwo eine Lücke bot oder ein Fehler zu beseitigen war, eingeschleust und eroberten sich dann Stück für Stück Einfluss in dem betreffenden Arbeitsgebiet.

In der Tat gelang Himmler der entscheidende Schlag gegen meine bis dahin unangefochtene Autorität über den Umweg, sich Entwicklung und Fertigung der neuen Rakete anzueignen. Kammler, der einen ausserordentlich energischen, frischen und rücksichtslosen, mit Heydrich vergleichbaren Eindruck machte, hatte nun also die innerhalb des gesamten Rüstungsbereichs relativ kleine Aufgabe der Produktion der A 4 übernommen. Dann hatte er das Verschiessen der Rakete an sich gezogen, was eigentlich eine Truppenaufgabe war. Schliesslich wurde ihm die Produktion aller Sonderwaffen auf Raketenbasis übertragen und dazu erhielt er am Schluss des Krieges noch die Verantwortung für die Herstellung aller Strahlflugzeuge. In letzter Minute wurde Kammler von Hitler mit der Führung der gesamten Luftrüstung betraut. Damit war er – wenige Wochen vor Kriegsende – Generalkommissar für alle wichtigen Waffen der Endphase geworden.[25] Himmlers Ziel war erreicht. Aber es gab keine Rüstung mehr.

Sehr bald schon ergab sich das von Buchenwald und Neuengamme gewohnte Bild. Den Erklärungen der ersten Stunde folgte eine Verzögerung nach der anderen. Zwar erschien Himmler sechs Wochen nach der Entscheidung im Mittelwerk und erklärte, sich ganz als Herr des Unternehmens aufspielend, das Oberkommando des Heeres habe es bisher unterlassen, der Mittelwerk GmbH den Auftrag zur Fertigung von A 4-Raketen zu erteilen. Daher sei die Weitergabe von Aufträgen noch nicht vorgenommen worden. Das war aber wieder einmal ein unbegründeter Vorwurf, und Kammler konnte einen Tag später richtigstellen: Gemäss mündlicher Mitteilung von Generalmajor Dornberger vom 16. Oktober 1943 ist Auftrag OKH [Oberkommando des Heeres] an Mittelwerk am 14. Oktober» – also einen Tag vor dem Besuch Himmlers – «unterschrieben worden. [...] Angebliche Gründe für Verzögerungen: Haushalt und Abwehr in Anbetracht Höhe des Betrages.»[26] Es dauerte drei weitere Tage,

bis der Auftrag Nr. 0011/5565/43 schriftlich erteilt war. Er lautete auf «Fertigung von 900 Geräten A 4 je Monat bis zu einer Gesamtzahl von 12’000 Stück» und deren Endmontage «zum Richtpreis von 40’000 RM pro Stück. Gesamtpreis 480 Millionen RM».[27] 900 A 4 im Monat entsprach dem Produktionsziel, das sich Degenkolb vorgenommen hatte und lag weitab von der Forderung Hitlers von monatlich 3’000 Geräten.

In einem Fernschreiben Kammlers an Himmler vom 20. Oktober 1943 wurde festgehalten, dass «eine Besprechung bei Generaloberst Fromm gemäss *Befehl* Reichsführer-SS» stattgefunden habe. Generalmajor Dornberger sei am gleichen Tag eine genaue Zusammenstellung über noch fehlendes Personal, Material, Gerät, sowie Zeichnungen übergeben worden. Eine fünftägige Frist zur Erledigung sei ihm von Kammler gestellt worden. «Ich werde über Ergebnisse dann Mitteilung machen.»[28] Immerhin waren seit dem Auftrag Hitlers an die SS volle zwei Monate vergangen, und noch immer handelte es sich um Vorbereitungen.

Auch über die Errichtung einer unterirdischen Erprobungsstelle, die der Entwicklung einer «Amerika-Rakete» mit zehnfacher Antriebsstärke dienen sollte, wurde am gleichen Tag Übereinstimmung erzielt. In der Nähe von Traunstein sollten grosse Höhlen in die Berge getrieben werden. Kammler berichtete darüber an Himmler: «Nachdem durch Fernschreiben Standort für bombensichere Unterkunft der Erprobung gefunden und Zustimmung von Generalmajor Dornberger erfolgt ist, hat heute Waffen-SS Auftrag zur Durchführung des Bauvorhabens von OKH erhalten. Gemäss Vortrag bei Generaloberst Fromm vom 20. Oktober wird nunmehr von uns aus Vorprojekt bis zum 10. November aufgestellt. Generaloberst Fromm und Reichsminister Speer werden sodann die für den Bau erforderlichen Voraussetzungen eindeutig klären und schaffen. Mit Vorarbeiten ist heute begonnen worden. Ich bitte, den Reichsführer-SS entsprechend zu verständigen»[28] (vgl. Anhang XVII).

Im Mittelwerk, dem Höhlenrevier im Harz, in dem die Produktion der A 4 vorbereitet wurde, herrschten skandalöse und zudem noch produktionshemmende Zustände. Anfang Dezember 1944 schilderte mir der Chefarzt der Organisation Todt, Dr. med. A. Poschmann, er habe dort Dantes Inferno gesehen.[29] Einige

Tage später besuchte ich, nachdem die Beschwerden der Geschäftsleitung des Mittelwerkes sich häuften, die Produktionsstätte selber. Über meine Besichtigung wurde in der Chronik des Ministeriums vermerkt: «Am Morgen des 10. Dezember 1943 fuhr der Minister zur Besichtigung eines neuen Werkes am Harz. Die Durchführung dieser gewaltigen Aufgabe verlangte von den führenden Männern die letzte Kraft. Einige waren soweit, dass sie zur Auffrischung ihrer Nerven zwangsweise in Urlaub geschickt werden mussten. Das Werk wurde in der Tiefe der Stollen besucht und von oben aus dem Flugzeug besichtigt. In der Führung teilten sich Direktor Degenkolb und Brigadeführer Kammler.»[30]

Nach einer Besichtigung von etwa einer Stunde waren wir zur Baubaracke zurückgekehrt. Was sah ich: ausdruckslose Gesichter, stumpfe Augen, in denen noch nicht einmal Hass zu erkennen war, ermüdete Körper in schmutzig-blaugrauen Hosen. Beim Nahen unserer Gruppe nahmen sie auf ein schneidendes Kommando Hab-Acht-Stellung ein, die blassblauen Mützen in ihren Händen. Sie schienen keiner Reaktion mehr fähig zu sein. – Kaum zweieinhalb Jahre später sollte ich in gleicher Bekleidung meine blassblaue Mütze abnehmen, wenn sich ein untergeordneter Aufsichtsbeamter im Spandauer Gefängnis näherte.

Die Häftlinge waren unterernährt und übermüdet; die Höhlenluft kühlfeucht, nach Fäkalien stinkend und verbraucht. Der Mangel an Sauerstoff machte auch mich schwindlig; ich fühlte mich benommen. Sonderbarerweise dachte ich in diesem Augenblick an die griechischen Kriegsgefangenen, die vor über 2'000 Jahren die Höhlen von Syrakus in den Fels trieben, die ich wenige Jahr zuvor mit Magda Goebbels, den Bildhauern Arno Breker und Joseph Thorak besucht hatte. Damals hatte es mich geschaudert, angesichts der Hinterlassenschaft grausamer Jahrhunderte; nun sah ich trostlosere Bilder, als sie mir damals meine Phantasie vorgestellt hatte.

Wahrscheinlich kannten die SS-Führer bereits die Reaktion ihrer Besucher auf dieses grausige Bild. Denn sie boten sogleich einen Korn an, den ich – gegen meine Gewohnheit – rasch hinunterstürzte. Dann liess ich mir Statistiken über die hohen Sterblichkeitsraten im Lager zeigen, über die ungenügende ärzt-

liche Betreuung berichten und über die Schlafsäle der Menschen in den ungelüfteten Höhlen vortragen.

Anschliessend ordnete ich den Bau einer Barackenstadt für die 10'000 Häftlinge an.

Fünf Wochen später, am 13. Januar 1944, hält die Chronik fest: «Der Minister empfängt Dr. Poschmann, der als der ärztliche Betreuer sämtlicher Dienststellen des Ministeriums dem Minister die Gesundheitslage im Mittelwerk in schwärzesten Farben darstellt. Der schnelle Aufbau dieses Betriebes und die von der Natur aus ungesunden Verhältnisse würden sich bei ungenügender ärztlicher Betreuung auf die Leistungen ungünstig auswirken. Der Minister ist einverstanden, dass die notwendigen ärztlichen Massnahmen nachgeholt werden, damit der Krankenstand im Werk herabgedrückt werde.»[31]

Einen Tag später, am 14. Januar 1944, wurde auf meine Veranlassung durch den Leiter des Amtes Bau des Ministeriums, Stobbe-Dethleffsen, und zwei seiner engsten Mitarbeiter, Schönleben und Berlitz, das Mittelwerk erneut besichtigt. Der Eintrag der Chronik lautet: «Um einen persönlichen Eindruck von den Untertagearbeiten und dem Einsatz der KZ-Häftlinge der SS zu bekommen, besichtigt Stobbe-Dethleffsen am 14. Januar mit Generalleutnant der Waffen-SS Kammler, Schönleben und Berlitz das Bauvorhaben Mittelwerk.»[32]

Wiederum einige Tage später, am 18. Januar 1944, wurde ich mit einem Beinleiden in die Klinik Professor Gebhardts eingeliefert; erst vier Monate später, Anfang Mai, nahm ich meine Tätigkeit wieder voll auf.

Schon drei Monate nach meinem Befehl hatten die Baracken gestanden. Ein ehemaliger Häftling, der Franzose Jean Michel, berichtet: «Ende März oder Anfang April 1944 waren die Baracken aufgerichtet, konnten die Deportierten, von denen viele seit Monaten nicht die Sonne gesehen hatten, endlich alle ausserhalb des Tunnels schlafen. Dieser diente nur noch als Laboratorium, als Lager. Andererseits versichert Albert Speer in seinen ‚Erinnerungen'», so fahrt Michel fort, «verschiedene Massnahmen nach seinem Besuch am 10. Dezember ergriffen zu haben, um die sanitären Bedingungen der Deportierten von Dora und seine einunddreissig Zweigstellen zu verbessern. Das erklärt viel-

leicht die medizinischen Bizarrerien, denen wir beigewohnt haben: Pflege der Zähne, camions des Dédistage. Ich wiederhole: Es ist möglich, dass die deutschen Wissenschaftler und Ingenieure zumindest die Absicht einer humaneren Einstellung zu den Deportierten hatten. Wenn das wahr ist, so musste die Macht der SS grösser sein. Den Absichten folgten keine spürbaren Massnahmen.»[33]

Michel vermerkt in einer Anmerkung über die Versuche meiner Mitarbeiter, eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu erreichen: «Um objektiv zu sein, zitiere ich [Michel] diese Passagen aus dem Tagebuch des Lagers Dora: ‚Sawatsky [der Vertreter Speers in Dora] forderte und erhielt von der SS im März 1944 die Genehmigung, dass die Suppe ausserhalb eingenommen werden durfte, dann im Mai/Juni, dass Schlafsäle im Hauptlager eingerichtet und endlich im Juli, dass seine Arbeiter in Blocks untergebracht werden konnten, die für sie allein reserviert waren.'»

Auch der Chefarzt der Organisation Todt, Dr. Poschmann, versuchte, Abhilfe zu schaffen: «Die ersten Sendungen von zusätzlichen Nahrungsmitteln, Medikamenten, Vitaminpräparaten etc. aus unseren Beständen des Rüstungsministeriums und der Organisation Todt riefen einen grossen Protest von Kammler und Ley hervor», berichtete mir Dr. Poschmann in einem Brief am 13. Februar 1978. «Dennoch versorgten wir mit Ihrer und Professor Brandts Rückendeckung die Arbeiter und Häftlinge weiter.[34] Es wurden ihnen sogar Medikamente und Vitaminpräparate mitgegeben, damit sie sich im Lager, zu dem das Sanitätspersonal der Organisation Todt keinen Zutritt hatte, untereinander versorgen konnten. Diese Medikamente wurden den Häftlingen aber beim Eintritt ins Lager wieder abgenommen. Daraufhin versorgten wir die kranken und geschwächten Häftlinge auf den Arbeitsstätten selbst.»[35] Am 5. August 1944 bedankte ich mich beim «Generalkommissar des Führers für das Sanitäts- und Gesundheitswesen», Professor Dr. Karl Brandt, und bat ihn, mit dieser Aktion fortzufahren, «denn ich bin davon überzeugt, dass gerade die zusätzliche ärztliche und sanitäre Betreuung eine der wesentlichsten Massnahmen zur Leistungssteigerung in den Betrieben darstellt».[36]

In der Tat verbesserten sich die Bedingungen auch der Häftlinge im Mittel-

werk, was schon daraus hervorgeht, dass im Dezember 1943, als ich das Mittelwerk besuchte, von 11'000 Häftlingen des Lagers 630 verstarben, also 5,7 Prozent[37], während im August 1944 die Sterblichkeit bei 12'000 Häftlingen auf 100 Tote, also auf 0,8 Prozent, zurückgegangen war.[38]

Himmler muss diese Einmischung in «seine» Raketenfertigung umso mehr erbittert haben, als keine seiner grosssprecherischen Ankündigungen wahrgemacht worden war. Im Januar 1944 wurden statt der vorgesehenen 650 Raketen nur 50 abgeliefert.[39]

Mitte März 1944 hatte Himmler einen zweiten drastischen Versuch unternommen, sich die Mitarbeiter an der Entwicklung des A 4-Projektes durch Einschüchterung botmässig zu machen, nachdem ihm sein Schlag gegen Oberst Zanssen neun Monate zuvor misslungen war. Er liess ohne mein Wissen Wernher von Braun und zwei seiner wichtigsten Mitarbeiter wegen Rüstungssabotage verhaften. Es bedurfte aller Anstrengungen und meiner Intervention bei Hitler persönlich, damit diese Verhaftungen wieder aufgehoben wurden. Hitler sagte mir am 13. Mai 1944 «in der Angelegenheit B [zu, dass er] solange er für mich unentbehrlich sei, von jeder Strafverfolgung ausgeschlossen wäre, so schwierig auch die dadurch entstehenden allgemeinen Konsequenzen wären».[40]

Kaum 14 Tage nach meiner Genesung von mehrmonatiger Krankheit, am 12. Mai 1944, versuchte ich, durch eine neue Regelung der Aufgabenverteilung im A 4-Programm den Einfluss der SS auf meine Dienststellen einzudämmen. Dem SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt verblieb danach im Wesentlichen der Ausbau der Mittelwerke. Es stellte die für Ausbau und Produktion erforderlichen Häftlinge als Arbeitskräfte zur Verfügung, die auch allein der Disziplinargewalt der SS unterstanden. Die Entwicklung und Erprobung der A 4 oblag aber nun wieder dem Oberkommando des Heeres, nämlich dem Heereswaffenamt und wurde von General Dornberger verantwortet. Der Sonderausschuss A 4 meines Ministeriums unter der Leitung von Degenkolb stellte das Fertigungsprogramm auf, er sicherte die technischen Produktionsvoraussetzungen und sorgte für die rechtzeitige Gestellung von Maschinen, Zubehörteilen und Materialien. Verantwortlicher Träger der Fertigung sollte, im Ge-

gensatz zu Himmlers eigenmächtigem Führungsanspruch, die Geschäftsführung des Mittelwerkes unter der Leitung der von den Organen der Selbstverantwortung gestellten Geschäftsführung sein, die unter der Leitung des Direktors der Demag, Georg Rickhey, stand.[41] Meine Stellung war nach meiner Versöhnung mit Hitler gestärkt, und so konnte ich auch Himmler gegenüber stark auftreten.

Mein Versuch, den Machtanspruch der SS-Führung auf die gesamte Fertigung einzudämmen, scheiterte aber sehr bald. Himmler, der nach dem 20. Juli 1944 Nachfolger Fromms als «Befehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung» geworden war, übergab Kammler am 6. August 1944 «verantwortlich die Durchführung aller Vorbereitungen für die Erreichung der Einsatzfahigkeit der A4. [...] Sie unterstehen hierbei nur mir sowie dem [Stabs-] Chef BdE [Befehlshaber des Ersatzheeres] und [Stabs-]Chef HRüst [Heeresrüstung], SS-Obergruppenführer Jüttner.» Himmler hielt es in seiner neuen Machtfülle nicht einmal für notwendig, wenigstens die Form einzuhalten und mir eine Abschrift dieser Anordnung zuzuleiten.[42] Ich war inzwischen durch die Tatsache belastet, dass mein Name auf der Ministerliste der Verschwörer entdeckt worden war.

Kammler schrieb wenig später an Saur und präzisierte die undeutlich ausgedrückte Bevollmächtigung Himmlers. Fünf Tage später protestierte ich bei Jüttner: «Wie ich einem Schreiben von Dr. Kammler an Herrn Saur entnehme, hat der Reichsführer-SS in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber des Heimatheeres diesem die Verantwortung für die *Fertigung* und Einsatz des A 4-Gerätes gegeben. Für die Fertigung des A 4-Gerätes ist *unter mir* ausschliesslich der Sonderausschuss A 4 unter Herrn Direktor Degenkolb verantwortlich, der unter der Gesamtverantwortung von Herrn Saur steht. Ich bitte Sie, den Befehl des Reichsführers-SS an Herrn Kammler nach Rücksprache mit mir entsprechend ändern zu lassen.»[43] Aber ich erreichte wenig. Selbst in Kleinigkeiten achtete Himmler nun vielmehr darauf, dass ihm die Entscheidung in allen Angelegenheiten der A4 verblieb. Es war den zuständigen Ministern vorbehalten, Hitler die Verleihung von Ritterkreuzen zum zivilen Kriegsverdienstkreuz vorzuschlagen. Nun übernahm Himmler auch hierin die Initiative. Am 28. September 1944 liess er sich von Hitler die Ritterkreuze für Dornberger und zwei seiner Mitarbeiter am A 4-Projekt, Riedel und Kunze, genehmi-

gen. Salopp und respektlos fügte er in einem Fernschreiben an mich hinzu: «Ich halte es für das Beste, wenn von Ihrer Seite die formellen Vorschläge eingereicht würden.»[44] Auf die Antwort liess ich Himmler sechs Wochen warten. Für die V2 seien «bis jetzt Herr Rickhey [Direktor der Mittelwerke] und Herr Kunze und aus dem Bereich des Chef HRüst [Heeresrüstung] General Dornberger und der gefallene Dr. Thiel, einer der Konstrukteure, vorgesehen». Den eigentlichen Initiator der Raketenentwicklung, Wernher von Braun, hatte Himmler unberücksichtigt gelassen. Ich fand das grotesk. So schrieb ich an Himmler, es schiene mir «notwendig, ihn [Wernher von Braun] mit dem Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes auszuzeichnen, nachdem er als engster Mitarbeiter von General Dornberger seit Beginn der Entwicklung von A 4 vor zehn Jahren tätig war».[45]

Im Winter, am 31. Dezember 1944, hielt es Himmler nicht einmal mehr für angebracht, seine «Abgrenzung der Arbeitsgebiete und Verantwortlichkeit auf dem Gebiet des A 4-Programms» mit meinen Stellen auch nur abzustimmen. Im Verteiler dieses Befehls ist mein Ministerium nicht aufgenommen. Der Befehl solle ihm nur «nachschriftlich» zugesandt werden. Eine offensichtliche Demütigung, denn das hiess aus dem Amtsdeutsch übersetzt, dass ich mit dieser Angelegenheit nicht befasst sei. Diese unbedeutend erscheinende Kleinigkeit ist in unserem Zusammenhang für die Beurteilung dieses Erlasses wichtiger als sein langatmiger Inhalt. Es folgten weitere Erlasse Himmlers und Kammlers, die aber am Tatbestand ihrer vollen Übernahme der A 4-Entwicklung und -Produktion nichts änderten.

Als Fernziel hatte Degenkolb im April 1943 eine endgültige Tagesproduktion von 30 A 4-Raketen geplant; Hitler hatte an die dreifache Zahl gedacht. Das Heereswaffenamt jedoch hatte sich Degenkolbs Prognose angeschlossen und an die Industrie einen Auftrag von 900 Aggregaten im Monat erteilt.

Nach den Rechnungen, die die Mittelwerk GmbH an das Oberkommando des Heeres richtete, konnten tatsächlich aber nur folgende Aggregate geliefert werden:

1944	
Januar	50
Februar	86
März	170
April	253
Mai	437
Juni	132
Juli	86
August	374
September	629
Oktober	628
November	662
Dezember	613
In 12 Monaten des Jahres 1944	4‘120 Stück

1945	
Januar	690
Februar	612
bis 18.3.	362
In zweieinhalb Monaten des Jahres 1945	1‘664 Stück.[46]

Anfang April war die Barackenstadt bezogen worden und danach die Produktion sprunghaft angestiegen. Im Juni und Juli hatte sie sich auf Grund zahlreicher technischer Änderungen wieder erheblich verringert. Erstaunlich, dass trotz des Absinkens der Rüstung durch die Verkehrskatastrophe an der Ruhr vom September 1944 bis zum Ende des Krieges von Monat zu Monat eine Tagesproduktion von 21 A 4-Raketen bewerkstelligt werden konnte. Gerade aus den hohen Produktionszahlen während der Schwierigkeiten der letzten Kriegsmonate kann geschlossen werden, dass das von Degenkolb gesteckte Ziel erreichbar war.

Es bestand aber ein sichtlicher Unterschied zwischen den Mittelwerken und den übrigen SS-Fertigungen wie Buchenwald und Neuengamme. Im Mittelwerk arbeitete die SS-Führung mit den Fachleuten des Rüstungsministeriums

zusammen. Hier war verwirklicht worden, was Himmler immer schon angestrebt hatte: Die Techniker und Ingenieure der Rüstung sollten unter der Leitung der SS die Werke der SS betreiben. Das Resultat war eine andere Effektivität. Kammler habe sich, so heisst es in einem Erlass Jüttners vom 31. Dezember 1944, der Organe der «industriellen Selbstverantwortung» zu bedienen. Es blieb «für die industrielle Fertigung selber die Industrie voll verantwortlich». Warum auch sollte Himmler diese Verantwortung auf sich nehmen, nachdem sein Beauftragter Kammler die grundsätzlichen Entscheidungen vornehmen konnte und nachdem meine Organe unter Degenkolb unterdes trotz des Niedergangs der Rüstung im Dezember 1944 noch 613 A 4-Raketen produziert hatten?[47]

Gerade durch diese Teilverantwortung der Fachleute aus der Industrie stach dieses Produktionsresultat von den ständigen Misserfolgen der SS in den von ihr auch technisch geführten Konzentrationslagern ab.

Aber all diese Bemühungen waren nutzlos, solange wir Riesenraketen bauten, die ganz herkömmliche Sprengladungen in ihr Ziel transportierten. Die Atombombe aber besassen wir nicht. So war die ganze Produktion wirkungslos, auch als sie erfolgreich war.

Höhlenphantasie und ihre Folgen

Im Frühjahr 1943 hatte Hitler verlangt, «dass auf weite Sicht angestrebt werden muss, empfindlichste Fertigungen, wie Kurbelwellen, Kegelräder, elektrische Einrichtungen usw. in Werken zu erstellen, die voll unter Betonschutz stehen». Hitler hielt diesen Schutz für vordringlich, «dagegen die Verlagerung nach dem Osten des Reiches für nur bedingt wertvoll».[1] Das war sicher eine weitsichtige Direktive gewesen, aber sie war nicht zu erfüllen. Um auch nur die wichtigsten Produktionen vor Bombeneinwirkungen zu schützen, hätten Fertigungsflächen von Millionen von Quadratmetern unter Tage verlegt werden müssen, und das mitten in der aufs Höchste angespannten Spätphase des Krieges, ganz abgesehen von den zusätzlichen Anforderungen gerade an die Bauwirtschaft durch die Fliegerschäden.

Am 10. Oktober 1943 erhob Göring eine ähnliche Forderung. Es sei wegen «der laufenden Einbrüche in das Flugzeugbeschaffungsprogramm durch Feindeinwirkung dringend erforderlich[...] schnellstens bombensichere Produktionsstätten, mindestens für die Motorenerzeugung und besondere Engpassteile, zu erstellen soweit nicht die Ausnutzung von grossen Höhlen, Kellereianlagen, stillgelegten Bergwerken, ungenutzt liegenden Festungsanlagen im Heimatkriegsgebiet wie in den besetzten Gebieten möglich ist, müssen Fabriken unter Betonschutz gestellt werden. Erforderlich halte ich die Erstellung von vorerst wenigstens 6-8 derartigen Anlagen grossen Stils.»[2]

Ein Jahr später, im Frühjahr 1944, sollte sich Hitler erbittert beklagen, dass ich seinen Befehlen und Görings Forderungen nicht nachgekommen sei. Die daraus entstehende Auseinandersetzung hätte fast mit meiner Ablösung geen-

det. Ich hatte mit ziemlicher Entschiedenheit argumentiert, dass es unmöglich sei, Bomber mit Beton zu bekämpfen; selbst in vieljähriger Arbeit sei die Rüstungsindustrie nicht unter die Erde oder unter Beton zu bringen. Zudem greife zu unserem Glück der Gegner in den Rüstungsproduktionen gleichsam das weit auseinandergerissene Delta eines Flusslaufes mit vielen Nebenarmen an; verwandelten wir diese Verzweigungen in geschützte Anlagen, würden wir ihn nur dazu veranlassen, dort anzugreifen, wo der industrielle Flusslauf dann in einem schmalen, tiefen Flussbett konzentriert sei. Ich dachte dabei an die Chemie, die Kohle, die Kraftwerke oder andere neuralgische Bereiche wie das Verkehrsnetz?

Himmler war aktiver als ich. Im August 1943 beauftragte er eine der vielen Organisationen, in der Wehrtaugliche ihrem Frontdienst auswichen, die «Höhlennachweis-Abteilung im Wehrwissenschaftlichen Institut für Karst- und Höhlenforschung der SS-Karstwehrtruppe», mit der Herstellung eines Verzeichnisses der deutschen Höhlen. Auf elf Seiten wurden, nach Ländern geordnet, 93 Höhlen aufgeführt, von denen etwa zehn Objekte interessant gewesen wären, wenn ihre verkehrsmässige Aufschliessung nicht einen unverhältnismässig hohen Aufwand verursacht hätte. Die grösste von ihnen, die «Eisriesenwelt» des Tennengebirges, war mitten im unerschlossenen Hochgebirge gelegen.

Himmlers Höhlennachweis-Abteilung brachte denn auch sein Projekt am 25. August ganz von selbst zu Fall. Die Denkschrift ergab, dass, von der schwierigen Aufschliessung ganz abgesehen, die Höhlen meist nicht den Bedingungen entsprachen, die man an «Zu- und Abfuhrmöglichkeit, Belüftung, Feuchtigkeit, Temperatur und Festigkeit des Gesteins» stellen müsse. Die Erfahrungen «zeigten eindeutig, dass die Verwendung von Maschinen- und ähnlichen Anlagen in Höhlen bereits nach sehr kurzer Frist eine weitgehende Schädigung aller Fabrikationsanlagen durch das aggressive Wasser zur Folge hätten. [Auch rufe] ein berufsmässiger, täglicher Aufenthalt in Höhlen oft schwere gesundheitliche Störungen hervor».[4]

Aber Himmler liess sich durch diese negative Auskunft seiner eigenen Dienststelle nicht entmutigen. Einige Wochen später wurde dem «SS-Ahnenerbe» befohlen, alle «sicher in beträchtlicher Anzahl vorhandenen Heimat-

kundler und sonstigen Privatgelehrten» zu einer wissenschaftlichen Zusammenstellung der vorhandenen Höhlen heranzuziehen?

Auch mein eigenes Ministerium hatte sich einige Monate später um Auskünfte über brauchbare Höhlen bemüht. Einige von ihnen wurden für den Ausbau vorgesehen, so dass die SS vor verschlossene Türen kam. «Mit Rücksicht auf die kriegsbedingte Notwendigkeit», teilte das «Ahnenerbe» Himmler mit, sei es wohl nicht möglich, sich über das Rüstungsministerium einfach hinwegzusetzen. Himmler liess antworten, man müsse diese Höhlen dann zwar der Rüstung überlassen, aber es sei wichtig, «die Höhlen nicht abzugeben, sondern die Ansprüche auf die spätere Rückgabe aufrecht zu erhalten».[6] Besitz gewinnen, am Besitz festhalten, das war die ständige Devise Himmlers – selbst in der Endphase des Krieges.

Kammler, der ja ein Ingenieur mit abgeschlossenem Universitätsstudium war, zeigte Fähigkeiten, wo die SS-Bürokratie der Konzentrationslager versagt hatte. Er erzielte einen sensationellen Erfolg, als er für die A 4-Fertigung «die unterirdischen Anlagen [im Harz] aus dem Rohzustand in einer fast unmöglich kurzen Zeit von Monaten in eine Fabrik» verwandelte. Dies habe, schrieb ich ihm, «seinesgleichen in Europa kein annäherndes Beispiel [und stehe] darüber hinaus selbst für amerikanische Begriffe unübertroffen da», womit ich zugestand, dass ich die amerikanischen Produktionsmethoden bewunderte.[7]

Seine erstaunliche Leistung veranlasste mich, Kammler, wie ich Himmler am 22. Dezember 1943 mitteilte, «mit der Durchführung besonderer Bauaufgaben» zu betrauen. Besorgt schränkte ich jedoch meine Bevollmächtigung ein: «Ich lege aber Wert darauf, dass die praktische Durchführung dieser Bauvorhaben im engsten Einvernehmen mit dem Hauptausschuss Bau erfolgt, der mir für die planmässige und rationelle Bauausführung sämtlicher Bauobjekte innerhalb des Reichsgebietes verantwortlich ist. Aus dem gleichen Grunde ist auch die Heranziehung von Führungskräften aus der Bauwirtschaft nur im engsten Einvernehmen mit dem Hauptausschuss Bau zu regeln. Das Verfügungsrecht über diese Firmen und Kräfte der deutschen Bauwirtschaft muss dem Hauptausschuss Bau verbleiben. Ich bitte Sie, Ihren Dienststellen entsprechen-

de Weisungen zu geben.»[8] Ich hatte bereits erste Erfahrungen mit dem ungestümen Drang Kammlers zur Übernahme meiner führenden Fachleute gesammelt. Auch Göring, damals noch mit der Luftrüstung beauftragt, ernannte Kammler Anfang März 1944 zu seinem Beauftragten für die «Sonderbauten Kammler».[9]

Anfang Dezember 1943 hörte Himmler, dass sich bei Reichstadt, Crossnow und bei Spalle Tunnels befinden sollen. «Vom Führer wurde angeregt, diese dafür zu benützen, um unterirdische Fabriken einzurichten. Stelten Sie fest», schrieb Himmler an den SS-Obergruppenführer Koppe, dem verantwortlichen SS-Führer des Generalgouvernements, «ob das bereits geschehen ist. Wenn nein, dann verlegen Sie in Ihrer Eigenschaft als Generalbevollmächtigter [Franks für die Rüstung des Generalgouvernement] oder in Zusammenarbeit mit SS-Obergruppenführer Pohl Rüstungsbetriebe dorthin. Melden Sie mir dann, wann dies erfolgt.»[10] Das Projekt passte zudem zu Himmlers Absicht einer SS-eigenen Rüstungsindustrie in Polen.

Mit einer Verzögerung von sechs Wochen beantwortete Brandt einen (nicht erhaltenen) Bericht Koppes, dessen negatives Ergebnis Himmler verärgert hatte. Himmler liess mitteilen, «dass selbstverständlich in den Tunnel irgendein Betrieb nicht hereingelegt werden könnte. Die Tunnels selbst sollten aber als Strasse benutzt werden und vom Tunnel aus sollten entsprechende Stollen und Räume in den Berg hineingetrieben werden». Im Übrigen müsse «an die Schaffung einer grossen Anzahl unterirdischer Dinge heran gegangen werden», was erstens laienhaft formuliert und zweitens gar nicht Himmlers Angelegenheit war.[11] Gleichzeitig gab Himmler Pohl den Befehl, «an den Ausbau heranzugehen. Arbeiter müssen zweckmässigerweise von Auschwitz genommen werden. Reichsführer-SS bittet um Nachricht, sobald die ersten Pläne vorliegen.»[12]

Nach einer Pause von drei Wochen berichtete Pohl, dass die Tunnel als Lagerräume gut geeignet seien. Die Rücksprache mit dem la des zuständigen Wehrkreiskommandos Krakau hätte allerdings «ergeben, dass sämtliche Tunnel vom Führerhauptquartier dem Wehrmachtsbefehlshaber Krakau zur Einlagerung von wichtigem Wehrmachtsgut zur Verfügung gestellt worden sind. Es kann daher in dieser Angelegenheit von uns nichts mehr veranlasst werden.»[13]

Solche Berichte, nach denen Hitler, Himmler oder andere Führungsstellen in Angelegenheiten eingriffen, mit denen sich Regierungsräte hätten beschäftigen sollen, ziehen sich wie ein roter Faden durch die Erfahrungen dieser Jahre. Das Gefühl der Ohnmacht, das die militärische Lage aufzwang, verursachte gewissermassen eine Flucht in das Detail. Um bei diesem Beispiel zu bleiben, so wäre es der einfachste Weg gewesen, durch eine Umfrage eines Mitarbeiters Himmlers bei den untergeordneten Bearbeitern anderer Dienststellen feststellen zu lassen, ob die Höhlen bereits belegt waren. Da Hitler und Himmler persönlich aber dahinterstanden, mussten natürlich ein Pohl oder ein Kammler sich selber mit einer Angelegenheit beschäftigen, die auch ihrem Rang nicht entsprach. Wie aus den Akten hervorgeht, wurden sogar Sonderflugzeuge benutzt, um den Standort zu besichtigen.

Mit dem Fortschreiten des Krieges schaltete sich Himmler immer unverfrorener in die Angelegenheit meines Ministeriums ein. Meist wandte er sich an Kammler, wenn es sich um grossartige Bauprojekte handelte, die seinem rastlos auf neue Ideen sinnenden Hirn entstammten. So meinte er am 8. Mai 1944: «Ich glaube, man müsste auch einmal überlegen, unterirdische Fabriken als Unterwasser-Fabriken zu bauen. Ich stelle es mir rein laienmässig so vor, dass man an irgendwelchen Binnenseen Spundwände hineinschlägt, das Wasser herauspumpt, in den Boden in Beton die Fabrik hineinbaut und dann später das Wasser darüberfliessen lässt.»[14] Man kann sich vorstellen, wie die Fachleute der Bau- und Rüstungsindustrie solche Empfehlungen eines der mächtigsten Männer des Reiches lasen.

Zweieinhalb Monate später mahnte Brandt die Angelegenheit von Unterwasserfabriken an, und als immer noch keine Reaktion erfolgte, wiederholte er seine Aufforderung nach nochmals zwei Monaten auf das Dringendste.[15] Aber die Briefe Himmlers waren nicht auffindbar, offensichtlich waren sie im Geschäftsgang verlorengegangen. Schleif, ein untergeordneter SS-Führer, entschuldigte sich bei Brandt mit einem türkischen Sprichwort: «In eilige Sachen mischt sich der Teufel»[16], was Brandt zu der makabren Bemerkung veranlasste, es sei die Hauptsache, «dass man sich durch dieses Spiel des Teufels nicht aus der Ruhe bringen lässt, sondern ihn als Philisoph [so im Original] höchstens auslacht».[17]

In der Sache selbst musste Kammler allerdings eine ablehnende Auskunft

erteilen: «Der Bau von Fertigungsstätten unter Wasser – wie sie der Reichsführer anregt – steht durchaus im Bereich der Möglichkeit, ist jedoch, da sie eine ausserordentlich umfangreiche Vorbereitung, Baustelleneinrichtung und vor allem Spezialkräfte beansprucht, an Aufwand derart gross, dass die Ausführung dieser Ideen auf Grund der Eile zunächst nicht in Frage kommt. [...] Sie wird aber nach dem Krieg unter allen Umständen wissenschaftlich weiter untersucht, um daraus die praktische Folgerung zu ziehen, Anlagen für Fertigungsstätten in grossem Umfange unter Wasser zu bringen.»[18]

Himmler wollte das letzte Wort behalten: Diese Frage hätte sich zwar erledigt, aber, so meinte er, «es wäre sicherlich gut, die vielen Gewässer dadurch auszunutzen, dass man Schienen hineinlegt, um auf diese Weise Züge mit Betriebsstoff dort abzustellen. Einerseits sind sie auf diese Weise gegen Sicht besser untergebracht als auf freier Strecke, andererseits lassen sie sich im Wasser nicht in Brand schiessen. Gehen Sie dieser Anregung bitte einmal nach und geben Sie mir Bescheid, welche Möglichkeiten hier bestehen.»[19]

Wieder mussten Untersuchungen angestellt werden, nur weil eine der Machtfiguren aus dem Umkreis Hitlers, ohne Kenntnisse und Zuständigkeit auf diesem Gebiet, Hirngespinste wichtig nahm. Schleif antwortete im Namen Kammlers mit gebührendem Abstand von vier Wochen, er habe «die Anregung des Reichsführers-SS aufgegriffen und untersuchen lassen. Schienen in Gewässer zu legen, stösst jedoch auf ausserordentliche Bauschwierigkeiten, ganz abgesehen davon, dass sich die Zuführungen zu diesen Unterwasserschienen doch noch überirdisch befinden müssen und daher einen Anhaltspunkt für die Luftaufklärung geben könnten. Die Brennstoffzüge können wohl nicht durch Brandbomben vernichtet werden, sind aber nach wie vor gegen Angriffe mit Sprengbomben, insbesondere gegen die mit Tiefenwirkung ausserordentlich empfindlich. Das Ausmachen der Unterwasserziele bedeutet heute bis zu einer Tiefe von 30 m keine Schwierigkeiten mehr.» Vorsichtig, um den obersten Vorgesetzten nicht zu vergrämen oder zu erzürnen, setzte der SS-Obersturmbannführer hinzu, er «werde jedoch auf alle Fälle diese Anregung weiterverfolgen und über die Ergebnisse der Untersuchung gegebenenfalls laufend unterrichten».[20]

Am 17. Dezember 1943 trug Himmler Pohl eine neue Genieaktion vor. Er übersandte ihm Pläne, die in seinem Auftrag von einem Standartenführer aufgestellt worden seien. «Lassen Sie doch mit grösster Beschleunigung in all unseren Steinbrüchen solche unterirdischen Arbeits- und Fabrikräume anlegen. [...] Ich möchte jedoch, dass die Tunnels überall wo es möglich ist, mindestens 50 m Decke, wenn es geht 100 m über sich haben. Ich stelle mir vor, dass wir an möglichst vielen Stellen bis zum Sommer des Jahres 1944 als neue Höhlenmenschen in diesen einzigen wirklich geschützten Arbeitsstätten eingebaut sind.»[21]

Wieder benötigte die Antwort fünf Wochen, was meine ministerielle Geduld überfordert hätte. Pohl antwortete, nicht ohne Genugtuung über die Gelegenheit, seinen Chef zu belehren, er habe die Möglichkeit, in den Granitsteinbrüchen Höhlen für die Unterbringung von Rüstungsfertigungen herzustellen, von seinen Fachleuten untersuchen lassen und mit ihnen besprochen. Die Gesteinslagerung bei Granitvorkommen sei zerklüftet, die Decken der Höhlen würden sich nicht selbst tragen. Die Abdeckung von 80 Meter über den Höhlen sei in keinem der Brüche vorhanden. Aber als wichtigstes Argument machte Pohl geltend, dass durch den Bau von Höhlen die Verwendung unserer Steinbrüche zur Gewinnung von Werksteinen, was als Friedensaufgabe ja doch vorgesehen ist, höchst zweifelhaft werde. Beim Bau von Höhlen selbst kann man keine Blöcke gewinnen, die als Werksteine geeignet wären. Es fällt vielmehr nur Gesteinsmaterial an, das als Schotter und Pflaster gebraucht werden kann.»[22]

In eben diesem Dezember 1943 kam Himmler auf den Einfall, über den SS-Oberführer Kranefuss beim Chef aller deutschen Chemieunternehmungen, Dr. Karl Krauch, anzufragen, ob Hydrierwerke unterirdisch und damit vor Fliegerangriffen geschützt angelegt werden könnten. Die Antwort des «Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung im Vierjahresplan» fiel negativ aus: «Das Aussprengen grosser Höhlen zur Aufnahme solcher Anlagen aus dem gewachsenen Gestein [müsste] wegen der auf das 3-4-fache steigenden Bauzeit von vornherein ausser Betracht gelassen werden.
[... Auch stünden] der unterirdischen Anordnung gerade von Hydrierwerken schwerwiegende betriebliche Bedenken gegenüber. [...] Vor allem ist hier die

hohe Explosionsgefährlichkeit von Wasserstoff-Luftgemischen beziehungsweise auch von austretenden Kohlenwasserstoffen zu bedenken, die in Mischungsverhältnissen von ganz niedrigen Prozentgehalten (2-3%) ebenso wie bei hohen Prozentgehalten (70% und mehr) zur beinahe unvermeidbaren Explosion neigen. [...] Die ausserordentliche betriebliche Gefährlichkeit und hohe Sabotageempfindlichkeit einer solchen Anlage liegt auf der Hand. Dabei würde im Explosionsfalle praktisch stets die gesamte Anlage mit ihrer Belegschaft vernichtet werden, während vorgekommene Betriebs- und auch Luftschäden in normalen Hydrierwerken bisher schlimmstenfalls immer nur Teilanlagen erfassten.»[23]

Himmler beugte sich den technischen Gegebenheiten und liess durch Dr. Brandt vom Persönlichen Stab mitteilen, dass der Reichsführer-SS für die betrieblichen Bedenken volles Verständnis habe.[24] Dieses eine Mal allerdings zu Unrecht. Elf Monate später konnte Himmler einen späten Triumph geniessen, als ihm am 3. November 1944 SS-Oberführer Kranefuss, der Generaldirektor der Brabag, mitteilte: «Nach den seit Mai erfolgten verschiedenen schweren Luftangriffen auf die Treibstoffwerke hörte ich alsdann im Verlauf des Sommers davon, dass nunmehr (unterirdische) Verlagerungspläne bearbeitet und durchgeführt werden sollen. [...] Bedauerlich dabei bleibt nur, dass dadurch wenn auch nicht ein ganzes, so doch sicherlich ein halbes Jahr verloren gegangen ist, und dass wieder einmal die bittersten Erfahrungen notwendig waren, um die entsprechenden Entschlüsse zu fassen und zur Durchführung kommen zu lassen. Mit der Betriebsbereitschaft dieser Anlage» – die unterirdische Verlagerung in die sogenannte Kirchleite, eine grosse Wand unmittelbar an der Elbe gelegen – «kann leider nicht vor August kommenden Jahres gerechnet werden.»[25]

Dr. Brandt dankte im Namen Himmlers: «Dieser Fall ist wieder ein Beweis mehr dafür, dass der Reichsführer-SS immer recht hat», was nach Betrachtung der meist absurden Vorschläge der Vergangenheit ein wenig übertrieben scheint. Er habe aber angenommen, sagte Dr. Brandt bissig, «dass ein Urteil, das Professor Krauch dem Reichsführer gegenüber abgibt, so begründet ist, dass man es als praktisch unumstösslich ansehen» müsse.[26]

Der Triumph war jedoch nur teilweise begründet. Es handelte sich um

Kleinanlagen mit der Produktionskapazität von insgesamt 50’000 Tonnen Treibstoff, teils durch Kohleverflüssigung, teils durch Verarbeitung von Ölschiefer, teils durch Destillation von Rohöl. Die durch Fliegerangriffe verursachten Verluste aber beliefen sich von Mai bis Dezember 1944 im Monatsdurchschnitt auf über 160’000 Tonnen. Bis Anfang 1945 war kein unterirdisches Werk soweit gediehen, dass es verwendungsfahige Treibstoffe liefern konnte.[27]

Was mochte der Hintergrund einer Bemerkung des Himmler-Jugendfreundes und -Vertrauten, SS-Gruppenführer Karl Gebhardt, gewesen sein, der in einem Kreis von angeheiterten SS-Führern ungeniert erklärt hatte, dass nach Himmlers Meinung «Speer eine Gefahr sei, dass er verschwinden müsse». War meine selbständige Stellung am Hofe Hitlers oder war meine manchmal verletzende Offenheit bei Übergriffen in mein Gebiet die Ursache gewesen? Oder wollte Himmler lediglich das Hindernis beseitigen, das seinen Rüstungsideen im Wege stand?

Es mag sich jedoch um ein noch schwerwiegenderes Motiv gehandelt haben. Mein alter Freund aus den Anfangsjahren des «Dritten Reiches», einst der Geliebte von Magda Goebbels und inzwischen Gauleiter Schlesiens, Hanke, hatte Hitlers Münchener Architekten Hermann Giessler im März 1944 aufgefordert, die städtebauliche Planung und Betreuung der Bauten für Breslau zu übernehmen. Dass man damit nicht Speer betraue, habe verschiedene Gründe, hatte Hanke hinzugefugt. In seinen 30 Jahre nach dem Krieg erschienenen Memoiren berichtet Giessler: Einen Grund für die Zurückhaltung Speer gegenüber «wolle er mir anvertrauen: Er habe sehr klare Vorstellungen über die Ziele Speers [...], das mache ihn überaus besorgt, das könne nicht gut gehen, der Führer müsse davon Kenntnis haben.f...] Ob ich wisse, dass Speer die Nachfolge des Führers anstrebe? Ja, ich hätte davon gehört, aber ich hielte das für Tratsch, für falsche und überhebliche Einschätzung der Persönlichkeit Speers seitens seiner Umgebung. Hier sei der Wunsch der Vater des Gedankens. Nein, widersprach Hanke, es sei mehr dran, er wolle mich nicht mit all dem Kram belasten, aber der Führer müsse davon wissen, doch er komme nicht zum Vortrag».[28] Mochten es solche Gerüchte sein, die Himmler gegen mich aufbrachten?

Hanke war ja nicht nur Gauleiter von Niederschlesien, sondern auch höherer SS-Führer. Er muss Himmler informiert gehabt haben, den solche Gedanken, die im Übrigen gar nicht ganz aus der Luft gegriffen waren, freilich in seinen Plänen störten. Sicher war er sich darüber im Klaren, dass die Führungsschicht des Heeres – vertreten durch den mir befreundeten Chef des Generalstabs, Zeitzier, durch Guderian, den bekannten Panzergeneral, sowie Fromm, den Chef des Ersatzheeres, und den Staatssekretär des Luftfahrtministeriums, Feldmarschall Erhard Milch, – als eine von manchen Möglichkeiten erwogen, sich auf meine Seite zu stellen, falls Hitler plötzlich so oder so ausscheiden sollte. Sie alle hatten ein SS-Regime zu fürchten, das sie in ihrer eigenen Existenz bedrohen würde. Damals wusste ich gar nicht, dass Stauffenberg, Goerdeler und die Männer um Beck und Tresckow längst weitreichende Pläne ausgearbeitet hatten, die am 20. Juli 1944 im Versuch endeten, sich mit Hilfe des Heeres der Regierung zu bemächtigen.

Himmler muss die Bedrohung seiner Stellung durch mich jedenfalls so ernstgenommen haben, dass er vor einem Mordversuch am eigenen Rüstungsminister, der noch dazu fast gelungen wäre, nicht zurückschreckte. Ich unterstelle dies nur ungern, war aber – und meine nächste Umgebung stimmte mit mir überein – schon damals davon überzeugt, einem akuten Anschlag auf mein Leben gerade noch entronnen zu sein.

Als ich mich nach meinem Zusammenbruch am 18. Januar 1944 zur Behandlung bei einem der berühmtesten Kniespezialisten Europas, Professor Gebhardt[29], in die «Heilanstalten vom Roten Kreuz, Hohenlychen» begab, wusste ich nicht, dass es sich um eine SS-Anstalt und bei Gebhardt um einen Duzfreund Himmlers handelte. Schon damals hätte ich mich nur ungern in die medizinische Obhut ausgerechnet der SS begeben. In der Tat sollte sich in den nächsten zwei Monaten einer schweren Erkrankung eine Folge von Merkwürdigkeiten ereignen. Zunächst wurde, gegen alle medizinischen Regeln, während einer zwanzigtägigen Bettlägerigkeit, die einen starken Erguss im Kniegelenk auskurieren sollte, mein linkes Bein fest eingeschient und bewegungslos gehalten und keinerlei Anstalten getroffen, durch Gymnastik den Gefahren einer Thrombose vorzubeugen. Als ich das erste Mal wieder aufstand, stellten

sich Alarmzeichen ein: Blutauswurf, heftige Schmerzen im Brustkorb und im Rücken, Atemnot. Dem Leiter einer Spezialklinik für Knie- und Beinoperationen aber musste wohl geläufig sein, dass nach langer Liegezeit stets die Gefahr einer Thrombose besteht, vor allem damals, als Mittel zur Blutverdünnung noch nicht bekannt waren.

Im Bericht Gebhardts sah das Bild drei Tage nach dem ersten Aufsitzen auf der Bettkante so aus: «8. Februar 1944. Nach dem Aufstehen heute Nachmittag plötzlich einsetzende hochgradige Schmerzhaftigkeit in der linken Rückenstreckmuskulatur.» Gebhardt verschwieg, dass ich ihm an diesem Nachmittag mein Taschentuch mit einem bräunlichen Blutauswurf übergab. Er fuhr in seinem Bericht fort: «Die Untersuchung ergibt ausserordentlich auf Druck schmerzhafte Rückenstreckmuskulatur links, die auscultatorische Untersuchung Auffaltungsknistern. Der erhobene Lungenbefund spricht nicht gegen einen Muskelrheumatismus.» Gebhardt rieb mich noch abends heftig mit Foraplin ein, einem Ameisengift, vermischt mit Glassplittern, um diesen angeblichen Rheumatismusanfall zu bekämpfen und gab mir Eleudron, ein Sulfonamid, ein.

Diesen Bericht gebe ich hier zurückhaltend wieder; denn er wirkt deplaziert angesichts der Leiden, wie ich sie etwa vom Mittelwerk geschildert habe, wo es keine ärztliche Hilfe und noch weniger saubere Betten gab. Aber es handelt sich hier nicht um meine Person, sondern einfach darum, dass an diesem Beispiel die Denkweise eines «politischen Arztes» verfolgt werden kann.

«9. Februar 1944. Die Schmerzhaftigkeit in der Rückenmuskulatur besteht weiterhin in heftiger Stärke; das Atmen, Husten und zuweilen das Sprechen ist störend.[30] [...] Der auscultatorische Befund ist unverändert; die leicht knarrenden Geräusche über der Basis links eher etwas verstärkt.» Gebhardt wich der Wahrheit aus: «Dieser Befund ist durch die schlechte Beatmung auf Grund der Schmerzhaftigkeit der linken Seite zu erklären.» Am gleichen Tag gab Gebhardts Internist ein Gutachten ab, das der Wirklichkeit näherkam: «Lungen: Keine sichere Schallverkürzung, sehr rauhes Atmen, über der linken Basis hinten zahlreiche fast grobe Reibegeräusche. [...] Diagnose: Linksseitige, trokken umschriebene Rippenfellentzündung.»[31] Aber Gebhardt liess sich durch seinen Internisten nicht beirren. Am nächsten Tag, dem 10. Februar 1944, blieb

Gebhardt auf seiner Fehldiagnose eines heftigen Rheumatismus bestehen. Er schrieb: «Die Muskulatur ist ausserordentlich hart, fast verkrampft und sehr druckschmerzhaft. Die Schmerzhaftigkeit ist derartig gross, dass die Anwendung von Narcotica notwendig wurde. Der auscultatorische Befund ist unverändert und entspricht dem eines akuten Muskelrheumatismus. [...] Die Behandlung des Muskelrheumatismus erfolgt mit Methyl-Melobrin und Schmerzmitteln.»[31]

Der Internist der Charite und enge Mitarbeiter Professor Sauerbruchs, Professor Friedrich Koch, wurde in dieser kritischen Situation von meiner Sekretärin Annemarie Kempf alarmiert und konnte, abgesichert durch Karl Brandt – dem «Bevollmächtigten für das Sanitäts- und Gesundheitswesen» und, was noch schwerer wog, wie ich Mitglied des privaten Zirkels um Hitler – mit der verantwortlichen Behandlung meines Falles beauftragt werden.

Koch übernahm am 10. Februar nachts, mit Sondervollmachten versehen, die Behandlung. Professor Koch schrieb in seinem ersten medizinischen Bericht: «Das Krankheitsbild konnte entsprechend dem Verlauf nur als Infarkt gedeutet werden.» Die Untersuchung gab «eine massive Schallverkürzung mit aufgehobenem Atemgeräusch über der ganzen linken Lunge bis zur Schulterblattgräte, hinten und vorne bis zum Schlüsselbein. Der Zustand [war] in der Nacht vom 11. auf den 12. Februar und den 12. tagsüber», also noch drei Tage, nachdem Koch alle Medizinen abgesetzt und völlige Ruhe verordnet hatte, «ausserordentlich bedrohlich [gewesen]. Höchste Atemnot, starke Blauverfärbung, erhebliche Pulsbeschleunigung bis 120, dabei subfibrile Temperatur bis 38,3; quälender Reizhusten mit starken Schmerzen über der linken Seite und rein blutiger Auswurf. Unter vollkommener Ruhe, Fernhalten von jeglichen Exzitatien und anderen Arzneimitteln, ist dann bereits am 14. Februar eine Wendung zum Besseren aufgetreten, die sich bis zum 15. Februar ganz erstaunlich fortgesetzt hat.»[32]

Ein schwerer Lungeninfarkt war nach dem damaligen Stand der Medizin eine Erkrankung, die das Leben des Patienten gefährdete. Dank des Einschreitens von Koch hatte ich überstanden. Sollte bei meiner Schwäche aber nochmals versucht werden, «nachzuhelfen» – wer konnte und würde das Resultat solcher

Bemühungen schon kontrollieren? Gebhardt scheint sich mit Ausdauer bemüht zu haben.

Der Internist Professor Koch erzählte einige Tage nach dieser Krise meinem damaligen Freund Robert Frank, dass Gebhardt während dieser drei bedrohlichen Tage von ihm einen kleinen Eingriff verlangt habe, der mein Leben gefährdet hätte. Als Professor Koch zunächst Gebhardt nicht verstehen wollte und sich dann schliesslich weigerte, den gewünschten Eingriff vorzunehmen, sei Gebhardt ausgewichen: Er habe ihn nur auf die Probe stellen wollen.[33] Robert Frank beschwor mich zu schweigen, denn Professor Koch befürchte, in einem Konzentrationslager auf immer zu verschwinden, wenn ich etwas unternehmen würde. Wenn ich es recht besehe, kamen mir damals solche verbrecherischen Absichten gar nicht so aufregend vor, wie sie sich mir jetzt beim Niederschreiben darstellen. In solchem System musste ich, ähnlich wie einst führende Römer zur Zeit der Claudier, mit derartigen Gefahren rechnen.

Kurz vor Ende des Krieges fragte ich Koch, was damals vor sich gegangen sei. Aber er wollte mir nur bestätigen, dass er mit Gebhardt über meinen Fall heftige Auseinandersetzungen gehabt habe. Auch als er am 12. Mai 1947 von einem amerikanischen Offizier vernommen wurde, gab Koch über die damaligen Begebenheiten nichts zu Protokoll. Vielleicht zögerte er auch deshalb, weil Gebhardt sich gerade vor einem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal wegen chirurgischer Versuche an Häftlingen verantworten musste. Der Fall endete mit der Verkündung der Todesstrafe.[34]

Nach meiner Entlassung aus Spandau wurden auf mein Verlangen die Behandlungsmethoden Gebhardts von zwei Professoren der Tübinger Universität – dem Internisten Professor Bock, seinerzeit Präsident der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin, und dem Röntgenologen Professor Frommhold – sowie von dem emeritierten Röntgenologen der Berliner Charite, Professor R. Bauer, auf Grund der Krankenberichte rekonstruiert. Das Resultat war eindeutig: Derartige grundsätzliche Behandlungsfehler können selbst einem Orthopäden nicht nachgesehen werden.

Bereits während meines erzwungenen Aufenthaltes in Hohenlychen spielte sich mein Vertreter in der Organisation Todt, Xaver Dorsch, nach vorn. Am 5.

März 1944 unterstützte er Hitlers Absicht, sechs bis acht grosse Betonbunker der Art zu bauen, wie sie sich Göring im Oktober 1943 vorgestellt hatte. Mit je 100’000 Quadratmetern sollten sie Teile der gefährdeten Flugzeugproduktion aufnehmen.

Hitler war sich seit über einem Jahr mit Himmler über die Notwendigkeiten des Betonschutzes einig, und er wiederholte nur seine alte Forderung, wenn er jetzt von Dorsch verlangte, «dass die eingeleiteten Massnahmen» zur Sicherung der Rüstungsindustrie durch Höhlen- und Bunkerbauten «unter keinen Umständen als Übergangsmassnahmen durchgeführt werden dürfen, sondern dass sie der Auftakt zu einer grosszügigen und endgültigen Verlagerung der gesamten deutschen Industriewerke unter die Erde sein müssen, da nur auf diesem Wege auf weite Sicht die Voraussetzungen für die Erhaltung der Fabrikationsstätten für einen Krieg geschaffen werden können.»[35]

Am folgenden Tag, dem 6. März 1944, liess Himmler von 15.00 bis 16.30 Uhr Dorsch zu einer Besprechung kommen. Es muss immer wieder daran erinnert werden, dass Himmler nichts, aber auch gar nichts mit diesen Dingen zu tun hatte und dass es ihm auch nach der Geschäftsordnung der Regierung des «Dritten Reiches» gar nicht zustand, mit einem meiner Mitarbeiter zu konferieren. Aber Himmler kannte Dorsch aus Seiner jugendzeit, das vertraute Du hatte sich über alle Jahrzehnte hinweg erhalten, und Dorsch war einer der Alten Kämpfer, die am Marsch zur Feldherrnhalle im November 1923 teilgenommen hatten, und so fiel es Himmler nicht schwer, in mein Ministerium hineinzuregieren. Eine Stunde nach der Begegnung mit Dorsch hatte Himmler eine Unterredung mit Kammler[36]; drei Tage später besuchte er Göring in seinem Schloss Veldenstein, wobei sich Himmler und Göring ungewöhnlich lange besprachen: von 11.30 bis 19.00 Uhr, einschliesslich eines gemeinsamen Mittagessens auf dem Schloss. Das war umso auffälliger, als sie durchaus keine Freunde waren und sich sonst selten begegneten.[37] Sicher besprachen sie die Aspekte, die Hitlers Auftrag an Dorsch eröffnete, aber alles spricht auch dafür, dass Himmler bei dieser Besprechung versucht hat, Göring dafür zu gewinnen, den Einfluss der SS auf die Betriebsführungen zumindest jener Fabriken auszudehnen, in denen Häftlinge arbeiteten. Denn noch am gleichen Tag diktierte

er einen Brief an Göring, in dem er betonte, dass in den Betrieben ein höheres Tempo und damit bessere Ergebnisse zu erwarten seien, wenn in ihnen die Verantwortlichkeit der SS vergrössert würde. In einem Begleitschreiben brachte Pohl den Vorschlag vor, überall dort, wo Häftlinge arbeiteten, die SS kurzerhand als verantwortliche Betriebsführer einzusetzen, denn der blosse Einsatz der Häftlinge genüge nach seinen Erfahrungen und Kenntnissen nicht. Während meiner Erkrankung strebte also die SS ungeniert die Kontrolle über zahllose Rüstungsbetriebe der Privatwirtschaft an[38] – obwohl sie gar nicht in der Lage gewesen wäre, Führungskräfte der notwendigen Qualität zu stellen.

Es war meiner Sekretärin, Frau Kempf, bald klar, dass die direkte Telefonlinie, die sie vom Krankenhaus zu meinem Ministerium hatte einrichten lassen, von der SS überwacht und ausserdem genauestens registriert wurde, wer mich zu welchem Zweck besuchte. In dieser Lage muss Himmler daran gelegen haben, mich möglichst lange in der Überwachung eines SS-Hospitals zu halten. Trotz meines Unbehagens, das allmählich zum Misstrauen wurde, war mir damals natürlich nicht bekannt, was Koch später mit vielen Details in einer eidesstattlichen Erklärung berichtete. «Ich war der Ansicht, dass das feuchte Klima Hohenlychens die Gesundung Speers ungünstig beeinflusste, und nachdem ich den Patienten untersucht und als transportfähig befunden hatte, schlug ich vor, ihn nach Meran zu bringen. Diesem Vorschlag widersetzte sich Gebhardt heftig. Er verschanzte sich hinter Himmler; er hat auch mehrfach in dieser Angelegenheit mit dem Reichsführer telefoniert. Ich hatte den Eindruck, dass Gebhardt seine ärztliche Stellung benutzte, um irgendein politisches Spiel zu spielen. Ich wusste aber nicht welches, und habe mich auch nicht darum gekümmert, weil ich nur Arzt sein wollte. Mehrfach habe ich versucht, Gebhardt umzustimmen, dann wurde mir die Sache schliesslich zu bunt, und ich verlangte, selbst mit dem Reichsführer zu sprechen. In einem Telefongespräch, das ungefähr 7 bis 8 Minuten dauerte, gelang es mir, Himmler dazu zu bewegen, der Abreise Speers nach Meran zuzustimmen. Es kam mir damals sehr merkwürdig vor, dass Himmler in einer ärztlichen Angelegenheit entscheiden sollte, aber ich habe mir darüber weiter nicht den Kopf zerbrochen, weil ich

mich um Dinge, die ausserhalb der ärztlichen Sphäre lagen, bewusst nicht kümmerte. Ich möchte noch bemerken, dass ich den Eindruck hatte, dass Speer heilfroh war, wenn ich meine Hände über ihn hielt.»[39]

In der Tat fühlte ich allmählich, dass Kochs Schutz unentbehrlich geworden war, nachdem ich herausgefunden hatte, dass einige Zimmer weiter in Hohenlychen der SS- und Polizeigeneral Kurt Daluege stationiert war, der alte Widersacher Himmlers aus den ersten Monaten der NS-Herrschaft. Daluege hatte sich offen bei mir beklagt, dass er in der Klinik gegen seinen Willen festgehalten werde, wobei vorgeschützt würde, dass der Zustand seines Herzens eine Entlassung nicht ermögliche. Dabei fühle er sich vollkommen gesund. Das stimmte in der Tat mit dem Eindruck überein, den der kräftige, gebräunte Mann machte. Daluege erklärte mir, dass Gebhardt ihn angeblich nur in seinem eigensten Interesse in Hohenlychen behalte; er könne die Ernsthaftigkeit seines Leidens selbst gar nicht beurteilen. Dazu Koch in seiner Aussage: «Eine ähnliche Haltung nahm Gebhardt bei der Gelegenheit ein, als ich zur Behandlung des Polizeigenerals Kurt Daluege hinzugezogen wurde. Ich empfand, dass er [Gebhardt] und die Kräfte, die hinter ihm standen, Daluege nicht leistungsfähig haben wollten.»[39]

So weit waren die Dinge gediehen, als ein mysteriöser Angriff der 8. Amerikanischen Luftflotte auf ein Krankenhaus in dem nur 18 Kilometer südöstlich liegenden Templin stattfand, das genau wie Hohenlychen auf einer Landbrücke zwischen zwei Seen lag. Der Verdacht war berechtigt, dass eine Verwechslung vorgelegen hatte und dass meine Anwesenheit beim Gegner bekanntgeworden war. Zahlreiche Schwerverwundete wurden nach der Zerbombung der Templiner Klinik nach dem Hohenlychener Krankenhaus verbracht. Damals meinte man, dass Gebhardt eine Wiederholung des Angriffs befürchtet habe und dass er den in mancherlei Hinsicht gefährlichen Patienten loswerden wolle. Jedenfalls fuhr ich einige Tage später mit einem Sonderwagen der Reichsbahn nach Südtirol.

Unterwegs machte ich halt in Schloss Kiessheim, nahe dem Obersalzberg. In einem Telefongespräch mit dem Hauptquartier erzählte mir Göring, dass ihn Gebhardt von meiner schweren Herzerkrankung unterrichtet habe und wie bedrückt er sei, dass keine Aussicht auf Besserung bestehe. Ich sei ja wohl gera-

dezu ein «arbeitsunfähiges Wrack», was man auch Hitler berichtet habe. Dr. Brandt übernahm es jedoch, Hitler über den exzellenten Zustand meines Herzens aufzuklären. Was mag sich Hitler bei solchen kontroversen Auskünften gedacht haben?[40]

Nur unter diesem finsteren Aspekt der medizinischen Politik kann der Hintersinn verstanden werden, mit dem Himmler Gebhardt während meines Aufenthaltes in Kiessheim, am 20. März 1944, beauftragte: «Ausser der ärztlichen Verantwortung, die Sie für Reichsminister Speer übernommen haben, übertrage ich Ihnen im Auftrag des Führers die Verantwortung für die Sicherheit des Reichsministers Speer während seines 4-wöchigen Erholungsaufenthaltes. Im Rahmen dieser Verantwortung sind *nur Ihre Befehle* bindend und massgebend.»[41] Hitler hatte dieser Regelung zugestimmt, sicher ohne zu ahnen, dass dadurch stillschweigend Gebhardt meinem Arzt, Professor Koch, vorgesetzt worden war. Ich lud Koch daraufhin als meinen privaten Gast nach Meran ein. Aber in Streitfällen bedeutete das Urteil Kochs nichts, das des Vertrauten Himmlers alles. Mit diesem Überwachungsauftrag hatte sich also trotz meiner Abfahrt aus Hohenlychen wenig geändert.

Trotz dringender Aufgaben in seinem Hohenlychener Krankenhaus blieb denn auch Gebhardt die nächsten sechs Wochen in Meran – ein Zeichen dafür, wie wichtig er meine Überwachung nahm. Denn mit der Übertragung der Verantwortung für meine «Sicherheit» konnte Gebhardt auch über meine private Sphäre Aufsicht führen. Bis dahin hatte ich es vermeiden können, von der SS «beschützt» zu werden, und so hatte ich nie zu den Funktionären gezählt, denen Tag und Nacht ein Begleitkommando von etwa vier bis sechs SS-Männern beigegeben war. Zu diesem Personenkreis rechneten Männer wie Dönitz, Keitel, Göring, Goebbels, Rosenberg, Funk und andere Minister. Erst jetzt in Meran liess Gebhardt zu meinem Schutz ein SS-Begleitkommando abstellen, das in meinem Haus wohnen musste, während Gebhardt ein eigenes Quartier nahm. Der Führer des SS-Begleitkommandos war allerdings ein anständiger und bescheidener Mann. Wir waren uns schon sympathisch gewesen, als er noch im Begleitkommando Hitlers Dienst getan hatte. So legte sich meine Besorgnis bald.

Wenig später, am 18. April, wurde ich jedoch auf ungewöhnliche Weise von Göring, der ja kurz zuvor mit Himmler über die Rüstungsbetriebe konspiriert hatte, herausgefordert. Unter Görings Vorsitz fand eine Besprechung über die sechs Grossbauvorhaben statt, die Dorsch übertragen werden sollten. Ich hatte meinen vertrauten, langjährigen Mitarbeiter Dr. Gerhard Fränk ausdrücklich als meinen persönlichen Vertreter zu dieser Sitzung gesandt, aber Göring verweigerte ihm ungerührt das Betreten des Sitzungssaales.

Nach diesem beleidigenden Hinauswurf meines Vertreters hielt ich es für unerlässlich, meinen Einfluss auf Hitler geltend zu machen. Professor Koch berichtet in seiner eidesstattlichen Erklärung: «Einen zweiten Zusammenprall hatte ich mit Gebhardt», dem, wie sein Titel lautete, «Reichsarzt» der SS und Polizei, «als Speer schon in Meran war. Damals fragte mich Speer, ob ich ihn für gesund genug halte, um nach dem Obersalzberg, wahrscheinlich zu Hitler, zu fliegen.» Das geschah am 19. April, denn am 20. April musste Koch auf Verlangen Gebhardts Meran verlassen. «Ich bejahte das unter der Voraussetzung», fahrt Koch in seinem Bericht fort, «dass das Flugzeug nicht über 1‘800 bis 2’000 m gehen könne. Als Gebhardt von meiner Entscheidung erfuhr, machte er mir einen Auftritt. Er warf mir bei dieser Gelegenheit vor, dass ich kein «politischer Arzt’ sei. Hier wie bei dem ersten Zusammenprall in Hohenlychen hatte ich den Eindruck, dass Gebhardt Speer festhalten wollte. Gebhardt war ein Vertrauter Himmlers und betätigte sich viel politisch. Er liess sich in seinem Beruf als Arzt auch von politischen Zielen leiten. Der Flug nach dem Obersalzberg fand [zunächst] nicht statt. Ich glaube, mir heute erklären zu können, warum man Speer festgehalten hatte: Kurze Zeit danach wurde Speer die Leitung der Organisation Todt abgenommen und dem Ministerialdirektor Dorsch übergeben. Ich nehme an, man wollte Speer verhindern, Hitler zu sprechen.»

Tatsächlich musste Himmler befürchten, dass ihm der greifbare Erfolg, mir die Leitung der Organisation Todt in den besetzten Gebieten und des Bauwesens in Deutschland zu nehmen und eine SS-Kontrolle in allen privaten Rüstungsbetrieben einzuführen, durch ein Gespräch zwischen mir und Hitler entgleiten würde, in dem ich meinen persönlichen Einfluss auf den «Führer» ins Spiel bringen könnte.

Dorsch war aber Fachmann genug, um zu wissen, dass Himmlers Auftrag ihn vor unlösbare Probleme stellen musste und dass er durch ein Scheitern sein Ansehen bei Hitler verlieren würde. Jedenfalls berichtete Koch: «Kurz nach diesem Auftritt ereignete sich Folgendes: Der Ministerialrat Dorsch, der an diesem Tage in Meran war, liess mich bitten, ihn zu untersuchen, da er sich gesundheitlich nicht wohl fühle. Nachdem ich ihn untersucht hatte, stellte ich fest, dass sein Herz nicht gesund war, und dass er dringend Ruhe benötigte. Ich riet ihm, sich zu schonen und mich später in Berlin aufzusuchen, wo ich ihn gründlicher untersuchen wollte. Gebhardt erfuhr von dieser Entscheidung und wir hatten einen heftigen Zusammenprall. Wieder fiel das Wort vom ‚politischen Arzt'. Er sagte mir, mit mir sei nichts anzufangen. Das wisse doch jeder, dass Dorsch jetzt einen wichtigen Posten übernehmen soll, und wenn jemand auf höheren Befehl eine bedeutende Position übernehmen soll, dann habe der Arzt ihn gesund zu schreiben, auch wenn er noch so krank sei.»[42] Gebhardt muss also über die Entwicklung am Obersalzberg von Himmler oder seinem Stab genau und unverzüglich unterrichtet worden sein.

Diese Eigenmächtigkeiten Kochs waren zuviel für Gebhardt. Unter Berufung auf seine Vollmacht befahl er meinem Gast schon am nächsten Tag, Meran unverzüglich zu verlassen.

Am 19. April wusste ich aus der Krise, die sich aus diesen demütigenden Vorgängen ergeben hatte, nur den Ausweg eines Briefes an Hitler selber. Ich schrieb, dass es illusorisch sei, diese grossen Bauvorhaben zu beginnen, denn «nur mit Mühe kann den primitivsten Anforderungen auf Unterbringung der deutschen werktätigen Bevölkerung, der ausländischen Arbeitskräfte und der Wiederherstellung unserer Rüstungsfabriken gleichzeitig entsprochen werden. Ich stehe nicht mehr vor der Wahl, Bauten auf weite Sicht in Angriff zu nehmen[...], sondern ich muss laufend im Bau befindliche Rüstungswerke stillegen, um die notwendigen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der deutschen Rüstungsproduktion der nächsten Monate zu gewährleisten.» Dorsch könne allerdings weiterhin für die Bauten in den besetzten Gebieten zuständig bleiben.[43] Übrigens stellte ich Göring in einem Telefongespräch anheim, Hitler meinen Wunsch auf Entlassung vorzutragen.

Himmler muss von diesem Affront telefonisch unterrichtet worden sein. Wie aus seinem Kalenderblatt vom 19. April[44] hervorgeht, hatte er gleich darauf eine einstündige Besprechung mit meinem Amtschef SS-Brigadeführer Kehrl, der als Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers in einer engeren Verbindung zu Himmler stand. Sofort nach dieser Besprechung fuhr Himmler zum Berghof. Nach einem gemeinsamen Essen mit Hitler folgte eine Unterredung mit Bormann. Kehrl aber flog am nächsten Tag zu mir nach Meran, wo er zwei Tage blieb.[45] Ich hatte damals keinen Grund, an seiner Loyalität zu zweifeln; auch glaubte ich, dass er seine Bindung an mich über die eines SS-Führers gegenüber Himmler stellen würde. Aber mir ist nicht erinnerlich, dass er mich über seine Unterhaltung mit Himmler vom Vortage oder über das Klima unterrichtete, das die Gespräche über mein Ministerium geprägt hatte.

Am 22. April schrieb mir Himmler im vollen Bewusstsein seiner Überlegenheit einen Brief, dessen Unfreundlichkeit sich noch in meiner um drei Wochen verspäteten Antwort widerspiegelt: Ich hätte es «für richtiger gehalten, wenn Sie auch Ihrerseits die Vorwürfe [...] zunächst mit mir besprochen hätten, anstatt sie mir als feststehende Tatsache mitzuteilen». Es handelte sich um schwere Vorwürfe Himmlers gegen die technischen Leiter der A 4-Fertigung, Degenkolb und Rickhey.[46] Daraufhin forderte ich am 23. April noch einmal, nach dem Obersalzberg fliegen zu dürfen, aber wieder lehnte Gebhardt unter Berufung auf seine Vollmachten als ärztlicher Beauftragter Hitlers ab und erklärte rundweg, dass er mir den Flug gesundheitlicher Bedenken wegen verbieten müsste, obwohl Professor Koch schon sechs Tage zuvor einen Flug zu Hitler nicht beanstandet hatte. So resignierte ich und bat meinen Freund Milch, bei nächster Gelegenheit Hitler meine Rücktrittsabsichten mitzuteilen; die Machtstellung Dorschs schien endgültig gefestigt. Mir lag jetzt nur noch daran, gerade in dieser Lage mit Hitler zu sprechen und vielleicht sogar seine Zustimmung zu meiner Demission zu erlangen.

Als ich Gebhardt energisch drohte, Hitlers Arzt Dr. Brandt selber einzuschalten und darüber hinaus andeutete, dass ich ja jederzeit mit Hitler telefonieren könne, erklärte Gebhardt zögernd, dass Himmler persönlich die Entscheidung fallen müsse. Damit gab er unverblümt zu, dass es sich bei dem

Verbot eines Fluges zu Hitler um eine Entscheidung Himmlers gehandelt hatte; von dem medizinischen Vorwand war nicht mehr die Rede. Himmler erklärte sich nach dieser Drohung, wie mir Gebhardt übermittelte, mit dem Flug einverstanden, allerdings unter der Bedingung, dass ich ihn vor meiner Besprechung mit Hitler aufsuchen müsse. Damit hatte er die Maske endgültig fallenlassen.

Bei dem von ihm erzwungenen Besuch am Vormittag des 24. April 1944 sprach Himmler unverfroren[47] von «Tatsachen, die nicht mehr zu revidieren seien», nämlich der Abtrennung des Bauwesens vom Rüstungsministerium und seiner Übertragung an den bewährten Parteigenossen Dorsch. Das sei in Besprechungen mit Hitler, an denen auch Göring beteiligt gewesen sei, schon vor Tagen definitiv beschlossen worden. Er wisse natürlich, dass ich mich dagegen gewehrt habe; aber er rate mir gut, wenn er mir nun sage, dass ich den Zorn Hitlers durch unvernünftige Reaktionen wie einen Rücktritt nur steigern würde. Ich hätte Hitlers Programm verschleppt, die deutsche Industrie rechtzeitig unter Beton oder in Höhlen zu verlegen. Nun sei Dorsch ein selbständiger Baubevollmächtigter Hitlers, aber mir verbliebe ja immerhin mit der Rüstung noch ein entscheidendes Aufgabengebiet. Bei solchen Gelegenheiten demonstrierte Himmler durchaus nicht triumphierend seine Überlegenheit. Im Gegenteil bemühte er sich sichtlich, mich mit grösster Freundlichkeit zu behandeln und mich meine Niederlage nicht fühlen zu lassen.

Sonderbarerweise nahm ich diese Anmassung Himmlers hin. Obwohl ich einer der erfolgreichsten Reichsminister war, protestierte ich nicht einmal mehr. Wie gelähmt sagte ich alles zu. Aber ich wollte ja ohnehin reinen Tisch machen, und mir war es jetzt recht, wenn das Dorsch zugedachte Aufgabengebiet aus meinem Bereich ausgegliedert werden sollte. Die Durchführung dieser übergrossen sechs bis acht Bunkerbauten musste in dieser Phase des Krieges ja ohnehin scheitern.

In Berlin und Halle tauchten wenig später Gerüchte auf «dass der Minister Speer auf die Vorstellungen von Dr. Ley, Gauleiter Sauckel und Professor Krauch, dem Generalbevollmächtigten für die Reichsgruppe Chemie, abgesetzt sei, weil er die Flugzeugproduktion vernachlässigt habe».[48]

Als ich am gleichen Tag, am 24. April 1944, von Himmler zu Hitler auf den

Berghof fuhr[49], ging Hitler auf meine mit Himmler abgesprochene Unterwerfung jedoch überhaupt nicht ein. Plötzlich war er es, der die Verstümmelung meiner mühsam aufgebauten, einheitlichen Organisation nicht zulassen wollte. Energisch widersprach er meinem von Himmler inspirierten Vorschlag, Dorsch die Verantwortung über das Baugeschehen auszuhändigen. Zu meiner Verblüffung betonte er, als er mir von Angesicht zu Angesicht gegenüberstand, dass alles beim alten bleibe. Ich sei auch in Zukunft Chef der deutschen Bauorganisation.[50]

Zwei Tage später schon, am 26. April, nahm ich Dorsch mit zu Hitler, damit dieser aus dem Munde Hitlers die neue Entscheidung hörte, die einer Kehrtwendung gleichkam.[51] Wieder einen Tag später, am 27. April, liess sich Himmler Dorsch kommen und besprach sich mit ihm um die Mittagszeit eine'halbe Stunde.[52] Genausowenig wie bei den Besprechungen zuvor wurde ich als der soeben neu bestätigte Chef des Bauwesens von dem Inhalt dieses Gesprächs unterrichtet.

In Wirklichkeit änderte sich nichts mehr. Dorsch blieb im Amt und bestimmte das Baugeschehen, denn ich war ja gar nicht in der Lage, auch noch diese Aufgabe selber verantwortlich zu übernehmen. Mir verblieben Vorschläge wie etwa der Wunsch, «dass die bauliche Herrichtung der Höhlen, die für die Wälzlagerproduktion notwendig sind, vor den ‚Jägerfabriken' sichergestellt werden» müssten.

Als er diese Entscheidung am 13. Mai 1944 hörte, betonte Hitler «von sich aus, dass selbstverständlich 160'000 m^2 Betriebsraum, die in einem solchen Fall bombensicher gewonnen werden, genau so gewertet werden wie über Tage in Beton errichtete Werke. Es käme ihm darauf an, die wichtigsten Rüstungsfertigungen gesichert zu haben».[53] Damit war nach den monatelangen Auseinandersetzungen erreicht, dass der illusorische Befehl Hitlers zum Bau von sechs Bunkerfabriken, deren Durchführung bis November ihm von Dorsch zugesagt worden war, nicht mehr die Dringlichkeit besass, die ihm Hitler zudiktiert hatte. Auch liess ich am gleichen Tage Hitler einen Befehl für Dorsch unterschreiben, wonach er für Vorträge beim Führer monatliche Meldungen aufstellen müsse, und zwar wie folgt aufgegliedert:

*1. Quadratmeter Höhlenfläche, die monatlich aus den vorhandenen Höhlen oder Tunnels baufertig gemacht worden ist und gemacht wird.
2. Quadratmeter Höhlen, die monatlich durch Neuanlagen anfallen.
3. Quadratmeter Betonbauten, die monatlich baufertig übergeben werden können».[54]

Auch auf dem eigentlichen Rüstungsgebiet hatten sich während meiner Krankheit Änderungen der Machtstruktur ergeben. Mit der Einrichtung eines zusammenfassenden Organs meines Ministeriums, des Jägerstabes und später – an seiner Stelle – des Rüstungsstabes, begab ich mich notwendigerweise, wenn auch unausgesprochen, meiner eigenen Entscheidungsbefugnisse. Denn die neue Organisation lief darauf hinaus, dass mit meinem Einverständnis das Kommando darüber dem überaktiven Saur unterstellt wurde. Auf meinem Schreibtisch häuften sich in Zukunft zwar Briefe und Anweisungen, die auf meine Unterschrift warteten, aber sie trugen nun das Diktatzeichen TA (Technisches Amt). Am Zustandekommen dieser Befehle war ich kaum noch beteiligt. Wenig später folgte die Ausweitung der Vollmachten Kammlers als Sonderbeauftragter für die Höhlenbauten. Ich war bestätigt, aber entmachtet worden. Die Dinge gingen an mir vorüber, wie ich schon bei meinem Besuch im Mittelwerk gesehen hatte, ohne mir das recht einzugestehen.

Kammlers Bereich

Der Ende Februar 1944 gegründete Jägerstab war aus einer Notlage geboren. Die hartnäckigen und konzentrierten Fliegerangriffe der alliierten Luftstreitkräfte auf unsere Luftrüstung liessen keinen Zweifel über ein Scheitern unserer Pläne zur Erhöhung der Produktion an Jagdflugzeugen aufkommen. Big Week war ein Erfolg.

Am grossen Sitzungstisch sassen in meinem Ministerium unter dem Vorsitz von Saur[1] die Vertreter verschiedener Ministerien und Dienststellen zusammen. Sie waren mit der Beseitigung eben dieser Fliegerschäden befasst. Aus der Katastrophe war eine neue Formel, nicht nur der Organisationsstruktur, sondern auch der Befehlsgewalt entstanden: Alle Mitglieder des Jägerstabes hatten sich den Weisungen des Vorsitzenden auch in ihrem, dem Ministerium nicht unterstehenden Bereich zu fügen. So wurde beispielsweise durch den Vertreter der Reichsbahn die Durchführung von Anordnungen noch während der Sitzung zugesagt. Es gab keine Kompetenzstreitigkeiten; die Vertreter der Reichsbehörden sahen die Notwendigkeit solcher Massnahmen ein; sie konnten ja auch nachträglich Einspruch erheben. Aber ein solcher ist niemals erfolgt. Richtig besehen handelte es sich um eine Vorstufe zu den «konzertierten Aktionen» der Nachkriegszeit.

Zu den ständigen Mitgliedern dieses Jägerstabes zählte seit seiner Gründung Dr. Ing. Kammler. Er nahm die für den baulichen Sektor von Saur angeordneten Massnahmen zur Verlagerung von Industrieobjekten entgegen, soweit sich nicht die Organisation Todt die Durchführung vorbehielt. Diese Massnahmen standen in der höchsten Dringlichkeitsstufe und daher wurden für derartige Projekte zum Beispiel auch die notwendigen Kontingente für den Ba-

rackenbau zugeteilt. Die SS-Bauverwaltung kam dadurch, im Gegensatz zu den spärlichen Zuteilungen des Jahres 1943, in die Lage, ihre Lagerkapazität zu erhöhen.

«Nach einem Befehl Himmlers unterstand der Arbeitseinsatz der Häftlinge für die sogenannten Verlagerungsbaumassnahmen», führte der Chef der Amtsgruppe B des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes aus, «nicht der Amtsgruppe D, sondern dem General Kammler. Jedoch nicht in seiner Eigenschaft als Chef der Amtsgruppe C (Bau), sondern persönlich. Er hatte dafür eine eigene Dienststelle und die Dienstbezeichnung «Sonderbeauftragter des Reichsführers-SS'.»[2] Da Kammler die Verantwortung für unterirdische Verlagerungen am 4. März 1944 auch von Göring übertragen worden war, konnte er alle Vorteile eines «Doppelspänners» ausnutzen und sich je nach Bedarf auf die eine oder andere Dienststelle berufen.

«Kammler hatte die ungewöhnliche Vollmacht», zitiert Professor Bartel den ehemaligen Generaldirektor der Mittelwerke, Georg Rickhey, «über die ihm persönlich unterstehende SD-Abteilung jede Person, die nach seiner Ansicht in den Ablauf der von ihm angeordneten Massnahmen unbefugt eingriff, verhaften zu lassen. Da Kammler von dieser Machtbefugnis jederzeit auch SS-Führern gegenüber rücksichtslos Gebrauch gemacht hat, war ein Eingriff anderer Personen oder Dienststellen in den Arbeitseinsatz [der Häftlinge], der die wichtigste Seite der Kammler'schen technischen Aufgaben war, vollkommen ausgeschlossen. «[3]

An der Spitze des «Sonderstabes Kammler» stand das «Baubüro Dr. Kammler» mit dem Sitz in Berlin. Dieser befehligte mehrere «SS-Sonderinspektionen», die sich über das ganze Reich verteilten und die ihrerseits die regionalen «SS-Führungsstäbe» zusammenfassten.[4] Aus den Akten ist zu entnehmen, dass die Verantwortlichkeit für Einsatz und Kontrolle der unter Kammler beschäftigten Häftlinge in den Händen der SS blieb.[5]

Durch die Tätigkeit Kammlers, eines rücksichtslosen, aber befähigten Roboters, sollte vom Frühjahr 1944 an eine Entwicklung eingeleitet werden, die Hunderttausende von Häftlingen unter härtesten Bedingungen in den Produktionsprozess eingliederte; aber eben das gab diesen Hunderttausenden eine Chance zum Überleben. Wie hektisch die Betriebsamkeit Kammlers sich aus-

wirkte, wird von Rudolf Höss, dem damaligen Leiter des Konzentrationslagers Auschwitz, beschrieben: «Nun stellt es sich heraus, dass zwar die Rüstungsindustrie einen noch ungeheuren ungedeckten Bedarf an Arbeitskräften hat, dass man aber mit dem Aufbau der Unterbringungsmöglichkeit nicht vorwärtskommt. Die Organisation Todt wird zum Bau dieser Rüstungs-Arbeitslager eingeschaltet. Sie fordert aus Mangel anderer Arbeitskräfte ebenfalls wieder Häftlinge. Wo sie unterbringen? Maurer [vom SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt] ist Tag und Nacht auf Besichtigungsreisen und muss die Notunterbringungen zum grössten Teil ablehnen, da es auch am Primitivsten mangelt. Dadurch wieder Verzögerungen des Einsatzes. Himmler tobt, setzt Untersuchungskommissionen mit besonderen Vollmachten zur Entdeckung der Schuldigen ein. In Auschwitz ist alles mit Häftlingen vollgepfropft, die auf den Abtransport in die Rüstungslager warten. Neue Transporte von Eichmann sind im Anrollen, Auschwitz weiter verstopfend. Die Untertage-Verlagerung der wichtigsten Rüstungsindustrie geht naturgemäss nur langsam vorwärts; man hat mindestens zwei Jahre versäumt. Himmler setzt Dr. Kammler als seinen Kommissar für diese Vorhaben ein. Kammler kann auch nicht zaubern, und Wochen, ja Monate vergehen, ohne dass man wesentlich vorwärtskommt. Der Luftkrieg verzögert, hemmt, ja legt oft auf Monate lahm. Himmler treibt weiter, seine Versprechen quälen ihn.»[6] Diese Schilderung des Einsatzes von Kammler bezieht sich offensichtlich auf einen längeren Zeitraum, wahrscheinlich den vom Sommer 1944 bis zum Frühjahr 1945.

In seiner Rede vor Generalen berichtete Himmler in Sonthofen am 21. Juni 1944, dass von Häftlingen «grosse unterirdische Fabriken gebaut werden. Wir haben in den letzten Wochen in einem nicht für möglich gehaltenen Tempo, in acht Wochen, mit diesen Kräften zehn unterirdische Fabrikräume mit Zehntausenden von Quadratmetern Bodenfläche geschaffen.»[7] In der Tat wurde eine organisatorisch und technisch bemerkenswerte Leistung vollbracht. Ein halbes Jahr später berichtete Kammler dem Reichsführer-SS über «die 1944 [von der SS] fertiggestellten Fertigungsflächen bombensicherer unterirdischer Fertigungsstätten für den Rüstungsstab im Auftrage des Herrn Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion».[8]

Aus der beigehefteten grafischen Darstellung ging hervor, dass insgesamt

425’000 Quadratmeter Untertage- oder Bunkerschutz als Produktionsflächen bis zum 1. Januar 1945 von der SS fertiggestellt worden waren. 425’000 Quadratmeter entsprechen einer überdeckten Fläche von etwa 200 Meter Breite und 2 Kilometer Länge. Kammler hatte damit bis zum 1. Januar 1945 unter Anwendung drakonischer Massnahmen immerhin ein Programm durchgeführt, dessen Grössenordnung fast den Forderungen Hitlers auf 600’000 Quadratmeter in sechs Grossbunkern entsprach. Aber selbst die dem Bericht beigegebene Prognose, dass man bis zum 1. Juni 1945 diese Fläche auf 1‘025’000 Quadratmeter erhöhen werde, hätte die Lage ebensowenig geändert wie unsere Gesamtplanung, die 3’000’000 Quadratmeter vorsah. Das alles war im Grunde zwecklos, weil das Ziel Hitlers, die gesamte Rüstungsfertigung vor Fliegerangriffen zu schützen, angesichts deren Ausmass niemals erreichbar war. Hinzu kam die luftstrategische Unsinnigkeit dieses Programms; der Gegner legte in eben diesen Wochen das Verkehrsnetz lahm, und so wäre die Produktion ohnehin nur noch zum kleinsten Teil transportierbar gewesen.[9]

Am 26. Mai 1944 nahm ich «zum erstenmal an einer Sitzung des Jägerstabes teil, der seit dem 28. Februar unter Saur’s Führung äusserst aktiv gewirkt und unerwartete Ausstosszahlen präsentiert» hatte; die Chronik, die dies festhält, berichtet einen Absatz später weiter: «Über die Bauarbeiten referierte SS-Gruppenführer Kammler, der mit seiner Armee von KZ-Häftlingen eine neue Bausäule bildet, die von Zeit zu Zeit vom Minister wieder in die richtige Front zurückgesetzt werden muss»[10] (vgl. Anhang XVII).

Durch Kammlers Baubrigaden war die Zahl der arbeitenden Häftlinge erheblich angewachsen. Nach einer Angabe Himmlers von Anfang März 1945 gab es in den Konzentrationslagern 480’000 gesunde und 120’000 kranke Häftlinge.[11] Diese Zahl stimmt mit einer Statistik überein, nach der am 15. Januar in den deutschen Konzentrationslagern 487‘290 männliche und 156’000 weibliche Gefangene lebten.[12] Von ihnen arbeiteten 137‘500 Häftlinge in der Organisation Todt.[13] Eine Aufstellung Kogons sagt ebenfalls aus, dass 530’000 Häftlinge die Strapazen der Lager überlebten.[14]

Am Rande sei vermerkt, dass nach der Statistik vom 15. Januar 1945 zur

Bewachung der 487’000 männlichen Häftlinge 36‘454 Soldaten eingesetzt wurden. Eine neu aufgestellte Infanteriedivision wurde im Durchschnitt mit 11’000 Mann Stärke angenommen.[15] Es wurden also durch die Häftlinge über drei Divisionen gebunden.

Zweifellos hat diese Arbeitspolitik der SS, die sich etwa Ende 1941 anbahnte und parallel mit den steigenden Anforderungen der deutschen Rüstung ausgedehnt wurde, dazu beigetragen, dass es eine verhältnismässig kleine Zahl von Überlebenden gab. In den letzten Wochen des Krieges allerdings drohte ihnen eine neue Gefahr, da Hitler immer wieder betonte, dass die Konzentrationslager beim Herannahen der Alliierten mit allen ihren Insassen in die Luft zu sprengen seien. Himmler bestätigte diese Drohung am 12. März 1945 in einer Besprechung mit seinem Leibarzt Kersten: «Wenn das nationalsozialistische Deutschland schon zugrundegehen soll, dann sollen seine Feinde und die ganze Bande von Kriminellen, die jetzt in den Konzentrationslagern sitzen, nicht den Triumph erleben, als Sieger herauszukommen. Sie sollen den Untergang teilen. Das ist der klare Befehl des Führers, und ich muss dafür sorgen, dass er genauestens und gründlich durchgeführt wird.» Im weiteren Verfolg der Besprechung allerdings versprach Himmler Kersten, diesen Befehl nicht zu beachten.[16]

Auch ich wusste von dieser Drohung Hitlers und nahm daher in meine letzte Rede, die sich mit dem Nachkriegsdeutschland beschäftigte, den Satz auf: «In den Konzentrationslagern sind die politischen Häftlinge und damit auch die Juden von den asozialen Elementen zu trennen. Erstere sind unversehrt im Lager den besetzenden Truppen zu übergeben. Die Strafvollziehung an allen politischen Häftlingen einschliesslich der Juden ist bis auf Weiteres auszusetzen.»[17] Der Nebensatz über die asozialen Elemente beweist mir aus heutiger Perspektive eine unverständliche Verstrickung in die Denkweise des Regimes.

Wahrscheinlich wäre zu dieser Zeit sogar Himmler mit diesen Sätzen einverstanden gewesen. Solche Bestrebungen passten in seine Politik der letzten Wochen, die am Ende zu seinen Verhandlungen mit Bernadotte über die Rettung von Konzentrationslagerhäftlingen führten.

Im Allgemeinen hatte Himmler stets auf seinem Vorrang in der Hierarchie bestanden und mich daher auch immer zu Besprechungen in sein Hauptquartier bestellt. Nur ein einziges Mal, etwa Mitte März 1945, besuchte er mich in meinen Amtsräumen. Zur gleichen Stunde hatte sich Kaltenbrunner bei meinem Vertreter Hupfauer angesagt. Diese Duplizität erregte bei uns beiden Sorge. Denn mein Amtschef Hupfauer und ich waren von einer ausgedehnten Reise zurückgekehrt, bei der wir für die Ölquellen im ungarischen Raum und für das Kohlerevier und Industriegebiet im tschechischen Raum bei den kommandierenden Generalen und den Zivilbehörden erreicht hatten, dass die Politik der verbrannten Erde nicht ausgeführt werden würde. Vielleicht waren Berichte über unsere Reise über die Gestapo-Leitstellen an Kaltenbrunner und Himmler gegangen. Wir befürchteten, dass eine SS-Aktion gegen uns bevorstand.

Aber es ergab sich ein harmloser Besuch. Kaltenbrunner hatte in der Tat Berichte über unsere ausgedehnte Reiseaktivitäten erhalten, aber er ermahnte seinen Bundesbruder Hupfauer lediglich dringend, vorsichtiger vorzugehen und nicht zu versuchen, ausdrückliche Befehle Hitlers zu verhindern. Jede übermässige Schärfe wurde jedoch vermieden, wenn er auch auf die Todesstrafe für solche Befehlsverweigerung hinwies; der Ton blieb sonderbar kameradschaftlich.

Das Gespräch, das ich gleichzeitig einen Stock tiefer mit Himmler führte, blieb ebenfalls ohne eigentlichen Inhalt. Himmler suchte in verbindlichen Worten Kontakt zu mir, aber ich weiss bis heute nicht, was sein Ziel gewesen ist. Jedenfalls wiederholte er mir gegenüber nicht die allgemeinen Belehrungen, die Kaltenbrunner soeben meinem Mitarbeiter erteilt hatte. Ich meinerseits versuchte ihm klarzumachen, dass Martin Bormann, sein Duzfreund, in dieser Situation kaltgestellt, «aus dem Verkehr gezogen» werden müsse, weil er jedem Schritt zur Mässigung mit seinem Radikalismus entgegenstünde. Himmler selber, so schlug ich ihm vor, solle ihn ersetzen. Dieser Vorschlag dürfte auf Gerüchte zurückgehen, nach denen sich Himmler eine nüchterne Beurteilung der Situation bewahrt hatte und bereit sei, die Konsequenzen aus der Lage zu ziehen. Mein Ansinnen fand aber keineswegs Himmlers Beifall. Kühl und verschlossen erklärte er in offiziellem Ton, dass er einen solchen Auftrag nur vom Führer selber entgegennehmen könne. Aber er brauste durch-

aus nicht auf und drohte nicht einmal, Hitler von diesem Gespräch zu berichten. Wir waren also trotz allem in irgendeiner Form zu Komplizen geworden. Tatsächlich war Himmler damals vielleicht der einzige Führer der NS-Hierarchie, der über Macht verfügte. Rechtfertigte das den Versuch des Zusammengehens? Ausser Himmler aber gab es keinen Pol, der Hitler und Bormann hätte entgegengestellt werden können. Vergebliches, irres Handeln in der Dunkelheit der Stunde nach Mitternacht.

Am 27. März 1945 vergab Hitler zum letzten Mal «eine grosse Aufgabe auf dem Gebiet der Rüstung». An diesem Tage beauftragte er Kammler, der unterdes zum SS-Obergruppenführer befördert worden war, mit der Übernahme des Befehls über die Luftrüstung. «Er bekommt», stellte Goebbels in seinem Tagebuch am 28. März 1945 fest, «vom Führer grösste Vollmachten.»[18] Als Himmler im Oktober 1944 von seinem SD-Stab gedrängt worden war, in der Luftrüstung exekutiv und mit Härte durchzugreifen, hatte er geantwortet, dass einer Verwirklichung im Augenblick nicht aus dem Wege zu räumende Schwierigkeiten entgegenstünden. Nun hatte ein rücksichtsloser SS-Führer den Befehl erhalten, in der Luftrüstung härteste Massnahmen zu ergreifen, um in den letzten Wochen des Krieges noch eine Wende herbeizuführen, und Himmler sah sich bestätigt.

Neun Tage vor dieser Entscheidung, am 18. März 1945, hatte ich Hitler eröffnet, dass mit «Sicherheit der endgültige Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft» in vier bis acht Wochen zu erwarten sei, danach könne «der Krieg auch militärisch nicht fortgesetzt werden.»[19] Es handelte sich also bei dieser Beauftragung Kammlers um eine der Utopien, denen man in dieser verzweifelten Lage nachlief, obwohl bei nüchterner Betrachtung alle Beteiligten wussten, was die Stunde geschlagen hatte. Hitler glaubte also, lediglich durch einen Wechsel der Person die Situation noch retten zu können.

Das Auseinanderreissen der unter meiner Leitung mühsam vereinheitlichten Rüstung der drei Wehrmachtteile und (mit einigen illegalen Einschränkungen) auch der Waffen-SS, hätte selbst bei einer noch intakten Industrie die Möglichkeit jeder improvisierenden Aktivierung ausgeschlossen. Nur die Ausgleichsmöglichkeiten der in diesem Ministerium zusammengefassten Gesamt-

kapazität der Industrie hätten einen einzelnen dringenden Sonderauftrag durchsetzbar gemacht. Das Teilgebiet, das Hitler an diesem 27. März 1945 aus dem Verbund der Rüstung löste, hatte keine Chancen, sich selbst aus dem Sumpf zu ziehen. Aber Hitler hatte oft die Neigung gehabt, in verzweifelten Lagen aufzulösen, was zusammengehörte.

Drei Tage nachdem Hitler Goebbels die bevorstehende Wende in der Luftrüstung mitgeteilt hatte, äusserte sich Hitler erneut: «Der Führer will in der Luftrüstung ein ganz kleines Programm durchführen, das aber mit aller Gewalt auch durchziehen. Es muss unter allen Umständen durchgehalten werden. Göring fühlt sich durch die an Kammler erteilten Vollmachten stark in die Ecke gestellt; aber daran kann man nichts mehr ändern. Der Führer wehrt sich gegen den Vorwurf, dass Kammler nicht früher eingesetzt worden ist. Kammler sei ihm erst bei der Organisation des Einsatzes unserer V-Waffen überhaupt bekannt geworden. Er sei der geeignete Mann, die Luftwaffe in ihrem kleinen Standard trotzdem zu aktivieren. Wir müssen jetzt nach dem Prinzip handeln, nach dem die Sowjets in ihrer grossen Kriegskrise gehandelt hatten, nämlich so primitiv wie möglich werden und aus der Not eine Tugend zu machen versuchen. [...] Jedenfalls ist er [Hitler] entschlossen, nunmehr in der Luftwaffe Ordnung zu schaffen. Ich glaube auch, dass ihm das gelingen wird, denn die Luftwaffengeneralität ist ja, genau wie die Heeresgeneralität, feige, und sobald sie den Herrn über sich verspürt, wird sie schon gehorchen.»[20]

Am 3. April 1945 hatte Hitler erneut «sehr lange Verhandlungen mit Obergruppenführer Kammler gehabt, der jetzt einen Grossteil der Verantwortung für die Reform der Luftwaffe auf seinen Schultern trägt. Kammler macht sich ausgezeichnet, und man setzt auf ihn grosse Hoffnungen.»[21] Nicht Glaube, sondern Brutalität könne Berge versetzen. Darin waren sich Hitler, Goebbels, Bormann und Ley in diesen letzten Wochen des Krieges einig. Auch dies war ein Unterschied zu den letzten Wochen vor der Kapitulation Napoleons.

Ich nehme an, dass sich auch Kammler über die hoffnungslose militärische Lage völlig im Klaren war; trotzdem musste er seinem Auftrag nachkommen. Als erstes delegierte er die Durchführung seiner Aufgabe groteskerweise seiner Bauorganisation. Die «Bauinspektion der Waffen-SS und Polizei Reich-Süd»

wurde für den süddeutschen Raum des fast ganz geteilten Deutschland so zum Träger dieser letzten Hoffnung Hitlers. Erhaltene Fernschreiben demonstrieren den Dilettantismus, mit dem Kammler und sein Baustab an die Arbeit gegangen sind. So gab beispielsweise der Leiter dieser Bauinspektion Reich-Süd am 3. April Kammlers Befehl weiter, nach der SS-Obersturmführer Mataré, der zugleich SS-Verbindungsführer zu den OT-Einsatzgruppen VI, VIII und IX war, mit der Wahrnehmung des Sonderauftrages Strahlflugzeuge und Silberprogramm beauftragt sei. Ein Obersturmführer – das entsprach dem Rang eines Oberleutnants – führte also den Sonderauftrag Hitlers durch, von dem die Existenz des Reiches abhängen sollte. Die neuen Aktivitäten wirkten dürftig und konnten bei solchen Fehlbesetzungen auch nicht wirkungsvoll ausfallen. So legte der Leiter der Bauinspektion Reich-Süd im gleichen Fernschreiben fest, dass er beabsichtige, «SS-Obersturmführer Dauser, Meldekopf München, für dringend befohlenes Siedlungs- und Meilerprogramm einzusetzen». Welche Vorteile in diesem Stadium des Krieges die Durchführung eines Siedlungsprogrammes, dessen Fertigstellung schätzungsweise ein Dreivierteljahr in Anspruch genommen hätte, für den Sonderauftrag haben konnte, bleibt unerfindlich. Weiter heisst es: «Bitte um entsprechende Mitteilung an SS-Sturmbannführer Dr. von Gliszinsky. Gleichzeitig bitte ich um Rück-Fernschreiben mit Angabe wo Sturmbannführer Dr. von Gliszinsky jetzt seinen Dienstsitz hat. In Minden ist er nicht zu erreichen.»[22]

Vier Tage später zeigt die gleiche Ohnmacht ein Funkspruch, den ein Herr Karl an Kammler weiterleiten sollte. Das Untergrundvorhaben Kirchbichl in Tirol sei von Steyr für den Daimler-Benz-Flugmotor 603 belegt. Professor Messerschmitt schlage vor, dass Junkers diese Fertigung mit allen Zusatzteilen dort unterbringe; die Räume seien geeignet. Kammler solle entscheiden, «um gegebenenfalls an Junkers entsprechenden Befehl über Durchführung der Verlagerung zu geben und Firma Steyr über Räumung zu verständigen».[23] Solche Detailmassnahmen wurden nach meinen generellen Richtlinien von untergeordneten Stellen der «Selbstverantwortung der Industrie» entschieden.

Volltönende Bezeichnungen standen im umgekehrten Verhältnis zu den Er-

folgsaussichten. So wurde Mataré in einem Funkspruch vom 8. April 1945 als «Beauftragter des Generalbevollmächtigten des Führers für Strahlflugzeuge» bezeichnet. Die Meldungen, die dieser Beauftragte des Generalbevollmächtigen des «Führers» selbst stolz weitergab, hatten allerdings die geringste Bedeutung. Ein unbekannter Oberst Pretzell hatte «entschieden, dass Emmerich AG. in Weingut II» – wahrscheinlich das Projekt einer unterirdischen Fabrik – «innerhalb 8 Tagen 4'000 qm Fertigungsfläche, nach weiteren 5 Tagen zusätzlich 1'500 qm und bis zum 1. Mai insgesamt 7'500 qm Fertigungsfläche erhält. Die weitere Inneneinrichtung ist gestoppt. Im Übrigen geht der Aussenbau planmässig weiter. Morgen soll erster Zement-Sondertransport aus Blaubeuren eintreffen.»[24] Eine Woche später hatte ein SS-Obersturmbannführer Staeding, der sich «Bevollmächtigter des Führers für Strahlflugzeuge» nannte, an Professor Messerschmitt und Direktor Degenkolb ebenfalls durch Funkspruch mitgeteilt, dass er sich und seine «Dienststelle von Halle nach Dresden abgesetzt [habe]. Was kann ich von hier aus für Sie oder [Me] 262 tun? Auch Protektorat kommt in Frage. Wo brauchen Sie sonst noch Hilfe?» endete die Mitteilung, als ob er dazu in der Lage gewesen wäre, wo er doch selbst schon beim Absetzen war.[25]

Die entsprechenden Dokumente, denen man heute in den Archiven begegnet, muten gleichzeitig erschreckend und lächerlich an. Das einst allmächtige SS-Führungshauptamt war im Begriff, für militärische Zwecke *einen* Lastkraftwagen zu beschlagnahmen, der bei der Flugzeugfirmajunkers eingesetzt war. Kammler sandte ein Fernschreiben an das SS-Führungshauptamt, dass «gemäss Führerbefehl Massnahmen Strahlflugzeuge militärischen vorausgehen. Bin deshalb nicht in der Lage gewesen, gewünschten Lastkraftwagen freizustellen.»[26] Unterdessen hatte sich Kammler, wie aus dem Schreiben hervorgeht, allerdings aus der Nähe Hitlers abgesetzt und seinen Sitz in München genommen. Denn bei den zu erwartenden Misserfolgen konnte die Nähe Hitlers für ihn eine Gefahr bedeuten.

Am 16. April, fast drei Wochen nachdem Kammler seinen kriegswendenden Auftrag von Hitler erhalten hatte, nahm er Vernunft an und bestellte als Hitlers Generalbevollmächtigter «im Einvernehmen mit Reichsminister Speer und Hauptdienstleiter Saur Direktor Degenkolb [ebenfalls] zum Generalbevollmächtigten beim Reichsministerium für Rüstung und Kriegproduktion für

Fertigung [Me] 262».[27] Aber Degenkolb war ohnehin und seit längerem der vom Ministerium beauftragte Industriebevollmächtigte für die Fertigung von Strahlflugzeugen. Hitlers Auftrag fiel so in einer phantomhaften Ausführung wieder an mein Ministerium zurück. Es gab nun, wie aus demselben Schreiben zu entnehmen ist, zwei Generalbevollmächtigte, der eine von Hitler, der andere von Kammler ernannt. Eine Feinheit, die noch nach einer Generation durch den Wortlaut des Funkspruchs durchschimmert: Kammler machte Degenkolb nicht zum Generalbevollmächtigten *im*, sondern *beim* Rüstungsministerium, was darauf hinweisen sollte, dass er mir in dieser neuen Eigenschaft zugeordnet, aber nicht unterstellt sei, was auch daraus hervorgeht, dass Kammler ihn im weiteren Verlauf als «seinen» Generalbevollmächtigten bezeichnete.

Um wieder einmal den Machtwechsel zu betonen, sandte der «Generalbevollmächtigte des Führers für Strahlflugzeuge», Kammler, am gleichen Tage an den Leiter der Messerschmitt-Zweigwerke in Regensburg, Frank, ein Fernschreiben: «Gemäss Befehl des Führers vom 27. März 1945 sind sämtliche Vollmachten, die bisher im Rahmen des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion für Me 262 erteilt worden sind, auf mich übergegangen.» Allerdings scheint es sich eher um eine Protokollafiare gehandelt zu haben, wie sie etwa gehandhabt wird, wenn durch einen Regierungswechsel die Minister abdanken, um am nächsten Tag erneut ernannt zu werden. Denn Kammler dankte Frank «für die bisher geleisteten Arbeiten», um fortzufahren: «Ich habe meinen Generalbevollmächtigten für die Fertigung Me 262 im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, Herrn Direktor Degenkolb, gebeten, sich mit Ihnen wegen der weiteren Mitarbeit in Verbindung zu setzen.»[28] Ein Vermerk auf diesem Fernschreiben: «Nach Regensburg besteht keine Verbindung» unterstreicht das Burleske solcher Bemühungen. Wahrscheinlich hat ein so vernünftiger Mann wie Degenkolb dieses Produktionsspiel nur mitgemacht, um nicht in letzter Minute mit der SS in Konflikt zu geraten und als Saboteur hingerichtet zu werden.

Vielleicht ging es Kammler ebenso. Wie um diesen geisterhaften Szenen einen grotesken Abschluss zu geben, fand er sich Anfang April bei mir ein, um sich zu verabschieden. Zum erstenmal trat Kammler während unserer vierjähri-

gen Bekanntschaft nicht mit der sonst immer zur Schau getragenen Forschheit auf; im Gegenteil, er wirkte unsicher und schlüpfrig, als er mir dunkle, sehr vage Andeutungen machte, warum ich mich mit ihm nach München absetzen solle. Bei der SS seien Bestrebungen im Gange, den Führer zu beseitigen. Er selber aber, so deutete Kammler an, werde mit den Amerikanern Fühlung aufnehmen und ihnen als Gegenleistung für eine Garantie seiner Freiheit die gesamte Technologie unserer Strahlflugzeuge, wie auch der A4-Rakete und wichtiger Weiterentwicklungen bis zur Rakete von Kontinent zu Kontinent anbieten. Zu diesem Zweck würde er nun in Oberbayern alle Fachleute der Entwicklung zusammenfassen und sie zur Übergabe an die Amerikaner um sich versammeln. Er stellte mir frei, mich an dieser Aktion zu beteiligen, die sicher zu meinem Vorteil ausschlagen würde.

Später las ich in Jean Michels Buch «Dora», das sich mit den Zuständen im Lager Mittelwerk beschäftigt: «Dreissig Jahre sind vergangen, die gleiche Schlussfolgerung drängt sich mir immer wieder auf: Der SS-Obergruppenführer Hans Kammler war der einzige, der genügend Vollmachten besass, um die Gestapo anzutreiben[29], seinen seltsamen Handel vorzuschlagen. Kammler war der einzige, der im November 1944 den Alliierten sagen lassen konnte: ‚Ich kann mit Ihnen über die Zukunft der Geheimwaffen verhandeln. [...] Sein zudringlicher Wunsch nach Kontakt, der Wille, die französische Widerstandsbewegung zu manipulieren, könnte mit dem sadistischen Doppelspiel einer Katze mit der deportierten Maus verglichen werden. Dieser Vergleich gibt die gegebenen Tatsachen der düsteren Verhandlungen gut wieder, von denen Hans Kammler der Anstifter war.»[30]

Die SS hatte dann auch den Transport der Ingenieure und Offiziere der A 4-Entwicklung unter der Führung von General Dornberger nach dem Skiort Oberjoch im Allgäu unterstützt. Auch Wernher von Braun war ein Mitglied dieser Gruppe in den bayrischen Bergen, die sich den amerikanischen Truppen ergab. Aber Kammler war nicht unter ihnen. Gerüchte sagten, dass er in den letzten Kriegstagen in Prag von seinem eigenen SS-Adjutanten erschossen wurde. Vielleicht handelte er im Sinne der elitären Treue-Ideologie der SS.

Vierter Teil

Judenschicksal

Hass und Rationalität

Während des ganzen Jahres 1942 bemühten sich die Dienststellen der Rüstungsinspektion Berlin, die in der Rüstung beschäftigten Juden vor der Deportation zu bewahren. Im Nachhinein ist es schwer zu sagen, wie viele menschliche Empfindungen hinter dem Argument verborgen waren, dass die Arbeitskräfte dem Produktionsprozess erhalten werden müssten. Das wird von Fall zu Fall verschieden gewesen sein. Aus den Akten gehen aber die Versuche hervor, immer mehr Juden in den Berliner Rüstungsfabriken zu beschäftigen, womit sie automatisch aufs erste dem Abtransport in den Osten entzogen waren. Ich sehe heute bei der Lektüre jener alten Dokumente aber auch, dass Stellungnahmen in jener entschiedenen Sprache fehlen, mit der ich doch sonst selbst in Bagatellangelegenheiten Himmler oder Kaltenbrunner entgegentrat. Nur vorsichtig versuchte mein Ministerium, die Lage der Juden zu verbessern, und sicherlich geschah das häufig tatsächlich nur, um ihre Arbeitsleistung zu erhalten.

Himmler und die Gestapo verhielten sich selbst in den Fällen massvoll, in denen sie Vorwürfe gegen die Industriellen erhoben; scharfe Drohungen sind in den Akten ebenso selten erhalten wie drakonische Massnahmen. Aber solche sollen nicht ausgeschlossen werden, da das vorhandene Material einen lückenhaften Eindruck macht.

Der Antisemitismus, der im jahrelangen Kampf Hitlers um die politische Macht im Mittelpunkt aller Reden und Aktionen stand, hatte eine scharfe Bekämpfung dieser Nationalsozialisten durch die Juden geradezu herausgefordert. Es ging schliesslich um die Existenz der Juden selbst, wobei erstaunlich

bleibt, dass diese angeblich vor 1933 in Deutschland so mächtigen Juden nicht einmal in der Lage waren, diese Kleinbürgerbewegung der Nationalsozialisten wirkungsvoll zu bekämpfen. Durch diesen berechtigten Kampf der Juden gegen ihre Erzfeinde steigerte sich der Hass der Partei gegen alles Jüdische zu einem Ausmass, das keine Ausnahme und kein Zurück mehr kannte.

In allen Fragen, die direkt oder indirekt mit dem Schicksal der Juden zu tun hatten, gab es keine Rücksicht. Hier war es kaum einmal möglich, Ausnahmeregelungen durchzusetzen; bei jeder eigenmächtigen Handlung drohten persönliche Gefahren. Ein führender Parteigenosse konnte durch Unzuverlässigkeit, durch persönliches Versagen, selbst durch Korruption belastet sein – das nahmen Hitler und Bormann notfalls hin; niemals aber ein offenes Einstehen für die Juden. Jede Regung dieser Art bedeutete augenblicklich Verlust von Rang und Ansehen, den Sturz in das Nichts. Ich habe nur einen einzigen offenen Widerspruch erlebt – als Henriette von Schirach sich auf dem Obersalzberg bei Hitler über die Massentransporte von Juden erregte, die sie aus nächster Nähe in Holland erlebt hatte. Henriette war eine seiner vertrautesten Freundinnen aus der frühen Zeit. Deshalb hatte sie sich bis dahin auch manches unbotmässige Wort herausnehmen können, das wegen seiner wie selbstverständlich vorgebrachten Kühnheit eine scharfe Reaktion Hitlers hätte erwarten lassen; aber diese blieb regelmässig aus. Nun hatte sie sich für die Juden eingesetzt. Noch in derselben Nacht mussten sie den Berghof verlassen. Hitler hat beide Schirachs nie wieder empfangen.

In der Sitzung vom 20. bis 22. September 1942 befahl Hitler Sauckel, alle noch in Rüstungsbetrieben des Reiches arbeitenden Juden in die östlichen Lager abzutransportieren. Damit waren in der Hauptsache die Berliner Juden gemeint, um deren Verbleib in der Stadt und damit an ihrem Arbeitsplatz seit dem Herbst 1941 zwischen der Rüstungsinspektion III und den Parteistellen gerungen worden war. Bereits am 15. August 1941 führten Forderungen der Berliner Gauleitung zu einschränkenden Massnahmen gegen die Berliner Juden. Das Haupternährungsamt Berlin teilte an diesem Tage der Berliner Rüstungsinspektion mit, «dass jüdische Arbeiter nicht mehr Lang-, Schwer- und Schwerstarbeiter-

Zulagekarten erhalten dürfen. Auch dürfen Nicht-Arier nicht das gleiche Essen erhalten wie die arischen Arbeitskräfte in einem Rüstungsbetrieb. Das Haupternährungsamt der Stadt Berlin liefert nämlich», so erläuterte der Bericht, «den Werkkantinen der Rüstungs-Betriebe für die Verpflegung der arischen Arbeitskräfte Zusatzlebensmittel wie Reis, Nudeln, Speck, Margarine usw., um die Mahlzeiten schmackhafter und nahrhafter zu gestalten. Den jüdischen Arbeitskräften» müssten von nun an «in einer besonderen Küche nur auf Grund ihrer Lebensmittelkarten warme Mahlzeiten zubereitet werden. Es ist dagegen nicht gestattet, dass die Juden in den gleichen Kantinen oder Kasino-Räumen essen wie die Arier.»[1]

Dieser Massnahme folgte einige Wochen später, im September 1941, Goebbels' kategorische Forderung nach einem totalen Abtransport der Juden aus seinem Gau Berlin. In einer Ministerbesprechung, bei der auch Gauleiter Jordan (Dessau) anwesend war, verlangte Goebbels: «Die Berliner Juden müssen evakuiert oder in einem Ghetto zusammengefasst werden.»[2] Wenige Wochen später begann die Deportation.

In den Akten meines Vorgängers Todt – ich war zu dieser Zeit noch Architekt – ist folgender Bericht erhalten: «Im Oktober 1941 begann plötzlich, ohne dass der Rüstungsinspektion vorher Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, eine Umsiedlung der [Berliner] Juden nach dem Osten. Die in dringlicher Fertigung befindlichen Juden sollten vorläufig nicht evakuiert werden. Da andererseits aber die Abschiebung aus verschiedenen Gründen sippenweise geschehen sollte, wurden trotzdem wichtige Kräfte in steigender Zahl miterfasst und gingen den Rüstungsbetrieben verloren.»[3]

Vier Wochen später, am 15. November 1941, berichtete die Berliner Rüstungsinspektion detaillierter: «Die Fortschaffung von rund 75'000 Juden aus Berlin, von denen rund 20'000 an wichtigen Arbeitsplätzen – im Metallsektor allein über 10'000 – eingesetzt sind, greift auch in die Frage der Arbeiterersatzbeschaffung ein. Eine Ersatzgestellung in Gestalt von deutschen Arbeitskräften durch das Arbeitsamt ist ausgeschlossen. Bis zum 4. Dezember 1941 sollen weitere 15'000 Juden, und dann ab Februar 1942 der Rest evakuiert werden. Die in der Rüstungsindustrie arbeitenden Juden sollen nach Möglichkeit am Schluss der Evakuierungsmassnahmen aus den Betrieben herausge-

nommen werden. Zu diesem Zweck hat das Arbeitsamt Berlin mit der Gestapo bestimmte Vereinbarungen getroffen.»[4]

In der Tat begannen die ersten Transporte jüdischer Männer und Frauen am 18. Oktober 1941 und dauerten bis zum 25. Januar 1942. In zehn Zügen wurden in diesen drei Monaten Tausende von Juden ihrem Schicksal überliefert.[5]

«Wegen Mangel an Ersatz eingearbeiteter Kräfte und wegen Mangel an Transportraum wurde die vorgesehene weitere Umsiedlung der Juden Anfang 1942 eingestellt», heisst es im Bericht der Rüstungsinspektion III vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1941.[6] Aber gleichzeitig wurden die verbliebenen «Juden, die früher häufig einzeln in Betrieben gearbeitet hatten, zu geschlossenen Gruppen, Betriebsabteilungen oderjudenschichten zusammengefasst. Hier arbeiteten sie von der arischen Gefolgschaft getrennt. Sie wurden nur durch arische Meister bzw. Vorarbeiter beaufsichtigt.»[7]

Als ich einen Monat später, am 8. Februar 1942, mein Amt als Rüstungsminister antrat, fand ich einen akuten Mangel an Waffen und Munition aller Art vor, dessen baldige Behebung, wie die Generale mir in aller Kühle mitteilten, über den weiteren Verlauf des Krieges entscheiden würde. Denn durch die verlorene Winterschlacht im verschneiten und vereisten Russland hatte die Truppe ihre Bestände weitgehend eingebüsst und stand nun im Frühjahr mehr oder minder waffenlos vor dem zur Offensive ansetzenden Feind.

Allein diese akute Notlage führte zu einer Verlangsamung der Transporte der jüdischen Arbeiter in den Osten. Diese Notlage konnte ich auch ins Feld führen, als ich wenige Wochen nach meiner Amtsübernahme meine Gespräche mit Bormann aufnahm. Am 13. März 1942 erliess Bormann «auf Vorschlag von Reichsminister Speer» ein Rundschreiben an die Dienststellen, in dem es unter anderem heisst: «Wenn Betriebsführer von Rüstungsbetrieben in einzelnen Gauen daher auch künftig noch Juden beschäftigen, so darf ihnen daraus, zumal sie dies einer Weisung des Reichsministers für Bewaffnung und Munition entsprechend tun, keineswegs ein Vorwurf gemacht werden. Ich bitte die Gauleiter, die Betriebsführer von Rüstungsbetrieben, die weisungsgemäss noch Juden beschäftigen, gegen Angriffe und den Verdacht der Judenfreund-

lichkeit in Schutz zu nehmen und soweit erforderlich für die notwendige Aufklärung der Bevölkerung zu sorgen.» Ohne Bormann um Genehmigung zu fragen, veröffentlichte ich diese Bekanntmachung am 31. März 1942 in der ersten Nummer der von mir ins Leben gerufenen «Nachrichten» des Ministeriums, die an alle deutschen Betriebsführer versandt wurde.[8]

Der Fanatismus von Goebbels, der in vielerlei Hinsicht die treibende Kraft hinter allenjudenfeindlichen Massnahmen war und darin zeitweise sogar Himmler übertraf, nahm das jedoch nicht hin. Am 12. Mai 1942 trug er in sein Tagebuch ein: «Noch immer 40’000 Juden in Berlin. Abtransport in den Osten schwierig, da zum grossen Teil in Rüstungsbetrieben beschäftigt und [sie] nur familienweise abgeschoben werden sollen.»[9] Fünf Tage nach dieser Notiz kam Goebbels auf das Thema zurück: «Wir versuchen, die noch in Berlin verbliebenen Juden jetzt in grösserem Umfange nach dem Osten zu evakuieren. Ein Drittel aller in Deutschland noch wohnendenJuden befindet sich in der Reichshauptstadt.[10] Das ist natürlich ein auf die Dauer unerträglicher Zustand. Hauptsächlich ist er darauf zurückzuführen, dass in Berlin verhältnismässig viele Juden in der Rüstungsindustrie beschäftigt sind und nach einer Verordnung auch ihre Familienmitglieder nicht evakuiert werden dürfen. Ich strebe eine Aufhebung dieser Verordnung an und werde alle die Juden, die unmittelbar in kriegswichtigen Betrieben beschäftigt sind, aus Berlin herauszubringen versuchen.»[11]

Dass die jüdischen Familien nicht auseinandergerissen wurden, ging auf Zweckmässigkeitsüberlegungen zurück; man glaubte, dass nur so eine zufriedenstellende Arbeitsleistung zu erwarten sei. Auf diese Weise war damals noch ein Familienmitglied, das in einem Rüstungsbetrieb arbeitete, ein Schutz für alle anderen. Das geht auch daraus hervor, dass noch im November 1941 «von rund 75’000 Juden in Berlin [nur] rund 20’000 an wichtigen Arbeitsplätzen eingesetzt»[12] waren.

Ohne jeden Zweifel bestärkte Goebbels selbst Hitler in seinem Radikalismus. Aber es dauerte noch vier Monate, bis am 22. September 1942 Hitler dem für die Arbeitskräfte verantwortlichen Generalbevollmächtigten Sauckel befahl, die Juden nun endgültig aus allen Rüstungsbetrieben im Reich herauszu-

ziehen. Ich machte Hitler darauf aufmerksam, dass der Verlust der jüdischen Arbeiter einen folgenschweren Eingriff in die Rüstung bedeute; aber Sauckel versicherte, er könne vollwertigen Ersatz mit Fremdarbeitern stellen, und so war mein Argument ohne Gewicht. Was ich jenseits dieser Zweckmässigkeitserwägungen empfunden habe, vermag ich heute nicht mehr mit Sicherheit auszumachen.

Triumphierend vermerkte Goebbels am 30. September 1942 in seinem Tagebuch: «Der Führer gibt noch einmal seiner Entschlossenheit Ausdruck, die Juden unter allen Umständen aus Berlin herauszubringen. Auch die Sprüche unserer Wirtschaftssachverständigen und Industriellen, dass sie auf die sogenannte jüdische Feinarbeit nicht verzichten könnten, imponiert ihm nicht. Plötzlich sind die Juden überall zu den höchsten Qualitätsarbeitern emporgelobt worden. Man führt dies Argument uns gegenüber immer wieder ins Feld, um für sie Schonung zu erbitten. Aber die Juden sind nicht so unentbehrlich, wie sie von unseren Intellektuellen gemacht werden. Es wird nicht allzu schwer sein, angesichts der Tatsache, dass wir in Berlin allein 240’000 ausländische Arbeiter haben, auch noch die restlichen 40’000 Juden, von denen überhaupt nur 17’000 im Produktionsprozess tätig sind[13], durch ausländische Arbeiter zu ersetzen. Der jüdische Feinarbeiter wird, je länger je mehr zu einem stehenden Argument der intellektuellen philosemitischen Propaganda. Hier zeigt sich wieder, dass wir Deutschen allzu leicht dazu neigen, zu gerecht zu sein und Fragen staatspolitischer Notwendigkeit mit Ressentiment, aber nicht mit kühlem Verstand zu beurteilen.»[14]

Vom 19. Oktober 1942 an wurde die Ernährung der arbeitenden Juden in einem Umfang beschnitten, der ihre Arbeitsfähigkeit bedrohte. Von nun an erhielten sie überhaupt keine Fleisch- und Eierkarten mehr.[15] Es muss als Zeichen von Resignation gelten, dass aus den Akten der Rüstungsinspektion kein Protestschritt gegen diese Massnahme mehr feststellbar ist.

Vier Wochen später verkündete Himmler am 23. November 1942 vor SS-Junkern: «Der Jude ist aus Deutschland ausgesiedelt.»[16] Das war voreilig, denn es gab immerhin noch die Berliner jüdischen Arbeiter, die im Produktionsprozess geduldet wurden, wie auch ein Rundschreiben Sauckels ausweist, das er drei Tage später versandte:

«Im Einvernehmen mit dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD sollen nunmehr auch die noch in Arbeit eingesetzten Juden aus dem Reichsgebiet evakuiert und durch Polen, die aus dem Generalgouvernement ausgesiedelt werden, ersetzt werden. Die sogenannten ‚qualifizierten' jüdischen Arbeitskräfte werden den Betrieben solange belassen, bis der polnische Ersatz durch eine von Fall zu Fall zu bestimmende Anlernzeit mit den Arbeitsvorgängen hinreichend vertraut gemacht worden ist. Hierdurch wird sichergestellt, dass Produktionsausfälle in den einzelnen Betrieben auf das äusserste Mass beschränkt bleiben.»[17] Es folgte aus den umfassenden Vollmachten Sauckels und seiner Arbeitsämter, dass ihm die Feststellung überlassen war, wann der gestellte Ersatz als vollwertig angesehen werden konnte. Das war ein Zustand, der von mir und meinen Dienststellen immer wieder kritisiert wurde, weil so aussenstehende Nichtfachleute in den Produktionsprozess eingriffen.

Ein Eintrag im Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Berlin vom 9. November zeigt, dass die bevorstehenden Transporte zwei Wochen zuvor bekannt waren: «Die Nichtarier, auch die in Rüstungsbetrieben eingesetzten jüdischen Arbeiter, werden in der nächsten Zeit aus Gross-Berlin evakuiert werden. Hierdurch werden einige Betriebe, besonders der feinmechanischen Branche, in denen eine grössere Anzahl von jüdischen Arbeiterinnen eingesetzt ist, betroffen. Die evakuierten Juden sollen durch Polen ersetzt werden.»[18]

Aber wieder vergingen merkwürdigerweise über drei Monate, in denen nichts geschah. Dann rief mich Goebbels in den letzten Tagen des Februar 1943 an und erklärte mit äusserster Entschiedenheit, dass keine Juden noch länger in Berlin verbleiben könnten; Sauckel habe ihm soeben die endgültige Zusage gegeben, für diese jüdischen Arbeitskräfte polnischen Ersatz zu stellen. Die Auskunft der Betriebsführer, dass in diesem Falle die Leistung absinken werde, habe er endgültig satt. Auf das Wort Sauckels, eines alten Parteigenossen, sei Verlass, was er verspreche, werde er auch halten.

Auf anderen Gebieten hatte ich mit Goebbels jedoch gutes Einvernehmen. Er sorgte gerade in diesen Monaten dafür, dass die Wichtigkeit der Rüstungsproduktion durch Rundfunk, Wochenschauen und Zeitungsreportagen herausgestellt wurde. Auch auf meine persönliche Geltung hatte sich diese Aktion

vorteilhaft ausgewirkt. Die Öffentlichkeit anerkannte mich als einen der wichtigsten Mitarbeiter Hitlers im Kriegsgeschehen. Ich war schwach genug, Goebbels zu erklären, dass ich unter diesen Umständen keine Einwände mehr geltend machen könne.

Einige Tage später, am 27. Februar, fand die Evakuierung statt, die Sauckel dann einen Monat später, am 26. März 1943, in einem Rundschreiben erläuterte. Jackson hielt mir im Nürnberger Prozess im Kreuzverhör den Text vor: «Im Einvernehmen mit mir und dem Herrn Reichsminister für Bewaffnung und Munition hat der Reichsführer-SS aus Gründen der Staatssicherheit die bisher im freien Arbeitsverhältnis tätigen, nicht lagermässig eingesetzten Juden Ende Februar von ihren Arbeitsplätzen abgezogen und einem geschlossenen Einsatz zugeführt oder zur Fortschaffung zusammengezogen.»[19]

Geheimrat Bücher, der Vorstandsvorsitzende der AEG, hatte sich in den letzten zwei Jahren mit besonderer Eindringlichkeit dafür eingesetzt, dass möglichst viele der in seinen Werken beschäftigten Juden von den Transporten ausgenommen würden. Mit Bücher verband mich schon aus meiner Zeit als Chefarchitekt Berlins eine gegenseitige Zuneigung, die auch vertrauliche Gespräche zuliess. Sogleich nach der Besprechung mit Goebbels vereinbarte ich daher ein Treffen mit Bücher. Er war erschüttert über meine Nachrichten. Immer wieder wiederholte er leise: «Das wird uns nie verziehen werden. Diese Schuld müssen wir irgendwann teuer einlösen.» Vergebens versuchte ich ihm darzustellen, dass es für mich keine Möglichkeit des Widerspruchs gegeben habe. Tief enttäuscht über meine Nachgiebigkeit verabschiedete sich Bücher von mir. Nach dem 20. Juli wurde festgestellt, dass Geheimrat Bücher mit anderen Industriellen Gespräche über die Zukunft Deutschlands in einer Nach-Hitler-Ära geführt hatte. Seine Verfolgung wurde jedoch auf meine Intervention bei Kaltenbrunner eingestellt.

Mehr als drei Jahre hatten diese Juden in Berliner Fabriken, vornehmlich der Elektroindustrie, Arbeitsplätze gefunden, die ihnen und ihren Familien einige Sicherheit gaben und ihnen sogar ihre Wohnungen erhalten hatten; jetzt war auch ihre Stunde gekommen.

Der Rüstungskommandeur Berlin trug an diesem Tage folgende Notiz ein: «Am 27. Februar erfolgte überraschend und schlagartig der Abzug aller noch im Arbeitsprozess stehenden Juden, ca. 11’000 im Rüstungssektor. Da die Juden vielfach in geschlossenen Abteilungen, teilweise an wichtigen Programmen eingesetzt waren, musste mit allen Mitteln versucht werden, umgehend Ersatz zu stellen. Dies war nur dadurch möglich, dass alle in der ersten Hälfte des März eintreffenden Westarbeiter ausschliesslich hierzu herangezogen und auch sonst verfügbar werdende Kräfte, besonders auch aus der Meldepflichtaktion und aus Stillegungsmassnahmen für diesen Zweck zugewiesen wurden. So konnte verhindert werden, dass bestimmte Fertigungen zum Erliegen kamen und nur gewisse Einbrüche eintraten, die durch die Anlernzeit der neuen Kräfte bedingt sind.»[20] Sauckel hatte also sein Versprechen nicht gehalten, der zugesagte vollwertige Ersatz wurde nie gestellt; die Lücken mussten durch Heranziehung von Arbeitskräften geschlossen werden, die für andere Fertigungen eingeteilt gewesen waren. Trotz unserer Notlage wurde von Sauckel auch keine Anlernzeit der Ersatzkräfte berücksichtigt, nach der der Abtransport der Juden erst zulässig sein sollte.

Im Januar 1942 hatte Himmler beabsichtigt, dass 150’000 jüdische Arbeitskräfte im Reichsgebiet eingesetzt werden sollten und noch im September des gleichen Jahres hatte er immerhin von 50’000 gesprochen. Nun, ein Jahr später, hatten wir die letzten 20’000 spezialisierten Arbeitskräfte verloren.[21]

Goebbels war dennoch unzufrieden. Aufgebracht schrieb er wenige Tage später in sein Tagebuch: Die Berliner Juden «sind am vergangenen Samstag schlagartig zusammengefasst worden und werden nun in kürzester Frist nach dem Osten abgeschoben. Leider hat sich auch hier wieder herausgestellt, dass die besseren Kreise, insbesondere die Intellektuellen, unsere Judenpolitik nicht verstehen und sich zum Teil auf die Seite der Juden stellen. Infolgedessen ist unsere Aktion vorzeitig verraten worden, so dass uns eine ganze Menge von Juden durch die Hände gewischt sind. Aber wir werden ihrer doch noch habhaft werden. Jedenfalls werde ich nicht ruhen, bis die Reichshauptstadt wenigstens gänzlich judenfrei geworden ist.» Kurz danach wiederholte er seine Klage: «Dass die Juden an einem Tage verhaftet werden sollten, hat sich infolge des

kurzsichtigen Verhaltens von Industriellen, die die Juden rechtzeitig warnten, als Schlag ins Wasser herausgestellt. Im Ganzen sind wir 4'000 Juden dabei nicht habhaft geworden».[22]

Aus dem Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Berlin geht tatsächlich hervor, dass von den 11'000 noch im Rüstungssektor arbeitenden Juden auf Grund von Warnungen 4'000, also über ein Drittel, sich dem Zugriff entziehen konnten. Viele mögen untergetaucht und von Freunden bis zum Kriegsende versteckt worden sein. Nicht wenige überlebten, wie beispielsweise Dr. Ernst Ludwig Ehrlich, heute Direktor der jüdischen Organisation B'nai B'reth. Er erzählte mir, dass damals an zahlreiche gefährdete Juden Ausweise meines Ministeriums ausgehändigt wurden, mit denen eigentlich nur meine wichtigen Mitarbeiter versehen waren. Der Ausweis wies die Organe der Wehrmacht, der Polizei und der SS an, den Träger frei passieren zu lassen. Dr. Ehrlich war mit einem solchen Ausweis unbehindert bis zur Schweizer Grenze gelangt, wo ihm der Übertritt gelang.[23] Ich habe nicht mehr feststellen können, wer der mutige Mann in meinem Ministerium gewesen ist, der diese Aktion auf eigene Faust inszenierte.

Die Partei war von der Reaktion der Bevölkerung schockiert. Schon Ende 1941 hatte sich Goebbels in meiner Gegenwart bei Hitler vor allem über die Berliner beklagt: «Die Einführung des Judensterns hat genau das Gegenteil von dem bewirkt, was erreicht werden sollte, mein Führer! Wir wollten die Juden aus der Volksgemeinschaft ausschliessen. Aber die einfachen Menschen meiden sie nicht, im Gegenteil! Sie zeigen überall Sympathie für sie. Dieses Volk ist einfach noch nicht reif und steckt voller Gefühlsduseleien!»[24]

Die Eintragungen in Goebbels' Tagebüchern machen deutlich, dass die Härte des Krieges die Abneigung der Bevölkerung gegen die Judenmassnahmen eher noch gesteigert hatte. Es waren nicht nur die besseren Kreise, insbesondere die Intellektuellen, die unsere Judenpolitik nicht verstehen und sich zum Teil auf die Seite der Juden stellten, wie Goebbels formuliert hatte. Genauso deutlich sprach sich Himmler in seiner Posener Rede vor den SS-Gruppenführern am 4. Oktober aus. Mit sarkastischem Humor, in dem Himmler oft seinem Ärger Ausdruck gab, sagte er: «Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen und jeder hat seinen anständigen Juden! Es ist klar,

die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude.»[25] Zwei Tage später wandte sich Hitler noch einmal gegen die judenfreundliche Stimmung des deutschen Volkes: «Bedenken Sie aber selbst, wieviele, auch Parteigenossen, ihr berühmtes Gesuch an mich oder irgendeine Stelle gerichtet haben, in dem es heisst, dass alle Juden selbstverständlich Schweine seien, dass bloss der Soundso ein anständiger Jude sei, dem man nichts tun dürfe. Ich wage zu behaupten, dass es nach der Anzahl der Gesuche und der Anzahl der Meinungen in Deutschland mehr anständige Juden gegeben hat, als überhaupt nominell vorhanden waren. In Deutschland haben wir nämlich so viele Millionen Menschen, die ihren einen berühmt anständigen Juden haben, dass diese Zahl bereits grösser ist als die Zahl der Juden.»[26]

Das alles änderte aber nichts. Am 9. März 1943, zehn Tage nach der Verhaftung der Berliner Juden, vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch: «In der Judenfrage billigt er [Hitler] mein Vorgehen und gibt mir ausdrücklich den Auftrag, Berlin gänzlich judenfrei zu machen.» Eine Woche später: «Man kann Juden überhaupt nicht über den Weg trauen. Ich betone dem Führer gegenüber noch einmal, dass ich es für notwendig halte, die Juden so schnell wie möglich aus dem ganzen Reichsgebiet herauszubringen. Er billigt auch dies Vorgehen und gibt mir den Auftrag, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis kein Jude sich mehr im deutschen Reichsgebiet befindet.»[27]

Wenn ich an das Schicksal der Berliner Juden denke, überkommt mich ein unabweichliches Gefühl des Versagens und der Unzulänglichkeit. Oft sah ich bei einer täglichen Fahrt in mein Architekturbüro und seit dem Februar 1942 auf dem Weg in mein Ministerium von der Avus aus auf dem nahegelegenen Bahnhof Nikolassee Menschenmassen auf dem Bahnsteig. Ich wusste, dass es sich um die Evakuierung der Berliner Juden handeln musste. Sicher überlief mich für diesen Augenblick des Vorbeifahrens ein bedrückendes Gefühl, vermutlich hatte ich das Bewusstsein düsterer Vorgänge. Aber ich war den Prinzipien des Regimes in einem Masse verhaftet, das mir heute nur noch schwer verständlich ist. Parolen wie «Führer befiehl, wir folgen!» oder «Der Führer hat immer recht!» hatten einen hypnotischen Inhalt; auch gerade auf uns in der unmittelbaren Umgebung Hitlers.

Zudem wendete man sich gern den Sorgen zu, die einen nahezu überwältigten. Vielleicht war es auch eine unbewusste Betäubung des Gewissens, wenn wir uns ganz und gar in die Arbeit vergruben. Dieses Sich-Stürzen in die Arbeit hatte etwas Neurotisches.

Hitler redete in den Tagen von Stalingrad und danach immer öfter mit düsterem Unterton und vieldeutig, dass wir uns keine Illusionen mehr machen sollten. «Es gibt nur ein Vorwärts. Die Brücken sind hinter uns abgebrochen. Es gibt, meine Herren, kein Zurück mehr.» Wir alle ahnten, dass sich Ungeheuerlichkeiten ereigneten und dass für jeden von uns der Weg zurück versperrt sein würde. Gesprochen haben wir nie darüber; auch im Freundeskreis nicht.

Unvernunft und Widerstand in Polen

Heydrich, der immer kühl war, beherrscht auftrat und mit einer intellektuell wirkenden Schärfe formulierte, führte in einer Besprechung mit dem Vertreter Rosenbergs im Ostministerium, Gauleiter Meyer, schon drei Monate nach dem Einfall in Russland, am 4. Oktober 1941, eine deutliche Sprache. Seine Ausführungen liefen darauf hinaus, dass die deutschen Industriellen judenfreundlich seien. Dies erinnerte an die Verdächtigungen von Goebbels und Himmler, die deutsche Wirtschaft sabotiere die klare Judenpolitik des Reiches.

Es bestehe, so erklärte Heydrich, in den besetzten Ostgebieten «die Gefahr, dass vor allem von Seiten der Wirtschaft in zahlreichen Fällen Juden als unentbehrliche Arbeitskräfte reklamiert würden und dass sich niemand bemühe, anstelle der Juden andere Arbeitskräfte zu bekommen. Dies würde aber den Plan einer totalen Aussiedlung der Juden aus den von uns besetzten Gebieten zunichte machen».[1] Monate vor der Wannsee-Konferenz behandelte also Heydrich die «totale Aussiedlung der Juden» bereits als unabänderliche Tatsache. Das Wort «Vernichtung» wurde entsprechend der Sprachregelung vermieden. Der Sinn war aber eindeutig. Wohin sollten denn die Juden ausgesiedelt werden, wenn selbst die östlichsten Gebiete unter deutscher Herrschaft «judenfrei» werden sollten?

Einige Monate zuvor hatte Göring in einem Brief erklärt: «Jüdische Arbeitskräfte müssen für schwere Handarbeit verwendet werden. [...] Es ist dafür zu sorgen, dass Juden nur in Produktionen verwendet werden, die keine bemerkenswerte Unterbrechung erfahren, wenn diese Arbeitskräfte schnell abgezogen werden sollten. [...] Es muss jedenfalls vermieden werden, dass jüdische Arbeiter unersetzlich werden in wichtigen Produktionen.»[2]

Dennoch gingen die Pläne weiter, Rüstungsbetriebe mit jüdischen Arbeitern zu betreiben. Die Anweisungen widersprachen sich fast täglich. So arbeitete in eben diesen Monaten der Rüstungsinspekteur des Generalgouvernements, Generalleutnant Schindler, ungerührt daran, vom Mai 1942 an polnische und ukrainische Facharbeiter der Wehrmachtbetriebe im Generalgouvernement durch 100’000 jüdische Facharbeiter zu ersetzen.[3] Dieses Vorhaben stimmte ja mit den Plänen überein, die nicht nur Himmler, sondern zur gleichen Zeit auch Obergruppenführer Pohl mit mir und meinen Mitarbeitern verfolgten. Am 20. Juni 1942 bekundete denn auch Schindler die Absicht, mit Pohl direkt zu verhandeln, um Bekleidungs- und Schuhfabriken aus dem Reich nach dem Generalgouvernement zu verlegen und sie dort mit jüdischen Arbeitern zu betreiben.[4]

Längst aber gab es keine klare Linie mehr. Einen Tag nach dem Schritt Schindlers bei Pohl, am 21. Juni 1942, meldete eine Dachpappenfabrik in Tarnow den Ausfall ihrer Produktion, weil alle jüdischen Arbeiter abtansportiert worden seien.[5] Zunächst blieb das ein Einzelfall, aber am 19. Juli gab Himmler den entscheidenden Befehl. Er teilte dem SS-Obergruppenführer Krüger, seinem Stellvertreter im Generalgouvernement mit, dass die Umsiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements bis 31. Dezember 1942 durchgeführt und beendet sein müsse; nach dem 31. Dezember 1942 dürften sich keinerlei Personen jüdischer Herkunft mehr im Generalgouvernement aufhalten – es sei denn, dass sie sich in den Sammellagern Warschau, Krakau, Tschenstochau, Radom, Lublin aufhielten. «Alle anderen Arbeitsvorkommen, die jüdische Arbeitskräfte beschäftigen, haben bis dorthin beendet, oder, falls ihre Beendigung nicht möglich ist, in eines der Sammellager verlegt zu sein. [...] Voraussichtliche Terminüberschreitungen sind mir rechtzeitig zu melden, so dass ich früh genug für Abhilfe sorgen kann. Alle Gesuche anderer Dienststellen um Abänderung sowie Ausnahmegenehmigung sind mir persönlich vorzulegen.»[6]

Zwar bemühte sich im gleichen Monat das Rüstungskommando Warschau «fortgesetzt, mit dem SS- und Polizeiführer und anderen Dienststellen die Schwierigkeiten, die entstanden, zu beseitigen und die für die Fertigung notwendigen jüdischen Arbeitskräfte sicherzustellen. [Auch sollte] eine Aufent-

haltserlaubnis für die nächsten Angehörigen der jüdischen Arbeiter erreicht werden. [...] Im Ghetto selbst [herrscht] eine starke Unruhe und die aufgeregte Menge [ballt] sich in Massen auf den Strassen. [...] Mit Aufwendung von starken Gewaltmitteln [wurde] die notwendige Ordnung erhalten.» Ein Teilerfolg schien sichtbar, denn «das [Rüstungs-]Kommando legte mit der Polizei und anderen zivilen Dienststellen genau fest, welche Betriebe in wirtschaftlichem Interesse im Ghetto mit jüdischen Arbeitskräften weitergeführt werden sollen».[7]

Himmlers Misstrauen war berechtigt. Sein Befehl führte in den nächsten Monaten zu ungewöhnlich deutlichen Protesten der Wehrmacht, die mit vielen wichtigen Fertigungen betroffen war, und endete zweieinhalb Monate später unter dem Druck Himmlers mit der Ablösung des für das Generalgouvernement zuständigen Militärbefehlshabers, des Generals Gienanth.

Bevor ich mich wieder den allgemeinen Vorgängen zuwende, möchte ich an einem Einzelfall, am Beispiel Przemysl zeigen, wie sich auf der unteren Ebene die Probleme darstellten, die Himmlers Befehl geschaffen hatte. Aus einem Aktenvermerk des SS-Hauptsturmführers Fellenz vom 27. Juli 1942 wird ersichtlich, dass ein «neuer Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers Ost, SS-Obergruppenführer und General der Polizei Krüger, die Altersgrenze der verbleibenden, im Arbeitseinsatz stehenden Juden auf 16 bis 35 Jahre» festlegte. «Die Belange der Ostbahn und der Wehrmacht [seien] möglichst zu berücksichtigen.» Er, Fellenz, habe daher als Beauftragter der SS für den Bezirk Krakau «gestattet, dass in tatsächlichen Ausnahmefallen, in denen Juden, die besondere Spezialarbeiter sind, z.B. Werkmeister im Spezialfach, trotz Überschreitung der Altersgrenze einstweilen verbleiben können. [Auch würde] nach den bestehenden Bestimmungen mit der Aufenthaltsgenehmigung des Mannes gleichzeitig die Aufenthaltsgenehmigung seiner Frau und Kinder erteilt».[8] Auch hier wieder, wie in Berlin, die überraschende Rücksichtnahme auf die Familie.

Es scheint sich um eine den örtlich gegebenen Verhältnissen angepasste Auflockerung des Himmlerschen Befehls gehandelt zu haben. Der Ortskommandant von Przemysl, Major Lietke, musste bereits schlechte Erfahrungen mit solchen Zusagen der SS gemacht haben. Der Leiter der Sicherheitspolizei

in Przemysl, SS-Untersturmführer Benthin, berichtete nämlich am gleichen 27. Juli, Lietke habe in Erfahrung gebracht, «dass etwa 95% seiner jüdischen Arbeiter für einen Abtransport vorgesehen seien. [Er] wies auf die von ihm durchzuführenden dringenden Wehrmachtsarbeiten hin. Insbesondere betonte der Ortskommandant, dass hier [in Przemysl] die Hauptnachschublager für die Südarmeen seien und dass er dringend Arbeiter hierfür benötige. Wenn keine Regelung gefunden würde, so würde er sich beim Militärbefehlshaber im Generalgouvernement [General Gienanth] beschweren.» Gleichzeitig wies die Ortskommandantur des Heeres in Przemysl den SS-Untersturmführer Benthin auf einen Befehl hin, der in offenem Widerspruch zu den Anweisungen der SS stand und nicht nur an alle Ortskommandanturen gerichtet, sondern durch Sonderkuriere des Militärbefehlshabers zugestellt worden war: «Betrifft Arbeitseinsatz der Juden. Wie bereits mündlich durch den Adjutanten mitgeteilt, [ist nunmehr] befohlen, dass die jüdischen Stammarbeiter sofort zu kasernieren und militärisch sicherzustellen sind, um Störungen im Nachschub an die Front und bei dringlichen Arbeiten vorzubeugen. Es wird weiterhin gebeten, soweit möglich, weitere jüdische Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, da auf Befehl des Intendanten des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement, in Przemysl sofort ein neues Bauprogramm in Angriff zu nehmen ist und das Heeresbauamt wie auch andere Dienststellen Anträge auf Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte gestellt haben.»[9]

Danach sollten in Zukunft die Kreishauptleute, also die örtlichen zivilen Stellen, «gegenüber den Wehrmachtsjuden kein Weisungsrecht mehr [haben]. An Stelle des bisher gezahlten Lohnbetrages sind sie von der Wehrmacht zu verpflegen. Die Wehrmacht hat eigene Judenräte zu bestimmen. Diese Sonderbehandlung soll vermeiden, dass sich in Zukunft Übergriffe ziviler Dienststellen» – also auch der SS – «gegenüber den Wehrmachtsjuden wiederholen könnten.» SS-Untersturmführer Benthin, der Leiter der SS-Aussenstelle in Przemysl, berichtete seinen Vorgesetzten sofort über diese offenkundig gegen die SS gerichteten Anweisungen, wobei er Details weitergab, die ihm Ortskommandant Lietke mündlich bekanntgegeben hatte; sie waren in der Tat explosiv genug. «Die Wehrmachtsjuden [würden] innerhalb des jetzigen Ghettos

geschlossen untergebracht werden. Sie würden unter *militärischen Schutz* [Unterstreichung im Bericht Benthin] gestellt. Der Ortskommandant äusserte wörtlich, dass er im Rahmen seiner Zuständigkeit eine jüdische Gemeinde aufbauen werde, die mustergültig sein wird. Ferner wolle er zunächst eine Kompanie Soldaten zur Bewachung einsetzen, was voraussichtlich jedoch nicht durchgeführt werden wird.»[10]

Mit grosser Arroganz, die die Machtstellung der SS selbst auf der untersten Ebene illustriert, teilt Benthin jedoch mit, dass er sich an die Wehrmachtsverfugungen nicht halten werde. Der Ortskommandant «könne sich beschweren. Aber Ausnahmen [würden] nur auf Grund der vorliegenden Bestimmungen in Ausnahmefallen [gemacht], wenn es sich z.B. um unersetzliche Spitzenarbeiter handele.» Natürlich werde, so fuhr Benthin fort, «in Parteikreisen die geplante soziale Besserstellung der Wehrmachtsjuden stark kritisiert. Die Behandlung der Judenfrage ist ein Schauspiel deutscher Uneinigkeit. Die Wehrmachtsjuden werden noch einmal mit Sehnsucht an die Zeit zurückdenken, als sie noch unter dem Schutz der Deutschen Wehrmacht standen.» Ein Ukrainer hätte zu diesen Vorgängen bemerkt, «die Freistellung der Juden für die Wehrmacht [habe] den Beweis erbracht, dass auch die Deutschen nicht ohne Juden auskommen können. Es ist in ihrer Geschichte schon vielfach versucht worden, die Juden *auszurotten*, was jedoch nie ganz gelungen ist. Die zurückgebliebenen Reste wurden dann immer die Totengräber ihrer Verfolger.»[11] Die offene Sprache in einem offiziellen Bericht gibt einen unmissverständlichen Hinweis auf die im Gange befindliche Judenvernichtung.

Aber auch der Kreishauptmann in Przemysl, Paul, hielt es für notwendig, sich einzuschalten. Am 24. August 1942 äusserte er sich zur Frage der «Stellung von arischen Arbeitskräften als Ersatz für die Juden in Przemysl, dass sämtliche bei der Wehrmacht beschäftigten Juden im Laufe der Zeit durch Arier ersetzt werden können». Er benötige lediglich «die entsprechenden Vollmachten, damit er die noch unproduktiv vorhandenen Arbeitskräfte erfassen» könne. Er würde «sich hierbei des UKH und des ukrainischen Bischofs in Przemysl bedienen». Er würde ferner «Vorsorge treffen, dass die Arbeiter ordentlich ernährt und bekleidet werden. Er denkt dabei daran, dass den Polen

und Ukrainern, sofern sie bei der Wehrmacht beschäftigt sind, die von der Wehrmacht den Juden zugedachte soziale Betreuung zu Gute kommt.»[12] Ein Beispiel für die vielen Vorschläge, die von belanglosen unteren Organen vorgelegt wurden, nur um durch den Nachweis von Konsequenz und Diensteifer die Aufmerksamkeit höherer Stellen auf sich zu lenken. Natürlich handelte es sich um leere Worte, denn es fehlte in Polen, einem unübersichtlichen Land mit einer traditionell ungeordneten Verwaltung, an den notwendigen Exekutivorganen für diese verwaltungstechnischen Massnahmen, und dass der Bischof solche Funktionen übernehmen würde, war eine groteske Verkennung der Lage.

Die SS ging tatsächlich über alle Anweisungen des Militärbefehlshabers einfach zur Tagesordnung über. Eine Woche nach dieser Rebellion der Armee gegen die Verschickungsvorhaben der SS, am 3. August 1942, meldete das Oberfeldkommando Warschau, zwei Tage später das Oberfeldkommando[13] Radom, dass seitens der Polizei bereits die Judentransporte stattfanden. Wichtige Arbeiten für den Nachschub des Heeres könnten nun nicht mehr durchgeführt werden; beispielsweise sei bereits die Frontversorgung mit Lebensmitteln in Gefahr.[14] General Gienanth hielt es in dieser sich zuspitzenden Lage für zweckmässig, nun die mir unterstehende Rüstungsinspektion einzuschalten. Damit umging er seinen Vorgesetzten Feldmarschall Keitel, von dem er ohnedies keine Unterstützung zu erwarten hatte.

Daraufhin fand am 15. August in Krakau eine ergebnislose Besprechung zwischen Vertretern der Rüstungsinspektion des Generalgouvernements und Vertretern der SS statt. Nach dem Protokoll der Rüstungsinspektion «erklärten die Vertreter der SS: Nach der Auffassung des Reichsmarschalls müsse davon abgegangen werden, dass der Jude unentbehrlich sei. Weder die Rüstungsinspektion noch die sonstigen Dienststellen im Generalgouvernement würden die Juden bis zum Kriegsende behalten. Die ergangenen Befehle seien klar und hart. Sie hätten Geltung nicht nur für das Generalgouvernement, sondern für sämtliche besetzten Gebiete. Die Gründe für sie müssten aussergewöhnlicher Natur sein.» Mit diesen düsteren Worten wird wiederum auf Holocaust hingewiesen. «Unter diesen Umständen sei es nicht lohnend, Juden als Facharbeiter

anzulernen. Kapitän Gartzke unterstrich dem gegenüber, dass die Rüstungsinspektion die Juden brauche, da die Aufträge zunähmen. So werde zum Beispiel ein Heinkel-Werk, nachdem das in Rostock gelegene beschädigt worden sei, nach Budzin verlegt. Er betonte, dass ein Ersatz der Juden, die in Betrieben der Rüstungsinspektion als angelernte Arbeiter tätig seien, von heute auf morgen nicht möglich sei.»

Am Ende wurde ein Kompromiss geschlossen, der zunächst für das Warschauer Ghetto galt, das die wichtigste Arbeitsstätte war: «Die in den Betrieben oder Rüstungsinspektion beschäftigten Juden werden [als Teil des Gesamtghettos] in einem besonderen rüstungswirtschaftlichen Ghetto zusammengefasst, kommen also mit den anderen Juden nicht mehr in Berührung. Eine Sichtung dieser Juden nach Altersklassen wird zunächst zurückgestellt, um den für den Winterfeldzug wichtigen Ausstoss der Betriebe nicht zu beeinträchtigen.» Als Resultat dieser Sitzung «wurden bei Räumung des Ghettos in Warschau 21'000 jüdische Arbeitskräfte für die rüstungs- und kriegswichtige Fertigung bis Ende des Jahres gesichert».[15]

Diese Vereinbarung entsprach jedoch nicht Himmlers Intentionen, denn sie liess den Heeresbetrieben eine gewisse Selbständigkeit. Sie hatte daher auch nur zwei Tage Gültigkeit; am 17. August 1942 bereits wurde Generalleutnant Schindler in Anwesenheit einiger Verwaltungsbeamter des Generalgouverneurs durch Obergruppenführer Krüger unterrichtet, dass das Warschauer Ghetto überhaupt aufgelöst werde und alle bisherigen Vereinbarungen als ungültig zu betrachten seien. Alle jüdischen Arbeitskräfte würden in Zukunft von der SS, übernommen und erst dann der Rüstung zur Verfügung gestellt – was genau der Absicht Pohls entsprach, über die Juden seine Konzernbestrebungen zu fördern. Die entmachtete Rüstungsinspektion sollte allerdings die Baracken stellen[16], was noch dazu eine wirtschaftliche Verschwendung bedeutete, denn die Juden hatten ja bisher in Häusern gewohnt, die nun leerstehen würden. Zudem war bei dem Mangel an Baracken diese Forderung praktisch unerfüllbar.

Auf jeden Fall lief das alles auf eine Monate andauernde Unterbrechung der Produktion hinaus, denn die Fabriken mussten umziehen, der Betrieb mühsam wieder in Gang gebracht werden, nachdem neue Fabrikhallen errichtet und die

Werkzeugmaschinen aufgestellt worden waren – was alles der SS nicht geringe Schwierigkeiten verursachte, wie an den Beispielen Buchenwald und Neuengamme deutlich geworden war.

Als wäre es seine ureigenste Angelegenheit, übertrumpfte am 5. September Feldmarschall Keitel Himmler, der wenigstens die Erhaltung der bereits für die Rüstung arbeitenden Juden zugestanden hatte. Obwohl Keitel seit der Übergabe der Rüstungsinspektionen an mich im März 1942[17] gar nicht mehr für die Rüstung zuständig war, befahl er dem Militärbefehlshaber General von Gienanth: «Die im Generalgouvernement von der Wehrmacht für militärische Hilfsdienste und in der Rüstungswirtschaft beschäftigten Juden sind sofort durch Polen, das heisst Nichtjuden, zu ersetzen. Durchführung ist zu melden.»[18] Natürlich wusste Keitel, dass sein Erlass die grössten Schwierigkeiten hervorrufen musste, weil ein Ersatz der jüdischen Arbeitskräfte durch Polen gar nicht möglich war. So handelt es sich denn auch um nichts anderes als um eines jener berüchtigten «Deckungsschreiben», mit denen Keitel sich gegen mögliche Vorwürfe Hitlers abzusichem pflegte. Falls Himmler den «Führer» gegen die in Judenfragen widerspenstigen Heeresdienststellen mobilisieren würde, so konnte er, Keitel, wie in solchen Fällen üblich, das dem Inhalt nach unnütze Schreiben hervorziehen und eines Lobes Hitlers sicher sein.

Mit dieser Rückendeckung führte Himmler vier Tage später, am 9. September 1942, ein Telefongespräch mit SS-Obergruppenführer Wolff, der sich im Hauptquartier aufhielt, in dem er ohne grosse Umschweife mitteilte: «Milit(är) B(efehlshaber) im Gen(eral) Gouvernement) muss abgesetzt werden.»[19] Vermutlich waren zahlreiche Berichte, ähnlich dem des lokalen SS-Führers Benthin, auf Himmlers Schreibtisch gelandet. Nach der Vorgeschichte konnte er sicher sein, dass Keitel seiner Forderung nach einer Ablösung des widerspenstigen Generals nachgeben werde.

Neun Tage später, am 18. September 1942, wandte sich General Gienanth nun jedoch ganz offen gegen die Durchführung der Anordnung seines eigenen höchsten militärischen Chefs; er verweigerte trotz des Keitelschen Befehls[20] die sofortige Freigabe der Juden an die SS. In einem langen Schreiben wies er

in kühler Objektivität das Führungsorgan Keitels, also den Wehrmachtsführungsstab, auf die unvermeidlichen Produktionsverluste hin, wenn die Juden aus der Wehrmachtsfertigung entfernt würden. Natürlich wurde Keitel vom Inhalt dieses Briefes informiert.

Dieses Schreiben musste, selbst wenn es keine Himmlersche Absetzungsforderung gegeben hätte, zur sofortigen Ablösung Gienanths führen, vor allem, da er noch nicht einmal in der Sprache sich Zurückhaltung auferlegte.

Gienanth, nun gegen Himmler und Keitel gleicherweise kämpfend, machte ungerührt deutlich, dass «bis jetzt für das Generalgouvernement angeordnet [war, die] polnischen und ukrainischen Arbeiter zwecks Freimachung für das Reich durch jüdische Arbeiter zu ersetzen. Zur Ausnutzung der jüdischen Arbeitskräfte für den Krieg wurden rein jüdische Betriebe oder Teilbetriebe gebildet [und] Judenlager zum Einsatz bei den Betrieben aufgestellt. Nach den Unterlagen der Regierung – Hauptabteilung Arbeit – [betrage] die Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter [im Generalgouvernement] etwas mehr als eine Million, hiervon über 300'000 Juden. Unter diesen sind etwa 100'000 Facharbeiter. In den einzelnen, für die Wehrmacht arbeitenden Betrieben schwankt die Zahl der Juden unter den Facharbeitern zwischen 25-100%; sie beträgt 100% bei den für die Winterbekleidung arbeitenden Textilbetrieben. In anderen Betrieben, zum Beispiel in der wichtigen Fahrzeugfabrikation Typ ‚Fuhrmann' und ‚Pleskau' sind die Schlüsselkräfte, die Stellmacher, hauptsächlich Juden. Sattler sind mit geringen Ausnahmen Juden. Für die Uniform-Instandsetzung sind bei Privatfirmen zur Zeit insgesamt 22'700 Arbeiter tätig, davon sind 22'000, das heisst 97%, Juden, darunter rund 16'000 Fachkräfte in den Textil- und Lederwerken. Ein rein jüdischer Betrieb mit 168 Arbeitern fertigt Geschirrbeschläge. Hiervon ist abhängig die gesamte Fertigung von Geschirren im Generalgouvernement, in der Ukraine und zum Teil im Reich.»

Die zumeist ohne Benachrichtigung der Wehrmachtdienststellen einsetzende Aussiedlung der Juden habe «starke Erschwerungen im Nachschub und Verzögerungen in der kriegswirtschaftlichen Sofortproduktion [gebracht]. Arbeiten der [höchsten] Dringlichkeitsstufe ‚Winter' können nicht fristgemäss erledigt werden. Sofortige Entfernung der Juden hätte zur Folge, dass das Kriegs-

potential des Reiches erheblich gedrückt und die Versorgung der Front sowie der Truppen im Generalgouvernement augenblicklich stocken würde. In der Rüstungsindustrie würden ernste Fertigungsausfälle, zwischen 25 bis 100%, eintreten. Bei den Kraftfahrzeug-Instandsetzungs-Werkstätten würde ein durchschnittlicher Leistungsabfall von etwa 25% eintreten, das heisst, es würden im Monat durchschnittlich 2'500 Kraftfahrzeuge weniger instandgesetzt werden. Wie nunmehr festgestellt, laufen im General-Gouvernement ohne Kenntnis der Rüstungsinspektion und des W.i.G. [Wehrwirtschaftsführer im Generalstab] von den verschiedensten Wehrmachtsdienststellen des Reiches kriegswichtige Aufträge der höchsten Dringlichkeitsstufe, vor allem für den Winterbedarf. Die rechtzeitige Fertigstellung dieser Arbeiten ist durch die Aussiedlung der Juden unmöglich gemacht.»[21]

Dass der Befehl Keitels nicht durchführbar sei, bestätigte auch der Direktor des Hauptarbeitsamtes Warschau, zu dessen oberstem Chef Gauleiter Sauckel bestellt worden war. Der Direktor erklärte bei einer Besprechung am 15. September, dass er nicht in der Lage sei, auch nur einen Polen zum Ersatz der Juden zu stellen.[22] Auch der Leiter der Nebenstelle Przemysl des Arbeitsamtes äusserte sich zu diesem Problem: «Ein Abzug arbeitseinsatzfähiger jüdischer Kräfte würde einem Scheitern der Massnahme gleichkommen», noch weitere Polen für die deutsche Wirtschaft zu rekrutieren.[23]

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, also Sauckel, müsse «auf die bis Ende dieses Jahres durchzuführende Abgabe von 140'000 Polen an das Reich verzichten», schrieb General Gienanth an den Wehrmachtsführungsstab, wenn die Katastrophe eines Zusammenbruchs der Rüstungsfertigung im Generalgouvernement durch Entzug der Juden auch nur teilweise aufgefangen werden solle. Die jüdischen Facharbeiter wären durch ungelernte polnische Arbeiter aus der Landwirtschaft bestenfalls erst nach einem Jahr Lehrzeit[24] zu ersetzen.

Meine Mitarbeiter und ich wurden über diese Vorgänge und damit über die drohenden Produktionsverluste durch das Rüstungsamt meines Ministeriums informiert, in dem die Rüstungsinspektionen zusammengefasst wurden. Sauckel seinerseits war wahrscheinlich über die Folgen der Abschiebungs-

pläne Himmlers und Keitels durch die Hauptabteilung Arbeit im Generalgouvernement unterrichtet, die ihm ja unterstand.

Angesichts dieses offenen Konflikts fand am 22. September 1942 bei Hitler eine Rüstungsbesprechung statt, zu der auf meinen Wunsch auch Sauckel zugezogen wurde. Sauckel stellte sich offen auf meine Seite, wobei er wie ich die Argumente unserer Dienststellen benutzten. Vor die Entscheidung gestellt, entweder auf wertvolle Nachschubproduktionen oder auf 140'000 Polen zu verzichten, die in der deutschen Landwirtschaft dringend benötigt wurden, legte Hitler kurz und bündig fest: «Der Führer stimmt dem Vorschlag von Gauleiter Sauckel zu, nach dem die jüdischen Facharbeiter im Generalgouvernement bleiben müssen.»[25] Hitler hatte dem wirtschaftlichen Zwang nachgegeben; Keitels Deckungsschreiben war zu früh verfasst worden, Hitler hatte gegen seinen voreiligen Befehl entschieden.

Am selben Tag notierte Himmler um 22.30 Uhr ein Telefongespräch mit SS-Obergruppenführer Wolff, der ihm den «Wunsch Speers [Saur], Juden in Rüstungsbetrieben» vortrug.[26]

Wahrscheinlich hatte sich Himmler durch diese Entscheidung Hitlers übergangen gefühlt. Es entsprach seinem Naturell, dass er die Entscheidung Hitlers für Sauckel in einen von mir geäusserten Wunsch verwandelte, der nur bedingte Geltung haben konnte. Zwar modifizierte Himmler zehn Tage nach dieser Entscheidung Hitlers, am 9. Oktober 1942, seine Verfügung vom 19. Juli, nach der bis zum 31. Dezember 1942 die Umsiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements beendet sein solle; im Übrigen aber hielt er unnachgiebig an seinen wirtschaftspolitischen Zielen fest. Er ordnete erneut an, dass «die ganzen sogenannten Rüstungsarbeiter, die lediglich in Schneider-, Pelz- und Schusterwerkstätten arbeiten, durch SS-Obergruppenführer Krüger und SS-Obergruppenführer Pohl an Ort und Stelle, d.h. also in Warschau [oder] Lublin in Konzentrationslagern» zusammengefasst werden müssen. «Die Wehrmacht soll ihre Bestellungen an uns geben und wir garantieren ihr den Fortgang der Lieferungen für die von ihr gewünschten Bekleidungsstücke», was eine Garantie ohne Garanten war. Seine Wut über die Einmischung in seine

Angelegenheiten kam zum Durchbruch, als er in seinem Schreiben fortfuhr, dass er «gegen alle diejenigen jedoch, die glauben, hier mit angeblichen Rüstungsinteressen entgegentreten zu müssen, die in Wirklichkeit lediglich die Juden und ihre Geschäfte unterstützen wollen, Anweisung gegeben [habe], unnachsichtlich vorzugehen». Dies war eine Drohung, die ganz ohne Zweifel auch den Stab der Rüstungsinspektion einschüchtern sollte.

Als ob man Betriebe wie Truppeneinheiten hin und her bewegen könne, ordnete Himmler an, dass «die Juden, die sich in wirklichen Rüstungsbetrieben befinden, also Waffenwerkstätten, Autowerkstätten usw., Zug um Zug herauszulösen [wären]. Als erste Stufe sind sie in den Betrieben in einzelnen Hallen zusammenzufassen. Als zweite Stufe dieser Entwicklung ist die Belegschaft dieser einzelnen Hallen im Austausch tunlichst in geschlossenen Betrieben zusammen zu tun, so dass wir dann lediglich einige geschlossene Konzentrationslager-Betriebe im Generalgouvernement haben», die natürlich bei dieser Gelegenheit in den SS-Wirtschaftskonzern eingegliedert werden sollten.

Das Ziel der radikalen Ausrottung der polnischen Judenschaft war aber lediglich aufgeschoben. «Es wird dann unser Bestreben sein, diese jüdischen Arbeitskräfte durch Polen zu ersetzen und die grössere Anzahl dieser jüdischen Konzentrationslager-Betriebe in ein paar wenige jüdische KL-Grossbetriebe tunlichst im Osten des Generalgouvernements zusammenzufassen. Jedoch auch dort sollen eines Tages *dem Wunsche des Führers*[1] entsprechend die Juden verschwinden.»[28] Diese Formulierung zählt zu den Beweisen dafür, dass Hitler die Ermordung aller Juden nicht nur gebilligt, sondern selber angeordnet hatte. Ein «Wunsch» Hitlers galt allgemein in der Hierarchie lediglich als ein in freundliche Form gekleideter Befehl.

Über seine vollkommene Machtlosigkeit angesichts dieser Lage hatte mir General Schindler in Berlin einen Tag zuvor, am 8. Oktober 1942, berichtet, als er «über die geduldete Stellung des Rüstungsinspekteurs im Generalgouvernement» sprach. Er meldete mir, dass er Himmlers Räumungsbefehl nicht verhindern könne, obwohl er doch der zuständige General sei. «Der Minister wünschte», fahrt die Chronik meines Ministeriums fort, «eine energische Vertretung seiner Interessen gegenüber der Regierung des Generalgouvernements.»[29] Das war jedoch eine unbillige Forderung, die angesichts der Macht-

verhältnisse blosse Theorie bleiben musste. Längst war in einem internen Kampf zwischen Himmler und Frank entschieden worden, dass in der Judenfrage Himmler auch im Generalgouvernement allein zu befehlen hatte.[30]

Wenige Tage später, am 4. Oktober 1942, wurde General Gienanth abgelöst. Hitlers Sinneswandel hatte nichts bewirkt. Am 10. Oktober wurde dem Nachfolger Gienanths, General Haenicke vom Wehrmachtsführungsstab, also aus Keitels unmittelbarem Befehlsbereich, mitgeteilt: «Das Oberkommando der Wehrmacht hält im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS an dem Grundsatz fest, dass die von der Wehrmacht zum militärischen Hilfsdienst und in der Rüstungswirtschaft beschäftigten Juden sofort durch arische Arbeitskräfte zu ersetzen sind.»[31] Diesem Schreiben war der neueste, oben zitierte Befehl Himmlers vom Vortage beigefügt, durch den den Juden lediglich eine Gnadenfrist gesetzt worden war, um für den Krieg zu arbeiten. Keitel aber entschied überflüssigerweise noch einmal, dass sein ursprünglicher Rüstungsbefehl weiter gelte – geradeso, als ob die Besprechung bei Hitler niemals stattgefunden hätte. Aber Keitel wusste genau einzuschätzen, dass Hitler unter dem Einfluss Himmlers langfristig seine Entscheidung vom 12. September nicht aufrechterhalten würde. An die rüstungstechnischen Folgen seiner Anordnung dachte Keitel ebensowenig wie in anderen Fällen die Wehmachtführung an den Verlust Tausender von Soldaten, den seine Truppenbefehle, mit denen er sinnlose Führerweisungen zur Ausführung weitergab, verursachten.

Die Ablösung Gienanths, der Befehl Himmlers und das neue Schreiben Keitels mussten auf Generalleutnant Schindler deprimierend wirken. In seinem Tätigkeitsbericht über das dritte Quartal 1942 ging er denn auch von der Möglichkeit aus, dass in absehbarer Zeit jene 50’000 Juden, die noch in Betrieben der Rüstungsinspektion beschäftigt waren, durch Polen ersetzt werden müssten.[32] Auch in der Sitzung der Rüstungskommission vom 4. Oktober 1942 war Schindler davon überzeugt, dass diese 50’000 Juden bereits Anfang 1943 «aus den Betrieben herausgezogen werden sollen, also durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden müssen».[33] Dies geschah, wie wir sehen werden, jedoch nicht.

Am 4. Dezember 1942 hatte sich der Generalgouverneur Frank in seiner temperamentvollen Art über die unsinnigen Massnahmen der SS beklagt: «Nicht unwichtige Arbeitskräfte hat man uns in unseren altbewährten Judenschaften genommen. Es ist klar, dass der Arbeitsprozess erschwert wird, wenn mitten in diesem Arbeitsprozess der Befehl kommt, alle Juden sind der Vernichtung anheim zu stellen. Die Verantwortung hierfür trifft nicht die Regierung des Generalgouvernements. Die Weisung der Judenvernichtung kommt von höherer Stelle.»[34] Auch hier also der Hinweis auf den grundsätzlichen Charakter der Entscheidung zur «Judenvernichtung», wie Frank unter auffälligem Verzicht auf die übliche Sprachregelung schreibt.

Frank war im Grunde als Reichsleiter in der Parteihierarchie mit Himmler gleichrangig, denn er konnte geltend machen, dass er in den ersten Kamp^ahren als Hitlers Anwalt sich um die Partei in grösserem Ausmasse verdient gemacht hatte, als Himmler mit seinem zunächst untergeordneten Sicherheitsauftrag. Im staatlichen Bereich stand Frank als Generalgouverneur sogar über Himmler, weil er in der Tat die Funktionen eines Staatsoberhauptes ausübte. So konnte Frank mit «der höheren Stelle» auch nur Hitler selber gemeint haben. Frank hat die Echtheit seines Tagebuchs, das er bei seiner Verhaftung den Amerikanern übergab, nie bestritten. Die moralisch vernichtenden und juristisch belastenden Niederschriften dieses Tagebuchs wurden von uns Angeklagten des Nürnberger Prozesses mit äusserster Bestürzung aufgenommen; die Kritik beschränkte sich lediglich auf die Dummheit, dieses diskriminierende Tagebuch den Gegnern überlassen zu haben.

Trotz des eben erfolgten Sieges waren in den Augen Himmlers die Offiziere der General Schindler unterstehenden Rüstungsinspektion nahezu Saboteure, die seine Befehle durchkreuzten. Vier Monate später liess Himmler sich, wie er dem SS-Führer im Generalgouvernement Krüger mitteilte, in Warschau «den örtlichen Mann der Heeresrüstungsinspektion, einen Oberst Fréter, kommen». In Warschau befanden sich, so habe er Fréter klargemacht, «noch rund 40‘000 Juden. Davon sind rund 24‘110 in Textil- und Pelzbetrieben. Ich habe dem Oberst Fréter den Auftrag gegeben, dem Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler mitzuteilen, dass ich erstaunt sei, dass meine Anweisungen be-

züglich der Juden nicht befolgt würden. Ich habe nunmehr noch einmal eine Frist bis zum 15. Februar 1943 gestellt, in der folgende Dinge zu erfüllen sind:
1) Sofortige Ausschaltung der privaten Firmen. Ich halte es für unbedingt notwendig, dass dafür gesorgt wird, dass diese hier unabkömmlich gemachten Besitzer tunlichst eingezogen und an die Front gebracht werden.
2) Das Reichssicherheitshauptamt beauftrage ich, mit Hilfe von Buchprüfern die Geschäfte und Gewinne der Firma Walter O. Többens KG Warschau einmal genauestens unter die Lupe zu nehmen. Wenn ich nicht irre, hat sich hier im Verlaufe von 3 Jahren ein früher besitzloser Mann zum wohlhabenden Besitzer – wenn nicht sogar schon zum Millionär – entwickelt, und zwar nur dadurch, dass wir, der Staat, ihm die billige jüdische Arbeitskraft zutrieben.
3) Die sofortige Übernahme der ganzen 16'000 Juden[35] in ein KZ, am besten nach Lublin. Garantie an die Rüstungsinspektion, dasselbe hinsichtlich Anzahl und bezüglich der Termine zu leisten und zu liefern, was bisher geleistet wurde. Ich glaube, dass es ausserdem zu billigeren Preisen gemacht werden kann.» Offenkundig wollte Himmler diese Fertigung Pohl zuspielen.[36]

Eine Vollzugsmeldung liess nicht lange auf sich warten. Am 2. Februar 1943 meldete der für Warschau zuständige SS-Oberführer: «Die Vorbereitung für die Verlagerung sämtlicher textilverarbeitender Betriebe, soweit sie Juden beschäftigen, sind in vollem Gange. [...] Es werden [...] insgesamt acht Betriebe mit etwa 20'000 jüdischen Arbeitskräften in das Konzentrationslager nach Lublin verbracht.»[37]

Der Oberführer scheint seinen Erfolg voreilig gemeldet zu haben, denn zwei Wochen später begann nach dem Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion im Generalgouvernement lediglich die «Firma Schultz u. Co. Warschau mit der Verlegung des Betriebes und zieht mit den ersten 350 jüdischen Arbeitskräften und mit einem Teil des Kürschnereibetriebes Paviastrasse nach Trawnika um».[38]

Als schliesslich anderthalb Jahre später Warschau vor den anrückenden sowjetischen Armeen geräumt werden musste, hatte ein vom Kampfkommandanten für Warschau, dem SS-Gruppenführer Stroop, eingesetztes Gericht ein Gerichtsverfahren gegen Oberst Fréter eingeleitet, da er Warschau verlassen

und alle notwendigen Räumungsmassnahmen von aussen geleitet habe. Ich protestierte am 15. September gegen eine Verurteilung Freters, der sich im Gegenteil durch den Rücktransport von 2'000 Waggons Maschinen und Kriegsmaterial aus dem zu räumenden Warschau grosse Verdienste erworben habe und im Übrigen täglich nach Warschau gefahren sei. Das Verfahren wurde daraufhin im Dezember 1944 eingestellt.[39]

Es lässt sich heute nicht mehr nachprüfen, ob die Vorbereitungen Himmlers zum Abtransport der Juden aus dem Warschauer Ghetto zum Ausbruch des Warschauer Ghetto-Aufstandes führten. Die Niederschlagung des Aufstandes jedenfalls forderte auf brutalste Weise die von Himmler geforderte Verlagerung der Ghettobetriebe. Am 21. April 1943 wird im Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion lapidar vermerkt: «Infolge zunehmender Unsicherheit im Warschauer Ghetto Verlegung sämtlicher jüdischer Arbeitskräfte der im Ghetto liegenden Bekleidungs- und Instandsetzungsbetriebe.»[40] Einige Tage danach meldet das «Rüstungskommando Warschau mit Funkspruch vom 26. April 1943, dass sich die Lage im Warschauer Ghetto verschärft, und dass in Kürze Bekämpfung der dort befindlichen Widerstandsnester mit allen Mitteln erfolgt».[41] Am 2. Mai 1943 heisst es: «Aus den Ghettobetrieben der Firmen Transavia und Döring in Warschau werden die Juden abgeholt.»[42] Zwei Tage später: «Abzug der restlichen Juden aus den W-Betrieben [Wehrmachtbetriebe, im Gegensatz zu Rüstungsbetrieben] in der Nacht zum 4. Mai 1943.»[43] Am nächsten Tag, dem 5. Mai 1943: «Die Ghettobetriebe müssen in drei Tagen von allen Einrichtungen geräumt werden, da sie gesprengt werden.»[44]

Der Bericht der Rüstungsinspektion über das zweite Quartal 1943 fasste die entstandene Lage zusammen: «Die Räumung des Warschauer Ghettos zu Anfang der Berichtszeit führte insbesondere hinsichtlich der Produktion der im Ghetto liegenden Betriebe zu erheblichen Ausfällen. Dem Herrn Reichsminister für Bewaffnung und Munition wurden laufend ausführliche Berichte über die Lage überreicht. Gleichlautende Berichte wurden auch dem Herrn Generalgouverneur übergeben.»[45]

Gleichzeitig wurden auch in anderen Teilen des Generalgouvernements von der SS radikale Massnahmen ergriffen. Am 30. April 1943 meldet «Rüstungskommando Lemberg, dass, laut Schreiben des SS-Polizeiführers vom 27. April

1943, der Firma Schwarz u. Co. Lemberg auf Grund verschiedener dort vorgekommener Unregelmässigkeiten sämtliche jüdischen Arbeitskräfte, sowie die aus jüdischem Besitz stammenden Maschinen und Gerätschaften entzogen werden. Der gesamte Betrieb wird von den Deutschen Ausrüstungswerken Lemberg [ein Unternehmen Pohls] mit allen laufenden und neu eingehenden Aufträgen übernommen.»[46] Wie stets in solchen Fällen wurde die Beute an Maschinen und auch das Menschenpotential eigenen Betrieben zugeschanzt.

Ein Monat später, am 31. Mai 1943, erklärte Frank in einer Arbeitssitzung der Regierung seines Generalgouvernements, «er habe neulich erst wieder den Befehl erhalten, in ganz kurzer Zeit die Entjudung durchzuführen. Man sei gezwungen gewesen, die Juden auch aus der Rüstungsindustrie und den wehrwirtschaftlichen Betrieben herauszuziehen, falls sie nicht ausschliesslich im kriegswichtigsten Interesse eingesetzt seien. Die Juden seien dann in grossen Lagern zusammengefasst worden und würden von dort für die Tagesarbeit an diese Rüstungsbetriebe abgegeben. Der Reichsführer SS wünsche aber, dass auch die Beschäftigung dieser Juden aufhöre. Er [Frank] habe mit Generalleutnant Schindler eingehend über diese Frage gesprochen und glaube, dass dieser Wunsch des Reichsführers SS wohl im Endeffekt nicht erfüllt werden könne. Es gebe unter den jüdischen Arbeitskräften Spezialarbeiter, Feinmechaniker und sonstige qualifizierte Handwerker, die man heute nicht ohne Weiteres durch Polen ersetzen könne. Er bitte deshalb [den anwesenden] SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner, dem Reichsführer SS diese Lage zu schildern und ihn zu ersuchen, von der Wegnahme [also der Verbringung in SS-eigene Lager] dieser jüdischen Arbeitskräfte Abstand zu nehmen.»[47]

Die in der Rede Franks sichtbare Tendenz zum Schutz seiner Betriebe war nicht neu, wie jetzt aus den Akten hervorgeht. Damals war ich schlecht unterrichtet und sah in ihm meinen Gegner. Ich wusste nicht, dass der Generalgouverneur eigentlich mein Bundesgenosse im Kampf um den ungestörten Einsatz der Juden in unseren Rüstungsbetrieben war.

Aber auch Frank war letzten Endes ohnmächtig. Himmlers Befehl wurde, trotz der Bitte Franks an Kaltenbrunner, durchgeführt; wir alle standen dieser

Entwicklung hilflos gegenüber. Aber selbst wenn Hitler noch einmal einer Ausnahmeregelung zugestimmt hätte, wäre der Warschauer Aufstand das Ende der Ghettobetriebe gewesen. In dieser Situation verstärkte sich ja die Gefahr, dass flüchtige Juden sich der Partisanenbewegung anschlossen, die längst schon zu einer katastrophalen Verwirrung im deutschen Nachschub geführt hatte.

Die Wehrmachtsoffiziere gaben aber noch immer nicht auf. Am 31. Juli 1943 sprach Oberstleutnant Mathes von der Rüstungsinspektion beim Höheren SS- und Polizeiführer Ost, Krüger, vor, um «Massnahmen gegen Störendenjudenabzug in Rüstungs- und Erdölbetrieben» zu erwirken. Er hatte nur bei den Erdölbetrieben Erfolg, denn am 27. August 1943 heisst es im Kriegstagebuch: «Beginn des Abzuges der jüdischen Arbeitskräfte der kriegswichtigen Betriebe, ausschliesslich der Mineralöl-Betriebe, im Distrikt Galizien.»[48] Ende August 1943 meldete das Rüstungskommando Lemberg: «Die jüdischen Arbeitskräfte wurden den W-Betrieben [Wehrwirtschaftsbetriebe der Rüstungsinspektion] im August schlagartig entzogen; ebenso sämtlichen Betrieben der kriegswichtigen gewerblichen Wirtschaft und den Betrieben, welche für den Truppenbedarf, beziehungsweise für den Wehrkreisbefehlshaber arbeiten» (vgl. Anhang XVIII). «Nur die Firma Metrawatt behielt zwölf jüdische Uhrmacher, welche durch arische Kräfte im Generalgouvernement auf keine Weise zu ersetzen sind. Ihre Weiterbeschäftigung im Werk selbst ist unzulässig. Eine Lösung wird zur Zeit durch Vereinbarung mit dem SS- und Polizeiführer Galizien angestrebt in einer Form, dass die Leistungsfähigkeit der Metrawatt nicht allzusehr beeinträchtigt wird.»[49] Diese Arbeitskräfte scheinen so wichtig gewesen zu sein, dass vom 16. bis 18. September 1943 in Berlin Besprechungen mit dem Rüstungsamt meines Ministeriums und dem SD-Hauptamt[50] «über die Belassung jüdischer Facharbeiter für die Firma Metrawatt in Lemberg» abgehalten wurden.[51]

Im Allgemeinen aber nahm man auf Produktionsausfälle keine Rücksicht. In diesen Tagen wurde gemeldet, dass vom 30. August bis 5. September 1943 «durch Abzug von Juden durch die SS bei der Firma Lampen- und Metallwarenfabrik Emanuel Wachs und Co. in Krakau der Heeres-Auftrag über 600’000

Karbidbrenner in der Ausbringung für einige Zeit stark beeinträchtigt» worden war[52], und dass am 4. September 1943 «im Distrikt Krakau alle bisher in den Konfektionsbetrieben eingesetzten Jüdinnen in geschlossene Lager der SS überführt [worden seien]. Einige Betriebe haben dadurch ihre jüdischen Fachkräfte verloren.»[53] Dies war schiere Selbstzerstörung bei einer im Bombenkrieg längst schwer angeschlagenen Rüstung.

Letzten Endes mussten sich die Rüstungsbehörden mit der neuen Lage abfinden. Im Tätigkeitsbericht vom Juli 1943 des Wehrwirtschaftsoffiziers im Generalgouvernement heisst es: «Um die in den grossen Arbeitslagern Szebnie untergebrachten jüdischen Arbeitskräfte besser für die Rüstungswirtschaft auszunutzen, führt der Wehrwirtschaftsoffizier Verhandlungen mit der Lagerleitung über die Verlagerung eines Teiles der Daimler-Benz-Produktion in das Judenlager. Die Besprechungen sind noch nicht zum Abschluss gelangt, da gewisse technische Schwierigkeiten der Verlagerung überwunden werden müssen.»[54]

Vom 5. bis 8. August 1943 ist in das Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Generalgouvernement eingetragen: «Verhandlungen des Abteilungsleiters Verwaltung mit dem SS- und Polizeiführer Lublin, ob und in welchem Umfange die bestehenden Einrichtungen und Kapazitäten der jüdischen Zwangsarbeitslager in Poniatowa, Prawnike und Blizyn für das Amt nutzbar gemacht werden können.»[55] Über den Erfolg dieser Bemühungen ist nichts bekannt. Sicher ist, dass die Juden in diesen SS-Lagem nur Bruchteile der Arbeitsleistung erbrachten, die sie zuvor in den selbständig arbeitenden Betrieben erreicht hatten.

Von drei Millionen verblieben hunderttausend

Himmler hatte in zwei grundsätzlichen Reden von der Liquidierung aller Juden gesprochen, die im Bereich des deutschen Zugriffs lägen. Vor den Gruppenführern der SS erklärte er am 4. Oktober 1943 in Posen: «Ich will vor Ihnen in aller Offenheit ein ganz schweres Kapitel erwähnen. [...] Ich meine die Judenevakuierung», womit er den üblichen Tarnnamen benutzte, den er allerdings mit seinen nächsten Worten dekuvrierte: «die Ausrottung des jüdischen Volkes.»[1] Zwei Tage danach äusserte sich Himmler zu den ebenfalls in Posen versammelten Reichs- und Gauleitern ausführlicher: «Der Satz ‚Die Juden müssen ausgerottet werden' mit seinen wenigen Worten, meine Herren, ist leicht ausgesprochen. Für den, der durchführen muss, was er fordert, ist es das Allerhöchste und Schwerste, was es gibt. Es trat an uns die Frage heran: Wie ist es mit den Frauen und Kindern? Ich habe mich entschlossen, auch hier eine ganz klare Lösung zu finden. Ich hielt mich nämlich nicht für berechtigt, die Männer auszurotten – sprich also umbringen oder umbringen zu lassen – und die Rächer in Gestalt der Kinder und Enkel grosswerden zu lassen. [...] Die Judenfrage in den von uns besetzten Ländern wird bis Ende dieses Jahres erledigt. Es werden nur Restbestände von einzelnen Juden übrig bleiben, die untergeschlüpft sind.»[2] In diesen beiden Reden richtete sich Himmler immerhin noch an Parteifunktionäre, blieb also im Zirkel derjenigen, von denen er annehmen konnte, dass sie sich politisch für die radikalste Form des Antisemitismus erklärt hatten.

Von Beginn des Jahres 1944 ab fühlte er sich jedoch offenbar verpflichtet, auch der Generalität offen zu erklären, was geschehen war. So sagte er am 28. Januar 1944 zu Frontgeneralen, die in Posen zu einer Tagung zusammengezo-

gen waren, dass die Judenfrage gelöst sei. Sie würden nicht Rächer an unseren Kindern werden.[3] Im Mai 1944 äusserte Himmler sich abermals vor Generalen, dass die Ausrottung der Juden «in Deutschland im Allgemeinen und in den von Deutschland besetzten Gebieten gelöst» sei.[4] Drei Wochen später klärte Himmler einen anderen Kreis von Generalen auf, dass «die Judenfrage nach Befehl... kompromisslos gelöst» wurde.[5] Und wieder vor Generalen, die in Sonthofen versammelt waren, Ende Juni 1944: «Es ist gut, dass wir die Härte hatten, die Juden in unserem Bereich auszurotten.»[6]

Es ist nicht anzunehmen, dass Himmler seine beiden Posener Reden vom 4. und 6. Oktober 1943, mit ihren Enthüllungen über die Vernichtung der Juden, ohne ausdrückliche Billigung Hitlers hätte halten dürfen. Es ist ebensowenig glaubhaft, dass die zwischen Januar und Juni 1944 in Posen und Sonthofen zusammengerufenen Generale ohne Wissen Hitlers von diesen Tatsachen Kenntnis erhalten durften. Wenn ich als Rüstungsminister die Absicht hatte, in einer Gauleitertagung auch nur Vergleichszahlen der Rüstungsproduktion vorzutragen, mussten solche gegen alle Geheimhaltungsvorschriften verstossenden Informationen von Hitler genehmigt sein. Selbst Goebbels hatte sich diesen Beschränkungen zu unterwerfen. Eine Art von Aufsicht über die Befolgung dieser Richtlinien hatte Bormann in jedem Gau durch die ihm unterstellten Organe, wie die Gau- und Kreisleiter oder die Gauwirtschaftsberater. Er hätte niemals versäumt, Hitler auf unangemeldete Enthüllungen aufmerksam zu machen – vor allem, wenn es um seinen schärfsten Konkurrenten im Machtkampf, um seinen Duzfreund Himmler ging.

Konnte daher Himmler wagen, am 6. Oktober 1943 vor diesem parteiinternen Kreis über Massnahmen zu berichten, die Hitler nicht bekannt waren? Musste er nicht mit Sicherheit damit rechnen, dass etwa Goebbels, Ley oder Hitlers intime Freunde aus der ersten Parteizeit wie die Reichsleiter Schwarz und Amann schon am nächsten Tag im Hauptquartier über die Indiskretionen Himmlers gesprochen hätten?

Ich möchte vermuten, dass Himmler von Hitler angewiesen war, die Fakten über die praktische «Judenpolitik» auf den Tisch zu legen, um den Führenden die Ausweglosigkeit auch ihrer persönlichen Lage klarzulegen. In gewissem

Sinne liess Hitler damit illustrieren, was unter «abgebrochenen Brücken» zu verstehen sei.

Neben dem Kernstück seiner Ausführungen über die Ermordung der Juden hatte Himmler in Posen ein anderes ihm wichtiges Thema angeschnitten. Wir kennen es bereits aus seinen verschiedensten Äusserungen in den Monaten zuvor. Er teilte den Reichs- und Gauleitern in Posen mit: «Dass ich grosse Schwierigkeiten mit vielen wirtschaftlichen Einrichtungen hatte, werden Sie mir glauben. Das [Warschauer] Ghetto macht Pelzmäntel, Kleider und ähnliches. Wenn man früher dort hinlangen wollte, so hiess es: ‚Halt! Sie stören die Kriegswirtschaft! Halt! Rüstungsbetriebe!' Natürlich hat das mit Parteigenossen Speer gar nichts zu tun. Sie können gar nichts dazu. Es ist der Teil von angeblichen Rüstungsbetrieben, die der Parteigenosse Speer und ich in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam reinigen wollen. Das werden wir genau so unsentimental machen wie im fünften Kriegsjahr alle Dinge unsentimental, aber mit grossem Herzen für Deutschland gemacht werden müssen.»[7]

Zwei Tage zuvor in der Rede vor den SS-Gruppenführern am 4. Oktober 1943 hatte sich Himmler schon über den latenten Widerstand der deutschen Bevölkerung geäussert: «Wenn man früher irgendeine Judenfirma schloss, einen Juden aushob, dann meldete ein Herr Zahlmeister Soundso: Wie, Sie wollen die Wehrkraft des deutschen Volkes schädigen? Sie sabotieren die Kriegswirtschaft. In Wirklichkeit hatte der Jude dem Zahlmeister ein Pelzmäntelchen gestiftet. Wenn man heute einem Betrieb 800 Judenweiber wegnimmt, so kommt auch so ein Herr, der sich gerade ein Paar nagelneue Stiefel im Betrieb hat machen lassen und sagt: ‚Ich muss melden, dass Sie die Kriegsproduktion entscheidend gestört haben'.»[8] Wenn Himmler auf die Anfertigung von Pelzen anspielte, so übersah er dabei geflissentlich, dass es sich um die Anfertigung von Schafspelzen für die Truppe gehandelt hat. Im Übrigen bestimmte der Generalquartiermeister des Heeres die Höhe, die Art und den Ort dieser Produktion und nicht der Rüstungsminister.

Angebliche «gemeinsame Beschlüsse über Reinigung von Rüstungsbetrieben» hätten sich mit Sicherheit in den vollständig erhaltenen Tagebüchern der Rüstungsinspektion Generalgouvernement oder im Schriftgut des Reichsfüh-

rers-SS niedergeschlagen; aber auch in den Akten meines Ministeriums sind derartige Konferenzen nicht einmal erwähnt. Die Auszüge aus den SS-Akten sprechen nicht eben dafür, dass Himmler bei seinen drakonischen Massnahmen meiner Mithilfe bedurfte. Himmler und seine Organe scheuten ja keineswegs davor zurück, ohne vorherige Unterhandlung mit der Rüstungsinspektion durch unangemeldeten Abtransport jüdischer Rüstungsarbeiter in Konzentrationslager die Produktion zu lähmen. Dies geschah selbst gegen die Pläne General Schindlers und gegen den Willen des Generalgouverneurs, wie aus den Protokollen der Regierungssitzungen Franks hervorgeht.

Im Übrigen handelte es sich bei Himmlers erregter Polemik gegen die Wirtschaftsführer um die gleiche Haltung, die auch sonst die SS in dieser Zeit bestimmte. Am 4. Oktober 1941 schon hatte Heydrich ganz offen die Wirtschaftsführung attackiert; inzwischen war es so weit gekommen, dass die Industriellen ganz pauschal als unzuverlässig, korrupt oder gar als Staatsfeinde hingestellt wurden. Mit dem Verlauf des Russlandkrieges wuchs die Macht der SS von Monat zu Monat.

Himmler hatte also vor den Gauleitern unverhüllt erklärt: «Die Judenfrage in den von uns besetzten Ländern wird bis Ende dieses Jahres erledigt sein», wobei die vorausgegangenen Ausführungen keinen Zweifel darüber liessen, dass damit die Ermordung gemeint war.[9]

Damit aber täuschte Himmler die Parteihierarchie bewusst. Wie aus den erhaltenen Dokumenten hervorgeht, strebte er, selbst über den 31. Dezember 1943 hinaus, danach, soweit es nur ging, Juden für seine Wirtschaftspläne, also für den Aufbau seines Wirtschaftsimperiums zu «reservieren». Es ist denkbar, dass die Befehle Hitlers den Himmlerschen Wirtschaftsplänen entgegenstanden und dass Himmler es daher vorzog, den Gauleitern diesen Teil seiner Wahrheit zu verheimlichen und nur den anderen Aspekt seines Handelns mitzuteilen. Ich denke dabei wieder an den einen Satz in den Ausführungen von Höss, in dem er von einer anderen Reichsautorität sprach, die den eigentlichen Ausnutzungsplänen Himmlers entgegenarbeitete. Es sei auch daran erinnert, dass Himmler am 26. Januar 1942, also sechs Tage nach der Wannsee-Konfe-

renz, es immerhin noch für wünschenswert hielt, 150'000 Juden in der Rüstung zu beschäftigen.[10]

Ernst war es Himmler auf keinen Fall damit, alle polnischen Juden bis zum Ende des Jahres ausgerottet zu haben. Helmut Krausnick dokumentiert im Kapitel «Judenverfolgung» des Buches «Anatomie des SS-Staates», dass am 7. September 1943, also einen Monat vor Himmlers Posener Rede, «die vorhandenen etwa 10 Arbeitslager des SS- und Polizeiführers im Distrikt Lublin vom SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt übernommen» wurden. Dies sollte in der Folge mit «allen im Generalgouvernement bestehenden Arbeitslagern» geschehen. Wie Martin Broszat in seinem Bericht über die Konzentrationslager im gleichen Werk ausführte und reichlich mit Dokumenten belegte, war Pohl als Leiter dieses Hauptamtes mit Erfolg bemüht, durch Verbesserung der Lebensbedingungen diese Arbeitskräfte für seine Konzernbestrebungen nutzbar zu machen.[11] Es ist also keineswegs zutreffend, wenn neuerdings rechtsradikale Kreise diese Bemühungen Pohls und auch Himmlers zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der jüdischen und anderer Häftlinge als eine ihrer Entdeckungen geltend machen und damit die Unzuverlässigkeit der bisherigen Geschichtsschreibung herausstellen wollen.

Selbst Globocnik betonte in einem Abschlussbericht, den er Himmler am 4. November 1943 über seinen Auftrag der Judenvernichtung gab: «Andererseits aber habe ich versucht, eine Darstellung über den Arbeitseinsatz zu geben, aus dem nicht nur die Arbeitsmenge zu ersehen ist, sondern auch mit wie wenig Deutschen dieser Grosseinsatz ermöglicht wurde. Er ist heute jedenfalls so angewachsen, dass sich namhafte Industrien hierfür interessieren. Ich habe mittlerweile diese Arbeitslager an SS-Obergruppenführer Pohl übergeben.» Aus diesem Brief geht ausserdem hervor, dass Globocnik, vermutlich auf Anweisung Himmlers, am 19. Oktober 1943, also noch nicht vierzehn Tage nach Himmlers Posener Reden, «die Aktion Reinhardt, die ich im Generalgouvernement führte, abgeschlossen und alle (Vernichtungs-)Lager aufgelöst» habe.[12]

Am 19. Oktober 1943 erteilte der Generalgouverneur in einer Arbeitssitzung «dem Chef der Rüstungsinspektion, General Schindler, SS-Oberführer Bierkamp und Generalmajor Grünwald den Auftrag, die Listen der jüdischen

Lager im Generalgouvernement genau daraufhin durchzusehen, wie viele der Insassen als Arbeitskräfte eingesetzt seien». Im Gegensatz zur Rede Himmlers in Posen galt also die Erhaltung des Bestandes der vorhandenen Arbeitskräfte als akzeptiert. «Die übrigen sollte man», meinte Frank weiter, «aus dem Generalgouvernement abschieben», also ermorden. Von einer gemeinsamen Überprüfung der Rüstungsbetriebe durch Himmler und mich, wie sie Himmler in seiner Posener Rede angekündigt hatte, oder durch unsere beiderseitigen Organe wurde dagegen nirgendwo gesprochen.[13]

Zwei Tendenzen müssen sich also damals bei der SS auch im Generalgouvernement gegenübergestanden haben.[14] Einen Tag bevor Globocnik seinen Abschlussbericht unterzeichnete, hatten andere SS-Führer beschlossen, einen Gegenschlag zu führen, gewiss gegen die im Schreiben von Globocnik ausgeführten Grundsätze, die ihnen bekannt gewesen sein müssen. Es ist zwar für die Situation bezeichnend, dass Schieber in seinem am 7. Mai 1944 an mich gerichteten Brief von den vielen Reibungen unter SS-Führern beim Aufbau der KZ-Abteilungen in den Rüstungsbetrieben sprach, die seiner Meinung nach «im Wesentlichen in der Eifersucht der unteren SS-Führungsorgane liegen».[15] Es kann aber darin keine Erklärung dafür gefunden werden, dass am 3. November 1943 in elf Stunden, von vormittags 6 Uhr bis abends 17 Uhr, in Gruppen zu je zehn Juden von der SS insgesamt 17'000 Juden erschossen wurden[16], die den Betrieben der SS-eigenen «Ost-Industrie» angehörten, in der die konfiszierten jüdischen Betriebe zusammengefasst waren. Diese Aktion wandte sich gegen Pläne Pohls, wie der zweite Geschäftsführer Dr. Max Horn verzweifelt erklärte, weil die «bis dahin geleistete Auf- und Ausbauarbeit» durch diese Aktion «völlig wertlos» geworden sei. Der Warschauer SS- und Polizeiführer, der zur Gegenseite gehörte, äusserte dagegen nach dieser Vernichtungsaktion verächtlich zu einem Mitarbeiter Pohls: «Ost-Industrie! Wenn ich schon ‚Industrie' höre, wird mir übel!»[17] Es ist erschütternd, auf welche Weise über den Tod von 17'000 Juden entschieden wurde.

In der Tat gab es in der obersten SS-Führung zwei sich bekämpfende Richtungen: Die einen wollten die Häftlinge schonen, um mit ihrer Arbeitskraft die in-

dustriellen Ziele Himmlers voranzutreiben; die anderen wollten die Häftlinge bestenfalls sich zu Tode arbeiten lassen, eigentlich aber liquidieren, um der Ideologie Genüge zu tun. Höss hat diese Verschiedenheit der Auffassungen formuliert: «Das Reichssicherheitshauptamt sah in jedem neuen Arbeitslager, in jedem neuen Tausend Arbeitsfähiger die Gefahr der Befreiung, das Am-Leben-bleiben durch irgendwelche Umstände. Doch Pohl schien stärker, denn hinter ihm stand der Reichsführer-SS und verlangte immer dringender Häftlinge für die Rüstung.»[18] Unterstrichen werden diese Ausführungen des Lagerkommandanten Höss durch einen Befehl, den Himmler dem Reichssicherheitshauptamt, wenn auch aus anderer Veranlassung, am 15. Januar 1943 gab: «Ich habe im Gesamt-Rüstungsinteresse in den KL grosse Aufgaben übernommen. Dorthin gehören die Arbeitskräfte.»[19] Selbst Himmler also hielt eine verteidigende Klarstellung dem Reichssicherheitshauptamt gegenüber für notwendig.

Hier muss wieder an die Bemerkung von Höss erinnert werden, nach der hohe Stellen sich gegen die Politik Himmlers und Pohls wandten. Denn Globocnik hatte am 18. Januar 1944 Himmler ungeschminkt geschrieben, dass «‚Osti’ und Deutsche Ausrüstungswerke von mir selbst geführte Betriebe waren, [...] die bei meinem Weggang klaglos funktionierten». Aber «am 3. November 1943 wurden die Arbeitskräfte den Arbeitslagern entzogen [ermordet] und die Werke stillgelegt. Die Lagerführer waren von dieser Aktion nicht unterrichtet, obwohl bei ihnen die Verantwortung lag. Ich wurde daher in meiner Aufsichtspflicht gehindert. [...] Am Tage vor der Lagerräumung hat General Schindler, Rüstungsinspektion Krakau, auf Grund einer Zusage von SS-Obergruppenführer Krüger mit den Lagerführern vereinbart, dass künftig Rüstungsaufträge in die Arbeitslager von ‚Osti’ [kommen]».[20]

Wie wenn ein Blitz eingeschlagen hätte, wurde dieser schwere Eingriff in die Hoheitsrechte selbst eines Globocnik ohne Vorwurf und ohne die Forderung nach Untersuchung des Vorfalles hingenommen. Es wäre unbegreiflich, weshalb auch Himmler diese Vernichtung eines Industrieunternehmens geschehen liess, wenn hinter solchen Aktionen nicht Bormann und damit Hitler selbst gestanden hätten.

Die Vemichtungsaktion vom 3. November 1943 hatte die «Ostindustrie» gelähmt; das spiegelt sich auch in den Berichten der Rüstungsdienststellen wider. In der Sitzung der Rüstungskommission vom 10. November 1943 berichtete Schindler, dass «im Judeneinsatz durch die neuerlichen starken Abzüge im Lubliner Gebiet grosse Schwierigkeiten aufgetreten [sind]. Diese plötzlichen und ohne vorherige Verständigung der Ost-Industrie-Gesellschaft erfolgten Ausfälle wirken sich vor allem im Sektor Bekleidung und Ausrüstung aus.»[21] Auch das Tagebuch der Zentralabteilung der Rüstungsinspektion vom 11. November erwähnte die Aktion, wobei man die konkreten Ausrottungsvorgänge ebenso wie in allen anderen Berichten der Rüstungsdienststellen vorsichtig umschreibt: «Unerwarteter und völliger Entzug der jüdischen Arbeitskräfte bei den Fabrikationsstätten Walter C. Többins in Poniatowa und Schultz u. Co. in Trawniki.»[22] Das Kriegstagebuch der Abteilung Verwaltung verzeichnete am gleichen Tag eine Meldung des Rüstungskommandos Warschau, nach der bei beiden Firmen «durch endgültigen Ausfall der jüdischen Arbeitskräfte die Fertigung unterbrochen» sei.[23] Noch unmissverständlicher berichtete der dem OKW unterstehende Wehrwirtschaftsführer: «Grössere Lieferungsverzögerungen bei verschiedenen Textilbetrieben im Lubliner Bezirk durch den Ausfall jüdischer Arbeitskräfte auf Grund polizeilicher Massnahmen», die durch den «SD veranlasst» wurden.[24]

Nicht nur die «Ost-Industrie-Werke», sondern auch die ebenfalls Pohl unterstehenden «Deutschen Ausrüstungswerke», wurden durch diese Vernichtungsaktionen betroffen. «Dienstreise der Abteilung V nach Lemberg zwecks Verhandlungen über Unterbringung bzw. Zurücknahme der Aufträge der Deutschen Ausrüstungswerke», heisst es im Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion vom 19. bis 26. November 1943.[25]

Zusammenfassend berichtete Schindler in der Sitzung der Rüstungskommission vom 29. Dezember 1943 über diese Vorgänge: «Die Judenaussiedlungen [sic!] im Bezirk Lublin haben zur Stillegung einer Reihe von Betrieben geführt. Mit dem Höheren SS- und Polizeiführer ist die Stillegung der Ost-Industrie-Werke vereinbart worden, während die Deutschen Ausrüstungswerke weiter bestehenbleiben.»[26] Im offiziellen, an das Berliner Rüstungsamt gesandten Überblick des Rüstungsinspekteurs über das vierte Quartal wurden

diese Vorkommnisse jedoch überhaupt nicht erwähnt[27], ein Zeichen, wieweit deren Geheimhaltung beachtet wurde. Auch die offiziellen Monatsberichte des Wehrwirtschaftsoffiziers vom Oktober, November und Dezember 1943 schwiegen sich aus.[28]

Nicht nur dieses Beispiel zeigt, welche gegeneinander gerichtete Willkür in den höheren Kreisen der SS geherrscht haben muss: SS-Obersturmbannführer Maurer, seit Langem von Pohl eingesetzt, um den Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstung zu erhöhen, verfasste in seiner Eigenschaft als Chef des Amtes D II in der Amtsgruppe Konzentrationslager am 4. September 1943 ein Schreiben, das zeigt, wie wenig selbst er über die wirklichen Verhältnisse Bescheid wusste. Zwei Monate vor der Ausschaltung der 17'000 Arbeitskräfte in Polen fragte er bei SS-Obersturmbannführer Höss, dem Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz an: «Ich habe am 25. August 1943 SS-Hauptsturmführer Schwarz gesagt, dass ich die Zahl der voll arbeits- und einsatzfähigen Juden wissen muss, da ich beabsichtige, Juden vom KL Auschwitz abzuziehen, um sie bei Rüstungsfertigungen im Reich einzusetzen. Am 26. August 1943 habe ich dies durch Fernschreiben noch einmal mitgeteilt. Nach dem dortigen Fernschreiben vom 29. August 1943 sind von den einsitzenden 25'000 Juden nur 3581 arbeitsfähig. Diese sind aber restlos bei Rüstungsvorhaben eingesetzt und können nicht abgegeben werden. Was machen die restlichen 21‘500 Juden? Irgendetwas kann hier nicht stimmen! Ich bitte den Vorgang erneut zu überprüfen und mir zu berichten.»[29]

Das ist ein erstaunliches Dokument, das in gewisser Weise auch die Todestabellen vom Juli bis Dezember 1942 ergänzt. Nicht einmal ein Amtschef in der Amtsgruppe Konzentrationslager wusste, was vorging.

Unterstrichen wird die Rätselhaftigkeit der Ermordung von 17'000 jüdischen Fachkräften, wenn wir lesen, dass am 4. November 1943, also just einen Tag nach der Aktion, der oberste SS-Verantwortliche für das Generalgouvernement, SS-Obergruppenführer Krüger, die Zusicherung gab[30], in nächster Zeit der Rüstungsindustrie 5'000 Juden zur Verfügung zu stellen. Krüger wiederholte diese Zusage General Schindler gegenüber am 10. November 1943 und

fügte hinzu, dass «weitere 5’000 Juden im Laufe des nächsten halben Jahres folgen sollen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um die im Lager Plaszow untergebrachten Juden. Damit würde die Rüstungsindustrie», so betonte Schindler, «auf rund 33’000 Juden kommen, das ist etwa 20% der Gesamtbelegschaft. Da aber auch für diese Juden die Möglichkeit eines plötzlichen Abzugs besteht, muss Vorsitzer [Schindler] schon heute an die Hauptabteilung Arbeit [der Regierung des Generalgouvernements] die Bitte um vorsorgliche Massnahmen zur De-ckung dieses eventuellen Ausfalls richten.»[31] Die vorangegangenen Ereignisse liessen diese Präventivforderung ratsam erscheinen.

Der erste Teil dieser Zusage wurde schnell verwirklicht. Nach einem Bericht der Rüstungsinspektion vom 16. November 1943 erreichte ein «Transport von 2‘500 jüdischen Arbeitskräften aus dem Zwangsarbeiterlager Plaszow» den Ort Skarzysko-Kamienat und wurde bei der Hugo Schneider AG. Leipzig beschäftigt, die Munition produzierte.[32] Am 18. November 1943 wurde erneut ein «Transport von insgesamt 1‘500 jüdischen Arbeitskräften aus dem Zwangsarbeitslager Plaszow nach Kielce, Tschenstochau, Pionki, Ostrowice und Starachowice für Rüstungsbetriebe» freigemacht.[33]

Damals führte Krüger nur noch für eine Übergangszeit der Form nach die Geschäfte. Denn einige Wochen zuvor, etwa Mitte Oktober, also noch vor den Massenliquidationen, wurde er durch SS-Obergruppenführer Koppe ersetzt. Am 27. Oktober 1943 berichtete Frank seinen engeren Mitarbeitern: «Ihm ist versichert worden, dass SS-Obergruppenführer Koppe mit genauer Marschroute in völliger Gegensätzlichkeit zu dem bisherigen Zustand versehen ist und nunmehr ein Weg zu sachlicher Zusammenarbeit gefunden werden solle.»[34]

Schindler kam nach Berlin, um die durch die Einsetzung Koppes entstandene neue Lage zu besprechen. Denn Frank hatte kurzerhand den neuen SS-Führer zu einem seiner Staatssekretäre ernannt, ihm also staatliche Funktionen in seiner Regierung eingeräumt. Die Chronik vom 17. November 1943 berichtet über den Besuch Schindlers: «Die Eigenmächtigkeit der Regierung im Generalgouvernement stellte den dortigen Rüstungsinspekteur General Schindler vor eine besonders schwierige Aufgabe. Der Minister bespricht mit General

Schindler und Hauptdienstleiter Saur die Lösung dieser Schwierigkeiten durch Einschaltung des neuen SS-Führers, Obergruppenführer Koppe, als Beauftragten [des Ministers] für Rüstungsangelegenheiten bei der Regierung, wodurch er sich eine Stärkung für die Arbeit des Rüstungsinspekteurs verspricht. General Schindler ist mit dieser Lösung einverstanden.»[35]

Von seiner Berliner Reise zurückgekehrt, begrüsste Schindler am 8. Dezember vor der Rüstungskommission «diese Berufung, da Obergruppenführer Koppe – abgesehen von der ihm als Höheren SS- und Polizeiführer zur Verfügung stehenden Exekutive – als Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements in weitaus stärkerem Masse in der Lage ist, die Belange der Rüstung in der Regierung des Generalgouvernements zu vertreten, als der Vorsitzer der Rüstungskommission. Falsch wäre es, in diesen organisatorischen Änderungen etwa eine Zurücksetzung der Rüstungsdienststellen oder sonstiger mit der Rüstung befasster Organisationen zu sehen. Durch diese Neuordnung ist somit eine bedeutende Förderung der Rüstungsbelange zu erwarten. Eine beachtliche Erleichterung hat die Zuweisung von 4'000 Juden gebracht, der noch die Zuweisung von weiteren 500 im laufenden Monat folgen wird. Darüber hinaus sollen in den nächsten vier Monaten weitere Judenzuweisungen erfolgen.»[36]

Die Entwicklung der Produktionszahlen spricht nicht für eine wesentliche Erhöhung der Arbeiterzahlen in der zweiten Hälfte des Jahres 1943; zunächst musste der Verlust von 17'000 eingearbeiteten Juden ausgeglichen werden. Nach einer Meldung der Rüstungsinspektion wurde der monatliche Durchschnitt der Produktion der ersten Hälfte 1943 mit 46 Millionen RM auf 58 Millionen RM im Oktober, auf 59 Millionen RM im November und auf 60 Millionen RM im Dezember gesteigert.[37] Allerdings sind diese Rüstungsleistungen des Generalgouvernements im Vergleich zur gesamten deutschen Produktion minimal. Den 60 Millionen RM polnischer Produktion des Monats Dezember 1943 steht eine Auslieferung von 2,3 Milliarden RM im ganzen deutschen Herrschaftsgebiet gegenüber. Das Generalgouvernement war also nur mit ein Viertel Promille am deutschen Rüstungsausstoss beteiligt.

«Eine Regelung [müsse] allerdings noch die Verpflegung der Juden fin-

den», hiess es in einem Bericht der Rüstungskommission vom 12. Januar 1944.[38] Koppe lehnte es in der nächsten Sitzung der Rüstungskommission, am 8. März 1944, jedoch ab, seine Autorität für eine Regelung der Ernährungsfrage einzusetzen: «Die Versorgung der Rüstungsarbeiter», so drückte er sich aus, «die immer wieder in den Vordergrund der Darlegungen gerückt wurde, ist Sache der zuständigen Hauptabteilung der Regierung.»[39] Fünf Tage später besprach sich Schindler daher mit «der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft über die Verpflegung der Juden in Rüstungsbetrieben.»[40] Ein Ergebnis wurde nicht verzeichnet.
Wahrscheinlich für eine weitere Besprechung Schindlers befindet sich in den Akten eine Niederschrift, in der erklärt wird: «E. L. [Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft der Regierung des Generalgouvernements] teilten den Konzentrationslager-Juden bisher wesentlich hörere Sätze zu, als den bei den Werken arbeitenden Juden.» Auch aus diesem Satz geht hervor, dass immer noch entgegen den Weisungen Himmlers namhafte Zahlen von Juden ausserhalb der Lager beschäftigt wurden. «Die Konzentrationslager-Juden erhalten über den SS-Wirtschafter Ernährungssätze, die etwa denjenigen im Reich, wie sie vom Reichsernährungsminister genehmigt sind, entsprechen.[41] E. und L. will den Juden bei den Werken nur die Sätze der polnischen Rüstungsarbeiter zubilligen. Eine solche Zuteilung würde nach dem äusserst mangelhaften Kräftezustand der Juden in der Schwerindustrie nicht ausreichen, da die Juden als Internierte sich im Gegensatz zu den Polen zusätzliche Lebensmittel nicht beschaffen können und auch nicht an zusätzlicher Werkverpflegung teilnehmen.»[42]

Die Rüstungsstellen konnten im Rahmen ihrer Zuständigkeit nicht mehr tun als fordernd auf die Missstände in der Ernährung aufmerksam zu machen. Immerhin muss sie im Generalgouvernement für die Juden nicht so verzweiflungsvoll gewesen sein wie im Reichsgebiet, denn Simon Wiesenthal schreibt in seinem Buch «Die Sonnenblume» über seinen Aufenthalt als Häftling in einem Konzentrationslager des Generalgouvernements: «Bei der Ostbahn ging es uns verhältnismässig gut. Wir hatten Kontakt mit der Aussenwelt und erhielten auch mehr Lebensmittel.»

Die einzige durchlaufende Statistik über die beschäftigten Juden ist die des Wehrwirtschaftsofliziers im Generalgouvernement, die allerdings lediglich diejenigen Juden erfasste, die für den allgemeinen Heeresbedarf Frontzubehör wie Bekleidung, Pelze, Schuhwerk, Schlitten usw. produzierten. Trotzdem ist die Entwicklung dieser Zahlen von Interesse, denn sie spiegelt wahrscheinlich eine allgemeine Tendenz wider. Nach dieser Statistik erhöhte sich in seinem Bereich die Anzahl der beschäftigten Juden vom Januar 1943 mit 15‘091 über 15‘500 im April auf 21‘600 im Juli 1943. Auch Ende Oktober 1943 hatte sich die Zahl der in diesen Betrieben arbeitenden Juden keineswegs vermindert, sondern gegenüber Juli um 800 auf 22‘444 Personen erhöht. Die Zahlen stiegen weiter. Ende Januar 1944 waren sie um 3‘852, also um 17 Prozent auf 26‘296 angestiegen, im April um weitere 8 Prozent auf 28‘537. Die Statistik zeigt dann für Mai 1944 eine Abnahme der Juden auf 27‘439. Parallel damit hat allerdings auch die Gesamtzahl der in diesem Bereich beschäftigten Arbeiter von 179’000 auf 172’000 abgenommen. Der Prozentsatz der Abnahme ist in beiden Fällen etwa gleich. Er erklärt sich aus dem Wegfall von Fertigungen, die Ende Mai 1944 in Galizien in den Frontbereich kamen.[43]

Aber was bedeuteten diese Zahlen gegenüber den Millionen Juden, die einst in Polen ansässig waren?

Der Wehrwirtschaftsoffizier im Generalgouvernement schrieb im Lagebericht für April 1944 von «hohen Anforderungen der Fronttruppe an Handwerkern, Aufwartepersonal und ungelernten Kräften, insbesondere für Lazarette und an Befestigungsarbeiten», denn die Front näherte sich dem polnischen Gebiet. Er fügte hinzu: «Es wird zum Teil die Beschaffung von jüdischen Kräften aus Ungarn angestrebt»[44], die in dieser Zeit auf Weisung Hitlers aus Ungarn nach Auschwitz verbracht wurden. Im Bericht für Mai 1944 musste der Wehrwirtschaftsoffizier das Scheitern seiner Hoffnungen vom Monat zuvor feststellen: «Eine Erweiterung des Judeneinsatzes in den Rüstungsbetrieben wäre dringend notwendig, die zur Zeit durch ein Verbot der Judenausfuhr [gemeint war wohl «Einfuhr»] ins Generalgouvernement unmöglich ist.»[45]

Wieder einen Monat später, am 7. Juni 1944, wurde in der Sitzung der Rü-

stungskommission mitgeteilt: «Die Judenanforderungen sind ausserordentlich gross, doch ist das Reservoir an Juden bald erschöpft. Vorläufig sind etwa 5'000 Juden angefordert.»[46] Am 5. Juli 1944 wurde vor dem gleichen Gremium festgestellt: «Eine grosse Entlastung wäre der Judeneinsatz. Leider stossen die diesbezüglichen Versuche, aus Litzmannstadt 2'000 Juden nach dem Generalgouvernement zu bringen, auf Widerstand beim Reichsführer SS.»[47]

Nach dem Text dieser Notizen steht fest, dass inzwischen das grosse jüdische Menschenreservoir des Generalgouvernements praktisch ausgelöscht war. Groteskerweise schlug man jetzt also vor, jüdische Kräfte aus Ungarn oder von Łódź zu importieren.

Nach General Gienanths Bericht vom 18. September 1942 an den Wehrmachtsführungsstab arbeiteten im Herbst 1942 im Generalgouvernement 300'000 Juden für die Rüstung und den Truppennachschub. Unter ihnen gab es 100'000 Fachkräfte.[48] Wenn Generalgouverneur Frank am 25. Januar 1944 feststellte, dass im ganzen Generalgouvernement noch etwa 100'000 Juden vorhanden sein würden[49], könnte angenommen werden, dass diese Zahl etwa der der übriggebliebenen entspricht, umso mehr als sie mit den von Gienanth genannten 100'000 Fachkräften übereinstimmt.

Wie viele Juden standen dem Arbeitseinsatz im Jahre 1942 insgesamt zur Verfügung und wie viele verschwanden demnach in den Vernichtungslagern? Aus dem Arbeitseinsatzbericht der Hauptabteilung Arbeit der Regierung im Generalgouvernement für den Monat Dezember 1943 wird ersichtlich, dass im Jahr 1942 noch 1'426'495 jüdische Arbeitskräfte eingesetzt wurden, von denen «allerdings rund 980'000 kurzfristig eingestellt waren».[50] 450'000 Juden, in denen die 300'000 von Gienanth genannten enthalten sein müssten, arbeiteten also 1942 noch als vollwertige Arbeitskräfte in der Wirtschaft des Generalgouvernements und damit auch unmittelbar für die deutschen Kriegsinteressen. Fast eine Million waren in Reserve.

Mit diesem einzigen Satz dokumentiert der Leiter der Hauptabteilung Arbeit die Zahl der jüdischen Arbeitskräfte vor ihrer Ermordung, wobei er Ende des Jahres 1943 lakonisch hinzufügte, keine weiteren Arbeitskräfte stellen zu können, da «zusätzlich noch der Ausfall zu berücksichtigen [sei], den der Judeneinsatz darstellt».[51]

Wenn bei den rund anderthalb Millionen jüdischen Arbeitskräften die Frau-

en, die Kinder über 15 Jahre, sowie die Jahrgänge unter einem Alter von 65 Jahren zur Arbeit eingesetzt waren, so ist – nach der Alterspyramide – natürlich die Zahl der insgesamt damals im Generalgouvernement noch lebenden Juden erheblich höher zu veranschlagen. Die Jahrgänge bis zum 15. Jahr einschliesslich betragen im Durchschnitt 33 Prozent der Gesamtbevölkerungszahl und die der Altersgruppen über 65 Jahre nochmals 5 Prozent. Damit entsprach die Zahl von 1'426'000 arbeitenden Juden einer Gesamtzahl aller Altersklassen von 2'300'000.[52]

Aus dem Bericht der Hauptabteilung Arbeit ist nicht ersichtlich, in welchem Monat des Jahres 1942 diese jüdischen Arbeitskräfte noch am Leben waren. Da aber der «Inspektor für Statistik» der SS, Korherr[53], festgestellt hat, dass bis 31. Dezember 1942 im Generalgouvernement (mit Lemberg) 1'274'166 Juden «evakuiert», also in die Vernichtungslager abtransportiert wurden, ist die Annahme berechtigt, dass es sich im Bericht der Hauptabteilung Arbeit um eine Zahl vom Beginn des Jahres 1942 gehandelt haben muss. Für diese Annahme spricht auch eine Bemerkung des engsten Mitarbeiters von Generalgouverneur Hans Frank, dem Staatssekretär Bühler, der am 20. Januar 1942 auf der Wannsee-Konferenz erklärte, dass im Generalgouvernement immer noch zweieinhalb Millionen Juden anwesend seien.[54] Es liegen also zwei gleichlautende Dokumentationen über die Zahl der im Generalgouvernement im Frühjahr 1942 registrierten Juden vor. Über das Schicksal dieser Juden kann kein Zweifel bestehen. Denn wir haben in den Dokumenten der Rüstungsinspektion Warschau des Generalgouvernements gelesen, dass zwei Jahre später, im Sommer 1944 alle Möglichkeiten, jüdische Arbeitskräfte im Generalgouvernement zu mobilisieren, erschöpft waren.

Es liegt auf der Hand, dass die von der Hauptabteilung Arbeit genannte Zahl der jüdischen Beschäftigten und die von Staatssekretär Bühler festgestellte Gesamtzahl der Juden im Generalgouvernement nicht alle polnischen Juden umfasste. Es fehlten die Juden, die im westlichen Teil Polens, der unter Greiser als Gau Wartheland abgetrennt war, ebenso wie die Juden, die in Oberschlesien angesiedelt waren. Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass durch die polnische Desorganisation wohl zahllose Juden im Generalgouvernement gar nicht registriert waren, weil sie sicher danach strebten, in den deutschen Registern ver-

zeichnet zu sein. Wenn Gerald Reitlinger die Zahl der ermordeten polnischen Juden mit 2‘350‘000 bis 2‘600‘000 annimmt, so kann aus diesem Bericht der Hauptabteilung Arbeit zusammen mit anderen Angaben geschlossen werden, dass diese Zahlen eher als zu niedrig angesehen werden müssen und der Verlust den von Roal Hilberg genannten 3 Millionen näher-kommen könnte.

Aus den Akten der östlichen Rüstungsinspektionen ist über das weitere Schicksal der Juden nichts zu entnehmen. Nachdem diese Gebiete durch das Vorrükken der sowjetischen Truppen nach und nach verlorengingen, lösten die Inspektionen sich auf. Nur vereinzelte Zeugnisse lassen erkennen, dass Teile der in Polen beschäftigten Juden nach Deutschland verbracht worden sind. Simon Wiesenthal berichtet in seinem Buch, dass er und seine Gruppe, die bei der Ostbahn beschäftigt waren, nach Mauthausen gelangten. Nach Eugen Kogon sind im Januar 1945 5‘745 polnische Juden in Buchenwald angelangt.[55]

Juden in Reichsgauen

Nicht zum deutschen Reichsgebiet wurden – was die Judenpolitik anlangte offensichtlich zwei Gaue gezählt, die 1939 nach der Teilung Polens annektiert worden waren: einmal der Warthegau mit der Hauptstadt Posen unter Gauleiter Greiser und der Gau Oberschlesien unter Bracht. Beide Gaue waren als ehemaliges Reichsgebiet von Polen abgetrennt worden. In ihnen durften in der Rüstung Juden beschäftigt werden. Goebbels schien bei dem hohen Prozentsatz polnischer Bevölkerung an ihrer Anwesenheit keinen Anstoss zu nehmen.

In Breslau meldete die für Oberschlesien zuständige Rüstungsinspektion zwar am 9. November 1942, dass «die in den Rüstungsbetrieben eingesetzten jüdischen Arbeiter in der nächsten Zeit evakuiert werden».[1] Man erwarte «grössere Schwierigkeiten, da rund 41’000 jüdische Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie und im Bausektor beschäftigt werden, für die die Arbeitseinsatzdienststellen Ersatz nicht werden stellen können. Allein in der Textilindustrie sind rund 10-12’000 jüdische Arbeitskräfte eingesetzt, deren Ausfall den ungestörten Fortgang der Fertigung infragestellen würden.»[2] Um die gleiche Zeit war auch Schindler davon überzeugt, dass im Generalgouvernement 50’000 Juden aus den Betrieben herausgezogen werden sollen.

Diese Befürchtungen haben sich jedoch nicht erfüllt, denn Ende Dezember 1942 wurde im Vierteljahresbericht der Rüstungsinspektion Breslau gemeldet: «Gegenüber dem letzten Bericht [von Ende September] hat sich die Zahl der im Bereich der Inspektion eingesetzten Jüdinnen noch etwas erhöht.»[3] Ende Juni 1943 wurde erneut geklagt, dass «durch das Abziehen der jüdischen Ar-

beitskräfte sich das Fehlen an Bauarbeitern sehr empfindlich spürbar [mache]».[4] Aber ein Eintrag von Ende Dezember 1943 derselben Rüstungsinspektion, die nun ihren Sitz nach Kattowitz verlegt hatte, deutet darauf hin, dass auch hier die von Himmler den Reichs- und Gauleitern in Posen gerade angekündigten Ausrottungsmassnahmen entweder verschoben worden waren oder überhaupt nur auf dem Papier standen: «Der befürchtete Abzug der Juden ist noch nicht erfolgt, da höheren Orts rechtzeitig entsprechende gegenteilige Weisungen erteilt worden sind.»[5]

Allerdings bestand die SS auch in Oberschlesien darauf, dass die Juden genau wie im Generalgouvernement in Konzentrationslager verbracht würden. Der Bericht fahrt daher fort: «Durch die Übernahme der Judenlager in die Verwaltung der Konzentrationslager werden grösste Schwierigkeiten wegen der verlangten Kopfzahl dieser Lager von rund 1'000 Jüdinnen und mehr entstehen, da es in den meisten Fällen unmöglich ist, so grosse Lager für diese Firmen zu errichten und 1'000 Jüdinnen und mehr für die betreffenden Firmen zu beschäftigen. Bleibt das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt Arbeitsgruppe D auf seiner Forderung bestehen, nur Lager von 1'000 Jüdinnen und mehr einzurichten, so fällt bei einzelnen Firmen, z.B. Gruschwitz Textilwerke in Neusalz, Methner u. Frahme in Landeshut oder Leinag in Landeshut, die Fertigung um ca. 30-40% ab. Verlagert kann diese Fertigung nicht werden.»[6]

Diese Wende in der Judenpolitik veranlasste den Rüstungsinspekteur von Kattowitz, mich um eine Intervention bei Himmler zu bitten. Ich schrieb ihm am 15. Dezember 1943: «Der Rüstungsinspekteur VIII b in Kattowitz meldet mir, dass von dem KZ-Lager Auschwitz 40'000 KZ-Häftlinge der Rüstungsindustrie zur Verfügung gestellt werden können», wobei anzunehmen war, dass ein hoher Prozentsatz unter ihnen von Juden gestellt worden wäre. «Der Rüstungsinspekteur Oberst Hüter kann sofort 10'000 Mann in den Werken Blechhammer, Heydebreck und Auschwitz einsetzen. [...] Ich brauche nicht auszuführen, welche Hilfe 40'000 oder auch zunächst nur 10'000 Mann für die Rüstungsindustrie bedeuten.»[7] Der Brief hatte keinen Erfolg. Es mag daran erinnert werden, dass auch Maurer einige Monate zuvor die Hoffnung gehabt hatte, ihm

würden 21‘500 Juden aus Auschwitz als Arbeitskräfte für die Rüstung zugewiesen werden.

Da nichts geschah, nahm ich am 23. Februar 1944 in einem Brief an Himmler erneut Bezug auf mein Schreiben vom Dezember und bat ihn, «der Rüstung in noch stärkerem Masse als bisher durch den Einsatz von KZ-Häftlingen an Stellen, die ich für besonders dringlich ansehe, zu helfen». Denn, wie ich Himmler im gleichen Schreiben mitteilte, habe «seit einiger Zeit der Zufluss von [Sauckels deportierten] Arbeitern aus dem Ausland erheblich nachgelassen». Und deswegen müssten «jetzt alle Möglichkeiten der Arbeiterbeschaffung ausgeschöpft werden, die wir noch in Deutschland haben. Das bedeutet, dass alle in Deutschland verfügbaren Kräfte, soweit sie irgend einsatzbar sind, der Rüstung und bei ihr vor allem den Schwerpunktprogrammen nutzbar gemacht werden.»[8] Offensichtlich hatte ich keine Vorstellung davon, dass in den Konzentrationslagern Hunderttausende jüdischer Arbeitskräfte in eben diesen Monaten liquidiert wurden. Sonst hätte ich kaum so zaghaft gefragt, ob nicht 40’000 oder zumindest 10’000 Häftlinge beschafft werden könnten.

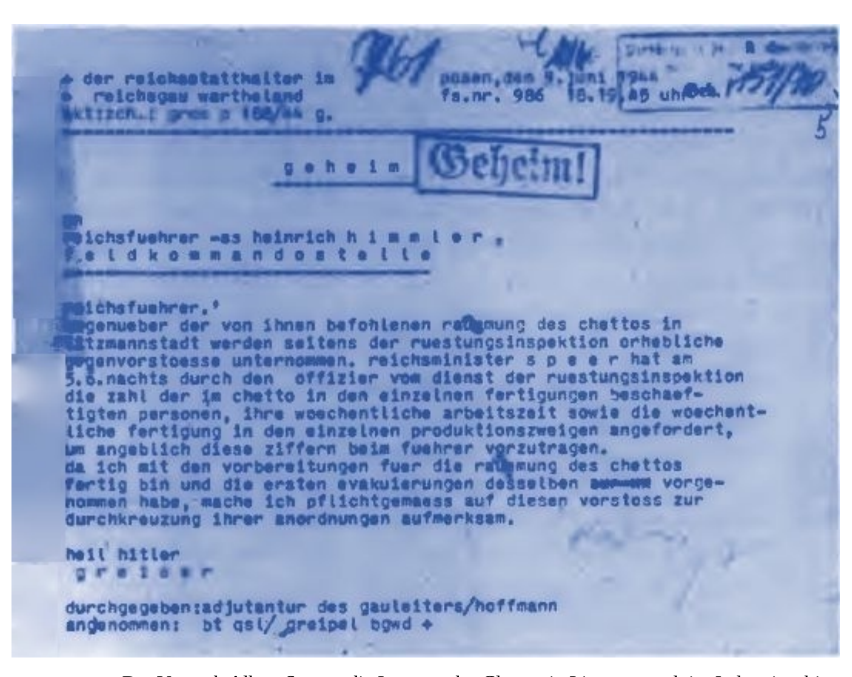
Auch in der Rüstungsinspektion Posen selbst sind die in der Posener Rede Himmlers vom 6. Oktober 1943 angekündigten Tötungsmassnahmen nicht durchgeführt worden. Im Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Posen vom 22. Oktober 1943 wurde festgehalten: «Besprechung der Ghettoverwaltung in Litzmannstadt und des Fertigungsleiters bei Wa J Rü (Mun 4/V) Berlin[9] über die Fertigung von monatlich 20 Millionen Stahlkernen für Infanteriemunition. [...] Weiter wird über die Übernahme çiner Fertigung von 500’000 Presslingen für 2 cm Sprenggranaten mit Leuchtspur gesprochen. Das Oberkommando des Heeres ist bereit, für beide Fertigungen die Sondermaschinen dem Ghetto zur Verfügung zu stellen[10], um die dort vorhandene einmalig grosse Kapazität an Arbeitskräften auszunutzen.»[11]

Skeptischer äusserte sich eine Woche später Regierungsdirektor Weissker, der das Oberpräsidium des Warthegaues vertrat: «Veränderungen in der Belegung des Litzmannstädter Ghettos sind zu erwarten. Die Räumung des Ghettos scheint jedoch vorläufig im Interesse der Rüstungsfertigung zurückgestellt zu

sein. Regierungsdirektor Weissker will sich beim Gauleiter [Greiser] dafür einsetzen, dass die Wehrmachtfertigung im Ghetto nicht gefährdet ist.»[12]

Diese Bemerkung weist daraufhin, dass noch immer eine Verwirklichung der Mordabsichten drohte, die Himmler 24 Tage zuvor angekündigt hatte. Einen Monat später, am 30. November 1943, verschärfte sich die Lage, was allerdings im Gegensatz zu der gleichzeitigen Entwicklung im Generalgouvernement und in Oberschlesien stand, wo gerade zu diesem Zeitpunkt ein gewisses Einlenken zu verzeichnen war. Es dürfte Gauleiter Greiser, der ein extremer Antisemit war, gewesen sein, der hier in eine radikale Richtung drängte. «Die Anordnung zur Räumung des Litzmannstädter Ghettos scheint nicht mehr rückgängig gemacht zu werden», heisst es im Bericht der Rüstungskommission vom 30. November 1943. «Räumungstermin steht noch nicht fest. Neue Aufträge werden vom Ghetto nicht mehr angenommen.» Der für diese Frage zuständige Vorsitzer der Rüstungskommission liess allerdings in Klammer dazu vermerken: «Von einem Stoppen der Wehrmachtaufträge ist bei Wehrmachtteil Heer [einer Abteilung der Posener Rüstungsinspektion] und Abteilung Verwaltung nichts bekannt.»[13]

Er hatte recht. Sogar vom Generalgouvernement selber wurden jetzt Fertigungen nach Łódź gegeben, das Hitler nach dem General des Ersten Weltkrieges in Litzmannstadt umbenannt hatte. Im Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion im Generalgouvernement ist unter dem 10. Dezember 1943 eingetragen: «Absprache mit Ghettoverwaltung Litzmannstadt über Anfertigung von Tragetaschen für Infanteriespaten.»[14] Am 13. Februar 1944 hielt Himmler anlässlich eines Besuches in Posen fest, dass die Produktion weitergehen müsse. Greiser schrieb darüber am nächsten Tag an Pohl: «Das Ghetto von Łódź wird personell auf ein Mindestmass verringert und behält nur soviel Juden, wie sie unbedingt im Interesse der Rüstungswirtschaft erhalten werden müssen.» Er fügte hinzu: «Das Ghetto soll nicht mehr in ein Konzentrationslager umgewandelt werden.» Allerdings handelte es sich für Himmler nur um eine vorübergehende Massnahme, die momentane Rüstungsinteressen berücksichtigte. Himmler hielt, ohne ein bestimmtes Datum zu nennen, unbeirrt an der endgültigen Lösung fest, denn der Bericht Greisers fahrt fort: «Nach Entfernung aller Juden



der reichsstatthalter im
reichsgau wartheland
[illegible] p 188/44 g.

posen, den 9. juni 1944
fs.nr. 986 18.19,45 uhr

g e h e i m — Geheim!

an
reichsfuehrer -ss heinrich h i m m l e r ,
feldkommandostelle

reichsfuehrer,
gegenueber der von ihnen befohlenen raeumung des chettos in
litzmannstadt werden seitens der ruestungsinspektion erhebliche
gegenvorstoesse unternommen. reichsminister s p e e r hat am
5.6.nachts durch den offizier vom dienst der ruestungsinspektion
die zahl der im chetto in den einzelnen fertigungen beschaef-
tigten personen, ihre woechentliche arbeitszeit sowie die woechent-
liche fertigung in den einzelnen produktionszweigen angefordert,
um angeblich diese ziffern beim fuehrer vorzutragen.
da ich mit den vorbereitungen fuer die raeumung des chettos
fertig bin und die ersten evakuierungen desselben [illegible] vorge-
nommen habe, mache ich pflichtgemaess auf diesen vorstoss zur
durchkreuzung ihrer anordnungen aufmerksam.

heil hitler
g r e i s e r

durchgegeben: adjutantur des gauleiters/hoffmann
angenommen: bt qsl/ greipel bgwd

Der Versuch Albert Speers, die Insassen des Ghettos in Litzmannstadt im Industriegebiet Łódź als Arbeitskräfte zu erhalten, scheiterte am Vernichtungswillen des Gauleiters und Reichsstatthalters des «Warthegaus», Arthur Greiser. Himmler bestärkte ihn darin.

Fernschreiben

Gauleiter Reichsstatthalter
G r e i s e r
P o s e n

Bezug: Dort. FS Az. P 188/44 g.

Lieber Greiser!

Besten Dank für Fernschreiben vom 9.6.
Bitte Sie, diese Angelegenheit nach wie
vor durchzustehen.

Heil Hitler!
Ihr
gez. H. Himmler

1o.6.44 Bra./M.



aus dem Ghetto und nach Auflösung desselben soll dessen gesamter Grundbesitz der Stadt Litzmannstadt zufallen.»[15]

Wahrscheinlich scheiterten mit dieser Entscheidung Pohls Pläne, die Produktion auch dieser einwandfrei arbeitenden Rüstungsbetriebe in Łódź unter seine vollständige Kontrolle zu bringen. Offensichtlich enttäuscht, stellte er in seiner Antwort fest, dass nach dieser Entscheidung Himmlers gegen die Umwandlung in ein Konzentrationslager «das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt nichts mehr mit dieser Angelegenheit zu tun hat». Die groteske Normalität dieser Korrespondenz geht aus dem Zusatz hervor, «wegen eines Anteils an unserem französischen Weinkontingent schreibe ich Ihnen in den nächsten Tagen besonders».[16]

Die von Himmler zugestandene Duldung wichtiger Rüstungsfertigungen in Łódź dauerte lediglich vier Monate. Dann wurde meine Berliner Zentrale vom Rüstungsinspekteur über die bevorstehende Räumung des Łódźer Ghettos informiert. Offensichtlich hatte sie daraufhin Befehle herausgehen lassen, die Gauleiter Greiser veranlassten, Himmler am 9. Juni 1944 zu berichten:
«Reichsführer! Gegenüber der von Ihnen befohlenen Räumung des Ghettos in Litzmannstadt werden seitens der Rüstungsinspektion erhebliche Gegenvorstösse unternommen. Reichsminister Speer hat am 5. Juni nachts durch den Offizier vom Dienst der Rüstungsinspektion die Zahl der im Ghetto in den einzelnen Fertigungen beschäftigten Personen, ihre wöchentliche Arbeitszeit sowie die wöchentliche Fertigung in den einzelnen Produktionszweigen angefordert, um angeblich diese Ziffern beim Führer vorzutragen. Da ich mit den Vorbereitungen für die Räumung des Ghettos fertig bin und die ersten Evakuierungen desselben vorgenommen habe, mache ich pflichtgemäss auf diesen Vorstoss zur Durchkreuzung Ihrer Anordnungen aufmerksam. Heil Hitler Greiser.»[17] Himmler antwortete am folgenden Tag: «Lieber Greiser. Besten Dank für Ihr Fernschreiben vom 9. 6. Bitte Sie, die Angelegenheit nach wie vor durchzuziehen.»[18]

Greisers Intervention war eine offene Denunziation. Dabei mag die alte Animosität der hohen Parteifunktionäre eine Rolle gespielt haben, die mich immer als einen Emporkömmling in ihren Reihen angesehen hatten, der Hitler durch seine Architektur verzaubert und sich auf diese Weise illegitim in den

engsten Kreis eingeschlichen hatte. Aber Greiser wusste, dass Deutschland in diesen Monaten zunehmend zerbombt wurde und auf den Abgrund zuging. Er war klug genug, um die Vorteile sehen zu können, die unsere Kriegsführung aus dem Arbeitseinsatz der Juden hatte. Auch wenn die Łódźer Produktion im Verhältnis zur Gesamtkapazität der Rüstungsindustrie nicht beachtlich war, musste ihm doch klar sein, dass in unserer Notlage jede Teilproduktion zählte, besonders da sie in Polen in diesem Frühjahr vor Fliegerangriffen noch relativ sicher war. Aber in seinem Fernschreiben anzudeuten, dass ein Beweis über die beachtlichen Leistungen der Juden unerwünscht sei, dass er Himmler warnen müsse, weil solche Berichte angefertigt würden, das weist auf eine wahrhaft bizarre, trotz ihrer Tragik skurrile Situation hin. Greisers fanatischer Antisemitismus, sein eigener Hass und sein Gehorsam überwogen jede rationale Erwägung. Er nahm es hin, mit den Juden die Produktion selber zu exekutieren.

Zwei Tage nach diesem nächtlichen Anruf beim Rüstungsinspekteur in Łódź, am 7. Juni, hatte ich eine längere Besprechung mit Hitler. Wenn auch im Protokoll die Angelegenheit Łódź nicht erwähnt wird, so besteht doch Grund zur Annahme, dass ich Hitler auf die zu erwartenden Produktionsverluste aufmerksam machte. Jedenfalls gelangte der Befehl Himmlers nicht zur Durchführung. Acht Tage später, am 17. Juni 1944, ist im Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Litzmannstadt vermerkt: «Besuch der Ingenieure Mayer und Mielke vom Arbeitsstab Gewehrmunition [des Rüstungsministeriums] bei der Ghettoverwaltung. Die Auftragsmenge über 20 Millionen Geschosskerne je Monat soll verdoppelt werden. [...] Da die Erhaltung der Arbeitskräfte zugesichert und Raum vorhanden ist, soll die Ghettoverwaltung auch die Überholung von Infanterie-Munitionsmaschinen in grossem Masse übernehmen.»[19]

Im September 1944 schliesslich näherten sich die angreifenden Sowjetarmeen Łódź. Wie aus einem SD-Bericht vom 20. September 1944 hervorgeht, war die industrielle Rückverlegung aus Łódź zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen.[20] Bis dahin war also im Łódźer Ghetto weiter für die Rüstung gearbeitet worden, ungeachtet der Himmlerschen Ankündigungen.

Auf September 1944 datiert auch der Londoner Architekt Roman Halter sei-

nen Abtransport aus dem Łódźer Ghetto. Er teilte mir 27 Jahre später mit: «1944 arbeitete ich im Łódźer Ghetto in einer Metallfabrik. Als die Liquidation des Łódźer Ghettos durchgeführt wurde, erhielt die Gruppe von Männern, *Frauen und Kindern* [vom Verfasser unterstrichen], die in der Metallfabrik beschäftigt waren, einen Brief, der ihnen entweder durch Mr. Bibow oder Mr. Schernula ausgehändigt wurde. Dieser Brief wurde vom Leiter unserer Gruppe, Mr. Chomovicz, in Empfang genommen. Als wir Auschwitz mit dem Transport erreichten, der für die Vergasung vorgesehen war, näherte er sich dem SS-Selektionsführer, dem er diesen Brief übergab. Wir hatten dann für ungefähr eine Stunde an den Gleisen in Auschwitz zu warten, bis festgestellt war, ob dieser Brief eine Fälschung oder echt sei. Nach dieser Stunde wurden wir zum Lager gebracht und nicht zu den Gaskammern und daraufhin durch ein anderes Konzentrationslager, Schtutholl nach Dresden, wo wir in einer Munitionsfabrik arbeiteten, die ein Teil der Reemtsma Zigarettenfabrik war. Von diesem Brief, der fünfhundert von uns das Leben rettete, wurde gesagt, dass er durch Sie geschrieben worden sei. Das Datum war September 1944. Ich war zu dieser Zeit fünfzehn Jahre alt.»

Es ist kaum denkbar, dass es sich um ein persönliches Schreiben von mir gehandelt hat; vermutlich war es ein Begleitbrief der Rüstungsinspektion Posen, der dem damaligen Sprachgebrauch entsprechend vom «Ministerium Speer» gestammt haben konnte.[21]

Die Grundsätze der Judenpolitik, die der Befehl Hitlers an Sauckel vom 22. September 1942 festgelegt hatte, wurden im April 1944 von Hitler selbst aufgehoben. Nunmehr waren nicht mehr alle Juden aus Deutschland zu entfernen, sondern möglichst viele wieder in das Reichsgebiet zu verbringen. Während meiner dreimonatigen schweren Krankheit hatte Hitler, wie Ministerialdirektor Xaver Dorsch, der Leiter der OT-Zentrale in seinem Protokoll vom 6./7. April 1944 niederlegte, entschieden, dass er «sich persönlich mit dem Reichsführer SS in Verbindung setzen und diesen veranlassen [werde], aus Ungarn die erforderlichen etwa 100’000 Mann durch Bereitstellung entsprechender Judenkontingente aufzubringen. Der Führer verlangt ausdrücklich unter scharfer Betonung des Versagens der Bauorganisation [meines Ministeriums][22], dass die-

ses Werk ausschliesslich durch die OT gebaut werden und die Menschengestellung durch den Reichsführer SS erfolgen müsse.»[23] Es handelte sich um den sofortigen Bau von sechs Grossbunkern in Deutschland mit je 100'000 Quadratmeter Grundfläche. Eine Woche später befahl Hitler den sofortigen Beginn der Arbeiten und Dorsch versprach, sie bis November 1944 fertigzustellen.[24]

Am 1. Mai 1944 kehrte ich in mein Amt zurück, und am 9. Mai 1944 hatte Hitler in einer meiner ersten Besprechungen befohlen, «dass 10'000 deutsche Soldaten, die von der Krim zurückgebracht wurden, als Bewachungsmannschaften zum Einsatz ungarischer Juden, KZ-Häftlinge usw. zur Verfügung zu stellen sind. Generalfeldmarschall Keitel habe ich das Notwendige fernschriftlich mitgeteilt. Der Reichsführer-SS verlangt, dass die Bewachungsmannschaften zu ihm kommen, damit er den Abtransport aus Ungarn usw. ordnungsgemäss vollziehen kann. Ich habe dies ebenfalls Generalfeldmarschall Keitel mitgeteilt.»[25]

Zwei Wochen später rühmte sich Himmler in einer Rede vor Generalen in Sonthofen: «Zur Zeit allerdings fahren wir zunächst 100'000, später noch einmal 100'000 männliche Juden aus Ungarn in Konzentrationslager ein, mit denen wir unterirdische Fabriken bauen. Von denen aber kommt nicht einer irgendwie in das Gesichtsfeld des deutschen Volkes.»[26] Mitte Juni 1944 telegrafierte der «Reichsbevollmächtigte Ungarn», Legationsrat Edmund Veesemayer, unter «Strengst Geheim»: «Abtransport Juden aus Karpathenraum und Siebenbürgen [Zone I und II] an Zielorte am 7. Juni mit insgesamt 289'357 Juden in 92 Zügen zu je 45 Wagen abgeschlossen. Dass ursprünglich geschätzte Gesamtziffer von ca. 310'000 nicht erreicht wurde, erklärt sich ungarischerseits in Zwischenzeit vorgenommenen Einziehungen zum jüdischen militärischen [Honved-]Arbeitsdienst.» Am 17. Juni war die Zone III geräumt und weitere 50'805 und am 30. Juni 1944 noch einmal 41'499 Juden nach Auschwitz transportiert.[27] In 23 Tagen verbrachte die SS also 381'661 Juden in das Vernichtungslager.

Am gleichen Tag, dem 7. Juni 1944, an dem Veesemayer seine erste Aktion abgeschlossen hatte, schrieb ich an Keitel, dass mir gemeldet worden sei, «von den nach Deutschland verbrachten Juden [seien] überhaupt nur 50-60'000 ein-

satzfähig. Bei den übrigen handelt es sich um nicht einsetzbare Greise, Kinder, Kranke usw.»[28] Zu diesem Zeitpunkt musste nach der Statistik Veesemayers ein grosser Teil der fast 290'000 ungarischen Juden aus Zone I und II bereits eingetroffen sein. Wenn ich diese Zahl gekannt hätte, wäre mir die gemeldete Zahl von 50'000 bis 60'000 einsatzfähigen Juden schlechterdings unglaubhaft erschienen. Ähnliche Unklarheiten haben wir auch bei dem Briefwechsel zwischen Maurer und Höss kennengelernt.

Wir hofften auch auf jüdische Arbeitskräfte für den Rüstungsnachschub, aber «die Rüstung hat von diesen [ungarischen] Juden zunächst noch nichts bekommen. Sie müssen [nach dem Befehl Hitlers] erst zum Bau der Grossbunkerwerke verwendet werden.»[29] Diese Tatsache wird bestätigt durch die «Meldungen über die Beschäftigten im Reich», die von meinem Planungsamt herausgegeben wurden. Ende Mai 1944 waren im Reichsgebiet nicht mehr als zusammen 8938, davon 6319 männliche und 2619 weibliche Juden tätig.[30]

Auch politische Schwierigkeiten standen einer Beschäftigung von mehr Juden entgegen. Wie aus dem Brief Schiebers vom 7. Mai 1944 hervorgeht, arbeiteten «200 bis 300 Jüdinnen in einer elektrischen Röhrenfertigung in einer einwandfrei mit Lüftung, Heizung, Tageslicht und grosser Gemeinschaftsküche ausgerüsteten Felsenanlage in Dresden. [Sie wurden] gemäss Anweisung von Pohl, angeblich auf Antrag der Gauleiter Sauckel und Mutschmann abgezogen und einem SS-KZ-Betrieb zugewiesen.»[31] Jedoch schienen diese Schwierigkeiten im Gau Sachsen nach einigen Monaten behoben. In einer Niederschrift der Sitzung der Rüstungskommission IV a Dresden vom 18. Juli 1944 heisst es unter Punkt 7: «Einsatz von Juden und Häftlingen. Von Reichsführung-SS gesteuert. Deutsche Frauen und Mädels als Führerpersonal eingesetzt. Noch im Werden begriffen. Nur für gewisse Lager möglich.»[32] Da Frauen als Aufsichtspersonal vorgesehen waren, handelte es sich wiederum um den Einsatz von Jüdinnen.

Ungarische Juden müssen nun, im Gegensatz zu meiner Bemerkung an Keitel vom 7. Juni, in grösserer Zahl zur Verfügung gestanden haben. Denn am 7. August 1944 liess mir General Waeger, der Chef des Rüstungsamtes, einen Aktenvermerk zukommen, nach dem «Gauleiter Sauckel den Einsatz ungarischer

Juden im Gau Thüringen verboten [habe]. Die Aufhebung dieses Verbotes muss sofort erfolgen, da andernfalls auch andere Gauleiter ähnliche Verbote erlassen. Damit wäre der Einsatz der ungarischen Juden im Reich unmöglich. Die KZ-mässige Unterbringung der ungarischen Juden stellt sicher, dass weder das Empfinden der Bevölkerung verletzt wird, noch dass die Juden Unheil anrichten können»[33] (vgl. Anhang XIX).

Ob ich mündlich Dr. Goebbels auf diesen Punkt ansprach oder ob ich den Chef des Zentralamtes, Oberbürgermeister Willi Liebel, anwies, das Problem mit dem Staatssekretär von Goebbels, Naumann, zu erörtern, kann nicht festgestellt werden. Die Chronik des Ministeriums berichtet aus dieser Zeit nichts von einer Besprechung mit Goebbels, sondern nur ganz allgemein von Auseinandersetzungen zwischen ihm und mir. Da jedoch der Rüstungsinspekteur IX Kassel am 6. September 1944 vermerkte: «Einsatz der Jüdinnen. Es sind bis jetzt 2'000 Jüdinnen in den Bezirk hereingekommen, von denen jedoch 850 noch nicht eingesetzt werden konnten»[34], ist anzunehmen, dass der Streit in meinem Sinne beigelegt wurde.

Eine einwandfreie Aufstellung über die Zahl der Juden, die bis zum Ende des Krieges in Konzentrationslagern im Reich beschäftigt waren, ist nicht vorhanden. Tuvia Friedman führte 1970 aus, dass 200'000 Juden die Qualen der Sklaverei überlebten.[35]

Robert H. Jackson, der amerikanische Hauptankläger von Nürnberg, meinte mit Recht in seinem Kreuzverhör: «Wie ich Sie verstehe, kämpften Sie [hinsichtlich der Juden] darum, genügend Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie zu bekommen, um den Krieg für Deutschland zu gewinnen. Und diese antisemitische Aktion war so intensiv, dass Sie dadurch Ihrer gelernten Techniker beraubt und Ihnen die Möglichkeit genommen wurde, Ihre Aufgaben durchzuführen. Ihre Aufgabe, Waffen herzustellen, damit Deutschland den Krieg gewinnen sollte, wurde durch diese antijüdische Aktion, die von einigen Ihrer Mitangeklagten unternommen wurde, sehr erschwert.» Ich antwortete Jackson: «Es ist sicher, dass es für mich ein grosser Vorteil gewesen wäre, wenn die Juden, die evakuiert wurden, bei mir weiter hätten arbeiten können.»[36]

Jackson hatte nur zu sehr recht. Unersetzliche Führungskräfte, die gerade un-

ter den deutschen Juden zu einem hohen Prozentsatz vertreten waren, gingen der deutschen Kriegswirtschaft durch den radikalen Antisemitismus verloren – ich denke beispielsweise an die Atomphysiker, die dann in den Vereinigten Staaten die Atombombe bauten. Das stand in genauem Gegensatz zur Situation im Ersten Weltkrieg, als ein Walther Rathenau oder ein Hugo Ballin wichtige Positionen in der Kriegswirtschaft einnahmen. Aber von der Intelligenz ganz abgesehen, war es angesichts unseres Mangels an Arbeitskräften absurd, dass mehrere Millionen Arbeiter getötet wurden, anstatt sie der Produktion zuzuführen. Gerade die Juden wären auf Grund ihrer bemerkenswerten Intelligenz als Facharbeiter schnell anzulernen gewesen, was sich besonders gezeigt hatte, als 1943 polnische und russische Frauen die Berliner Juden ersetzen mussten. Überlange Anlernzeiten und über Monate hinweg erhöhter Ausschuss waren die regelmässige Folge des Verzichts auf jüdische Arbeitskräfte. Tatsächlich hält die Geschichte der Rüstungsinspektion Berlin Ende 1941 fest: «Die Leistung [der Juden] war auf verschiedenen Gebieten sehr gut, z.B. in der Chemie und Textilwirtschaft, sowie besonders in der Elektroindustrie, wo Jüdinnen sich als sehr geschickte Wicklerinnen usw. erwiesen.»[37] Im Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Beflin wurde ein Jahr später ausdrücklich erklärt, dass «die Juden von allen Betriebsführern als ausgezeichnete Arbeitskräfte, die Facharbeitern gleichgestellt werden, bezeichnet werden. Die Betriebsführer fürchten, dass sie für jeden Juden zwei Polen einsetzen müssen, um deren Leistung zu erfüllen.»[38] Auch der Vierteljahresbericht der Rüstungsinspektion Breslau meldete Ende Dezember 1942, dass «die Leistungen der Jüdinnen weiterhin sehr gut [seien], so dass einige Firmen, die bereits jüdische Arbeitskräfte beschäftigen, sich dauernd um weitere Zuweisungen bemühen».[39]

Aus den Eintragungen der Rüstungsinspektionen im Generalgouvernement, in Posen und in Kattowitz oder im Reichsgebiet geht hervor, dass die Dienststellen meines Ministeriums sich bemühten, möglichst viele Juden zu beschäftigen; gleichzeitig versuchte man, aus welchen Gründen auch immer, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Hinweise auf mein unmittelbares Eingreifen fehlen jedoch. Kleinere Schritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von

Häftlingen haben mir zwar im Nürnberger Urteil eine Anerkennung des Gerichts eingetragen, aber ich kann mich nicht daran erinnern, grundsätzliche Argumente vorgebracht zu haben, die aussertechnischen Charakter gehabt hätten. General Waeger oder der Chef des Zentralamtes Liebel wurden hin und wieder von mir beauftragt, sich mit Pohl oder anderen SS-Führern in Verbindung zu setzen; aus den Berichten der Rüstungsinspektionen geht sogar hervor, dass meine Dienststellen des Öfteren nicht erfolglos gewesen sind. Aber es handelte sich stets um Zweckmässigkeitserwägungen. Gab es für mich jenseits dieser technischen Ebene auch eine menschliche Seite der jüdischen Tragödie? Hätte ich Konzequenzen gezogen, wenn mir deutlich geworden wäre, was sich hinter dem «Abtransport» verbarg? Hätte ich Hitler mein Amt zur Verfügung gestellt? Bis zum Herbst 1944 gehörte ich zu denjenigen, die alle Bedenken zurückstellten, wenn die Erfordernisse des Krieges es verlangten. Auch war ich Hitler noch so verfallen, dass ich allein auf seinen missbilligenden Gesichtsausdruck hin weitere Ausführungen unterdrückt hätte.

Aber: Wie oft hatte Hitler den Juden Vernichtung angedroht! Für mich waren die in Ghettos verschwundenen Zehntausende für den Arbeitsprozess verloren; wohl hiess es gelegentlich, dass sie in Polen allgemeinen Heeresbedarf herstellten, und ich wusste aus meiner Tätigkeit, dass dies tatsächlich hier und dort geschah. Aber war das eine Antwort auf die Frage nach dem Verbleib dieser Menschen?[40] Heute, fast 40 Jahre später, ist es mir unfasslich, dass mir die Zahl der hergestellten Panzer wichtiger gewesen zu sein scheint, als die der verschwundenen Opfer des Rassismus.

Düsterer «Endsieg»

In diesem einen Wort, dem «Endsieg», wurden alle Hoffnungen zusammengefasst. Seltsamerweise wurde die magische Kraft dieses Wortes auch nicht gebrochen, als im Winter 1941/42 deutlich wurde, dass die Geringschätzung der sowjetischen Streitkräfte unangebracht gewesen war, und als sich stattdessen bei uns Sorge und Schrecken über eine disziplinierte und wohlbewaffnete Rote Armee breitmachten.

Auch für Himmler war der «Endsieg» das Schlüsselwort jener Überlegungen, die er in seiner Eigenschaft als «Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums» für den Frieden nach dem Siege anstellte. Diese Bestallung erhielt er von Hitler schon am 7. Oktober 1939, zu einem Zeitpunkt, als der Polenfeldzug seinem Ende entgegenging. Aus diesem Auftrag leitete Himmler im Laufe der nächsten Jahre den Anspruch auf alleinige Zuständigkeit in allen Fragen der Um- und Neubesiedlung des «Ostraums», die Millionen Menschen betraf. Er fühlte sich verantwortlich für die Planung und Organisation dieser gewaltigen Bewegungen von Menschenmassen, deren Tragweite für die Betroffenen kaum bedacht wurde. Dabei denke ich nicht nur an das Schicksal der Besiegten, sondern beispielsweise auch das der Südtiroler, die ihr Deutschtum gegen alle Italianisierungsversuche des Faschismus behauptet hatten, und die nun nach dem Willen Hitlers und Himmlers die Krim besiedeln sollten.

Kammler, der immer mehr in den Vordergrund trat und schliesslich am Ende des Krieges Hitlers Hauptfigur auch in der Luftrüstung wurde, war nach den ersten Schlachten im Osten, im Herbst 1941, aus dem Luftfahrtministerium zu Himmler übergewechselt. Er leitete nun das Amt, das für alle Bauten der SS

verantwortlich war, und in dieser neuen Eigenschaft war es eine seiner ersten Amtshandlungen, dass er einen Vorschlag zu einem «vorläufigen Friedensprogramm des Reichsführers-SS entwarf». Pohl, damals noch Kammlers Vorgesetzter, reichte diese Ausarbeitung am 14. Dezember 1941 bei Himmler ein, zu einem Zeitpunkt also, als die Winterkatastrophe die Kampfkraft der deutschen Verbände im Osten lähmte. Unter Verwendung von Übersichtskarten stellte Kammler ein Bauprogramm von insgesamt 13 Milliarden Reichsmark auf. Die von ihm gedachten riesigen Bauaufgaben waren aufgeteilt auf zwei grosse Gebiete: das zukünftige Reichsgebiet und den neuen Ostraum. Unter dem «Reichsgebiet» war ein erweitertes Deutschland zu verstehen, das durch die Übernahme einiger in der Denkschrift einzeln aufgeführten Länder in die Reichshoheit gebildet werden sollte. So geht aus diesem Bauprogramm hervor, dass das gesamte polnische Gebiet, die Tschechei, Skandinavien (nicht nur Norwegen) sowie die Niederlande dem Deutschen Reich einverleibt werden sollten. Dagegen wurde die von Hitler oft geäusserte Absicht, später auch Burgund, Elsass, Lothringen, Belgien und das französische Kohlengebiet bei Lille dem Deutschen Reich einzugliedern, hier nicht genannt. Offenbar konnte Kammler davon ausgehen, dass die Bausubstanz dieser hochentwickelten Länder den Ansprüchen Himmlers genügen würde, wenn man rücksichtslos Konfiskationen vornahm.

Für diese «Grossbaumassnahmen der deutschen Polizei einschliesslich der Friedensunterkünfte der Waffen-SS im Generalgouvernement, Protektorat, Skandinavien und der Niederlande [werden] rund 7 Milliarden RM» benötigt. Dazu hatte Kammler errechnet, dass «noch rund 6 Milliarden RM für Bauten der Waffen-SS, sowie der SS und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum» verbraucht würden. Dieser Ostraum sollte kolonialen Charakter tragen und sich bis zum Ural, an die Wolga und bis Baku am Kaspischen Meer erstrecken. Da «dieses Bauvolumen sich auf fünf Jahre [verteilt], würde [sich] ein Jahresvolumen für das Reichsgebiet von rund 1,4 Milliarden RM und für den Ostraum von rund 1,2 Milliarden RM ergeben», resümierte die Denkschrift.[1] Es sei notwendig, meinte Pohl ergänzend zu der Ausarbeitung seines Untergebenen, «schon jetzt im Kriege [...] die Anerkennung einer eigenen Bauhoheit zu erreichen». Diese Bauhoheit wurde im Juli 1943 der SS vom Innenminister zugesprochen.

Die SS traf also ihre Vorbereitungen planmässig und von langer Hand. Bereits einige Monate früher, am 4. Oktober 1941, hatte sich zur Abstimmung zwischen den betroffenen Instanzen SS-Obergruppenführer Heydrich mit dem Staatssekretär Rosenbergs, Gauleiter Meyer, getroffen. «SS-Obergruppenführer Heydrich erklärte, dass die Sicherstellung von Betrieben für die SS [in den besetzten Sowjetgebieten] aus 3 Gründen erforderlich sei:

1. wegen der Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte,
2. wegen der Herstellung von Rohmaterial für die Errichtung von Siedlungen,
3. wegen des Sonderauftrages Speer, für den in umfangreichem Masse für die Herstellung von Grossbauten [in Berlin und Nürnberg] Material bereitgestellt werden soll.

«Gauleiter Meyer erklärte, dass er grundsätzlich die Notwendigkeit der Sicherstellung solcher Betriebe einsehe, dass aber die Wirtschaftsabteilung des Ostministeriums doch etwas überrascht gewesen sei, als sie eine Liste von über 60 Betrieben erhalten habe. [...] Es wurde vereinbart, dass [...] eine gemeinsame Anordnung dahingehend erlassen wird, dass die Bedürfnisse der SS von Seiten der zivilen Wirtschaftsverwaltung in weitgehendem Umfang befriedigt werden und dass intern die SS auch der Wirtschaftsverwaltung gegenüber als besondere Verwaltung auftritt.» Aber diese, im administrativen Bereich des Ostministeriums ungewöhnliche Zusage sollte verdeckt werden: «Nach aussen hin, insbesondere der Wehrmacht gegenüber, soll jedoch der einzelne Betriebsführer beziehungsweise Treuhänder nur als Beauftragter der zivilen Wirtschaftsverwaltung in Erscheinung treten.»[2]

Für Kammler, der sich gerade in diesen Monaten mit dem Bau von Krematorien, Vernichtungslagern und der Erweiterung der Konzentrationslager zu beschäftigen hatte, scheinen so gigantische Planungen eine Herausforderung an sein Organisationsvermögen gewesen zu sein. Wenn er diese Aufgabe befriedigend löste, würde er mit Sicherheit nach dem Kriege eine der mächtigsten Figuren auf dem Baugebiet sein. Was bedeutete neben jenen 2,6 Milliarden RM pro Jahr mein Etat von ganzen 550 Millionen RM als Generalbauinspektor der Reichshauptstadt!

Himmler war jedoch keinesfalls zufrieden. In seiner Antwort vom 31. Januar 1942 warnte er den neuen Amtschef: «Die ganz enormen Bauten, die wir für die Waffen-SS, Allgemeine SS und Polizei erstellen wollen», seien in diesem Plan Kammlers «noch nicht mitgerechnet.»[3] Himmler drückte sich zwar in seinem Brief nicht genau aus, aber die Bemerkung deutete auf einen bedeutend höheren Gesamtbetrag als jährlich 2,6 Milliarden Reichsmark.

Wie solche Planungen für die eroberten oder noch zu erobernden sowjetischen Gebiete aussahen, geht aus einer Besprechung im Führerhauptquartier vom August 1942 hervor, deren Thema die Siedlungen im Osten waren. Himmler und sein Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, waren neben Vertretern des Innenministeriums und des Ostministeriums anwesend; Hitler selber nicht. Im sowjetischen Raum sollten zunächst, so wurde festgestellt, die baltischen Staaten «unter Berücksichtigung der Eindeutschungsfahigkeit der Esten» besiedelt werden. Hierzu erhielt «SS-Gruppenführer Greifelt Anweisung zur Planung der Umsiedlung der Volksdeutschen aus Transnistrien».[4] Aber auch die fruchtbare Ukraine sollte «eingedeutscht» werden.

Zunächst handelte es sich auch hier um Sofortmassnahmen: «In der Ukraine befinden sich 45’000 Volksdeutsche» [...] Sie sollen in etwa hundert Dörfern zusammengezogen werden. Im Raum Schitomir», fuhr der Besprechungsbericht fort, «werden nach Einbringung der Ernte rund 10’000 Volksdeutsche angesiedelt.» Einem so eiligen Vollzug dieser Ziele stand die Trägheit deutscher Behörden entgegen, denn «eine Anfrage beim Generalkommissar in Schitomir erbrachte, dass dort weder Pläne über die Bodenlage, noch irgendwelche Erfassungsmeldungen über die Berufsverhältnisse, wirtschaftliche Lage, Familienstand der Volksdeutschen vorhanden sind. Die Pläne zur Landverteilung» mahnte Greifelt, seien «sofort zu erstellen, die nötigen Handwerker, die diese Siedlung braucht, herauszusuchen. [...] Entsprechend dem Befehl des Führers werden Teile der Ukraine im Laufe der nächsten 20 Jahre vollkommen deutsch besiedelt.»[5]

Das hatte Hitler schon ein Jahr vorher festgelegt. Denn nicht Himmler, sondern Hitler selber war die treibende Kraft hinter diesem masslosen Projekt. «Das Gebiet», so sagte er eines Abends im internen Kreis zu uns, «muss den

Charakter der asiatischen Steppe verlieren, europäisiert werden! [...] Der ‚Reichsbauer' soll in hervorragend schönen Siedlungen hausen. Die deutschen Stellen und Behörden sollen wunderbare Gebäulichkeiten haben, die Gouverneure Paläste. Um die Dienststellen herum baut sich an, was der Aufrechterhaltung des Lebens dient. Und um die Stadt ist bis auf dreissig und vierzig Kilometer ein Ring gelegt von schönen Dörfern. [...] Dazu bauen wir jetzt die grossen Verkehrsstränge an die Südspitze der Krim, zum Kaukasus. An diese Verkehrsstränge reihen sich, wie an eine Perlenschnur, die deutschen Städte, und um diese herum liegt die deutsche Siedlung. [Denn] nicht dadurch dass wir in die alten russischen Kaffs hereingehen, erschliessen wir uns den Lebensraum. Der Deutsche muss rein siedlungsmässig auf einer höheren Stufe stehen.»[6]

Die Experten Himmlers meinten jedoch, dass man nicht sofort mit dem Projekt beginnen solle; «der Beginn der Siedlung richtet sich nach den Hauptverkehrswegen West-Ost und Nord-Süd, nach den geplanten Autostrassen und den neu zu schaffenden grossen durchgehenden Bahnlinien. [...] Die stützpunktartige Siedlung ist so gedacht, dass an den Kreuzungspunkten Städte mit 15-20'000 Einwohnern entstehen und um diese Städte eine vollkommen deutsche Landbevölkerung angesiedelt wird.»[7] Eine Stadt von 20'000 Einwohnern hätte ungefähr eine Bausumme von 2 Milliarden DM verschlungen.[8]

Hitler hatte während seines Aufenthaltes im ukrainischen Hauptquartier bei Winniza einen beachtlichen Prozentsatz blauäugiger, blonder Menschen unter der Bevölkerung in der Umgebung seines Quartiers festgestellt, deren Herkunft er auf die Goten zurückführte, die dort für Jahrhunderte gelebt hatten. Darauf bezog er sich, als er sich im August 1942 fragte: «Da sind noch [in der Ukraine] riesige germanische Volkssplitter. Woher sonst die blauäugigen und blonden Kinder? [...] Wo sind denn die alten Goten-Reste hingekommen? Sprachen können sich verlieren, aber das Blut muss irgendwo bleiben!»[9]

Nach dem Geschichtsverständnis nicht nur Hitlers waren die deutschen Erfolge in der frühmittelalterlichen Kolonisation östlich der Elbe eine historische

Tatsache; alle diese Gebiete waren längst zu einem selbstverständlichen Bestandteil Deutschlands auch im geographischen Sinne geworden.

«Die zwei, drei Millionen Menschen, die wir [zur Besiedlung] brauchen», fuhr Hitler in einer solchen nächtlichen Kontemplation fort, «haben wir schneller als wir denken. Wir nehmen sie aus Deutschland, den skandinavischen Ländern, den Westländern und Amerika. Ich werde es wohl nicht mehr erleben, aber in zwanzig Jahren wird das Gebiet schon zwanzig Millionen Menschen umfassen. In dreihundert Jahren wird es eine blühende Parklandschaft von ungewöhnlicher Schönheit sein.»[10] Hitler äusserte solche Zahlen nicht von ungefähr, er pflegte – wie in der Rüstung – dergleichen Zahlenspiele statistisch zu untermauern. Wenn er die Lebenspyramide in seinem Konversationslexikon zu Rate gezogen hatte, dürfte er schätzungsweise davon ausgegangen sein, dass in diesen 20 Jahren die natürliche Steigerung der Bevölkerungszahl 44 Prozent erreichen würde. Damit ging er davon aus, dass mindestens elf Millionen «germanischer Menschen» aus all diesen von ihm aufgezählten Ländern in die kolonisierten Ostgebiete geströmt wären.

Programme solchen Ausmasses könnten, so stellte Himmler fest, nicht durch die deutsche Bauindustrie geleistet werden. Die Kosten stünden ebenso dagegen, wie die Kapazitäten der deutschen Bauindustrie. Nur «durch Heranbildung von Gefangenen zu Handwerkern, und zwar zu Spezialisten, zum Beispiel Spezialisten die Keller ausheben, Spezialisten die Keller bauen, Spezialisten die Betondecken einziehen, andere die ein Haus in die Höhe mauern, andere die den Dachstuhl bauen, wieder andere die Fensterstöcke einsetzen, [könnten] die Baukosten [...] auf das Minimum herabgesetzt werden. [...] 80 Prozent eines [Wohn-]Hauses oder eines Staatsgebäudes müssen von uns durch eigenes Material und durch eigene Kräfte erstellt werden. Gelingt uns das nicht», fuhr Himmler fort, «so werden wir weder anständige Kasernen, Schulen, Dienstgebäude bekommen, noch werden wir Wohnungen für unsere SS-Männer im Altreich haben, noch werde ich als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die riesigen Siedlungen hinstellen können, mit denen wir den Osten deutsch machen.»[11]

Zehn Tage, nachdem Himmler auf diese Weise die praktische Durchführung der Arbeiten durch Häftlinge skizziert hatte, arbeitete Kammler einen Plan

aus, wie die Himmlerschen Ideen zu verwirklichen seien. Diesen «Vorschlag für die Aufstellung von SS-Baubrigaden» gab Pohl am 5. März 1942 an Himmler weiter. Kammler ergriff damit auf dem Baugebiet die Initiative zum Aufbau einer neuen SS-Organisation, die ein regelrechtes Bauimperium gewesen wäre, ein Gegenstück zum SS-Wirtschaftsimperium.

Jede KZ-Baubrigade sollte zwei Regimenter umfassen, und jedes Regiment sei in drei Baubataillone zu gliedern, und zwar eines für Tiefbau, eines für Hochbau und das dritte für Ausbau. Ein Baubataillon sei in vier Kompanien aufzuteilen und die Stärke jeder Baukompanie habe 200 Mann zu betragen, davon 20 Mann für den Innendienst. In einer Baubrigade mit 24 Kompanien wären also 4‘800 Häftlinge zusammengefasst worden. Natürlich wurde ausdrücklich vorausgesetzt, dass diese militärisch gegliederten Einheiten aus billig arbeitenden Häftlingen und Juden aus den Konzentrationslagern rekrutiert würden. Wie sonst hätten sich auch die Forderungen Himmlers erfüllen lassen, die Baukosten erheblich zu senken? Daher sei «zur Aufstellung der Baubrigaden die Zuweisung der erforderlichen Häftlinge, Juden usw.» notwendig. Bei Häftlingen, gleich ob sie als Facharbeiter oder als Bauhilfsarbeiter eingesetzt würden, könnten allerdings, erklärte Kammler, nur rund 50 Prozent der Arbeitsleistung der Deutschen angenommen werden.[12]

Kammler forderte als erste Massnahme für jeden Bereich eines Höheren SS- und Polizeiführers grundsätzlich die Aufstellung von mindestens einer Baubrigade. Da es mit den angegliederten Gebieten rund 20 derartige Bereiche gab, umfassten also Kammlers Anforderungen eine Gestellung von 96’000 Häftlingen und Juden, wovon er zunächst 67‘500 einsetzen wollte. Damit war jedoch nur der Bedarf für das Reichsgebiet umschrieben, für die nach einer späteren Präzisierung Himmlers weniger als ein Zehntel der Bausumme bereitgestellt werden sollte, die für die östlichen Gebiete notwendig sei. Für das Generalgouvernement verlangte Kammler weitere 47‘500 Häftlinge und Juden, für den Ostraum [Russland] 60’000, also insgesamt 175’000 Häftlinge. Demgegenüber seien am 15. Dezember 1941, wie Kammler bedauernd mitteilte, auf den Baustellen der SS insgesamt nur 2‘037 als Baufacharbeiter und 6‘763 als Bauhilfsarbeiter eingesetzte Häftlinge tätig gewesen.[13]

Wahrscheinlich wusste Kammler aus seiner Tätigkeit im Reichsluftfahrtministerium, dass Regiebetriebe – und dazu mussten KZ-Betriebe gezählt werden – erfahrungsgemäss keine einwandfreie Leistung erzielen. Kammler versuchte daher, Himmler auseinanderzusetzen, dass seine Vorstellungen von einem Bauablauf mit Hilfe von 80 Prozent Häftlingen und nur 20 Prozent Führungskräften illusionär seien. Denn «die Erfahrungen mit Regiebetrieben im Weltkrieg 1914-18 und in der Nachkriegszeit [seien] so schlecht gewesen, dass bis auf geringe Ausnahmen diese Regiebetriebe mit stärksten Verlusten nach kürzester Zeit alle aufgelöst werden mussten. [...] Regiebetriebe weisen tatsächlich», so wurde Himmler von Kammler belehrt, «mehr Aufwendungen auf als privatwirtschaftlich geleitete, wenn den Wirtschaftlichkeitsberechnungen die tatsächlich entstandenen Ausgaben und nicht die haushaltsmässigen Verrechnungen zugrunde gelegt werden».[14] Daher, so folgerte Kammler im Widerspruch zu den Wünschen Himmlers, sei «die Einbeziehung der privaten Bauindustrie und Bauwirtschaft unumgänglich notwendig. Nur so können die technischen Errungenschaften und die Rationalisierungsmassnahmen nutzbar gemacht und der technische Fortschritt auf breiter Grundlage zum Einsatz gebracht werden.»

Kammler schlug Himmler daher vor, «Vorverträge mit der Baustoffindustrie, einschliesslich der Baufertigwarenindustrie zu schliessen, um neben der Produktion der SS-eigenen Betriebe eine gewisse Mindestproduktion» der allgemeinen Bauwirtschaft für die Friedenspläne der SS zu sichern. Das SS-Wirtschaftverwaltungshauptamt habe «nach Ermittlung des vorläufigen Friedensbauprogramms [bereits] den Ankauf von Baurohstoffen, beziehungsweise der Sicherstellung der Produktion soweit als möglich eingeleitet», es habe auch «den Ankauf von Baumaschinen, Baugeräten, Schleppern in den besetzten Gebieten [...] in grossem Umfange veranlasst».[15] Das alles ist natürlich ein Beispiel, wie mitten im Krieg durch Friedensplanungen Blockierungen verursacht und tote Lagerbestände gehortet wurden, obwohl an anderen Stellen diese Materialien und Maschinen fehlten.

Kammler hatte noch keine Erfahrungen mit der Unbelehrbarkeit Himmlers. Mit den freimütigen Ausführungen eines Neulings im Apparat Himmlers hatte

59

II/3 -Allg.-55/Be./Le. Berlin, 4.Dezember 1941

Vorläufiges Friedensbauprogramm des Hauptamtes Haushalt und Bauten, Amt II - Bauten.

1.) Waffen-SS (Reichsgebiet + Generalgouvernement + Protektorat + Skandinavien + Niederlande)	RM	2.996.300.000,-
2.) KL Reichsgebiet	"	550.000.000,-
3.) Polizei Reichsgebiet	"	687.000.000,-
4.) Allgemeine SS	"	88.000.000,-
5.) Sonderaufgaben (Lazarett, Schulen, Verpflegs- und Bekleidungsanlagen, Wohnungsbau für Waffen-SS, Polizei und Allg.-SS)	"	2.656.055.000,-
6.) Neuer Ostraum (für Waffen-SS, Polizei und Sonderaufgaben zusammen)	"	6.098,730.000,-
vorläufige Gesamtsumme:	RM	13.076.085.000,-

Aufgestellt:
Berlin, 4.Dezember 1941
Hauptamt Haushalt und Bauten
Amt II - Bauten

SS-Oberführer.

Mit 550 Millionen Reichsmark hätten 12‘061 Baracken errichtet werden können, die Platz für 4‘016‘000 Häftlinge geboten hätten.

öffentlichen Bauwirtschaft und des öffentlichen Haushaltes befohlen.

1.) Das vorläufige Friedensbauprogramm des Reichsführers-SS.

Der Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes hat Ende 1942 dem Reichsführer-SS das vorläufige Friedensbauprogramm sämtlicher Hauptämter des Reichsführers-SS – ausgenommen die Baumassnahmen zur Festigung deutschen Volkstums – gemeldet.

Dieses vorläufige Friedensbauprogramm, das sich auf die Schaffung von Liegenschaften für die Waffen-SS, für die Allgemeine-SS, für die Deutsche Polizei und auf Sonderaufgaben des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes bezieht, ergibt ein geschätztes Bauvolumen im Werte von rd. 13 Milliarden RM.

Nach Ansicht des Reichsführers-SS erhöht sich dieses Bauvolumen durch die Massnahmen zur Festigung deutschen Volkstums und durch weitere Grossbaumassnahmen der Waffen-SS, der Allgemeinen-SS und der Deutschen Polizei im Reich und im neuen Ostraum erheblich; – geschätzt um weitere 10 bis 12 Milliarden RM.

Das Gesamtbauvolumen des Reichsführers-SS für die Jahre nach dem Kriege würde somit rd. 20 bis 30 Milliarden RM betragen.

Für die Ausführung dieses Bauvolumens ist mindestens eine Bauzeit von rd. 10 Jahren in Ansatz zu bringen.

2.) Das vorläufige Gesamtfriedensbauprogramm.

Das Bauvolumen der übrigen Hauptkontingentträger wird auf das Mehrfache des vorläufigen Friedensbauvolumens des Reichsführers-SS geschätzt.

Es steht bereits fest, dass das vorläufige Gesamtfriedensbauvolumen die Leistungsfähigkeit der deutschen Bauwirtschaft und der deutschen Bauindustrie weit überschreitet.

Der Versuch Himmlers, ein SS-Wirtschaftsimperium aufzubauen, zielte nicht zuletzt auf die Nachkriegszeit. Für ihr umfangreiches «Friedensbauprogramm’ benötigte die SS Rohstoffe und Fertigungsstätten, vor allem aber Menschen. Albert Speer hat errechnet, dass Himmler für seine ehrgeizigen Pläne, die Hitler billigte, 14 Millionen Häftlinge in seinen Konzentrationslagern benötigt hätte. Sie sollten Arbeitssklaven seines riesigen Wirtschaftsimperiums sein.

Am Rande der Denkschrift des SS-Gruppenführers Kammler über das «Friedensbauprogramm des Reichsführers-SS vermerkte Himmler handschriftlich: «Soll sich diese Zahl f. die deutschen Ostprovinzen vom Stabsh.amt geben lassen. Ich schätze 80-120 Milliarden.»

DER REICHSFÜHRER-SS
Tgb.Nr. [illegible]

Führer-Hauptquartier, den [illegible] 1942

Persönlicher Stab Reichsführer-SS
Schriftgutverwaltung
Geh. / 59

1.) Lieber P o h l !

Ihren Vorschlag über die Aufstellung der SS-Baubrigaden habe ich genau durchgelesen. Ich nehme nun zu den verschiedenen Fragen Stellung:

1. Zu Seite 2: Das vorläufige Friedensbauprogramm: Ich glaube, daß hier ein Irrtum vorliegt. Ich persönlich schätze, daß das Bauprogramm in den neuen deutschen Reichsgauen, Süd-Ostpreußen, Westpreußen, Wartheland und Oberschlesien allein rund 80 Milliarden betragen wird. Lassen Sie sich bitte dafür die Zahlen vom Stabshauptamt geben, und zwar zusammen für die bäuerliche und städtische Siedlung. Ich würde mich freuen, wenn es weniger wäre.

2. Zu Seite 5: Wenn die Produktion der Steinbrüche nicht ausreicht, so müssen sie eben erweitert werden.

3. Dasselbe gilt für die Ziegeleien. Hier ist jedoch m.E. eine Unklarheit, wenn von den der SS gehörigen Betrieben gesprochen wird. Ich bitte, hier in Zukunft klar auseinanderzuhalten die SS-eigenen und die von der SS treuhänderisch verwalteten Betriebe. Selbstverständlich müssen wir soviel Betriebe erstellen, daß wir den Ziegelbedarf unseres Bauprogramms selbst decken. Dies muß auf jeden Fall erreicht werden, und zwar einesteils durch die SS-eigenen und andernteils durch die von der SS treuhänderisch verwalteten Betriebe.

4. Bei der Verwaltung dieser Betriebe, glaube ich, dürften wir nicht zu übertriebene Anforderungen

Vierzehn Tage später präzisierte Himmler Milliarden Reichsmark für die neuen die Höhe der Bausumme im deutschen Ostprovinzen seien für diesen Zweck Reichsgebiet. Ausser diesen 80-120 weitere 80 Milliarden zu veranschlagen.

er sich über die Unwirtschaftlichkeit von Regiebetrieben, zu denen er auch die KZ-Betriebe zählte, in Gegensatz zu Himmlers erklärten Forderungen gestellt, 80 Prozent des Friedensprogramms allein durch Häftlingsverbände durchführen zu lassen. Natürlich beharrte Himmler weiter auf der Vervielfachung von KZ-Baubetrieben. Heftig protestierte er gegen die angenommene Arbeitsleistung der Häftlinge: «Mit der einfachen Rechnung, dass man Arbeiterhäftlinge nur mit 50% der Arbeitsleistung im Verhältnis zu deutschen Facharbeitern ansetzt, gebe ich mich nicht zufrieden. Es ist zwar sehr schlicht und bequem, dass man einfach die doppelte Zahl nimmt. Hier muss jedoch der Hebel angesetzt werden. Praktisch muss es so werden, dass mindestens der gefangene Hilfsarbeiter mehr leistet als der freie Hilfsarbeiter. Es ist nicht einzusehen, warum der gefangene Facharbeiter nicht dasselbe leisten soll wie der in Freiheit lebende Facharbeiter. Hier steckt die grösste Reserve an Arbeitskraft. Die Möglichkeiten, sie herauszuholen, sind dem Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes durch die Übertragung der Inspektion der Konzentrationslager gegeben.»

Himmler hielt es für notwendig, «dass in der freiesten Form den fleissig arbeitenden Gefangenen Weiber in Bordellen zugeführt werden. Ebenso muss ein gewisser kleiner Akkordlohn da sein. Wenn diese beiden Bedingungen gegeben sind, wird die Arbeitsleistung enorm steigen. Wollte man diese beiden Bedingungen, besonders die erste, verneinen, hiesse das, weit- und lebensfremd sein.»[16]

Aus all dem spricht groteske Realitätsferne und totaler Dilettantismus. Himmler wollte die wahren Arbeitsbedingungen in den Konzentrationslagern nicht zur Kenntnis nehmen. Er berücksichtigte nicht die schwache Konstitution des Häftlings, die zwar bei besserer Behandlung und Ernährung zu heben gewesen wäre. Die gebrochene Moral des Häftlings jedoch musste einer Besserung entgegenstehen.

Für das durch Polen erweiterte eigentliche Reichsgebiet führte Kammler in seiner Aufstellung vom 14. Dezember 1941 über die Durchführung eines vorläufigen Friedensbauprogramms unter Punkt 2 die lapidare Position auf: «KL [Konzentrationslager] Reichsgebiet RM 550 Millionen.»[17] Wie bereits ausgeführt, kostete jede Lagerbaracke einschliesslich Nebenanlagen für Installatio-

nen usw. 45‘600 RM. Sie sollte 333 Häftlinge aufnehmen. Mit 550 Millionen Reichsmark hätten 12‘061 Baracken errichtet werden können, die Platz für 4‘016‘000 Häftlinge[18] geboten hätten. Diese eine Zahl, nämlich vier Millionen Konzentrationslagerhäftlinge nur für das Reichsgebiet einzusetzen, zeigt die Grössenordnung des geplanten Sklavenprogramms, die ein solches Bauziel voraussetzte, das dem Frieden dienen sollte und sich auch «Friedensprogramm des Reichsführers-SS» nannte.

Mit dieser einen Zahl von 4‘016’000 Häftlingen wird eine grausame Perspektive deutlich. So also sah das Friedensprogramm der nationalsozialistischen Regierung aus: Leid und Not von Millionen Menschen als Grundlage von Ruhm, Glanz und Reichtum des «Dritten Reiches».

Man muss sich erinnern, dass die Konzentrationslager ursprünglich unter Göring politische Gegner ausschalten sollten. Als die Lager an die SS übergingen, wurden sie mit den als «schädlich» betrachteten Elementen aus dem In- und Ausland belegt. Juden, politische Gegner aller Richtungen, Zigeuner, Geistliche, Mitglieder religiöser Sekten vervielfachten die Zahl der Insassen, die dazu beitragen sollten, die gewaltige Kriegsmaschine des Gegners auszugleichen oder zu übertrumpfen. In einer dritten Phase entschloss sich jedoch Hitler, Millionen von Juden in Konzentrationslagern ermorden zu lassen, die Himmler für die Produktion einsetzen wollte.

Hier aber, in Himmlers Entwürfen, wurde mit kühlen Rechenüberlegungen eine vierte Phase geplant, die für ein Reich des tiefsten Friedens gedacht war, in der es gar keine Gegner mehr gab und für das Hitler ja vorgesehen hatte, lediglich alle paar Jahre einen kleinen Feldzug über den Ural hinaus zu führen, um die Autorität des Reiches zu demonstrieren und die Kriegsbereitschaft der deutschen Armee auf einem hohen Stand zu halten. Diese Vision eines «Friedensreiches» beruhte also auf der Basis von Millionen Dauersklaven, die weder politische Gegner noch sogenannte «rassische Feinde» waren, sondern allein aus wirtschaftlicher Notwendigkeit ihr Leben lang in Lagern gehalten werden sollten – mit «Weibern in Bordellen». Dieses Sklavenreich bis zum Ural sollte die Grundlage und Kraftquelle jenes Europa sein, das sich vorzubereiten hatte, den grössten Gegner, die Vereinigten Staaten von Amerika, zu besiegen.

Am Rande der Denkschrift Kammlers über die Aufstellung von Baubrigaden vermerkte Himmler handschriftlich: «Soll sich diese Zahl für die deutschen Ost-Provinzen vom Stabshauptamt geben lassen. Ich schätze 80-120 Milliarden.»[19]

Zehn Tage später, am 23. März 1942, präzisierte Himmler die Höhe des Bauvolumens im zukünftigen deutschen Reichsgebiet: «Ich persönlich schätze, dass das Bauprogramm in den neuen deutschen Reichsgauen, Süd-Ostpreussen, Westpreussen, Wartheland und Oberschlesien allein rund 80 Milliarden betragen wird.» Wobei Himmler darunter auch die Ausgaben «für die bäuerliche und städtische Siedlung» verstand.[20] Die kolonialen Ostgebiete, die Himmler als «Ost-Provinzen» bezeichnet hatte und für die er in seinem Vermerk die Bauinvestitionen allein mit 80-120 Milliarden Mark veranschlagte, müssen von diesem Programm für die neuen deutschen Reichsgebiete sorgfältig unterschieden werden.

Hitler hatte zu uns immer wieder von einem Zeitraum von 20 Jahren gesprochen und auch in den erhaltenen Dokumenten wird diese Spanne als realistisch angesehen. Im günstigsten Fall kann man also annehmen, dass es sich um ein Zwanzigjahresprogramm handelte, wenn gelegentlich auch die Absicht bestand, das Programm bereits in 10 Jahren durchzuführen. 80 Milliarden für Bauten in östlichen Reichsgauen, verteilt auf 20 Jahre, hätte jährlich eine Bausumme von 4,4 Milliarden RM ergeben. Die Ausgaben für den russischen Kolonialraum betrugen nach Himmlers Schätzung 80-120 Milliarden RM, das bedeutet 4-6 Milliarden RM jährlich, zusammen also für den Osten des Neuen Deutschland und für den kolonialen Osten rund 9,4 Milliarden RM. Um einen Massstab zu gewinnen, kann man diesen Geldsummen die Kapazität der deutschen Bauwirtschaft jenes Jahres 1942 gegenüberstellen, die insgesamt 13,2 Milliarden RM[21] betrug, das heisst, dass Himmlers Planziele 71 Prozent der deutschen Bauleistung gleichzusetzen waren.

Himmler liess in seinem Schreiben vom 23. März 1942 keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er nach wie vor die von ihm und seinem Stab gemeinsam errechnete Gesamtbausumme von jährlich 9,4 Milliarden RM zu 80 Prozent durch Häftlinge durchzuführen gedenke. Die Zahl Kammlers von 4‘016‘000 Häftlingen bezog sich aber auf die Durchführung des ursprünglich

von ihm angesetzten Bauprogramms mit einer zu verbauenden Summe von jährlich 2,6 Milliarden RM. Wenn also die von Himmler schätzungsweise festgelegte Summe von rund 9,4 Milliarden Mark zugrunde gelegt wird, ergibt das das 3,6fache der Kammlerschen Zahlen.

Für die 3,6-fache Bausumme war, schon rein rechnerisch betrachtet, auch die 3,6fache Zahl von Häftlingen notwendig. Das heisst nüchtern, dass 14‘450‘000 Sklaven zum Vollzug des Zwanzigjahresprogramms notwendig waren. Von diesen 14,5 Millionen Häftlingen fielen nach damaligen Erfahrungssätzen der SS 37 Prozent für den Innendienst und durch Krankheiten aus; es blieben also 9‘140‘000 für die Baustellen verfügbar. Bei diesen aber konnte nur mit einer Arbeitsleistung von 50 Prozent gerechnet werden. Das bedeutet, dass die Leistung dieser 14‘500‘000 Häftlinge der von 4‘570‘000 freien Arbeitern entsprach. Hinzu kamen noch die von Himmler geforderten 20 Prozent deutscher Facharbeiter. Die vorgesehene Bausumme sollte also einer Leistung von 5‘484’000 Arbeitenden entsprechen.

Wenn man die jährliche Leistung der deutschen Bauindustrie mit dieser Absicht Himmlers, 9,4 Milliarden RM jährlich zu verbauen, vergleicht, ergibt sich, dass das Vorhaben Himmlers gar nicht einmal unmöglich war.

Die Zahl der Arbeitskräfte in der deutschen Bauindustrie betrug im Juni 1939, einschliesslich Österreichs und des Sudetenlandes, rund 10‘056‘000 Arbeiter.[22] Der Anschlag der zu verbauenden Milliarden Himmlers erforderte 71 Prozent der deutschen Baukapazität, also – im Vergleich zu den effektiven Zahlen – 7‘140‘000 an den Baustellen des Ostens eingesetzten Menschen. Mithin hätte sich, um diese Zukunftsphantasien Himmlers zu Ende zu denken, sehr bald herausgestellt, dass Kammlers Berechnungen der einzusetzenden Häftlinge nicht den Bedarf gedeckt hätten.

14,6 Millionen Sklaven, an der Durchführung von Hitlers und Himmlers Bauplänen arbeitend: das scheint heute aus dem Abstand eines Menschenalters nichts als eine Utopie zu sein. Man darf aber nicht vergessen, dass es Sauckel in den Jahren von 1942 bis 1945 gelungen ist, für die deutsche Wirtschaft 7 652’000 Menschen aus den besetzten Gebieten nach Deutschland zu deportieren[23], die dort grösstenteils in Barackenlagern lebten. Es ist nicht aus den Akten zu erschliessen, für wie hoch man die Sterblichkeitsrate veranschlagte.

Selbst unter der Voraussetzung, dass die sanitären Verhältnisse, die Verpflegung und der ärztliche Dienst etwa den Standard des Mittelwerkes erreicht hätten, ist kaum damit zu rechnen, dass die Sterblichkeit dieses Grossunternehmens unterschritten worden wäre. Allein schon die Aussichtslosigkeit eines Endes solchen Sklavendaseins mitten im Frieden hätte die Widerstandskräfte aufgezehrt und den Lebenswillen vernichtet. Die Sterblichkeitsquote betrug im Mittelwerk im Monat 0,8 Prozent; rund 10 Prozent der Belegschaft wurden in einem Jahr dahingerafft. Bei 20 Jahren Arbeitsdauer hätte dies bedeutet, dass die Belegschaft von 14‘450‘000 Häftlingen nach der ersten Hälfte der Arbeitsperiode hätte voll ersetzt werden müssen und am Ende der 20 Jahre noch einmal die gleiche Zahl gestorben wäre. Um die düstere Rechnung zu Ende zu führen: Das Zweifache der ursprünglich angenommenen Sklavenheere hätte kaum ausgereicht, den Zwanzigjahresplan durchzuführen, die Ausfälle durch Überalterung gar nicht gerechnet. 29 Millionen verstorbene Häftlinge, 20 Millionen Deutsche, die diese Räume besiedeln sollten, solche Zahlen zeigen, was der Frieden für die unterlegenen Völker bedeutet hätte. Entvölkerung auf der einen, Besiedlung auf der anderen Seite.

Wie bei der Ausrottung der Juden wäre Himmler aber nur der Organisator dieses Sklavenreiches im Osten gewesen; das Programm selber war kein Programm Himmlers, sondern Hitlers. Im Oktober 1941 schon äusserte Hitler, es gäbe für die russischen Gebiete «nur eine Aufgabe: eine Germanisierung durch Hereinnahme der Deutschen vorzunehmen und die Ureinwohner als Indianer zu betrachten». Das heisst also nach Hitlers Begriffen, auf ihre Existenz keine Rücksicht zu nehmen, auch vor ihrer Ausrottung nicht zurückzuscheuen. Denn Hitler zitierte oft das Indianerschicksal in den Vereinigten Staaten als eine durchaus gangbare Lösung der Besitzergreifung. «Wir brauchen uns da keine Gewissensbisse zu machen», meinte er, «in die russischen Städte gehen wir nicht hinein, sie müssen vollständig ersterben» und «es ist mir völlig gleichgültig, was die Nachwelt von den Methoden sagen wird, die ich anwenden musste.»[24]

An seiner Entschiedenheit gibt es keinen Zweifel; bei einem seiner nächtlichen Monologe rief er aus, «da bin ich auch hier eiskalt: wenn das deutsche Volk nicht bereit ist, für seine Selbsterhaltung sich einzusetzen, ganz gut: dann

soll es verschwinden!»[25] Kann es noch Zweifel an der Megalomanie des Tötens geben, wenn er versicherte: «Ich kann mir denken, dass mancher sich heute an den Kopf greift: Wie kann der Führer nur eine Stadt wie Petersburg [Leningrad] vernichten! Wenn ich erkenne, dass die Art in Gefahr ist, dann tritt an die Stelle des Gefühls eiskalte Vernunft: ich sehe nur noch die Opfer, welche die Zukunft fordert, wenn heute ein Opfer nicht gebracht wird. [...] Petersburg verschwindet. Hier muss man zu antiken Prinzipien übergehen, die Stadt muss total dem Erdboden gleichgemacht werden. [Auch] Moskau als Sitz der [kommunistischen] Lehre wird vom Erdboden verschwinden. [...] Ich empfinde nichts, wenn ich Kiew, Moskau und Petersburg dem Erdboden gleichmache.» Fast sentimental wirkt es demgegenüber, wenn er beteuerte, «ich war glücklich, dass wir Paris nicht zu zerstören brauchten. Mit so grosser Seelenruhe, als ich an die Vernichtung von Petersburg und Moskau herangehe, mit so grossem Schmerz hätte mich die Vernichtung von Paris erfüllt», um dann aber an derer Stelle zu versichern, «gewinnen können wir etwas nur durch eine unentwegt beharrliche Härte».[26] Diese Härte galt auch der rücksichtslosen Ausschaltung von Millionen Russen, wie sie das Himmlersche Programm voraussetzte. Mitleid sei unangebracht; nur Eiseskälte wäre hier angezeigt. Denn «lächerliche hundert Millionen Slawen» so Hitler, «werden wir absorbieren oder verdrängen. Wenn einer hier von Betreuen spricht, den muss man gleich ins KZ stecken.»[27]

Als Hitler und Himmler diese Pläne diskutierten und ihre rücksichtslose Durchführung in allen Einzelheiten festlegten, war die Konsequenz des Programms, die Vernichtung von Millionen Slawen, vermutlich noch nicht detailliert durchgerechnet. Aber das Ziel war unumstösslich: Es repräsentierte ein Programm, das Hitler als historische Dokumentation seines Lebenswerkes für kommende Generationen ansah.

In denselben Monaten und Wochen, in denen Hitler und Himmler die Pläne für dieses Nachkriegsreich durchsprachen, lauschten wir im Führerhauptquartier den munteren Erzählungen Hitlers. Ich höre ihn noch sagen: «Ich habe sie so lieb, die Menschen! [...] Unleidlich finde ich es, wenn ein Wagen, während

Menschen am Weg stehen, durch Pfützen fahrt, so dass es spritzt. Besonders gemein ist das, wenn es Bauersleute in ihrem Sonntagsstaat trifft! Überhole ich Radler, so lasse ich grosses Tempo zu nur, wenn ich vorweg sehe dass der Wind den Staub sofort verweht hat. [...] Ich möchte niemand leiden sehen und keinem weh tun. [...] Das Schöne soll Gewalt haben über die Menschen. Wir wollen [...] alles vermeiden, was nach menschlichem Ermessen unseren Mitmenschen schadet. [...] Ich habe noch nie Gefallen gefunden daran, andere zu schinden, wenn ich auch einsehe, dass ohne Gewalt nicht möglich ist, sich zu behaupten. [...] Ich fühle mich wohl in der geschichtlichen Gesellschaft, in der ich mich befinde, wenn es einen Olymp gibt. In dem, in den ich eingehe, werden sich die erleuchtetsten Geister aller Zeiten finden.»[28]

Was für ein Mensch, der scheinbar so total gegensätzliche Dinge an ein und demselben Tag sagen konnte! Damals sahen wir nicht die Perversion des mordenden Sentimentalikers. Wir machten es uns leicht; wir fühlten uns in Hitlers Gegenwart als Herren der von ihm geschaffenen imaginären Welt, wir glaubten tatsächlich an Hitlers Mission. Meine eigenen Monumentalbauten schienen dazu, mit der mir möglichen Ästhetik, eine würdige Krönung zu sein. Von meinen Gebäuden aus würde er die Welt regieren.

Er selber sah sich, ohne jede Selbstironie, als Wohltäter der Deutschen, und wir glaubten, dass Weltgeschichte nun einmal so beschaffen sei. Wir fanden es nicht einmal absurd, wenn er ganz ernsthaft und wie voller Selbstmitleid sagte[29]:

«Ich weiss nicht, ich bin kolossal human.»

Anhang

Anhang I: Zum Erlass Hitlers vom September 1942

Die Lage der in den Rüstungsbetrieben direkt Beschäftigten entwickelte sich günstiger als die der in den KZ-Betrieben der SS zusammengefassten Häftlinge. Der bekannte Psychotherapeut Viktor E. Frankl schrieb über seine langjährigen Erfahrungen im Konzentrationslager: «Wie beneideten wir diejenigen unter uns, die Gelegenheit hatten, in eine Fabrik zu kommen und in einem geschützten Raum zu arbeiten. Es war jedermanns Wunsch, solch lebensrettendes Glück zu haben.»[1] Bruno Bettelheim, ebenfalls ein angesehener Psychologe berichtet über seine Erfahrungen: «Ein gutes Arbeitskommando zu finden und zu erhalten, war immer eine Angelegenheit von Leben und Tod.»[2] Und Simon Wiesenthal schreibt in seinem Buch «Die Sonnenblume»: «Für die Juden war es von Vorteil, dass sich so viele deutsche Unternehmen im Hinterland [Polens] drängten. Die Arbeit in den Aussenkommandos des Konzentrationslagers war nicht besonders schwer.» An anderer Stelle bestätigt Wiesenthal diese Beurteilung: «Bei der Ostbahn ging es uns verhältnismässig gut. Wir hatten Kontakt mit der Aussenwelt und erhielten auch mehr Lebensrnittel.»[3]

Eugen Kogon weiss zu berichten: «Wer Bescheid wusste, meldete sich, auch wenn er nahezu nichts von einem Handwerk verstand... Fachkräfte kamen in die Werkstätten, was in jedem Fall einer Art erster Lebensversicherung gleichkam.»[4]

Elena Skrjabin, die in einer Fabrik des Rheinlandes zwangsverpflichtet war, notierte am 11. März 1943 in ihrem Tagebuch: Die Juden «sollten sich nach Möglichkeit auf eine Fachausbildung oder auf handwerkliche Fähigkeiten berufen, flüsterten wir ihnen zu. Was sie jetzt retten könne, sei eine Arbeit, mit der sie sich den Deutschen nützlich machten.»[5]

«Juden, Zwangsdeportierte und politische Häftlinge in den Vernichtungslagern hatten im allgemeinen den Tod vor Augen», schrieb mir der langjährige Häftling Leonhard Schwarz. «Sie hatten jedoch eine Chance am Leben zu bleiben, sobald sie einem Rüstungsbetrieb zugewiesen wurden.»[6]

Nach Benjamin B. Ferencz «ist es wahr, dass viele der Häftlinge darauf drängten, den Konzentrationslagern zu entgehen, um in der Kriegsproduktion zu arbeiten. Aber es geschah

nicht, weil sie wünschten, Hitlers Kriegsanstrengungen zu unterstützen, oder um die Vorteile solcher Beschäftigung zu geniessen. Es geschah, weil ihre einzige Alternative die Gaskammer war.» Ferencz schreibt weiter: «Es kann nicht geleugnet werden, dass die Leben vieler Häftlinge indirekt durch die Tatsache gerettet wurden, dass sie in wichtiger Kriegsarbeit beschäftigt wurden. Aber daraus kann kaum eine moralische Genugtuung für eine Gesellschaft abgeleitet werden, deren Motivation zum Gebrauch von Häftlingen nicht darin bestand, das Leben der Gefangenen zu retten, sondern sie ihren oder nationalen Zwecken dienen zu lassen. Wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte, wäre das Schicksal der Juden besiegelt gewesen. Die Häftlinge wurden also zur Arbeit eingesetzt, nicht um sie zu retten, sondern um Deutschland zu retten. Der Sieg Deutschlands bedeutete Niederlage für die Häftlinge und Tod für die Juden.»[7] Wenn auch viele Betriebsführer, wie beispielsweise Heinkel, eine Genugtuung darin fanden, durch Ankauf und Betrieb von Gütern für eine zusätzliche Ernährung der Deportierten und Häftlinge zu sorgen, so muss doch im Prinzip diese Feststellung von Ferencz als richtig anerkannt werden.

Zusammengefasst ist dieser Wandel dargestellt durch Martin Broszat in «Anatomie des SS-Staates»: «Der Umstand, dass die Konzentrationslager-Häftlinge seit 1941/42 in zunehmendem Masse zu wichtigen Arbeiten der Kriegswirtschaftsproduktion hinzugezogen wurden, trug im Ganzen dazu bei, die auf Terror, Niederhaltung und Diskriminierung abgestellten früheren Regeln des inneren Lagerbetriebes aufzulockern.»[8]

Selbstverständlich hatte ich ein vordringliches Interesse an einer gesunden Arbeiterschaft. Eine Arbeitskraft benötigte eine Anlernzeit von sechs bis zwölf Wochen, und selbst nach dieser Zeit produzierte sie auf ein halbes Jahr einen hohen Ausschuss. Qualitätsleistung konnte von einem angelernten Arbeiter erst nach sechs Monaten erwartet werden. Schon allein aus diesem Grunde wäre die von der Nürnberger Anklage des Öfteren erwähnte sogenannte «Vernichtung durch Arbeit» in den mir unterstehenden Betrieben untragbar gewesen.

Hermann Langbein, der lange Jahre im Konzentrationslager Auschwitz zubringen musste, schreibt in seinem Buch daher auch: «Brutalster Terror, extrem harte Strafen und ein Netz von Denunzianten können zwar bei leicht überschaubaren Arbeiten im Freien einen vollen Arbeitseinsatz erzwingen; bei qualifizierter Arbeit versagen diese Mittel.» Er berichtet weiter: «Waren Häftlinge als qualifizierte Facharbeiter eingesetzt, dann hatte die Betriebsleitung Interesse, ihre Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Denn sie konnten nicht wie unqualifizierte Arbeiter ohne Weiteres ersetzt werden.»[9]

Um lange Transport- und Anmarschwege zu vermeiden, wurden in der Nähe der Betriebe Sonderlager errichtet, die aber nicht der Kontrolle der Betriebsführer, noch der meiner

Dienststellen zugänglich waren, sondern ausschliesslich den SS-Organen unterstanden. Während der Arbeitszeit aber erhielten die Hälftlinge ihre Anweisungen von den Meistern und Vorarbeitern. «Die Firmen durchsetzen die Arbeitssäle in der Weise mit Zivilarbeitern, Vorarbeitern und Meistern», heisst es in dem Bericht eines Ungenannten an den Persönlichen Stab Himmlers, «dass aus den Häftlingen in der Fliessarbeit eine den Zivilangehörigen gleichwertige Leistung herausgezogen» wurde.[10] Die Arbeiter aus den Konzentrationslagern bildeten in den privatwirtschaftlichen Rüstungsfabriken in der Regel nur einen Teil der Belegschaft. Sie waren aus betrieblichen Gründen in den Fertigungsablauf eingebaut und daher konnten sie nicht mehr belastet werden als die übrigen Arbeiter des Betriebes. Die Arbeitszeit dieser Häftlinge musste also aus betrieblichen Gründen die gleiche wie die der übrigen Arbeitskräfte sein.

Hans Marsalek berichtet in «Der Widerstandskämpfer»: «Der Luxemburger politische Häftling Eugen Thome, Häftlingsnummer 47 849, beschreibt die Fliessbandtätigkeit in der Halle VI von Gusen I, wo die Häftlinge für die Firma Steyr-Daimler-Puch A.G. Teile einer Maschinenpistole herstellten, wie folgt: ‚Die Produktionsweise war die des modernen Betriebes, eine Kettenfolge, eine Fliessbandtätigkeit. Die Rohlinge kamen aus dem Zentralmagazin und wurden operationsfolgend von Maschine zu Maschine verarbeitet, so dass am Ende das fertige Stück auslief. Bei Arbeitsvorgängen, die längere Zeit beanspruchten, betreute ein Häftling mehrere Maschinen.'»[11]

Im Allgemeinen rechnete man bei Häftlingen in KZ-Betrieben nur mit einem Leistungsfaktor von 50 Prozent.[12] Der Leistungsfaktor bei mechanisierter Rüstungsfertigung wäre wesentlich höher als 50 Prozent der Normalleistung gewesen, wird von Marsalek im gleichen Artikel festgestellt.

Die Produktion von Panzern, Geschützen wurde vor Offensiven oder in verzweifelten militärischen Situationen oft forciert. Dann lag der Wochendurchschnitt in diesen Fabriken für zwei bis vier Wochen bei 60 bis 64 Arbeitsstunden. Das entsprach jedoch nicht der Durchschnittsleistung. Ein Brief Himmlers an Göring vom 9. März 1944 sagt nämlich aus, dass im Durchschnitt die Arbeitszeit aller Häftlinge, sowohl in der Heeres-, Marine- und Luftrüstung monatlich 240 Stunden, also 55,4 Stunden in der Woche betragen hat.[13] Diese Angabe wird bestätigt durch das Schreiben Schiebers vom 7. Mai 1944, nach dem von 32‘000 KZ-Häftlingen 8 Millionen Arbeitsstunden monatlich geleistet wurden, also von jedem Häftling im Durchschnitt 57,6 Stunden in der Woche. Aus eigenem Interesse wurde die Grenze beachtet, bei deren Überschreitung Fehlleistungen auftreten. Ein Mehr an Stunden konnte nach unseren Erfahrungen durch erhöhten Ausschuss zu einer Minderproduktion führen.

Auch in den Vereinigten Staaten wurde hart gearbeitet. Bei wichtigen Industriezweigen,

wie der Herstellung von Turbinen und Maschinen, betrug der Index 49,1 Stunden pro Woche.[14]

Da sich unter den Millionen Beschäftigten der Rüstungsindustrie sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Deutschland Betriebe mit Fertigungen niedriger Dringlichkeitsstufe befanden, belief sich der Wochendurchschnitt für die gesamte Industrie in den Vereinigten Staaten auf 45,2 Stunden, in Deutschland nach Wagenführ auf 49,5 Stunden.[15]

Anhang II: Ohlendorf über Himmler

Ohlendorf führte in seiner Vernehmung vom 8. Oktober 1947 vor dem Militärgerichtshof aus, dass Himmler «keine geordneten Verhältnisse wollte, er war der Repräsentant eines Dualismus. Er versuchte darin, Hitler im kleinen zu imitieren. Hitler hatte ebenfalls die für uns verhängnisvoll gewordene Politik, Aufgaben nicht auf Institutionen zu übertragen, sondern auf einzelne Personen. Auch Himmler hatte die Eigenschaft, Aufgaben nicht auf Institutionen zu übertragen, sondern auf Personen und möglichst ein und dieselbe Aufgabe auf mehrere Personen. Obwohl für Himmler keine Veranlassung vorhanden war, dass etwa einer seiner Funktionäre zu mächtig würde, glaubte er auf diese Weise zu verhindern, dass einer der Funktionäre mit seinem Amt mächtiger würde als er. Himmler war ein Opportunist des Tages, der es liebte, von Tag zu Tag einzelne Personen zu beauftragen, herauszuheben und wieder fallen zu lassen. Meiner Auffassung nach musste das jede Ordnung eines Volkes, auch im Frieden, zerstören, vor allem aber in einem so schweren Krieg, wie ihn Deutschland zu führen hatte. Mich schied von Himmler die Willkür der Einzelentscheidungen, nicht nur bei den Sachaufgaben, die er verteilte, sondern auch bei der Legitimierung von Personen, die zum Teil ungeeignet, korrupt oder so festgelegt waren, dass aus ihnen kein rechter Führungsimpuls kommen konnte. Vielleicht ernannte er sie sogar aus diesen Gründen.»[16]

Anhang III: Zu Eugen Kogons Annahme der Sabotage

Nicht allein, wie Kogon meint, Sabotage, sondern auch schwarze Fertigungen grossen Umfanges waren Ursache für ungenügende Leistungen in KZ-Betrieben, wie Buchenwald, Neuengamme oder Auschwitz. In den in Buchenwald für die Karabinermontage vorgesehenen Hallen wurde «bis zur Hälfte der Arbeitszeit der Häftlinge mit sogenanntem Pfusch ausgefüllt, das heisst illegale Tätigkeit für Privatzwecke. Edelhölzer, Kupfer und Bronze, Gold,

Silber, alle Arten von Schmiedeeisen und eine Fülle kriegswichtigen Rohmaterials wurden in grossen Mengen beständig dem Bedarf der SS-Führer zugeleitet... Ganze Wohnzimmereinrichtungen, Intarsienmöbel, kostbare Einzelstücke, metallgetriebene Gegenstände, Büsten und Plastiken wanderten nicht nur in die Standortbereiche, sondern zu allen möglichen Freunden und Bekannten im Lande, ja sogar in das europäische Ausland.»[17]

Man soll die Auswirkung dieser Korruption nicht übertreiben. Einschneidender war die Korruption in der Essenszuteilung, wenn auch in den illegalen Fertigungen eine der Wurzeln für das Versagen der SS-Rüstung zu suchen ist. Wenn ich eine Vorstellung von dem Grad der Korruption im Führerkorps der SS gehabt hätte, wäre nicht am 5. Oktober 1943 der Sicherheitsdienst der SS beauftragt worden, mir schwarze Fertigungen von begehrten Gebrauchsgütern wie Radios oder Eisschränken zu melden. Es war der Verdacht aufgekommen, dass in Rüstungsbetrieben mit Rohstoffen, die für Waffen bestimmt waren, «einige hundert Radioapparate, einige fünfzig oder hundert Kühlschränke oder derartige Fertigungen zusätzlich produziert werden. Diese Fertigungen dienen zur Bestechung. Sie werden den Prominenten zwar nicht geschenkweise überlassen. Aber auch ein Gegenstand, der nicht mehr erhältlich ist, dient der Bestechung, gleichgültig, ob er mit oder ohne Bezahlung geliefert wurde.»[18]

Keine einzige Meldung erfolgte. Meine Mitarbeiter glaubten bald eine Erklärung für dieses auffallende Schweigen zu haben: Die SS dürfte den offiziellen Auftrag benutzt haben, um sich selbst illegale Luxusfertigungen ausliefern zu lassen.

Allerdings hatte ich damals noch nicht gewusst, dass beispielsweise «die Vertretung der bekannten deutschen Firma ‚Linde's Eismaschinen' über das Hygiene-Institut der Waffen-SS, Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung im Block 50 in Buchenwald mit der höchsten wehrwirtschaftlichen Dringlichkeitsstufe den Auftrag zum Bau einer Kühlanlage erhalten hatte, damit der SS- und Polizeiführer seine auf der Jagd erlegten Rehböcke aufbewahren konnte. Begründung: Produktion von Impfstoffen für die kämpfende Truppe!»[19]

Anhang IV: Rechtslage

Die deutsche Reichs Verwaltung funktionierte auch in der Zeit Hitlers nach alten Erfahrungssätzen weiter. Alle Zuständigkeiten waren bis zur letzten Einzelheit korrekt verteilt. So war beispielsweise das Reichsernährungsministerium mit den einzelnen Ernährungsämtern für die Verpflegungssätze, die Landeswirtschaftsämter des Wirtschaftsministeriums für die Zuteilung von Bekleidung und Schuhwerk verantwortlich. Der Arbeitsminister und nicht der

Rüstungsminister trug die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen und wies durch seine Arbeitsämter örtlich den Fabriken die bei ihnen angeforderten Arbeitskräfte zu. Diese Zuständigkeiten entsprechen dem verwaltungsmässigen Brauch übrigens auch in den westlichen Ländern. Daher gab am 7. Mai 1942 der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Fritz Sauckel, auch der Deutschen Arbeitsfront, jener Parteiorganisation, die an die Stelle der Gewerkschaften getreten war, «den alleinigen und ausschliesslichen Auftrag der Betreuung aller im Reichsgebiet eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte».[20] Durch dieses Sonderabkommen zwischen Ley, dem Leiter der Arbeitsfront, und Sauckel übernahm die Arbeitsfront die unmittelbare Verantwortung für die Lagerbetreuung. Sie hatte sich damit eine Aufgabe aufgeladen, die im Grunde vollkommen ausserhalb ihres Arbeitsbereiches lag.

Reichlich ein Jahr später, am 2. Juni 1943, detaillierten Sauckel und Ley diesen Erlass durch die Errichtung einer gemeinsamen «Zentralinspektion für die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte». Diese Zentralinspektion hatte alle Betreuungsmassnahmen auf dem Gebiet des Einsatzes fremdvölkischer Arbeitskräfte zu überwachen. In der Durchführungsverordnung Sauckels vom 30. September 1943 heisst es: «Beschwerden über schlechte Unterbringung, Verpflegung... werden von mir in Zukunft der Zentralinspektion zur Nachprüfung und Abstellung etwaiger Mängel zugeleitet... Wird zum Beispiel bei der Durchführung von Arbeitseinsatzmassnahmen festgestellt, dass eine ungenügende Arbeitsleistung fremdvölkischer Kräfte auf mangelnde Betreuung zurückzuführen ist, so sind hiervon unverzüglich die zuständigen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront zu unterrichten, damit diese die Abstellung bestehender Mängel bewirken kann.»[21]

Im «Dritten Reich» war dies natürlich, soweit es die KZ-Häftlinge betraf, eine theoretische Verantwortung. Bei der Autorität Himmlers und bei seiner alleinigen Zuständigkeit für die Konzentrationslager konnte sie weder von Sauckel noch von Ley ausgeübt werden. Die eigentliche Verantwortung für die Konzentrationslagerhäftlinge lag bei der SS und hier beim Wirtschaftsverwaltungshauptamt: «Das Wirtschaftsverwaltungshauptamt war die oberste Behörde für die Verwaltung der Konzentrationslager und die Aufgabe der Verwaltung war eine umfassende. Wenn dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt die letzten Einzelheiten der Entgelte, Produktion und Einsatz der Häftlinge unterstand, so oblag ihm auch die Belieferung der Ernährung und Bekleidung der Häftlinge, und diese Verpflichtung erstreckte sich bis zu der untersten Stufe der Verteilung – der tatsächlichen Verantwortung, dass die Gefangenen die notwendigen Zuteilungen erhielten. Bekleidung, welche bestellt oder angefordert, aber nicht verteilt wird, schützt Menschen nicht vor dem Erfrieren.»[22]

Über diese rechtliche Verantwortlichkeit für die Arbeitsbedingungen im Konzentrations-

lager Auschwitz urteilte das Gericht im Verfahren gegen Karl Krauch u.a. (I.G.-Farben-Prozess) am 29. Juli 1948: «Die Bauarbeiter, die vom Auschwitzer Konzentrationslager zur Verfügung gestellt wurden, waren Gefangene der SS. Sie wurden von der SS untergebracht, verpflegt und bewacht und auch in anderer Hinsicht überwacht. Im Sommer 1942 wurde ein Zaun um die Fabrikanlage gezogen. SS-Wärter waren nach diesem Zeitpunkt nicht innerhalb dieses Bezirkes zugelassen, aber sie waren immer noch zu allen Zeiten verantwortlich, ausser, wenn die Häftlinge sich innerhalb des abgesperrten Bezirkes befanden.»[23]

Die Verantwortlichkeit für den Bau von Baracken hatte Himmler geklärt. Mit einem Schreiben vom 21. Juli 1943 des «Reichsführers SS und der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern» wurde im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Preussischen Finanzminister «die Durchführung der Baumassnahmen bei der staatlichen Polizei für alle Gebäude und Anlagen, die ausschliesslich oder überwiegend truppenpolizeilichen Zwecken dienen», den «Baudienststellen des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei» übertragen. In der Liste der Bauten, die diesen truppenpolizeilichen Zwecken dienen, sind unter anderem «Konzentrationslager einschliesslich Wohngebäude, Arbeitserziehungslager» aufgeführt. «Soweit eine technische Überprüfung durch die Zentralinstanz erfolgt, ist der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei – SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt – zuständig.»[24]

Damit wurde also selbst die technische Überprüfung der Konzentrationslager dem Innenministerium und den ihm unterstehenden Baupolizeibehörden genommen, die von Rechts wegen für die sanitären Anlagen und die hygienischen Voraussetzungen verantwortlich gewesen wären. Das Urteil gegen Oswald Pohl u.a. legt daher auch fest, dass die «Amtsgruppe G mit dem Bau und der Instandhaltung von Häusern, Gebäuden und Bauten der SS – der deutschen Polizei und der Konzentrationslager und Kriegsgefangenenlager betraut» war.[25]

Soweit die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten derjenigen Behörden der SS, mit denen ich zu tun hatte. In meinem Urteil wurde vom Internationalen Militärtribunal festgestellt: «Speer hatte keine unmittelbare verwaltungsmässige Verantwortung für dieses [Zwangsarbeiter-]Programm. Die Stellung Speers war derart, dass er nicht unmittelbar mit den Grausamkeiten in der Durchführung des Zwangsarbeiterprogramms zu tun hatte, obwohl er davon wusste.»[26]

Anhang V: Todesstatistik

I. Statistik aus dem Befehl des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes vom 28. Dezember 1942 (Nürnberger Dokument 1469 PS):

Zugang 1942

Monat	Einlieferungen	Überstellungen	Gesamt
Juli	25716	6254	31970
August	25407	2742	28149
September	16763	6438	23201
Oktober	13873	5345	19218
November	17780	4565	22345
Insgesamt	99539	25344	124883

Abgang 1942

Monat	Entlassungen	Überstellungen	Tot	Exekutionen	Gesamt
Juli	907	4340	8536	477	14260
August	581	2950	12733	99	16363
September	652	6805	22598	144	30199
Oktober	1089	6334	11858	5945	25235
November	809	5514	10805	2359	19478
Insgesamt	4038	25943	66530	9024	105535

II. Statistik aus Bericht Pohls über Todesfälle in Konzentrationslagern vom 30. September 1943 (NO-1010):

	Monat	Belegstärke	Todesfälle	Prozent
1942	Juli	98000	8329	8,50
	August	115000	12217	10,62
	September	110000	11206	10,19
	Oktober	83800	8856	10,56
	November	83500	8095	9,69
	Dezember	88000	8800	10,00
1943	Januar	123000	8839	7,19
	Februar	143100	11650	8,14
	März	154200	12112	7,85
	April	171000	8358	4,89
	Mai	203000	5700	2,80
	Juni	199500	5650	2,83

Bereits eine überschlägige Betrachtung dieser beiden Statistiken ergibt überraschende Unterschiede. Während bei Pohls Meldung an Himmler vom Juli bis November 1942 48‘703 Todesfälle aufgezählt werden, vermeldet die interne Statistik des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes deren 66‘530. Während sich der Bestand an Häftlingen in Pohls Überblick vom Juli bis November 1942 um 10‘000 verringert, müsste er sich nach der internen Übersicht des SS-Hauptamtes bei einem Zugang von 124‘883 und einem Abgang von 105‘535 Häftlingen um 19‘348 vermehrt haben, wenn ich die Todeszahlen des gleichen Berichtes zugrunde lege.

Nehmen wir das Beispiel des September 1942, um die Differenzen zu verdeutlichen. Wenn wir nochmals die interne Statistik des SS-Hauptamtes für die Aufklärung der Rate der im September 1942 fehlenden Häftlinge heranziehen, so ergibt sich, dass im Monat September 1942 16‘763 Personen eingeliefert und 6438 überstellt wurden. Diesem Gesamtzugang von 23‘201 Gefangenen steht, ohne die Toten, ein Abgang von 144 Exekutierten, von 652 Freigelassenen und von 6‘805 Rücküberstellten, also insgesamt von 7‘601 Personen gegenüber, so dass also im September 1942 ohne Tote von einem Nettozugang von 15‘600 Menschen ausgegangen werden kann. Die Todesfälle aber beliefen sich, nicht wie Pohl Himmler meldete auf 11‘206, sondern auf 22‘598 Häftlinge![27] Das erklärt aber noch lange nicht diese makabre Zahlenakrobatik, denn fatalerweise wird in der internen Statistik Aufschluss über die Nettozugänge gegeben und diese betrugen im September 1942 15‘600 Gefangene. Durch diesen Zugang erhöht sich die unaufgeklärte Differenz von September 1942 auf Oktober 1942 von 24‘200 auf 39‘800, denen nur 11‘206 von Pohl an Himmler gemeldete Tote gegenüberstehen.

Anhang VI: Himmlers Betrug

Im Juni 1944 ahnte ich nicht, dass Himmler bereits zwei Jahre zuvor Pohl geraten hatte, bei der eben erfolgten Eingliederung der Konzentrationslager in das Wirtschaftsverwaltungshauptamt «doch in irgendeiner Weise» zu betonen, «dass die Fragen der Haftprüfung sowie der Erziehungszweck für die Erziehbaren in KL unverändert geblieben sind... und unabhängig von dem wirtschaftlichen Einsatz ist... Es könnte der Gedanke auftauchen, dass wir Menschen verhaften, oder wenn sie verhaftet sind, drinnen behalten, um Arbeiter zu haben.»[28]

Diese scheinbar rechtsstaatliche Argumentation war einige Monate später jedoch durch einen anderen Plan aufgehoben worden, der das Gegenteil festlegte: «Aus kriegswichtigen, hier nicht näher zu erörternden Gründen», heisst es in einem Erlass, «hat der Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei am 14. Dezember 1942 befohlen, dass bis Ende Januar

1943 spätestens mindestens 35‘000 arbeitsfähige Häftlinge in die Konzentrationslager einzuweisen sind. Um diese Zahl zu erreichen, ist Folgendes erforderlich: 1. Ab sofort – zunächst bis zum 1. Februar 1943 – werden Ost- oder solche fremdvölkischen Arbeiter, welche flüchtiggegangen oder vertragsbrüchig geworden sind und nicht den verbündeten, befreundeten oder neutralen Staaten angehören... auf dem schnellsten Wege in Konzentrationslager eingeliefert. Dritten Dienststellen gegenüber muss gegebenenfalls jede einzelne dieser Massnahmen als unerlässliche sicherheitspolizeiliche Massnahme unter entsprechender sachlicher Begründung aus dem Einzelfall heraus dargestellt werden, so dass Beschwerden vermieden, jedenfalls aber ausgeräumt werden.»[29]

Beiden Schreiben ist gemeinsam, dass Himmler befahl, dritten Dienststellen gegenüber dieses unrechtmässige Verhalten zu verschleiern.

Nach einer Vereinbarung «mit dem Reichsministerjustiz und dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz», so schrieb ich Himmler am 13. Mai 1944, sei «die Weiterbeschäftigung der für die Rüstung eingesetzten Häftlinge mit mehrjährigen Strafen nach ihrer Haftentlassung in ihrem bisherigen Betrieb durch Dienstverpflichtung geregelt». Hierzu läge die Anordnung des dafür zuständigen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Sauckel, Nr. Via 5131/32 vom 11. Februar 1944 vor. Aber bisher seien «von dieser Regelung die als asozial festgestellten Häftlinge aufgrund einer früheren Vereinbarung zwischen Ihnen und Parteigenossen Dr. Thierack ausgenommen. Die Kräfte werden von den Strafvollzugsanstalten nach Strafverbüssung an die Polizei», also an die Konzentrationslager abgegeben.[30] Ich argumentierte (ohne dafür zuständig zu sein), dass «auch diese Häftlinge nach jahrelangem Einsatz in der Rüstungsfertigung zu Facharbeitern und angelernten Kräften herangebildet worden» seien. «Ihr Abzug aus den Betrieben der Rüstungswirtschaft» also ihre Verbringung in ein Konzentrationslager, «würde bei dem ständig wachsenden Arbeitermangel eine empfindliche Störung bedeuten und geeignet sein, die Fertigung von wichtigstem Kriegsgerät zu beeinträchtigen. Die Störung und gerade bei schwierigen Fertigungen lang dauernde Beeinträchtigung wird auch dann nicht ausgeglichen, wenn die abzugebenden Kräfte in den neuen Arbeitsbetrieben», nämlich den Konzentrationslagern, «nach ihrem fachlichen Können eingesetzt werden, denn in den alten Betrieben wird eine Lücke entstehen, die nur langsam wieder geschlossen werden kann, während die abzugebenden Häftlinge in dem neuen Betrieb erst angelernt werden müssen. Gerade im Hinblick auf die verschärfte Luftlage muss nach Möglichkeit jede zusätzliche Beeinträchtigung der Fertigung vermieden werden. Ich bitte Sie, lieber Parteigenosse Himmler, daher auf die Abgabe der asozialen und der polnischen Häftlinge zu verzichten, soweit sie als Facharbeiter und angelernte Kräfte zu bezeichnen sind und in der Rüstung beschäftigt werden.»[31]

Anhang VII: Vertragsverlängerung Kranefuss

Diese Abhängigkeit des SS-Oberführers Kranefuss zeigte sich auch, als er auf seinem wirtschaftlichen Tätigkeitsfeld in Schwierigkeiten geraten war. Aus den Akten der Schrifttumsverwaltung der SS geht hervor, dass SS-Oberführer Keppler im Juli 1942 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Brabag zögerte, den Vertrag von Kranefuss als Vorsitzender des Vorstandes dieser Gesellschaft zu erneuern. Es ist bezeichnend, dass Kranefuss sich nicht beschwerdeführend an seinen obersten Vorgesetzten, den «Beauftragten für den Vierjahresplan» Hermann Göring, wandte, als sein Vertrag vom 30. April 1942 abgelaufen war. Stattdessen beklagte er sich am 14. Mai bei Himmler, dass Keppler seinem Drängen nicht stattgebe, sondern ausweiche: Der Tod seiner Mutter sei ihm sehr nahegegangen, er wolle die Erledigung der Angelegenheit verschieben. Zunächst begäbe er sich auf einen mehrwöchigen Urlaub.

Die Reaktion Himmlers erfolgte prompt. SS-Obergruppenführer Karl Wolff wurde von Himmler befohlen, mit Entschiedenheit dem SS-Oberführer Keppler in seinem Namen zu eröffnen: Er, der Reichsführer, sei gewillt, falls kein Interesse an einer Verlängerung des Vertrags bestehe, eine entsprechende Verwendung Kranefuss' in seinem Einflussbereich zu überlegen.[32] Himmler versuchte also, Persönlichkeiten aus der Wirtschaft für den Aufbau seines Wirtschaftsimperiums zu gewinnen.

Anscheinend hatte Kranefuss durch diese Intervention seine Schwierigkeiten mit Keppler überwunden, denn in einem Brief an Dr. Brandt im Persönlichen Stab Himmlers vom 4. September 1942 handelte er wieder namens der Brabag.[33]

Anhang VIII: Machtbestrebungen der SS im Ostministerium

Auch der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Reichsleiter Rosenberg, war ja – ähnlich wie Funk – ein geschwächter Mann, dessen faktische Macht seiner Position nicht mehr entsprach. Auch Rosenberg versuchte wie Funk die Flucht nach vorn. Denn seine drei unbotmässigen Reichskommissare für Nord-, Mittel- und Südrussland wurden in ihren selbständigen Handlungen planmässig von Martin Bormann unterstützt. Besonders aber hatte der Himmler unterstehende «Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums» sich angemasst, Zuständigkeiten in den besetzten Teilen Russlands auszuüben, die in dem Auftrag Rosenbergs enthalten waren.

In letzter Zeit hätten sich «besondere Schwierigkeiten» zwischen dem Reichsminister und diesem Reichskommissar ergeben, berichtete am 19. Januar 1943 dessen Stabsleiter dem Persönlichen Stab Himmlers. Beispielsweise genehmige Rosenbergs Dienststelle Umsied-

lern die endgültige Rückkehr in das «Ostland» und gestatte ihnen einen Betrieb zu eröffnen. Eheschliessungen zwischen Deutschen und Angehörigen eines anderen Volksstammes sollten durch Zustimmung des für die einzelnen Distrikte zuständigen Generalkommissars Rosenbergs möglich sein.[34] Das sei aber keineswegs als dessen Aufgabe anzusehen. Im Gegenteil müsse verlangt werden, dass derartige Entscheidungen von den SS-Dienststellen vorgenommen würden. Schliesslich sei auch eine Verordnung zu bekämpfen, die den Begriff ‚Jude» für die besetzten Ostgebiete neu fassen solle. Denn auch hier sei vorgesehen, dass die Generalkommissare in Zweifelsfallen entscheiden könnten. Der «Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums» müsse darauf bestehen, dass «die Behandlung der Judenfrage in den polizeilichen Aufgabenbereich [also der SS] gehöre».[35]

Rosenberg suchte eine Lösung seiner Schwierigkeiten in der Ernennung des Himmler nahestehenden SS-Gruppenführers Gottlob Berger zum Staatssekretär seines Ministeriums. Dieses Bemühen Rosenbergs, durch Einschaltung der SS-Hierarchie seine Stellung zu kräftigen, war in vielerlei Hinsicht eine Parallele zu den Vorgängen im Wirtschaftsministerium vom Herbst 1942. Aber damals muss es Himmler unvorteilhaft erschienen sein, Rosenbergs ohnehin geschwächtes Ministerium mit einem seiner wichtigsten Mitarbeiter abzustützen, umso mehr, als dieses Ministerium ohnehin schon indirekt in seine Machtsphäre eingebaut war. Ohne sich die Mühe zu machen, die wahren Machtverhältnisse zu kaschieren, sprach ein Vermerk des «Verbindungsführer der SS beim Reichsminister für die besetzten Ostgebiete» davon, dass Rosenberg, also der Reichsminister, «gewillt sei, die vom SS-Gruppenführer Berger, beziehungsweise vom Reichsführer-SS gestellten Bedingungen zu erfüllen». Offener konnte man den Tatbestand der Kapitulation nicht umschreiben.

Ministerialdirektor Runte, einer der führenden Mitarbeiter Rosenbergs, sähe klar, erklärte der «Verbindungsführer» in seinem Bericht vom 23. Januar 1943 weiter, dass selbst wenn die Absicht Rosenbergs, Berger zum Staatssekretär zu ernennen, «negativ verlaufen würde, dieses an der künftigen Entwicklung des Ministeriums nichts mehr ändern könne». Runte meine weiter, «die starke Einflussnahme der SS auf das Reichsministerium Ost könne lediglich zeitlich hinausgeschoben werden. Am Ende dieses Kampfes würde immer der Sieg des Reichsführers-SS stehen. Die sich jetzt anbahnende Entwicklung», Berger zum Staatssekretär zu bestellen, erfolge «zumindest nach aussen in einer noch würdigen Form für das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete».[36]

Der Leiter der Personalabteilung von Rosenbergs Ministerium, Ministerialdirigent Jennes, hatte diesem SS-Bericht zufolge erklärt, er könne bei einer Bestellung Bergers, dem neben der Abteilung Politik auch die Verwaltung und die Personalien direkt unterstellt sein

sollten, voraussehen, dass dann sofort eine SS-Politik einsetze, das heisst, dass alle wichtigen Posten mit SS-Funktionären besetzt würden.[37]

Aber Berger hatte den ihm zugedachten Auftrag am 16. April 1943 in einem Brief an Himmler abgelehnt, es sei denn, dass Himmler selbst ihm die Annahme befehlen sollte.[38] Himmler sah davon ab, und so wurde Berger nicht Staatssekretär.

Jedoch fand Himmler eine weniger auffällige Lösung. Berger wurde im Sommer 1943 die Leitung des «Führungsstabes Politik» im Ministerium Rosenberg übertragen, ein Posten, der der ursprünglichen Absicht in seiner Bedeutung gleichkam.

Die Dinge liefen also in der Richtung Himmlers. 18 Monate später hielt der Reichskommissar Ostland[39], Gauleiter Lohse, fest, es sei «jetzt dahin gekommen, dass im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete praktisch nur noch die ‚Schwarzen'» – so nannte man wegen ihrer schwarzen Uniform die SS – «etwas zu sagen hätten». Er habe auch zum Ausdruck gebracht, «dass der Führer mit einer solchen Entwicklung keinesfalls einverstanden sei und es nicht wünsche, dass die SS im Osten «alles schlucke'» .[40]

Anhang IX: Staatssozialismus gegen Kapitalismus

Einige Wochen nach meiner Essener Rede vom 9. Juni 1944 bat ich Hitler, mich in meinem Bemühen in diesem wirtschaftsideologischen Streit zu unterstützen. Mit zweifelhaftem Ergebnis.

Am 26. Juni 1944 sprach Hitler denn auch auf dem Obersalzberg zu etwa hundert Vertretern der Rüstungsindustrie. Vor seiner Rede hatte ich ihm einige Stichworte übergeben, von denen zwei lauteten: «Freie Wirtschaft nach dem Kriege und grundsätzliche Ablehnung der Verstaatlichung der Industrie.»[41] Hitler machte zwar seine negative Einstellung zu einer Staatswirtschaft deutlich, wie sie als Folge eines Staatssozialismus entstehen müsste. Er führte unter anderem aus: «Die alleinige Voraussetzung für jede wirkliche Höherentwicklung, ja für die Weiterentwicklung der ganzen Menschheit», sehe er «in der Förderung der privaten Initiative. Wenn dieser Krieg mit unserem Sieg entschieden ist, dann wird die Privatinitiative der deutschen Wirtschaft ihre grösste Epoche erleben! Was dann geschaffen werden muss! Glauben Sie nur nicht, dass ich ein paar staatliche Konstruktionsbüros oder ein paar staatliche Wirtschaftsbüros mache.»[42] Das war bei Weitem nicht die Erklärung, die ich wünschte, aber immerhin stand sie in direktem Gegensatz zu Himmlers und Bormanns Ablehnung der kapitalistischen Struktur unserer Wirtschaft.

Mir war trotz mancher Kontakte mit Himmler seine Einstellung unbekannt, ein Zeichen

dafür, wie wenig die Spitzenkräfte sich untereinander orientierten. So führte ich noch in den ersten Monaten der Gefangenschaft, im Juli 1945, in Unkenntnis dieser Einstellung Himmlers aus: «Himmler war das Gegenteil von Staatssozialismus.»[43] Erst durch die Akten der Schriftgutverwaltung Himmlers wurde mir klar, dass Himmler nicht weit von Goebbels stand, der in seinem Tagebuch am 10. September 1943 notierte: «Der Nationalsozialismus muss eine Erneuerung durchmachen. Noch sozialistischer als früher haben wir uns an das Volk anzuschliessen... Keinerlei Bindungen dürfen die nationalsozialistische Führung mit der Aristokratie oder mit der sogenannten Gesellschaft verknüpfen.»[44]

Anhang X: Weitere Ausführungen Ohlendorfs

In einem Aufsatz mit dem Titel «Wirtschaftspolitische Bilanz» dokumentierte Ohlendorf erneut seine Verbitterung über die durch die Kriegsindustrie notwendigen Methoden:

«Dieser Zug zur Serie und zur Massenfertigung, dieser Zug zur weiteren Rationalisierung, zum bestmöglichen Handwerker, zum bestmöglichen Handel, zur bestmöglichen Landwirtschaft, zur bestmöglichen Industrie [würde] vielleicht von dem jetzt selbständigen Unternehmertum noch einmal Dreiviertel zum Verschwinden bringen», falls man die Friedensprobleme über die Massenproduktion zu lösen versuche. «Wenn wir uns diese Problematik vor Augen halten, dann ist die Frage der weiteren sozialen Entwicklung wohl eine der wesentlichsten Schicksalsfragen, die für die Friedenszeit vor uns stehen.»[45]

Es ergäben «sich sehr ernste Fragen über die Erkenntnisse, die uns dieser Krieg gebracht hat und den letzten Wert der uns vom Kriege aufgezwungenen wirtschaftlichen Methoden», liess Ohlendorf durch Hayler Ende Januar 1945 sagen. Erneut wurde darauf hingewiesen, dass der Arbeitsweise der «Selbstverantwortung der Industrie», also der Grundlage einer rationellen Fertigung, auf deren Basis heute die Bundesrepublik ihre wirtschaftlichen Erfolge hat, keine grundsätzliche Bedeutung zukommen darf: «Die vordringlichste dieser Fragen ist die, ob die Sicherung des Reiches künftig von der Höhe unserer Produktion abhängen wird.»[46]

Es sei *«ein gründlicher Irrtum, anzunehmen, die Erfahrungen des Krieges könnten stets ohne Weiteres auf Friedensverhältnisse übertragen werden.* Was im Kriege im Hinblick auf Methoden und Zielsetzung richtig ist, das braucht für die normalen Zeiten noch lange nicht richtig zu sein.»[47]

Ohlendorf versteht sich im Folgenden sogar zu einer positiven Beurteilung der Leistung unserer Organisation, die er, wie erinnerlich, zwei Jahre zuvor bei Himmler auf das Heftigste befehdete: «Zu den neuen Erscheinungen in der deutschen Wirtschaft gehört die Einführung

der *Selbstverantwortung der Industrie.* Diese Selbstverantwortung mag in Zeiten solcher Anspannungen wie der heutigen notwendig sein und hat sicher auch zu grossen Erfolgen geführt. Man muss sich aber darüber im Klaren sein, dass es sich um eine Kriegseinrichtung handelt, die nicht in die normalen Zeiten übernommen werden darf, wenn wir an der Trennung zwischen Staat und Wirtschaft festhalten und die Hoheit des Staates auch weiterhin klar herausgestellt sehen wollen.» Jetzt im Kriege käme es darauf an, «mit jedem Mittel das Letzte aus der Industrie zu erzielen», führte Ohlendorf weiter aus – etwa in dem Sinne, dass es in dieser Notlage notwendig sein könne, sich selbst mit dem Teufel zu verbünden![48] Ohlendorf setzte unentwegt seine Verteufelung der Prinzipien der Selbstverantwortung fort, wenn er weiterhin betonte, dass «das nationalsozialistische Grundgesetz» nicht geändert werden dürfe, unter dem der Nationalsozialismus die Macht übernommen hat und für das er in den Krieg gegangen ist: «Nämlich das eigene Volk zu seiner höchsten und besten Entfaltung kommen zu lassen.»[49] Während Himmler noch eineinhalb Jahre zuvor ultimativ die Diffamierung der Selbstverantwortung der Industrie gefordert hatte, waren die angeblichen Missstände nun nicht mehr erwähnenswert, obwohl an dem System der «Selbstverantwortung» nichts geändert wurde.

Die Verschiebung der Abrechnung mit unserer «amerikanisierten Mammutindustrie» auf Friedenszeiten darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die grundsätzliche Einstellung der SS auch in Kriegszeiten nicht geändert hatte. Schieber schrieb im Mai 1944: «Dabei spielt auch die ausgeprägte Stellungnahme der SS gegen den Gedanken der Selbstverantwortung der Wirtschaft eine nicht unwesentliche Rolle.»[50]

Noch in seinem Prozess hatte Ohlendorf seinen Groll nicht überwunden, als er ausführte: «Denn die Konkurrenz war nicht mehr bereit, ihre tatsächliche Leistung den Konkurrenten zu offenbaren. Und breiteste Schichten des Volkes sahen sich nicht mehr einem objektiven Staat gegenüber, sondern einzelnen wirtschaftlichen Hyänen und Monopolisten; und damit mussten die Gegensätze zwischen der Wirtschaft und dem Staat immer grösser werden.»[51]

Anhang XI: Einschränkung der Entwicklung

In meinem Erlass vom 9. Oktober 1943 über «Die Konzentration der Entwicklung» hatte ich festgestellt, dass «die Dauer und das technische Risiko der Entwicklung in einem vernünftigen Verhältnis zu dem voraussichtlichen militärischen oder rüstungswirtschaftlichen Wert stehen [müsse]. Eine Ausnahme von diesen Grundsätzen darf nur dann gemacht werden,

wenn von der Bearbeitung des Entwicklungsvorhabens wesentliche neue Erkenntnisse für die Kriegsführung oder Rüstungswirtschaft zu erwarten sind. Entwicklungen, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, sind auf Anweisung des Vorsitzers der zuständigen Kommission einzustellen oder zu unterlassen».[52]

Die technischen Kräfte sollten durch diesen Erlass auf die Entwicklungsbüros solcher Firmen konzentriert werden, die genehmigte Projekte nach weisen konnten. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, dass Befehle dieser Art strikt durchgeführt wurden. Die Versuchung, in aller Stille Neuentwicklungen zu dulden, um die Techniker der Firma zu erhalten, war zu gross.

Daher erinnerte ich am 21. Dezember 1943 die Vorsitzer der Rüstungskommissionen, dass sie «voll und ausschliesslich dafür verantwortlich sind, alle für die Entwicklung verfügbaren Kräfte und Kapazitäten auf ihren Arbeitsgebieten so einzusetzen, dass die grösste Wirkung für die Rüstung und Kriegsproduktion erzielt wird... Bei Schwierigkeiten haben sie das Recht und die Pflicht, mir persönlich zu berichten und erforderliche Entscheidungen zu beantragen.»[53]

Aber auch das scheint nicht wirksam geworden zu sein. Ich setzte schliesslich die Autorität Hitlers ein, der auf meinen Wunsch am 19. Juni 1944 einen von mir vorbereiteten Erlass über «Die Konzentration der Rüstung und Kriegsproduktion» unterschrieb. Es seien, so hiess es erneut, «die laufenden Entwicklungen auf das dringend notwendige Mass zu beschränken, damit diejenigen Entwicklungen, die durch neue umstürzende Eigenschaften in der Lage sind, uns gegenüber den Entwicklungen des Feindes bedeutende Vorteile zu bringen, konzentriert durchgeführt werden können».[54]

Anhang XII: Fromm und Jüttner

Jüttner übte damit die gleiche Tätigkeit aus, die er zuvor in kleinerem Rahmen für die SS durchführte. In dieser SS-Eigenschaft arbeitete er vor dem Putsch des 20. Juli 1944 eng mit Fromm zusammen. Jüttner hatte es im Laufe der Zeit verstanden, mit dem allen Partei- und SS-Funktionären misstrauisch gegenüberstehenden Fromm in ein gutes Verhältnis zu kommen. Jüttner seinerseits trat nach der Verhaftung Fromms zunächst für ihn ein, zog sich jedoch zurück, als Fromms Fall von Himmler und Goebbels besonders kritisch gesehen wurde.

Bald nach dem 20. Juli trat eine Entfremdung meiner Dienststellen zum Heereswaffenamt ein, das als Teil der Heeresrüstung unter Fromm in engster Weise mit mir zusammengearbeitet hatte: «Der Posten von Fromm wird von Obergruppenführer Jüttner in Vertretung des Reichsführers-SS ausgefüllt. Fromm ist in Haft, mehr weiss man nicht», berichtete die Chronik am 24. August 1944. Weiter heisst es: «Jüttner wacht darüber, dass ihm in der Übernahme

nichts abhanden kommt. Er ist deshalb zu Zugeständnissen weniger geneigt als sein Vorgänger. Die eigenartige Doppelunterstellung des Heereswaffenamtes unter den Chef Heeresrüstung und den Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion war bisher nur auf Grund der persönlichen Vereinbarungen zwischen Generaloberst Fromm und dem Minister möglich.

Eine klare schriftliche Festlegung der Grenzen der Befugnisse und Verantwortungen hatte der Minister bisher stets abgelehnt. Beide Dienststellen fühlten sich für die gemeinsame Aufgabe voll verantwortlich. Die Wünsche des Ministers wurden dabei vom ‚Chef Heeresrüstung' und vom ‚Heereswaffenamt' voll respektiert. Jüttner hat zunächst seinen Kopf und in dem Reichsführer-SS seinen Rückhalt, den die alte Besetzung nicht hatte.»[55]

Die SS war so mächtig, dass sie sich einen Streit mit mir hätte leisten können, während ich ihm ausweichen musste. Jüttner wollte den Einfluss der Industrie zurückdrängen, er war, wie alle führenden SS-Funktionäre, ein Gegner der in der «Selbstverantwortung der Industrie» geschaffenen Selbständigkeit von Industriegremien. Darin unterschied er sich nicht von Ohlendorf, Berger oder Himmler. Besonders war ich darauf angewiesen, dass das Waffenamt mit den Hauptausschüssen für die Fertigung und mit den Entwicklungskommissionen der Industrievertreter weiter engen Kontakt hielt. Mein System war auf dieser Zusammenarbeit aufgebaut und wäre ohne sie zusammengebrochen.

Anhang XIII: Der Grosswindkanal

Ende Januar 1945 teilte der SS-Obergruppenführer Rösener mit, dass bei ihm der Geschäftsführer der Luftfahrtforschung München, Herbert Luckow, erschienen sei und ihm «seine Sorgen bezüglich des Baues des Grosswindkanals im Ötztal» vorgetragen habe. Rösener forderte den Chef des Persönlichen Stabes Himmlers auf, «auch den Reichsführer von dieser Angelegenheit zu unterrichten, damit auch vom Reichsführer aus veranlasst wird, dieses Vorhaben schnellstens zu beendigen»;[56]

Luckow hatte einen Bericht mitgegeben, aus dem hervorgeht, dass der Grosswindkanal «zur Weiterentwicklung auf dem Gebiete des Schnellfluges unentbehrlich» sei. «Nach Ansicht massgeblicher deutscher Wissenschaftler lässt sich der geringe deutsche Vorsprung auf dem Gebiete des Schnellfluges für die Zukunft nur durch Einsatz derartiger Anlagen halten. [...] Der Kanal kann im Spätherbst 1945 fertiggestellt werden, wenn 1.) tausend Arbeitskräfte, unter Umständen Häftlinge (Unterkunft ist vorhanden) zusätzlich eingesetzt,
2.) 1'100 t Stahlbleche verschiedener Stärken geliefert und 3.) 10'000 t Zement für die Fertigstellung der Staumauer zur Verfügung gestellt werden können.»[57] Diese Minimalwünsche

stellten zu diesem Zeitpunkt des Krieges schon unerfüllbare Forderungen dar. Am 10. Februar 1945 richtete Brandt ein Fernschreiben an den höchsten SS- und Polizeiführer Italiens, SS-Obergruppenführer Wolff, dass er «für Mitteilung dankbar wäre, ob Herr Herbert Luckow sich wegen Baues für Grosswindkanal im Ötztal an Sie gewandt hat und was allenfalls von Ihnen veranlasst ist».[58] Aber Herbert Luckow war unterdessen unauffindbar geworden.

Anhang XIV: Rüstungsdiktat in Ungarn

Im Jahre 1944 waren angesichts des Luftkrieges gegen die Industrie des Reichsgebietes die Industrien anderer Länder, wie Ungarn, der Tschechoslowakei oder Polens, interessant geworden. Seit dem 19. Februar 1944 unterhielten wir eine «Deutsche Industriekommission Ungarn», Diko abgekürzt, die «die deutschen Interessen auf dem Gebiet der Rüstung und Kriegsproduktion, mit Sitz in Budapest» wahrnehmen sollte. Aber noch konnten wir nur empfehlen, anregen und Wünsche vorbringen, die Entscheidungen fällten noch die Ungarn selber.[59]

Am 19. März 1944 änderte sich die Lage. Ungarn wurde durch deutsche Truppen besetzt, eine Schattenregierung unter Ministerpräsident Sztoja führte von nun an die Geschäfte im Auftrage der deutschen Regierung.

Am 29. März erklärte Kehrl vor den Mitarbeitern des Planungsamtes und des Rohstoffamtes: «Die veränderte politische Lage in Ungarn gibt die Möglichkeit, die dortigen Wirtschaftskräfte für den kriegswirtschaftlichen Einsatz voll zu mobilisieren. Entsprechende Schritte sind eingeleitet.»[60]

Aus den Verhandlungen über die Ausnutzung der ungarischen Waffenkapazitäten, die die deutsche Waffenkommission am 7./8. August 1944 im Honved-Ministerium führte, geht hervor, dass die ungarische Rüstungsproduktion im Verhältnis zur deutschen nur minimal war. Es handelte sich um gerade 718 Stück 7,5 Pak, deren Fertigung über ein Jahr laufen sollte. Bis März 1947 sollten Ersatzrohre für die 8,8 Flak gefertigt werden und ausserdem eine Bestellung von 580 10,5 cm-Haubitzen und 78 Stück 15 cm-Haubitzen angenommen werden. Die deutsche Kommission wünschte ausserdem den Bau von ganzen sechs kompletten 21 cm-Mörsern 18. Die Produktion des ungarischen Panzers «Turan» und des Sturmgeschützes «Zrinyi» sollte zugunsten einer Umstellung auf deutsche Fahrzeuge bis Anfang 1945 auslaufen.[61]

Hitler war, wie das Führerprotokoll vom 6./7. April 1944 feststellt, damit einverstanden, dass die ungarische Industrie der Diko unmittelbar unterstellt werde und die ungarische Kapazitätsreserve für Deutschland auszunutzen sei. Ferner stimmte er zu, dass deusche Industrieunternehmen ungarische Fabriken zu beraten oder Patenschaften über sie zu überneh-

men hätten. Auch konnten Aufträge von der deutschen Industrie unmittelbar an ungarische Betriebe weitergeleitet werden. Gleichzeitig sollte damit begonnen werden, das Waffenprogramm der ungarischen Armee dem deutschen anzugleichen. Hitler hielt zwar die Unterrichtung des Reichsaussenministers für erforderlich, aber betonte, dass er seine Zustimmung zu diesem Vorschlag bereits jetzt ausgesprochen habe. Etwaige Einwände des Aussenministers würde er nicht berücksichtigen.[62]

Nachdem Himmler ohne unsere Zustimmung seinen Überleitungsvertrag mit den Besitzern des Weiss-Konzerns abgeschlossen hatte, waren unsere Bemühungen gescheitert, in der ungarischen Industrie verantwortlich tätig zu werden.

Anhang XV: Generatorenproblem

Himmler hatte am 3. November 1944 Gauleiter Meyer bei der Besprechung in Kleinbergen auch die Prüfung des Ruehl-Zweizonen-Generators versprochen. Ich antwortete Himmler am 10. November, dass die Erprobungen den Erwartungen nicht entsprochen hätten.[63] Trotz dieses negativen Bescheids beharrte Meyer zwei Monate später: «Zwei Firmen meines Gaues sind bereit, den [Ruehl-]Generator zu bauen und können sofort umgestellt werden. Beide Firmen verfügen bereits über die notwendige Erfahrung im Generatorenbau. Die Fabriken sind in der Lage, monatlich 600 Generatoren zu bauen. Auch fast alle Nebengeräte und Ersatzteile können in meinem Gau selbst hergestellt werden. Ich bitte Sie, verehrter Reichsführer, mir baldmöglichst Mitteilung zu machen, wann ich mit Zur-Verfügungstellung der Kontingente rechnen kann.»[64] Die Kontingente wurden zwar, wie Gauleiter Meyer wusste, von mir zugeteilt, aber er hielt wahrscheinlich Himmler für mächtig genug, dass er mir eine Weisung geben könne.

Bereits am 10. November 1944 hatte ich Himmler mit meiner Entscheidung bekanntgemacht, meinem – durch die Gunst Hitlers unangreifbar gewordenen – Mitarbeiter Saur «die Verantwortung für die Produktion der Generatoren zu übertragen, um damit sicherzustellen, dass mit möglichst grossem Schwung dieses Generatorenprogramm durchgezogen wird. Über seine Wichtigkeit besteht bei uns Klarheit.» Nach Saurs Planungen sollte «die Gesamtzahl der einzubauenden Generatoren bis zum Ende des Jahres auf monatlich 40’000 Stück gesteigert werden. [Aber] leider wurden zwei grosse Generatorenfabriken durch Fliegerangriffe stark beschädigt, so dass wir in der Erfüllung dieses Programms z.Z. etwas zurückgeblieben sind.»[65]

Weder Jüttners noch Saurs Bemühungen hatten Erfolg. Im Juli waren 10‘400 Generatoren gebaut worden, in der August-Produktion, die noch unter die Verantwortung Schiebers

zu rechnen ist, 11'700. Saur steigerte im September auf 14'000 Generatoren, aber das dürfte noch auf Schiebers Arbeitsvorbereitungen zurückzuführen sein. Danach ging es unaufhaltsam bergab, in schnellerem Tempo als es dem Index der Gesamtrüstung entsprach. Dieser stieg sogar von August auf September von 297 auf 301 und stand dem höchsten, je erreichten Index von 322 im Juli 1944 nur um 6 Prozent nach. Saurs Produktion der Generatoren aber fiel von September mit 14'000 auf eine Oktober-Produktion von 6'900, also um 51 Prozent, um sich danach nie mehr zu erholen. Ab Dezember war die Rüstung endgültig zusammengebrochen.[66] An eine Neuaufnahme von Produktionen, wie sie Meyer im Januar 1945 vorsah, war nicht mehr zu denken. Wir waren zufrieden, wenn wir aus den vorhandenen Einzelteilen noch eine beschränkte Zahl von Rüstungsgütern montieren konnten.

Anhang XVI: Weitere Vollmachten für Kammler

So wurde nach einem Erlass Himmlers vom 31. Dezember 1944 Kammler «die Entscheidung in grundsätzlichen Fragen des A 4-Programms» zugesprochen: «Voll verantwortlich für die Beschaffung aller Fernraketen-Waffen, Geräte, Fahrzeuge und Treibstoffe ist das Waffenamt», das seit dem 20. Juli 1944 Himmler unterstand «auf Grund der Forderungen [Kammlers].»[67]

Am 6. Februar 1945 dehnte Kammler sein Aufgabengebiet durch einen Erlass aus: «Aufgrund der mir erteilten Vollmachten des Reichsmarschalls des Grossdeutschen Reiches vom 26. Januar 1945, des Reichsführers-SS vom 31. Dezember 1944, des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion vom 13. November 1944 bestimme ich hiermit als zu dem von mir geführten Sektor gehörig [alle Fernkampf- und Luftabwehrraketen, sowie] ferngesteuerte Körper für Erdbeschuss.» Kammler bestimmte in seiner Verfügung, welche Geräte weiter zu entwickeln und welche «sofort einzustellen» seien. Er legte fest, dass «die in Entwicklung und Fertigung durch die Stillegung von Entwicklungs- oder Fertigungsvorhaben freiwerdenden Kräfte innerhalb des verbleibenden Programms umgesetzt werden. Die Steuerung aller Entwicklungs- und Erprobungsmassnahmen des Gesamtprogramms erfolgt durch den Arbeitsstab Dornberger beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, der zugleich sein Arbeitsstab zur Durchführung der mir übertragenen Aufgabe ist. Die Steuerung der Fertigung sämtlicher zur Fertigung freigegebenen Entwicklungen oder bereits in der Fertigung laufenden Geräte erfolgt durch den Sonderausschuss zV beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, der in Abstimmung mit mir die Programmfestlegung vornimmt.»[68]

Einen Tag nach dem Erlass Himmlers vom 6. Februar 1945 stellte Kammler zusätzlich fest, dass er für «Entwicklung, Erprobung und Fertigung sämtlicher Fernkampfwaffen und

Luftabwehrgeräte, für alle militärischen und zivilen Angelegenheiten im Raum Mittelbau dem Reichsführer SS verantwortlich» sei. Kammler werde «als Sb 2 zur Durchführung seiner Aufträge mit den Bevollmächtigten des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion in Bezug auf Entwicklung, Erprobung und Fertigung engste Verbindung» halten. Um nochmals seine Verantwortlichkeit zu betonen, nannte Kammler als seinen Vertreter «für sämtliche zivilen Verwaltungsaufgaben den Chef des Quartieramtes Mittelbau, SS-Standartenführer Ministerialdirektor Dr. Wagner [und für] Bauangelegenheiten den Chef der SS-Sonderinspektion II, SS-Sturmbannführer Feissen».[69]

Diese letzten Erlasse zeigten zwar noch formelle Rücksichten auf das Bestehen eines Rüstungsministeriums, aber wiederum bezeichnete Kammler in seiner Anordnung den Arbeitsstab Dornberger im Oberkommando des Heeres als seinen Arbeitsstab und legte durch das Wort «Abstimmung» fest, dass der Sonderausschuss A 4 meines Ministeriums keine Massnahme ohne seine Zustimmung durchführen könne, mit der wohlüberlegten Massgabe, diese Institution meines Ministeriums – und damit mich – auch weiterhin nicht aus der Verantwortung zu entlassen.

Anhang XVII: Übereifriger Kammler

Mit dieser leichtfertigen Bemerkung wurde ein Zwischenfall abgetan, den ich im Oktober 1952 aus noch relativ frischer Erinnerung wiedergab: «Kammler und Saur berichteten mir in starken Tönen über die Verzögerung der Verlagerung BMW's in die unterirdischen Werkstätten im Elsass. Dabei erklärte Kammler, dass der verantwortliche Direktor von BMW, Zipprich, wegen seiner Saumseligkeit vor zwei Tagen in ein Konzentrationslager verbracht worden sei. Beide glaubten wohl, meinen besonderen Beifall zu ernten. Stattdessen erfolgte einer meiner seltenen Wutausbrüche. Ich herrschte Kammler an, es gingen ihn solche Versäumnisse nichts an, der Mann müsse sofort wieder freigelassen werden.[70]

Nach dieser Sitzung riet mir meine Chefsekretärin, Frau Annemarie Kempf, dass wir das mitstenographierte Wortlautprotokoll entweder vernichten müssten, oder jedenfalls nicht zu den Akten nehmen dürften, denn meine Bemerkungen gegenüber Kammler wären nicht geeignet, weiteren Kreisen bekanntzuwerden.

Ein andermal musste ich Kammler ernstlich mahnen: «Von Herrn Geilenberg und Dr. Ganzenmüller wird mir mitgeteilt, dass Sie für die acht Werke, die für den Einsatz der ‚Walther' [Volksgewehr] von uns genannt worden sind, zusätzlich versuchen wollen, die zum Betrieb dieser Werke notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Der Reichsführer soll auf Ihren Vorschlag damit einverstanden gewesen sein, dass Sie sich in diese Dinge ein-

schalten. So sehr ich Ihre Aktivität, wie Sie wissen, schätze, kann ich es keinesfalls zulassen, dass Sie sich, auch wenn es im Einvernehmen mit Herrn Geilenberg oder Dr. Ganzenmüller geschehen sollte, um Dinge kümmern, die nur von meiner Zentrale gelenkt und bestimmt werden können.»

«Sowohl die Transporte zu den einzelnen Werken als auch die Instandsetzung und der Betrieb der Werke selbst ist ausschliesslich Angelegenheit der von mir Beauftragten. Von diesen haben wir genug. Ich wünsche nicht, dass hier nun neue Stellen und Zuständigkeiten geschaffen werden. Ich bitte Sie daher, alle Massnahmen, die Sie getroffen haben, rückgängig zu machen.» Dorsch und Geilenberg bat ich in einem Zusatz zu diesem Schreiben an Kammler, «innerhalb von drei Tagen von den Einsatzgruppen melden zu lassen, ab wann die Einsatzstäbe Kammler von den Baustellen verschwunden sind».[71] Nutzen konnten solche Proteste kaum.

Anhang XVIII: Angaben über beschäftigte Juden

Es gab drei verschiedene Kategorien von meldenden Betrieben, deren Zahlenangaben nicht miteinander abgestimmt waren. Durch diese Teilmeldungen wird es unmöglich, eindeutige Angaben über die Zahlen der in der Rüstung des Generalgouvernement beschäftigten Juden zu erhalten.

Das Generalgouvernement gehörte einerseits zum «rückwärtigen Gebiet des Ostheeres». Die gewerbliche Wirtschaft des Generalgouvernements konnte für Aufträge der Fronttruppen für den unmittelbaren Truppenbedarf ohne Zwischenschaltung anderer Dienststellen in Anspruch genommen werden. Zweitens unterstanden der Rüstungsinspektion die Betriebe, die unmittelbar der Rüstung dienten und die dazu gehörenden Zulieferbetriebe. Daneben gab es drittens direkte Heeresbetriebe, die nicht der Rüstungsinspektion unterstanden.

Aus diesen organisatorischen Unklarheiten erklärt sich auch die Nennung unterschiedlicher Zahlen von den in der Produktion eingesetzten Juden; sie hingen davon ab, welche Bereiche bei den Zählungen erfasst wurden. So nannte General Gienanth am 18. September 1942 300’000 insgesamt in der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements beschäftigte Juden, während im Rüstungsbereich General Schindlers am 24. Oktober 1942 50’000 Juden genannt wurden. In einem Bericht an Himmler von Ende 1942 wurde erläutert, dass 200’000 Juden sich in Zwangsarbeit, also in Konzentrationslagern, befanden.[72] Die in den noch bestehenden Rüstungsbetrieben verbliebenen jüdischen Arbeiter waren aber dabei noch nicht einmal erfasst.

Andererseits führte eine Statistik des Wehrwirtschaftsoffiziers, der für reine Heeresnachschubbetriebe zuständig war, für Januar 1943 bei insgesamt 105‘000 Arbeitern 15‘091 Juden

auf. Himmler wiederum stellte am 9. Januar 1943 fest, dass sich allein in Warschau noch 32‘000 Juden in sogenannten Rüstungsbetrieben befanden, davon 24‘000 in Textil- und Pelzbetrieben, die übrigens eigentlich gerade keine Rüstungsbetriebe waren, sondern unmittelbaren Truppenbedarf herstellten. Wahrscheinlich sind die Himmlerschen Zahlen jedoch stark überhöht, denn ihnen steht für Warschau ein Monatsbericht des dortigen Oberfeldkommandos vom 21. August 1942 entgegen. Nach diesem Monatsbericht waren im Juli 1942 «von Wehrmachtsdienststellen, ausser den Rüstungsbetrieben, in Warschau beschäftigt: a) im Ghetto in sechs Betrieben und einem Lager ca. 8‘100 Juden, b) ausserhalb des Ghettos in 80 Betrieben und drei Lagern 1‘850 Juden, insgesamt ca. 9‘950 Juden». Während also Himmler für die Textil- und Pelzbetriebe in Warschau 24’000 beschäftigte Juden angab, meldete die zuständige militärische Stelle deren 9‘950. Noch verwirrender wirkt diese Angabe, weil fast am gleichen Tag das Feldwirtschaftsamt für das Oberfeldkommando Warschau «als im Schutze der Wehrmacht stehend am 18./19. August 1942» 6‘000 jüdische Arbeiter meldete.[73]

Übrigens konnte das Heer in dieser Phase des Russlandfeldzuges es noch wagen, ganz offen von einer Schutzfunktion der Wehrmacht den Juden gegenüber zu sprechen.

Anhang XIX: Eine Entgegnung

Diesem Aktenvermerk Waegers vom 7. August 1944[74] war ein Briefentwurf an Goebbels in seiner Eigenschaft als Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz beigefügt.

Aus diesem Briefentwurf geht hervor, dass «auf Grund einer Entscheidung des Führers bekanntlich in den letzten Wochen eine grosse Anzahl ungarischer Juden als KZ-Häftlinge in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt worden sind. Die Erfahrungen sind bisher recht gut, so dass ich grossen Wert darauf lege, dass auch die noch nicht eingesetzten ungarischen Juden beschleunigt der Rüstung zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen bei der augenblicklichen ernsten Lage eben alle Möglichkeiten erschöpfen, die die Arbeitseinsatzschwierigkeiten erleichtern helfen.»

Was nun folgt, ist sinngemäss eine Wiedergabe des an mich gerichteten Aktenvermerks: «Nunmehr erfahre ich, dass Gauleiter Sauckel den Einsatz ungarischer Juden in Thüringen, als seinem Gau, grundsätzlich verboten habe. Dieses Verbot darf meines Erachtens unter keinen Umständen aufrecht erhalten bleiben. Es würde andernfalls nicht ausbleiben, dass auch die anderen Gauleiter ein ähnliches Verbot erlassen. Damit würde der gesamte Einsatz der ungarischen Juden hinfällig. Selbstverständlich widerspricht die Beschäftigung dieser

ungarischen Juden in deutschen Gauen auch meinem Empfinden. Es kann jedoch im Augenblick auf eine solche Notmassnahme unter keinen Umständen verzichtet werden. Durch die KZ-mässige Unterbringung der Juden ist im Übrigen sichergestellt, dass weder das Empfinden der deutschen Bevölkerung verletzt wird, noch dass durch die Juden irgendein Unheil angerichtet werden kann.»[75] Die zwei Seiten dieses Briefentwurfs tragen zudem die Nummer 60 und 61 der Mikrofilmregistratur der Amerikaner, während der Aktenvermerk Waegers die danach folgende Nummer 62 trägt. In dieser Reihenfolge sind die beiden Aktenvorgänge auch im Bundesarchiv abgelegt, was ebenfalls dafür spricht, dass es sich um einen Entwurf des Chefs des Rüstungsamtes handelt.

Es war üblich, bei Abgang eines von mir gezeichneten Briefes das Datum einzusetzen, ihn mit der üblichen Registraturnummer zu versehen. Beides fehlt auf der Kopie ebenso wie die Beurkundung meiner Unterschrift durch den Stempel «gez. Speer». Auch wurde aus Versehen von der Sekretärin der Amtsgruppe Arbeitseinsatz im Briefkopf des Entwurfs in der Adresse des Absenders hier Postamt Berlin NW 7 aufgeführt und nachträglich in das Postamt meines Ministeriums W 8 verbessert. Auch daraus geht hervor, dass der Entwurf in der Amtsgruppe Arbeitseinsatz geschrieben wurde.

Wie ein ordnungsgemäss abgegangener Brief aussehen muss, geht aus Hunderten von, im Bundesarchiv aufbewahrten Durchschlägen meines Ministeriums hervor. So beispielsweise aus meinem Schreiben an Dr. Goebbels vom 26. Juli 1944, das mit der Registraturnummer M 2415/44 g und mit dem Stempel «gez. Speer» versehen ist.[76]

Lucy S. Dawidowicz nimmt fälschlicherweise an, dass dieser Entwurf von mir nicht an Goebbels, sondern sogar an Hitler gesandt worden sei. Sie glaubt damit bewiesen zu haben, dass ich, obwohl alle Anzeichen dafür in meinen Reden und Briefen fehlen, nun doch einer antisemitischen Denkweise überführt sei.[77]

Beleidigende Ausfälle gegen die Juden waren allerdings nahezu bei jeder Rede, in fast jedem Artikel üblich. Sogar angesehene Architekten, die, wie der Nürnberger Baurat und spätere Leiter der Bauabteilung der Deutschen Arbeitsfront Schulte-Frohlinde, keine Parteibindungen hatten, hielten es für ratsam, selbst in Artikeln über das deutsche Bauen auf den verderblichen Einfluss der Juden hinzuweisen. Es gab aber auch durchaus die Möglichkeit, sich von antisemitischen Bemerkungen freizuhalten, und das war bei mir der Fall.

Anmerkungen

Erster Teil:
SS und selbstverantwortliche Industrie

Der Hintergrund

1 Diese Eintragungen sind in Albert Speer: Spandauer Tagebücher, Berlin 1975, nicht veröffentlicht.
2 Siehe Morgenthau-Tagebücher, Band I und II, hrsg. vom Kongreß der Vereinigten Staaten 1967.
3 Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz, Wien 1972.
4 Siehe auch Fabian von Schlabrendorf: Begegnungen in fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979.
5 Abgedruckt in Christian Streit: Keine Kameraden, Stuttgart 1979.

Euphorische Vorstellungen

1 Damals, Ende Januar 1942, sah man die Entwicklung der Lage in Rußland pessimistisch. Es war nicht die Rede von großen Erfolgen, wie sie sich nach der Frühjahrsoffensive 1942 einstellten.
2 Brief Himmlers an den Chef der Inspektion aller Konzentrationslager vom 26. Januar 1942 (Ba Sammlung Schumacher/329).
3 Hitlers Erlaß vom 10. Januar 1942.
4 Aus: Kommandant in Auschwitz, autobiographische Aufzeichnung des Rudolf Höß, hrsg. von Martin Broszat, dtv Dokumente, München 1963, S. 179.
5 Aus unveröffentlichten Krakauer Aufzeichnungen von Rudolf Höß; Fotokopien im Institut für Zeitgeschichte.
6 ibid.
7 Verfügung des Chefs des SS-Führungshauptamtes vom 16. März 1942 (Ba Sammlung Schumacher/329).
8 Urteil gegen Oswald Pohl u. a. vom 3. November 1947 (Ba All. Proz. 1 XLI W4, S. 37).
9 ibid, S. 83.
10 ibid, S. 36.
11 ibid, S. 57a.
12 Ergänzendes Urteil gegen Pohl u. a. vom 11. August 1948 (Ba All. Proz. 1 XLI W5, S. 28).

13 In der in Kransberg imjuli 1945 fertiggestellten Ausarbeitung über «Politische Zusammenhänge», A II, S. 4.
14 Vertraulicher Brief Schiebers an Himmler vom 17. Juni 1941 (Ba NS 19/ neu 755).
15 Brief Schiebers vom 31. Juli 1941 an Himmler und Brief des Leiters des Persönlichen Stabes Himmlers Brandt an Heydrich vom 4. August 1941 (Ba NS 19/neu 755).
16 Brief Kammlers an Pohl vom 8. Oktober 1941 und Brief Pohls an Wolff vom 9. Oktober 1941 (Ba NS 19/neu 755).
17 Niederschrift über eine Besprechung im Büro Saur am 16. März 1942 (Ba NS 19/neu 755).
18 Aktenvermerk Schiebers vom 17. März 1942 (Ba NS 19/neu 755).
19 Vortragsnotiz Himmlers beim Führer vom 17. März 1942 (Ba NS 19/neu 1447).
20 Protokoll einer Besprechung mit Hitler am 19. März 1942, Punkt 30 (Ba R 3/1503).
21 Telegramm Wolffs an Schieber vom 18. März 1942 (Ba NS 19/neu 755).
22 Handschreiben Gottlob Bergers an Himmler vom 22. April 1942 (Ba NS 19/neu 755).
23 Brief Brandts an Berger vom 28. April 1942 und Benachrichtigung des Chefs des SS-Personalhauptamtes, SS-Obergruppenführer Schmidt vom 4. Mai 1942 (Ba NS 19/neu 755).
24 Brief des Chefs des SS-Personalamtes an das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt vom 23. Juni 1942 (Ba NS 19/neu 755).
25 Aktenvermerk Schiebers vom 17. März 1942 (Ba NS 19/neu 755).
26 Brief Pohls an Himmler vom 11. Juli 1942 (Ba NS 19/alt 290).
27 Brief Himmlers an Sauckel vom 17. Juli 1942 (Ba NS 19/alt 290).
28 Brief Himmlers an Pohl vom 7. Juli 1942 (Ba NS 19/alt 290).
29 Himmlers Vortragsnotiz beim Führer vom 11. Mai 1942, 19.30 Uhr (Ba NS 19/neu 1447).
30 Telefongespräche Himmlers vom 13. Mai 1942 (Ba NS 19/neu 1440).
31 Führerprotokoll vom 6. bis 8. Juli 1944, Punkt 21 (Ba R 3/1510).
32 Rede Speers in Posen vor Reichs- und Gauleitern am 3. August 1944 (Ba R 3/1553).
33 Telefongespräche des Reichsführers SS am 9. 9. 1942: 15[10] Reichsmin(ister) Speer, Wehrwolf (Hauptquartier Hitlers): «Grosse Rüstungsaufträge. Besprechung mit Pohl.» (Ba NS 19/neu 1440).
34 Bericht Pohls an Himmler vom 16. September 1942 (Ba NS 19/neu)[1] stellt die Antwort auf das «Fernschreiben Hegewald Nr. 93515 vom 9. September 1942, persönliches Schreiben RFSS vom 9. September 1942 und persönlicher Brief RFSS vom 9. September 1942» dar.
35 Chronik vom 15. September 1942 (Ba R 3/1735).
36 Brief Pohls an Himmler vom 16. September 1942 (Ba NS 19/neu 14).
37 Brief Saurs an Pohl vom 19. September 1942 (Ba NS 19/neu 1542).

38 Nach den Statistiken des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes vom 28. Dezember 1942 (Nürnberg Dokument 1469 PS) und der Meldung Pohls an Himmler vom 30. September 1943 (Nürnberg Dokument NO-1010).
39 Laut Chronik hatte ich in diesen Tagen Besprechungen mit Hermann Röchling, dem Konzernherrn an der Saar und gleichzeitig Leiter der Reichsvereinigung Eisen, mit dem Leiter des Hauptausschusses Munition, mit dem für Panzer und mit dem für Kraftfahrzeuge.
40 BriefSpeers an Himmler vom 25. März 1943 (Ba NS 19/alt 290).
41 Chronik vom 18. September 1942, S. 72 (Ba R 3/1736).
42 Schreiben Pohls an Himmler vom 16. September 1942 (Ba NS 19/neu 14).
43 Siehe auch Wortlaut des Protokolls einer Besprechung mit Hitler vom 20. bis 22. September 1942, Punkt 39 (Ba R 3/1505).
44 Siehe Wortlaut der Besprechung mit Hitler vom 20. bis 22. September 1942, Punkt 44 (Ba R 3/1505).
45 Joseph Goebbels: Tagebücher aus den Jahren 1942/43, Zürich 1948, Eintrag vom 12. Mai 1942, S. 198.
46 Protokoll einer Besprechung Speers mit Hitler vom 20. bis 22. September 1942, Punkt 36 (Ba R 3/1505).
47 Denn, wie Kersten vermerkt, suchte sich Himmler mit den Favoriten Hitlers «gut zu stellen, mochte er sie noch so sehr ablehnen». Aus Achim Besgen: Der stille Befehl, München 1960, (Tagebuch Kerstens) S. 398.

Drohungen statt Fertigungen

1 SS-Obersturmbannführer Maurer war Leiter der Amtsgruppe D-Konzentrationslager im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt.
2 Brief Schiebers an Speer vom 7. Mai 1944 (Ba R 3/1631).
3 ibid.
4 Diese Ausführungen stützen sich auf Aufzeichnungen, die ich in den ersten Wochen der Gefangenschaft unter dem Titel: Politische Zusammenhänge, Kransberg, Juli 1945, für die amerikanische Militärbehörde anfertigte.
5 Aus Achim Besgen: Der stille Befehl, München 1960, (Tagebuch Kerstens), S. 72.
6 Brief Himmlers an Speer vom 5. März 1943 (Ba NS 19/alt 290).
7 BriefSpeers an Himmler vom 25. März 1943 (Ba NS 19/alt 290).
8 Brief Himmlers an Speer vom 24. April 1943 (Ba NS 19/alt 290).
9 Der Protest Sauckels ist aus dem Fernschreiben Himmlers an Sauckel vom 2. April 1943 zu entnehmen (Ba NS 19/alt 284).
10 Fernschreiben Himmlers an Pister und Sauckel vom 14. April 1943 (Ba NS 19/alt 284).
11 Aus Eugen Kogon: Der SS-Staat, Frankfurt/M. 1946, S. 276.
12 Protokoll einer Besprechung Speers mit Hitler vom 6. März 1943 (Ba R 3/1507).

13 Fernschreiben Pisters an Dr. Brandt, Kommandostelle RF-SS vom 14. Juli 1943 (Ba NS 19/alt 290).
14 Fernschreiben Pisters an Brandt vom 17. Juli 1943 (Ba NS 19/alt 290).
15 Zwei Fernschreiben Pisters an Persönlichen Stab Reichsführer-SS zu Händen Dr. Brandt, vom 16. August 1943 (Ba NS 19/alt 290).
16 Entwurf eines Fernschreibens von Himmler an Speer vom 17. August 1943, zur Stellungnahme gesandt an Pohl und mit handschriftlichem Vermerk versehen: »Fernschreiben ist nicht abgeschickt worden.« (Ba 19/alt 290).
17 Fernschreiben Himmlers an Pohl vom 17. August 1943 (Ba NS 19/alt 290).
18 Eugen Kogon: Der SS-Staat, S. 327.
19 Näheres S. 377 f. meiner Erinnerungen, Berlin 1969. Siehe auch Führerprotokoll vom 19. bis 22. August 1943, Punkt 24 (Ba R 3/1508).
20 Aus dem Bericht der mir unterstehenden Rüstungsinspektion IX, Kassel (Ba RW 20/9/19). Die gemeldeten Zahlen weichen von den durch Kogon auf S. 279 seines Buches erwähnten SS-Zahlen ab: Verluste der SS 80 Mann tot, 65 vermißt, 238 verletzt. Häftlinge 384 tot, 1462 schwer und leicht verletzt. Wer machte eine Falschmeldung?
21 Protokoll einer Besprechung mit Hitler am 12. Oktober 1944, Punkt 9 (Ba R 3/1510).
22 Ab November 1944 unter der Bezeichnung K 43 geführt.
23 Brief Pohls an Schieber vom 26. Februar 1944 (Ba NS 19/alt 278).
24 Brief Pohls an Himmler vom 28. Februar 1944 (Ba NS 19/alt 278).
25 Himmler an Pohl am 7. März 1944 (Ba NS 19/alt 278).
26 Vermerk Brandts an Suchanek vom 7. März 1944 (Ba NS 19/alt 278).
27 Fernschreiben Brandts an Behr vom 16. März 1944 (Ba NS 19/alt 278).
28 Brief Pohls an Himmler vom 17. März 1944 (Ba NS 19/alt 278).
29 Fernschreiben Himmlers an Schieber vom 21. März 1944 (Ba NS 19/alt 278).
30 Fernschreiben Schiebers an Himmler vom 23. März 1944 (Ba NS 19/alt 278).
31 Brief Pohls an Brandt vom 18. Juli 1944 (Ba NS 19/alt 278).
32 Ausstoß-Übersicht des Technischen Amtes (Ba R 3/1729).
33 Himmler-Notizen, Vortrag beim Führer am 17. April 1943 (Ba NS 19/neu 1447).
34 Bericht Pohls an Himmler vom 30. September 1943 (NO-1010).
35 Es handelt sich um einen anormal hohen Prozentsatz. Beispielsweise betrug nach einer im Februar 1944 vorgenommenen Erhebung in den hundertachtzehn größten Industriebetrieben des Gaues Niederschlesien der Durchschnitt des Krankenstandes 6,5 Prozent. Allerdings wurden auch einzelne Betriebe mit 17,8 Prozent, 18 Prozent, 21,5 Prozent und 22 Prozent Kranken festgestellt. (Krankenstand in der Industrie Niederschlesiens. Stand Februar 1944, Ba R 3/813).
36 Entwurf Pohls vom 9. Juni 1943 für einen Brief Himmlers an Speer (Ba NS 19/neu 542).

37 Rede Himmlers vor den Reichs- und Gauleitern in Posen am 6. Oktober 1943 (Ba NS 19 H R 10).
38 Brief Schiebers an Speer vom 7. Mai 1944 (Ba R 3/1631). Schieber hatte festgestellt, daß von 32000 Häftlingen 8 Millionen Arbeitsstunden geleistet werden.
39 Rede Himmlers am 21. Juni 1944 vor Generalen in Sonthofen. Abgedruckt in Heinrich Himmler: Geheimreden, Berlin 1974, S. 199.
40 Aus der Rüstungsstatistik des Technischen Amtes, Stand Januar 1945 (Ba R 3/1751).
41 Brief Pohls an Himmler vom 14. Juni 1944 (Ba NS 19/alt 281).
42 Aus Denkschrift Speers an Hitler vom 20. Juli 1944 (Ba R 3/1522).
43 Indexziffern der deutschen Rüstungsfertigung, Stand Januar 1945, Planungsamt, Hauptabteilung Planungsstatistik (BA R 3 1732).
44 Hitlers Entscheidung galt für alle Häftlinge, die für die Rüstung arbeiteten.
45 Albrecht Wacker führt in seiner Dissertation über den Karabiner K 98k, die unter dem Titel »Das System Adalbert« etwa 1982 erscheinen wird, diese Denkschrift vom November 1942 an (BA RH 11–1/53).
46 Auskunft des Verlages für Wehrwesen, Bernard & Graefe, vom 20. März 1978.
47 Nach dem Manuskript von Rolf Wagenführ: Rise and Fall of German War Economie 1938–1945, im September 1945 hrsg. von British Bombing Survey Unit, erreichte die monatliche Rüstungsproduktion Anfang 1942 einen Wert von einer Milliarde RM. Unter Berücksichtigung der in den einzelnen Monaten durch steigende Produktion erreichten Werte, kann nach dem Gesamtindex der Rüstungsfertigung, der im Schnellbericht des Planungsamtes für Februar 1942 (Ba R 3/1732) aufgeführt ist, ein Produktionswert errechnet werden:

Für	Oktober 1942	1540 Millionen RM
	November 1942	1650 Millionen RM
	Dezember 1942	1810 Millionen RM
	Januar 1943	1820 Millionen RM
	Februar 1943	2090 Millionen RM
	März 1943	2160 Millionen RM
	April 1943	2150 Millionen RM
	also zusammen	13220 Millionen RM

48 Nach Enno Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmen der SS, Stuttgart 1963, S. 42, 44 und 56, erzielten die in den »Deutschen Ausrüstungswerken« zusammengefaßten Rüstungswerkstätten in den Konzentrationslagern im Jahr 1943 eine Produktion von 23204032 RM. Aus dieser Zahl kann auf den Anteil der in der privaten Rüstung beschäftigten Häftlinge geschlossen werden. Er mußte demnach etwa gleich hoch gewesen sein, wie der in den Konzentrationslagern beschäftigten Häftlinge.
49 Siehe Hans Marsalek: Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, Wien 1974, S. 102.

50 6.– RM pro Tag wurden täglich für Facharbeiter entrichtet, 4.– RM für Hilfsarbeiter. Zwei Drittel Hilfsarbeiter angenommen ergibt einen Durchschnittssatz von 4,7 RM/Tag. Die Vergütungssätze sind entnommen aus den undatierten Ausführungen eines Unbekannten (Ba NS 19/neu 2302). Diese Sätze entsprechen den bei Kogon: SS-Staat, S. 273 genannten.
51 Aus dem Briefentwurf Pohls vom 9. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 1542).

Phantasie und Wirklichkeit, Produktion und Todesraten

1 Dem könnte entgegengehalten werden, daß Goebbels am 14. September 1942 in einem Gespräch mit Dr. Georg Thierack äußerte: »Die Juden und die Zigeuner sollen bedingungslos ausgelöscht werden.« Für Polen und Tschechen, wie auch für Deutsche, die zu langen Gefängnisstrafen verurteilt seien, sei »die Idee das Beste, sie durch Arbeit zu vernichten« (PS 682 vol. III, rot, S. 496. Siehe auch vol. V, blau, S. 442, vol. VI, blau, S. 379, vol. XVIII, blau, S. 486, vol. XIX, blau, S. 497, 55.) Vier Tage später traf sich Thierack in Gegenwart von Streckenbach mit Himmler, um wörtlich festzulegen, daß »durch Arbeit zerstört wird«. (PS 654 vol. III, grün, S. 504, vol. III, rot, S. 468, vol. XXVI, blau, S. 201.)
Es gibt auch hier, wie so oft, zwei Wahrheiten. Ich persönlich nehme an, daß es den ehrgeizigen Wirtschaftsplänen Himmlers entsprach, die Häftlinge für seine Zwecke sicherzustellen, daß er aber seinen Ruf als ein unerbittlicher Verfolger aller Staatsfeinde gerade beim Justizminister Thierack nicht gefährden wollte.
2 Brief Himmlers an Pohl vom 23. März 1942 (Ba NS 19/neu 2065).
3 Befehl Pohls vom 30. April 1942 (Ba NS 19/neu 1542).
4 Brief Himmlers an Pohl vom 15. Dezember 1942 (Ba NS 19/neu 1542).
5 Erlaß Pohls vom 26. Oktober 1943 aus »Nationalzeitung« vom November 1977.
6 Aus Hans Marsalek: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, S. 43. Das Gleiche berichtet Hermann Langbein in seinem Buch: Menschen in Auschwitz, Wien 1972, S. 43, 160, 350, 351. Außerdem Eugen Kogon in: Der SS-Staat, S. 116, 119, 128, 300, 301.
7 Rundschreiben des Amtschefs V, Arthur Nebe, an alle Dienststellen der Reichskriminalpolizei vom 4. Juli 1944 (Ba R 58/240).
8 Aus Kogon: Der SS-Staat, S. 358f. Aus dem Buch von Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf, Gütersloh 1967, S. 354f. ist zu entnehmen, daß Pohls Unterführer dem Eindringen der Nachforscher heftigen Widerstand entgegensetzte.
9 Aus Rede Himmlers vor den SS-Gruppenführern in Posen am 4. Oktober 1944 (Nürnberger Dokument 1918 PS).
10 Aus Goebbels Tagebücher 1945, Eintrag vom 28. März 1945, S. 433, Hamburg 1977.

11 Aus Befehl des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes vom 28. Dezember 1942 über »Ärztliche Tätigkeit in den Konzentrationslagern«, Aktenzeichen 14 h (KL) 12.42.Lg/Wy (Nürnberger Dokument 1469 PS).
12 Dieser Erlaß Himmlers selbst ist nicht auffindbar. Der Text geht aus dem Befehl des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes vom 28. Dezember 1942 über die »Ärztliche Tätigkeit in den Konzentrationslagern« hervor (Nürnberger Dokument 1469 PS).
13 Befehl des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptsamtes vom 28. Dezember 1942. Betreffend »Ärztliche Tätigkeit in den Konzentrationslagern«, gezeichnet von einem SS-Brigadeführer, Name unleserlich (Nürnberger Dokument 1469 PS).
14 Dem Standortarzt Auschwitz unterstanden die verschiedenen Lagerärzte.
15 Bericht Pohls an Himmler vom 30. September 1943 über Todesfälle in Konzentrationslagern (Nürnberger Dokument NO-1010).
16 Die Chronik des Rüstungsministeriums (Ba R 3/1737) berichtet lediglich, daß ich am 30. März 1943 die »Reichswerke Hermann Göring« in Linz besichtigte. Wahrscheinlich fand am gleichen Tag der Besuch in Mauthausen statt.
17 Diese Ausführungen folgen meiner Zeugenaussage vom 19. Juni 1946 in eigener Sache vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg, abgedruckt in Adelbert Reif: Albert Speer, München 1978, S. 38. Indirekt bestätigte Pohl, der Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, daß ich bis dahin keine anderen Konzentrationslager besichtigt hatte, als er am 9. Juni 1943 bedauerte, »daß Sie sich Ihre Ansicht über unseren Häftlingseinsatz während eines Ganges durch *eines* (im Text unterstrichen) von den 16 Konzentrationslagern gebildet haben«. Nicht abgesandter Entwurf Pohls vom 9. Juni 1943 zu einer Antwort Himmlers an Speer auf dessen Brief an Himmler vom 5. April 1943 (Ba NS 19/neu 1542).
18 Zeugenaussage Blahas vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg vom 14. Januar 1946.
19 H. Marsalek: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, S. 186.
20 Eugen Kogon: Der SS-Staat, S. 137, 287.
21 Edmund Richard Stantke: Mordhausen, Bericht eines Augenzeugen über Mauthausen, Neubau-Verlag Adolf Gross, München (etwa 1947), S. 20f.
22 Aus Höß: Kommandant in Auschwitz, Stuttgart 1958, S. 174.
23 Brief Speers an Himmler vom 5. April 1943 (Ba NS 19/neu 1542). Pohl bemerkte in seinem Brief an Himmler vom 19. April 1943 (Ba NS 19/neu 1542): »Nach den Diktatzeichen ist der Verfasser des Briefes der Inspektor Schwefel. Kommentar überflüssig.«
24 Diese Annahme Frieds wird auch durch einen Satz in meinem Brief an Himmler vom 10. Juni 1943 (BA NS 19/neu 1542) widerlegt. Denn ich erkenne ausdrücklich an, daß »im allgemeinen« in den besichtigten Konzentrationslagern »meinen Bestrebungen, auf dem Bausektor mit den primitivsten Mitteln den größten Nutzeffekt zu erreichen, Verständnis entgegenge-

bracht« wurde. Pohl bezeichnete als Primitivbauweise in seinem Briefentwurf für ein Schreiben Himmlers an Speer vom 9. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 1542) »insbesondere die Verhältnisse der Be- und Entwässerung des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Auschwitz, das im Sommer 1941 erbaut wurde«.

25 »Die Regelung der Bauwirtschaft. Herausgegeben vom Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft. Ausgabe März 1943.« S. 12, 14f. Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft war ein Organ meines Ministeriums. (BA RD 77/3).

26 Brief Pohls an Himmler vom 19. April 1943 (Ba NS 19/neu 1542).

27 Das Datum der Besichtigungsreise läßt sich ungefähr feststellen. Am 14. Mai will Himmler, wie er schreibt, »das Ergebnis der Rundreise des SS-Brigadeführers Dr. Kammlers mit den Beauftragten des Ministers Speer« noch abwarten. Am 30. Mai wurden als Folge dieser Inspektion zusätzliche Eisenmengen zugeteilt.
In den Akten des Rüstungsministeriums ist kein Vermerk über das Ergebnis dieser Besichtigungsreise vorhanden. Auch aus der Chronik des Ministeriums ist nicht zu entnehmen, daß bei mir eine Besprechung über diese Angelegenheit stattgefunden hat.

28 Die bisherigen Zuweisungen betrugen pro Monat 335 Tonnen.

29 Brief Speers an Himmler vom 30. Mai 1943 (Ba NS 19/neu 994).

30 ibid.

31 Briefentwurf Pohls vom 9. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 1542).

32 Brief Himmlers an Speer vom 15. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 994).

33 Brief Pohls an Himmler – An den Persönlichen Stab Himmlers – vom 30. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 1542).

34 Die monatliche Kontingentzuteilung an Eisen für Zwecke der SS und Polizei liegt für das dritte Quartal 1943 nicht vor. Aber die Zuteilung wurde immer in derselben Höhe vergeben, die SS und Polizei erhielt im ersten Quartal und im zweiten Quartal 1944 je 6400 Tonnen im Monat zugewiesen. Die Kontingentzuweisungen sind aus Ba R3/1983 zu entnehmen.

35 Geheimer statistischer Schnellbericht zur Kriegsproduktion (Ba R 3/1730).

36 Brief Görings an Speer vom 2. Mai 1944, kürzlich auf einer Versteigerung in Amerika aufgetaucht.

37 Brief Pohls an Himmler vom 30. September 1943 mit beigelegter Tabelle über die Sterblichkeit in diesen Konzentrationslagern (Ba NS 19/neu 1542).

38 Brief Pohls an Himmler vom 30. September 1943 und Brief Himmlers an Pohl vom 8. Oktober 1943 (Ba NS 19/neu 1542).

39 Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz, Wien 1972, S. 74f. Der Autor führt diese verringerten Todeszahlen auf die Bemühungen des neuen Kommandanten aller Auschwitzer Lager, Liebehenschel, zurück, der jedoch erst am 11. November 1943 den vorherigen Kommandanten Höß ablöste.

40 Entwurf Pohls zu einem Brief Himmlers an Speer vom 9. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 1542).

41 Aus Geheimbericht Pohls an Himmler vom 16. September 1942 (Ba NS 19/ neu 14). John H.E. Fried, ein ehemaliger Mitarbeiter der Nürnberger Anklage, behauptete in der «New York Times» vom 4. Oktober 1970, dass ich dieser Forderung Himmlers zugestimmt hätte. Es handelt sich jedoch um eine nicht genehmigte Forderung. Wenn ich nochmal das Vierfache der Bausumme zusätzlich freigegeben hätte, hätte Pohl zweifellos nicht verfehlt, seinem Chef meine Zustimmung sofort mitzuteilen. In den Akten fehlt ein solcher Hinweis.

42 Beilage zu Brief Speers an Himmler vom 5. April 1943 (Ba NS 19/neu 1542).
In meiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter für die Bauwirtschaft wurden sämtliche Bauten in Deutschland durch Freigabe reglementiert, natürlich nicht durch mich, sondern nach generellen von mir gegebenen Richtlinien durch die dafür eingesetzten Sachbearbeiter.

43 Nach Martin Broszat: «Konzentrationslager» in: Anatomie der SS, S. 118, sollten 600 Baracken mit 200‘000 Häftlingen belegt werden. Demnach also pro Baracke 333 Menschen. Bruno Bettelheim berichtet in seinem Buch: The informed Heart, Glencoe/Illinois 1943, S. 117, für 1938, dass die Baracken, in denen er schlief, jeweils mit 200 bis 300 Gefangenen belegt waren. Später jedoch wurde diese Zahl auf 400 erhöht, wie aus einem Schreiben Pohls an Himmler vom 16. September 1942 hervorgeht (Ba NS 19/neu 14). Nach dem gleichen Bericht Pohls konnten für 13,7 Millionen RM rund 300 Baracken einschliesslich der erforderlichen Nebenanlagen erstellt werden. Der Bau einer Baracke mit der Aufschliessung des Geländes kann daher mit 45‘600 RM veranschlagt werden.

44 Brief Speers an Himmler vom 5. April 1943 (Ba NS 19/neu 1542).

45 Brief Speers an Himmler vom 16. April 1943 (Ba NS 19/neu 1542). Wie misslich sich die Lage in der Holzindustrie entwickelte, geht aus einer Ausarbeitung Prof. Rolf Wagenführs: Rise and Fall of German War economy, BBSU London 1945, S. 13, hervor. Die Nettoproduktion der Holzindustrie betrug 1940 1‘050‘000‘000 RM, um 1941 auf 1‘124‘000‘000 RM zu steigen, aber 1942 auf 1‘100‘000‘000 RM abzufallen. Im Einzelnen illustriert ein Bericht der Rüstungskommission Warthegau vom 30. Oktober 1943 (RW 20-21/7) diese Lage. Nach ihm seien «die Holzläger bei Sägewerken und im Grosshandel leer. Die Belieferung der Rüstungsbetriebe mit einer Gesamtforderung von 40‘000 cbm für die nächsten drei Monate seien nur zu etwa 25% gesichert». Auch in Kärnten sank die Produktion einer Firma, die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges pro Monat 30 bis 50 Baracken erzeugte, durch Holzmangel ab Herbst 1943 auf 15 ab. (Aus der Dissertation von Stefan Karner: Die Rüstungsindustrie in Kärnten 1938 bis 1945, Graz 1976).

46 Nürnberger Dokument No 399.

47 Ba Sammlung Schuhmacher/329.

48 Hans Marsalek, in: Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, S. 103, eine Originalliste, die mit 643 290 Häftlingen abschliesst.

49 Eugen Kogon: Der SS-Staat, S. 191 f.
50 Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz, S. 73f.
51 Simon Wiesenthal: Die Sonnenblume, Hamburg 1970, S. 66.
52 Bericht Pohls vom 30. September 1943 (Nürnberger Dokument NO-1010).
53 Aus Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf, S. 402.
54 Rudolf Höß: Kommandant in Auschwitz, S. 175.
55 Brief von Kranefuss an Brandt vom 21. Januar 1944 (Ba NS 19/neu 1677).
56 Brief Schiebers an Speer vom 7. Mai 1944 (Ba R 3/1631).
57 Führerprotokoll vom 3. bis 5. Juli 1944, Punkt 22 (Ba R 3/1510).
58 Es wäre Sache des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz gewesen, also Sache Sauckels, in dieser Angelegenheit vorstellig zu werden. Er allein hätte mit seinen Arbeitsämtern die Durchführung beaufsichtigen können.
59 Über Mr. Belson, einen englischen Wärter im Spandauer Gefängnis, erfuhr ich 1950, ein Herr Siebenhaar habe davon Kenntnis, daß von mir etwa vierzig Arbeiter aus dem Konzentrationslager geholt worden seien. Es habe sich um Ausländer gehandelt. Ich hätte ihnen zur Rückkehr in ihre Heimatländer verholfen. Zahlreiche Berliner Arbeiter könnten dies bestätigen. Hier handelt es sich vielleicht um eine unmittelbare Folge meines über Hitler bei Himmler vorgenommenen Schrittes.

Muster einer Intrige

1 Dieser Bericht ist in den Archiven nicht auffindbar. Er wurde als wichtig angesehen, denn A. Meines bat SS-Obersturmführer Waringhoff vom Persönlichen Stab des Reichsführers-SS am 31. August 1942 (Ba NS 19/neu 755), ihn »dem Reichsführer-SS so in die Lesepost (zu geben), daß er ihn im Flugzeug nach hier lesen kann«.
2 Der »Persönliche Stab des Reichsführers SS« wurde zu den Hauptämtern der SS-Organisation gezählt. Das zeigt die Wichtigkeit an, die ihm zukam.
3 Eines der größten, von Schieber aufgebauten deutschen Zellwollwerke auf Holzbasis, das heute noch ein wertvoller Bestandteil der österreichischen Industrie darstellt.
4 Kaltenbrunner irrte, wenn er annahm, daß die Ernennung eines Betriebsführers der Zustimmung des Gauleiters bedurfte.
5 Brief Kaltenbrunners an Wolff vom 16. September 1942 (Ba NS 19/neu 2039). Auf die massiven Angriffe Kaltenbrunners ist in den Himmlerschen Akten keine Reaktion feststellbar.
6 Brief »Persönlicher Stab Reichsführer SS« an SS-Hauptsturmführer Fälschlein im Hause, vom 25. September 1942 (Ba NS 19/neu 2039).
7 Brief Himmlers an Ohlendorf vom 5. Oktober 1942, als Geheime Reichssache (Ba NS 19/2039).
8 Zitat bei Willi A. Boelcke: Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt 1969, S. 22.

9 In der Chronik des Ministeriums ist auf S. 62 eine Abschrift dieses Briefes an Hitler wiedergegeben (Ba R 3/1737).
10 Fernschreiben Himmlers an Schieber vom 21. September 1943 (Ba NS 19/neu 2039).
11 Sowohl von der Schweiz wie von Schweden wurden dringend benötigte Kugellager importiert.
12 Brief vom 21. Juni 1944 von Speer an Hanke (Ba R 3/1582).
13 Hermann Giessler: Ein anderer Hitler, Starnberg 1977, S. 434.
14 Weder Brief noch Niederschrift sind erhalten. Jedoch geht der Sachverhalt aus einem Brief Bormanns an Himmler vom 7. März 1944 hervor (Ba NS 19/neu 2058).
15 Brief Bormanns an Himmler vom 7. März 1944 (Ba NS 19/neu 205). Es ist für meine Ahnungslosigkeit bezeichnend, daß ich ungefähr zur selben Zeit, in der Hanke seinen Bericht an Himmler sandte, ihn bei Hitler zur Führung des neu gegründeten Jägerstabes vorschlug und daß ich Ende April 1945 Hanke in einem überschwenglichen Telegramm für seine Verdienste um die Verteidigung Breslaus feierte (Ba R 3/1582).
16 Hierzu auch Erinnerungen S. 339 und 352. Es ist bezeichnend, daß dieser heimtückische Angriff während meiner durch schwere Krankheit verursachten zehnwöchigen Abwesenheit vom Amt erfolgte. Die Intrige fügt sich nahtlos in andere Bestrebungen dieser Wochen ein, die von Himmler, Bormann, Göring und alten Mitarbeitern aus dem Stabe Dr. Todts ausgingen, mit dem Ziel, mich zu entmachten.
17 Brief Bormanns an Himmler vom 8. Mai 1944 (Ba NS 19/neu 755).
18 Brief Schiebers an Speer vom 7. Mai 1944 (Ba R 3/1631). Hier auch Speer: Erinnerungen, S. 384 und Anm. S. 573 Nr. 22, 23. Bei dem Spionagesystem, das der SD allenthalben unterhielt, ist zu vermuten, daß die SS-Führung von diesem vertraulichen Brief bald Kenntnis erhielt.
19 In den Akten ist diese Denkschrift nicht auffindbar.
20 Es handelte sich um die Zellstoff AG Alphalind.
21 Brief Speers an Gauleiter Albert Hoffmann vom 26. Mai 1944, aus dem auch die Einzelheiten über die nicht mehr auffindbare Denkschrift entnommen sind (Ba R 3/1599).
22 Brief Schiebers an Himmler vom 6. Juli 1944 (Ba R 3/1631).
23 Brief Speers an Kaltenbrunner vom 21. Juli 1944 (Ba R 3/1585).
24 Aktenvermerk 3 D 4–6 Kr./Ka vom 27. Juli 1944 mit dem Vermerk »Mappe Speer« vom Reichssicherheitshauptamt (Ba R 3/1631).
25 Fernschreiben Speers an Himmler vom 3. Oktober 1944 (Ba NS 19/neu 2058). Der Inhalt des Berichtes Kaltenbrunners ist aus diesem Schreiben an Himmler entnommen.
26 Aktenvermerk Liebels für mich vom 12. Oktober 1944 (Ba R 3/1631), aus dem zu entnehmen ist, daß Hitler »nach Vortrag von Reichsleiter Bormann in diesem Sinne entschieden habe.«
27 Brief Speers an Bormann vom 29. Oktober 1944 (Ba R 3/1573).

28 Brief Speers an Himmler vom 26. Oktober 1944 (Ba NS 19/neu 2058). Zweifellos sind beide Briefe am gleichen Tag diktiert. Aber der Brief an Himmler verließ bereits am 26. Oktober und der an Bormann am 29. Oktober das Ministerium.
29 Aus dem Fernschreiben von SS-Obergruppenführer Berger, Chef des SS-Hauptamtes in Berlin, an Himmler vom 31. Oktober 1944, 21 Uhr (Ba NS 19/2058). Der Text des Fernschreibens, der meine Besprechung mit Schieber wiedergibt, zeigt einige Unklarheiten. Ich mußte mich bei der Weitergabe an Schieber mit der Begründung begnügen, die Bormann gegeben hatte. Meine weitergehenden Kenntnisse fielen unter die strengen Gesetze der Geheimhaltung.
30 Handschriftlicher Brief Schiebers an Speer vom 31. Oktober 1944 (Ba R 3/1631).
31 Hettlage, von SS-Kreisen oft angegriffen, blieb weiter in seinem Amt, dafür mußte General Waeger gehen.
32 Aus dem Fernschreiben Bergers an Himmler vom 31. Oktober 1944 entnommen (Ba NS 19/neu 2058).
33 Fernschreiben Himmlers an Berger vom 1. November 1944 (Ba NS 19/neu 2058).
34 Vertraulicher Bericht der Pressestelle, gezeichnet Lorch, vom 8. Dezember 1944 an Ohlendorf (Ba R 7/2014).
35 Erlaß Speers vom 12. November 1944 über »Veränderung im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion« (Ba R 43 II/1157 a).
36 Aus meinem Brief an Jüttner vom 10. August 1944 (Ba R 3/1584) geht hervor, daß ich mich gegen SS-General Jüttner verteidigen mußte, weil ein Erlaß über die »Konzentration der Rüstung und Kriegsproduktion«, den Hitler auf meinen Vorschlag am 19. Juni 1944 unterzeichnete, erst am 22. Juli veröffentlicht wurde. Der Verdacht entstand, daß General Waeger vom geplanten Attentat des 20. Juli wußte und daher die Veröffentlichung für nicht notwendig hielt.
37 Brief Himmlers an Speer vom 8. November 1944 (Ba NS 19/neu 2058).
38 Brief Speers an Himmler vom 10. November 1944 (Ba NS 19/neu 2058).
39 Brief Speers an Schieber vom 10. November 1944 (Ba NS 19/neu 2058).
40 Brief Speers an Himmler vom 24. November 1944 (Ba NS 19/neu 2058).
41 Dr. chem. Walter Schieber war es in einer langjährigen Entwicklung gelungen, aus Kartoffelkraut Zellwolle herzustellen. Eine Neuerung, die ihm trotz ihres geringen Wärmewertes die Achtung Hitlers eingetragen hatte.
42 Führerprotokoll vom 28. November 1944, Punkt 20 (Ba R 3/1511).
43 Handschriftliche Notizen auf Briefen Speers an Himmler vom 10. und 24. November 1944 (Ba NS 19/neu 2058).
44 Brief Standartenführers Brandt an Brigadeführer Kranefuss vom 22. Dezember 1944 (Ba NS 19/neu 2058).

1 Vermerk des Persönlichen Referenten Straube vom 7. Juli 1944 (Ba NS 19/ neu 1704).
2 Siehe Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf, S. 379, Korrespondenz zwischen Himmler und Reeder vom 16. Februar 1943 (RFSS Filmrolle 56).
3 Brief Fritz Kranefuss von Karl Wolff vom 24. Juli 1942 (Ba NS 19/neu 2220).
4 Es war damals üblich, Industrieführer in mein Ministerium zu berufen. Sie arbeiteten ohne Gehalt, behielten aber ihre namhaften Bezüge aus ihrer industriellen Stellung bei.
5 Brief vom 21. Juni 1942 des SS-Oberführers Fritz Kranefuss an SS-Obergruppenführer Karl Wolff, nebst Beilagen vom 2. Juni 1942 (Ba NS 19/neu 2220).
6 Brief Kranefuss an Wolff vom 24. Juli 1942 (Ba NS 19/neu 2220).
7 Aus den Beilagen eines Briefes, den Kranefuss am 21. Juni 1942 an Obergruppenführer Wolff richtete. Die Beilagen sind vom 2. Juni 1942 datiert (Ba NS 19/neu 2220).
8 Brief Kranefuss an Wolff vom 18. September 1942 (Ba NS 19/neu 2220).
9 Brief Ohlendorfs an Himmler vom 26. August 1942 (Ba NS 19/neu 2039).
10 Aus der Vernehmung Ohlendorfs in eigener Sache durch seinen Anwalt Dr. Aschenauer vom 6. Oktober 1947 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof Ila Fall IX (Ba Allg. Proz. 1, XXVII A/5, 6).
11 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 223-225.
12 Brief Himmlers an Ohlendorf vom 5. Oktober 1942 (Ba NS 19/neu 2039).
13 Brief Ohlendorfs an Himmler vom 16. Oktober 1942 (Ba NS 19/neu 2039).
14 In dem von H. A. Turner herausgegebenen Bericht: Hitler aus nächster Nähe (Berlin 1978, S. 390), berichtet der Vertraute und Wirtschaftsberater Hitlers, Otto Wagener, dass Funk im Jahre 1932, obwohl bereits Wirtschaftsbeauftragter Hitlers, sich entgegen allen Doktrinen von Rassebewusstsein eines Nachts in einer Münchner Bar mit zwei Negerinnen einliess, eine davon in die Arme nahm, um sie abzuküssen.
15 Indexziffern der deutschen Rüstungsendfertigung (Ba R 3/1732).
16 Der preisliche Anteil der Munitionsfertigung an der Gesamtrüstung der drei Wehrmachtsteile betrug in diesem Zeitraum 29 Prozent. Daher wirkte sich dessen Verdoppelung am Gesamtindex der Rüstung stark aus.
17 Gespräch Himmlers vom 21. Oktober 1942 mit «SS-Brigadeführer Ohlendorf, Berlin. Verbot, Stelle im Reichswirtschaftsministerium anzunehmen».
18 Aktenvermerk Himmlers vom 21. Oktober 1942 (Ba NS 19/neu 2039).
19 Aktenvermerk Himmlers vom 21. Oktober 1942 (Ba NS 19/neu 2039).
20 ibid.
21 Notiz Himmlers vom 21. Oktober 1942 über ein Telefongespräch mit Wolff (Ba NS 19/neu 1439).

22 Brief Kranefuss' an Himmler vom 30. Oktober 1942 (Ba NS 19/neu 2220).
23 Kalenderblatt Himmlers vom 25./26. März 1943 (Ba NS 19/neu 1444).
24 Führerprotokoll vom 7./8. November 1942, Punkt 33 (Ba R 3/1506).
25 Über diese Intrigen im einzelnen Albert Speer: Erinnerungen, S. 287 f.
26 Kalendereintrag Himmlers vom 20. August 1943: »16.00 bis 16.30 Uhr Reichsminister Funk, 16.30 bis 17.00 Uhr Staatssekretär Landfried.« (Ba NS 19/neu 1444).
27 Kalendereintrag Himmlers vom 21. August 1943: »20.00 Uhr Essen mit Lammers und Funk.« (Ba NS 19/neu 1444).
28 Zufolge der Chronik vom 19. September 1943 war Hayler bereits Staatssekretär (Ba R 3/1740).
29 Speer: Erinnerungen, S. 237 f.
30 ibid, S. 287 f.
31 Personelle Angaben entnommen aus »Vorschlag zur Ernennung des Leiters der Reichsgruppe Handel zum Staatssekretär«, ohne Datum (Ba 43 II/1141 b).
32 Personelle Angaben entnommen aus »Vorschlag zur Ernennung des Generalmajors der Polizei Otto Ohlendorf zum Ministerialdirektor mit der Amtsbezeichnung Unterstaatssekretär«, ohne Datum (Ba R 43 II/1141 b).
Funk konnte sich, trotz einer Befürwortung Himmlers, bei Lammers nicht mit seinem Wunsch durchsetzen, Ohlendorf die Amtsbezeichnung »Unterstaatssekretär« zuzubilligen. Brief Funks an Lammers vom 15. Januar 1944 und Aktenvermerk Lammers vom 25. Januar 1944 (Ba R 43 II/1141 b).
33 Chronik vom 19. September 1944, S. 257 (Ba R 3/1740).
34 Vertraulicher Bericht vom 8. Dezember 1944 des Pressereferenten Lorch im Reichswirtschaftsministerium an Ohlendorf (Ba R 7/2014).
35 Hayler machte, wie mir Dr. jur. Theo Hupfauer am 10. März 1977 mitteilte, Ohlendorfs Konzeption nicht unbedingt zu der seinen. Das entspricht meinem Eindruck, daß nicht Hayler, sondern Ohlendorf als treibende Kraft anzusehen war.
36 Brief des Chefs des Zentralamtes Liebel an Staatssekretär Dr. Hayler vom 11. September 1944 (Ba R 3/1582).
37 Diese Pläne gehen teilweise aus meinen Aufzeichnungen in Kransberg vom Juli 1945 hervor, die unter »Politische Zusammenhänge«, A 9, Blatt 3 und 4 abgelegt sind.
38 S. 518 der Sitzung des Militärgerichtshofs Nr. II-A Fall IX, vom 8. Oktober 1947. Vernehmung Otto Ohlendorfs durch seinen Verteidiger Dr. Aschenauer (Ba Allg. Proz. 1, XXVII A/5, 6).
39 Fotokopie dieser Aktennotiz wurde mir freundlicherweise von David Irving überlassen.

1 H. A. Turner (Hrsg.): Hitler aus nächster Nähe, S. 267 f.
2 Diese Gauwirtschaftsberater waren Martin Bormann unmittelbar unterstellt, der damit sein persönliches Interesse an einer Beeinflussung wirtschaftlicher Fragen dokumentierte.
3 Aus der Rede Ohlendorfs vom 15. Juni 1944 vor den Gauwirtschaftsberatern der NSDAP in der Parteikanzlei (Ba R 7/2017).
4 Rede Speers vor den Rüstungsindustriellen in Essen, am 9. Juni 1944 (Ba R 3/1550).
5 Aus der Rede Ohlendorfs vom 15. Juni 1944 vor den Gauwirtschaftsberatern der NSDAP in der Parteikanzlei (Ba R 7/2017).
6 Aufsatz Ohlendorfs: Wirtschaftspolitische Bilanz vom 28. Dezember 1944 (Ba R 7/2018).
7 Aus den von Ohlendorf zusammengestellten Unterlagen für die Rede des Staatssekretärs Hayler in Feldafing, Ende Januar 1945 (Ba R 7/2006).
8 Unterstreichung aus dem Text übernommen.
9 Aus den von Ohlendorf zusammengestellten Unterlagen für die Rede des Staatssekretärs Hayler in Feldafing, Ende Januar 1945 (Ba R 7/2006). Unterstreichungen aus dem Text übernommen.
10 Aus der Rede Ohlendorfs vom 15. Juni 1944 vor den Gauwirtschaftsberatern der NSDAP in der Parteikanzlei (Ba R 7/2017).
11 Ansprache von SS-Brigadeführer Ohlendorf über »Die deutsche Sozialwirtschaft und ihre Probleme« in der Arbeitsbesprechung des Reichswirtschaftsministeriums über soziologische Fragen am 1. Dezember 1944 (Ba R 7/2024).
12 Als Parallelfall könnte Arthur Nebe, ebenfalls hoher SS-Führer genannt werden. Aber immerhin versuchte Nebe doch durch Vervielfachung seiner Angaben über die Ermordeten Himmler und die SS-Führung zufriedenzustellen. Siehe auch Fabian von Schlabrendorf: Begegnungen in 5 Jahrzehnten, Tübingen 1979, S. 174, 180f., 220.
13 Entwurf Ohlendorfs zu einer Rede Haylers vom 22. Januar 1945 (Ba R 7/2006).
14 Zitate aus: Adolf Hitlers Monologe im Führerhauptquartier, 1941 bis 1944, Hamburg 1980. Zitat vom 21./22. November 1941 (S. 101 und 102) sowie vom 26./27. November 1941 (S. 110). Diese Bauten sind im Bildband: Albert Speer, Architektur, Berlin 1978, veröffentlicht.
15 Unterstreichung durch den Autor.
16 Aus der Rede Ohlendorfs vom 15. Juni 1944 vor den Gauwirtschaftsberatern der NSDAP in der Parteikanzlei (Ba R 7/2017). Im deutschen Sprachgebrauch dieser Zeit hatte das Wort »zivilisatorisch« einen abwertenden, dekadenten Nebensinn.
17 In den Spandauer Tagebüchern, Berlin 1975, ist dieser Eintrag nicht aufgenommen.

Zweiter Teil: Bedrohungen und Bemühungen

Unzuträglichkeiten im Protektorat

1 Das geht aus einem Brief von Generaldirektor Voss an Himmler vom 30. März 1942 hervor (Ba NS 19/neu 1935).
2 Führerprotokoll vom 16. März 1942, Punkt 4 (Ba R 3/1503).
3 Brief von Generaldirektor Voss an Himmler vom 30. März 1942 (Ba NS 19/neu 1935).
4 Himmler an SS-Standartenführer Voss vom 8. Mai 1942 (Ba NS 19/neu 1935).
5 Es handelte sich um den Voss persönlich unterstehenden Verbindungsstab bei den Skoda-Werken und den Waffenwerken Brünn zur Waffen-SS.
6 Brief Voss' an Himmler vom 11. Mai 1942 (Ba NS 19/neu 1935).
7 Brief Voss' an Himmler vom 4. Juni 1942 (Ba NS 19/neu 1935).
8 Brief Voss' an Himmler vom 10. Juli 1942 (Ba NS 19/neu 1935).
9 Führerprotokoll vom 6./7. Mai 1942, Punkt 40 (Ba R 3/1504).
10 Führerprotokoll vom 13. Mai 1942, Punkt 31 (Ba R 3/1504).
11 Führerprotokoll vom 4. bis 9. September 1942, Punkt 18 (Ba R 3/1505).
12 Führerprotokoll vom 18. Januar 1943, Punkt 21 (Ba R 3/1507).
13 Führerprotokoll vom 6./7. Februar 1943, Punkt 7 (Ba R 3/1507).
14 Führerprotokoll vom 8. Juli 1943, Punkt 4 (Ba R 3/1508).
15 Brief Speers an Jüttner vom 12. April 1943 (Ba NS 19/alt 338).
16 Führerprotokoll vom 13. bis 15. November 1943, Punkt 8 (Ba R 3/1508).
17 Führerprotokoll vom 22. bis 25. Mai 1944, Punkt 11 (Ba R 3/1509). Der 38 t wurde, dem damaligen Sprachgebrauch entsprechend, öfter entweder als »Sturmgeschütz« oder »Jagdpanzer« eingestuft, da er ohne Drehturm mit fest eingebauter Kanone gefertigt wurde.
18 Produktionszahlen aus: Rüstungsstatistik (Ba R 3/1731).
19 Allerdings ohne Erfolg. Dies dürfte Gegenstand meines projektierten Buches über die Rüstung sein.
20 Führerprotokoll vom 6./7. April 1944, Punkt 13 (Ba R 3/1509). Vergleiche auch Führerprotokoll vom 25. bis 28. Januar 1944, Punkt 5 (Ba R 3/1509).
21 Führerprotokoll vom 1. bis 4. November 1944, Punkt 31 (Ba R 3/1510).
22 ibid, Punkt 35 (Ba R 3/1510).
23 Brief Voss' an Himmler vom 30. März 1942 (Ba NS 19/neu 1935).
24 Speer: Erinnerungen, S. 486 und 488.
25 In Frankreich und Belgien ergaben sich durch die Militärverwaltungen keine Schwierigkeiten. Sie arbeiteten mit meiner Dienststelle ebenso reibungslos zusammen wie dies mit dem Chef Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Fromm oder mit dem Generalstab des Heeres geschah.

26 Chronik vom 8. Oktober 1943 (Ba R 3/1738).
27 Brief Speers an Frank vom 2. März 1944 (Ba R 3/1578).
28 Entwurf eines Erlasses als Beilage zum Brief an Frank vom 2. März 1944 (Ba R 3/1578).
29 Brief Kammlers an Dr. Brandt, Persönlicher Stab Reichsführer-SS vom 13. Juni 1944 (Ba NS 19/neu 317).
30 Brief Speers an Lammers vom 19. Juni 1944 (Ba R 3/1768).
31 Brief Speers an Lammers vom 15. August 1944 (Ba R 43 II 610).
32 Aussage Ohlendorfs am 8. Oktober 1946 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof. II Fall IX, S. 499 (Ba Allg. Prozess, 1, XXVII A 5, 6).
33 Schreiben des Sicherheitsdienstes der SS, SD-Leitabschnitt Prag, an das Reichssicherheitshauptamt III D, z.Hd. SS-Standartenführer Seibert. Mit Doppel für II D-Ost. Von Anfang Juni 1944 (R 58/1003).
34 Brief des Chefs des Technischen Amtes Otto Saur an SS-Obergruppenführer Frank in Prag, vom 28. August 1944 (Ba R 3/1578). Natürlich waren die von der Zentrale an die Betriebe aufgegebenen Programme auf äusserste Anstrengungen ausgelegt. Nur durch diese Politik der übertriebenen Forderung konnten letzte Reserven freigemacht werden. Dazu schrieb Saur im gleichen Brief an Frank: «Aus erzieherischen Gründen wird es bei sämtlichen Panzerwerken so gehandhabt, dass das gesteckte Ziel unbedingt eingehalten wird, auch wenn die Fahrzeuge im Letzten nicht ganz fertig sind und nicht abgenommen werden sollten. Wenn ein Rückstand anerkannt würde, fehlt der Druck, um die rückständigen Fahrzeuge schnellstens nachzuliefern.»
35 Bericht des III D-Ost vom 6. November 1944 (Ba R 58/1003).
36 Brief Speers an Frank vom 7. Juni 1944 (Ba R 3/1578).
37 Bericht des III D-Ost vom 6. November 1944 (Ba R 58/1003).
38 ibid.
39 Bericht des Referenten III D-Ost des Sicherheitsdienstes vom 6. November 1944 über eine Reise im Protektorat (Ba R 58/1003).
40 ibid.
41 ibid.
42 Führerprotokoll vom 1. bis 4. November 1944, Punkt 13 (Ba R 3/1510) und BriefSpeers an Bertsch vom 11. November 1944 (Ba R 3/1572). Dr. Walter Bertsch war Berufsbeamter, seit 1936 Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, um ab 1942 als Minister für Arbeit und Wirtschaft in der Tschechoslowakei tätig zu sein. Er wurde nach dem Kriege zu lebenslänglicher Haft verurteilt und starb im Gefängnis. Voraussichtlich hätte ihm die Berufung in mein Ministerium dieses Ende erspart.
43 Da ich vom Einfluss der Industriellen getragen wurde und diese ihren Realitätssinn bewahrt hatten, war ich relativ frei von solchen Einwirkungen, wie auch aus den Erinnerungen, Kap. 28 bis 32, hervorgeht.
44 Laut mündlicher Mitteilung von Herrn Fremerey vom 3. Juli 1977.
45 BriefSpeers an Dr. Bertsch in Prag vom 6. Januar 1945 (Ba R 3/1572).

46 Siehe darüber Speer: Erinnerungen, S. 405 und Chronik vom 10. und 31. August 1944 (Ba R 3/1740).
47 Zwei Schreiben des Sicherheitsdienstes, SD-Leitabschnitt Prag vom 19. Februar 1945 an das Reichssicherheitshauptamt Berlin (Ba R 58/1033).
48 Joseph Goebbels: Tagebücher 1945, Hamburg 1977, Eintrag vom 18. März 1945, S. 294.

Rüstungsindustrielle werden verleumdet

1 Vermerk von III D-West vom 20. September 1944 (Ba R 58/976). Anscheinend war der SD-Bearbeiter nach Auflösung der SD-Stelle Litzmannstadt in diese Abteilung West versetzt worden.
2 Bericht des SD-Leitabschnittes Düsseldorf an das Reichssicherheitshauptamt Berlin, vom 11. Oktober 1944 (Ba R 58/976).
3 SD-Leitabschnitt Düsseldorf an das Reichssicherheitshauptamt III D-West, Berlin, vom 23. November 1944 (Ba R 58/976).
4 Bericht des SD-Leitabschnitts Düsseldorf an das Reichssicherheitshauptamt Berlin, vom 11. Oktober 1944 (Ba 58/976).
5 Bericht über eine «Dienstfahrt des Referenten III D-Ost ins Protektorat vom 24. bis 31. Oktober 1944», vom 6. November 1944 (Ba R 58/1003).
6 Persönlicher Brief Martin Bormanns an den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner, vom 4. April 1945 (Ba R 58/976).
7 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 489.
8 Denkschrift Ohlendorfs an den leitenden Minister der Geschäftsführenden Reichsregierung, Graf Schwerin von Krosigk, Flensburg (undatiert, aber zwischen 6. und 22. Mai 1945 zu datieren) (Ba R 62/7).
9 Andererseits waren schwere Strafen für den Fall angedroht, dass Mitarbeiter das von mir aufgestellte System des Vertrauens missbrauchten. Beispielsweise wenn sie durch falsche Angaben wichtige Rohstoffe horteten und der Front dadurch Waffen vorenthielten.
10 Chronik des Ministeriums vom 26. Mai 1944 (Ba R 3/1739).
11 Fernschreiben Speers an Kaltenbrunner vom 28. Juni 1944 (Ba R 3/1585).
12 Joseph Goebbels: Tagebücher 1945, Eintrag vom 28. März, S. 416, und 31. März 1945, S. 466.
13 Unter Ne. Metallen verstand man Mangelmetalle wie Chrom, Molybden, Nickel usw.
14 Fernschreiben des SS-Gruppenführers Müller an Himmler vom 25. Juni 1942 (Ba NS 19/alt 415).
15 Fernschreiben des SS-Gruppenführers Müller an Himmler vom 14. Juli 1942 (Ba NS 19/alt 415).
16 Brief von Fritz Kranefuss an Dr. Rudolf Brandt vom 5. Dezember 1942. (Ba NS 19/neu 2224).

17 Brief des Reichssicherheitshauptamtes an die Adjutantur des Reichsführers-SS vom 11. Januar 1943 (Ba NS 19/neu 2224).
18 Das Tagebuch Goebbels vom 28. Februar bis 10. April 1945 gibt einen lebendigen Einblick in skurrile Möglichkeiten menschlicher Selbsttäuschung in verzweifelten Situationen.
19 Vergleiche Bericht Kaltenbrunners vom 12. Oktober 1944 an Bormann in Karl Heinrich Peter: Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat am 20. Juli 1944. Geheimdokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Stuttgart 1961.
20 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 401 und 403, sowie 575.
21 Siehe Denkschrift an Hitler vom 11. November 1944 (Ba R 3/1528) und Speer: Erinnerungen, S. 421 f.
22 Brief Speers an den Chef des Nachrichtenwesens beim Reichsführer-SS vom 29. Dezember 1944 (abgeschickt am 6. Januar 1945), einschließlich eines Vermerkes an Herrn Stahl vom 3. Januar 1945 (Ba R 3/1768).
23 Das Zitat befindet sich auf Seite 104 von Hitlers Mein Kampf. Ausgabe 1935. Weiteres über die Rolle Lüschens in den letzten Wochen des Krieges in Speer: Erinnerungen, S. 436 f., 468, 473, 479 f., 482, 487.
24 Brief Speers an Kaltenbrunner vom 4. Dezember 1944 (Ba R 3/1585). Die in diesem Brief erwähnte Denkschrift ist nicht erhalten. Ihr Inhalt ist aus dem Brief zu entnehmen.
25 Schreiben vom 27. Oktober 1944 des Chefs des SS-Hauptamtes, SS-Obergruppenführer Gottlob Berger an Himmler (Ba NS 19/alt 37).
26 Schriftliche Auskunft Otto Merkers vom 28. Juni 1973.
27 Aus Johannes Steinhoff: In letzter Stunde, München 1974, S. 118 f.

Denunziationen

1 Hierzu auch Speer: Erinnerungen, S. 339 f.
2 Brief Seebergs an das Reichssicherheitshauptamt, Leumundsauskünfte, vom 10. Dezember 1943 (Ba R 3/1628).
3 Siehe über die Entwicklung auch Speer: Erinnerungen, S. 347–355.
4 Aus der Chronik des Ministeriums vom 16. August 1944 (Ba R 3/1740).
5 Brief Speers an Pleiger vom 8. August 1944 (Ba R 3/1632).
6 Aus der Chronik des Ministeriums vom 16. August 1944 (Ba R 3/1740).
7 Brief des SS-Sturmbannführers Backhaus, Persönlicher Referent des Reichsernährungsministers Backe, an den Persönlichen Referenten Himmlers, SS-Standartenführer Brandt, vom 26. August 1944 (Ba NS 19/neu 830).
8 Brief Brandts an Backhaus vom 31. August 1944 (Ba NS 19/neu 830).
9 Vermerk Meines an Brandt vom 1. September 1944 (Ba NS 19/neu 830).
10 Brief des SS-Gruppenführers Meinberg an Himmler vom 2. November 1944 (Ba NS 19/neu 1693).

11 Brief Meinbergs an Sohl vom 19. Oktober 1944 (Ba NS 19/neu 1693).
12 Brief Sohls an Meinberg vom 25. Oktober 1944 (Ba NS 19/neu 1693).
13 Brief Himmlers an Meinberg vom 22. November 1944 (Ba NS 19/neu 1693).
14 Brief Himmlers an Speer vom 5. September 1944 (Ba NS 19/alt 294).
15 Brief des Persönlichen Referenten des SS-Hauptamtes, SS-Standartenführer Klumm, an SS-Hauptsturmführer Meine im Persönlichen Stab Reichsführer-SS vom 15. November 1944 (Ba NS 19/alt 294).
16 Denkschrift über »Führungsmängel in Luftwaffe und Luftfahrtindustrie« (ohne Datum) als Beilage zu einem Brief Himmlers an Speer vom 5. September 1944 (Ba NS 19/alt 294).
17 Vollmacht Speers für Prof. Dr. Gladenbeck, vom 5. September 1944 (Ba R 3/1583).
18 Denkschrift über »Führungsmängel in Luftwaffe und Luftfahrtministerium«, (ohne Datum) als Beilage zu einem Brief Himmlers an Speer, vom 5. September 1944 (Ba NS 19/alt 294).
19 Brief Speers an Himmler vom 16. September 1944 (Ba R 3/1583).
20 Das Diktatzeichen lautet TA, also Technisches Amt, dessen Leiter Saur war. Natürlich wußten Himmler und Kaltenbrunner, was dieses Diktatzeichen bedeutete. Die Meinung Saurs wurde zu diesem Zeitpunkt bei ihnen wohl höher bewertet als die meine.
21 Brief Speers an Himmler vom 8. Oktober 1944 (Ba NS 19/alt 294).
22 Brief des Chefs im SS-Hauptamt an Dr. Brandt vom 18. Oktober 1944 (Ba NS 19/alt 425). Nach dem Diktatzeichen wurde der Brief von SS-Standartenführer Klumm verfaßt.
23 Anlage zum Schreiben von Obersturmführer Friedrich Klumm an Chef Persönlicher Stab Reichsführer-SS vom 18. Oktober 1944 (Ba NS 19/alt 425).
24 Brief Dr. Brandts an SS-Obersturmbannführer Klumm vom 30. Oktober 1944 (Ba NS 19/alt 425).
25 Joseph Goebbels: Tagebücher 1945, Einträge vom 28. und 31. März 1945, S. 414 und 468.
26 Brief Himmlers an General der Flakwaffe von Axthelm, vom 9. September 1944 (Ba NS 19/neu 1677).
27 Aus Brief Dr. Brandts, Stabschef Himmlers, an SS-Gruppenführer Gottlob Berger, vom 30. April 1942 (aus: Reichsführer, München 1970, S. 146).
28 Brief SS-Standartenführer Klumm, an SS-Hauptsturmführer Meine im Persönlichen Stab Reichsführer-SS, vom 15. November 1944 (Ba NS 19/alt 294).
29 Ergebnisse der Besprechung des Rüstungsstabes vom 3. auf 4. Oktober 1944 (Ba R 3/1761).
30 So auch ausgeführt in Speer: Politische Zusammenhänge, Kranzberg 1945 (A VII, S. 6a/7).
31 Denkschrift Albert Speers an Hitler vom 20. September 1944 (Ba R 3/1526).

32 Siehe auch Speer: Erinnerungen, S. 405–407.
33 Brief Speers an Kaltenbrunner vom 14. Dezember 1944 (Ba R 3/1585).
34 Schaaf war viele Jahre davor und auch noch im November 1944 Direktor des Eisenacher Werkes von BMW. Er arbeitete in meinem Ministerium ehrenamtlich. Am 17. November 1944 wurde von Saur in einer Besprechung des Rüstungsstabs bestimmt, daß »Schaaf aus dem Rüstungsstab und dem Rüstungslieferungsamt ausscheidet«. Besprechung Rüstungsstab vom 17. November 1944 (Ba R 3/1761).
35 Die BMW-Werke waren maßgebend an der Fertigung von Flugmotoren beteiligt und daher in der Rüstungsindustrie von großer Wichtigkeit.
36 Der Rang eines Scharführers entsprach dem eines Unterfeldwebels.
37 Aktenvermerk vom 26. Dezember 1944 von SS-Scharführer Wolf (Ba NS 19/488).
38 Brief Speers an Hille vom 29. Dezember 1944 (Ba R 3/1583).
39 Brief Brandts an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, vom 9. Januar 1945 (Ba NS 19/488).
40 Brief Bormanns an Reichsführer-SS Himmler vom 5. Februar 1945 (Ba NS 19/alt 378).
41 Brief Himmlers an Bormann vom 15. Februar 1945 (Ba NS 19/alt 378).

Backschwaden, Geranien, Tannenwurzeln und Atombomben

1 Entspricht dem Rang eines Leutnants.
2 Bericht des SS-Untersturmführers Helmut Zborowski an SS-Gruppenführer Pohl vom 5. Februar 1942 (Ba NS 19/alt 1335).
3 Offensichtlich handelte es sich bei den Raketenbombern um serienmäßige Flugzeuge, die mit den 500-Kilo-Raketen-Bomben bestückt werden sollten.
4 Bericht des SS-Untersturmführers Helmut Zborowski an SS-Gruppenführer Pohl vom 5. Februar 1942 (Ba NS 19/alt 1335).
5 Brief Zborowskis an Himmler vom 26. Februar 1943 (Ba NS 19/alt 338).
6 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 286.
7 Brief Dr. Brandts vom 5. März 1943 an Zborowski (Ba NS 19/alt 338).
8 Im Brief vom 26. Februar 1943 ist Thedsen noch Kapitän zur See.
9 Brief Zborowskis an Himmler vom 11. April 1943 (Ba NS 19/alt 338).
10 Himmlers Notizen über Telefongespräche vom 4. Januar 1943 (Ba NS 19/neu 1439).
11 Vortragsnotiz Himmlers zu der Besprechung mit Hitler am 17. April 1943 (Ba NS 19/neu 1447).
12 Kalendereintrag Himmlers vom 14. Mai 1943 (Ba NS 19/neu 1444).
13 Kalenderblatt vom 27. Januar 1943: »17 Uhr bis 17 Uhr 30 Dr. Flettner.« (Ba NS 19/neu 1444).
14 Führerprotokoll vom 19. bis 22. August 1943, Punkt 28 (Ba R 3/1508).
15 Aus dem Protokoll einer Besprechung beim Chef Heeresrüstung vom 21. Ja-

nuar 1944. Zitiert aus Willi A. Boelcke: Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt 1969, S. 292.

16 Führerprotokoll vom 3. bis 5. Januar 1943, Punkt 44 (Ba R 3/1507).

17 Brief Himmlers an das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und SS-Führungsamt, ohne Tag, aber vom Juni 1943 (Ba NS 19/neu 768).

18 Brief Himmlers vom 12. Juni 1943 an Jüttner (Ba NS 19/neu 768).

19 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 238.

20 Brief Himmlers an Kammler vom 15. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 768).

21 Brief Jüttners an Himmler vom 25. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 768).

22 Bericht des SS-Führungshauptamtes, Amt X, gezeichnet SS-Untersturmführer Reichauer, vom 18. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 768).

23 Brief Kammlers an Himmler vom Juni 1943 (Ba NS 19/neu 768).

24 Brief Staatsrats Dr. ing. H. Pendl an Himmler vom 7. Januar 1944 (Ba NS 19/neu 2057).

25 Fernschreiben Himmlers an Kloth vom 30. April 1944 (Ba NS 19/alt 294).

26 Brief Himmlers an SS-Standartenführer Frosch vom 30. April 1944 (Ba NS 19/alt 294).

27 Fernschreiben vom 30. April 1944 Himmlers an Pohl (Ba NS 19/alt 294).

28 Kalenderblatt Himmlers vom 6. Mai 1944: »11^{30} bis 12^{30} Uhr ›Fabrik Wankel‹.« (Ba NS 19/neu 1445).

29 Fernschreiben Brandts an Frosch vom 19. Juni 1944 (Ba NS 19/alt 294).

30 Brief Wilhelm Kepplers vom 19. Juli 1944 an Himmler (Ba NS 19/alt 461).

31 Entnommen aus Brief von Frosch an Himmler vom 5. August 1944 (Ba NS 19/alt 294).

32 Brief von Frosch vom 5. August 1944.

33 Dies geht aus einem Brief vom 3. August 1944 hervor, in dem die Wankel-Versuchs-Werkstätten von dieser Entscheidung der Amtsgruppe Entwicklung (Oberst Geist) in Kenntnis gesetzt werden (Ba NS 19/alt 294).

34 Vermerk Himmlers vom 8. August 1944 (Ba NS 19/alt 294).

35 Aktenvermerk eines Sturmbannführers im Stabe Himmlers vom 12. März 1945 (Ba NS 19/alt 294).

36 Referat von SS-Oberführer Dr. Schwab in der Munitionskommission am 24. November 1942 (Ba NS 19/alt 425).

37 Referat von SS-Brigadeführer Dr. Schwab in der Panzerkommission am 3. August 1944 (Ba NS 19/alt 425).

38 Brief Speers an SS-Obergruppenführer Jüttner vom 10. August 1944 (Ba R 3/1768).

39 »Schwerpunktbildung in der Entwicklung«, 2. Anordnung vom 21. Juli 1944, gezeichnet Speer, zum Erlaß des Führers über ›Die Konzentration der Rüstung und Kriegsproduktion vom 19. Juni 1944‹ (Ba R 3/1768).

40 Die Wasag war eine der führenden deutschen Sprengstoffabriken.

41 Brief Dr. von Holts vom 25. September 1944 an Chef Persönlichen Stab Reichsführer-SS. Dort ist auch der Ausspruch Himmlers wiedergegeben (Ba NS 19/alt 1530).

42 Vorschlag der Elemag (Elektro-Mechanische Apparatebaugesellschaft mbH.) vom 28. Oktober 1944 (Ba NS 19/alt 199).
43 Brief Lauterbachers vom 13. November 1944 an Himmler (Ba NS 19/alt 199).
44 Brief vom Amt VI vom 8. Januar 1945 an Dr. R. Brandt (Ba NS 19/alt 199).
45 Brief Professor Dr. ing. Werner Osenbergs vom 7. Februar 1945 an Dr. Brandt (Ba NS 19/alt 199).
46 Gutachten Dr. Badsteins vom 6. Februar 1945 zum Vorschlag Elemag (Ba NS 19/alt 199).
47 Beurteilung Professor Dr. A. Meissners vom 27. Januar 1945 und Ergänzung dazu vom 1. Februar 1945 (Ba NS 19/alt 199).
48 Als Dr. Robert Ley im gleichen Monat sich um Hilfe wegen einer angeblichen Erfindung von Todesstrahlen an mich wandte, reagierte ich drastischer. Siehe Speer: Erinnerungen, S. 467.
49 Brief Himmlers an Pohl vom 13. Mai 1942 (aus: Reichsführer!, S. 147).
50 Brief Himmlers an Pohl vom 17. Oktober 1942 (aus: Reichsführer!, S. 147).
51 Brief Grohmanns vom 1. April 1943 an SS-Sturmbannführer Dr. Joachim Caesar, Abteilung Landwirtschaft im KL-Auschwitz (aus: Reichsführer!, S. 263).
52 Transocean-Europapress I-Dienst, Tokio Bericht, vom 28. Dezember 1944 (Ba NS 19/neu 756
53 Brief Dr. Brandts an Wagner vom 9. Januar 1945 (Ba NS 19/neu 758).
54 Fernschreiben des Persönlichen Stabes Himmlers, Dr. Brandt, vom 5. Januar 1945 (Ba NS 19/neu 758).
55 Fernschreiben Dr. Brandts an Pohl vom 18. Januar 1945 (Ba NS 19/neu 758).
56 Fernschreiben Brandts an SS-Führungshauptamt vom 18. Januar 1945 (Ba NS 19/neu 758).
57 Brief Pohls an Brandt vom 23. Januar 1945 (Ba NS 19/neu 758).
58 Brief des «Reichsführer-SS, Persönlicher Stab», ohne Datum und Abzeichnung. Der Text ist durchgestrichen (Ba NS 19/neu 758).
59 Brief Lipinskys an Dr. Brandt vom 1. Februar 1945 (Ba NS 19/neu 758).
60 Telegramm Brandts an Lipinsky vom 28. Januar 1945 (Ba NS 19/neu 758).
61 Bericht des Höheren SS- und Polizeiführers Südwest und Gauleiter Wilhelm Murr, Stuttgart, und Gauleiter Robert Wagner, Strassburg, von einer Besprechung mit Himmler am 22. Juni 1944 im Elsass (Ba NS 19/neu 371).
62 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 241.
63 Brief Speers an Himmler vom 23. September 1944 (Ba R 3/1583). Als Antwort auf einen Brief Himmlers, der nicht erhalten ist.
64 BriefSpeers an Göring vom 12. September 1944 (Ba R 3/1580).
65 Brief Speers an SS-Gruppenführer Ohlendorf vom 29. Januar 1945 (Ba R 3/ 1593). Der Brief Ohlendorfs ist nicht erhalten.
66 Brief Speers an Professor Gerlach vom 19. Dezember 1944 (Ba R 3/1579).

1 Brief Pohls an Himmler vom 28. November 1942 (Ba NS 19/alt 278). Bei den Reichsstellen handelte es sich um die staatlichen Aufsichtsorgane. Schulze-Fielitz war Staatssekretär in meinem Ministerium.
2 Brief des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS an Pohl vom 6. Dezember 1942 (Ba NS 19/alt 278).
3 Die Wirtschaftsgruppen im Reichsverband der Industrie waren allerdings mit den Reichsvereinigungen oft identisch.
4 Brief Pohls an Funk vom 28. November 1942 (Ba NS 19/alt 278).
5 Vorlage Pohls an Himmler vom 2. Dezember 1942 über «Organisation der Kräfte auf dem Ernährungsgebiet» (Ba NS 19/alt 278). Unterstreichungen im Original.
6 Brief Pohls an Himmler vom 8. Januar 1943 (Ba NS 19/alt 278).
7 Brief Himmlers an Pohl vom 16. Januar 1943 (Ba NS 19/alt 278).
8 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 265-276, besonders über die Ohnmacht dieses Gremiums und um die Bemühungen von Goebbels, den Totalen Krieg auf seine Weise einzuführen.
9 Brief Pohls an Himmler vom 13. April 1944 (Ba NS 19/neu 1752).
10 Aus dem Bericht Franks vom 21. April 1944 (Ba NS 19/neu 1752).
11 Brief Pohls an Himmler vom 24. April 1944 (Ba NS 19/neu 1752).
12 Bericht Franks über die erste Kommissionssitzung, die am Freitag, den 21. April 1944, stattfand, als Beilage für Brief Pohls an Himmler vom 24. April 1944 (Ba NS 19/neu 1752).
13 Brief Pohls an Himmler vom 24. April 1944 (Ba NS 19/neu 1752).
14 Himmler hatte recht, beunruhigt zu sein. Korherr rechnete ihm vor, dass er «sofort aus den Hauptämtern der SS drei kriegsstarke Divisionen herausziehen könne, ohne dass die Verwaltungsarbeit im Geringsten leiden würde». Aus Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf, S. 402.
15 Brief Himmlers an Pohl vom 15. Mai 1944 (Ba NS 19/neu 1752).
16 Aus der Chronik des Ministeriums vom 23. August 1944 (Ba R 3/1740).
17 BriefSpeers an Himmler vom 9. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 372).
18 Brief Himmlers an Speer vom 19. Juni 1943 (Ba NS 19/neu 372).
19 Brief des SS-Standartenführers With an den Chef des Kommando-Stabes Reichsführer-SS, SS-Standartenführer Rhode, vom 17. Juli 1943 (Ba NS 19/ neu 372).
20 Brief Bergers an Dr. Brandt vom 6. August 1943 (Ba NS 19/neu 372).
21 Brief Brandts an Berger vom 13. Oktober 1943 (Ba NS 19/neu 372).
22 Brief Bergers an Dr. Brandt (Persönlicher Stab Reichsführer-SS) vom 4. Dezember 1943 (Ba NS 19/neu 372).
23 Brief Dr. Brandts an Berger vom 26. Februar 1944 (Ba NS 19/neu 372).
24 Memorandum Speers für Hitler vom 20. Juli 1944 (Ba R 3/1522).
25 Siehe auch Speer: Erinnerungen, S. 283.
26 Das Buch von Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf, belehrte

mich darüber, daß es sich um einen wohlüberlegten Gedankengang handelte, Hitler mit Hilfe von Himmler und seiner SS zu entmachten.

27 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 401.

28 Brief Bergers an Naumann, Chef des Ministeramtes im Propagandaministerium, vom 16. August 1944 (Ba NS 19/alt 284).

29 Brief Brandts an Berger vom 21. August 1944 (Ba NS 19/alt 284).

30 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 405 f., 575.

31 Brief Bergers an Naumann, Chef des Ministeriums im Propagandaministerium, vom 16. August 1944 (Ba NS 19/alt 284).

32 Aus: Statistischer Schnellbericht zur Kriegsproduktion (Ba R 3/1730).

33 Aus: Indexziffern zur deutschen Rüstungsendfertigung (Ba R 3/1732).

34 Speer: Erinnerungen, S. 223, 225.

35 Brief Bergers an Staatssekretär Naumann, Chef des Ministeramtes im Propagandaministerium, vom 16. August 1944 (Ba NS 19/alt 284).

36 Rundschreiben Speers an sämtliche Dienststellenleiter des Reichsministeriums Speer vom 13. März 1944 (Ba R 43 II/668 b).

37 Der Text der nicht auffindbaren Verfügung Hitlers ist aus dem Durchführungserlaß Himmlers vom 5. August 1944 entnommen.

38 Erlaß Himmlers vom 5. August 1944 (Ba NS 19/neu 1707).

39 Ein von Pohl stammender Entwurf eines Briefes, datiert 29. Januar 1945, den Himmler an mich richten sollte (Ba NS 19/neu 1707).

40 Fernschreiben Speers an Himmler vom 8. Januar 1945 (Ba R 3/1768).

41 Himmler wurde nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 als Nachfolger Fromms in allen Ämtern eingesetzt. Natürlich besetzte er die wichtigsten Posten dieses Amtes durch hohe SS-Führer seines Stabes. Einer davon war SS-Obergruppenführer Frank.

42 Fernschreiben Himmlers an Speer vom 12. Januar 1945 (Ba R 3/1768).

43 Brief Speers an Himmler vom 17. Januar 1945 (Ba R 3/1768).

44 Buhle referierte, was an Waffen und Munition neu produziert worden war und Hitler verteilte auf der Stelle diese verfügbaren Rüstungsgeräte an neu aufzustellende Divisionen. Experten, die allein eine zweckmäßige Verteilung überblicken konnten, wurden nicht eingeschaltet.

45 Aus meiner Ausarbeitung über diese Frage in Kransberg in: Politische Zusammenhänge (A II) vom 2. Juli 1945.

Dritter Teil: Das gescheiterte Wirtschaftsimperium

Der ungeordnete Konzern

1 Führerprotokoll vom 3. bis 5. Juni 1944, Punkt 21 (Ba R 3/1509).
2 Brief Pohls an Himmler vom 2. Dezember 1943 (Ba NS 19/alt 778).
3 Aus den Protokollen des Militärgerichtshofes Nr. II-A, Fall IX: Prozeß gegen Ohlendorf (Ba Allg. Proz., 1, XXVII, a/5, 6).
4 Chronik vom 4. April 1944 (Ba R 3/1739).
5 Niederschrift »Betrifft Einzelfragen aus dem Büro Himmler«, ohne Datum (Ba NS 19/alt 184).
6 Erlaß Hitlers vom 11. Januar 1942 (Ba NS 19/alt 281).
7 Brief Speers an das Volkswagenwerk vom 23. März 1942 (Ba NS 19/neu 1955).
8 Brief Pohls an Himmler vom 8. April 1942 (Ba NS 19/neu 1955).
9 Brief Pohls an Himmler vom 28. April 1942 (Ba NS 19/neu 1955).
10 Bericht Pohls an Himmler vom 16. September 1942 (Ba NS 19/neu 14).
11 Brief Pohls an Himmler vom 7. Juli 1942 (Ba NS 19/alt 415).
12 Aktenvermerk des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS vom 18. Juli 1942 (Ba NS 19/alt 415).
13 Brief Himmlers an SS-Obergruppenführer Jüttner, Chef des SS-Führungshauptamtes, vom 8. Februar 1944 (Ba NS 19/neu 1542).
14 Brief Himmlers an Pohl vom 9. September 1942 (Ba NS 19/neu 14).
15 Dringendes Ferngespräch Himmlers mit Pohl vom 4. März 1944 (Ba NS 19/neu 768).
16 Brief Kammlers an Dr. Brandt vom 19. Juni 1944 (Ba NS 19/neu 768).
17 Nach I. Bentley/F. Porsche: Porsche, Düsseldorf–Wien 1978, S. 223 f., soll Porsche 1944 mit dem Auftrag betraut gewesen sein, einen neuen schnelleren Typ der V 1-Flügelbombe mit größerer Reichweite zu entwickeln. Aber noch »bevor wir nur unsere Entwürfe fertigstellen konnten, war der Krieg zuende«, stellt der Verfasser fest.
18 Brief Himmlers an Jüttner vom 1. August 1944 (Ba NS 19/neu 296).
19 Im Juli 1944 waren insgesamt 95 700 Generatoren in Betrieb. Produziert wurden in diesem Monat 10 400 Stück; aus: Statistischer Schnellbericht zur Kriegsproduktion (Ba R 3/1730).
20 Brief Himmlers an Pohl vom 12. August 1944 (Ba NS 19/neu 296).
21 Brief Pohls an Himmler vom 14. Oktober 1944 (Ba NS 19/neu 296).
22 Brief Brandts an Pohl vom 7. Oktober 1944 (Ba NS 19/neu 296).
23 Denkschrift Speers an Hitler vom 11. November 1944 (Ba R 3/1528).
24 Denkschrift Speers an Bormann vom 6. November 1944 (Ba R 3/1573).
25 Fernschreiben Himmlers an Speer vom 3. November 1944, 3.15 Uhr morgens (Ba NS 19/neu 296).

26 Fernschreiben Himmlers an Speer vom 3. November 1944, 16.30 Uhr (Ba NS 19/neu 296).
27 Fernschreiben Bergers an Himmlervom 6. November 1944 (Ba NS 19/neu 296).
28 Fernschreiben Brandts an Berger vom 8. November 1944 (Ba NS 19/neu 296).
29 Fernschreiben Himmlers an Speer vom 3. November 1944, 16.30 Uhr (Ba NS 19/neu 296).
30 Brief Speers an Himmler vom 10. November 1944 (Ba R 3/1583).
31 Brief an Gauleiter Hoffmann, Bochum, und gleichlautend an Gauleiter Schiessmann, Essen, Gauleiter Dr. Meyer, Münster, Gauleiter Florian, Düsseldorf, und Gauleiter Grohe, Köln, vom 10. Dezember 1944 (Ba R 3/1583). Diese verwaltungsmässige Aufsplitterung des rheinisch-westfalischen Industriegebietes verursachte immer wieder bedeutende Hemmnisse, weil diese egozentrischen Parteigenossen in wirtschaftlichen Dingen von mir nicht zu gemeinsamem Handeln gezwungen werden konnten.
32 Brief Speers an Himmler vom 10. November 1944 (Ba R 3/1583).
33 Brief Himmlers an Speer vom 21. November 1944 (Ba NS 19/neu 296).
34 Telegramm Gauleiters Meyer an Himmler vom 4. November 1944 (Ba NS 19/neu 296). Das Telegramm benötigte, Zeichen der beginnenden Zerrüttung des deutschen Nachrichtennetzes durch Fliegerangriffe, zwei Tage von Warendorf bis Berlin.
35 Brief Brandts an Kloth vom 25. November 1944 (Ba NS 19/neu 296).
36 Brief Kloths an Brandt vom 27. Dezember 1944 (Ba NS 19/neu 296).

Halbedelsteine, Giftgas und Löwenzahn

1 Brief des «Technischen Amtes» des Luftfahrtministeriums an Milch, vom 2. April 1942 (Ba NS 19/alt 1532).
2 BriefSpeers an Himmler vom 20. April 1942 (Ba NS 19/alt 1532).
3 Brief Pohls an Himmler vom 9. Juni 1942 (Ba NS 19/alt 1532).
4 Brief Brandts vom Persönlichen Stab Himmlers an SS-Gruppenführer Sachs vom l.Juli 1942 (Ba NS 19/alt 1532).
5 Besprechung bei Göring am 29. Juni 1942, Punkt 6 (Ba R 3/1504).
6 Brief Pohls an Himmler vom 14. Juli 1942 (Ba NS 19/alt 1532).
7 Brief Himmlers an Speer vom 15. Juli 1942 (Ba NS 19/alt 1532).
8 Fernschreiben Brandts an Pohl vom 25. Juli 1942 (Ba NS 19/alt 1532).
9 Brief Himmlers an Pohl vom 25. August 1942 (Ba NS 19/alt 1532).
10 Brief Himmlers an Erich Koch vom 26. August 1942, aus: Reichsführer!, S. 177.
11 Brief Pohls an Himmler vom 5. September 1942 (Ba NS 19/alt 1532).
12 Fernschreiben des Oberkommandos der Wehrmacht an Reichsführer-SS Kommandostab, vom 18. März 1943 (Ba NS 19/neu 1706).
13 Brief des SS-Gruppenführers Paul Hennicke an SS-Obergruppenführer Karl Wolff vom 2. Juli 1940 (Ba NS 19/neu 755).

14 Brief Himmlers an SS-Sturmbannführer Vogel vom 29. März 1941, aus: Reichsführer!, S. 104.
15 Führerprotokoll vom 23. Juni 1942, Punkt 22 (Ba R 3/1504).
16 Bericht Pohls an Himmler vom 12. Februar 1943 (Ba NS 19/alt 415a). Am 13. Oktober 1941 sprach Hitler von einer Anbaufläche von 40000 Hektar. Adolf Hitler – Monologe im Führerhauptquartier, Hamburg 1980, S. 78.
17 Siehe auch W. Treue: »Gummi in Deutschland zwischen 1933 und 1945« in: Wehrwirtschaftliche Rundschau 1955, S. 184f. und Helmut Heiber: Hitlers Lagebesprechungen, Stuttgart 1962, S. 150.
18 Befehl Himmlers an die Höheren SS- und Polizeiführer Ost, Ostland, Weichsel, Warthe, Rußland-Mitte und Ukraine vom 23. Juli 1943 (Ba 26 IV vorl. 33).
19 Kalendereintragungen Himmlers vom 15. April, 24. Juni und 30. November 1943, sowie vom 20. April 1944 (Ba NS 19/neu 1444 und 1445).
20 Brief Kehrls an SS-Sturmbannführer Dr. Brandt vom 30. März 1944, mit beigelegtem Bericht der »Gesellschaft Pflanzen-Kautschuk und Guttapercha« vom 23. Februar 1943 (Ba R 3/1901).
21 Der Jahreslohn eines Arbeiters betrug 1800,– RM.
22 Bericht des Rohstoffamtes des Ministers für Rüstung und Kriegsproduktion vom 14. April 1944 (Ba R 3/1901).
23 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 328.
24 Führerprotokoll vom 16./17. Dezember 1943, Punkt 1 (Ba R 3/1508).
25 Im Protokoll einer Besprechung beim Generalgouverneur Frank vom 8. Mai 1944 enthalten (Ba R 52 II/216).
26 Bericht Kepplers an Himmler vom 29. Juni 1944 (Ba NS 19/alt 461). Keppler möchte, wie er Himmler weiter mitteilte, mündlich über Probleme des Manganvorkommens im Südostzipfel des Gouvernements vortragen. Der Bericht der Expedition sei unterdes eingetroffen.
27 Bericht der Besprechung zwischen Himmler und Frank am 18./19. Mai 1944 (Ba R 52 II/217).
28 Bericht über die Besprechung beim Generalgouverneur Frank vom 3. Juni 1944 (Ba R 52 II/218).
29 Führerprotokoll vom 29. März 1943, Punkt 13 (Ba R 3/1507).
30 Kalenderblatt Himmlers vom 29. März 1943: »12 Uhr bis 14 Uhr R.Min. (Reichsminister) Speer. 14 Uhr bis 15 Uhr Essen mit Speer.« (Ba NS 19/neu 1444).
31 Führerprotokoll vom 30. Mai 1943, Punkt 30 (Ba R 3/1507).
32 Auch in anderen Gauen, wie beispielsweise dem Gau Sauckels, Thüringen, entstanden dem Gau der Partei gehörende Großbetriebe, deren Überschuß der Gaukasse und damit dem Gauleiter zugute kommen sollte.
33 Brief Greisers an Himmler vom 6. Oktober 1944 (Ba NS 19/alt 198).
34 Brief Himmlers an Greiser vom 22. Oktober 1944 (Ba NS 19/alt 198).
35 Dringendes Fernschreiben Himmlers an Pleiger vom 4. August 1944 (Ba NS 19/alt 198).

36 Fernschreiben Pleigers vom 6. August 1944 an Persönlichen Stab Reichsführer-SS (Ba NS 19/alt 198).
37 Aktenvermerk eines Hauptsturmführers der SS (Name unleserlich) vom 15. August 1944 (Ba NS 19/alt 198).
38 Aus »die tat« vom 4. Dezember 1971, Artikel von Hans Marsalek, Wien.
39 Dringendes Fernschreiben Himmlers an Pleiger vom 13. August 1944 (Ba NS 19/alt 198).
40 Fernschreiben Pleigers an Himmler vom 16. August 1944 (Ba NS 19/alt 198).
41 Fernschreiben Pleigers an Himmler vom 12. September, 21. September, 26. September, 12. Oktober, 26. Oktober, 8. November und 15. November 1944 (Ba NS 19/alt 198).
42 Fernschreiben Himmlers an Pleiger vom 6. Januar 1945 (Ba NS 19/alt 198).
43 Fernschreiben Pleigers an Himmler vom 13. Januar 1945 (Ba NS 19/alt 198).
44 Der Betrieb in Falkenhagen produzierte den N-Stoff in Zusammenhang mit dem Nervengas Sarin.
45 Sarin wird heute noch als Kampfgas in den Depots der US-Armee gestapelt.
46 Führerprotokoll vom 3. bis 5. Juni 1944, Punkt 5 (Ba R 3/1509).
47 Fernschreiben Buhles an Saur vom 7. Juli 1944 (Ba NS 19/alt 425).
48 Brief Speers an Himmler vom 26. Juli 1944 (Ba NS 19/alt 425). Im Mai 1944 hatte Schieber in einem Bericht über »Die Lage auf dem Gebiet der Pulver, Sprengstoffe, Kampfstoffe, R-Stoffe und der Nebelsäure« darauf aufmerksam gemacht, daß »im Seewerk in diesen Wochen eine Einheit der N-Stoff-Anlage probeweise in Betrieb kommt« (Ba R 3/1857).
49 Führerprotokoll vom 1. bis 4. November 1944, Punkt 10 (Ba R 3/1509).
50 Aktenvermerk Schiebers über Besprechung K(ampf)-Stoffe am 2. November 1944 (Ba R 3/1894).
51 Brief Speers an Keitel vom 11. Oktober 1944 (Ba R 3/1586, S. 113ff.).

Himmler übernimmt das Raketenprogramm

1 Brief des Chefs des SS-Hauptamtes Gottlob Berger an Himmler vom 16. Dezember 1942 (Ba NS 19/alt 335).
2 »Vortrag beim Führer am 23. Januar 1943, Punkt 8.« (Ba NS 19/neu 1474).
3 Brief Stegmaiers an Berger vom 26. Januar 1943 mit der Anrede: »Lieber Freund Berger« (Ba NS 19/alt 415a).
4 Brief Bergers vom 1. Februar 1943 an Himmler (Ba NS 19/alt 415).
5 »Vortrag beim Führer am 10. Februar 1943, Punkt 18. Oberst Dornberger zum Führer.« (Ba NS 19/neu 1474).
6 »Vortrag beim Führer am 17. April 1943, Punkt 3, Peenemünde.« (Ba NS 19/neu 1474)

7 Brief Himmlers an Berger vom 10. April 1943 (Ba NS 19/alt 415a).
8 Brief Kaltenbrunners an Himmler vom 12. Juli 1943 (Ba NS 19/alt 415 a).
9 Führerprotokoll vom 8. Juli 1943, Punkt 18, 19 und 20 (Ba R 3/1507).
10 Dornberger war unterdes befördert worden.
11 Brief Himmlers an Oberstleutnant Engel vom 14. Juli 1943 (Ba NS 19/neu 949).
12 Erlass Hitlers vom 25. Juli 1943 nach David Irving: The Mare's Nest, Boston 1965, Seite 89 f.
13 Himmler hat in seinem Kalendereintrag vermerkt: «19. August 1943, 19 Uhr 30 zur Wolfsschanze. 20 Uhr 30 Essen bei Bormann. 21 Uhr 30 Lage bei Führer.» (Ba NS 19/neu 1447).
14 Nach Kalendereintrag Himmlers vom 20. August 1943 waren Saur und ich von 15 bis 16 Uhr bei Himmler (Ba NS 19/neu 1444).
15 Gerhard Degenkolb gelang es, die Lokomotivproduktion von 1918 Stück im Jahr 1941 auf 5243 im Jahr 1943 zu steigern. Anfang Januar 1943 war Degenkolb von mir mit der Durchführung der A 4-Fertigung beauftragt. Er stellte ein Programm auf, nach dem im Jahre 1943 3180 A 4 (V 2) hergestellt werden sollten.
16 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 216 f.
17 Führerprotokoll vom 19. März 1942, Punkt 28 (Ba R 3/1506).
18 In meiner Rede vor den Reichs- und Gauleitern der Partei in Posen am 6. Oktober 1943 wiederholte ich dieses Argument: «Ich möchte die Versuche, die auf allen Gebieten [bei der A 4] abgeschlossen sind, mit den gelungenen Versuchen bei einem Rennwagen vergleichen. Wir müssen nun diesen Rennwagen, der in Einzelanfertigung von hochwertigsten Fachkräften hergestellt wurde, wie ein normales Automobil in Serienfertigung herstellen und zwar mit der Leistung des Rennwagens. Dieser Übergang von erster Qualitätsarbeit auf eine Mengenproduktion wird voraussichtlich noch einige Schwierigkeiten bereiten.» (Ba R 3/1548)
19 Führerprotokoll vom 19. bis 22. August 1943, Punkt 24 (Ba R 3/1507).
20 Kalenderblatt Himmlers vom 21. August 1943 (Ba NS 19/neu 1444).
21 Brief Himmlers an Speer vom 21. August 1943 (Ba R 3 1583).
22 Stichworte zu der Rede Himmlers vom 4. Oktober 1943 in Posen vor den Gruppenführern (S. 13, Nürnberger Dokument 1919 PS 129).
23 Rede Himmlers vor den Gruppenführern in Posen am 4. Oktober 1943 (Nürnberger Dokument 1919 PS).
24 Nach E. Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963, S. 38.
25 David Irving schrieb in: The Mare's Nest, Boston 1965, S. 122, dass Himmlers Methode den Reiz der Einfachheit hatte: «Die SS sprang überall dort ein, wo eine Lücke sichtbar wurde und wo sie entweder Hilfe anbieten oder einen Mangel beseitigen konnte. War sie dann erst einmal eingedrungen, griff sie bald fester zu, bis sie die völlige Herrschaft in der Hand hatte. Für die Untergrabung des Geheimwaffenprogramms wählte Himmler einen In

genieur, den SS-Brigadeführer Dr. Ing. Hans Kammler, den 42jährigen Konstrukteur der Konzentrationslager im allgemeinen und der Gaskammern von Auschwitz im besonderen. Kammlers Karriere sollte recht bemerkswert werden: Ursprünglich wurde er damit beauftragt, kleinere Konstruktionsprobleme im Zusammenhang mit dem A 4-Programm zu leiten, bis er schließlich als höchster Kommandeur aller deutschen Geheimwaffen, einschließlich der mit dem Düsenjäger Me 262 ausgerüsteten Fliegerverbände, endete. Die Fortschritte seiner Laufbahn könnten ein Lehrbuchbeispiel für kontrollierte Infiltration bilden.«

26 Fernschreiben Kammlers an Dr. Brandt vom 16. Oktober 1943 (Ba NS 19/alt 273).

27 Auftrag des Oberkommandos des Heeres, Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, vom 19. Oktober 1943.

28 Fernschreiben Kammlers an Dr. Brandt zur Unterrichtung Himmlers vom 20. Oktober 1943, 20.15 Uhr (Ba NS 19/alt 273).

29 Schriftliche Mitteilung Dr. Poschmanns vom 13. Februar 1978.

30 Chronik vom 10. Dezember 1943 (Ba R 3/1738).

31 Chronik vom 13. Januar 1944, S. 8 (Ba R 3/1739).

32 Chronik vom 14. Januar 1944, S. 11 (Ba R 3/1739).

33 Aus Jean Michel: Dora, Paris 1975, S. 175.

34 Es handelte sich um eine größere Aktion, die auch den Zwangsarbeitern Sauckels zugute kommen sollte.

35 Schriftliche Mitteilung Dr. med. A. Poschmanns vom 13. Februar 1978 an den Autor.

36 Brief Speers an Brandt vom 5. August 1944 (Ba R 3/1574).

37 Laut Bericht Wirtschaftsverwaltungshauptamt Amt D/III vom 22. September 1943 (NO 1010) war es gelungen, die Sterblichkeit im Durchschnitt aller Konzentrationslager, im August 1944 auf 2,09 Prozent der Insassen herabzusetzen. 5,7 Prozent war also eine abnorm hohe Sterblichkeitsrate.

38 Nach einem Bericht von Professor Dr. Walter Bartel von der Humboldt-Universität (Ost-Berlin) in: Der Widerstandskämpfer, Wien 1969.

39 Nach einer Produktionsaufstellung in David Irvings Buch: Die Geheimwaffen des Dritten Reiches, London 1964.

40 Aus dem Führerprotokoll vom 13. Mai 1944 (Ba R 3/1509).

41 Nach Willi A. Boelcke: Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt 1969, S. 291.

42 Brief Himmlers an Kammler vom 6. August 1944 (Ba NS 19/neu 2055). Abschriften erhielten lediglich SS-Obergruppenführer Jüttner, Chef des Stabes in Himmlers neuer Eigenschaft und ein SS-Obersturmbannführer Grothmann.

43 Brief Speers an Jüttner vom 11. August 1944 (Ba R 3/1768).

44 Fernschreiben Himmlers an Speer vom 29. September 1944 (Ba NS 19/neu 949).

45 Fernschreiben Speers an Himmler vom 11. November 1944 (Ba R 3/1583).

46 Aus David Irving: Die Geheimwaffen des Dritten Reiches, S. 354.
47 Erlaß Jüttners als Chef des Stabes der Heeresrüstung vom 31. Dezember 1944 an die Dienststellen seines Arbeitsbereiches (MGFA, Do 44/119: FE 3033).

Höhlenphantasie und ihre Folgen

1 Führerprotokoll vom 11. April 1943, Punkt 4 (Ba R 3/1507).
2 Brief Görings an Speer vom 10. Oktober 1943 (Ba R 3 1580).
3 Brief Speers an Hitler vom 19. April 1944 (Ba R 3/1516).
4 Brief von Dr. Abrahamczik an Persönlichen Referent Dr. Brandt vom 25. August 1943 (Ba NS 19/alt 273).
5 Brief des Reichsgeschäftsführers von »Das Ahnenerbe« an Dr. R. Brandt, Persönlicher Stab Reichsführer-SS vom 9. November 1943 (Ba NS 19/alt 273).
6 Brief Dr. Brandts an Sievers vom 3. Dezember 1943 (Ba NS 19/alt 273).
7 Brief Speers an Kammler vom 17. Dezember 1943 (Ba R 3/1585).
8 Brief Speers an Himmler vom 22. Dezember 1943 (Ba R 3/1583).
9 Führerprotokoll vom 5. März 1944, Punkt 1: »Der Führer nimmt Kenntnis . . . von dem Erlaß Görings für die Sonderbauten Kammler.« (Ba R 3/1509).
10 Fernschreiben Himmlers an Höheren SS- und Polizeiführer Koppe in Krakau vom 12. Dezember 1943 (Ba NS 19/neu 317).
11 Brief Brandts an Koppe vom 26. Januar 1944 (Ba NS 19/neu 317).
12 Vermerk für Pohl in vorstehendem Brief (Ba NS 19/neu 317).
13 Brief Pohls an Dr. Brandt vom 17. Februar 1944 (Ba NS 19/neu 317).
14 Brief Himmlers an Kammler vom 8. Mai 1944 (Ba NS 19/neu 228).
15 Briefe Brandts an SS-Obersturmbannführer Schleif und an SS-Gruppenführer Kammler vom 18. September 1944 (Ba NS 19/neu 228).
16 Brief Schleifs an Dr. Brandt vom 25. September 1944 (Ba NS 19/neu 228).
17 Brief Brandts an Schleif vom 4. Oktober 1944 (Ba NS 19/neu 228).
18 Brief Schleifs an Brandt vom 9. Oktober 1944 (Ba NS 19/neu 228).
19 Brief Dr. Brandts an Schleif vom 23. Oktober 1944 (Ba NS 19/neu 228).
20 Brief Schleifs an Dr. Brandt vom 21. November 1944 (Ba NS 19/neu 228).
21 Brief Himmlers an Pohl vom 17. Dezember 1943 (Ba NS 19/neu 317).
22 Brief Pohls an Himmler vom 24. Januar 1944 (Ba NS 19/neu 317).
23 Brief Krauchs an Himmler vom 18. Dezember 1943 (Ba NS 19/neu 1677).
24 Brief Dr. Brandts vom Persönlichen Stab an SS-Oberführer Kranefuss vom 29. Dezember 1943 (Ba NS 19/neu 1677).
25 Brief von SS-Obergruppenführer Fritz Kranefuss, Vorstandsvorsitzender der Brabag an Himmler vom 3. November 1944 (Ba NS 19/neu 1677).
26 Brief Dr. Brandts an SS-Oberführer Fritz Kranefuss vom 7. November 1944 (Ba NS 19/neu 1677).

27 Nach den von USSBS (United States Strategical Bombing Survey) aufgestellten Speer Reports Nr. 6 (Seite 3) schätzte Geilenberg, daß im November 1945 90 000 Tonnen Flugtreibstoff und Jet-Treibstoff monatlich unter der Erde produziert werden könnte. Im April 1944, vor Beginn der Angriffsserie, wurden 175 000 Tonnen Flugtreibstoff hergestellt.
28 Hermann Giessler: Ein anderer Hitler, Starnberg 1977, S. 434.
29 Zu den Patienten Gebhardts gehörten König Leopold von Belgien und der führende belgische Elektro-Industrielle Danny Heinemann, Besitzer der »Sofina«. Er ließ sich auch nach 1933 in seinem Krankenhaus behandeln.
30 Bericht Dr. Heissmeiers: Internistischer Befund am 9. Februar 1944 (Privatarchiv).
31 Bericht von Professor Dr. Gebhardt (Privatarchiv).
32 Bericht Professor Kochs vom 15. Februar 1944 (Privatarchiv).
33 Milch vermerkte in seinem Tagebuch am 26. Mai 1947, also in der Gefangenschaft: »Professor Koch, der ihn (Speer) damals auf Druck von Dr. Brandt in Hohenlychen mitbehandelte, habe erzählt, daß Gebhardt ihm damals gesagt habe, nun müßten sie Speer die Lunge sprengen. Als Koch sich weigerte, sagte Gebhardt, er habe ihn nur auf die Probe stellen wollen.« Aus David Irving: Die Tragödie der deutschen Luftwaffe, Berlin 1970.
34 Professor Dr. Friedrich Koch blieb während und nach der sowjetischen Besatzungszeit der führende Internist der Berliner Universität (Charité).
35 Von Dorsch verfaßtes Protokoll seiner Besprechung mit Hitler am 5. März 1944, Punkt 9 (Ba R 3/1509).
Siehe auch Speer: Erinnerungen, S. 340 – 349.
36 Kalenderblatt vom 6. März 1944 (Ba NS 19/neu 1445).
37 Kalenderblatt vom 9. März 1944 (Ba NS 19/neu 1445). Auch war Himmler in dieser kritischen Zeit auffallend oft bei Hitler. Seine Kalenderblätter führen aus: »15. März 1944 Besprechung beim Führer, 15.00 bis 16.30 Uhr. 16. März 1944 14.00 Uhr beim Führer Essen. 15.00 bis 16.00 Uhr beim Führer, 19.30 Uhr Essen beim Führer. 17. März 1944 14.00 Uhr Essen beim Führer, 16.00 bis 17.30 Uhr Besprechung beim Führer. 20. März 1944 14.00 Uhr bei Bormanns. 15.00 bis 19.00 Uhr Besprechung mit Bormann. 3. April 1944 14.00 Uhr Essen beim Führer, Spaziergang, Tee, Wochenschau. 19.00 Uhr zurück Bergwald«. (Haus Himmlers bei Berchtesgaden) Kalenderblätter Himmlers (Ba NS 19/neu 1445).
38 Schreiben Himmlers an Göring vom 9. März 1944 und Begleitschreiben Pohls (US Dokument 1584-PS, Exhibit US 221).
39 Eidesstattliche Erklärung Professor Kochs vom 12. Mai 1947 (Privatarchiv).
40 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 345 f.
41 Auftrag Himmlers an SS-Gruppenführer Professor Dr. Gebhardt vom 20. März 1944 (Microfilm T-175 Roll 70 F: 7228).
42 Eidesstattliche Erklärung Professor Kochs vom 12. Mai 1947 (Privatarchiv).
43 Brief Speers an Hitler vom 19. April 1944 (Ba R 3/1516).
44 Kalenderblatt vom 19. April 1944: »11.00 SS-Brig. F. Kehrl, 11.30 n. d.

Berghof, 14.00 Essen b. Führer, 15.00 R. L. Bormann, 16.30 n. Berchtesgaden, 20.30 Essen b. Feldmarsch. Keitel, 23.30 Pg. Dr. Desch.» Fast unleserlich, es könnte Dorsch heissen. Auch am 20. April war Himmler um 15.00 auf dem Berghof zum Essen bei Hitler und um 17.30 zurück. (Ba NS 19/neu 1445).

45 Siehe Einträge in der Chronik vom 20. bis 22. April 1944 (Ba R 3/1739).

46 Brief Speers an Himmler vom 17. Mai 1944 (Ba R 3/1583).

47 Die Chronik berichtet, dass am 24. April 1944 «um zehn Uhr der Minister mit Liebel, Hettlage und Fränk zum Obersalzberg fliegt. Um 11.30 Uhr findet eine Besprechung beim Reichsfiihrer-SS – Bergwald – statt» (Ba R 3/1739).

48 SD-Bericht vom 2. Juli 1944. Aus: Heinz Boberach: Meldungen aus dem Reich, Neuwied 1965.

49 Chronik vom 24. April 1944: «Um 17.30 Uhr ist der Minister zur Besprechung beim Führer – zum ersten Mal seit seiner Erkrankung. Er wird vom Führer mit grösster Herzlichkeit auf der Treppe des Hauses empfangen. In der anschliessenden längeren Besprechung wird eine restlose Klärung der Lage herbeigeführt. Der Führer erklärt, dass er mit allen Massnahmen, die Herr Speer auf dem Baugebiet für richtig halte, von vornherein einverstanden sei. Die kurze persönliche Unterhaltung genügte, dass die seit Monaten vorbereiteten Bestrebungen von anderer Seite, das Bauen von der Rüstung zu trennen, zerschlagen und die Autorität des Ministers noch stärker herausgestellt wurde.» (Ba R 3/1739).

50 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 352f.

51 Chronik vom 26. April 1944: «Dieser Abend beschliesst den Versuch des Ministers, der Bauwirtschaft eine ähnlich selbstverantwortliche Stellung einzuräumen, wie sie die Rüstungsindustrien besitzen. Es ist gleichzeitig das Ende dieses langen, mehr oder wenig heimlich und nicht immer schön geführten Kampfes der OT gegen die Bauwirtschaft und umgekehrt.» (Ba R 3/ 1739).

52 Kalenderblatt Himmlers vom 27. April 1944: «12.30 bis 13.00 Min(isterial) Direktor) Dorsch» (Ba NS 19/neu 1445).

53 Führerprotokoll vom 13. Mai 1944, Punkt 8 (Ba R 3/1509).

54 Führerprotokoll vom 13. Mai 1944, Punkt 8 (Ba R 3/1509). Als baufertig sei bei diesen Meldungen «der Zustand zu betrachten, der es gestattet, die Werkzeugmaschinen aufzustellen und in Betrieb zu nehmen, wobei die Klimaanlagen funktionsfähig sein» müssten.

Kammlers Bereich

1 Zunächst sollte Feldmarschall Milch im Jägerstab führen. Er wurde von Saur verdrängt, noch als ich wegen Krankheit ausfiel.

2 Ausführungen im Prozess gegen Pohl usw. (Ba Allg. Proz. 1 XL I). Abgedruckt in einer

Ausarbeitung von Prof. Dr. Walter Bartel von der Humboldt Universität Berlin (S. 70).

3 Ein Nachkriegsbericht aus der Ausarbeitung von Prof. Bartel.

4 Aus Artikel von Hans Marsalek, Wien. In «die tat» vom 4. Dezember 1971.

5 Ergänzendes Urteil gegen Pohl u.a. (Ba Allg. Proz. 1 XLI W 5, S. 72). Darin Aussage Hohbergs, dass er die Initiative zur Einschaltung der SS in das Jägerstab-Programm gegeben habe.

6 Aus: Kommandant in Auschwitz, autobiographische Aufzeichnung des Rudolf Höss, hrsg. von Martin Broszat, München 1963, S. 191 im Höss-Original.

7 Rede Himmlers vor Generalen in Sonthofen am 21. Juni 1944 (aus: Himmler, Geheimreden, Berlin 1974, S. 199).

8 Brief Kammlers an Dr. Brandt vom Persönlichen Stab Himmlers mit graphischer Beilage vom 11. Januar 1945 (Ba NS 19/alt 378).

9 Die Differenz zu der Angabe Kammlers mit 425’000 fertiggestellten Quadratmetern unterirdischer Fabrikationsstätten, dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, dass einige Monate von der baulichen Fertigstellung über die betriebliche Einrichtung bis zur Aufnahme der Produktion vergehen.
Im Nürnberger Prozess gab ich bei meiner Vernehmung an, dass wir gegen Ende des Krieges mit «300’000 Quadratmetern eine unerhebliche Zahl an unterirdischen Fabrikbauten in Betrieb genommen hatten und dass unsere Planung drei Millionen Quadratmeter vorsah». Aussage Speers vor dem Nürnberger Militärtribunal, abgedruckt in Adelbert Reif: Albert Speer, München 1978, S. 37.

10 Chronik vom 26. Mai 1944 (Ba R 3/1739).

11 Verfügung Himmlers an den Reichsarzt SS und Polizei von Anfang März 1945. Dieser Titel besagte, dass Gebhardt der oberste SS-Arzt war.

12 Als Faksimile in: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen von Hans Marsalek, auf S. 103 abgebildet und zwar nach Lagern getrennt. Die Zahl stimmt etwa mit der Aussage Sommers vor dem Nürnberger Gericht überein, nach der Ende 1944 «ungefähr 500‘000-600‘000 KZ-Häftlinge vom SS-Wirtschaftshauptamt für Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt» worden sind. Eidesstattliche Erklärung Sommers (ergänzendes Urteil gegen Pohl u.a. (Ba Allg. Proz. 1 XLI S. 5, S. 51).

13 Aus «Vorschlag zur Vereinfachung der Organisations- und Verwaltungsgrundlagen der Organisation Todt». Vom 29. Januar 1945 (Ba NS 19/neu 1707). Eine Statistik vom 30. November 1944 zeigt einen Beschäftigtenstand der Organisation Todt von insgesamt 1‘284‘200 Arbeitern an. Von diesen wurden als freie Reichsdeutsche 260 500
freie Ausländer (das waren grösstenteils die durch Sauckels Verwaltung Zwangsverpflichteten) 752 200
gefangene Reichsdeutsche (es muss sich grösstenteils um Konzentrationslager-Häftlinge gehandelt haben) 21 800

gefangene Ausländer 115 700
Kriegsgefangene 134'000
ausgewiesen.

14 Eugen Kogon: Der SS-Staat, S. 45.

15 In Albert Speers Denkschrift an Hitler vom 20. Juli 1944 ist diese Divisionsstärke aufgeführt (Ba R 3 1522).

16 Aus Felix Kersten: Totenkopf und Treue, o.J., S. 343.

17 Redemanuskript auf Tonband aufgenommen, vom 16. April 1945 (Ba R 3/1557). Siehe auch Speer: Erinnerungen, S. 478.

18 Joseph Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 28. März 1945, S. 413.
Da Goebbels seine Eindrücke immer am folgenden Tag niederschrieb, handelt es sich um eine Mitteilung Hitlers an Goebbels vom 27. März 1945.

19 Denkschrift Speers an Hitler vom 15. März 1945 (Ba R 3 1535).

20 Joseph Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 31. März 1945, S. 472.

21 Joseph Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 4. April 1945, S. 517.

22 Fernschreiben vom 3. April 1945 von SS-Obersturmbannführer H. Karl, Leiter der Bauinspektion Reich-Süd an Standartenführer Schleif vom Berliner Stab Kammlers (Ba NS 19/alt 1278).

23 Funkspruch von SS-Obersturmbannführer Glaser von der «Oberbayrischen Versuchsanstalt, Oberammergau» über Karl an Kammler (Ba NS 19/alt 1278).

24 Funkspruch Matarés vom 8. April 1945 an Stab Kammler zur Meldung an SS-Obergruppenführer Dr. Kammler (Ba NS 19/alt 1278).

25 Funkspruch des «Bevollmächtigten des Führers für Strahlflugzeuge» SS-Obersturmbannführer Staeding vom 14. April 1945 an Prof. Messerschmitt und Direktor Degenkolb (Ba NS 19/alt 1278).

26 Funkspruch Kammlers vom 17. April 1945 an SS-Führungshauptamt, Amt II, Organisationsabteilung I (Ba NS 19/alt 1278).

27 Funkspruch Kammlers vom 16. April 1945 (Ba NS 19/alt 1278). Der unwichtige Funkspruch wurde gleichzeitig an «Reichsminister Professor Speer, Reichsmarschall des Grossdeutschen Reiches, Reichsführer-SS, Verbindungs-Offizier der Luftwaffe zum Führer Oberst von Below, Verbindungs-Offizier des Reichsführers-SS zum Führer SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Fegelein», übermittelt.

28 Fernschreiben Kammlers an Frank, Messerschmitt-Werke Regensburg vom 16. April 1945 (Ba NS 19/alt 1278).

29 D ist nach der Schilderung Michels ein Häftling, der ab Herbst 1944 offensichtlich über gute Beziehungen zur SS verfügte, aber an dessen Integrität die französischen Häftlinge immer wieder zweifelten.

30 Jean Michel (ein Häftling im Mittelwerk): Dora, Paris 1975, S. 299 und S. 301.

Vierter Teil: Judenschicksal

Hass und Rationalität

1 Lagebericht der Rüstungsinspektion III Berlin vom 15. August 1941 (Ba RW 20-3/15).
2 Nach Rudolf Jordan: Erlebt und erlitten, Starnberg 1971, S. 234. Nach Jordan wurde «diese extreme Forderung im September 1941 in der täglichen Ministerbesprechung bei Dr. Goebbels gestellt».
3 Aus: Geschichte der Rüstungsinspektion III Berlin vom 1. Oktober 1940 bis 31. Dezember 1941, S. 315 f. (Ba RW 20-3/10).
4 Aus: Lagebericht der Rüstungsinspektion III Berlin vom 15. November 1941 (Ba RW 20-3/16).
5 Aus Robert M. W. Kempner: Die Ermordung von 35'000 Berliner Juden, S. 180.
6 Aus: Geschichte der Rüstungsinspektion III Berlin vom 1. Oktober 1940 bis 31. Dezember 1941, S. 315 f. (Ba RW 20-3/10).
7 ibid.
8 Aus: Nachrichten des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition Nr. 1 vom 31. März 1942.
9 Joseph Goebbels: Tagebücher 1945, Eintrag vom 12. Mai 1942, S. 198.
10 Also hatten demnach im Mai 1942 noch 120'000 Juden in Deutschland gelebt.
11 Joseph Goebbels: Tagebücher 1942 bis 1943, Eintrag vom 17. Mai 1942, Zürich 1948.
12 Aus: Lagebericht der Rüstungsinspektion III Berlin vom 15. November 1941 (Ba RW 20-3/16).
13 Erneut ein Hinweis, dass in der Tat durch die Rüstungsarbeit die Familien der beschäftigten Juden geschützt waren.
Die von Robert M. W. Kempner aufgestellte Liste zählt vom 18. Oktober 1941 bis 26. September 1942 nur rund 14'000 abtransportierte Juden auf. In Wirklichkeit müssen in diesem Zeitraum 35'000 Juden aus Berlin deportiert worden sein.
14 Auszug eines unveröffentlichten Tagebucheintrags von Joseph Goebbels vom 30. September 1942, dankenswerterweise zur Verfügung gestellt von David Irving.
15 Rundschreiben Nr. 108/42 des Rüstungskommandos Berlin III des Reichsministers für Bewaffnung und Munition vom 6. November 1942 (Ba RW 21-3/2).
16 Rede Himmlers vor den SS-Junkern am 23. November 1942. Aus Heinrich Himmler: Geheimreden, Berlin 1974, S. 200.
17 Rundschreiben Sauckels an die Präsidenten der Landesarbeitsämter vom 26. November

1942. Aus IMT Prozess, Band XXXVII, Seite 495 f.

18 Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Berlin der Rüstungsinspektion III Berlin vom 9. November 1942 (Ba RW 21-3/2).

19 Brief des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 26. März 1942 an seine Landesarbeitsämter. (Nürnberger Dokument L-156; Exhibit RF 1522). Angeführt in Adelbert Reif: Albert Speer, S. 105.

Einen Monat später, am 28. April 1943, berichtete auch das Reichssicherheitshauptamt: «Nachdem der Reichsminister für Bewaffnung und Munition die bisher im kriegswichtigen Arbeitseinsatz tätig gewesenen Juden, soweit sic nicht lagermässig untergebracht sind, freigestellt hat, wurden sie am 27. Februar 1943 im vorherigen Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis herausgenommen.» Bericht des Reichssicherheitshauptamtes vom 28. April 1943. Fotokopie in Robert M. W. Kempner: Eichmann und seine Komplizen.

20 Eintrag in das Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Berlin vom 27. Februar 1943 (Ba RW 21-3/2).

21 Das Nürnberger Gericht hat in seinem Urteil aus diesem Vorgang nicht geschlossen, dass ich an der Verschickung dieser Juden beteiligt war.

22 Joseph Goebbels: Tagebücher, 1942-1943, S. 251 f.

23 Nach einer mündlichen Unterrichtung von Dr. Ernst Ludwig Ehrlich, vom 20. Oktober 1978.

24 Zitiert aus Albert Speer: Spandauer Tagebücher, Eintrag vom 25. November 1954, Berlin 1975.

Während der Buchmesse im Herbst 1975 bat mich Gerald J. Gross vom Macmillan-Verlag, New York, für ihn die Echtheit Goebbels'scher Tagebuchblätter zu prüfen, die ihm in diesen Tagen von einem Mittelsmann angeboten worden waren. Zwei Tage las ich mehrere Stunden in diesen Aufzeichnungen. Dabei traf ich auf einen Eintrag, auch etwa Ende 1941, der mit fast den gleichen Worten, wie ich sie in Spandau festhielt, den Unwillen des Propagandaleiters über die unbelehrbaren Deutschen ausdrückte, die sich gegen seine nationalsozialistischen Parolen als resistent erwiesen hatten.

25 Rede Himmlers vor den Gruppenführern der SS am 4. Oktober 1943 in Posen (Nürnberger Dokument 1919 PS).

26 Rede Himmlers vor den Reichs- und Gauleitern in Posen am 6. Oktober 1943 (Ba NS 19/HR/10).

Prof. Erich Fromm hat anlässlich einer langen Unterhaltung 1975 in meinem Heidelberger Haus geäussert, dass das Volk der Dichter und Denker, das Volk Goethes und Schillers auch in der Zeit des Nationalsozialismus nicht untergegangen war. Goebbels und Himmler treten dafür den Beweis an.

27 Joseph Goebbels: Tagebücher 1942 bis 1943, Eintrag vom 9. und 15. März 1943.

1 »Niederschrift über eine Besprechung zwischen SS-Obergruppenführer Heydrich und Gauleiter Meyer in Anwesenheit von Ministerialdirektor Schlotterer, Reichsamtsleiter Dr. Leibbrandt, sowie SS-Obersturmbannführer Dr. Ehlich, am 4. Oktober 1941, 11 Uhr.« (Ba NS 19/neu 1734).
2 Brief Görings an Heydrich vom 31. Juli 1941. Staatsarchiv Nürnberg.
3 T 501, Film 219, National Archives, Washington D.C., Record Service, Blatt 346 (im Kriegstagebuch des QQu zum 8. Mai 1942).
4 T 501, Film 219, Blatt 380.
5 ibid.
6 Befehl Himmlers an Krüger vom 19. Juli 1942 (Ba NS 19/neu 1757).
7 Kriegstagebuch Rüstungskommando Warschau für Juli 1942 (Ba RW 23/19).
8 Aktenvermerk vom 27. Juli 1942 des SS-Hauptsturmführers und Stabsführers Fellenz, gleichzeitig Beauftragter des SS- und Polizeiführers in Krakau (Ba NS 19/neu 1765).
9 Diese Zitate sind aus dem Bericht des SS-Untersturmführers Benthin, Leiter der Außenstelle der Sicherheitspolizei in Przemysl, vom 27. Juli 1942, entnommen (Ba NS 19/neu 1765).
10 Aus dem Bericht des SS-Untersturmführers Benthin, Leiter der Außenstelle der Sicherheitspolizei in Przemysl vom 27. Juli 1942 (Ba NS 19/neu 1765).
11 Auch diese Zitate sind aus dem Bericht des SS-Untersturmführers Benthin, Leiter der Außenstelle der Sicherheitspolizei in Przemysl vom 27. Juli 1942 entnommen.
12 Bericht über eine Besprechung zwischen dem Kreishauptmann für Przemysl, Paul, mit dem SS-Obersturmbannführer With vom Stab des Generals Unruh vom 24. August 1942 (Ba NS 19/neu 1765). General Unruh hatte einen Sonderauftrag Hitlers zur Mobilisierung von Soldaten, die durch Verwaltungsvereinfachungen erfolgen sollte, durchzuführen.
13 Bei einem Oberfeldkommando handelt es sich um eine höhere militärische Verwaltungsstelle, etwa im Rang der Rüstungsinspektion, was schon daraus zu ersehen ist, daß ein Generalleutnant an seiner Spitze stand.
14 T 501, Film 216, Blatt 965 und 966, vom 5. August 1942.
15 T 501, Film 216, Blatt 924 und 925.
16 Aus Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Warschau für August 1942 (Ba RW 23/19).
17 Durch Befehl Hitlers ging am 7. Mai 1942 das bisher dem Oberkommando der Wehrmacht und damit Generalfeldmarschall Keitel unterstehende Rüstungsamt mit den Rüstungsinspektionen des Inlandes, der besetzten und autonomen Gebiete an mich über.
18 Befehl Keitels an den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, General Gienanth (Ba NS 19/neu 253).
19 Telefongespräch Himmlers vom 9. September 1942 (Ba NS 19/neu 1439).

20 Die Militärbefehlshaber in den besetzten Gebieten unterstanden dem Oberkommando der Wehrmacht.
21 Brief des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement, General Gienanth, vom 18. September 1942 an den Wehrmachtsführungsstab (Ba NS 19/neu 353).
22 T 501, Film 216, Blatt 1129–1130. Berichtszeit 16. August bis 15. September 1942.
23 Aus dem Bericht des Arbeitsamtes, Nebenstelle Przemysl, Regierungsoberinspektor Neumann, vom 20. Juli 1942, wiedergegeben im Bericht des SS-Untersturmführers Benthin, Leiter der Außenstelle der Sicherheitspolizei in Przemysl, vom 27. Juli 1942 (Ba NS 19/neu 1765).
24 Brief des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement, General Gienanth, vom 18. September 1942 an den Wehrmachtsführungsstab (Ba NS 19/neu 353).
25 Protokoll der Besprechung Speers mit Hitler vom 20. bis 22. September 1942, Punkt 44 (Ba R 3/105).
26 Telefongespräch Himmlers am 22. September 1942 (Ba NS 19/neu 1439).
27 Unterstreichung durch den Verfasser.
28 Befehl Himmlers vom 9. Oktober 1942 (Ba NS 19/neu 352). Dieser Befehl wurde u. a. an Pohl, Krüger und Globocnik gesandt.
29 Chronik des Rüstungsministeriums, Eintrag vom 8. Oktober 1942 (Ba R 3/1737).
30 Auch Heinz Höhne stellte in seinem Buch: Der Orden unter dem Totenkopf, S. 293 fest, daß die SS- und Polizeiadministration sich von der Verwaltung des Generalgouvernements abgespaltet hatte und sich als eigentliche Herrscherin der Frankschen Domäne aufspielte.
31 T 501, Film 225, Blatt 2 und Film 175, Blatt 2–527 359.
32 Bericht über das dritte Vierteljahr 1942 der Rüstungsinspektion im Generalgouvernement (Ba RW 23/1).
33 Bericht über die Sitzung der Rüstungskommission im Generalgouvernement vom 24. Oktober 1942 (Ba RW 23/2). Die Rüstungskommsission war eine gemischte Kommission, in der sich die örtlichen Vertreter aller Ämter meines Ministeriums unter dem Vorsitz des Generals Schindler mit den Vertretern derjenigen Dienststellen anderer Regierungsbereiche, wie der des Arbeitseinsatzes, der Ernährung, der Bahn, zu Aussprachen trafen.
34 Franks Tagebuch. Regierungssitzung vom 9. Dezember 1942 (Ba R 52 II/243 S. 16).
35 Offensichtlich handelte es sich bei den 16000 Juden um einen Teil der eben genannten 40000 Juden.
Nach einer Aussage von Hauptmann Hassler vom 20. August 1964 im Wolf-Prozeß (zitiert in der Süddeutschen Zeitung vom 21. August 1964) habe Hassler Oberst Freter im Juli 1942 gefragt, ob es zuträfe, daß die Juden vernichtet würden. Freter habe auf diese Frage geschwiegen, um dann zu erklären, daß es für Hassler drei Alternativen gäbe: seine Meinung laut zu sagen,

dann sei sein Leben zerstört, oder sich krank zu melden, oder aber er könne auch im Rüstungskommando bleiben und ihn, Freter unterstützen, für die Juden zu tun, was noch möglich ist.

36 Brief Himmlers an Krüger vom 9. Januar 1943 (Ba NS 19/neu 352).

37 Hier wird wieder eine andere Zahl genannt. Vielleicht hatte die SS selbst keine Übersicht über die beschäftigten jüdischen Arbeitskräfte.

38 Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Generalgouvernement vom 15. Februar 1943 (Ba RW-23/3).

39 Brief Speers an den Chef des Luftwaffenrechtswesens, Generaloberstabsrichter von Hammerstein, vom 15. September 1944 (Ba R 3 1578). Oberst Freter unterstand demnach der Jurisdiktion der Luftwaffengerichtsbarkeit. Das schloß nicht aus, daß der SS-Kampfkommandant durch örtliche Standgerichte ein Urteil fällen und exekutieren lassen konnte. Nach einer Mitteilung vom Bundesarchiv (Militärarchiv Freiburg) vom 22. Juli 1980 wurde dieses Verfahren im Dezember 1944 eingestellt.

40 Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Generalgouvernement (Ba RW-23/3).

41 ibid.

42 ibid.

43 ibid.

44 ibid.

45 ibid.

46 ibid.

47 Frank Tagebuch, Eintrag vom 31. Mai 1943 (Ba R 52 II/203 Seite 45 ff.).

48 Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Generalgouvernement (Ba RW-23/3).

49 Meldung des Rüstungskommandos Lemberg vom Ende August 1943 (Ba R 3/233).

50 ibid. Im Rüstungsamt unter der Führung von General Waeger wurde die Arbeit der Rüstungsinspektionen zusammengefaßt und ausgewertet.

51 Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion im Generalgouvernement, Abteilung Luftwaffe, vom 3. Vierteljahr 1943 (Ba RW 23/3).

52 ibid.

53 ibid.

54 Bericht des Wehrwirtschaftsoffiziers (der nicht der Rüstungsinspektion sondern dem Militärbefehlshaber unterstand) im Generalgouvernement vom Juli 1943 (Ba WJI, D1/246).

55 Aus dem Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Generalgouvernement (Ba RW 23/3).

1 Rede Himmlers vor den SS-Gruppenführern in Posen am 4. Oktober 1943 (Nürnberger Dokument 1919 PS).
2 Rede Himmlers vor den Reichs- und Gauleitern in Posen, am 6. Oktober 1943 (Ba NS 19 HR/10).
3 Rede Himmlers vor Frontgeneralen in Posen, am 26. Januar 1944. Aus Heinrich Himmler: Geheimreden, Berlin 1974, S. 201.
4 Rede Himmlers vor den Generalen in Sonthofen, am 5. Mai 1944. Aus Heinrich Himmler: Geheimreden, Berlin 1974, S. 203.
5 ibid.
6 Rede Himmlers vor Generalen in Sonthofen, am 21. Juni 1944. Aus Heinrich Himmler: Geheimreden, Berlin 1974, S. 202.
7 Rede Himmlers vor den Reichs- und Gauleitern vom 6. Oktober 1943 in Posen, S. 17, 19 und 24.
Dass ich an diesem Nachmittag, an dem Himmler laut seiner Kalendereintragung (Ba NS 19/neu 1444) von 17.30 Uhr bis 19.30 Uhr seine Rede hielt, bereits nach dem Führerhauptquartier in Rastenburg abgefahren war, bestätigen die Aussagen von Dr. Ing. Walter Rohland, damals Vorstandsvorsitzender des grössten deutschen Stahlkonzerns, der Vereinigten Stahlwerke, sowie des Persönlichen Referenten des Gauleiters Greiser in Posen, Harry Siegmund und ausserdem Feldmarschall Milch in einer Befragung durch John Toland.
8 Rede Himmlers auf der SS-Gruppenführertagung in Posen am 4. Oktober 1943 (Nürnberger Dokument 1919).
9 Rede Himmlers vor den Reichs- und Gauleitern am 6. Oktober 1943 in Posen (Ba NS 19/HR 10).
10 Brief Himmlers vom 26. Januar 1942 (Nürnberger Dokument NO-500).
11 Aus Helmut Krausnick: «Judenverfolgung» in: Anatomie des SS-Staates und Broszats Ausführungen im gleichen Werk, Olten 1965.
12 Brief des «Höheren SS- und Polizeiführers in der Operationszone Adriatisches Kostenland» vom 4. November 1943 (Nürnberger Dokument NO-056). Unter dem Stichwort «Aktion Reinhardt» lief die Vernichtungsaktion.
13 Aus Tagebuch Frank. Arbeitstagung vom 19. Oktober 1943 (Ba R 52 II/ 207).
14 Heinz Höhne macht in seinem Buch: Der Orden unter dem Totenkopf glaubhaft, dass sich das Reichssicherheitshauptamt unter Kaltenbrunner und das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt unter Pohl über die den KZ-Insassen gegenüber zu verfolgende Politik bekämpften. Das Reichssicherheitshauptamt wollte aus Sicherheitsgründen alle durch ihren Aufenthalt im Konzentrationslager zu potenten Gegnern des Regimes gewordenen Häftlinge nicht am Leben erhalten. Aber auch ohne diese Meinungsverschiedenheiten handelte es sich ganz einfach um Positionskämpfe zwischen zwei Mächtigen der SS-Führung.
15 Brief Schiebers an Speer vom 7. Mai 1943 (Ba R 3/1631).

16 Verfahren Majdanek im Düsseldorfer Landgericht, 319. Verhandlungstag, laut Veröffentlichung in der «Welt», vom 21. Februar 1979, S. 4.
17 Siehe Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf, S. 358.
18 Siehe Tagebuch Rudolf Höss: Kommandant in Auschwitz, Stuttgart 1958, S. 138 f.
19 Himmlers Anordnung vom 15. Januar 1943 an das Reichssicherheitshauptamt zur Weitergabe an alle höheren SS- und Polizeiführer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei (Ba NS 19/neu 1542).
20 Bericht des SS-Gruppenführers Globocnik an Himmler vom 10. Januar 1944 (BaAllg. Proz. 2 NO 1-60).
21 Sitzung der Rüstungskommission vom 10. November 1943 (Ba RW 23/3).
22 Eintrag vom 11. November 1943 im Tagebuch der Zentralabteilung der Rüstungsinspektion Generalgouvernement (Ba RW 23/3).
23 Eintrag vom 11. November 1943 im Kriegstagebuch der Abteilung Verwaltung (Ba RW 23/3).
24 Lagebericht des Wehrwirtschaftsführers im Generalgouvernement vom November 1943 (Ba Wil D 1/246).
25 Aus dem Kriegstagebuch der Verwaltung der Rüstungsinspektion im Generalgouvernement vom 19. bis 26. November 1943 (Ba RW 23/3).
26 Sitzung der Rüstungskommission vom 29. Dezember 1943 (Ba RMFRUK 465b). Diese beiden Unternehmen zählten übrigens nicht zur unmittelbaren Rüstung, waren auch nicht der Rüstungsinspektion unterstellt.
27 Überblick des Rüstungsinspekteurs des Generalgouvernements über das vierte Vierteljahr 1943 (Ba RW 23/3).
28 Monatsberichte des Wehrwirtschaftsoffiziers im Generalgouvernement vom Oktober, November, Dezember 1943 (Ba W I D 1/246).
29 Brief Maurers, Chef des Amtes D II in der Amtsgruppe D, Konzentrationslager, vom 4. September 1943 (Ba NS 4 An 8).
30 Laut Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Krakau vom 4. November 1943 (Ba RW 23/3).
31 Bericht der Sitzung der Rüstungskommission vom 10. November 1943 (Ba RMFRUK 465b).
32 Bericht der Sitzung der Rüstungsinspektion vom 16. November 1943 (Ba RW 23/3).
33 Bericht der Sitzung der Rüstungsinspektion vom 18. November 1943. Es handelte sich um Rüstungsbetriebe der Distrikte Radom und Krakau.
34 Tagebuch Frank, Eintrag vom 27. Oktober 1943 (Ba R 52 11/208 S. 54 ff.).
35 Chronik des Ministeriums, Eintrag vom 17. November 1943 (Ba R 3/1738). Koppe wurde übrigens nicht nach Polen ausgeliefert und nicht zum Tode oder lebenslänglicher Haft verurteilt. Er ist unterdes verstorben.
36 Bericht über die Sitzung der Rüstungskommission vom 8. Dezember 1943 (Ba RMFRUK 465b).
37 Aus 4. Vierteljahresbericht 1943 der Rüstungsinspektion Generalgouvernement (Ba RW 23/3).

38 Bericht über die Sitzung der Rüstungskommission des Generalgouvernements vom 12. Januar 1944, S. 5 und 6 (Ba RW 23/4).
39 Bericht über die Sitzung der Rüstungskommission des Generalgouvernements vom 8. März 1944, S. 2 und 13 (Ba RW 23/4).
40 Aktennotiz Schindlers vom 13. März 1944 (Ba RW 23/4).
41 Wie erinnerlich, kamen diese vom Reichsernährungsminister bestimmten Ernährungssätze, die gering genug waren, den arbeitenden Häftlingen nicht zugute, da sie durch Korruption dezimiert wurden.
42 Notiz für eine Besprechung mit Schindler vom 28. März 1944 (Ba RMFRUK 465).
43 Statistik des Wehrwirtschaftsführers im Generalgouvernement (Ba WID 1/7).
44 Lagebericht des Wehrwirtschaftsoffiziers im Generalgouvernement für April 1944 (Ba WID 1/246).
45 Lagebericht des Wehrwirtschaftsoffiziers im Generalgouvernement für Mai 1944 (Ba WID 1/246).
46 Niederschrift über die Sitzung der Rüstungskommission vom 7. Juni 1944 (Ba RMFRUK 465b).
47 Niederschrift über die Sitzung der Rüstungskommission vom 5. Juli 1944 (Ba RMFRUK 465b).
48 Bericht des Militärbefehlshabers im Genralgouvernement, General Gienanth, vom 18. September 1942 an den Wehrmachtsführungsstab (Ba NS 19 neu/353).
49 Aus dem Tagebuch des Generalgouverneurs Hans Frank vom 4. Dezember 1942 (Ba R 52 II/198).
50 Arbeitseinsatzbericht der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements für den Monat Dezember 1943 (Ba R 52 IV/neu 13c).
51 ibid.
52 Aus Großer Brockhaus, Band 3, Leipzig 1939, S. 214.
53 Bericht des Inspekteurs für Statistik, Korherr, an Dr. R. Brandt vom 19. April 1943 (Ba NS 19/neu 1570).
54 Nürnberger Dokument NG 2586-G (Vol. XIII grün, S. 210).
55 Aus Eugen Kogon: Der SS-Staat, S. 215.

Juden in Reichsgauen

1 Die Rüstungsinspektion VIII mit dem Sitz in Breslau umfaßte Ober- und Niederschlesien, von ihr wurde im Frühjahr 1943 die Rüstungsinspektion VIII b abgezweigt, die mit dem Sitz in Kattowitz für das oberschlesische Industriegebiet zuständig wurde.
2 Aus dem Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion VIII vom 20. November 1942 (Ba RW 20/8–13).

3 Vierteljahresbericht der Rüstungsinspektion VIII Breslau vom Ende Dezember 1942 (Ba RW 20/8-13).
4 2. Vierteljahresbericht 1943 der Rüstungsinspektion VIII b Kattowitz (Ba RW 20/8-13).
5 Aus 4. Vierteljahrcsbericht 1943 der Rüstungsinspektion VIII b Kattowitz (Ba RW 20-8/32).
6 Aus 4. Vierteljahresbericht 1943 der Rüstungsinspektion VIII b Kattowitz (Ba RW 20-8/32).
7 Brief Speers an Himmler vom 15. Dezember 1943 (Ba R 3/1583).
8 Brief Speers an Himmler vom 23. Februar 1944 (Ba R 3/1583). Die Antwort Himmlers liegt nicht vor.
9 Es handelt sich um eine Stelle des Heeres waffenamtes, dessen Aufträge nur über die mir unterstellte Rüstungsinspcktion weitergeleitet werden konnten.
10 Werkzeugmaschinen voraussichtlich aus heereseigenen Fabriken, deren Transferierung über eine in meinem Ministerium befindliche Bewirtschaftungsstelle erfolgte.
11 Aus dem Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Posen vom 22. Oktober 1943 (Ba RW 20/21-4).
12 Bericht der Sitzung der Rüstungskommission vom 30. Oktober 1943 (Ba RW 20/21-7).
13 Bericht der Rüstungskommission vom 30. November 1943 (Ba RW 20/21-7).
14 Kriegstagebuch der Abteilung Wirtschaft-Ost der Rüstungsinspektion im Generalgouvernement vom 10. Dezember 1943 (Ba RW 23/3).
15 Brief des Gauleiters Greiser an Pohl vom 14. Februar 1944, in dem er über den Besuch Himmlers berichtet (Ba NS 19/neu 82).
16 Brief Pohls an Greiser vom 16. Februar 1944 (Ba NS 19/neu 82).
17 Fernschreiben des Gauleiters Greiser an Himmler vom 9. Juni 1944 (Ba NS 19/neu 82).
18 Fernschreiben Himmlers an Greiser vom 10. Juni 1944 (Ba NS 19/neu 82).
19 Eintrag im Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Litzmannstadt vom 17. Juni 1944 (Ba RW 20/21-9).
20 Vermerk von III D-West vom 20. September 1944 (Ba R 58/976).
21 Brief Roman Halters an Albert Speer vom 23. April 1971 (Privatarchiv). Veröffentlicht mit schriftlicher Erlaubnis des Verfassers vom 20. Oktober 1980.
Um einen ähnlichen Vorgang dürfte es sich bei der Verlegung von 900 Juden, von der in den Meldungen der Rüstungsinspektion des Generalgouvernements des Öfteren erwähnten Fabrik in Krakau-Plaszow nach Brünnwitz in der Tschechoslowakei gehandelt haben. «300 Frauen», so berichtete die New Yorker Zeitung «Aufbau» vom 14. Januar 1972, «waren nach Auschwitz zur Vernichtung geschickt worden. Oskar Schindler fuhr nach Berlin. Mit Hilfe der Armee setzte er beim Rcichssicherheitshauptamt durch, dass diese dem Tod bestimmten Frauen, weil sie angeblich für die auf Kriegsproduktion um-

gestellte Fabrik sehr wichtig waren, von Auschwitz nach Brünnwitz geschickt wurden.» Es dürfte sich um einen Schritt der Rüstungsinspektion Generalgouvernement gehandelt haben, die an das Rüstungsamt des Ministeriums verwies. Denn die Armee war für solche Fragen nicht zuständig und zeigte sich auch nach dem Sturz Gienanths immer wieder desinteressiert.

22 Das Bauen im deutschen Reichsgebiet unterstand erst ab Ende April 1944 der Organisation Todt. Diese war bis dahin nur für die Errichtung aller Bauwerke in den besetzten Gebieten zuständig.

23 Protokoll einer Besprechung Dorschs mit Hitler am 6./7. April 1944 (Ba R 3/1509). Weitere Einzelheiten über diesen Vorgang in Speer: Erinnerungen, S. 347-354.

24 Aus der Niederschrift Dorschs vom 17. April 1944 (Ba R 3/1509).

25 Protokoll der Besprechung Speers mit Hitler vom 9. Mai 1944, Punkt 3 (Ba R 3/1509).

26 Rede Himmlers vor den Generalen in Sonthofen am 24. Mai 1944. Aus Heinrich Himmler: Geheimreden, Berlin 1974, S. 203.

27 Telegramm des Reichsbevollmächtigten für Ungarn, Legationsrat Edmund Veesemayer (Nürnberger Dokument NS 5619).

28 Fernschreiben Speers an Keitel vom 7. Juni 1944 (Ba R 3/1586). Der Entwurf zu diesem Schreiben stammte vom Rüstungsamt, Amtsgruppe Arbeitseinsatz, wie aus dem Briefkopf hervorgeht. Militärinternierte waren die nach dem Badoglio-Umsturz entwaffneten italienischen Soldaten.

29 ibid.

30 Beschäftigtenmeldung Reichsergebnis Mai 1944 (Ba R 3/1965). Voraussichtlich sind in diesen Zahlen die beschäftigten Juden in Ober- und Nicderschlesien und im Warthegau nicht erfasst worden. In diesen monatlichen «Meldungen über die Beschäftigten im Reich» wurden im Allgemeinen die ausländischen Arbeiter und die aus den Konzentrationslagern in einer Zahl erfasst. Nur im Ergebnis des Mai 1944 wird ausnahmsweise über die Zahl der in der deutschen Rüstung eingesetzten Juden Aufschluss gegeben.

31 BriefSchiebers an Speer vom 7. Mai 1944 (Ba R 3/1631).

32 Niederschrift der Sitzung der Rüstungskommission IVa Dresden vom 18. Juli 1944 (Ba RW 20-4/20).

33 Aktennotiz General Waegers für Speer vom 7. August 1944 (Ba R 3/1580).

34 Aktenvermerk Rüstungsinspektion IX Kassel vom 6. September 1944 (Ba RW 20-9/19).

35 Artikel von Tuvia Friedman, Vorsitzende der «Jüdischen Weltorganisation der Opfer des Naziregimes» in «Jerusalem-Post» vom 19. Mai 1970 (Zitiert bei Ferencz, S. 182).

36 Kreuzverhör mit Robert H. Jackson am 21. Juni 1946 vor dem Internationalen Militärgericht Nürnberg, abgedruckt in Adelbert Reif: Albert Speer, S. 106.

37 Aus: Geschichte der Rüstungsinspektion III Berlin vom 1. Oktober 1940 bis 31. Dezember 1941, S. 315 f. (Ba RW 20-3/10).

38 Aus dem Tagebuch der Rüstungsinspektion Berlin vom Dezember 1942 (Ba RW 21–3/1).
39 Vierteljahresbericht der Rüstungsinspektion VIII Breslau von Ende Dezember 1942 (Ba R 20–8/13).
40 Auch in den Führerprotokollen wird dieses Reservoir an Arbeitskräften weder generell noch im einzelnen angesprochen.

Düsterer »Endsieg«

1 Brief Pohls an Himmler vom 14. Dezember 1941 mit einer Ausarbeitung Kammlers (Ba NS 19/neu 2065).
2 Niederschrift über eine Besprechung zwischen SS-Obergruppenführer Heydrich und Gauleiter Meyer in Anwesenheit von Ministerialdirektor Schlotterer, Reichsamtsleiter Dr. Leibbrandt sowie SS-Obersturmbannführer Dr. Ehlich am 4. Oktober 1941, 11 Uhr (Ba NS 19/neu 1734).
3 Brief Himmlers an Pohl vom 31. Januar 1942.
4 Mit »Transnistrien« wurde das zwischen Dnjestr und dem südlichen Bug gelegene, zum Teil von Rumänen bewohnte Gebiet der Ukraine bezeichnet. Es stand 1941 bis 1944 unter rumänischer Verwaltung und ist heute russisch (Quelle: Brockhaus 1957).
5 Aktenvermerk des Chefs des SS-Hauptamtes, G. Berger, an Himmler vom 17. August 1942 (Ba NS 19/neu 1704).
6 Zitiert aus: Adolf Hitler – Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944, Hamburg 1980, vom 8. August (S. 54) und 17. Oktober 1941 (S. 90), sowie 6. August 1942 (S. 331).
7 Aktenvermerk des Chefs des SS-Hauptamtes, G. Berger, an Himmler vom 17. August 1942 (Ba NS 19/neu 1704).
8 Ein Bauprojekt in Ryad in Saudiarabien aus dem Jahre 1979 kostet bei 600 Wohnungen, einschließlich der Infrastruktur, also für ca. 3000 Einwohner, 600 Millionen Saudi Real. Das heißt 300 Millionen DM; also für 20000 Einwohner rund 2 Milliarden DM. Es ist daher nicht abwegig, wenn Himmler für die Aufschließung dieser Gebiete hohe Milliardensummen annahm.
9 Zitiert aus Hitlers Monologen vom 6. und 8. August 1942 (S. 331 und 334).
10 Zitiert aus Hitlers Monologen vom 17. Oktober 1941 (S. 90).
11 Brief Himmlers an Pohl vom 31. Januar 1942 (Ba NS 19/neu 2065). Am 1. Juli 1943 kam Kammler in einem Brief an SS-Standartenführer With im Stabe Generals von Unruh auf dieses Programm zurück: »Eines kann ich Ihnen jedoch abschließend auf Grund der ausführlichen Rücksprache beim Reichsführer vertraulich mitteilen, daß der Reichsführer-SS ein riesenhaftes Programm nach Kriegsschluß in eigener Bauhoheit durchzuführen für notwendig hält.« (Ba NS 19/neu 2065).
12 Bei Hans Marsalek: Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, heißt es auf S. 69: »Es kann angenommen werden, daß der Leistungsfaktor eines

Mauthausener Häftlings durchschnittlich mindestens 50 Prozent eines Zivilarbeiters betrug.»

13 Ausarbeitung Kammlers vom 10. Februar 1942, die Himmler durch Pohl am 5. März 1942 übermittelt wurde (Ba NS 19/neu 2065).

14 Kammler führte zu diesem Punkt in seiner Ausarbeitung weiter aus: «Es sei nur auf die Holzverarbeitungsfabriken und Sägewerke der Preussischen Heimstätten in der Nachkriegszeit verwiesen. Seit Beginn der Verknappung der Baurohstoffe und Bauarbeitskräfte 1938» hätten unter anderem Luftwaffe, Marine, Heer und insbesondere die Deutsche Arbeitsfront Regiebetriebe geschaffen. «Diese Bestrebungen werden vom Reichswirtschaftsministerium, Reichsfinanzministerium und den verantwortlichen Parteidienststellen, wie der Dienststelle des Reichsleiters Bormann, grundsätzlich aus staats- und steuerpolitischen Gründen verworfen.»

15 Ausarbeitung Kammlers vom 10. Februar 1942 als Beilage zu Brief Pohls an Himmler vom 5. März 1942 (Ba NS 19/neu 2065).

16 Brief Himmlers an Pohl vom 23. März 1942 (Ba NS 19/neu 2065).

17 Anlage Kammlers zu Brief Pohls an Himmler vom 14. Dezember 1941 (Ba NS 19/neu 2065).

18 Vom Autor unterstrichen.

19 Vermerk Himmlers vom 12. März 1942 auf Brief Pohls an Himmler vom 5. März 1942 mit Beilage Kammlers vom 10. Februar 1942 (Ba NS 19/neu 2065).

20 Brief Himmlers an Pohl vom 23. März 1942 (Ba NS 19/neu 2065).

21 Aus: Die Deutsche Bauwirtschaft im Kriegseinsatz, Ausgabe April 1943, hrsg. vom Generalbevollmächtigten Bau. Die Partei stand mit ihren Bauabsichten, zu deren Durchführung ebenfalls schätzungsweise zwanzig Jahre anzusetzen wären, weit hinter den Zahlen Himmlers. Bis zum Jahre 1941 waren siebenundzwanzig deutsche Städte von Hitler zur weitgehenden Neugestaltung ihres Stadtbildes bestimmt. Wie ich am 19. Februar 1941 an Reichsschatzmeister der NSDAP, Franz Xaver Schwarz, schrieb (Ba R 3/1733). Die Bausumme dieser Partei- und Saalbauten, sowie der Parteiforen betrug nach meinem Brief an Bormann vom 26. November 1940 (Ba R 3/1733) 22 bis 26 Milliarden RM. Für deren Durchführung wären 1,1 bis 1,3 Milliarden jährlich in Anspruch genommen worden. Allerdings sollten diese Bauten grösstenteils durch die deutsche Bauindustrie durchgeführt werden. Sie hätten 9,1 Prozent der gesamten deutschen Baukapazität in Anspruch genommen.

22 Nach dem Statistischen Jahrbuch 1939/40, Berlin 1940, sind auf den Seiten 32 und 33 die Zahlen der Bauarbeiter für 1933 in den Grenzen von 1933 genannt, auf Seite 152 die entsprechenden Zahlen für Österreich und auf Seite 154 die des Sudetenlandes. Auf Seite 383 wird durch die statistischen Erhebungen von 1933 bis Juni 1939 ermöglicht, die prozentuale Zunahme der Bauarbeiter und der Nebengewerbe für Mitte 1939 zu errechnen. Es ergibt sich ein Stand von 10‘056‘000 Arbeitern, wobei nicht nur das Bau-

gewerbe, sondern auch die Grundstoffgewinnung (durch die Gruppe Steine und Erden), der Ausbau durch Klempnerei, Schlosserei, Tischlerei erfasst wurde.

23 Im August 1944 waren 5‘722‘000 Ausländer, von denen nicht alle zwangsdeportiert waren und 1‘930‘000 Kriegsgefangene, also zusammen 7‘652‘000 Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft eingesetzt (aus: Statistische Schnellberichte zur Kriegsproduktion, Ba R 3/1730).

24 Zitiert aus Hitlers Monologen vom 17. Oktober 1941 (S. 90f.) und aus dem Protokoll meiner Besprechungen mit Hitler vom 24. Mai 1942 (Ba R 3/ 1504).

25 Zitiert aus Hitlers Monologen vom 27. Januar 1942 (S. 239). Siehe auch Speer, Erinnerungen, S. 446.

26 Zitiert aus Hitlers Monologen vom 25. September 1941 (S. 71), 8. August 1942 (S. 334), 5. Juli 1941 (S. 39), 17. Oktober 1941 (S. 93), 29. Oktober 1941 (S. 116), 3. August 1942 (S. 324). Gegen diese Zusammenfassung zeitlich getrennter Zitate könnte Unsachlichkeit eingewendet werden. Aber sie alle reflektieren Hitlers Einstellung in ihrer Gesamtheit.

27 Zitiert aus Hitlers Monologen vom 6. August 1942 (S. 331).

28 Zitiert aus Hitlers Monologen vom 16. Januar 1942 (S. 209), 24. Januar 1942 (S. 226), 25. September 1941 (S. 71), 1. Dezember 1941 (S. 149), 23. September 1941 (S. 67), 27. Februar 1942 (S. 303).

29 Zitiert aus Hitlers Monologen vom 25. Januar 1942 (S. 229).

Anhang

1 Aus Viktor E. Frankl: Man’s Search for Meaning, S. 72, Taschenbuchausgabe.

2 Bruno Bettelheim: The Informed Heart, Glencoe/Illinois 1943.

3 Simon Wiesenthal: Die Sonnenblume, Hamburg 1970.

4 Eugen Kogon: Der SS-Staat, Frankfurt/M. 1965, S. 89.

5 Elena Skrjabin: Leningrader Tagebuch, München 1942, S. 174.

6 Brief des 1. Landesvorsitzenden des «Verbandes demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter, Landesverband Schleswig-Holstein» vom 22. Juni 1977 an den Verfasser.

7 Benjamin B. Ferencz: Less than slaves, Cambridge/Massachusetts 1979, S. 8 und 190.

8 Martin Broszat: Anatomie des SS-Staates, Band II, Olten 1965, S. 126.

9 Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz, Wien 1972, S. 3 und 10.

10 Bericht eines Ungenannten, undatiert, an den Persönlichen Stab Reichsführer-SS (Ba NS 19/neu 2302).

11 Artikel von Hans Marsalek in: «Der Widerstandskämpfer».

12 Brief Himmlers an Pohl vom 23. März 1942 (Ba NS 19/neu 2065).

13 Brief Himmlers an Göring vom 9. März 1944 (Dokument 1584 PS. Exhibit US-221).

14 Nach: Statistical Abstract of the United States 1946, hrsg. vom US Department of Commerce vom US Printing Office 25 DC., S. 211.

15 Aus Wagenfuhr: Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, S. 47. Die Monatsleistung wurde mit 12 multipliziert und durch 52 Wochen dividiert. Diese Angabe stimmt mit einer Beschäftigtenmeldung vom 31. Dezember 1944 überein, nach der im November 1944 von 5‘981’000 Beschäftigten der Rüstungsindustrie 1‘122‘000‘000 Arbeitsstunden geleistet wurden. Beschäftigtenmeldung vom 31. Dezember 1944 (Ba R 3/3009).

16 Aus der Vernehmung von Otto Ohlendorf vor dem Militärgerichtshof Nr. II-A, Fall IX, Seite 509 (Ba Allg. Proz. 1, XXVII, A/5, 6).

17 Kogon: Der SS-Staat, S. 292f. Ähnliches berichtet Hermann Langbein in: Menschen in Auschwitz, S. 179 und 514.

18 Aus meinen Ausführungen vor den Gauleitern in Posen am 6. Oktober 1943 (Ba R 3/1548) sinngemüss entnommen. Die Chronik berichtet auf S. 152 und 156, dass am 5. Oktober 1943 ein Erlass über diese Zusammenarbeit mit dem SD von mir unterschrieben wurde.

19 Kogon: Der SS-Staat, S. 294.

20 Vereinbarung zwischen Fritz Sauckel und Robert Ley vom 7. Mai 1942, Nürnberger Dokument 1913/PS.

21 Aus der Durchführungsverordnung Sauckels vom 30. September 1942, Nürnberger Dokument 1913/PS.

22 Aus dem Urteil gegen Oswald Pohl u.a. vom 3. November 1947 (Ba Allg. Proz. 1 X LI W 4, S. 83).

23 Urteil gegen Karl Krauch u.a. (I.G.-Farben-Prozess) vom 29. Juli 1948 (Ba Allg. Proz. 1 Rep 501 IX ZCe Nr. 1).

24 Erlass Himmlers vom 21. Juni 1943 (Ba R 43 11/1031 c).

25 Urteil gegen Oswald Pohl u.a., S. 9 (Ba Allg. Prozess 1 X LI W4).

26 Die kommunistisch orientierte «Antifaschistische Arbeitsgemeinschaft (Afa)» stellte, indem sie sich auf diesen Punkt des Urteils berief, in ihrem Informationsdienst vom 23. Juni 1969 sogar fest: «Der Rüstungsminister Speer... hatte durch seine eigenen Anordnungen eine Handhabe gegeben, das Sterben von KZ-Häftlingen in Leau zu vermeiden; Speer hatte nämlich angeordnet, dass die Zwangsarbeiter angemessen zu ernähren und für sie erträgliche Arbeitsbedingungen zu schaffen seien, um so eine gute Arbeitsleistung zu erzielen.»

27 Befehl des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes vom 28. Dezember 1942 über «Ärztliche Tätigkeit in den Konzentrationslagern» (Nürnberger Dokument 1469 PS). Der Bericht ist von einem SS-Brigadeführer unterschrieben, die Unterschrift unleserlich.

28 Brief Himmlers an Pohl vom 29. Mai 1942, aus: Der Reichsführer, S. 150.

29 Abgedruckt in Hans Marsalek: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, S. 86.

30 Im Bericht der Sitzung der Posener Rüstungskommission vom 30. November 1943 heisst es: «Zeiss, Herbertow bei Sollau. Polnische Strafgefangene werden nach Verbüs-

sung einer Strafe von mehr als 6 Monaten (neuerdings 1 Jahr) an ein Konzentrationslager im Reich abgegeben und gehen für die Fertigung verloren. Weiterbeschäftigung als Schutzhäftlinge bei der Anstalt in deren Fertigungsstätten leider nicht möglich.» (Ba RW 20-21/7).

31 Brief Speers an Himmler vom 13. Mai 1944 (R 3/1583).

32 Aus dem Bericht von Kranefuss an SS-Obergruppenführer Karl Wolff, Chef des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS, vom 2. Juni 1942, als Anlage zum Brief vom 21. Juni 1942 (Ba NS 19/neu 2220). Kranefuss erbat im gleichen Bericht die Unterstützung der SS-Führung, damit die Brabag eine grössere Anzahl «Kriegsverdienstkreuze» von den zuständigen Stellen zugewiesen wurde. Auch diese an sich unbedeutende Angelegenheit zeigt, welcher Einfluss Himmler zugeschrieben wurde. Kranefuss hätte sich ordnungsgemäss an Görings Vierjahresplan-Verwaltung wenden müssen. Verleihungen von Auszeichnungen in der Wirtschaft gehörten nicht zu Himmlers Belangen.

33 Brief Kranefuss' an den Persönlichen Referenten Himmlers Dr. Brandt vom 4. September 1942 (Ba NS 19/neu 2220).

34 Die Gebiete der Reichskommissare waren in Generalkommissariate unterteilt.

35 Schreiben des Chefs des Stabshauptamtes des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums vom 19. Januar 1943 an Reichsführer-SS, Persönlicher Stab (Ba NS 19/neu 1704).

36 Aktenvermerk des «Verbindungsführers (der SS) beim Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, einem Hauptsturmführer, an den Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, vom 23. Januar 1943. Dieser Vermerk wurde an den Persönlichen Stab Himmlers weitergeleitet (Ba NS 19/neu 1704).

37 ibid.

38 Schreiben Bergers an Himmler vom 16. April 1943 (Ba NS 19/neu 1704).

39 Das Reichskommissariat Ostland verwaltete die nördlichen besetzten Gebiete der Sowjetunion. Ihm unterstanden die oben erwähnten Generalkommissare.

40 Vermerk des Persönlichen Referenten Straube beim «Chef des Führungsstabes Politik», der Schaltstelle Himmlers im Ministerium Rosenbergs, vom 7. Juli 1944, gerichtet an SS-Obergruppenführer Berger (Ba NS 19/neu 1704).

41 Stichworte Speers zur Rede Hitlers auf dem Platterhof (Obersalzberg) vom 26. Juni 1944 (Ba R 3/1550). Weitere Ausführungen in Speer: Erinnerungen, S. 319,370,372.

42 Rede Hitlers vor Industrieführern auf dem Platterhof (Obersalzberg) vom 26. Juni 1944. Abgedruckt in Hildegard von Kotze und Helmut Krausnick: Es spricht der Führer, Gütersloh 1966.

43 Zitat aus Albert Speer: Politische Zusammenhänge B III, S. 1, Kransberg Juli 1945. Aus den Aufzeichnungen des Wirtschaftsberaters Hitlers, Otto Wagener, geht hervor, wie radikal der mächtige sozialistische Flügel der Partei eine Sozialisierung der Wirtschaft anstrebte. H. A. Turner (Hrsg.): Hitler aus nächster Nähe, Berlin 1978.

44 Joseph Goebbels: Tagebücher 1942 bis 1943, Zürich 1948.
45 Aufsatz Ohlendorfs »Wirtschaftspolitische Bilanz« vom 28. Dezember 1944 (Ba R 7/2018). Man beachte, zu welch spätem Zeitpunkt Ohlendorf solche Probleme quälten.
46 Entwurf zu einer Rede Haylers vom 22. Januar 1945 (Ba R 7/2006). Aus dem Begleitschreiben der Pressestelle des Reichswirtschaftsministeriums, gezeichnet Lorch, an Ohlendorf, vom 22. Januar 1945 geht indirekt hervor, daß diese Rede für Ende Januar vorgesehen war. Aus diesem Schreiben wird ferner ersichtlich, daß besonders der hier zitierte letzte Teil des Entwurfs zu dieser Rede in Zusammenarbeit mit Ohlendorf entstanden und seinem Ideengut zuzurechnen ist.
47 Entwurf einer Rede Haylers vom 22. Januar 1945 (Ba R 7/2006).
48 Aufsatz »Staat und Wirtschaft« von Otto Ohlendorf in der aus Anlaß des 70. Geburtstags von Präsident Pietzsch veröffentlichten Sonderausgabe des Organs der Reichswirtschaftskammer, teilweise abgedruckt in »Deutsche allgemeine Zeitung« vom 8. August 1944.
49 Entwurf einer Rede Haylers vom 22. Januar 1945 (Ba R 7/2006).
50 Brief Schiebers an Speer vom 7. Mai 1944 (Ba R 3/1631).
51 Verhör Ohlendorfs durch seinen Verteidiger Dr. Aschenauer. Aus: Sitzung des Militärgerichtshofs Nr. II-A, Fall IX, vom 8. Oktober 1947 (Allg. Proz. 1, XXVII A/5, 6).
52 Erlaß vom 9. Oktober 1943 über »Die Konzentration der Entwicklung auf den Gebieten der Rüstung und Kriegsproduktion«, unterschrieben von Speer (Ba R D 76/1).
53 Erlaß über »Aufgaben der Kommissionsvorsitzer« vom 21. Dezember 1943, gezeichnet von Speer (Ba R D 76/1).
54 Erlaß Hitlers vom 19. Juni 1944 (Ba RD 76/1).
55 Chronik vom 24. August 1944 (Ba R 3/1740).
56 Brief des Höheren SS- und Polizeiführers im Wehrkreis XVIII vom 28. Januar 1945 an SS-Standartenführer Brandt (Ba NS 19/neu 767).
57 Bericht des Geschäftsführers der Luftfahrtforschung München, Herbert Lukkow an den Höheren SS- und Polizeiführer im Wehrkreis XVIII, ohne Datum (Ba NS 19/neu 767).
58 Fernschreiben vom 10. Februar 1945 von Brandt an SS-Obergruppenführer Wolff (Ba NS 19/neu 767).
59 Erlaß des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion, vom 19. Februar 1944 (Ba R 43 II/11570).
60 Chronik vom 29. März 1944 (Ba R 3/1739).
61 Aus Willi A. Boelcke: Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt 1969, S. 349.
62 Führerprotokoll vom 6. bis 7. April 1944, Punkt 23 (Ba R 3/1509).
63 Brief Speers an Himmler vom 10. November 1944 (Ba NS 19/neu 296).
64 Fernschreiben Meyers an Himmler vom 4. Januar 1945 (Ba NS 19/neu 296).

65 Brief Speers an Himmler vom 10. November 1944 (Ba R 3/1583).
66 Siehe Speer: Erinnerungen, S. 431.
67 Erlaß Jüttners als Chef des Stabes der Heeresrüstung vom 31. Dezember 1944 an Dienststellen seines Arbeitsbereiches (MGFA, DO 44/119: FE 3033).
68 Erlaß des »Reichsführers-SS, Sonderbevollmächtigter Z« vom 6. Februar 1945 (Ba R 26 III/52).
69 Erlaß Kammlers über Zuständigkeiten im Mittelwerk vom 7. Februar 1945 (Ba R 26 III/52).
70 Aus einer Spandauer Notiz vom 3. Oktober 1952 (Privatarchiv).
71 Fernschreiben Speers an Kammler vom 15. Februar 1945 (Ba R 3/1768).
72 Document Center. Doc. Serie 4070–4075.
73 T 501, Film 219, Blatt 422, 424, 426, 434.
74 Auf dem Briefkopf dieses Aktenvermerks vom 7. August 1944 ist als Verfasser vermerkt: »Amtsgruppe Arbeitseinsatz Rü. A. Arb. E I, 2–121«. Auch die Adresse ist dort verzeichnet: Berlin NW 7, Unter den Linden 36. Schmelter, der Leiter dieser Arbeitsgruppe stammt aus dem Teil der Beamtenschaft des Reichsarbeitsministeriums, der für Fragen des Arbeitseinsatzes an Gauleiter Sauckel abgestellt worden war.
75 Entwurf eines Briefes der Amtsgruppe Arbeitseinsatz im Rüstungsamt des Ministeriums vom August 1944, als Anhang zur Aktennotiz General Waegers für Speer vom 7. August 1944 (Ba R 3/1580).
76 Brief von Speer an Goebbels vom 26. Juni 1944 (Ba R 3/1580).
77 Es handelt sich um Lucy S. Dawidowicz: In Hitlers Diensten, New York 1970. Neurdings abgedruckt in Adelbert Reif: Albert Speer. Von einem Brief an Hitler ähnlichen Inhaltes, wie es Frau Dawidowicz behauptet, ist in den Dokumenten nichts vorzufinden.

Personenregister

Himmler und Speer sind nicht ins Register aufgenommen, da sie auf fast jeder Seite erwähnt sind.

Bildnachweis

Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz: 51 (unten)
Bilderdienst Burda Verlag: 294 (unten links)
Bundesarchiv: 88/89, 90/91, 92, 93 (NS 19/neu 2058); 94 (NS 19/alt 278); 216, 217, 218 (NS 19/neu 758); 292 (NS 19/neu 2360); 293 (NS 19/neu 2055); 294 unten rechts (NS 19/neu 1447); 396, 397 (NS 19/neu 82); Vorsatz, 414, 415 und 416 (NS 19/neu 2065); Rückseite des Schutzumschlages (NS 19/alt 1532) Hans Hubmann: 294 (oben)
Zeitgeschichtliches Archiv: Heinrich Hoffmann: 215
Archiv Speer: 49, 50, 51 (oben), 87, 95, 219, 220, 291

Dank schulde ich vor allem dem Leiter der Deutschen Verlags-Anstalt, Ulrich Frank-Planitz, und Wolf Jobst Siedler, dem langjährigen Freund und Herausgeber meiner beiden ersten Bücher, sowie Dr. Emst Ludwig Ehrlich, Ulrich Volz und Adelbert Reif. Herzlich bedanke ich mich auch bei Archivdirektor Dr. Alfred Wagner und Frau Hedwig Singer vom Bundesarchiv, sowie bei meiner Schwägerin Paula Speer für die Geduld, mit der sie das handschriftliche Manuskript in Reinschrift übertrug.